Platter, Julius

Grundlehren der nationalökonomie

Berlin

1903

98-84433-8
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

 Platter, Julius 1844-1923
Grundlehren der nationalökonomie; kritische einführung in die soziale wirtschaftswissenschaft
Berlin 1903 O 11 + 588 p

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 11 :1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11/10/98 INITIALS: N.V.

TRACKING #: 33237

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

150 mm

100 mm

A5

A4

1.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz

1.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

2.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz 1234567890

2.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz 1234567890

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

Dr. Julius Platter

Grundlehren

der

Nationalökonomie

Berlin.
J. Guttentag

Grundlehren
der
Nationalökonomie.

Kritische Einführung
in die
soziale Wirtschaftswissenschaft

von

Dr. Julius Platter,
Professor der Staatswissenschaften am eidg. Polytechnikum in Zürich.

Berlin 1903.
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung,
G. m. b. H.

Meiner lieben Frau,

dem guten Geiste meines Lebens,

in treuer Dankbarkeit
zugeeignet.

Vorwort.

Auf Gunst bei den Leuten vom Fach, welche die Zeitschriften und damit die Kritik beherrschen, kann dieses Buch kaum Anspruch machen. Es ist durch und durch theoretisch, und die Theorie liegt nicht im Geschmacke unserer Zeit, welche von Tages- und Interessenfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beherrscht wird. Es ist außerdem leider auch in hohem Grade kritisch, gelegentlich sogar polemisch, und das gegen links und rechts, gegen oben und unten, gegen Große und Kleine, gegen Alte und Neue, sogar gegen Geheimräte und Partei-Heilige. Es schlägt sich weder auf diese noch auf jene Seite, huldigt keinem gänzlich, setzt sich oft in scharfe Opposition selbst gegen die, welche es am höchsten stellt, und erwirbt sich auf diese Art Feinde auf allen Seiten, in allen Lagern.

Man wird sagen: der Verfasser hätte sich das ersparen und seine eigenen Interessen besser wahrnehmen können. Allein er konnte das faktisch nicht, denn er hatte immer das Gefühl, daß man das, was man für falsch hält, in der Wissenschaft, die nur die Wahrheit zu suchen hat, nicht frei wirken lassen dürfe, sondern bekämpfen müsse. Er glaubt außerdem allen Ernstes, es sei dringend notwendig, auf dem Gebiete der besonderen Wissenschaft, die hier behandelt wird, jene vulgäre Verflachung, die sich da mit soviel Glück und Anerkennung hervortut, in's volle Licht ihrer Nichtigkeit zu setzen, ohne Rücksicht auf beliebige Folgen.

Auch scheint ihm schon lange, daß unser Zeitalter schon wieder stark von allerlei, oft sehr absurdem Autoritätsdusel angekränkelt und es darum gerade die Aufgabe und Pflicht akademischer Lehrer sei, durch das eigene Beispiel den kritischen Geist bei der

Jugend anzuregen oder aufzufrischen und nicht in nationalen und Partei-Schlagworten und -Programmen vollends ersticken zu lassen. In der Wissenschaft soll weder die Autorität noch der Zweck herrschen. Ob einer auf Karl Marx oder auf den Papst schwört, das macht da im Wesen der Sache keinen Unterschied. Er ist dann allenfalls ein guter Parteimann, aber nicht von der Partei derjenigen, welche nur auf Wahrheit ausgehen. Und ebenso ist es mit dem Zweck. Mag einer die begehrenswertesten praktischen Ziele im Auge haben, wenn er im Interesse seiner Bestrebungen die Theorie zurecht stutzt, wie er sie dafür nötig zu haben glaubt, so ist er dennoch, wenn auch unbewußt, ein Fälscher und wir glauben sogar, daß sein Wirken keine feste Grundlage und keine Dauer hat, daß schließlich und endgiltig doch die Wahrheit der beste Leitstern auch des praktischen, sogar des politischen Lebens ist und daß wir mithin auf allen möglichen Lebensgebieten absichts- und rücksichtslose Theorie recht gründlich nötig haben.

Das Wichtigste und Schwierigste aber in jeder Theorie sind die Elemente. Eine klare Einsicht in die fundamentalen Begriffe einer Wissenschaft, eine deutliche Anschauung von den wesentlichen, typischen Tatsachen eines Erscheinungsgebietes zu erlangen, darauf kommt es am meisten an, das ist Bedürfnis und Recht vor allem der akademischen Jugend. Gerade das Elementare muß ihr daher aus der reinsten und tiefsten Quelle kredenzt werden. Jedenfalls darf man die Theorie in diesem höchsten Sinn nicht, wie es in nationalökonomischen Lehrbüchern fast der Brauch ist, mit etlichen unsicheren, unbestimmten und widerspruchsvollen Sätzen abfertigen, um mit sichtlicher Hast zu allerlei kleinem („praktischen“) Detail überzugehen, welches allerdings bequemer darzustellen ist, aber ohne tiefe Einsicht in die Grundprobleme und -Phänomene auch nur ganz oberflächlich erfaßt und selbst gründlich mißverstanden werden kann, wie wir es täglich zu beobachten Gelegenheit haben.

Wir müssen uns nun gestatten, an dieser Stelle offen die Überzeugung auszusprechen, daß in der fundamentalen Theorie des Wirtschaftswesens nur von den großen englischen Klassikern Adam Smith und Ricardo und von den bedeutendsten deutschen Sozialisten Rodbertus und Marx etwas Wesentliches geleistet wurde und daß daher grundlegende theoretische Untersuchungen von ihnen

ausgehen, an sie anknüpfen müssen. Und darum hielten wir es für notwendig, den jungen Leser, den wir vor allem im Auge haben, eingehend mit den Hauptlehren jener Männer bekannt zu machen. Dazu genügten nicht Büchertitel und Seitenzahlen, sondern es mußten die Aussprüche der großen Theoretiker in extenso vorgeführt und, wo nötig, kritisch behandelt werden, da es sich ja keineswegs darum handelte, ihre Autorität anzuerkennen und anzurufen, sondern nur, auf Grundlage des Besten, was bisher geleistet wurde, ein Weiteres zu versuchen. Es ist begreiflich, daß dabei Marx als der letzte bedeutende Theoretiker der kapitalistischen Wirtschaft am öftesten und ausführlichsten zum Worte kam. Als Politiker und sozialistischer Demagoge kommt er hier fast nicht in Betracht. An scharfer Kritik, wo sie angebracht schien, haben wir es auch ihm gegenüber nicht fehlen lassen. Wir hoffen, daß durch dieses Buch einige wahrheitsdurstige Menschen angeregt werden, selbst aus der besten und tiefsten Quelle zu schöpfen, selbst die Werke der vier genannten Autoren zu studieren und — zu kritisieren.

Wir haben außer den genannten noch gar viele Schriftsteller zum Worte kommen lassen, aus den mannigfaltigsten Gründen und Veranlassungen, am häufigsten, weil wir eine eigene Ansicht von ihnen bestätigt fanden, oder weil wir eine fremde widerlegen und durch die Widerlegung das nach unserer Meinung Richtige um so deutlicher in's Licht setzen wollten. Niemals aber hatten wir irgend einen „Literaturnachweis“ im Sinn und wir sind vor allem sehr weit davon entfernt, ganz im allgemeinen das Neueste für das Beste und Wissenswerteste zu halten, wenigstens in der Theorie. Es kann sehr leicht weit hinter ganz Altem zurückstehen und nicht selten bloß dazu dienen, den neuesten Rückschritt, die neueste Verflachung zu konstatieren. Auf die neueste Literatur braucht übrigens auch selbst der junge Leser am wenigsten aufmerksam gemacht zu werden, sie drängt sich jedem überall von selbst auf. Wo es sich um Tatsachen handelt, da sind allerdings die neuesten oft sehr wichtig und auch, soweit sie in unsere Betrachtungen herein gehören, genügend berücksichtigt.

Auf genaue, korrekte Einschachtelung des Inhalts in Kapitel und Paragraphen wurde wenig Gewicht gelegt. Das Buch könnte auch ohne solche Einteilung erscheinen, die Untersuchung läuft un-

unterbrochen fort. Derselbe Hauptgegenstand, die moderne kapitalistische Wirtschaft, soll von allerlei Seiten beleuchtet werden. Irgendwelche Wiederholungen da und dort waren unvermeidlich.

Praktische Resultate wurden nicht in besonderen Paragraphen formuliert, vielleicht geschieht das noch in einem anderen Buche. Der aufmerksame Leser findet die Meinung des Autors auch in diesem.

Wenn einige junge Leute sich durch dasselbe in ihrem sozialen Denken gefördert fühlen, so ist alles geschehen, was der Verfasser zu hoffen wagt.

Zürich, 26. Dezember 1902.

Inhalts-Verzeichnis.

I. Güter.

§ 1. Grenzbestimmung.

Objekt der Wirtschaftswissenschaft sind die Güter.

Was ist ein Gut?

Gar viele Wissenschaften haben es mit Gütern zu tun, jede mit besonderen, daher wird auch jede den Begriff besonders und eigentümlich fassen, die Hygiene anders als die Ethik, die Ethik anders als die Ästhetik, die Ästhetik anders als die Wirtschaftslehre.

Doch eins muß man gleichmäßig von jeder Definition fordern, mag sie für was immer für ein Gebiet aufgestellt werden: daß sie einen auf diesem Gebiet anwendbaren Begriff schaffe, einen Begriff, der unter die allgemeinen Kategorien paßt, die eine Disziplin aufstellt und braucht. Sonst bekommt man nur einen Scheinbegriff, mit dem man im weiteren Verlauf der Denkarbeit so wenig anfangen kann, daß man ihn stillschweigend selbst fallen läßt. Darum verstehen wir unter Gütern im Sinne der Wirtschaft vor allem nur materielle Dinge, die menschlichen Bedürfnissen dienen.

Man pflegt zumeist (besonders J. B. Say hat dies angeregt) auch noch andere „Dinge" zu den Gütern zu rechnen, die in der Tat nicht einmal Dinge sind, nämlich persönliche Dienstleistungen und gewisse, in wirtschaftlicher Hinsicht nützliche Beziehungen („Verhältnisse") zu Personen und Sachen.

Doch läßt man diesen erweiterten Begriff in der Regel alsbald außer acht oder sieht sich zu Aufstellungen genötigt, die allem Sprachgebrauch und sogar aller Logik widersprechen.[1])

---

[1]) S. Rodbertus: Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände, 1842. S. 1.

§ 2. Kritik der „Dienstleistungen“.

Unter Dienstleistungen versteht man gewisse nützliche Tätigkeiten die sich direkt auf Personen beziehen, wie die Tätigkeit des Arztes, Richters, Lehrers.

Die gegebenen Definitionen sind im ganzen unklar. Gemeint kann aber doch wohl nur die Tätigkeit selbst sein, nicht etwa deren Erfolg, also das Lehren, nicht die Belehrung, das Heilen, nicht die Heilung. Denn sonst müßte man auf dem Gebiet der materiellen Güter nicht bloß das Brot, sondern auch die Sättigung, nicht bloß das Bett, sondern auch den Schlaf ein wirtschaftliches Gut nennen, was doch noch niemand eingefallen ist.

„Ein Arzt besucht einen Kranken, beobachtet die Kennzeichen seines Übels, verschreibt ihm ein Mittel und verläßt das Zimmer, ohne ein Produkt zurückzulassen . . . . Die Produktion war, Rat zu geben; die Konsumtion bestand in der Anhörung desselben“ (J. B. Say, Abhandlung über die National-Ökonomie, übersetzt von L. H. Jakob, 1807, I. S. 303).

Die Tätigkeiten, die man unter den Dienstleistungen versteht, sind ja zum Teil für die menschliche Gesellschaft von sehr großer Bedeutung. Aber man kommt aus den Widersprüchen nicht heraus, wenn man sie zu den Gütern im Sinn der Wirtschaft rechnet.

Von jeher hat man solche Tätigkeiten nur dann als Güter aufgefaßt, wenn sie sich auf eine andere Person bezogen. Z. B. der Arzt, der sich selbst heilt, hat kein wirtschaftliches Gut geschaffen. Auch wohl die Mutter nicht, welche die eigenen Kinder wäscht und kämmt.

Wenn hingegen jemand für den eigenen Bedarf Kartoffeln baut, wird kein Mensch bezweifeln, daß diese ebenso sicher Güter sind, wie wenn er sie für andere baut.

Aber wenn man so mit jenen Dienstleistungen verführe, so würde man zu der Absurdität kommen, den eigenen Genuß derartiger Leistungen zum Einkommen der Person rechnen zu müssen. Der arme Musiker, der aus Liebe zur Sache und mit Genuß täglich 6 Stunden in seiner Dachkammer Violine spielt, hätte hiernach ein nicht unbeträchtliches Einkommen.

Der Grund, weshalb man die Dienste mit dieser Einschränkung zu den Gütern rechnet, liegt offenbar darin, weil sie von anderen, denen man sie leistet, unter Umständen mit unzweifelhaft wirtschaftlichen Gütern bezahlt werden.

Dies kommt daher, weil sich gewisse Arten derselben im Verlauf der Zeiten durch die Fortschritte der Arbeitsteilung zu besonderen Berufen entwickeln, denen Einzelne ihr Leben widmen und von denen sie denn auch ihren Unterhalt ziehen müssen. In einer geschlossenen Wirtschaft, einem οἶκος, oder in einer kommunistischen Gemeinde würde es niemand einfallen, solche Arbeiten zu den wirtschaftlichen zu rechnen, obwohl auch hier die damit Beschäftigten durch die wirtschaftlichen Arbeiten anderer, d. h. durch deren materielle Erzeugnisse erhalten werden müßten. Wenn man Lehrer, Geistliche, Schauspieler von Beruf haben will, so muß man ihnen natürlich auch als solchen eine Existenz ermöglichen, d. h. ein Teil der materiellen Güter, welche die Gesellschaft hervorbringt, muß ihnen zufließen, obwohl sie bei der Produktion derselben nicht mitwirken. Ihr Lohn, Salair, Gehalt ist also ein Problem der Verteilung, nicht der Produktion des gesellschaftlichen Einkommens. Aus ihm folgt keineswegs, daß sie Produzenten wirtschaftlicher Güter sind. Wenn ein Oiken- oder Feudalherr einen Teil seiner Arbeiter, die bisher allesamt in der Produktion materieller Güter tätig waren, nunmehr zu seinem persönlichen Dienste verwendet: bleibt dann seine wirtschaftliche Lage gleich, oder wird sie schwächer? ist er dadurch reicher geworden oder ärmer? oder ist dieser Vorgang für seinen Reichtum irrelevant? Wer letzteres behauptet, der nehme an, von zwei solchen Herren verwende der eine alle Arbeiter für die materielle Produktion, der andere keinen, und frage sich nun: welcher ist wirtschaftlich reicher?

Der Fehlschluß lautet:

Dienste werden bezahlt
Güter werden bezahlt
———————————
also sind Dienste Güter

was ebenso richtig ist, wie daß die Menschen Kamele sind, weil sie wie diese zwei Ohren haben.

Nimmt man aber als Obersatz: alles was mit wirtschaftlichen Gütern vergolten wird, ist selbst ein wirtschaftliches Gut — so hat man das Thema probandum als Prämisse gesetzt, kommt sofort zu ganz unannehmbaren Folgerungen und wird dadurch widerlegt.

Denn da wäre jede Arbeit ein wirtschaftliches Gut, sofern man dafür einen Lohn beziehen kann. Da würde der Schneider erstens Kleider und zweitens Leistungen (Dienste) produzieren.

Er müßte sagen: Ich mache erstens das Machen und zweitens Röcke und Hosen — und so mutatis mutandis jeder, der für Geld etwas hervorbringt.

Man kann jemand Geld dafür bezahlen, daß er eines anderen Haus anzündet, oder daß er ein Geheimnis mitteilt oder verschweigt.[1]) Gehört dann das Geheimnis zum Vermögen des Geldgebers? Es ist ein sehr dauerhaftes „Gut“, es kann für ihn großen „Wert“ haben. Sollte er da, wenn er gewissenhaft ist, sein Geheimnis, das mitgeteilte oder das verschwiegene, als Vermögen versteuern? Das würde jedermann absurd und unmöglich finden. Man sieht hieraus, daß die Begriffe „Gut“ und „Wert“ auch auf außerwirtschaftlichen Gebieten angewendet werden, weshalb man über ihre Bedeutung in der Wirtschaft sich recht klar sein sollte. Man darf eben über die Klang-„Farbe“ nicht in der Optik Aufklärung suchen, und über die zarten Fleisch-„Töne“ eines Gemäldes nicht in der Akustik.

Ein wirtschaftliches Gut muß also durchaus nicht immer gegen ein wirtschaftliches Gut ausgetauscht werden.[2])

J. B. Say nennt den Rat, den ein Arzt gibt, ein immaterielles Produkt. Derselbe habe einen Tauschwert, und alle Dinge, die einen Tauschwert haben, bilden den Reichtum (l. c. I. S. 304).

Andrerseits erklärt er ebenda (II. S. 97f.): Würden in einer Stadt im Jahre 50000 Fr. den Ärzten bezahlt, so hat die Stadt für 50000 Fr. ärztliche Hilfe konsumiert. „Ob also gleich die Einkünfte für die Ärzte sehr reell gewesen sind, so ist doch dieses Einkommen, wie die Einkünfte aller Klassen, welche immaterielle Produkte liefern, für die Gesellschaft nichts. Das, was die Ärzte

---

[1]) „Kam endlich eine Zeit, wo alles, was die Menschen bisher als unveräußerlich betrachtet haben, Gegenstand des Austausches, des Schachers, veräußert wurde. Es ist dies die Zeit, wo selbst Dinge, die bis dahin mitgeteilt wurden, aber nie ausgetauscht, gegeben, aber nie verkauft, erworben, aber nie gekauft: Tugend, Liebe, Überzeugung, Wissen, Gewissen u. s. w., wo mit einem Worte alles Sache des Handels wurde. Es ist die Zeit der allgemeinen Korruption, der universellen Käuflichkeit oder, um die ökonomische Ausdrucksweise zu gebrauchen, die Zeit, in der jeder Gegenstand, ob physisch oder moralisch, als Handelswert auf den Markt gebracht wird, um auf seinen richtigen Wert abgeschätzt zu werden“ (Marx, Elend d. Philos. S. 5). Die ökonomische Ausdrucksweise verändert aber nicht die Natur der Dinge.

[2]) „Tauschwert und Preis erlangen nicht nur die wirtschaftlichen Güter, sondern alles, was dem Menschen nützlich oder angenehm erscheint“ (Philippovich, Polit. Ökon. S. 17).

gewonnen haben, haben notwendig andere Personen verloren. Alle Mühe und Arbeit der Ärzte, Staatsbeamten, der Richter, Advokaten, der Militärpersonen, Prediger, Schauspieler, Sänger, Dienstboten können die Masse des Nationalreichtums nicht um einen Heller vermehren.“ Dies wird damit begründet, daß die immateriellen Produkte gleich verzehrt werden und nichts davon übrig bleibt.

Aber wie kann man überhaupt eine Tätigkeit „verzehren“? und wie kann man sagen, daß von einem guten Rat, einer Lehre, Erbauung, von geschaffener Ruhe und Sicherheit, von ästhetischen Eindrücken u. s. w. nichts übrig bleibe? und werden nicht auch frische Fische und Omeletten und vieles andere gleich verzehrt, ohne daß etwas übrig bleibt? und werden nicht alle Güter allmälig verzehrt? kommt es denn bei der Gutsqualität auf die Frage an, wie lange die Dinge da sind? ist eine Zigarre darum weniger ein Gut als ein Buch? Das sind lauter Ausflüchte und Inkonsequenzen und es ist der offenbarste Widerspruch, einerseits zu sagen, alles, was Tauschwert hat, bildet den Reichtum, darum sind die immateriellen Produkte Güter, und andererseits zu erklären, die immateriellen Produkte können die Masse des Reichtums nicht im geringsten vermehren.

Wenn die „Dienste“ Güter wären im Sinne Says, so würde ein Sänger oder Schauspieler, der 2000 Zuhörer resp. Zuschauer hat, 1000mal mehr Güter produzieren als ein anderer, der bloß 2 hat, und zwar mit gleichviel Arbeit. Singen und spielen sie für sich, so produzieren sie mit gleicher Anstrengung gar nichts, m. a. W. der Begriff Produktion im wirtschaftlichen Sinne ist hier ebensowenig anwendbar wie der Begriff Konsumtion. Oder wird vielleicht durch das Anhören der Gesang verbraucht, zerstört?

Man hat gesagt, es liege in unserer Auffassung eine Nichtachtung solcher zum Teil sehr hochzuschätzenden Tätigkeiten. „Wer Schweine erzieht, soll produktiv arbeiten; wer Menschen erzieht, unproduktiv! (List)“ — führt Roscher an (Grundlagen der Nat.-Ökonomie, 14. Aufl. S. 109). Das soll heißen, wer Schweine erzieht, bringt wirtschaftliche Güter hervor; wer Menschen erzieht, nicht. Dagegen ist einzuwenden, daß Schweine nicht erzogen, sondern gezüchtet werden. Sollte das Menschenzüchten eine produktive Arbeit genannt zu werden verdienen? Und ferner: es galt bisher nie für eine Ehre, ein produktiver Arbeiter zu sein, viel eher das Gegenteil. Und ist es etwa eine Ehre, ein wirtschaftliches Gut zu sein?

Die wahre Tugend, Weisheit, Ehre, Liebe, Tapferkeit, Geduld u. s. w., die man doch aufs höchste schätzen sollte, sind sicher keine wirtschaftlichen Güter, haben auch keinen Marktpreis und lassen sich sogar nicht in Geld abschätzen.

§ 3. Kritik der „Verhältnisse“.

Unter dem Ausdruck „Verhältnisse“ versteht man hergebrachtermaßen 1. die Kundschaft oder Firma von Geschäften und 2. Rechte.

Mit einem bestimmten Geschäfte kann ein zuverläßiger Kreis von Abnehmern in der Weise verbunden sein, daß ein neuer Übernehmer desselben auf einen gehörigen Absatz und mithin auf beträchtlichen Gewinn mit einiger Zuversicht rechnen kann. Die betreffende Firma gibt also ihrem Inhaber eine Aussicht auf reichlichen Profit, die ihm sonst ungewiß ist, oder die er sich erst erwerben müßte und darum kann man dafür einen bestimmten, nach der Größe des zu erwartenden Profits zu berechnenden Preis zahlen, d. h. man kann im vorhinein wirtschaftliche Güter hingeben für wirtschaftliche Güter, die einem später zufließen. Diese allein sind dann ökonomische Realitäten, nicht die Erwartung derselben, die Hoffnung auf dieselben. Bleiben diese künftigen Erträge, die keine „Verhältnisse“, sondern von sehr materieller Natur sind, aus, fehlt also die Kundschaft oder bezieht sie zwar Waren genug, bezahlt sie aber nicht, so hat man sein Geld weggeworfen, obwohl man die Firma, das „Verhältnis“ ganz richtig dafür bekommen hat. Die Firma ist also wohl im besten Fall eine Gelegenheit, wirtschaftliche Güter zu erwerben, aber man darf doch die Gelegenheit zum Erwerbe nicht mit dem Erworbenen identifizieren.

Vom gesellschaftlichen Standpunkte aus fragen wir uns: wird denn dadurch, daß der Kolonialwarenhändler Meier in der Kreuzstraße eine große Kundschaft hat und davon reich wird, die Masse der vorhandenen Güter, der Reichtum der Gesellschaft vermehrt? Um was er mehr verkauft, verkaufen andere weniger.

Hätte jemand vom Staate das Privilegium erhalten, von jedem, der von einem der Bahnhöfe in Berlin in die Stadt gehen oder fahren will, eine gewisse Abgabe zu fordern, so könnte er für die Abtretung dieses Rechts unzweifelhaft einen gewaltigen Kaufpreis verlangen. Und doch wird keiner behaupten, daß Berlin oder

Deutschland oder die Welt durch einen solchen „Tauschwert“ reicher geworden sei. Solcher Reichtum ließe sich in einem despotisch regierten Lande durch Federstriche beliebig vermehren.

Also noch einmal: daß man etwas verkaufen kann, ist kein Beweis, daß dieses Etwas ein wirtschaftliches Gut ist, ausgenommen etwa für denjenigen, für den der Begriff Wirtschaft lediglich im Schachern besteht und der immer nur an den Profit eines Einzelnen denkt.

Ähnlich wie mit der Kundschaft verhält es sich mit den „auf Sachen und Leistungen bezüglichen Rechten“ (Fr. J. Neumann).

Vor allem ist folgendes auffallend. Sowie man bei den „Diensten“ die auf den Tätigen selbst gerichteten Leistungen vom Gutsbegriff ausschließt, so hier von der Zahl der Rechte, die Güter sein sollen, das vorzüglichste, umfassendste, von welchem alle anderen nur Folgen und Ausflüsse sind, das Eigentumsrecht.

Warum wohl? Weil wir sonst mit einem Schlage gerade doppelt so reich wären, wie wir sind, freilich ohne einen Nutzen davon zu spüren. Wir hätten nämlich erstens unsere Sachgüter und zweitens das Eigentumsrecht daran. Daß eine Sache und dieses Recht sehr wohl gesondert voneinander gedacht werden und sogar gesondert vorkommen können, ist ja gewiß. Ein Dieb stiehlt meine Uhr. Ich habe nach wie vor das Eigentumsrecht, er die Sache. Wer von beiden ist reicher in Bezug auf Uhren?

In der Tat ist es mit anderen Rechten, an die man hier denkt, nicht anders bestellt.

Rechte sind Ansprüche auf Güter, aber nicht selbst Güter. Als Ansprüche gehören sie zum Vermögen des Individuums in dem Sinne, daß dieses für seinen Behuf auch jetzt schon mit solchen Gütern rechnet, die ihm in einer bestimmten Zeit sicher zufallen. Wenn es den Rechten Vermögensqualität zuschreibt, so meint es im Grunde doch ihre Realisierung, d. h. unzweifelhafte materielle Güter. Bleiben diese aus, so waren die Rechte nichts, eine Täuschung. Man sieht also auch hier, was ihr wirklicher Inhalt ist.

Und wir haben hier überdies die Dinge nicht vom Standpunkt des Individuums aus zu betrachten, sondern vom gesellschaftlichen und da fragen wir: wird durch eine Vermehrung solcher Rechte die menschliche Gesellschaft reicher? wird sie durch eine Verminderung derselben ärmer? Wenn plötzlich alle

Rechte ausgetilgt würden, der vorhandene Reichtum wäre um kein Atom verringert.[1])

Es gab eine gewisse Schule von „Freiländern“, welche meinten, die Beseitigung der Hypothekenschulden würde plötzlich das Kapital ungeheuer vermehren und dadurch den Zins auf ein Minimum herabdrücken. Hier wollte also die Lehre, daß Forderungsrechte wirtschaftliche Güter sind, sich praktisch machen. Eine Kapitalforderung, so supponierte man, ist ein Kapital. Das Kapital steckt bei der Hypothekenforderung im Boden. Nimmt man es heraus, so gibt es auf einmal Kapital in Fülle. Ein wenig Nachgraben auf einem verschuldeten Gute hätte die Herren über ihren Irrtum aufklären können, wenn sie den Sinn für Realitäten nicht etwa ganz verloren hatten.

Wenn Forderungen Güter wären, so würde jedes Kreditgeschäft die Güter, über die es abgeschlossen wird, verdoppeln. Ich leihe dir 1000 Fr. in Gold. Dieses Gold ist nach wie vor ein Gut, dem kannst du die Gutsqualität nicht nehmen. Also das Gold ist da, und dazu meine Forderung als neues Gut. —

Du wendest ein: Aber auf Seite des Schuldners ist eine ebenso große Verpflichtung, so daß Forderung und Verbindlichkeit sich aufheben.

Wenn sich diese beiden aufheben, was bleibt denn dann noch übrig als das schwere Gold? Und wenn dir dein Schuldner die Summe nie zurückbezahlt, so hättest du nach deiner Theorie immer noch dein Gut, die Forderung. Worin besteht aber nun sein wirtschaftlicher Inhalt? Deinem Gold hingegen kann niemand die Gutsqualität mit echtem wirtschaftlichen Inhalt nehmen, solange auf der Welt das Gold ein beliebter Artikel ist.

Oder: es teilen zwei Erben ein Haus in der Art, daß der eine zwar das ganze Haus behält, aber dem anderen die Zinsen des halben Schätzungswertes Jahr für Jahr bezahlen muß. Ist nun mehr da als das Haus? oder ist das Haus jetzt nur mehr zur Hälfte ein wirtschaftliches Gut? Die Beziehungen verschiedener Menschen zu einem und demselben Gute können ja sehr verschiedenartige sein, aber Beziehungen sind keine Güter, wenn sie auch in

[1]) Neumann legt bei Feststellung des Gutsbegriffs Gewicht darauf, „daß wir uns im Begriff Gut einen geeigneten Baustein zur Bestimmung solcher Dinge wie Volksvermögen, Volkseinkommen u. s. w. sichern“ (Grundlagen d. V.W.lehre, S. 85f.). Dennoch rechnet er die Rechte zu den Gütern im volkswirtsch. Sinn (S. 90).

Erwartung reeller Dinge, zu denen sie verhelfen, gar wohl mit reellen Dingen bezahlt werden können.[1])

Der Mensch darf also gar wohl mit seinen Rechten und Aussichten rechnen, aber er darf nicht glauben, daß sie dadurch etwas anderes werden, als sie ihrer Natur nach sind, sonst kann er die größten praktischen Fehler begehen.

Es scheint manchem vielleicht überflüssig, über so einfache Dinge weitläufig zu verhandeln. Aber fast jedes neue Lehrbuch der Nationalökonomie tischt die alten Irrtümer wieder auf. Nur die österreichische (Menger-) Schule hat sich davon ziemlich frei erhalten.

In seinen „Grundlagen der Volkswirtschaftslehre“ 1889 S. 97f. nennt Fr. J. Neumann diejenigen Klassen produktiv, die es „berufsmäßig (!) direkt mit der Hervorbringung von Sachen (warum nicht auch von Rechten, wenn diese wie die Sachen Güter sind?) oder der Steigerung des Wertes von Sachen und Rechten .... zu tun haben“. Danach wären auch die Mitglieder eines Hausse-Syndikats oder Schwindelkonsortiums produktive Leute?! Seite 103 lesen wir: „Die Herstellung von Gütern in diesem Sinne (nämlich „im Sinne unserer Wissenschaft“) nennen wir Produktion“. Dieser Satz ist doppelt interessant: erstens weil hiernach auch die Herstellung von Rechten Produktion im Sinne der Wirtschaft ist, und zweitens durch den Umstand, daß Neumann S. 35 erklärt, „mit solchen noch bis in die neueste Zeit nicht selten gebrauchten Redeweisen“ wie „Wir nennen Gut“ u. dgl. sei wenig erreicht. (Die eingeklammerten Stellen im obigen Zitat rühren selbstverständlich von uns her, ebenso der gesperrte Druck.)

J. B. Say, der Vater der oberflächlichsten Privatwirtschaftslehre, die sich als Volkswirtschafts-Theorie betrachtet — ein Vater mit sehr vielen Söhnen —, sagt höchst bezeichnend für sich und seine Nachfolger bis auf den heutigen Tag herab: „Was für einen Privatmann Reichtumsobjekt ist, ist es auch für eine Nation. — Was für ein Individuum wahr ist, ist auch für eine Regierung wahr und

[1]) „Um ein Ding zu verkaufen, dazu gehört nichts, als daß es monopolisierbar und veräußerlich ist“ Marx, Kapital III. 2. S. 173. „Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweise zu verdreifachen durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint“. ib. S. 8.

für eine Gesellschaft" (Erweiterungen und Verbesserungen etc. zusammengestellt von C. E. Morstadt, Heidelberg 1827, S. 91 u. 92). Es ist fast unmöglich, etwas Unsinnigeres zu sagen.

Ganz richtig bemerkt hingegen John Stuart Mill (Grundsätze der polit. Ökon., deutsch von Soetbeer, I. S. 8): Für den Einzelnen ist alles Vermögen, was ihn in den Stand setzt, von andern einen Teil ihrer Habe zu beanspruchen, z. B. Hypotheken. Für ein Land oder die menschliche Gesellschaft ist nur das Vermögen, „was an sich einem Zweck der Nützlichkeit oder Annehmlichkeit entspricht".

II. Entstehung wirtschaftlicher Güter.

§ 4. Wirtschaft und Arbeit.

Doch nicht alle materiellen Dinge, die unseren Bedürfnissen dienen, sind Güter im Sinne der Wirtschaft.

Wirtschaft ist Fürsorge für menschlichen Bedarf an materiellen Gütern [1]) (von der Wirtschaft der Tiere sprechen wir hier nicht).

Wo keine Fürsorge nötig ist, weil wir die Objekte unserer Bedürfnisse mühelos in beliebiger Menge genießen können, da sind diese keine wirtschaftlichen Güter.

Ebensowenig jene Bedürfnisobjekte, in Bezug auf welche keine Fürsorge möglich ist, weil sie der Einwirkung unseres Willens unzugänglich sind. Nur was von diesem beherrscht wird resp. unter seine Herrschaft gebracht werden kann, ist aktuell oder potentiell Gegenstand seiner Fürsorge, ein aktuelles oder potentielles wirtschaftliches Gut. Die Luft ist kein wirtschaftliches Gut, sie erfordert keine Fürsorge. Das Gold im Planeten Mars ist kein wirtschaftliches Gut, keine Tätigkeit reicht hin, es uns zu verschaffen. Das Gold im Felsen des Bergwerks ist ein potentielles, im losgeschlagenen Gestein schon ein aktuelles Gut.

Die allermeisten materiellen Dinge, die dem Menschen dienen, müssen seinem Bedürfnis erst durch irgend welche Anstrengung seiner Kräfte zugeführt werden.

Die Anstrengung menschlicher Kraft, welche materielle Dinge dem Bedürfnis parat legt, nennen wir Produktion.

Alle Produktion ist Arbeit, aber natürlich nicht alle Arbeit Produktion.

Gegenstand dieser (Produktions-)Arbeit ist in letzter Linie die gegebene Welt der Stoffe, die Natur. Sie ist da vor aller Arbeit und kann durch dieselbe weder vermehrt noch vermindert werden.

[1]) Ähnlich Carl Menger: „Unter Wirtschaft verstehen wir die auf Deckung ihres Güterbedarfs gerichtete vorsorgliche Tätigkeit der Menschen". Unters. üb. d. Methode d. Soz. Wissenschaften, 1883, S. 44.

Die Natur selbst ist kein aktuelles wirtschaftliches Gut.

Aus dem gegebenen Stoff schafft die Arbeit Güter, indem sie denselben irgendwie dem Bedürfnis zuführt. Dazu muß sie ihn in Bewegung setzen. Alle Güter schaffende Arbeit von der bloßen Okkupation ohne weiteres brauchbarer Stoffe bis zur künstlichsten Herstellung und Bearbeitung ist nichts als Stoffbewegung (J. St. Mill, a. a. O. I., S. 26f.), wovon sich jeder durch beliebige Beispiele überzeugen kann.

Und nur die Arbeit, die den Stoff bewegt, deren Objekt also die Materie ist, ist direkt güterschaffend. Man bezeichnet sie als körperliche Arbeit, als Handarbeit. Damit der Körper, die Hand arbeite, muß stets auch der Geist des Menschen tätig sein. Zuerst muß das, was dann in der Außenwelt vollbracht werden soll, in der Vorstellung vorhanden sein. Also keine körperliche Arbeit ohne geistige. Die geistige kann natürlich auch minimal sein, so geringfügig, daß sie, durch die Gewöhnung des Menschen an gewisse Tätigkeiten, bei Ausübung derselben gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt. Die geistige Arbeit als Vorbedingung der körperlichen kann aber auch bei besonderen Produktionszweigen und -Aufgaben so bedeutend und so schwierig werden, daß sie nicht mehr von Handarbeitern selbst vollzogen werden kann, sondern eigene Organe, Geistesarbeiter, im Gebiete der Wirtschaft fordert, welche mit der materiellen Arbeit nichts mehr zu tun haben, sondern nur die Vorbedingungen schaffen, damit diese in einer bestimmten, nunmehr erforderlichen oder vorteilhafteren Weise stattfinden kann. Sie leisten also mit ihrem Intellekt auf einer höheren Entwicklungsstufe das, was der körperliche Arbeiter auf einer niedrigen selbst leisten muß, nur in viel vollkommenerer Weise.

Die wissenschaftliche Technik, die Organisation und Leitung des Arbeitsprozesses gehören hierher.

Solche Tätigkeiten, welche die unmittelbare Voraussetzung und Bedingung bilden, damit der einzelne bestimmte individuelle Arbeitsprozeß in einer bestimmten (höheren und erfolgreicheren) Form vor sich gehen kann, nennen wir mit Recht ebenfalls produktiv im Sinne der Wirtschaft, wenn auch nicht Produktion, d. h. wir rechnen solche Arbeiten zu den wirtschaftlichen, nicht zu den „Diensten“.[1])

[1]) „Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses erweitert sich notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgend eine seiner Unterfunktionen zu vollziehen“ (Marx, Kapital I., S. 519f.).

Wollte man auch die entfernteren Vorbedingungen herbeiziehen, die erfüllt sein müssen, damit die Arbeit in einer bestimmten, z. B. der heutigen Form stattfinden kann, damit man also z. B. gerade so Papier fabriziere, wie man es jetzt macht, so käme man ins Unendliche, und das wirtschaftliche Leben wäre nicht mehr eine Sache für sich, ein gesondertes Objekt, von dem eine gesonderte Wissenschaft möglich wäre, sondern es würde die gesamte Entwicklung der Menschheit umspannen, die soziale, politische, ethische, intellektuelle und was man sich sonst noch denken mag. Damit heute eine moderne Zuckerfabrik funktionieren kann, muß die ganze menschliche und kosmische Geschichte genau so verlaufen sein, wie sie wirklich verlaufen ist.

Alle möglichen Tätigkeiten, welche in diesem weiteren Sinn Bedingungen gütererzeugender Handarbeit sind, als produktiv im wirtschaftlichen Sinn zu bezeichnen, wäre mithin vom Standpunkt einer besonderen Wissenschaft aus ein hoffnungsloses Beginnen.[1])

Selbst die Tätigkeit jener Geistesarbeiter, die wir als produktiv bezeichneten und die in unmittelbarer Beziehung zur Handarbeit steht, deren Verfahren sie vorbereitet, schafft, ebenso wie die geistige Tätigkeit des Handarbeiters selbst, doch erst die bloße Möglichkeit der Produktion eines bestimmten Gutes, nicht dieses Gut selbst. Sie macht tatsächlich nicht einmal den Anfang, aus dem vorhandenen Naturstoff ein Gut zu bilden.

Man lasse eine beliebige Anzahl von ausgezeichneten Ingenieuren ein, zwei und noch mehr Jahre in Bezug auf eine projektierte Eisenbahn rechnen, messen, zeichnen, denken, so wird, so notwendig auch diese Vorstadien sind, schließlich doch alle Welt ungeduldig fragen: Wann wird denn endlich mit dem Bau begonnen? — Es ist gerade, wie wenn ein Arbeiter ruhig dasäße und nachdächte, wie er etwas machen solle. Kein Mensch wird sagen, daß

[1]) H. v. Scheel, und er nicht allein, nennt sogar den Militärdienst eine „unzweifelhaft produktive Beschäftigung“ (Handwört. d. St. W. I. Aufl., Art. Beruf und Berufsstatistik S. 395). Die Begriffe nützliche und produktive Arbeit werden einfach identifiziert und so alle Grenzen verwischt. Rodbertus (Zur Beleuchtung der sozialen Frage, S. 69 und 146) nennt bloß die materielle Arbeit produktiv. „Adam Smith und seine Anhänger anerkannten als produktiv nur die materielle Arbeit, nicht die persönlichen Dienstleistungen“ (Schönberg im Handwörtb. II. Aufl., Art. Arbeit, S. 447.)

er da seine Arbeit schon angefangen habe. Er sagt: „Ich muß erst überlegen, dann kann ich arbeiten". — Sowie aber der erste Spatenstich gemacht ist, der die Materie bewegt und jene besondere Gestaltung und Zusammensetzung eines Teils der Erdoberfläche, die man Eisenbahn nennt, einleitet, sagt jedermann: Jetzt haben sie angefangen. — Der Spatenstich ist Produktion. Über etwas nachdenken heißt nicht, es machen, auch wenn das Nachdenken dem Machen vorausgehen muß. Ebenso ist's mit dem Anordnen, dem Kommando. Das militärische Kommando bringt keinen Feind um, sondern erst das Schießen. Aber der Kommandant gehört zur militärischen Truppe, er ist sogar eine Hauptperson, auch wenn er selbst nicht schießt. Und so gehören die Techniker und Organisatoren und Leiter der Arbeiter-Truppen zur wirtschaftlichen Armee, auch wenn sie mit der Stoffbewegung selbst sich nicht abgeben und also keine Güter produzieren.

Dies tut nur die materielle Arbeit. Aufgewendet zum Zweck der Produktion und mit Hinblick auf dieselbe wird aber auch jene geistige Arbeit, die wir als produktiv bezeichneten.[1]) Außer Arbeit aber wird von Seite des wirtschaftenden Menschen auch nichts aufgewendet, ihn kosten die Güter lediglich Arbeit. Denn die bloße Materie und die in derselben wirkenden Naturkräfte wendet der Mensch nicht auf. Die Natur muß er nehmen, wie sie ist. Will er auf sie einwirken, um ihre Gesetze zu seinem Vorteil auszunützen, so geschieht es durch Arbeit. Außer der Natur und dem Menschen, den wir zum Zweck der Wissenschaft ihr gegenüberstellen müssen, ist aber nichts da. Sein Vorgehen ihr gegenüber zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung ist aber, sobald es wirklich menschlich, vernünftig, planvoll wird und er nicht wie die meisten Tiere bloß die naturfertige Nahrung verschlingt, nichts als Arbeit.

Leider ist dieser handgreifliche Sachverhalt noch immer gar manchem Nationalökonomen ein unverständliches Geheimnis. So sagt Lesigang im Handwörterbuch der Staatswissenschaft I. Aufl., Artikel Grundrecht, S. 196: „Der vom Boden im Wege der Landwirtschaft zu liefernde Ertrag bildet das Objekt der Grundsteuer." Man müsse, fährt er fort, die Worte „vom Boden" besonders be-

[1]) Heutzutage „arbeiten" nach ihrer Sprechweise auch die Spekulanten an der Börse, die Effekten sind ihr „Material". Ebenso „arbeiten" in der Zeitungssprache die Turner und Sänger auf ihren Festen. Allerdings setzen diese große Mengen von „Stoff" in Bewegung, doch nur vertilgend.

tonen; denn „im Ertrag der Landwirtschaft steckt stets auch (!) der Ertrag der in derselben aufgewendeten menschlichen Arbeit; dieser Arbeitsertrag muß vom Bodenertrag getrennt werden und kann nicht Objekt einer Steuer sein, welche nur den letzteren zu treffen hat". Man versuche doch einmal, von der „Landwirtschaft" die Arbeit wegzulassen — vom Messer Heft und Klinge — und besteuere dann den Ertrag dieser Landwirtschaft! Lesigang meint, weil der Grundbesitzer seine Rente ohne eigene Arbeit bezieht, sei dieselbe überhaupt nicht Ertrag menschlicher Arbeit. Ähnliche Ideen hatten die Physiokraten, aber vor 150 Jahren. Ganz unverständlich ist Otto Effertz (Arbeit und Boden. Kritik der theoret. polit. Ökonomik. 1889). Nach ihm steckt „hinter den Gütern" nicht nur „die sinnlich wahrnehmbare, chemisch in den Gütern steckende Natur", sondern auch der „übersinnlich in ihnen steckende Boden" (S. 16). In jedem Gute stecke erstens Produktenwert, zweitens menschliche Kraft und drittens noch ein bestimmtes Quantum von Boden oder von Bodenwert (!).

Boden ist aber = ganze unproduzierte Natur. Also ein übersinnliches Quantum unproduzierter Natur steckt in jedem Gute, vermutlich durch die vierte Dimension zu messen. Als Pendant zu diesem Tiefsinn, der manchem imponiert hat, diene der Satz (S. 25): die „persönlichen Dienstboten, gewöhnlich ‚Dienste' genannt", enthalten kein Atom Boden, nur Wert und Arbeit. — Sollten nicht sogar „persönliche" Schriftsteller, die man ja auch „Dienste" nennen könnte, in einem gewissen Sinne aus Materie (Boden) bestehen, selbst wenn sie kein Atom Wert enthalten?

Übrigens ist schon Adam Smith, der bewußte oder unbewußte Lehrmeister aller späteren Nationalökonomen, in dieser wie in so mancher Frage ziemlich konfus. Zuerst betont er, daß das ganze nationale Einkommen, wirtschaftlich genommen, Produkt der Arbeit und die Arbeit allein produktiv sei. Dann läßt er in der Landwirtschaft die Natur Hand in Hand mit dem Menschen „arbeiten" und ganz nach physiokratischem Muster die Grundrente das Werk der Natur sein, das nach Abzug alles dessen, was als Menschenwerk betrachtet werden kann, übrig bleibt. Die Vorstellungen unserer Schacherwirtschaft vermischen sich eben überall mit der naturwüchsigen Betrachtung der Dinge und verwirren diese.

§ 5. Kritischer Exkurs.

Eine ganz eigentümliche Theorie entwickelt L. Brentano in der „Sozialen Praxis“ VIII., No. 46. Nach ihm gibt es fünf „Produktionselemente“, nämlich Natur, Kapital, Arbeit, Staat und Kultur. Produktionsfaktor hingegen ist „das Tätige, welches das Produkt schafft“. Solches ist einzig „der Geist desjenigen, der die Produktionselemente zu einem neuen Produkt vereint“. Produktionsfaktor ist also nur „der menschliche Geist“ und zwar der Geist des „Betriebsunternehmers, der die Arbeitsleistung des Arbeiters mit anderen Produktionselementen zu einem neuen Produkte verbunden hat.“

„Ein Band Goethe’scher Gedichte ist ebensowenig das Produkt Goethe’s, der den Text geliefert hat, wie des Setzers, der ihn gesetzt hat; Text und Satz sind nur Produktionselemente, welche der Verleger mit anderen Produktionselementen zur Herstellung des Bandes vereint hat; der fertige Band ist einzig und allein das Produkt des Verlegers. Dem entsprechend ist es weder Goethe noch der Setzer noch irgend ein anderer bei der Herstellung des Bandes beteiligter Arbeiter, der den Ertrag (!) des Bandes als seinen Arbeitsertrag ganz oder teilweise in Anspruch nehmen kann: dieser Ertrag ist das Ergebnis des Erkennens und Wollens des Unternehmers.“

Damit konstatiert Br. aber nur, daß der Profit in der Verkehrswirtschaft, die Differenz zwischen den Selbstkosten und dem Verkaufspreis, worauf es der Unternehmer einzig abgesehen hat, auch diesem gehört.

Wem der Profit in der Geldwirtschaft zufalle, das ist n. m. A. eine Frage des positiven Rechts, die jeder Jurist leicht beantworten kann. Wer eine Sache gemacht hat, das ist aber doch wohl eine Frage nach reinen Tatsachen, unabhängig von einer bestimmten Wirtschaftsstufe und von allem positiven und selbst philosophischen Rechte. Und in dieser Beziehung können wir uns recht wohl denken, daß ein Band Goethescher Gedichte ohne irgend einen „Verleger“ zustande komme, ja daß solche Bände massenhaft entstünden in einer Zeit, wo es überhaupt gar keinen Verleger (= Unternehmer) und gar keinen Verleger (= Unternehmer)-Profit gibt. Aber nicht denken können wir uns, daß ein solcher Band ohne Goethe zustande kommen könnte, der die Gedichte ersann, und, so lange Bücher „gesetzt“ werden, ohne Leute, die sie setzen (von denen, die das Papier etc. machen, ganz abgesehen), oder, wenn die Bücher

etwa einmal auf andere Weise gemacht werden, ohne Leute, die dann diese andere Arbeit an Stelle der ehemaligen Setzer verrichten. Der „Band“, wie er da liegt, ist allerdings nicht von Goethe, sondern nur von den Setzern etc. gemacht. Man könnte ein Goethe’sches Gedicht in Diamanten auf ein goldnes Armband setzen. Kein Atom des Geschmeides wäre von Goethe gemacht. Seine Arbeit ist wohl die unerläßliche Voraussetzung der Produktion des Bandes und Armbandes, aber nicht selbst Produktion dieser Dinge, auch nicht etwa der Anfang davon. Das Dichten ist keine wirtschaftliche Arbeit, selbst wenn es Geld einbringt. Der Band ist durch und durch Materie, im Gedicht steckt kein Atom davon. So gewiß ohne Goethe der Band nicht entstehen konnte, sowenig hat er selbst ihn gemacht.

Der Verleger ist aber nicht einmal eine notwendige Voraussetzung für das Zustandekommen eines Buches. Und selbst wenn er das wäre, so würden wir sagen: Lassen wir ihn den Profit machen, aber die Bücher macht er nicht. Jenen macht er, weil die Waren, die auf sein Kommando hergestellt wurden, ihm gehören in einer Welt, wie die unsrige, und weil daher er sie verkauft. So muß wohl die Differenz zwischen seinen Gestehungskosten und dem erzielten Preis in seine Tasche fallen. Man denke nur an den bloßen Kaufmann! Auch ist nicht wohl abzusehen, wie es dem Verleger gelingen sollte, den Staat, die Natur, das Kapital, die Kultur und die Arbeit zusammenzubringen und zu einem Band Goethe zu verbinden. Der Band mag ja gebunden werden, aber dazu braucht man außer der Arbeit viel einfachere Ingredienzien. Um den Staat, die Natur und Kultur zu genießen und zu benützen, braucht man keinesfalls Unternehmer zu sein, und ob Kleister, Presse, Papier etc. Kapital sind oder bloß Stoffe und Werkzeuge, das hängt ganz von den Umständen ab.

„Wo der Arbeiter frei ist, wie in unserer heutigen Wirtschaftsorganisation, da ist er gleichfalls ein Unternehmer; er hat nun das ausschließliche Verfügungsrecht über das ihm gehörige Produktionselement, die Nutzung seiner Arbeitskraft, seine Arbeit; er widmet sie diesem oder jenem Produktionszweck, indem er sich diese oder jene Fertigkeiten erwirbt und sie diesem oder jenem Käufer anbietet; er tut das für eigene Rechnung und Gefahr; er ist ein Unternehmer von Arbeitsleistungen (!).“ — „Die Arbeitsleistung des Arbeiters ist ein Produkt (!), das dieser für eigene Rechnung dem Arbeitgeber verkauft.“ Wie Stoffe und Halbfabrikate ist die

Arbeitsleistung „ein selbständiges wirtschaftliches Gut“. Der freie Arbeiter, der seine Leistung für eigene Rechnung zu Markte bringt, ist ein „selbständiger Unternehmer“, ein Produzent wie der obige Verleger, nämlich ein Produzent seiner Arbeitsleistung.

Die Leistung der Direktoren von Aktiengesellschaften ist nach Brentano nur ein Produktionselement, Unternehmer sind die Aktionäre. Auch ein Grundbesitzer, der nicht einmal weiß, wo alle seine Güter liegen, ist Unternehmer. Die letzteren Sätze geben wir ohne weiteres zu (wenn der Boden auf Rechnung des Besitzers bewirtschaftet wird). Sie besagen aber absolut nichts, als daß unter allen Umständen der Profit dem Unternehmer zufällt, oder m. a. W. daß Unternehmer derjenige ist, dem der Profit zufällt.

Aber oben wurde unterschieden zwischen den fünf Produktionselementen und dem einzigen Produktionsfaktor. Die Arbeit ist Produktionselement, der Geist des Unternehmers, der die fünf Elemente zu einem neuen Produkt verbindet, ist der Produktionsfaktor. Und dieses Produkt ist „einzig und allein Produkt“ des Unternehmers.

Wie kann denn aber dann der Arbeiter auch Unternehmer sein? Verbindet er auch die fünf Produktionselemente zu einem neuen Produkt? und fällt ihm auch der Profit zu? Und wenn der Geist, der diese Verbindung herstellt, den Unternehmer ausmacht, wie kann denn dann der Aktionär, der von den Produktionselementen gar keine Idee hat, oder der absolut untätige Grundbesitzer Unternehmer sein?

Die Arbeitsleistung soll ein Produkt des Arbeiters sein, ein selbständiges wirtschaftliches Gut, wie Eisen und Blech. Womit produziert er sein Produkt? Doch wohl mit irgend welchen Produktionselementen. Alle fünf können wir hier offenbar nicht brauchen, denn das Kapital wenigstens steht dem Arbeiter nicht zur Verfügung. Ebensowenig die Natur, wenn man etwas Materielles darunter versteht und doch nicht den Arbeiter selbst. Nun soll er einen Koffer tragen. Braucht er dazu die Kultur oder den Staat? Ersteren nicht, weil zu diesem Geschäft bloß physische Kraft und jenes Maß von Intelligenz gehört, das auch dem primitivsten Naturmenschen eigen ist. Letzteren nicht, weil er den Koffer auch mitten in der Sahara tragen kann, wo es keinen Staat gibt. Also bleibt nur die Arbeit. Der Arbeiter produziert also mittels Arbeit die Arbeitsleistung! Ist nun diese „Arbeit“ nicht auch eine Arbeitsleistung, also selbst ein Produkt nach Brentano? Denn arbeiten heißt doch Arbeit leisten. Aber wessen Produkt? etwa wieder einer Arbeit? Dann können wir ins Unendliche fortfragen. Ist sie etwa ein „Produkt“ des Geistes des Arbeiters (= Unternehmers)? Aber so lange nur der Geist tätig ist, arbeitet der Kofferträger noch nicht.

Wenn aber der Arbeiter ein Unternehmer und sein Produkt, die Arbeitsleistung, ein Gut wie Blech und Eisen ist, so raten wir ihm nach Brentanos Theorie, es ebenso zu machen, wie andere Unternehmer. Also z. B. wenn die Blechpreise anziehen, so halten die Besitzer mit ihren Vorräten zurück, um sie dann teurer zu verkaufen. Da die Arbeitsleistung ein Produkt des Arbeitergeistes ist, der ja immerfort tätig sein kann, so sollen die Arbeiter unter ähnlichen Umständen ebenfalls ihren Vorrat zurückhalten, um denselben dann teurer zu verkaufen. Machen sie es z. B. einen Monat lang so, so können sie im nächsten Monat Tag für Tag gerade noch so viel Arbeitsleistungen verkaufen wie sonst, nämlich den Vorrat und die neuen Produkte.

Sonst sagte man, das Getreide sei ein Produkt der landwirtschaftlichen Arbeit. Jetzt wird man sagen müssen: das Getreide ist durch und durch ein Geistesprodukt des landwirtschaftlichen Unternehmers (z. B. des Fürsten Schwarzenberg mit seinen Quadratmeilen). Die Arbeiter haben nichts hervorgebracht als Leistungen. Der Geist also, der die Materie nicht anrührt, schafft materielle Produkte, die Hände, welche den Stoff — oft so mühsam! — bewegen, schaffen nur etwas Ideales. Die Arbeit produziert — Arbeit. Das genaue Gegenteil unserer Auffassung! Darum ließen wir uns so weitläufig auf diese neue Lehre ein, und auch um zu zeigen, daß selbst bei den hervorragendsten Nationalökonomen unserer Zeit in Bezug auf reine Theorie manchmal nicht viel zu holen ist. Sie schwimmen im allgemeinen Fahrwasser der Sozialpolitik, und diese hat, wie alle Politik, immer wesentlich praktische Zwecke vor Augen, denen gegenüber die Theorie nur ein gelegentliches Hilfsmittel ist, das den Zwecken von vornherein angepaßt wird, oft unbewußt, oft auch mit vollem Bewußtsein.

Die ganze Aufstellung, daß der Arbeiter ein Unternehmer sei, hat z. B. bloß den Zweck, ihm das Recht zu wahren, frei für eine angemessene Bestimmung seines Lohnes zu wirken, besonders durch Koalition. Daß der Arbeiter in der Tat nichts weniger als ein Unternehmer ist und sich von diesem sehr wesentlich unterscheidet, zeigt dann Brentano selbst in der folgenden Nr. 47 der Soz. Praxis,

ohne jedoch seinen eigenen Widerspruch zu bemerken resp. zu notifizieren.

Wir sagen, ohne alle sozialpolitische Hintergedanken, mit Rodbertus (Zur Beleuchtung der sozialen Frage, S. 68f.), daß alle wirtschaftlichen Güter Arbeitsprodukt sind, oder m. a. W., daß die Arbeit allein produziert, daß nur diejenigen Güter zu den wirtschaftlichen gehören, welche Arbeit, wenn auch noch so wenig, gekostet haben,[1]) und daß alle wirtschaftlichen Güter nur Arbeitsprodukt sind, d. h. daß die Güter wirtschaftlich nur als Arbeitsprodukte in Betracht kommen.

Philippovich (Polit. Ökonomie S. 80) gibt zu, daß „das Land den Menschen ohne deren Mühe bereit gestellt ist und die Kapitalgüter auf menschliche Arbeit und auf das Mitwirken der wirtschaftlich nicht zu berechnenden Naturkräfte zurückgeführt werden können", hält aber die Meinung, daß die Arbeit als die einzige wirtschaftliche Quelle der Produktion anzusehen sei, für irrig und nur von einem gewissen sozialistischen Radikalismus für seine Zwecke erfunden. Er widerlegt sie mit dem Satze, „daß Land und Kapital nach ihrer im einzelnen Fall verschiedenen wirtschaftlich-technischen Bedeutung in der Produktion bewertet werden müssen." Was er mit dem Bewerten meint, ist weniger wichtig. Die Frage ist nur: erzeugt das Bewerten neben der Arbeit oder gar ohne die Arbeit Güter? Sicher ist, daß die Arbeit ohne irgend ein Bewerten durch Grund- und Kapitalbesitzer (denn um diese handelt es sich) Güter erzeugen kann, wenn sie darf. — Nach Wieser (Handwörterbuch II. Aufl., Art. „Gut" S. 929) vermehren die Entdeckungen und Erfindungen den „menschlichen Güterbesitz". Wenn jemand ein Steinkohlenlager entdeckt, haben wir da schon die Steinkohlen beim Ofen oder müssen wir sie erst erarbeiten? und wenn jemand das Velo erfindet, haben wir da schon Velos? Der Grundbesitzer kann allerdings im ersten Fall den Wert der künftig zu produzierenden Kohlen im Verkaufspreis des Bodens teilweise antizipieren, der Erfinder des Velos den mit der künftigen Produktion desselben zu machenden Profit. Aber der gegenwärtige Güterbestand wird nicht verändert, nur etwa anders verteilt. Die Kohlen in der Erde sind noch keine aktuellen Güter, das müssen sie erst durch Arbeit werden. Und auf dem gedachten Velo kann niemand fahren, wenn es auch schon den Denker bereichert.

[1]) Geschöpftes Wasser z. B. ist ein wirtschaftliches Gut, wie jeder zu erkennen geben würde, wenn ein anderer es ihm wegnehmen wollte.

§ 6. Schlaraffenland.

Gäbe es Güter, die ohne irgend eine Arbeitstätigkeit bloß direkt genossen werden könnten und doch ihrer Quantität nach beschränkt wären, so fände auch in Bezug auf sie Wirtschaft statt. Aber solche gibt es nicht (Rodbertus, Zur Erkenntnis, S. 6). Doch müßte man hier bei dem Worte Wirtschaft nicht an irgend welchen Schacher denken, sondern nur an ein haushälterisches Verfahren der Konsumenten. Wenn das Brot regelmäßig vom Himmel fiele, würde es ohne Zweifel nicht Eigentum irgend welcher Besitzer von Grundstücken sein, auf die es zufällig herabgeregnet käme, sondern (samt dem Boden) Gemeineigentum, das nach irgend einem sozialen Prinzip verteilt würde. Von Produktion und Tausch wäre keine Rede, nur die Konsumtion müßte man, wenn nötig, rationell einrichten — also eine Hausfrauenwirtschaft.

§ 7. Transport und Handel.

Zur Produktion in der wirklichen Wirtschaft gehört aber alle Arbeit, die notwendig ist, damit das Gut in die Hände desjenigen komme, dessen Bedürfnisse damit befriedigt werden sollen. Bei der jetzigen Form der Arbeitsteilung gehören also auch das Transportgewerbe und der Handel zur Produktion, soweit sie zu diesem Zwecke tätig und erforderlich sind. Beim Transportwesen ist das selbstverständlich. Das Getreide muß vom Acker in die Scheune gebracht werden, und von da zum Müller und vom Müller zum Backofen, sonst wird kein Brot daraus. Und Brot will man produzieren, nicht Getreide, dieses ist nur ein Stadium auf dem Wege zum Brote. Wenn aber im Fortschritt der Arbeitsteilung das Brotbacken ein besonderer Beruf geworden ist, d. h. wenn einer es übernimmt, auf seine Rechnung für viele Brot zu backen, so muß er dann auch die Austeilung des Brotes an die Vielen besorgen, und diese geht jetzt vor sich in der Form des Verkaufs an die Kunden. Die Austeilungsarbeit gehört also auch zur Produktion des Brotes. Ohne sie würde das Brot nicht fertig in die Hand des Konsumenten, also an sein Ziel kommen. Nun ist erst alles geschehen, was geschehen muß, damit die Konsumtion beginnen kann. Aber es kann unter Umständen noch eine weitere

Arbeitsteilung stattfinden, indem die Austeilung zum selbständigen Gewerbe wird. Der Bäcker überläßt (verkauft) sein Produkt in großen Massen an Mittelspersonen, die entweder selbst wieder Transportarbeit besorgen oder durch andere besorgen lassen und dann die Austeilung an die Kunden übernehmen. Dann haben wir in der einfachsten Form das reine Handelsgewerbe, das Produkte kauft, um sie denen, die sie brauchen, in den gewünschten Quantitäten zu übergeben.[1])

Daß hier auch unnütze, vermeidbare Arbeit geschehen kann, ist sicher. Aber diese ist auch bei der Stoffgewinnung und -verarbeitung denkbar und ändert nichts an der Tatsache, daß derartige Arbeitsarten unter bestimmten Voraussetzungen und Verhältnissen notwendig sind und zur Produktion gehören. Mrs. Sidney Webb hat das in ihrem Werke „Die britische Genossenschaftsbewegung“ sehr hübsch nachgewiesen (S. 96ff. der von L. Brentano veranstalteten deutschen Übersetzung, die im Jahre 1893 erschienen ist).

§ 8. Produkte für Nicht-Produzenten.

Wenn aber auch nur die materielle, stoffbewegende Arbeit allein direkt Güter schafft, so ist es klar, daß die Vertreter aller übrigen notwendigen oder nützlichen oder überhaupt wünschenswerten und begehrten gesellschaftlichen Tätigkeiten, die in näherem oder fernerem Zusammenhang mit der Güterbeschaffung stehen oder irgend welche andern Bedürfnisse (intellektuelle, moralische, religiöse, ästhetische u. s. w.) befriedigen, mit wirtschaftlichen Gütern auf irgend eine Weise versorgt werden müssen, da sie selbst keine hervorbringen, ohne sie aber nicht existieren und ihre Dienste leisten könnten.

Die Idee, daß der materiellen Arbeit ihr ganzes Produkt gehöre, ist also bloßer Unsinn. Sie paßt nur für eine primitive Urzeit, wo Jeder mit den Händen tätig sein muß, wo es noch keine Berufe, keine höhere geistige Arbeit gibt, und verkennt gänzlich den Charakter einer Gesellschaft von Kulturmenschen. In dieser

[1]) Schon Ad. Smith nennt (Untersuch. üb. d. Wesen u. d. Ursachen des Volkswohlstandes. Deutsch von Stöpel. II. S. 119) den Kleinhändler einen produktiven Arbeiter. Auch Ricardo rechnet die notwendige Tätigkeit des Groß- und Kleinhändlers zur Produktion (Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung. Deutsch von Baumstark. 2. Aufl. S. 14).

würde die materielle Arbeit in ihrer produktiv-entwickelten Form ohne die geistige (der Techniker, Organisatoren etc.) gar nicht stattfinden können, und diese spezielle geistige, die wir produktiv nannten, wieder nicht ohne alle mögliche andere, gar nicht wirtschaftliche Kulturarbeit.

In der Kultur-Gesellschaft ist die wirtschaftliche Arbeit zwar immer noch die notwendigste, aber trotzdem die niedrigste, und wird im Grunde genommen auch im Bewußtsein der Menschen stets so taxiert, selbst in unserer geldgierigen und verschwendungssüchtigen Zeit. Sie ist wie der Magen, der sich selbst und den ganzen Körper ernährt, dessen Gestalt und Funktion sich aber keineswegs durch Schönheit hervortut. So lange der ganze Organismus sozusagen nur ein Magen (Freßsack) ist, gehört ihm selbstverständlich alle Nahrung. Mit der Ausbildung höherer Organe nimmt seine Produktion zu, sein Anteil ab.

Doch darf man Bilder und Analogien nicht für Moralgesetze halten, sie stimmen immer nur bis auf einen gewissen Punkt.

Jedenfalls ist es möglich, daß andere als wirtschaftliche Arbeiter für ihre besondere Funktion im Leben des gesellschaftlichen Körpers einen sehr bedeutenden Anteil zum Wohl des Ganzen erhalten müssen.

Andererseits muß der Magen offenbar immer gesund und kräftig bleiben, wenn das Ganze gedeihen soll.

Dies erkennt auch Marx an, wenn auch in etwas dunklen Worten, da es nicht gut proletarisch klingt: „Gesellschaftliche Produktion irgend einer Art . . . vorausgesetzt, kann stets unterschieden werden zwischen dem Teil der Arbeit, dessen Produkt unmittelbar von den Produzenten und ihren Angehörigen individuell konsumiert wird, und . . . einem andern Teil der Arbeit, der immer Mehrarbeit ist, dessen Produkt stets zur Befriedigung allgemeiner gesellschaftlicher Bedürfnisse dient, wie immer dies Mehrprodukt verteilt werde, und wer immer als Repräsentant dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse fungiere“ (Kapital III. 2. S. 414).

Eine brutal-aristokratische Übertreibung desselben Gedankens findet man in Carlyle's „Negerfrage“ (Sozialpolitische Schriften I. S. 137).

§ 9. Wirtschaftlichkeit.

Der Umstand aber, daß die Befriedigung unserer Bedürfnisse Arbeit erfordert, macht die Wirtschaftlichkeit notwendig, d. h. das

Bestreben, unsere Arbeitskraft und deren Produkte, die Güter, möglichst zweckmäßig zu verwenden, so daß ein bestimmter Erfolg mit möglichst geringem Kraftaufwand, und mit einem bestimmten Kraftaufwand ein möglichst großer Erfolg erreicht wird,[1]) ein allgemeiner Grundsatz des vernünftigen Handelns. Von Egoismus[2]) braucht dabei noch keine Rede zu sein; wir werden ebenso handeln müssen, wenn wir fremde, als wenn wir eigene Bedürfnisse befriedigen wollen — im Namen der Vernunft. Dann betreiben wir gute Wirtschaft. Man kann selbstverständlich auch unvernünftig vorgehen und dennoch wirtschaften, nämlich schlecht.

Aber wir haben allen Anlaß zu guter Wirtschaft. Denn unsere Bedürfnisse, die der menschlichen Gesellschaft nämlich, sind für alle praktischen Fragen, wenigstens vorläufig und vermutlich noch für lange Zeit, als eine unendliche Größe aufzufassen, sie haben jedenfalls als ganzes genommen keine bestimmten Grenzen. Besonders in qualitativer Beziehung lassen sie sich ins Unermeßliche steigern.

Die Arbeitskraft aber, von der ihre Befriedigung kommen soll, ist stets eine beschränkte Größe und ihre Verausgabung, die Arbeit, wenn sie in erheblichem Maße erfolgen soll, eine Anstrengung, eine Last, die nicht zu groß sein darf, wenn das menschliche Leben einigermaßen angenehm sein und Zeit für freie Übung unserer mannigfaltigen körperlichen, geistigen und moralischen Kräfte — worin hauptsächlich der Lebensgenuß liegt — übrig bleiben soll. Bloß leben, um leben zu können, ist ein Geschäft, das die Mühe nicht lohnt, die Kosten gerade deckt, aber keinen Überschuß gibt.

Nach Th. Morus sind die Utopier, also Menschen, die sich, soweit es auf dieser Welt angeht, möglichst wohl befinden, „ein

[1]) S. Rodbertus, Erkenntnis, S. 6, Beleuchtung, S. 69.

[2]) J. J. Rousseau unterscheidet (Inégalité, Genfer Ausgabe 1782, I. Bd. S. 170 f.) l'amour propre und l'amour de soi-même. Letztere ist der natürliche Selbsterhaltungstrieb. Wird er durch die Vernunft geleitet und durch das Mitleid modifiziert, so erzeugt er die Menschlichkeit (l'humanité) und Tugend. L'amour propre hingegen entsteht erst in der Gesellschaft, treibt jeden an, sich selbst über alle zu stellen und einander böses zu tun. Sie ist die wahre Quelle der Ehre. Nach einem gelegentlichen Ausspruch Ad. Smith's strebt allerdings der Mensch nicht bloß nach Zweckmäßigkeit, sondern stetsfort nach Reichtum, von der Wiege bis zum Grabe (II. S. 92 u. 94), was in der Tat beim modernen Kulturmenschen in der Regel zutrifft.

leutseliges, lustiges, kluges, behäbige Muße liebendes Volk, das aber auch körperliche Arbeiten (da es daran gewöhnt ist) ganz geduldig (!) auf sich nimmt. Sonst reißt es sich nicht gerade besonders darum, aber in geistigen Studien ist es unermüdlich“ (Utopia, S. 113 der Fuchs'schen Ausgabe).

Wäre die Arbeitskraft unbeschränkt und ihre Verausgabung etwas Irrelevantes, so könnte man überall alle möglichen Güter in beliebiger Fülle haben, man könnte, wie Ad. Smith sagt, mit Hilfe von Mistbeeten und durch unendlichen Fleiß und Mühe gute Trauben und einen vortrefflichen Wein in Schottland erhalten u. s. w.[1])

Wenn aber die Arbeitskraft beschränkt ist, sind es auch die Güter. Und wenn das Arbeiten eine Mühe ist, so werden sich die Menschen, so gut es in Anbetracht ihrer Bedürfnisse und Begierden geht, demselben zu entziehen suchen.

§ 10. Die Last der Arbeit.

Es hat Optimisten gegeben, wie Fourier, die in dem Bestreben, alles Übel in der Welt loszuwerden, sich zu dem Gedanken verstiegen, daß die Mühseligkeit nicht in dem Charakter der wirtschaftlichen Arbeit, sondern bloß in den gesellschaftlichen Umständen, unter denen sie zur Zeit noch stattfinde, liege, daß man also durch eine richtige Organisation die wirtschaftliche Arbeit zu einem bloßen Genuß machen könne. Die bisherige Geschichte der Menschheit scheint allerdings von einer anderen Auffassung bewegt. Sicher ließe sich ein sehr großer Teil ihrer Tatsachen daraus erklären, daß die Menschen, sobald es irgend anging, stets bestrebt waren, die Arbeiten der Güterbeschaffung von sich ab und auf andere zu wälzen, und in anderer Art (in Staat, Kunst, Religion, Wissenschaft) tätig oder aber müßig zu sein resp. die Kräfte spielend und genießend zu verwenden.

„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion“ (Marx, Kapital III. 2. S. 355), ein schönes und wahres Wort, das allen tollen Optimismus und auch jene bekannte pfäffische Schönfärberei zu

[1]) S. Krapotkin: Der Wohlstand für alle, der in dieser Richtung kühn phantasiert.

nichte macht, welche die endloseste Arbeitsqual immer noch als einen „Segen“ betrachten möchte.

Wenn Carlyle (Arbeiten und nicht Verzweifeln, Düsseldorf und Leipzig 1902, S. 97) pathetisch ausruft: „Bedenken wir, welchen Vorteil die ungebildeten, arbeitenden Klassen vor den gebildeten, nicht arbeitenden Klassen voraus haben dadurch, daß sie arbeiten müssen. Arbeit! welche unberechenbare Bildungsquelle!“ — so ist das eine von seinen vielen pfäffischen Phrasen. Denn wenn er es ernsthaft meinte, so müßte er Achtung haben vor den großen Massen, die diesen „Vorteil“ genießen, aus dieser „Bildungsquelle“ schöpfen, und ein Demokrat sein, während er nie müde wird, seine Geringschätzung des „Volkes“, der großen Menge mit den Köpfen „voll Bier und Unsinn“ zu betonen und ein Aristokrat aus Prinzip ist.

Diejenigen Rassen und Klassen von Menschen, die mit dem Streben, anderen Klassen und Rassen die Arbeiten der Güterbeschaffung aufzubürden, reussierten, waren immer und überall die Herren, und die anderen, die arbeiten mußten, wurden als dienende stets mehr oder weniger verachtet.

Wo nur Unterworfene, Rechtlose arbeiteten, da ward die Arbeit selbst ein Gegenstand der Verachtung und blieb es von da an, auch unter veränderten Umständen, bis auf den heutigen Tag.

Man behauptet, das Christentum habe die Arbeit zur Ehre gebracht. Angenommen, daß es dies theoretisch versuchte, so ist es ihm doch praktisch nicht gelungen. Theoretisch bewiesen wurde die „Ehre“ der Arbeit übrigens schon vor dem Christentum, z. B. „der stoischen Philosophie gebührt das Verdienst, die Arbeit von der Schmach, als ob sie eines freien Mannes unwürdig sei, befreit zu haben. Nicht als eigene Ansicht, sondern als längst feststehende Erkenntnis spricht Epiktet es aus, daß keine Arbeit, sei sie auch noch so gering, den Menschen erniedrige.“ (Adolf Bonhöffer, Die Ethik des Stoikers Epiktet, 1894, S. 73.)

Natürlich hatte diese „Erkenntnis“ keine praktischen Folgen, denn die öffentliche Meinung richtet sich nicht nach den Deduktionen der Philosophen, sondern nach den realen Verhältnissen des Lebens.

Zu Homers Zeit war ohne alle Ethik und Philosophie die Arbeit anständig, weil jedermann, auch der βασιλεύς, arbeiten mußte. Man denke an Odysseus, an Nausikaa, Penelope. Heute schwätzen wohl mit frommem Augenverdrehen gebildete Herren und Damen von der „Ehre“ aller möglichen Arbeit, pflegen aber zum Beweise, daß sie selbst sich nie durch irgend eine ernsthafte Handarbeit erniedrigt haben, sorgfältigst ihre zarten Hände, und würden es als eine Schmach betrachten, ein nennenswertes Packet über die Gasse zu tragen oder gar sich selbst die Stiefel zu putzen. Dieser höhere ethische Standpunkt ist also nichts als höhere ethische Heuchelei. „So gewiß . . . . . die Stoiker die Sklaverei im Prinzip überwunden haben, so haben sie doch keineswegs auf die äußere Abschaffung derselben gedrungen oder hingewirkt“ (Bonhöffer a. a. O. S. 100). Man sieht, daß auch unsere „ethischen“ Nationalökonomen ihre Vorgänger hatten und nicht ganz originell sind. — Die Bedeutung der wirtschaftlichen Arbeit ist vielleicht von niemand weitläufiger dargestellt und stärker betont worden als von M. T. Cicero in seinem Buche de officiis (Lib. II Kap. III), zu einer Zeit, wo die ganze römische Wirtschaft auf Sklaverei gestellt war. Es ist derselbe Cicero, der den Handel ein schmutziges Geschäft nennt, das ohne Lüge und Betrug nicht bestehen kann, und zugleich vor den Rittern ehrfurchtsvoll auf dem Bauch liegt, die das Steuerwesen ausbeuteten und den Wucher im großen betrieben.

Die Handarbeit genießt in der Tat solche Ehre, daß viele Nationalökonomen erklärten, es gebe im allgemeinen nur zwei Motive zur selben: Hunger und Peitsche. So schlimm ist es in der Tat nicht. Die Arbeit, nämlich die Güter schaffende körperliche Arbeit, kann unter Umständen auch einen gewissen Genuß bereiten und jedenfalls kann man zu ihr so erzogen werden, sich so an sie gewöhnen, daß man sie, wenn sie nicht zu lange dauert, recht gut ertragen kann.

Immer aber bleibt es doch wahr, daß man sich Idealgeschöpfe, Götter, Engel, Paradiesbewohner nicht mit mühseliger Arbeit belastet denkt. Sie wandeln in seliger Muße, die Güter bieten sich ihnen von selbst dar, das Leben ist ein Feiertag. Und der Fluch der ersten Sünde lautet: Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen. — Das klingt nicht sehr nach „Segen“. Und wenn man vom Segen der Arbeit spricht, so steckt hinter diesem Gedanken, soweit er einen ehrlichen und vernünftigen Sinn hat, im Grunde schwerer Pessimismus. Die Arbeit ist ein Segen, weil sie uns vor schlechten Streichen und bösen Anfechtungen schützt, weil sie die Öde der Langenweile fern hält, weil mit ihr „die Zeit schneller vergeht“, also weil wir elende Geschöpfe sind,

zum Bösen geneigt oder ohne Fähigkeit und Gelegenheit, die kostbaren, kurz bemessenen Stunden des Daseins schön auszufüllen und zu genießen.

§ 11. Definition.

Hiernach verstehen wir also unter einem wirtschaftlichen Gute ein solches materielles Befriedigungsmittel menschlicher Bedürfnisse, zu dessen Bereitstellung für den Bedarf regelmäßig menschliche Arbeit aufgewendet werden muß. — Ähnlich Rodbertus (Beleuchtung S. 69). Daß hier die Eigenschaften, Tauschwert zu haben und wirtschaftliches Gut zu sein, nicht als identisch aufgefaßt werden, ist nach dem früheren selbstverständlich. So rechnet auch H. George (Fortschritt und Armut, S. 33) den bloßen Boden nicht zu den Gütern im Sinne der Wirtschaft, obwohl er hohen Tauschwert haben kann.

III. Subjekt und Organisation der Wirtschaft.

§ 12. Gesellschaftlicher Charakter der Wirtschaft.

Wenn die Güter das Objekt der Wirtschaft sind, so ist der Mensch deren Subjekt. Doch nicht der Einzelne. Die Wissenschaft darf nicht vom Individuum ausgehen, sondern von der gesellschaftlichen Gruppe. Denn der Mensch wird nirgends isoliert angetroffen, sondern immer in Gesellschaft von seinesgleichen. Er ist von Anfang an ein Hordentier (Gumplowicz).[1]

Daher ist auch die Tätigkeit der Güterbeschaffung, die menschliche Wirtschaft, stets eine gesellschaftliche, die menschliche Arbeit

[1]) Schmoller im Jahrb. f. Gesetzg. und Verwalt. 1882, Heft IV: „Der Ausgangspunkt(!) darf nicht mehr das Individuum und seine technische Produktion, sondern die Gesellschaft und ihre historische Entwicklung sein.“ — Stammler (Wirtschaft und Recht, S. 150): „Der letzte (!) Ausgangspunkt der politischen Ökonomie ist das gesellschaftliche Dasein des Menschen.“ — Hiernach mag man beurteilen, wie (sozial-)wissenschaftlich es ist, wenn von Böhm-Bawerk (Kapital und Kapitalzins II. S. 140ff.) zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung über den Wert zwei himmelweit voneinander entfernte Menschen nimmt, von denen der eine „an reichlich sprudelnder Quelle guten Trinkwassers“ sitzt, den „Becher gefüllt und Wasser genug, um hundert andere Becher zu füllen“, der andere in der Wüste reist, weit weg von der nächsten Oase und im Besitz eines einzigen, letzten Bechers Wasser — und dann bemerkt: er behaupte nicht zu viel, wenn er „die eben geschilderte Unterscheidung (daß nämlich für den ersten der Becher voll Wasser bloß Nützlichkeit besitze, für den zweiten aber Wert) für eine der fruchtbarsten und fundamentalsten unserer ganzen Wissenschaft erkläre“. Wasser und Wüste, das sind in der Tat merkwürdige Ausgangspunkte für die wissenschaftliche Analyse eines Problems der kapitalistischen Wirtschaft. Denn das Buch handelt ja von Kapitalzins und auch dieser wird in der Tat aus demselben „subjektiven Wert“ erklärt, den der durstige Mann in der Wüste seinem Becher Wasser zuschreibt. — Und warum soll das Wasser im Becher des ersten Mannes keinen Wert haben? Dreh ihm den Becher um, so oft er

immer mehr oder weniger geteilt oder kombiniert,[1]) d. h. der Güterbedarf jedes Einzelnen wird stets durch die Anstrengungen einer Mehrzahl beschafft.

Unter kombinierter Arbeit verstehen wir das Zusammenwirken einer Mehrheit zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung, mag dasselbe nach einem bewußten Plane, oder ohne solchen, unter dem Drang der Verhältnisse erfolgen.

Ein großartiges Beispiel eines solchen Zusammenwirkens ohne Plan bietet die moderne Volkswirtschaft mit ihren selbständigen, voneinander unabhängigen, ja zum Teil einander feindseligen Unternehmungen, die doch alle zusammen mit leidlicher Zuverlässigkeit und Ordnung die Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen.

Arbeitsteilung bedeutet dasselbe wie Arbeitskombination, nur unter einem andern Gesichtswinkel[2]).

Denn Menschen, die zu einem bestimmten Zweck oder Erfolg zusammenwirken, teilen eben die zur Erreichung desselben nötige Arbeit unter sich, mögen sie sich dabei alle in derselben oder in verschiedener Weise betätigen, z. B. bei Hebung einer Last, wo alle dasselbe tun, oder beim Bau eines Hauses, wo gar verschiedene Metiers zur Anwendung kommen.

§ 13. Organisation und Subordination.

Soll ein bewußtes, planmäßiges Zusammenwirken stattfinden, so setzt dies einen leitenden Willen voraus, eine gewisse Organisation der produzierenden Arbeit.

Dieser Plan und Wille kann auf die mannigfaltigste Weise zu stande kommen, durch bloße Verabredung der Beteiligten, sogar durch stillschweigendes Einverständnis, wenn alle Mitwirkenden sich über die Rolle, die jedem zufällt, vollkommen klar sind, bis hinauf zum strengen, absoluten, vollziehbaren Befehl eines Einzelnen

ihn gefüllt, und du wirst es erfahren. Vermutlich wird er ihn nicht gefüllt haben ohne Durst. Hoffentlich hat auch das Wasser im Becher des zweiten Nützlichkeit. Dann wäre die Unterscheidung der beiden Becher aber nicht sehr fundamental.

[1]) Arbeitsteilung schon in der Urfamilie (Marx, Kapital I. 353). Über die „Kooperation“ und ihre verschiedenen Formen ebenda S. 322ff. Einige Folgen der Kooperation kurz zusammengefaßt S. 228. „Die auf Teilung der Arbeit beruhende Kooperation“ S. 335.

[2]) Schäffle macht noch in den „Deutschen Kern- und Zeitfragen“ einen wesentlichen Unterschied zwischen Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung (S. 17).

gegenüber einer Masse willenloser Werkzeuge seines Herrenwillens, — also in allen Formen von der äußersten Demokratie an bis zum Absolutismus und Despotismus.

Je einfacher die Art des Zusammenwirkens und die Arbeit selbst ist, desto weniger sind besondere Organe für Feststellung des Planes und Befehlgebung nötig. Je weiter die Arbeitskombination oder -Teilung geht, d. h. je künstlicher die Arbeit wird und je mehr Menschen einheitlich zusammenwirken sollen, desto entschiedener muß im Arbeitsprozeß der einheitliche, leitende Wille und die Unterwerfung unter denselben, also die aristokratische Form der Organisation hervortreten. Die Leitung und Organisation der kombinierten Arbeit wird eine Spezialität[1]), ein besonderer und schwieriger Beruf, der eine weitläufige Vorbildung fordert. Der gewöhnliche Arbeiter versteht nichts mehr davon, und auch wenn er alles verstände, müßte er sich fügen und gehorchen, sofern das gemeinsame Werk auf die vorteilhafteste Art, ohne unnütze Verschwendung von Zeit und Kraft, zustande kommen soll.

Denn je geteilter die Arbeit ist, desto mehr ist jeder einzelne Mitwirkende auf die fortlaufende, qualitativ und quantitativ genau bestimmte Tätigkeit aller anderen Mitwirkenden angewiesen, da seine Arbeit nur Sinn und Bedeutung hat durch die Arbeit aller übrigen.

Desto sicherer muß also auf jeden Einzelnen gerechnet werden können und desto entschiedener muß er gehorchen, sich dem allgemeinen Plane, dem leitenden Willen fügen.

„Da das Teilprodukt jedes Teilarbeiters zugleich nur eine besondere Entwicklungsstufe desselben Machwerks ist, liefert ein Arbeiter dem andern oder eine Arbeitergruppe der andern ihr Rohmaterial . . . . . Der eine Arbeiter beschäftigt daher hier (in der Manufaktur) unmittelbar den andern. Die notwendige Arbeitszeit zur Erreichung des bezweckten Nutzeffekts in jedem Teilprozess wird erfahrungsmäßig festgestellt und der Gesamtmechanismus der Manufaktur beruht auf der Voraussetzung, daß in gegebener Arbeitszeit ein gegebenes Resultat erzielt wird. Nur unter dieser Voraussetzung können die verschiedenen, einander ergänzenden Arbeitsprozesse ununterbrochen gleichzeitig und räumlich nebeneinander

[1]) „Die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung entspringt notwendig überall, wo der unmittelbare Produktionsprozeß die Gestalt eines gesellschaftlich kombinierten Prozesses hat, und nicht als vereinzelte Arbeit des selbständigen Produzenten auftritt“ (Marx, Kapital III. 1. S. 369).

fortgehen. Es ist klar, daß diese unmittelbare Abhängigkeit der Arbeiten und daher der Arbeiter voneinander jeden Einzelnen zwingt, nur die notwendige Zeit zu seiner Funktion zu verwenden und so eine ganz andere Kontinuität, Gleichförmigkeit, Regelmäßigkeit, Ordnung und namentlich auch Intensität der Arbeit erzeugt wird, als im unabhängigen Handwerk oder selbst der einfachen Kooperation" (Marx, Kapital I. 345f.). Die Maschine führt ein noch strengeres Kommando. „. . . . . . in allen Arbeiten, worin viele Individuen kooperieren, stellt sich notwendig der Zusammenhang und die Einheit des Prozesses in einem kommandierenden Willen dar . . . . Es ist dies eine produktive Arbeit, die verrichtet werden muß in jeder kombinierten Produktionsweise", soweit sie erfordert ist durch die bloße Arbeitskombination, nicht durch die Ausbeutung (ebenda S. 369ff.).

Nach der Ausdrucksweise des anonymen Verfassers der Broschüre „Gesellschaftliches und Privateigentum" (erstes Heft der in Zürich erschienenen „Sozialdemokr. Bibliothek") kann in der „maschinisierten Industrie und Landwirtschaft" kein Arbeiter seine Arbeit „nach seiner Laune und Zeit" verrichten. „Anarchistische Freiheitsduseleien" helfen hier nichts.

„Man muß gar keine Idee von der modernen Produktion haben, wenn man sich einbildet, daß in der kapitalistischen oder irgend sonst einer Epoche die Einzellaune in einer mechanischen Werkstatt je eine Stätte finden und der Beginn oder die Beendigung der Arbeit aller den Einfällen jedes beliebigen Angestellten preisgegeben werden kann. An der Tür dieser Werkstatt legt der Arbeiter . . . . seinen Willen und seine Persönlichkeit ab, um ein mehr oder minder automatisches, mehr oder minder wichtiges Rad in dem großen Getriebe zu werden, welches ihm seinen Platz anweist und seine Tätigkeit erheischt."

Darin liegt keine Unfreiheit, sobald der Mensch die Notwendigkeit des Kommandos erkennt und sich ihm mit Überzeugung unterzieht, noch weniger allerdings, wenn keiner für einen Herrn, sondern jeder für alle und alle für jeden arbeiten, resp. in dem Maße, wie das geschieht und jeder Mitwirkende am Erfolg beteiligt ist.

Sidney Webb sagte in einer Rede in der Londoner Fabian Society am 21. Jänner 1894: „Anzunehmen, daß die industriellen Geschäfte eines komplizierten industriellen Zustandes ohne strikte Unterordnung und Disziplin, ohne Gehorsam und ohne bestimmte

Löhne für den Unterhalt gemacht werden können, heißt von Anarchismus, nicht aber von Sozialismus träumen". „Subordination is an absolute essential of co-operation; indeed, co-operation is discipline" bemerkt Laurence Gronland, der amerikanische Sozialist (in „The cooperative commonwealth 1884, S. 164).

Daß speziell auch die sozialistische Produktion mit der vollen Freiheit der Arbeit, d. h. der Freiheit des Arbeiters zu arbeiten, wann, wo und wie er will, unvereinbar ist, betont Kautsky im „Erfurter Programm" (1892, S. 167). Diese Freiheit höre mit dem Kleinbetriebe auf, in welchem sie übrigens auch Beschränkungen unterliege.

Mit dem planmäßigen Zusammenwirken, d. i. mit der Arbeitsteilung wächst aber die Fruchtbarkeit der Arbeit. Zunehmende Kooperation ist also eine Bedingung des materiellen Fortschritts, der wiederum den geistigen ermöglicht oder fördert, wie man annimmt, und daher unbedingt wünschenswert.

§. 14. Das Eigentum.

Eine feste, dauernde, wirksame Organisation, Leitung, Beherrschung der Arbeit setzt voraus, daß der einzelne Arbeiter nicht selbständig über die materiellen Grundlagen und Voraussetzungen seiner besonderen Tätigkeit, die Produktionsmittel, verfüge. Denn sonst verfügt er auch anarchisch über seine Arbeit.

Wo planmäßiges Zusammenwirken für den Erfolg der Arbeit wichtig ist, da wäre also eine solche Selbständigkeit des Arbeiters soviel wie Erfolglosigkeit, Unfruchtbarkeit.

Das ist nicht überall der Fall, gar nicht in der eigentlichen Kunst, und in dem Maße weniger, wie sich ein Produktionszweig der Kunst nähert, also die schaffende Individualität für die Qualität des Werkes wichtiger wird.

Die Macht, über irgend welche Produktionsmittel zu verfügen, wollen wir Eigentum an denselben nennen; nicht in gewöhnlichen juristischen, sondern in einem speziell ökonomischen Sinn. Wir verstehen also, wenn wir von Produktion sprechen, unter Eigentum Herrschaft über Produktionsmittel. Wer diese beherrscht, der beherrscht auch die Arbeit, die ohne sie nicht existieren kann. Wer die Arbeit beherrscht, der organisiert sie, sofern Organisation überhaupt stattfindet. Ob und wie die Arbeit organisiert ist, hängt mithin wesentlich von der Gestaltung des Eigentums ab. Denken

wir uns z. B. ein Volk, welches jedem erwachsenen Manne jederzeit ein gleich großes Stück gleichen Landes zuteilen würde, das niemand verpachten, veräußern, aufgeben, verlieren könnte und dürfte, so würde ein wirtschaftlicher Fortschritt, eine Entwicklung der Arbeitsteilung unmöglich sein. Denken wir uns ein ganzes Land im Besitz eines Einzigen, so wäre die ganze wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung wesentlich von der Einsicht, Moral und Energie dieses Einzigen abhängig, der zugleich mit dem Lande über die gesamte Arbeitskraft der Einwohner verfügte.

Die Herrschaft über bestimmte Produktionsmittel kann entweder bei der Gesamtheit derjenigen stehen, die auf Grundlage derselben arbeiten, oder sie kann irgend jemand anderem zustehen, d. h. Eigentümer sind entweder die kombinierten Produzenten selbst oder ihr Herr. Den ersten Fall bezeichnen wir als Gemeineigentum, den zweiten als Sondereigentum. Beide Arten können mancherlei Gestaltung zeigen und zwischen beiden können allerlei Mittelstufen liegen, die eine Art Zwittereigentum darstellen.

Jedenfalls gehört, um falschen Auffassungen zu begegnen, das heutige Staats- und Gemeindeeigentum in Hinblick auf die Produktion, auf welche diese Begriffe hier zugespitzt sind, zum Sondereigentum. Denn die Arbeiter der Staatsbetriebe haben über deren Materie keinerlei Verfügungsrecht, so wenig wie in Privatbetrieben.[1])

§ 15. Kommunistische Urwirtschaft.

Als Organisationsprinzip der Arbeit hat im bisherigen Verlauf der Menschheitsgeschichte das Sondereigentum eine ungemein wichtigere Rolle gespielt als das Gemeineigentum. Dieses herrscht im Anfang der gesellschaftlichen Entwicklung, wo die Arbeit die

[1]) „Das öffentliche Eigentum des Staates, der Gemeinden u. s. w., mag es auch noch zum Teil aus ursprünglichem Gesamteigentum stammen, hat jetzt regelmäßig durchaus den Charakter von Privateigentum, nur mit der Modifikation, daß die Erträge nicht einer Person, sondern dem Fiskus u. s. w. zufließen und dadurch indirekt den Angehörigen der Zwangsgemeinschaft zugute kommen. Die Formen des Gesamteigentums . . . . wie die Allmenden . . . . kommunistischen Gemeinden . . . . . Produktiv-Assoziationen, werden jetzt als anomale Erscheinungen angesehen.“ (v. Scheel, Handwörterbuch, 1. Auflage, Art. „Eigentum“ S. 15f.)

geringste Produktivkraft besitzt. Die Produktionsgesellschaft, die Horde, der Stamm hat einen familiären Charakter; sie beruht auf Blutsgemeinschaft. Hier herrscht die größte Gleichheit, es gibt keine eigentliche Herrschaft und Unterordnung unter den erwachsenen Männern. Die Produktionsmittel sind von der einfachsten Art, regelmäßige Arbeit wird wesentlich von den Frauen geleistet, von denen auch wohl die Seßhaftigkeit ausgeht. Die Männer führen vielfach ein Vagabundenleben, sie sind oft lange Zeit von Frauen und Kindern entfernt, auf der Jagd, beim Fischfang, auf Beutezügen.

So mußten wohl auch die Frauen oft sich wappnen und im Kampfe üben, um in Abwesenheit der Männer sich und ihre Kinder gegen fremde Horden zu verteidigen. Vielleicht sind dadurch die weitverbreiteten Amazonensagen entstanden. Die Mutterliebe, die mütterliche Fürsorge für die heranwachsende Generation ist wahrscheinlich das erste mächtige Kulturprinzip, das Moment, aus dem die Anfänge einer planmäßigen, fürsorglichen, seßhaften Wirtschaft hervorgingen.

In einem solchen Zustand des reinen, familienhaften Kommunismus fand Karl von den Steinen noch im Jahre 1887 die Bakaïris in Zentral-Brasilien. Sie lebten „wie eine einzige Familie, sie verteilten untereinander die Beute von Fischfang und Jagd auf die einzelnen Häuser, in jedem Haus mußte wieder auf die verschiedenen Familien verteilt werden“, ohne Spur von Egoismus, Neid, Habsucht (Unter den Naturvölkern Zentralbrasiliens, 1894, S. 55f.).

Nach Bücher (Die Wirtschaft der Naturvölker, 1898) schafft die Frau vegetabilische, der Mann animalische Nahrung, die sofort verschlungen wird (S. 11). Die Frau hat den Ackerbau[1]) erfunden, im Anschluß an das Wurzelsuchen, das sie seit uralter Zeit geübt (S. 15). „Ihre Arbeit lieferte den wichtigsten Teil des Lebensbedarfs und damit war die Grundlage einer dauernden Familienorganisation gegeben, in welcher der Mann die Funktionen des Schutzes und der Beschaffung der Fleischnahrung übernahm“, die rasch verdirbt und daher weniger wichtig ist (S. 17).

[1]) Schon Bachofen hält es für zweifellos, daß die menschliche Gesellschaft vorzüglich durch die Bemühungen der Frauen zum Ackerbau geführt wurde. Der Mann will lange davon nichts wissen (Das Mutterrecht, 1861, S. XXVI).

Daß diese Wirtschaft den Frauen unter Umständen eine erhebliche Macht geben konnte, daß sie etwa gelegentlich einem faulen oder ungeschickten Burschen, der nichts heimbrachte und sich nur von ihnen füttern lassen wollte, energisch die Türe weisen konnten, ist begreiflich, braucht aber nicht gleich als verfassungsmäßige Gynäkokratie aufgefaßt zu werden. Das faktische Übergewicht hatte im ganzen vermöge seiner größeren Körperkraft offenbar immer der Mann, wenn er auch von demselben oft einen sehr bescheidenen Gebrauch gemacht haben mag.

Von den Bakaïris sagt von den Steinen: sie sind mit den Frauen sehr gut und verzärteln die Kinder; sie sind die Herren, tun aber, was die Frauen wollen.[1]) Und die Frauen der Bakaïris sind keineswegs Amazonen, sondern schwache, furchtsame Geschöpfe, die bei jeder Gefahr weinen. Man sieht, daß die niedrigsten und höchsten Stufen der Kultur in manchen Dingen gleich sein können.

Auch Ernst Grosse (Die Formen der Familie und die Formen der Wirtschaft, 1896) findet, daß sich die konstituierenden Elemente der Familie, Mann, Weib und Kind, überall ungefähr in denselben Verhältnissen zueinander befunden haben (S. 42ff.), jedenfalls insofern, als der Mann herrscht.

§ 16. Sondereigentum.

Aus welchen Elementen das Sondereigentum bei einem bestimmten Volke oder überhaupt sich ergeben hat, das bestimmt und genau nachzuweisen wird wohl niemals gelingen. Der Prozeß muß nicht überall in gleicher Weise eingeleitet und durchgeführt worden sein, so wenig als überall dieselben Verhältnisse zur Zeit des Urkommunismus herrschten. Doch können wir sicherlich einige Momente der Entwicklung anführen, welche die Entstehung und Ausbreitung des Sondereigentums notwendig veranlassen oder fördern mußten, auch wenn wir den strengen historischen Nachweis im einzelnen Falle nicht führen können.

[1]) Daß die Frau in primitiven Zuständen überall Lasttier sei und sogar das „Mutterrecht“ deshalb bestehe, weil die Kinder als eine Last gelten und der Mann sie wie alle Lasten der Frau überläßt — wie Brentano behauptet (Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, I. Bd. S. 135), ist mindestens zweifelhaft. Man darf jedenfalls entartete Menschen nicht mit Ur-Menschen identifizieren, wie es viele tun, z. B. Dargun (Mutterrecht und Vaterrecht), der Feuerländer, Buschmänner und Botokuden für Urtypen ansieht. Viel wahrscheinlicher ist, daß alle oder viele der uns bekannten „Wilden“ verwilderte Menschen sind, wie Schopenhauer meint (Parerga II. S. 172), oder Abkömmlinge versprengter und verpfuschter, minderwertiger Individuen.

Man muß eins bedenken: das bloße Sondereigentum an Land, Werkzeugen u. dgl. für sich allein spielt noch keine Rolle in der Organisation der Arbeit. Denken wir uns das alles unter gleiche, freie Leute gleich verteilt, so muß eben jeder für sich arbeiten und von Zusammenwirken und Plan und Leitung ist keine Rede.

Denken wir uns einen einzelnen Menschen im Besitz von Quadratmeilen und allen materiellen Mitteln zu ihrer Ausnutzung, aber ohne Arbeiter, die zu seinen Diensten stehen, so sind wir im gleichen Fall.

Beherrschung der Arbeit setzt Beherrschung der Arbeiter voraus, Macht über Menschen, mag sie wie immer begründet sein, die aber dazu angewendet wird, ihre Kräfte nach dem Plan und Willen des Herrschenden zur Güterproduktion zu verwenden. Die Macht, anderer Menschen Kräfte so zu seinem Vorteil zu gebrauchen, ist der wahre, eigentliche wirtschaftliche Inhalt des Sondereigentums. Und seine erste Gestalt und die Grundlage aller weiteren Entwicklung ist denn sicherlich auch direktes Menscheneigentum. Und das erste Menscheneigentum wird begründet durch Menschenraub, am wahrscheinlichsten durch Frauenraub. Die primitive Horde ist homogenetisch. Das einzelne Mitglied gehört nicht einem andern einzelnen Mitglied, sondern zuvörderst der Gruppe und innerhalb derselben gibt es nur nähere oder fernere Verwandtschaftsgrade und -Beziehungen, die keine Herrschaftsverhältnisse sind. Wer nicht zur Horde gehört, eventuell nicht zu verwandten Horden, die durch Teilung entstanden sind und die ursprüngliche Einheit nicht vergessen haben, ist fremd, wird gar nicht als ein existenzberechtigtes Wesen angesehen.

Denken wir uns nun den Fall, daß eine Horde zu wenig Frauen hat für ihre Männer, so können diese allenfalls sich durch Polyandrie helfen, sie können aber auch auf den Gedanken kommen, einer fremden Horde Frauen zu rauben. Letzteres werden sie müssen, wenn der Frauenmangel sehr groß oder absolut ist, was bei häufiger Abwesenheit der Männer vom Lagerplatz leicht möglich ist. Alle Frauen und Kinder können von Feinden getötet worden sein. Wollen sie nicht aussterben, so müssen sie fremde Frauen rauben. Aber auch das Gelüste nach bestimmten fremden Frauen kann

beim Einzelnen erwachen, selbst wenn er schon beweibt ist, und er kann es im siegreichen Kampf oder durch List und Gewalt befriedigen und die fremde Frau als Beute ins Lager bringen. Diese fremden Frauen nun stehen zu dem Manne, der sie gewonnen, in einem ganz andern Verhältnis als die Stammesgenossinnen. Sie gehören ihm samt ihren Kindern, er ist ihr Herr, sie sind ihm gegenüber ohne Schutz und Recht, die Horde, mit der sie nun leben müssen, hat keine Beziehungen zu ihnen. So entsteht die ehliche und väterliche Gewalt,[1]) sie umfaßt einen mehr oder weniger gesonderten Wirtschaftskreis, für den sein Herr zu sorgen hat und den er auch despotisch regiert. Der Stamm, die Horde ernährt nicht die fremden Frauen und Kinder. Diese müssen unter dem Kommando ihres Herrn für ihre Bedürfnisse arbeiten.

Ein anderer Anlaß zur Begründung des Menscheneigentums und des materiellen Sondereigentums ist der Krieg. Man nimmt dem Besiegten seine Habe und macht ihn zum Sklaven.[2]) Hat man Land und die nötigen Leute, es zu bestellen, so braucht man keinen Stammeskommunismus mehr. Das Land samt den Sklaven mag hier und da unter die Sieger redlich verteilt worden sein. Wenn der Krieg ein ökonomisches Geschäft wird, dann werden bald die Tapfersten und Klügsten den Hauptvorteil für sich behalten, indem sie mit untergeordneten Genossen Raubzüge ausführen. Und so entstehen große Besitzungen mit vielen Sklaven, reiche Leute neben den ärmeren, während einst alle Stammesgenossen in wirtschaftlicher Beziehung gleich waren.

Das Sondereigentum gibt dem wirtschaftlichen Egoismus erst seinen Spielraum. „Alles für mich" ist von nun an die Losung. Und so lange aller wirtschaftliche Besitz wesentlich in Land besteht oder vielmehr das Land zur Grundlage und Voraussetzung hat, wird der Egoismus unersättlich nach Land streben.[3]) Früher nahm man den Fremden, den Feinden, ihr Land und damit ihre Freiheit, jetzt operiert, wer die Macht dazu hat, ebenso gegen seine Volksgenossen. Kann er ihnen ihr Land wegnehmen, so hat er ihnen auch die Freiheit genommen, denn ohne Land können sie nicht leben, und wenn das Land sein ist, so leben sie von seiner Gnade, unter seiner Herrschaft und natürlich nicht umsonst.

[1]) „Das Vaterrecht entstand in den Zeiten, da Vieh- und Menschenraub an der Tagesordnung, da Frauenraub nicht selten war" (Gustav Schmoller, Grundriß der allg. Volkswirtschaftslehre, I. S. 240).

[2]) „Als den gefährlichsten Feind der sozialen Gleichheit — haben wir — den Krieg erkannt" (Ernst Grosse, Die Formen der Familie und die Formen der Wirtschaft, 1896, Seite 137).

[3]) „Alles für uns selbst und nichts für andere scheint zu allen Zeiten der häßliche Wahlspruch der Herren des Menschengeschlechts gewesen zu sein" (Ad. Smith). „Sobald Ungleichheit des Vermögens in einem Gemeinwesen, das nicht beständig beschäftigt ist, durch Gewerbfleiß die Unbilden des Glücks wieder gutzumachen (gemeint ist ein Zustand, wo der Grundbesitz die Hauptrolle spielt — Anmerkung des Zitierenden), einmal angefangen hat, macht dieselbe ungeheuere Fortschritte; die großen Vermögen verschlingen die kleineren" (J. St. Mill, Polit. Ökonomie, deutsch von Soetbeer, I. S. 18)

§ 17. Ursprung des Staates.

Wo die Gesellschaft sich in Freie und Unfreie, in Besitzer und Nichtbesitzer scheidet, da werden die ersteren in irgend einer Form sich notwendig im eigensten Interesse zur Befestigung und Sicherung ihrer Herrschaftsverhältnisse organisieren, und diese Organisation ist der Staat.

Der Staat kann auch einen anderen Charakter annehmen, aber seinem Ursprung nach ist er eine Herrenorganisation im Interesse der Herrenrechte, zum Schutze dieser gegen Unterworfene. Und diesen Charakter hat er im wesentlichen bis auf den heutigen Tag, selbst in der formell schulgerechten Demokratie. Hier könnte — denken wir an einen Schweizer-Kanton — z. B. die Mehrheit des Volkes ganz gut die Abschaffung des Privateigentums und Einführung des Kommunismus beschließen. Aber die besitzenden Klassen würden, wenn sie die materiellen Machtmittel des Staates in Händen hätten, einen solchen Beschluß sicher nicht ausführen, sie würden ihn als Revolution betrachten und behandeln und dabei von allen „Staaten" einhellig unterstützt werden. Eigentum ist Herrschaft. Die Staaten verteidigen das Eigentum und somit die Herrschaft.

Schon Plato sagt uns in seinem „Staate": Wenn diejenigen, die im Staate herrschen, Besitzer sind und nach Besitz streben, so hausen sie in ihrem Volke wie feindliche Herren und zagen weit häufiger vor den einheimischen als auswärtigen Feinden. Der heilige Augustin nennt den Staat allen Ernstes eine große Räuberhorde und sucht die Identität beider ausführlich nachzuweisen (De civitate dei, deutsch von Silberer, I. S. 215f.). Überhaupt sollen Menschen nicht über Menschen herrschen, sondern nur über Tiere (II. S. 696).

Stets und überall aber haben die Besitzenden im Staate geherrscht und mithin dessen Macht, wenn wir nach Plato schließen dürfen, dazu gebraucht, um ihren Besitz zu verteidigen und zu vermehren.

Thomas Morus in seiner „Utopia" sieht bekanntlich selbst in den blühendsten Staaten nichts als eine Verschwörung der Reichsten, die, unter dem stolzen Namen und Aushängeschild des öffentlichen Wohls, wesentlich nur die Sicherung des eigenen mehr oder weniger schlecht erworbenen Vermögens und Erpressung möglichst billiger Arbeit aus dem Volke erstreben.

Ganz naiv drückt sich Malthus aus: „Was man in Europa Pöbel nennt, gibt es in Amerika nicht. Die Zahl der Besitzlosen ist dort wegen der physischen Verhältnisse des Landes verhältnismäßig gering und die Regierung, die das Eigentum beschützen soll, bedarf daher (!) nicht denselben Grad von Macht" (Versuch üb. d. Gesetz d. Bevölkerung. Deutsch von Stöpel, S. 671).

Übrigens sagt schon Ad. Smith: „Der Erwerb wertvoller und ausgedehnter Besitztümer erfordert notwendig die Einsetzung einer Regierung. Wo es kein Eigentum oder wenigstens kein solches gibt, das den Wert einer zwei- oder dreitägigen Arbeit übersteigt, ist eine Regierung nicht so notwendig" (IV. S. 25). Den Grund gibt er unmittelbar vorher an. „Wo es große Besitztümer gibt, da gibt es auch große Ungleichheit. Für einen sehr reichen Mann muß es wenigstens 500 Arme geben, und der Überfluß der wenigen setzt die Dürftigkeit der vielen voraus. Der Überfluß des Reichen erregt den Unwillen des Armen, der oft durch Mangel oder durch Neid dazu gereizt wird, sich an dem Besitz des Reichen zu vergreifen." „So weit die Obrigkeit zur Sicherung des Eigentums eingeführt wurde" — und das wurde sie nach Smith's Ansicht — „ist sie in der Tat zum Schutze des Reichen gegen den Armen, des Besitzers gegen den Nichtsbesitzer eingeführt worden" (ib. S. 31). Dieser Satz ist im Grunde nicht wesentlich verschieden von dem des kommunistischen Manifests: „Die politische Gewalt im eigentlichen Sinn ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern".

Daß der Staat vor allem des Eigentums wegen da ist, erkennt auch der Graf Saint-Simon, den man zu den Sozialisten rechnet, indem er in seiner eigentümlichen Weise sagt: Das

Grundgesetz jedes Staates ist immer das, welches das Eigentum einführt.[1])

Sehr scharf hat neuerdings ein sehr verdienter deutscher Nationalökonom, dem gewiß niemand Radikalismus irgend einer Art vorwerfen wird, nämlich v. Schulze-Gävernitz, den Gedanken pointiert, indem er sagt: der Staat ist „nichts als die Organisation der wirtschaftlich herrschenden Klassen" („Ethische Kultur" vom 4. Mai 1895, S. 139).

Sehr deutlich und richtig ist die Formulierung von Gustav Ratzenhofer: Die soziale Entwicklung erhält erst einen tieferen Impuls, wenn ein wandernder Stamm seßhafte besiegt und diesen Sieg nur zu deren Unterwerfung in ihrem eigenen Wohnsitz ausnützt. Es entsteht so aus zwei Gemeinschaften eine und in dieser die soziale Ungleichheit als Institution, Herren und Sklaven oder Arbeiter. Diese soziale Schichtung verlangt aber ein Herrschaftsverhältnis, das den Gegensatz zwischen Unterworfenen und Herrschenden „durch eine Machtorganisation in Ruhe erhält." So entsteht politische und soziale Ungleichheit und darum tritt an die Stelle der Sitten und Gebräuche das Recht, d. h. das Interesse der Mächtigen[2]). Die Gemeinschaft ist jetzt zum Staat geworden. Der

[1]) Bastiat nimmt an, daß das Eigentum vor dem Gesetz bestand. „Nicht weil es Gesetze gibt, gibt es Eigentum: sondern weil es Eigentum gibt, gibt es Gesetze" (Ausgewählte politische Schriften. Deutsch von Bergius 1859. II. T. S. 12). Das ist in einem gewissen Sinn ganz richtig. Bastiat aber stellt den Satz lediglich auf, um daraus mit der ihm eigenen sophistischen Oberflächlichkeit zu schließen, daß also der Staat dem Eigentum gegenüber niemals eine andere Aufgabe und ein anderes Recht habe, als es, so wie es ist, wie es nämlich nach seiner Ansicht von Anfang an war und immer geblieben ist, unbedingt zu schützen. Wenn das Eigentum durch das Gesetz geschaffen wurde, sagt er, „dann hat der Gesetzgeber die Mission, dasselbe zu organisieren, zu ändern, es selbst abzuschaffen, wenn er das zweckmäßig findet." Sonst aber „beschränken sich seine Befugnisse darauf, es zu gewährleisten, ihm Achtung zu verschaffen" (S. 13). Man wende einmal diese Logik auf das Menscheneigentum, die Sklaverei und den Kannibalismus an. Ob Bastiat, der Vertreter des modernen Kapitals, auch mit dem Schutze des feudalen Eigentums einverstanden gewesen wäre?

[2]) „In den Wäldern der neuen Welt, wie im Schoße der europäischen Kultur bestimmt sich das öffentliche Recht darnach, wie sich das Verhältnis zwischen dem Starken und dem Schwachen, zwischen dem Eroberer und dem Unterworfenen gestaltet" (A. Humboldt, Reise in die Äquinoctialgegenden etc. I, S. 361). „Die persönliche Tatkraft eines Mächtigeren gegenüber dem Ohnmächtigeren ist Voraussetzung aller Rechtsgestaltung, sie ist (nach Ihering)

Staat ist also „eine auf Unterwerfung basierte Gemeinschaft“ (Die soziologische Erkenntnis, 1898, S. 156ff.).

Gumplowicz sucht ausführlich nachzuweisen, daß das Grundeigentum sich nur zugleich mit der Herrschaft einer Menschengruppe über eine andere ausbildete, und zwar als Mittel, diese Herrschaft aufrechtzuerhalten (Rechtsstaat und Sozialismus, S. 344). „Der Staat ist eine Organisation der Herrschaft einer Minorität über eine Majorität“ (Soziologie, S. 116).

„Nachdem die Menschen, ehrlich und im Schweiße ihres Angesichts, dem Boden abgewonnen haben, was zum Unterhalt eines Volkes nötig ist, treten allemal, bei einigen derselben, eine Anzahl Menschen zusammen, die, statt den Boden urbar zu machen und von seinem Ertrag zu leben, es vorziehen, ihre Haut zu Markte zu tragen und Leben, Gesundheit und Freiheit aufs Spiel zu setzen, um über die, welche den redlich erworbenen Besitz innehaben, herzufallen und die Früchte ihrer Arbeit sich anzueignen. Diese Raubtiere des menschlichen Geschlechts sind die erobernden Völker, welche wir, von den ältesten Zeiten bis auf die neuesten, überall auftreten sehen, mit wechselndem Glück, indem ihr jeweiliges Gelingen und Mißlingen durchweg den Stoff der Weltgeschichte liefert; daher eben Voltaire Recht hat, zu sagen: Dans toutes les guerres il ne s'agit que de voler.[1]) . . . Im Grunde sieht jeder Staat den andern als eine Räuberhorde an, die über ihn herfallen wird, sobald die Gelegenheit kommt“ (Schopenhauer, Parerga u. Paralipomena II; § 124.)[2])

„Zwischen Leibeigenschaft, wie in Rußland, und Grundbesitz, wie in England, und überhaupt zwischen dem Leibeigenen und dem Pächter, Einsassen, Hypothekenschuldner und dgl. mehr liegt der Unterschied mehr in der Form, als in der Sache. Ob mir der Bauer gehört oder das Land, von welchem er sich nähren muß; der Vogel oder sein Futter; die Frucht oder der Baum; ist im wesentlichen wenig verschieden; wie denn auch Shakespeare den Shylok sagen läßt:

wie die Mutter, so die legitime Beschützerin des Rechts'“ (Alex. v. Öttingen, Moralstatistik, 3. Aufl., S. 358). Sehr zart ausgedrückt, aber richtig, wenn man die „Tatkraft“ so versteht, wie die Mächtigen in der Geschichte sie geübt haben.

[1]) Zu demselben Ausspruch, den er noch öfter zitiert, bemerkt Schopenhauer in „Neue Paralipomena“ § 550: „Was die Franzosen im kriegerischen Sinne gloire nennen, ist als Synonym von butin zu verstehen.“

[2]) Siehe auch die Note zu § 132.

You take my life,
When you do take the means, whereby I live (ib. § 125.)

„Armut und Sklaverei sind also nur zwei Formen, fast möchte man sagen, zwei Namen derselben Sache, deren Wesen darin besteht, daß die Kräfte eines Menschen großenteils nicht für ihn selbst, sondern für andere verwendet werden; woraus für ihn teils Überladung mit Arbeit, teils kärgliche Befriedigung seiner Bedürfnisse hervorgeht“. ib.

„Freiheit und Eigentum sind in der älteren (germanischen) Zeit zwei Begriffe, die sich wechselseitig bedingen und ergänzen . . . alle Freiheitsrechte lassen sich schließlich auf das Waffenrecht und den Grundbesitz zurückführen“ (W. Arnold: Zur Geschichte des Eigentums in den deutschen Städten, 1861, S. 9).

Die Begründung der ökonomischen Herrschaft des Menschen über den Menschen, der Nutzbarmachung fremder Arbeitskraft für eigene Zwecke, liegt also darin, daß man dem anderen die Produktionsmittel entzieht. Wo dies nicht möglich ist, kann auch keine wirtschaftliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stattfinden.

Es ist nicht möglich auf ganz niedriger Stufe der Wirtschaft, wo die Produktionskraft aller gerade ausreicht, damit alle leben können. Hier ist auch kein Sondereigentum denkbar. Man kann nicht Jagdgründe, Flüsse und Seen auf die Einzelnen verteilen. Die Gefahr zu verhungern wächst da quadratisch mit der Abnahme der Nahrungsflächen. Die Werkzeuge, die man hier verwendet, kann jeder selbst machen und sie müssen jedem zur Verfügung stehen. Nur Gleiche können hier zusammen arbeiten und zusammen leben.

Nimmt die Produktivkraft der Arbeit zu, so daß jeder mit sicherer Regelmäßigkeit mehr hervorbringen kann, als für seinen Unterhalt notwendig ist, dann beginnt auch regelmäßig, wenn auch nicht absolut notwendig, nicht immer und überall, zwischen heterogenen Gruppen jenes Gewaltspiel, welches für den Gewinner mit Herrschaft und Ausbeutung endet. Und es ist im ganzen sehr wahrscheinlich, daß die wirtschaftlich weiter fortgeschrittene, den Künsten des Friedens mehr zugeneigte und darum weniger kriegerische Gruppe der wilderen, gewalttätigeren, ärmeren und darum beutegierigeren zur Beute fällt. So der Ackerbauer dem Nomaden. Auf sehr niedriger Stufe der Wirtschaft führt der Krieg

nur zur Ausrottung des Feindes.[1]) Man tötet den Gefangenen oder man adoptiert ihn allenfalls durch Zeremonien, die eine Blutsgemeinschaft herzustellen scheinen. Die Adoption (Fiktion der Blutseinheit) ist die einzig mögliche Form der Aufnahme eines Fremden in eine Gemeinschaft, die lediglich auf gemeinsamer Abstammung beruht.

Ist die Arbeit genügend produktiv, so daß man den Fremden, ohne ihn als Genossen zu behandeln und den Mitgliedern der Gruppe gleichzustellen, nützlich verwenden kann, dann kann man ihn zum Sklaven machen.

Und je produktiver die Arbeit wird, desto mehr schrumpft das Gemeineigentum zusammen, desto schärfer entwickelt sich das Sondereigen. Die Verfügung über fremde Arbeitskräfte, die man durch den Krieg gewonnen, hilft wesentlich dazu. Der einzelne Freie löst sich mit seinen Frauen und Kindern und Sklaven mehr und mehr von der ursprünglichen Gemeinschaft los, der Boden wird fortlaufend zugeteilt, geraubt, erlistet, abgetrotzt, in der Hand der Kühnen, Schlauen, Rücksichtslosen, Gewalttätigen vereinigt.[2]) Von Inama-Sternegg hat diesen Prozeß in seiner „Deutschen Wirtschaftsgeschichte" für unser Volk ausführlich dargestellt.

§ 18. Unfreiheit, Eigentum und Fortschritt.

Fortschreitende Zivilisation, d. h. Staatenbildung, Herrschaftsorganisation über Gebiete und nicht bloß Menschengruppen, Gesetz, Ordnung, Friede, höhere Kultur einerseits und Entwicklung des

[1]) „Reine Jägervölker müssen noch ihre Feinde tödten. Die Rechtsidee und die staatswirtschaftliche Notwendigkeit sind von je Hand in Hand gegangen" (Rodbertus, Erkenntnis, S. 75). Ob es reine Jägervölker je gegeben hat oder nicht, ist Nebensache.

[2]) Anders faßt L. Brentano die Sache auf. „Damit der Boden imstande sei, einer steigenden Bevölkerung Nahrung zu geben, wurde es nötig, dafür zu sorgen, daß jemand da sei, der ein Interesse hatte, durch pflegliche Behandlung des Bodens die Minderung seiner Benutzbarkeit zu verhüten und eine Steigerung derselben zuwegezubringen. Dies hat dazu geführt, ein Sondereigentum an den einzelnen Flächenstücken anzuerkennen. So ist er ein Gegenstand des privaten Vermögens Einzelner geworden" (Agrarpolitik I., 1897, S. 83f.). Man möchte glauben, es habe schon vor Jahrtausenden Ministerien der Sozialpolitik gegeben, welche brave Untertanen bewogen, im Gesamtinteresse einzelne katastrierte „Flächenstücke in pflegliche Behandlung zu nehmen."

Sondereigentums andererseits gehen schließlich, im großen Verlauf der Geschichte, überall nebeneinander her.

„If the doctrine of evolution is at all correct, nothing is surer than that progress lies in the development of larger and larger unities" (Gronlund, Ça ira! S. 124). Kleine Menschengruppen, die mit anderen ihresgleichen in keinem Zusammenhang oder in feindlichem Verhältnis stehen, mögen im Innern Ordnung und Frieden in Fülle haben, ihre Existenz als Ganzes ist fortwährend auf alle mögliche Weise gefährdet und die Fortentwicklung fast unmöglich, jedenfalls unendlich langsam. Für größere Massen aber und für raschere Entwicklung paßt offenbar der familiäre Hordenkommunismus nicht.

Eine historische Tatsache von solcher Allgemeinheit und Dauer, wie das Sondereigentum, das sich zum Privat- resp. Individualeigentum weiterbildet, berechtigt doch wohl zu der Annahme, daß die durch dasselbe geschaffene Art der Beherrschung des Menschen durch den Menschen eine unabweisbare Notwendigkeit war, wenn die Hindernisse, die der Entwicklung der Kultur, speziell dem Fortschreiten der Produktivität der Arbeit entgegenstanden, überwunden werden sollten.

Sonst würde es doch irgend einem Volke gelungen sein, auf andere Weise zu hoher Kultur zu gelangen.

Sicherlich beruht die Herrschaft und Ausbeutung, die nach seiner ganzen Entstehungsweise im Sondereigentum liegt, zunächst und unmittelbar nur auf dem egoistischen Interesse starker, gewalttätiger, siegreicher Gruppen und Individuen. Sie wollten selbstverständlich nicht die menschliche Kultur fördern, sondern ihren Begierden dienen. So wie gewisse Tierarten, wurden auch Menschen in ihren Dienst gezwungen, und oft in ganz abscheulichen Dienst, besonders Frauen. Für die Gezwungenen lag in dem neuen Verhältnisse zunächst sicher ein Rückschritt, wenn man nicht etwa den Umstand, daß sie als Besiegte nicht mehr alle sofort getötet wurden, als einen Fortschritt bezeichnen will.

Allein ohne das Dazwischentreten jenes egoistischen Interesses wäre wahrscheinlich die Kultur in ihren ersten Stadien stecken geblieben. Jedenfalls hat sie dort, wo die ursprüngliche Gleichheit bestehen blieb, nur einen erbärmlich niederen Grad erreicht.

Allerdings ist das kein strikter Beweis. Denn diese sog. „Wilden" können auch verkommene oder von Anfang an verpfuschte Menschen sein, die es unter keinen Umständen zu etwas Besserem

hätten bringen können. Sie haben vielleicht mit den Urahnen der Kulturvölker, was die intellektuellen und moralischen Anlagen betrifft, nicht mehr, möglicherweise sogar weniger Ähnlichkeit als mit heutigen Westeuropäern. Aber auf diesem Gebiete gibt es nur Induktionsbeweise und diese sind in menschlichen Angelegenheiten, wie in manchen anderen, nie vollkommen. Immerhin ist der vorliegende so genau, als er der Sachlage nach sein kann. Es liegt kein Fall vom Gegenteil vor.

Man sucht den inneren Zusammenhang zwischen höherer Kultur und Privateigentum durch folgenden, sehr naheliegenden und wahrscheinlich schlüssigen Gedankengang herzustellen.

Die Entwicklung höherer Kultur setzt einen gewissen Reichtum voraus. Es müssen nämlich irgendwelche Menschen in der Lage sein, ihre geistigen Fähigkeiten zu freier Entwicklung zu bringen und dazu ist notwendig, daß sie von der gemeinen körperlichen Arbeit und Plage der Güterproduktion mehr oder weniger eximiert seien, daß sie gehörige Muße haben. Natürlich werden durch die Muße allein noch keine Kulturideen erzeugt, es kann der Einzelne, ja zeitweilig eine Klasse, von wirtschaftlicher Arbeit befreit und dennoch in kultureller Beziehung absolut unfruchtbar sein. Aber wenn nur überhaupt, im ganzen und großen, im Verlauf der Zeit, da oder dort, infolge der einer gesellschaftlichen Schichte zukommenden Muße die Kultur erheblich gefördert wird, was ohne dies nicht geschehen könnte, so sind, vom Standpunkt der Menschheit aus, diese Muße und ihre Vorbedingungen gerechtfertigt. Natürlich muß man, um dies gelten zu lassen, im kulturellen Fortschritt die Bestimmung der Menschheit sehen, der sie nachzuleben hat. Streng zu beweisen ist auch das nicht, aber es bildet sozusagen den Grundton alles soziologischen Nachdenkens und Forschens. Möglich ist ja, daß die Menschen auf der untersten Stufe am glücklichsten resp. am wenigsten unglücklich waren.

Die Sage vom Paradies oder goldnen Zeitalter, die in gar mannigfachen Formen bei den verschiedensten Völkern und Stämmen vorkommt, beweist, daß die Menschen jedenfalls den Gedanken, das größte Glück in die Anfänge ihres Geschlechts zu versetzen, keineswegs absurd fanden. Denkbar ist es ja, daß in den urältesten Zeiten, als man noch keine Erfindungen und Entdeckungen gemacht hatte und in einem Lande lebte, wo die Gaben der Natur, die da zum Leben gehörten und unmittelbar dienten, in reichlichem Maße vorhanden waren, ein Zustand tierischen

Gattungsfriedens und Behagens herrschte, der an Glücksgefühl unser ruheloses, vielgequältes, oft so martervolles Kulturleben weit überragte.

Soll aber Kultur entstehen, so müssen allem Anschein nach irgendwelche Schichten der Gesellschaft für sie disponibel sein. Dies setzt voraus, daß die übrigen umso emsiger arbeiten, mehr als notwendig wäre, wenn sie bloß für den eigenen Unterhalt sorgen müßten.

„Eine höhere Kultur kann allein dort entstehen, wo es zwei unterschiedene Kasten der Gesellschaft gibt: die der Arbeitenden und die der Müßigen, zu wahrer Muße Befähigten; oder mit stärkerem Ausdruck: die Kaste der Zwangs-Arbeit und die Kaste der Frei-Arbeit. Findet nun gar ein Austausch der beiden Kasten statt, so, daß die stumpferen, ungeistigeren Familien und Einzelnen aus der oberen Kaste in die untere herabgesetzt und wiederum die freieren Menschen aus dieser den Zutritt zur höheren erlangen, so ist ein Zustand erreicht, über den hinaus man nur noch das Meer unbestimmter Wünsche sieht! — So redet die verklingende Stimme der alten Zeit zu uns; aber wo sind noch Ohren, sie zu hören?“ (Fr. Nietzsche, Menschliches, Allzumenschliches I. 439).

Schopenhauer führt den Gedanken durch, daß der Luxus Weniger die Vielen arm und unfrei macht. „So lange daher auf der einen Seite der Luxus besteht, muß notwendig auf der andern übermäßige Arbeit und schlechtes Leben bestehen; sei es unter dem Namen der Armut, oder dem der Sklaverei, der proletarii, oder der servi. Zwischen beiden ist der Fundamentalunterschied, daß die Sklaven ihren Ursprung der Gewalt, Arme der List zuzuschreiben haben.“ Also, möchte man glauben, müsse zur Milderung des menschlichen Elends die Verminderung oder Aufhebung des Luxus angestrebt werden. Allein „was durch jene dem Luxus fröhnenden Arbeiten das Menschengeschlecht an Muskelkräften für seine notwendigsten Zwecke verliert, wird ihm allmählich tausendfach ersetzt durch die gerade bei dieser Gelegenheit frei werdenden Nervenkräfte. . . . . Ein Volk von lauter Bauern würde wenig entdecken und erfinden: aber müßige Hände geben tätige Köpfe, Künste und Wissenschaften sind selbst Kinder des Luxus und sie tragen ihm ihre Schuld ab. Ihr Werk ist jene Vervollkommnung der Technologie in allen ihren Zweigen . . . . . Da verrichten jetzt, in Fabriken und Manufakturen jeder Art, mitunter auch beim Feldbau, Maschinen tausendmal mehr

Arbeit als die Hände aller jetzt müßigen Wohlhabenden, Gebildeten und Kopfarbeitenden jemals vermocht hätten, und als mithin durch Abstellung alles Luxus und Einführung eines allgemeinen Bauernlebens je erreicht werden könnte“ (Parerga II, § 125).

„Es ist geradezu unmöglich, den Einfluß des Privateigentums auf die Zivilisation der Menschheit zu überschätzen. Es war dies die Macht, welche die arischen und semitischen Stämme aus der Barbarei zur Zivilisation hinüberführte. . . . . Das Privateigentum war es, das zur Sklaverei von Menschen führte, als Werkzeug zur Produktion von Reichtum; dasselbe Privateigentum veranlaßte nach den Erfahrungen von mehreren tausend Jahren die Abschaffung der Sklaverei, als man entdeckt hatte, daß ein freier Arbeiter eine bessere Maschine zur Erzeugung von Reichtum sei“ (Lewis H. Morgan, Die Urgesellschaft, S. 431f.).

Selbstverständlich haben sich nie und nirgends die Menschen freiwillig, etwa im Interesse des Fortschritts, in zwei Klassen geschieden, deren eine mühsam arbeitete, um der anderen kulturfördernden Müßiggang zu ermöglichen.[1]) Der Naturmensch zeigt im Gegenteil überall, wo wir ihn treffen und nach allem, was wir von ihm aus alten Zeiten, auch von den Ahnherren der fortgeschrittensten Kulturvölker wissen, einen entschiedenen Hang zur

[1]) Nach E. Sax (Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft, 1887) kann die Unterordnung einer Majorität unter eine Minorität, mag auch die Ausbeutung der ersteren durch die letztere noch so schonungslos sein, „nur das Ergebnis — des kollektivistischen Antriebs sein — auf Grund der Erkenntnis (!), daß sie, resp. die Herrschaft der andern, das Mittel zur Erreichung der Gesamtlebensziele (!) ist“ (S. 110). Was für geistige und moralische Heroen müssen da die römischen und griechischen Sklaven, die Bauern des ancien regime etc. etc. gewesen sein, die sich, trotz ihrer Überzahl (in Athen im Jahre 309 v. Chr. angeblich 400000 Sklaven auf 31000 Bürger und Schutzverwandte, in Korinth um dieselbe Zeit 640000 Sklaven auf 40000 Bürger u. s. w) nicht empörten und jede Mißhandlung, jede Schmach und Entbehrung einfach in der Erkenntnis, daß „die Herrschaft der andern das Mittel zur Erreichung der Gesamtlebensziele“ sei, geduldig über sich ergehen ließen und ertrugen. Wenn also irgendwo die Unterdrückung und Ausbeutung der Majorität durch die Minorität vorkommt und dennoch die Revolution nicht permanent ist, so wäre das ein Beweis geschichtsphilosophischer Erkenntnis! „Daß sie ausgebeutet werden, müssen sie doch sofort merken, da sie ja durch Gewalt zu den Diensten und Giebigkeiten gezwungen werden, und da sie die Mehrzahl sind, so wäre es geradezu unerklärlich, warum sie jenes dulden“. Vielleicht doch wohl, weil dieselbe Gewalt, die sie zu Diensten und Giebigkeiten zwingt, ihnen, den waffenlosen, im allgemeinen zu übermächtig scheint?

Trägheit in Bezug auf gewöhnliche wirtschaftliche Arbeit. Der uns so wohl bekannte, nimmer rastende Erwerbstrieb fehlt ihm. Allerdings ist derselbe auch heute bei denjenigen, die nur durch körperliche Arbeit erwerben können, am geringsten, aus leicht begreiflichen Gründen. Denn der mögliche Erfolg großer Anstrengung ist zu gering. Und wenn er groß war, wie bei Raub und Kampf, da mögen auch die Altvorderen hübsch erwerbslustig gewesen sein. Aber wo es gilt, mit harter Arbeit Bedürfnisgegenstände zu beschaffen, da ist der Naturmensch nirgends geneigt, mehr als das Notwendige zu tun. Die Muße ist ihm lieber als der Vorrat, besonders dem Manne. Und das, was wir ideale Motive nennen, spornt ihn zu viel größerer Anspannung seiner Kräfte an, als die bloße Aussicht auf Vermehrung des Einkommens.

„Es ist richtig, daß der Naturmensch nur für den Augenblick lebt, daß er jede regelmäßige Arbeit scheut“ (Bücher, Wirtschaft der Naturvölker, S. 45).

„Derselbe Indianer, der sich beklagt, wenn man ihm beim Botanisieren eine Pflanzenbüchse zu tragen gibt, treibt einen Kahn gegen die rascheste Strömung und rudert so 14—15 Stunden in einem fort, weil er sich zu den Seinigen zurücksehnt (Alex. v. Humboldt's Reise in die Äquinoktial-Gegenden des neuen Kontinents. In deutscher Bearbeitung von Hermann Hauff, 1859, I. S. 272). Aber nicht nur die Indianer, auch die Germanen waren große Faulpelze und feurige Liebhaber des Müßiggangs, „träg wie alle unentwickelten Völker“ (Arnold, Urzeit, S. 218). Sie zechen Tage und Nächte durch, setzen im Würfelspiel Weib und Kind und die eigene Freiheit dran und sind leidenschaftlich für den Krieg eingenommen, mithin nichts weniger als stumpfsinnige, indolente Gesellen. Gibt es nicht Krieg, so verbringen sie die meiste Zeit in Müßiggang, dem Schlaf ergeben, den sie bis in den hellen Tag ausdehnen, und dem Schmaus. Die stärksten, tapfersten Helden gerade tun dann gar nichts, die Wirtschaft und die Pflege des Hauses, die Bestellung des Ackers überlassen sie den Weibern, Alten, Schwachen. Sie selbst bleiben müßig. In seltsamem Gegensatz der Natur lieben dieselben Männer die Trägheit, hassen aber die Ruhe des Friedens (Tacitus). Die Sklaven, unterworfene Fremde, erwähnt der römische Autor an dieser Stelle seltsamerweise nicht.

Daß die Kelten nicht weniger als arbeitslustig waren, ist be-

kannt. Schon Cicero sagt uns, daß es für den freien Kelten als schimpflich galt, das Feld mit eigenen Händen zu bestellen.[1])

Dieser Hang zur Trägheit mußte irgendwie überwunden werden und historisch wurde er überwunden durch die siegreiche Gewalt des Egoismus der Starken und Klugen. Das Sondereigentum wie alle Herrschaft ist eine Institution der Tatkräftigen, der Sieger.

Was wir hier sagten, ist heutzutage fast unbestritten. Die Schriftsteller, welche die Entstehung des Sondereigentums auf ganz idyllisch-harmlosem Wege vor sich gehen lassen, sind selten geworden. Auch alle sozialistischen Schriftsteller, die einen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben können, anerkennen die Notwendigkeit des Sondereigentums auf einer gewissen Entwicklungsstufe. Und auch die Versetzung eines Teils der Menschen in den Zustand der Unfreiheit, eine notwendige Folge des Grundeigentums in naturalwirtschaftlichen Zeiten, wird fast einstimmig als eine unerläßliche Vorbedingung des Fortschritts aufgefaßt. Friedr. Engels z. B. spricht darüber sehr interessant und deutlich: „Erst die Sklaverei machte die Teilung der Arbeit zwischen Ackerbau und Industrie auf größerem Maßstab möglich, und damit die Blüte der alten Welt, das Griechentum . . . ohne Sklaverei kein griechischer Staat, keine griechische Kunst und Wissenschaft, ohne Sklaverei kein Römerreich. Ohne die Grundlage des Griechentums und Römerreichs aber auch kein modernes Europa. Wir sollten nie vergessen, daß unsere ganze ökonomische, politische und intellektuelle Entwicklung einen Zustand zur Voraussetzung hat, in dem die Sklaverei ebenso notwendig wie allgemein anerkannt war. In diesem Sinne sind wir berechtigt zu sagen: ohne antike Sklaverei

[1]) Übrigens schwärmt auch der Kulturmensch nicht für die Arbeit, sondern nur für Reichtum und Genuß. „Neben dem Tätigkeitstriebe scheint dem Menschen ein großer Hang zur Trägheit angeboren zu sein. Die Mythen der Völker von der Fortdauer nach dem Tode legen Zeugnis davon ab. Es dürfte wohl kaum ein Volk geben, das sich die Seligkeit als eine ununterbrochene Arbeit vorstellt; im Gegenteil finden wir überall den Gedanken an Ruhe und Vergnügen weitesten Raum gegeben“ (Die Rettung des Eigentums. Anonym.) Berlin 1891, S. 16). Dieses Ideal gilt auch heute noch. Die Helden der modernsten Romane haben regelmäßig gar nichts zu tun, als sich „auszuleben“, d. h. ihren Gelüsten nachzugehen und interessante Abenteuer zu bestehn. — Wenn schon Fouriers Versuch, alle Arbeit zum Genuß zu machen, als schwach bezeichnet wurde, so ist noch viel schwächer der Versuch eines neueren utopischen Romans von William Morris (Kunde von Nirgendwo), alle Arbeit für anziehend und genußreich auszugeben, indem er alle Arbeiter zu „Künstlern“ macht.

kein moderner Sozialismus. . . . Es ist nun einmal eine Tatsache, daß die Menschheit vom Tiere angefangen und daher barbarische, fast tierische Mittel nötig gehabt hat, um sich aus der Barbarei herauszuarbeiten. . . . . So lange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, daß sie nur wenig Überschuß über die notwendigen Lebensmittel hinaus lieferte, war Steigerung der Produktionskräfte, Ausdehnung des Verkehrs, Entwicklung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittelst einer gesteigerten Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitsteilung zwischen den die einfache Handarbeit besorgenden Klassen und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden wenigen Bevorrechteten. Die einfachste naturwüchsigste Form dieser Arbeitsteilung war eben die Sklaverei. Bei den geschichtlichen Voraussetzungen der alten, speziell der griechischen Welt konnte der Fortschritt zu einer auf Klassengegensätze gegründeten Gesellschaft sich nur vollziehen in der Form der Sklaverei“ (Friedrich Engels, Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, 153f. Ebenso Lassalle, z. B. im Bastiat-Schulze S. 83).

„Die Zwangsarbeit der Sklaverei war zur Zeit das einzige Mittel, die Arbeitskraft der Barbaren nutzbar zu machen (!) — Es widerstreitet das allerdings der Idee der Gerechtigkeit; aber doch nicht mehr, als die Zuchtruten unserer Kinderstuben ihr widersprechen“ (Josef Dietzgen, Sozialpol. Vorträge, VII. Heft der „Sozdem. Bibliothek“, S. 8).

Rodbertus schrieb schon im Jahre 1837: „Es gibt allerdings einen Zustand, in welchem der Unterhalt der arbeitenden Klassen durchaus auf das notwendige Maß beschränkt sein muß. Er hat dann statt, wenn die Produktivität nicht hinreichend groß ist, allen Klassen mehr zu gewähren. Denn da Bildung einen entsprechenden Besitz verlangt, es aber besser ist, daß der Geist irgendwo in der Nation zur Blüte kommt, als gar nicht, so ist es das Interesse der Geschichte selbst, daß dann einigen Klassen nicht, andern aber mehr als der notwendige Unterhalt zufließt, damit diese wenigstens die Taten der Geschichte vollführen. Einem solchen wirtschaftlichen Zustande der Nation entspricht zugleich entschieden nur das eine soziale System, nämlich das der Zucht. Auf einer Stufe, auf der man nur Handmühlen kennt, muß Sklaverei existieren. Ohne diese hätte das Altertum nicht seine Mission vollbracht“ (Briefe und sozialpol. Aufsätze, herausgegeben von Rudolf Meyer, S. 579f.

Auch in „Zur Beleuchtung der sozialen Frage“, Teil II, herausgegeben von Adolph Wagner, S. 206f.).

Und Th. Hertzka sagt in seinem Buche „Die Gesetze der sozialen Entwickelung“ (S. 35):

„Ausbeutung war Jahrtausende hindurch geradezu die Voraussetzung jeder menschlichen Kultur, und weil sie es war, haben sie Jahrtausende hindurch die edelsten und besten Geister für etwas durchaus Zulässiges und vor dem Richterstuhl der strengsten Moral Gerechtfertigtes gehalten. Die moralische Empfindung eines Sokrates, Plato und Aristoteles[1]) war ebenso fein wie die unserer modernen Sozialphilosophen; Sokrates, Plato und Aristoteles und mit ihnen die edelsten Geister des Altertums haben aber die Sklaverei für selbstverständlich gehalten, gleichwie die meisten Menschen heute noch den Lohnvertrag für etwas Selbstverständliches halten.“

Zahlreiche andere Schriftsteller sprechen denselben Gedanken aus, sehr hübsch z. B. Bagehot in „Ursprung der Nationen“, deutsch 1874, S. 83f. John Kells Ingram (Geschichte der Sklaverei und der Hörigkeit, deutsch von Leopold Katscher, 1895) nennt die Sklaverei „eine notwendige Stufe der sozialen Entwicklung“. Sie „zwang die Gefangenen . . . zu einer arbeitsamen Lebensweise und überwand dadurch die namentlich in den frühen Zeiten der Gesellschaftsentwicklung tiefwurzelnde Abneigung der Menschennatur gegen regelmäßige und anhaltende Arbeit“ (S. 3). Begreiflich ist, daß solche Leute wie Bastiat — ein Typus! —, die als Individualisten und Optimisten des 19. Jahrhunderts alle Dinge vom Standpunkte des ehrbaren zeitgenössischen Spießbürgers aus beurteilen, allen Anforderungen der Wissenschaft Genüge geleistet zu haben glauben, wenn sie in wohltönender sittlicher Entrüstung die Sklaverei einfach schändlich finden und daraus folgern, daß sie stets nur schädlich gewirkt haben könne und in keiner Weise zu „rechtfertigen“ sei. Ihr Ideal ist ein- für allemal der „freie“ Vertrag zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwei Figuren, die sie selbst in die Steinzeit versetzen möchten. Wären

[1]) Ludwig Woltmann behauptet, daß Aristoteles Bedenken gegen die Sklaverei gehabt habe, daß die Sklavenfrage zu seiner Zeit ein viel diskutiertes Problem gewesen und daß es damals viele Ethiker und Politiker gegeben habe, welche die Sklaverei aus Gründen fortgeschrittener sittlicher Erkenntnis unbedingt verwarfen (Der historische Materialismus, 1900, S. 393, und System des moralischen Bewußtseins S. 194—198). — Dies wäre ein Fingerzeig, daß zu den Zeiten des Aristoteles die Geldwirtschaft, die er doch selbst noch verwirft, schon ziemlich weit gediehen war. Aristoteles aber wäre im Widerspruch mit sich selbst.

sie Geologen, so würden sie die Eiszeit nicht „rechtfertigen“ können. „Die Sklaverei“, schreibt Bastiat am 24. Dezember 1849 an Proudhon, „— hat den Gang der Menschheit nicht beschleunigt, sondern aufgehalten“ (S. Arthur Mülberger, Kapital und Zins. Die Polemik zwischen Bastiat und Proudhon. 1896. S. 129).

Seltsamer mutet eine solche Ansicht bei einem Manne wie Henry George an, doch muß man sich erinnern, daß die amerikanische Gesellschaft, d. h. die Nachkommen europäischer Einwanderer, gar keine Geschichte hat. Es liegt darum für einen amerikanischen Soziologen nahe, alle Dinge in der Welt aus dem Milieu des Yankeetums zu beurteilen, welches in seinen Augen im ganzen genommen der natürliche und einzig berechtigte Zustand menschlicher Gesellschaft ist, wenn auch noch eine wesentliche Verbesserung darin angebracht werden soll. Wir wollen nicht behaupten, daß H. George ganz so einseitig sei, aber alle seine Theorien haben doch einen ziemlich ausgeprägten amerikanischen Erdgeschmack. So findet er (Fortschritt und Armut, S. 465f.): die Sklavenarbeit sei weniger produktiv als die freie, die Kraft des Herrn werde durch den Besitz der Sklaven vergeudet u. s. w., lauter Gründe, die beweisen, daß gegenwärtig in den Vereinigten Staaten die freie Lohnarbeit entschieden vorzuziehen sei. Er aber leugnet auf solcher Grundlage die Notwendigkeit und den Nutzen der Sklaverei überhaupt und behauptet, sie habe stets den Fortschritt verhindert.

Gewiß ist im allgemeinen die freie Arbeit für den Besitzer der Produktionsmittel vorteilhafter als die gezwungene. Das Bewußtsein der eignen Verantwortlichkeit für die eigene Existenz und gar die Existenz einer eignen Familie treibt zu größerer Anstrengung und Selbstverleugnung, als die Furcht vor körperlicher Strafe bei gesicherter Nahrung, der Hunger ist wirksamer als die Peitsche. Aber so stand die Frage nicht, als man die Sklaverei einführte, man hatte keine Wahl in Bezug auf das Verhältnis des Besitzers zum Nichtbesitzer. Man mußte den Unterworfenen seiner Freiheit berauben, wenn man seine Dienste haben wollte. Und man mußte das Land als Herrengut erklären, wenn man seinem Bearbeiter die Freiheit nehmen wollte. Mit anderen Worten: Die Sklaverei ist die Rechtsform, in welcher der Besitzer zu der Zeit, wo er wesentlich durch eigene Produktion für seinen Güterbedarf zu sorgen gezwungen ist, über die Arbeitskräfte der Nichtbesitzer verfügen muß.

So bewirkt also das Privateigentum durch Beherrschung und

Organisation und schärfere Anspannung der Arbeitskraft eine höhere Produktivität, eine Zunahme des Reichtums und damit im allgemeinen ein Wachstum der Kultur. Es ist eine allem Anscheine nach unentbehrliche Bedingung höherer Kultur, zunächst allerdings wesentlich für Wenige, für die Herren, schließlich aber vielleicht doch für alle.

So lange die Gesellschaft in eine besitzende und eine nicht besitzende Klasse zerfällt, wird allerdings jene stets den Hauptvorteil aller Arten von Fortschritten ganz wesentlich für sich behalten. Das liegt in der Natur der Sache. Wir werden vielleicht zugeben müssen, daß es mitten in unserer hochentwickelten Kulturgesellschaft Millionen von Proletariern schlechter, sogar weit schlechter geht, als irgend einer Sklavenklasse längst vergangener Jahrtausende, um so schlechter, je reicher und glänzender die Umgebung ist, in der sie verkommen und sterben.

§ 19. Mögliche Aussichten.

Soll das jemals gründlich anders werden, so daß die Kultur gleichmäßig für alle da ist und es nur auf die Qualität des Individuums ankommt, in welchem Maße es Anteil nehmen will an ihren geistigen und moralischen Genüssen, während ihre materiellen Voraussetzungen und Grundlagen jedem zu Gebote ständen?

Diese Frage kann niemand absolut beantworten. Wir kennen ja nicht die Bestimmung des Menschengeschlechts, die Aufgaben der Geschichte, wir wissen nicht einmal, ob jenes eine Bestimmung, diese eine Aufgabe hat. Da gibt es — und gab es fast immer und überall, wo man über diese Dinge nachdachte — zwei verschiedene Hauptstandpunkte oder Auffassungen, eine aristokratische (praktisch konservative) und eine demokratische (praktisch revolutionäre). Erstere meint, es müsse in der Hauptsache beim Alten, Hergebrachten bleiben. Das Privateigentum sei die einzige und wesentliche Grundlage aller höheren Gesellschaftsordnung und Kultur, die große Masse sei für immer dazu bestimmt, für eine bevorzugte Minderheit zu arbeiten und von dieser beherrscht zu werden; Kunst, Wissenschaften, höherer Lebensgenuß werden stets nur für letztere da sein, kurz, es müsse notwendig eine besitzende und eine nichtbesitzende Klasse geben und die letztere habe den Interessen der ersteren zu dienen.[1])

[1]) „Les plaisirs seront toujours achetés par des peines, les jouissances par des privations. Un travail pénible, un assujettissement journalier, un état voisin de l'indigence seront toujours le lot du grand nombre." (Bentham, Principes de Législation, Chap. V, Ausgabe von Raffalovich).

Die demokratische Auffassung betrachtet Eigentum und Herrschaft bloß als Mittel zur Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der Vorbedingung allgemeiner Bildung und Freiheit; nicht als endgiltige Organisation der Gesellschaft, sondern als bloße Durchgangsstufe zu einem höheren, allgemeinen Ziel. Diesem Ziel kommt man nach ihr um so näher, je höher die Produktivität der Arbeit gediehen ist. Auf einer gewissen Stufe derselben könne man nicht mehr sagen: es muß eine wohlhabende und daher eine arme Klasse geben, damit die erstere die Kultur fördere. Sondern dann könnten alle wohlhabend sein, d. h. die zu einem höheren Kulturleben nötigen materiellen Güter — Luxus ist zum menschlichen Glück im besten und höchsten Sinn nicht nötig — beschaffen und dennoch Muße genug haben, um alle ihre Kräfte frei und schön zu üben. Man könne sich dann eine Gesellschaft denken, in der jeder[1]) (oder fast jeder, hohe Talente könnten ja eximiert sein, wenn nötig) in wirtschaftlicher Richtung produktive Arbeit verrichte, die Arbeitszeit aber, auch bei angemessenster Befriedigung aller materiellen Bedürfnisse, so kurz bemessen werden könne, daß alle ein gutes Einkommen haben und der „Geist" sich dennoch überall, wo er vorhanden sei, aufs beste und höchste entwickeln könne. Hier wäre demnach ein Privat- oder Sondereigentum an Produktionsmitteln im Interesse der Kultur nicht mehr nötig, da diese ohne besondere Anhäufung des Reichtums an einer Stelle (in einer Klasse) der Gesellschaft sehr wohl und üppig gedeihen könnte. Man könnte nun, um ein Bild zu gebrauchen, auf der ganzen Feldflur Gartenbau treiben, weil Dünger in Fülle vorhanden wäre. Die Arbeit müßte natürlich auch dann — und dann erst recht — fruchtbringend organisiert sein und gehorchen, aber — nach dieser demokratischen Auffassung — nicht mehr zu Gunsten Einzelner, resp. einer herrschenden Klasse, die alle Fortschritte wesentlich nur zum eigenen Wohl ausbeutet, sondern im gleichen Interesse aller.

[1]) Auf dem Satze, „daß Bildung und körperliche Arbeit vereinbar sind", beruht nach Rodbertus „die Hoffnung der Zukunft" (Nachlaß III, S. 204f.). Eine höhere „sittliche Kraft des Volks", die Rodbertus für einen solchen Zustand als nötig erachtet, würde nicht einmal erfordert. Man brauchte dazu keinen Kommunismus. Im Gegenteil könnte es hier erst recht heißen: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen", ein Satz, der in der Eigentums-Gesellschaft nur für die Besitzlosen allgemein gilt.

Was man über diese Dinge auch denken möge[1]), eins wird man, gerade vom Standpunkt unserer gegenwärtigen Konkurrenzwirtschaft aus, zugeben müssen: Wenn das Privateigentum (das auf Profit ausgehende „Geschäft“) in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überholt würde, wenn es sich in konkreten, lebendigen Erscheinungen zeigte, daß die Bedürfnisbefriedigung durch freie Organisationen kollektivistischen Charakters bei gleichem Aufwand besser oder bei gleicher Qualität ökonomischer zu bewerkstelligen sei, dann allerdings hätte, soweit dies der Fall, die Stunde des Privateigentums, des „Geschäfts“, geschlagen, und in dem Maße, wie eine solche neue Organisation um sich griffe, würde jenes vermutlich ebenso langsam, allmählich, Schritt für Schritt, wie es entstanden, sich zurückziehen, an Herrschafts-Gebiet und Herrschafts-Charakter verlieren[2]).

Die modernen Konsumgenossenschaften sind eine solche neue Organisation. Ob sie auf die Dauer leistungsfähiger sind als die kapitalistische Unternehmung und auf welche Gebiete der Wirtschaft ihre höhere Leistungsfähigkeit sich zu erstrecken vermag, das wissen wir noch nicht bestimmt. Zu einem ungünstigen Urteil ist vorderhand kein Anlaß.

[1]) Selbst der Volksverächter Schopenhauer meint: „Wenn das Maschinenwesen seine Fortschritte in demselben Maße noch eine Zeit hindurch weiter führt, so kann es dahin kommen, daß die Anstrengung der Menschenkräfte beinahe ganz erspart wird, wie die eines großen Teils der Pferdekräfte schon jetzt. Dann freilich ließe sich an eine gewisse Allgemeinheit der Geisteskultur des Menschengeschlechts denken, welche hingegen so lange unmöglich ist, als ein großer Teil desselben schwerer körperlicher Arbeit obliegen muß.“ (Parerga II. § 125.)

[2]) Fr. Kleinwächter (Die Kartelle, S. 46) meint: „Angesichts . . . des Heerwesens . . . der politischen Verwaltung . . . ist es mindestens fraglich, wie eine staatliche Organisation, d. h. wie eine Subordination der Einzelnen unter die Gesamtheit auf Grundlage der Institution des Kollektiveigentums (sc. an Produktionsmitteln) möglich sein soll.“ Ich glaube, man müßte aus diesen Einrichtungen eher auf das Gegenteil schließen. Die „strammste Organisation“ (S. 35), die militärische, beruht doch wahrlich nicht auf dem Privatkapital und -Grundbesitz. Wenn man allerdings annimmt (S. 56), der Kommunismus — der übrigens mit dem Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln nicht im mindesten gleichbedeutend ist — leugne das Recht des Einzelnen, ein Stück Brot zu essen, dann könnte freilich unter ihm keine Armee bestehen, also auch keine militärische Disziplin; denn essen müssen die Soldaten. Aber die Welt war bisher der Ansicht, daß der Kommunismus ganz im Gegenteil das Recht aller auf das Brot gerade erst proklamieren und ernstlich durchführen wolle und daß das Privateigentum dieses Recht negiere.

IV. Naturalwirtschaft.

§ 20. Allgemeine Bemerkungen.

Das Sondereigentum hat eine lange Periode hindurch die Aufgabe, mit den von ihm beherrschten und organisierten Arbeitskräften (untergeordnete Familienglieder und fremde Unfreie) lediglich oder doch hauptsächlich die Bedürfnisse der durch dasselbe verbundenen Personen — der Eigentümer und aller von ihnen Abhängigen — zu befriedigen. Nur innerhalb dieses Kreises findet Arbeitsteilung statt. Alle zum Leben erforderlichen Produktionsmittel und Produktivkräfte müssen hier dem einen Herrn gehören, in letzter Linie Boden und Menschen. Bedürfnisbefriedigung durch eigene Produkte der durch das Eigentum verbundenen Personen nennt man Naturalwirtschaft[1]).

Sie existiert selbstverständlich schon unter dem Gemeineigentum[2]) und kann sich auch unter dem Sondereigentum gar verschieden gestalten, insbesondere je nachdem der Herr allen Boden direkt mit seinen Leuten bewirtschaftet, oder einen Teil desselben

[1]) „Naturalwirtschaft, d. h. daß die Wirtschaftsbedingungen ganz oder doch zum allergrößten Teil auf der Wirtschaft selbst erzeugt, aus dem Bruttoprodukt derselben unmittelbar ersetzt und reproduziert werden“ (Marx, Kapital III. 2. S. 329).

[2]) „Die Periode der geschlossenen Hauswirtschaft (reine Eigenproduktion, tauschlose Wirtschaft) reicht von den Anfängen der Kultur bis in das Mittelalter hinein (etwa bis zum Beginn des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung)“ (Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 1893, S. 15f.). „Die geordnete Hauswirtschaft der patriarchalischen Familie wird — für mehrere tausend Jahre . . . . . bis über das Ende des Mittelalters hinaus . . . . . das wichtigste gesellschaftliche Organ, um die Menschen . . . . mit wirtschaftlichen Gütern zu versorgen“ (Schmoller, Grundriß, S. 243.) Nach Engels (Dühring, S. 135f.) spielt die Warenproduktion allerdings schon in der „uralten naturwüchsigen Gemeinde“ eine sehr wichtige Rolle, die Gemeinde treibt Austausch mit Fremden und auch „im Innern“, und das stürzt die alte

den einzelnen Arbeiterfamilien zur Bewirtschaftung überläßt, mit der Verpflichtung, ihm Abgaben und Dienste zu leisten.

Einen Typus der ersten Art bietet die Oikenwirtschaft der Griechen und Römer, einen Typus der zweiten Art der mittelalterliche Frohnhof mit seinen zugehörigen Bauern. Die Oikenwirtschaft gibt das Bild der Naturalwirtschaft am reinsten und deutlichsten. An sie wollen wir uns halten. Sie läßt eine ziemlich hohe Entwicklung, nämlich weitgehende Arbeitsteilung und großen Reichtum zu.

Naturalwirtschaft im Kleinen mit Privateigentum muß notwendig sehr primitiv und kärglich sein. Sie setzt große Herren oder eine kommunistische Organisation voraus.

In der Familia rustica sehr reicher Römer z. B. finden wir (Bücher im Handwb. Artikel „Gewerbe", auch Entst. d. V.-Wirtsch.) Sklaven als Müller, Bäcker, Köche, Schmiede, Zimmerleute, Kalkbrenner, Wollschläger und -Weber, Walker, Leinweber und Schneider; in der Familia urbana, neben einer zahlreichen und vielartigen Dienerschaft, Färber, Maler, Vergolder, Spinner, Kistner, Bäcker, Walker, verschiedene Arten Kleidermacher, Schuster, Perlarbeiter, Goldschmiede, Tischler, Maurer, Zimmerleute, Dachdecker, Spiegelmacher, Estrichmacher, sogar Zeitungsschreiber (wie Bücher anderswo nachgewiesen hat).

Die Vorschriften Karls des Großen über die (unfreien) Handwerksleute auf seinen Gütern beziehen sich auf 12 verschiedene Spezialitäten, ungerechnet fast die ganze Textil- und Bekleidungsindustrie, die in den Frauenhäusern durchgeführt wurde.

Nicht minder entwickelt war die Arbeitsteilung in den Klosterwirtschaften. Noch 1146 gab es im Kloster Weihenstephan bei Freysing u. a. einen Bierbrauer, Gerber, Metzger, Weber, Schuster, Kürschner, Faßbinder, Maler, Bäcker, Schmied (Bücher).

Bekannt ist der Ausspruch des römischen Satirikers Petronius (der zu Nero's Zeiten lebte und 67 n. Chr. starb) über einen reichen Römer: Nec est, quod putes, illum quidquam emere; omnia domi nascuntur. Wenn einer Quadratmeilen in Italien und Afrika

Gemeinschaft des Bodenbesitzes. — Und das alles offenbar lange bevor es einen Staat gab, und bloß, um gegen Dühring zu polemisieren, der es wagte, unter den Arbeitern Anhänger zu gewinnen und Marx' Papsttum anzugreifen. Marx selbst sagt (Kapital I. S. 48): „In den asiatischen, antiken u. s. w. Produktionsweisen spielt die Verwandlung des Produkts in Ware . . . . . eine untergeordnete Rolle."

besaß, vielleicht auch noch sonstwo, und tausende von Sklaven dazu, so konnte er sich allerdings gar mancherlei Genüsse verschaffen, ohne etwas zu kaufen. Aber die Eigenproduktion war offenbar doch schon nur für die Reichsten möglich, sonst hätte Petronius den Fall nicht betont. Heute, mitten in allgemeiner Geldwirtschaft, würde z. B. kein Schriftsteller auf den Einfall kommen, von Bleichröder besonders hervorzuheben, daß er keinen von seinen Bedarfsartikeln im Hause machen lasse, sondern alles kaufe. Der Ausspruch des Petronius ist also nicht so sehr eine Bestätigung der herrschenden, als vielmehr ein Beweis der vergehenden Naturalwirtschaft.

Denken wir uns aber diese noch vollkommen vorhanden und zwar in der Form des Oikos, also mit strengem Privateigentum und Sklaverei, und suchen wir uns einige wichtige Seiten derselben, wie sie aus ihrer Natur hervorgehen, klar zu machen. Alle wesentlichen Momente menschlicher Wirtschaft müssen sich hier im einzelnen Haushalt zeigen und zugleich bei der Leichtigkeit, ihn begrifflich zu übersehen, vollkommen verständlich sein. Mit unseren Zuständen ist er verwandt durch das Privateigentum, und was in unserer Wirtschaft durch die mannigfaltigen Formen und Komplikationen des Verkehrs äußerst verwickelt und schwer verständlich ist, muß hier, soweit es der Wirtschaft überhaupt wesentlich ist und also in allen Formen derselben vorkommen muß, auf der Stufe des Oikos vollkommen klar liegen.

§ 21. Produktion, Produktivität und Konsum.

Was hier produziert wird, hängt formell rein von der Willkür des Herrn ab. Er kann Boden und Arbeitskräfte ausnützen, wie er will, er bestimmt, was jeder Arbeiter zu tun hat.

Allein, wie in allen menschlichen Dingen, ist diese souveräne Macht der Persönlichkeit, und wenn sie durch alle möglichen Gesetze garantiert ist, in der Wirklichkeit fast nur Schein. Die Verhältnisse ziehen eine feste, hohe Wand um die Individualität; innerhalb des engen Kreises, den die Wand umschließt, kann sich das Individuum allerdings beliebig tummeln, aber wie ein Gefangener zwischen den Mauern seines Kerkers.

Der allmächtige Oikenherr ist in seinen Anordnungen gebunden einmal durch die gegebene Qualität und Quantität der ihm zu Gebote stehenden Naturfaktoren und Arbeitskräfte, was von selbst

klar ist, und sodann durch den Grad der Produktivität, welchen die Arbeit zu seiner Zeit erreicht hat und der im wesentlichen durch die ganze geschichtliche Entwicklung der Gesellschaft, in deren Mitte der Oikos steht, bestimmt, also vom Willen des einzelnen Herrn unabhängig ist.

Der Zusammenhang der jeweiligen Produktion und der Produktivität der Arbeit ist naheliegend. So lange letztere auf sehr tiefer Stufe steht, muß die ganze Arbeitskraft auf Herstellung der notwendigen Bedürfnisgegenstände verwendet werden.

Mit dem Steigen der Produktivität gibt es verschiedene Wege, auf denen nach und nach oder gleichzeitig daraus Nutzen gezogen werden kann.

Vor allem kann man Luxusgüter produzieren, teils solche, die ihrer Art nach entbehrlich sind, teils feinere Qualitäten an sich unentbehrlicher, die mehr Arbeit kosten, als zur Befriedigung des betreffenden Bedürfnisses im strengen Sinn notwendig ist. Sodann kann man einen Teil der beherrschten Arbeiter von der Güterproduktion weg zum persönlichen Dienst des Herrn kommandieren als Tänzer, Musikanten, Schauspieler, Sänger, Leibdiener, Harem u. s. w.

Endlich bilden die Herren Gefolgschaften oder Klintelen aus ärmeren Freien oder Freigelassenen, um ihren Glanz, ihren Einfluß, ihre Macht zu erhöhen. Durch diese Art der Verwendung wird der Reichtum insbesondere ein Feind der Freiheit und bleibt es stets in jeder Form. Die ursprüngliche Gleichheit ist auch Freiheit — nur in sehr engem Kreise —; Ungleichheit involviert immer mehr oder weniger Unfreiheit, darüber kann man sich keinem Zweifel ergeben, wenn man nicht Politik, sondern Wahrheit im Sinne hat.

Welche Art von Ausnutzung der höheren Produktivkraft der Arbeit im einzelnen Fall angewendet wird, hängt wiederum nur in geringem Grade von der persönlichen Willkür des einzelnen Individuums (d. h. von seiner besonderen Qualität) ab, es wird in der Hauptsache durch die Stufe der kulturellen Entwicklung (der religiösen, künstlerischen, wirtschaftlichen, politischen, ethischen) bestimmt, innerhalb welcher der Haushalt sich abspielt.

§ 22. Vorteile und Schranken.

Was immer aber im Oikos produziert werde, eins ist sicher: vom Standpunkt des Herrn aus kann hier nie zu viel produziert werden.

Der Bedarf läßt sich nach Belieben erweitern, man wird nie in Verlegenheit geraten, was man mit seinen wirtschaftlichen Kräften anfangen soll.

Viel produzieren heißt hier einfach viel konsumieren dürfen. Das scheint für jede Wirtschaft selbstverständlich. Wir wissen, daß dies nur Schein ist in Bezug auf unsere Wirtschaft. Hier kann viel Produzieren für den Einzelnen wie für ganze Kategorien von Produzenten einfach die Sperrung der Konsumtion, den Ruin bedeuten. Man denke sich auf der ganzen Welt eine überreiche Ernte — eine Unmasse Landwirte könnten daran zu Grunde gehen.

Der naturalwirtschaftliche Haushalt, auch der große, ist mit seinen Bedürfnissen und Mitteln genau übersehbar. Man kann sich über den Bedarf, und daher in der Produktion nicht täuschen. Sollte infolge außerordentlicher Erträge von irgend einer Güterart mehr da sein, als man in der betreffenden Wirtschaftsperiode herkömmlich braucht und verwendet, so vermag das den Lauf der Wirtschaft nicht zu stören. Man kann solchen Überfluß aufbewahren, verschenken, verschwenden, zu Grunde gehen lassen, ohne daß die Reproduktion irgendwie darunter leidet.

Ein solcher Haushalt ist wirtschaftlich autonom, souverän, nur von seinen eigenen Taten und Elementen abhängig. Was in anderen Haushalten vorgeht, kann ihn direkt nicht berühren. Er kann auf ökonomischem Wege von außen nicht gestört, aber auch nicht gesichert werden. Schlechte Erträge an Nahrungsmitteln und anderen notwendigen Stoffen muß er mit allen Folgen hinnehmen, bis zum Verhungern, auch wenn er sonst mit allem reich ausgestattet ist.

In normalen Verhältnissen gibt es nichts so sicheres, so fest in sich selbst ruhendes, wie den naturalwirtschaftlichen Haushalt; in anormalen nichts hilfloseres — sofern man immer nur an eigentliche Produktion und Konsumtion denkt. Denn im Notfall könnte man sich ja unter Umständen durch Krieg und Raub helfen. Mit der Größe des Besitzes wächst selbstverständlich auch hier die Sicherheit.

Andererseits ist klar, daß der Reichtum in dieser Wirtschaftsform engere Grenzen hat. Wir dürfen allerdings den Reichtum nicht nach Hektaren und Sklavenköpfen bemessen, sondern nach der Fülle und Art der Güter, welche diese dem Herren einbringen. Vor allem kann die Produktion in Bezug auf Güterarten nur eine beschränkte sein. Denn auch dem Reichsten stehen nicht alle möglichen Naturfaktoren, Bodenarten und Bodenkräfte, und nicht alle Formen und Stufen von Arbeitsgeschicklichkeit zu Gebote.

Und dann können die einzelnen Naturfaktoren und Arbeiter nicht leicht bloß in der Richtung ihrer höchsten Leistungsfähigkeit angewendet und ausgebeutet werden, weil sie zu mannigfaltigen Zwecken dienen müssen, wenn der Bedarf des Haushalts befriedigt werden soll. Nehmen wir z. B. an, das Land sei durchaus am besten geeignet für Reis- oder Weinbau, die Sklaven leisten weitaus am meisten in landwirtschaftlicher Arbeit: so kann man doch nicht auf dem ganzen Besitz bloß Reis oder Wein erzeugen, und die Arbeiter müssen zum Teil mit industriellen Prozessen beschäftigt werden, in denen sie wenig leisten. Kurz, die Arbeitsteilung und mit ihr die Produktivkraft der Arbeit hat hier durchaus engere Grenzen. Dies kann eine gewisse Vielseitigkeit der Menschen zur Folge haben, da man mehr darauf angewiesen ist, sich in allerlei Lagen selbst zu helfen. Aber den materiellen Reichtum fördert es natürlich nicht.

Endlich kann man den Reichtum hier nicht dadurch vermehren, daß man mehr produziert, als man verbrauchen will, oder weniger verbraucht, als man produziert hat, kurz, daß Produkte des Haushalts nicht im Haushalte verbraucht werden. Was da ist, vermehrt sich nicht. Die Vermehrung kann nur durch Produktion erfolgen; d. h. die Produkte können nur, je nach ihrer natürlichen Beschaffenheit und Bestimmung, entweder zur Konsumtion (Bedürfnisbefriedigung), oder zur weiteren Produktion (als Grundlage neuer Arbeitsoperationen), aber nicht zum Erwerb (von außen her) dienen.

Überschüsse über den eigenen Bedarf resp. Verbrauch könnten nur nutzlos daliegen und verkommen, wenn sie nicht etwa, als bloße Reserve, zur Deckung eines späteren Ausfalls, also dennoch zum Verbrauch, bestimmt sind. „Fruktifizieren“ kann man sie nicht.

Die meisten gewöhnlichen Güter lassen sich ohnehin nicht leicht und nicht lange aufbewahren; und solche, die einer langen

Zeit standhalten, wie dauerhafte Einrichtungsgegenstände, dienen dem Bedürfnis nicht durch Verbrauch, sondern durch einen in ihrer Bestimmung liegenden Gebrauch, der allerdings ebenfalls ein, wenn auch sehr allmählicher und langsamer Verbrauch ist.

Aus der geringen Mannigfaltigkeit der Produktion bei großer Massenhaftigkeit gewisser Produkte, sowie aus der Unmöglichkeit, durch die Produkte (durch Sparen!) einen Erwerb zu erzielen, ergeben sich die eigentümlichen Sitten naturalwirtschaftlicher Zeiten, besonders bei den Reichen: große Verschwendung in den Artikeln des täglichen Verbrauchs, eine sehr weit getriebene Gastfreundschaft, endlose Gelage und Feste, eine sehr zahlreiche, überflüssige Dienerschaft, große Lust an äußerem Prunk in Kleidern, Schmuck, Pferden, Elefanten u. s. w.

Ein kleiner Feudalherr im Mittelalter hatte mehr Diener als heute ein industrieller Krösus. Der moderne Milliardär sieht, selbst im höchsten Staat, einem feineren Kellner zum Verwechseln ähnlich, und hat höchstens ein Ordensbändchen voraus, das sich der Kellner nicht so leicht wie er verschaffen kann.

Auch das Halten großer Vorräte ist eine leichtbegreifliche Konsequenz der Naturalwirtschaft, in welcher voraussichtlich die Ururenkel in demselben Hause und auf dieselbe Weise leben, wie die zur Zeit Wirtschaftenden. In hochentwickelter Geldwirtschaft haben große Vorräte keinen Zweck und wären eine unnütze und unökonomische Last. Alles ist stets überall zu haben, nichts ist beständig als der ewige Wechsel in allem, und aller Wert kann „verwertet“ werden, wenn er sich in die passende Form steckt.

Übrigens zeigt schon Adam Smith die sozialen und auch die politischen Konsequenzen der Naturalwirtschaft ganz vortrefflich. Wir finden da bei ihm ein Stück materialistischer Geschichtsauffassung im besten Sinn des Wortes. „In einem Lande, das weder auswärtigen Handel noch irgend eine der feineren Manufakturen besitzt, hat ein großer Eigentümer nichts, wofür er den Überschuß seiner Bodenprodukte vertauschen könnte, und verbraucht deshalb alles in bäurischer Gastlichkeit daheim. Ist der Überschuß seiner Bodenprodukte groß genug, um hundert oder tausend Menschen zu erhalten, so kann er doch keinen andern Gebrauch davon machen, als hundert oder tausend Menschen damit zu ernähren. Er ist daher allezeit mit einer Menge von Schmarotzern und Abhängigen umgeben, die, weil sie für ihren Unterhalt kein Äquivalent zu geben haben, sondern nur von seiner Gnade leben,

ihm gehorchen müssen, wie Soldaten dem Fürsten, der sie bezahlt. Vor der Ausbreitung des Handels und der Produktion in Europa überstieg die Gastlichkeit der Reichen und Großen, vom Landesfürsten herab bis zum kleinsten Baron, alle Begriffe. . . . Die Bauern waren vom großen Grundeigentümer in jeder Beziehung ebenso abhängig wie seine Dienstleute. Die nicht Leibeigenen waren[1]) Pächter auf Zeit (Tenants at will), die eine dem Unterhalt, den ihnen das Land lieferte, in keiner Weise entsprechende Rente zahlten . . . . ein Schaf, ein Lamm war noch vor einigen Jahren in den schottischen Hochlanden[2]) ein üblicher Pachtzins für ein Stück Land, das eine Familie nährte. . . Auf die Autorität, welche die großen Eigentümer unter solchen Verhältnissen über ihre Pächter und Dienstleute hatten, gründete sich die Macht der früheren Barone. Sie wurden im Frieden die Richter, im Kriege die Anführer all derer, die auf ihren Gütern wohnten. Sie konnten innerhalb ihrer Besitzungen die Ordnung aufrecht erhalten und das Gesetz zur Geltung bringen, weil sie die Gesamtkräfte aller Einwohner gegen das Unrecht eines Einzelnen aufzubieten vermochten. Niemand sonst hatte hinlängliche Macht dazu. Namentlich hatte sie der König nicht. In jenen Zeiten war er wenig mehr als der größte Eigentümer auf seinen Domänen, dem die übrigen großen Eigentümer zur gemeinschaftlichen Verteidigung gegen gemeinsame Feinde eine gewisse Ehrerbietung zollten" (a. a. O. II. S. 178ff., auch IV. 275f.). Und noch unbeschränkter als der mittelalterliche Baron herrschte der antike Oikenherr im Kreise seines Eigentums, der familia.

§ 23. Konsum- und Produktionsgüter.

Stellen wir uns die Produkte vor, welche die kombinierte Arbeit der in einem solchen Haushalte vereinigten Menschenkräfte schafft, so können wir unterscheiden

1. solche fertige Produkte, die unmittelbar zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen und schon in dieser Verwendung stehen oder für dieselbe parat gehalten werden — diese wollen wir Konsumgüter oder Genußgüter nennen — und

2. solche Produkte, die noch im Produktionsprozeß eine Rolle zu spielen haben — wir nennen sie Produktionsgüter.

[1]) In England.

[2]) Wo man noch stark naturalwirtschaftlich lebte.

Diese Rolle kann eine zweifache sein. Die betreffenden Produkte bilden entweder

a) Gegenstände, Objekte weiterer Arbeit, wie Stoffe aller Art, in verschiedenen Zwischenstadien ihrer Verarbeitung, bevor sie die ihnen bestimmte endgiltige Gestalt angenommen resp. zur Herstellung fertiger Güter verbraucht wurden, oder

b) fertige Produkte, die aber nicht direkt Bedürfnisse befriedigen, sondern nur dazu dienen, die Arbeit bei ihren verschiedenen Operationen zu erleichtern, zu unterstützen, in irgend einer Weise zu fördern.

Also Arbeitsstoffe und Arbeitsmittel. Zu den letzteren gehören Werkzeuge, allerlei Gerätschaften, Wirtschaftsgebäude, wie Werkstätten, Ställe, Scheunen und deren Einrichtungen u. dgl. mehr.

Endzweck aller Produktion sind selbstverständlich nur die Genußgüter.[1]) Die Produktionsgüter sind nichts anderes als entweder unfertige Genußgüter, die man also noch nicht brauchen kann, oder Hilfsmittel, um Genußgüter herzustellen, sie sind durch und durch nichts anderes, als Vorarbeit für den eigentlichen Zweck der Produktion, die Bedürfnisbefriedigung. Ein Backofen ist nichts anderes als Vorarbeit zum Brote. Wer den Backofen baut, der arbeitet am Brote. In jedem Laib Brot ist ein Teil der Arbeit enthalten, d. h. verwendet, welche den Ofen erbaut hat. Arbeitsstoffe und Arbeitsmittel erzeugen heißt also nichts anderes, als Genußgüter erzeugen. Weil die Herstellung jener eine Vorarbeit für die Fertigstellung dieser ist, ist es selbstverständlich, daß man immerfort für die Erhaltung oder Vermehrung der Produktionsgüter sorgen muß, wenn man seinen Bestand an Genußgütern erhalten oder vermehren will.

Würde man die Stoffvorräte nicht in dem Maße, als sie zu fertigen Genußgütern verarbeitet werden, ergänzen, so hätte man plötzlich kein Material für letztere.

Ergänzt man die Arbeitsmittel nicht in demselben Maße, wie sie bei ihrer Verwendung im Produktionsprozeß oder sonst auf irgend eine Weise abgenutzt und aufgebraucht, d. h. zu ihren Diensten unbrauchbar werden, so findet plötzlich die Arbeit unter ungünstigeren Verhältnissen statt, sie wird unproduktiver und erzeugt bei gleicher Anstrengung weniger Genußgüter. Erhaltung

[1]) „Die für die unmittelbare Konsumtion vorbehaltenen Vorräte zu erhalten und zu vermehren, ist der einzige Zweck. . ." A. Smith, II. S. 12.

resp. Vermehrung der produzierten Produktionsmittel ist also eine elementare Aufgabe der Wirtschaft, sie bedeutet nicht weniger als Erhaltung und Vermehrung des Unterhalts. Diese Aufgabe muß in der Periode der Naturalwirtschaft gänzlich (wenn wir von allem Tausch absehen) innerhalb des einzelnen Haushaltes gelöst werden und ist hier auch so einfach und selbstverständlich als möglich. Sie ist eben Produktion der Lebensbedürfnisse, Arbeit auf allen Stufen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse führen.

§ 24. Verteilung der Produkte.

Von den erzielten Genußgütern müssen vor allem die Arbeiter selbst, die sie erzielten, erhalten werden, wenn die Wirtschaft überhaupt fortbestehen soll.

Hierbei ist der Herr der Wirtschaft, dem die Verwendung der Produkte obliegt, wenigstens an die Forderungen der Natur gebunden, er muß, in seinem eigenen Interesse, die Arbeiter in einem solchen körperlichen und geistigen und moralischen Zustand erhalten, wie er sie für seine Zwecke braucht, wie sie diesen am besten dienen — sofern er nämlich seine dauernden Interessen vernünftig wahrnimmt und nicht bloß den Zweck, sondern auch die Mittel will, die zum Zwecke führen. Über diesen Punkt hinaus ist er allerdings frei, aber den nach obigen Bemerkungen bemessenen notwendigen Unterhalt (der nach den geforderten und erzielbaren Leistungen sehr verschieden sein kann) muß er geben. Worin dieser besteht, womit also die Sklaven gefüttert, bekleidet u. s. w. werden, das hängt wesentlich von den Verhältnissen ab, innerhalb deren der Haushalt steht, also davon, was man jeweilen macht und hat. Produziert man hauptsächlich Fleisch, so werden sie zumeist mit Fleisch ernährt. Hat man als Bekleidungsstoff nichts als Schafwolle, so werden sie sicher in so reiner und echter Wolle gehen, wie heutzutage, in unserem betrügerischen Zeitalter, nicht einmal ein reicher Mann mit absoluter Sicherheit zu gehen sich schmeicheln kann. Natürlich werden sie, wenn man die Wahl hat, die geringste Sorte von Unterhaltsmitteln bekommen, nämlich die mit gemeiner Arbeit Beschäftigten. Die Luxussklaven, die mit „persönlichen Dienstleistungen“ Betrauten, welche zum Teil die Vorläufer unserer Geistesarbeiter oder Vertreter der liberalen Berufe sind, sowie die etwa mit Leitung, Beaufsichtigung, Organisation der wirtschaftlichen Produktion Beauftragten werden stets

und notwendig besser gehalten werden. Und je weniger Produktion und Reichtum entwickelt sind, je weniger Mannigfaltigkeit in den Produkten herrscht, desto näher werden sich Herr und Sklave in Bezug auf die Art des Lebensunterhalts und darum auch in jeder menschlichen Beziehung stehen.

Alles was von den Genußgütern nicht notwendig den Arbeitern zugeteilt werden muß, steht dem Herrn zu freier Verfügung, auch wenn er mit seinen persönlichen Kräften zu dessen Beschaffung nichts beigetragen hat. Er genießt unter dieser Voraussetzung lediglich auf Grundlage seines Eigentümer- und Herrenrechtes, nicht etwa als Leiter der Produktion, denn die Leitung kann er Untergeordneten überlassen und dennoch den ganzen Überschuß frei verwenden.

Die auf Grundlage des bloßen Eigentumsrechtes bezogenen Güter nenne ich Rente.[1])

Die neuerzeugten Produktionsgüter, die natürlich auch dem Herrn gehören, stehen nicht zu seiner freien, beliebigen Verfügung, sie müssen, wenn die Wirtschaft Bestand haben soll, in der Produktion weiter verwendet werden, und können auch zumeist nicht dem direkten Genuß dienen.

Identifiziert man auf dieser Stufe der Wirtschaft den Begriff Genußgüter mit dem Begriff Einkommen, so fände also eine Einkommensverteilung statt zwischen Herren und Sklaven, vielleicht nicht in einem juristischen Sinn, aber sicher im wirtschaftlichen. Juristisch (speziell nach römischem Rechte) mag der Sklave als bloße Sache gelten, wie Haustiere, deren Futter niemand als ihr Ein-

[1]) Auch Marx nennt das naturalwirtschaftliche Herreneinkommen so (Kapital III. 2. S. 325). J. Stuart Mill (I. S. 13) beschreibt die Stufe des bloßen Ackerbaues und bemerkt dabei, daß den Bebauern des Bodens „das Überflüssige, sei es nun wenig oder viel, gewöhnlich abgenommen wird, entweder durch die Regierung, der sie unterworfen sind, oder durch Privatpersonen, welche durch überlegene Gewalt oder durch Benutzung religiöser oder überlieferter Gefühle der Unterwürfigkeit sich als Herren des Bodens hingestellt haben“. Eigentümlich hiernach klingt Schönberg's Auffassung (Handwörtb. II. Aufl. Art. „Arbeit“ S. 447 f.), wonach ganz allgemein die zur Befriedigung der notwendigen Existenzbedürfnisse erforderliche Arbeit „notwendig“ ist, was darüber hinausgeht aber „freiwillige Volksarbeit“, woran sich gleich die Bemerkung knüpft, daß „wirtschaftliche und rechtliche Institutionen“ Einzelnen ein recht üppiges Leben ohne alle Arbeit ermöglichen. Diese Institutionen sind: das Privateigentum, das Erbrecht und „Kapitalunternehmungen“. „Durch diese Institutionen wird die Arbeit für einen Teil auch der selb-

kommen bezeichnet. Faktisch sind die Arbeiter dennoch Menschen, ob sie nun Sklaven oder Freie sind, faktisch gehören sie ebensogut zur antiken Gesellschaft, wie die „Arbeiter“ zur modernen, faktisch gibt es auch sehr „menschliche“ Beziehungen zwischen Herren und Sklaven, vielleicht mitunter (man denke an den „göttlichen Sauhirt“ des Odysseus) menschlichere, als zwischen dem industriellen Millionär und seinen Fabrikarbeitern, faktisch kann auch der Sklave durch seine Gedanken, Erfindungen, Entdeckungen die Kultur seiner Zeit fördern, was das Haustier nicht kann. Die juristische Konstruktion ist für unsere Frage ganz Nebensache.

Der Sklave bekommt sein Brot, weil er arbeitet, der Herr bekommt sein Teil, weil er besitzt. Nennt man das, was jemand zur Befriedigung seiner Bedürfnisse bekommt, sein Einkommen, und das Einkommen, das auf Arbeit beruht, Lohn, das aber, welches auf Eigentum beruht, Rente, so bezieht der Sklave Lohn, der Herr Rente. Die Unterschiede, die zwischen dem heutigen Lohn und der heutigen Rente und den analogen Erscheinungen der Sklavenzeit existieren, beruhen im Grunde auf Nebenumständen, welche die Rechtsformen des Verkehrs (Verhältnisses) zwischen Besitz und Nichtbesitz verändern, können aber das Wesen der Sache, welches eben in der Existenz zweier Klassen liegt, nicht ändern.

Das Verhältnis zwischen dem notwendigen Unterhalt der Sklaven und dem freien Überschuß an Genußgütern, also der Rente, hängt aber wesentlich von folgenden Momenten ab:

1. von der Produktivität der Arbeit. Je höher diese steigt, ein desto größerer Teil des Einkommens fällt dem Herrn zu, d. h. desto mehr von der gesamten aufzuwendenden Arbeit wird auf die Produktion desjenigen Teils des Gesamtproduktes verwendet, der dem Herrn zufällt.

Die Sklaven können per Kopf immer dasselbe bekommen, auf den Anteil eines jeden wird dann immer weniger Arbeit verwendet, vorausgesetzt, daß die Produktivkraft der Arbeit auch in Bezug auf

ständigen Bevölkerung zu einer freiwilligen Äußerung, für einen andern Teil bleibt sie trotzdem (!) eine notwendige.“ Den Besitzenden verschaffen ihre Güter ein Einkommen ohne Arbeit; den nichtbesitzenden „fehlen solche Güter und sie können sich nur durch Arbeit ein Einkommen verschaffen“. Darnach möchte man fast glauben: wenn alle Menschen „solche Güter“ hätten, dann brauchte niemand mehr zu arbeiten. Später spricht der Verf. auch wiederholt von einer „Arbeitsproduktion“ und meint damit die Produktion mittels Arbeit — als ob es auch sonst noch eine gebe (S. 375). Sollten vielleicht „solche Güter“ produzieren?

die den Sklaven zukommenden Güter gewachsen ist. Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, würden bloß die Herren aus dem Fortschritt Nutzen ziehen. Es würde zwar nicht mehr Arbeit für sie verwendet, aber wenn die Produktionskraft in Bezug auf Herrengüter gewachsen wäre, so würden sie reichlicher als früher damit versorgt werden.

2. von der Art des Unterhalts der Sklaven. Nämlich in diesem Sinn: je weniger Arbeit die Güter, welche die Sklaven bekommen, kosten, desto mehr bleibt für den Herrn. Entdeckt oder erfindet man daher neue Arten von Nahrung und Kleidung, deren Produktion weniger Arbeit erfordert, als die bisher gebräuchlichen, so nimmt, auch bei gleichbleibender Produktivität der Arbeit, der Anteil des Herrn zu, der der Sklaven ab.

3. Dasselbe ist der Fall, wenn es auf irgend eine Weise gelingt, den Sklaven mehr Arbeit abzupressen als bisher.

Sind solche Erörterungen über eine vergangene Wirtschaftsweise überflüssig? Ich glaube fast, daß es sich um Fundamentalsätze handelt, die in aller auf herrschenden Besitz und dienende Arbeit gegründeten Wirtschaft gelten.

§ 25. Wert.

Wir haben bis hierher verschiedene Seiten der Naturalwirtschaft besprochen, ohne auch nur ein einziges Mal das Wort „Wert“ zu gebrauchen. Und wir glauben, daß es nicht einmal vermißt wurde. Man kann also von der Wirtschaft ziemlich viel und, wie wir glauben, ganz verständlich sprechen, ohne den „Wert“ unbedingt nötig zu haben. Wer allerdings bei dem Worte Wirtschaft sogleich und vor allem an's Schachern denkt, der kann keinen Schritt weit ohne den Wert. Ihm liegt vor allem das Geld am Herzen, und das Geld ist für den, der es nicht zu Geschmeide oder sonstwie verarbeiten lassen will, nur Wert. Nun, das Geld spielt in unserem in sich selbst ruhenden, wirtschaftlich von der Mitwelt ganz unabhängigen Haushalt allerdings keine Rolle. Sollte dasselbe auch mit dem Werte der Fall sein?

Wir wollen sehen, ob wir nicht dennoch auf ihn stoßen.

Auf welche Weise die Güter entstehen, das ist in einer solchen Wirtschaft so klar wie möglich: sie entstehen durch Arbeit. Keine Arbeit, keine Güter; viel Arbeit, viel Güter; mehr Arbeit, mehr Güter — nichts ist sicherer. Allerdings nicht bloß

in der Naturalwirtschaft! Aber der trügerische Schein, daß ohne Arbeit Reichtum entstehen kann, ein Schein, der hier unmöglich ist, verblendet auf höheren Wirtschaftsstufen nicht selten selbst — Ökonomisten.

Die Arbeitskraft kann, je nach der Art ihrer Verwendung oder Anwendung, gar verschiedene Produkte (Güterarten) erzielen.

Jede Maßeinheit jeder Produktenart kostet durchschnittlich eine bestimmte Menge Arbeit. Wendet man diese an, so hat man regelmäßig das gewünschte Produkt jeder Art in der entsprechenden Quantität.

Soweit die erforderlichen Naturfaktoren gegeben sind, kann man die vorhandenen Arbeitskräfte beliebig verwenden, also innerhalb dieser gegebenen Schranken, die man einfach anerkennen muß, die quantitativen Verhältnisse der verschiedenartigen Produkte, die man erzielen will, beliebig bestimmen.

Selbstverständlich wird man dabei, d. h. bei der Anordnung und Anwendung der Arbeit, von den Bedürfnissen ausgehen, und für ihre Befriedigung je nach ihrer Bedeutung und Größe sorgen, so gut es mit den vorhandenen Kräften angeht. Aber diese Anordnung, also die Bestimmung der Quantität, in der jede Produktenart hergestellt werden soll, ist doch ein Akt freien Ermessens, soweit es überhaupt ein solches gibt. Die relativen Quantitäten sind vom Willen abhängig und können nach der Natur der Sache nur durch Willensakte bestimmt werden.

Hieraus ergibt sich ein Maßstab für die wirtschaftliche Beurteilung oder Schätzung verschiedener Produkte, oder für deren Wert.[1])

Was gleich schwer oder gleich leicht zu erlangen ist, das muß dem Herrn der Wirtschaft bei der Führung derselben — und um die Wirtschaftsführung handelt es sich in unserer Wissenschaft — gleichviel gelten. Selbstverständlich kommen dabei nur solche

[1]) Marx spricht auch in der Naturalwirtschaft von Mehrarbeit und Mehrwert, wendet also auch auf sie, wie sich das eigentlich von selbst versteht, den Wertbegriff an (Kapital III. 2. S. 325, 327 u. s. w.). Wenn er dagegen (ebenda S. 179) sagt: „Kein Produzent, der Industrielle sowenig wie der Ackerbauer, isoliert betrachtet, produziert Wert oder Ware. Sein Produkt wird nur Wert und Ware in bestimmtem gesellschaftlichen Zusammenhang“ — so müssen wir hier unter Wert doch wohl nur das verstehen, was die Nationalökonomen Tauschwert nennen. Waren produziert der Isolierte allerdings nicht, aber warum nicht Wert?

Güter in Frage, die man überhaupt haben will. Die man nicht will — aus einem beliebigen Grunde, wobei unter Wollen nicht etwa ein praktisch irrelevantes Sehnen oder Wünschen, sondern Entschluß und Tat verstanden ist —, kommen ganz außer Betracht.

Gleich leicht oder gleich schwer zu erlangen ist aber das, was gleich viel Arbeit kostet, nicht etwa irgend einmal gekostet hat, sondern gegenwärtig bei der Neubeschaffung kostet oder kosten würde, da ja alles zum Verbrauch bestimmt ist.

Die durchschnittliche Herstellungsarbeit (durchschnittlich unter den besonderen Verhältnissen des einzelnen Haushalts) ist hier also der natürliche, gegebene, selbstverständliche Maßstab der wirtschaftlichen Wertschätzung. Diese Art von Schätzung bildet den Regulator der Arbeitsordnung.

Von solcher Werterwägung geht man aus bei der Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionsgebiete, mit Rücksicht auf die vorliegenden Bedürfnisse und die zu ihrer Befriedigung verwendbaren Kräfte. Die Bedürfnisse sind allerdings eine Voraussetzung des Wertes, denn sie sind eine Voraussetzung der Produktion und ebenso der Güter, — die Produkte sind ja nur durch ihre Beziehung zu den Bedürfnissen Güter, und den „Gütern“ wird ja Wert beigemessen — aber die Bedürfnisse sind kein Maßstab des Wertes, sofern dieser ein wirtschaftlicher, in der Wirtschaft wirksamer Begriff sein soll, sie bilden nicht seinen Inhalt, seine „Substanz“. Der Wert liegt in den Gütern, nicht in den Bedürfnissen. Die Güter haben nicht deshalb wirtschaftlichen Wert, weil sie Bedürfnisse befriedigen, sondern — so wie die Dinge auf dieser Welt stehen — weil sie regelmäßig Arbeit kosten.

Der Wert der Güter kann hiernach auch nicht abhängig sein von den verschiedenen Quantitäten, in denen dieselben — die Arbeitsprodukte — vorliegen. Die relativen Quantitäten kann und muß der Herr der Wirtschaft regelmäßig innerhalb der vorliegenden Produktionsbedingungen (Natur- und Arbeitskräfte) selbst bestimmen, indem er die Arbeiten anordnet oder anordnen läßt.

Was jenseits der Produktionsbedingungen und mithin -Möglichkeiten liegt, das ist wieder praktisch absolut irrelevant, wie der Wunsch des Scheffelschen Pfahlbauern, der gern abends zum Bier ginge, wenn schon welches gebraut würde.

Der Geschmack des Herrn, also die subjektive Bedürfnisseite,

kommt schon bei der Verwendung der Arbeitskräfte zur Geltung, und es hat keinen Sinn, den Mann nachher, wenn die Produkte da sind, sich gleichsam wundern zu lassen, daß von dieser oder jener Sorte so wenig und von einer andern so viel da ist und darnach seine „Schätzung“ zu bestimmen. Er hätte ja die Sache anders machen können, wenn er gewollt hätte, ernstlich gewollt, und wo sein Wille machtlos ist, da ist auch sein Begehren zweck- und erfolglos. Man kann ja auch, unzweifelhaft, vom Standpunkt des Bedürfnisses aus irgendwie mit seinen Gefühlen die Dinge taxieren, sogar, wenn sie einem ewig unerreichbar sind. Ein hungriger Proletarier kann z. B. den Tokaier außerordentlich hochschätzen. Allein mit solchen Schätzungen kann man in der Wirtschaft spottwenig anfangen, schon aus einem sehr natürlichen, naheliegenden Grunde, den bereits Ricardo deutlich bezeichnet hat. „Eine Art von Bedürfnissen und Bequemlichkeiten läßt mit der anderen keine Vergleichung zu; der Gebrauchswert kann durch keinen bekannten Maßstab gemessen werden, er wird von verschiedenen Personen verschieden geschätzt“ (Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, deutsch von Baumstark, 2. Aufl. 1877, S. 396). Und „jedermann hat in seinem Gemüte einen Maßstab, nach dem er den Wert seiner (!) Genüsse schätzt, allein dieser Maßstab ist so verschieden, wie der menschliche Charakter“ (S. 211).

Wert der Genüsse! das ist der richtige Ausdruck. Wir sollen aber den Wert der Güter suchen, sonst kommen wir schließlich vielleicht dazu, den ökonomischen Wert des Himmelreichs in der Nationalökonomie zu behandeln, denn an Genüssen soll es demselben nicht fehlen.

Wer auf solche Individualempfindungen eine wirtschaftliche Werttheorie gründen will, der gleicht dem Architekten, der aus solidem Flugsand ein Haus bauen will, mit der Begründung: der Sand sei doch unzweifelhaft eine Realität und die Steine bestünden schließlich doch nur aus Sandkörnern. —

Der Wert der Güter besteht also in unserem naturalwirtschaftlichen Haushalt in der Tat in der durchschnittlichen Herstellungsarbeit, soweit es sich um eine wirtschaftliche Schätzung handelt, d. h. eine Schätzung, die in der Wirtschaft eine praktische Bedeutung hat, funktionell wirkt, leitend, bestimmend.

Dieselbe Funktion, nur in höherem Grade, mit mehr Deutlichkeit und Sicherheit, müßte unser Wert in einer Organisation der Volkswirtschaft haben, wie sie die Sozialisten denken, denn das

wäre schließlich eine nationale Naturalwirtschaft, ein Riesenoikos, wenn auch ohne pater familias. Marx spricht das ganz deutlich aus. Auch „nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, bleibt die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird“ (a. a. O. III. 2. S. 388). Was den Wert in der kapitalistischen Produktionsweise betrifft, so haben wir davon später zu reden.

Unter allen Umständen aber und für jede Wirtschaftsstufe scheint mir eine — an sich ja wohl mögliche — Wertlehre (man könnte vielleicht noch gar manche erfinden!) für die Wirtschaftstheorie ganz unfruchtbar, welcher die Anschauung zu Grunde liegt, als ob die Natur ein Warenlager wäre, dessen einzelne Bestände und Vorräte die Menschen vom Standpunkte ihrer individuellen Triebe und Begierden beliebig abzuschätzen und mit einander in ihren „Werturteilen“ zu vergleichen hätten. Hier die verschiedenen Quantitäten der verschiedenen Güter, ein für allemal gegeben, unabhängig von menschlichen Erwägungen und Willensakten, wie vom Himmel gefallen; dort das Individuum mit all seinen Besonderheiten und ewig wechselnden Verhältnissen und Gefühlen. Und als Produkt dieser Gefühle gegenüber jenen Vorräten — der Wert!

Will man dann gar auf den sog. „Tauschwert“ kommen, so denkt man sich das Publikum in diesem Naturbazar Mann für Mann mit seinem Geldeinkommen in der Tasche, setzt im stillen fixe Preise der Produkte voraus, wie sie heutzutage in guten Geschäften üblich sind, und löst das ganze Wertproblem in die Frage auf: warum kaufen nicht alle dieselben Waren und von jeder gleichviel?[1]) Hier ist nun allerdings ein prächtiger Tummelplatz für Individualpsychologie, der Grundlage solcher Wertlehre. Also z. B.: Warum kauft die Frau Doktor am Ersten des Monats, wo sie von ihrem Mann 300 fr. Haushaltungsgeld für den betreffenden Monat erhalten hat, nicht ein Seidenkleid für 500 fr.? warum nicht einen Korb Veuve Cliquot, oder ein Armband mit Perlen, oder

[1]) Schon vor 11 Jahren hat Conrad Schmidt in einem geistvollen Aufsatz nachgewiesen, daß „die psychologische Richtung in der neueren Nationalökonomie“ in der Tat nur die Formel gefunden hat, „nach der bei gegebenen Güterpreisen das Individuum(!) sein Geldeinkommen verteilt“ (Neue Zeit, X. Jahrgang, Nr. 41, S. 463).

einen Sack Hafer oder ein Schwein, sondern ein wenig Fleisch und Gemüse und Gewürze und dergl. mehr? Weil sie diese Kleinigkeiten in ihrem Werturteil höher schätzt als jene schwierigen Dinge? oder vielleicht weil sie mit dem Gelde einen ganzen Monat für bestimmte, bekannte, hergebrachte, leicht übersehbare Bedürfnisgegenstände auskommen muß, deren Preise ihr sehr wohl bekannt sind? Was jemand kauft, das hängt allerdings von seinen äußeren Verhältnissen und auch von seinen inneren Zuständen und Eigenschaften ab. Aber der Preis, sofern er, wie heutzutage meist, ein Marktpreis ist, gar nicht. Und was der einzelne subjektiv über den Wert spintisiert, das kann nur auf die Lösung der Frage: ob gerade er kaufen will oder nicht — wirken, sonst aber nicht; gerade so wie er in der Naturalwirtschaft nur darüber entscheidet, ob etwas produziert werden soll oder nicht, nicht aber, wieviel Arbeit es kostet. Allerdings gibt es Ausnahms-Fälle, wo die Preise vom subjektiven Ermessen, also auch von den Gefühlen etlicher Menschen abhängen. Aber diese Vorgänge haben dann auch einen rein individuellen Charakter und sind nicht mehr Objekte der Sozialwissenschaft. Wir kommen anderswo darauf zurück.

„Selbstverständlich verlieren“, wie Grabski richtig bemerkt (Zur Erkenntnislehre der volkswirtschaftlichen Erscheinungen, 1900), bei einer Auffassungs- und Betrachtungsweise, die „aus den individuellen psychologischen Eigenschaften der Menschen“ nationalökonomische Phänomene erklären will, diese „jedweden sozialen Charakter“ (S. 39 u. 72).

Man soll soziale Gesetze finden und fragt nach individuellen, selbst beim einzelnen immerfort wechselnden Gefühlen. Was kommt im besten Fall da für ein Gesetz heraus? Ich glaube, sein exakter Ausdruck lautet: der Wert ist Geschmackssache. Man wende einmal diese individual-psychologische Methode auf andere Gebiete der Wirtschaft an, z. B. auf den Arbeitstag. Der Arbeitstag ist dann etwa ein Produkt der Unlustgefühle, welche nach der Ausdrucksweise dieser Wirtschaftsphilosophen die Arbeit hervorbringt, und der Lustgefühle, die der Lohn erzeugt. Beide sind bei den einzelnen Individuen sehr verschieden und wechseln bei demselben ununterbrochen. Also muß der Arbeitstag jeder Zeit sagen wir von einer Viertelstunde bis zu 24 Stunden betragen. Was kann man dagegen tun, wenn die individuelle Gefühlswelt alles ist? wenn jeder Arbeiter sich so benimmt, wie es ihm seine Empfindungen eingeben? Ein

regelmäßiger durchschnittlicher Arbeitstag in Gewerbe und Ort ist allerdings so sicher vorhanden, wie ein Marktpreis der Waren. Aber wie will man ihn mit „subjektiven Gefühlen“ (Emil Sax) erklären? Entweder sind diese, deren Vorhandensein wir keineswegs leugnen, von keinem Belang; dann ist jene Erklärungsweise absurd. Oder sie sind entscheidend: dann gibt es keine sozialen Erscheinungen und Gesetze. Oder endlich, man erklärt damit nur das, was jedermann schon als bekannt voraussetzt, wenn er an die Untersuchung der sozialen Erscheinungen herantritt, wie z. B. das Haushalten der Frau Doktor.

Eines aber ist sicher und zugleich sehr angenehm und beruhigend: macht man die Nationalökonomie zu einer Domäne der Individualpsychologie, so wird diese gefährliche, sozusagen revolutionäre Wissenschaft zu einer harmlosen, rein intern-akademischen Angelegenheit.

Die Wunderlichkeiten der im vorstehenden kurz kritisierten Richtung, die ja sehr viel Beifall gefunden hat, im einzelnen nachzuweisen, würde zu weit führen. Ich will hier, als beliebige Beispiele, ein paar Sätze aus dem jüngst erschienenen Werke eines neuesten begeisterten Adepten der Schule vorführen. „Vom objektiven positiven Standpunkte des Verhältnisses der auf beiden Seiten vorhandenen Güterquantitäten, bezw. vom Gesichtspunkte des allgemeinen resultierenden oder sogenannten objektiven Tauschwertes verändert sich also bei beiderseitigem Rangsgewinn die Wirtschaftsrelation der beiden Kontrahenten nur nach dem Acquisitionsgewinn, den ein Teil erzielt“ (Stephen Worms, Das Gesetz der Güterkonzentration in der individualistischen Rechts- und Wirtschaftsordnung, 1901, I. S. 109).

„Je größer die Differenz des Gesamtbesitzes zweier Tauschender, um so stärker ist bei objektiv und subjektiv unbeschränkter Konkurrenz die Verschlechterung der relativen wirtschaftlichen Lage des reicheren zu Gunsten des ärmeren Wirtschaftssubjekts“ (S. 115).

Wer kann, nachdem er dies Buch gelesen, noch zweifeln, daß alles in der Welt in „exakter“ Ordnung ist?

Kehren wir noch einmal zu unserem Pater familias zurück und fragen wir ihn psychologisch um den Wert. Also z. B.: Was schätzest du höher, was hat für dich einen höheren Wert, Wein oder Kamillenthee? Vermutlich wird er zunächst sagen oder wenigstens denken: das ist eine ziemlich dumme Frage. Sodann wird er, ganz im Sinne der „Subjektiven“, etwa folgendes ant-

worten: Im Durchschnitt, im allgemeinen, wenn ich mich wohl fühle, ist mir ein Glas Wein unendlich viel lieber, als selbst eine Tonne Kamillenthee. Unter gewissen Umständen aber kann ich den Wein kaum sehen, mag gar nicht an ihn denken, da ist mir ein Glas Kamillenthee unendlich lieber, als aller Wein der Welt, so wenig Geschmack ich auch an jenem faden Gesöff finde.

Allein — so wird er, gar nicht im Sinne der „Subjektiven", fortfahren — mit meiner Wirtschaftsführung, mit meiner wirtschaftlichen Schätzung, haben diese Gefühle gar wenig zu tun. Hier gehe ich von allgemeinen Erfahrungen aus. Wenn ich z. B. weiß, daß ich durchschnittlich pro Tag in meinem Haushalt 5 Liter Wein brauche, und im ganzen Jahr nur etwa 5 Pfund Kamillenthee, so werde ich, da mir die nötigen Arbeits- und Naturkräfte, bei selbstverständlicher Berücksichtigung aller möglichen anderen Bedürfnisse, zu Gebote stehen, soviel Boden und Arbeitskräfte zum Weinbau verwenden, daß ich etwa 18 oder auch mehr Hektoliter erziele — wegen der Unsicherheit der Ernten. Und ebenso werde ich's mit dem Kamillenthee machen; ich werde dafür sorgen, daß etwa 5 Pfund jedes Jahr eingebracht werden.

Deswegen weil wenig Thee und viel Wein da ist, ist mir jener nicht wertvoller. Ich könnte ja ungeheure Massen Thee und sehr wenig Wein herstellen lassen, das hängt ganz davon ab, wie ich die Arbeit verteile. Denn alle meine Produkte kosten mich nur Arbeit, nämlich die Arbeit meiner Leute, und wenn zwei Dinge gleich viel Arbeit kosten, so sehe ich nicht ein, warum ich als Wirtschafter dem einen einen Vorzug vor dem andern geben sollte.

Nehmen wir an, eine Tagesarbeit erzeuge 5 Liter Wein und 1 Pfund Thee, so gelten mir in meinen wirtschaftlichen Erwägungen beide Quantitäten gleich viel. Daß mir der Wein — trotz des großen Vorrats — in gewissem Sinne lieber ist, gebe ich zu. Aber das hat keine Wirkung. Sonst könnte ich ja leicht 1 Pfund Thee weniger und 5 Liter Wein mehr bereiten lassen. Also kommt mir nicht mit euren Quantitäten; die sind Folge meines Urteils, nicht umgekehrt.

Nicht daß der Vorrat von einem Gute absolut und im Verhältnis zu andern Gütern gering ist, macht, daß es einen hohen Wert hat. Der Vorrat kann gering sein, weil man nur wenig will, z. B. beim Kamillenthee, oder weil die Produktion auch einer kleinen Menge sehr viel Arbeit erfordert. Im letzteren Falle aber ist der Wert nicht hoch, weil der Vorrat gering ist, sondern der Vorrat ist gering, weil der Wert hoch ist, d. h. weil das Ding, wegen der vielen erforderlichen Arbeit, schwer zu erlangen ist.

Würde mich ein Pfund Thee 100 Arbeitstage kosten, und ich wollte es doch haben (verzichte ich darauf, so geht es meine Wirtschaft nichts mehr an), so könnte ich vermutlich nicht mehr soviel Wein beschaffen, und, so schlecht der Thee schmeckt, würde ich vor dem Pfund doch viel mehr Respekt haben müssen, als vor gar vielen Liter Wein. — Soweit der Oikenherr. —

Wo also die Grundlage einer realen, von wirtschaftlichen Konsequenzen begleiteten Schätzung hier zu suchen ist, scheint uns klar zu sein. Selbstverständlich kann diese Schätzung keine ganz genaue sein, was auch nicht nötig ist. Aber sie liegt der Wirtschaftsführung unzweifelhaft zu Grunde. Würden die Güter keinerlei Arbeit kosten, wie im Paradiese, so gäbe es auch keine Wirtschaft, ausgenommen etwa in dem sehr beschränkten Sinn einer vernünftigen zeitlichen Einteilung der Konsumtion. Mit dieser würde sich jedenfalls die Wissenschaft kaum beschäftigen.

Hat man es in unserem naturalwirtschaftlichem Haushalt mit Gütern zu tun, die man durch Arbeit überhaupt nicht oder nur ganz zufälliger, unberechenbarer Weise wieder beschaffen könnte, so mag man nun seinen Schätzungs- oder Wertgefühlen freiesten Lauf lassen, in der Wirtschaft kommt man damit zu nichts, sie haben gar keine praktische Bedeutung, können auf die wirtschaftliche Tätigkeit keinerlei Einfluß üben. Der berühmte Diamant, den offenbar manche Theoretiker als das Hauptziel aller menschlichen Wirtschaft betrachten, um den sich daher die Wissenschaft vor allem kümmern müßte, der Diamant, um den man sich bloß zu bücken brauchte, ist daher kein Beweis gegen unsere Auffassung. Würde man jedesmal, wenn man sich bückt, einen Diamanten aufheben können, so hätte er nicht mehr Wert als Kieselsteine. Wenn die Diamanten in unendlicher Menge an allen Steinen und Felsen wüchsen, aber eine ungeheure Arbeit erforderlich wäre, um einen von ihnen unversehrt, in brauchbarem Zustande von seiner Unterlage abzulösen, so hätten sie, sofern man sie überhaupt haben wollte, sicherlich einen sehr hohen Wert. Hat man in seinem Leben einen einzigen gefunden, und ist sehr im ungewissen, ob man bei allem Suchen je wieder einen finden würde, so kann man sich ungefähr vorstellen, welche Arbeit im Durchschnitt notwendig wäre, um den Besitz, in den man gelangt ist, zu verdoppeln oder zu ersetzen.

Auch die schlaue Frage (soviel ich mich erinnere, hat v. Böhm-Bawerk sie gestellt): Warum ist ein großer Baum im Walde mehr wert, als ein Setzling? — verblüfft uns nicht.

Vor allem bemerken wir hier noch einmal, daß der Baum und der Setzling im Walde noch keine wirklichen Güter sind, sondern es erst werden können, wenn der Mensch sich ihrer bemächtigt und sie an den Ort schafft, wo er sie brauchen kann.

Ferner dürfen die „Subjektiven" solche Institutionen, wie das Privateigentum am Walde, bei ihrer Theorie nicht einfach als selbstverständlich voraussetzen. Denn soviel ich verstehe, soll ihre Theorie, die sich auf Gefühle stützt, für alle Zeiten gelten, also auch für die gar nicht so fernen, wo es kein Waldeigentum gab. Jedenfalls hatten die Menschen damals so gut Gefühle wie heute.

Und nun stelle ich den Subjektiven persönlich in den Wald und frage ihn: Was willst du lieber mit nach Hause nehmen, diese Weidengerte oder diesen hohen Eichbaum? Es steht ganz in deinem Ermessen.

Vermutlich wird er für beides danken. Vielleicht wird er der Gerte mehr „Wert" beilegen, d. h. sie abbrechen und mitnehmen, vielleicht auch dem Eichbaum. — So sicher ist dieser subjektive Gebrauchswert! —

Nimmt er aber beide, weil er beide brauchen kann, so wird er, wenn er sie zu Hause hat, der Eiche viel mehr Wert beilegen müssen, weil ihn die Herbeischaffung derselben, durch welche aus einem bloßen Naturgegenstand erst ein wirtschaftliches Gut gemacht wurde, sehr viel mehr Arbeit gekostet hat, als die der Gerte.

Hier hat man das Wesen der Sache, wo der Mensch mit seiner Arbeitskraft lediglich der Welt der Stoffe gegenüber steht. Vom Standpunkt der Menschheit aus ist es immer so, ihr steht nur die Natur gegenüber und sie hat nichts als ihre Arbeitskraft, um aus der Natur Güter zu gewinnen. Betrachtet man aber den Einzelnen mitten in der auf bestimmte Weise organisierten Gesellschaft, so bleibt zwar das Wesen der Dinge schließlich immer dasselbe, aber des Einzelnen Beziehungen zu seinen Nebenmenschen können durch die mannigfaltigsten Verhältnisse und Einrichtungen so eigentümlich gestaltet werden, daß man — vor lauter Hülsen den Kern nicht mehr findet, oder eine von jenen für diesen hält.

Und so kann man allenfalls auch dazu kommen, die Natur für ein Warenlager zu nehmen, und so gewisse Erscheinungen der gegenwärtigen Gesellschaft angenehm und harmlos zu erklären.

So sagt z. B. Emil Sax (Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft, 1887): „In der Bedürfnisregung ist schon eingeschlossen die Inbetrachtnahme bestimmter Bestandteile der Außenwelt als jener Objekte, welche eben den Zwecken des Menschen dienen: Der Güter" (S. 114).

„Diese (wirtschaftlichen) Güter, als gegeben angenommen, erfordern ein ganz bestimmtes Gebahren der Menschen mit denselben, dessen Richtung wir als Bewahrung, volle Ausnützung und Schonung bei der Nutzung bezeichnen können. Sobald der Mensch ein Ding als (wirtschaftliches) Gut erkennt, ist das eben beschriebene Verhalten in Betreff desselben gegeben" (ebenda). Also man braucht die Güter nur draußen in der Natur zu erkennen und sie sodann zu bewahren und mit Schonung auszunutzen — das ist alles. S. 115 spricht er von der „bunten Fülle" dieses „Güterreichs".

Ebenda entstehen sogar die Kapitalien durch Ausdehnung der „ökonomischen Erfassung der Dinge der Außenwelt auch auf solche Bestandteile derselben", die nicht unmittelbar Bedürfnisse befriedigen. Und so weiter.

§ 26. Tausch.

Wir haben hier bei Betrachtung der Naturalwirtschaft von allem Tausch abgesehen, weil wir den reinen Typus in seinen wichtigen Wesenheiten feststellen wollten. Was davon für alle Formen der Wirtschaft gelten muß, weil es die Natur derselben ausmacht, ist wohl nicht schwer von dem zu unterscheiden, was nur für die angenommene Entwicklungsstufe gilt. Ersteres ist als grundlegend für alle Wirtschaftstheorie zu betrachten.

So wie wir naturalwirtschaftliche Zustände in der Geschichte kennen, ist wohl nirgends ein Haushalt — mag er auch eine sehr beträchtliche Ausdehnung haben — gänzlich auf die eigene Produktion angewiesen. Überall gibt es mehr oder weniger Austausch von Produkten, wenn auch nicht in der Form des Schachers. Denn diesem ist der Naturmensch nach allem, was wir von ihm wissen, entschieden abhold und Ad. Smith irrte gewaltig, indem er wohl im Engländer seiner Zeit den Typus des Menschen überhaupt zu finden glaubte und diesem daher einen natürlichen Trieb zum Tausche zuschrieb. Naturmenschen lieben die Produkte ihrer eigenen Arbeit, und wenn sie fremde kennen und schätzen lernen und auf friedlichem

Wege erlangen wollen, so wird als Verkehrsform das gegenseitige Beschenken gewählt. Sehen wir schon einen eigentlichen Tausch, so nähern wir uns bereits der Geldwirtschaft, vor deren voller Entwickung die Völker, oder wenigstens ihre erleuchtetsten Köpfe, allerdings ein gewisses Grausen zeigen. Man weiß, wie Plato und Aristoteles darüber urteilen, obwohl nach des letzteren „Verfassung von Athen" die Geldwirtschaft schon ziemlich hoch entwickelt gewesen sein muß. Dennoch hält er das Kaufmannsgewerbe für schimpflich, selbst Überschüsse von Produkten über den eigenen Bedarf sollen nur gelegentlich verkauft werden, und als wahrhaft gut und eines freien Mannes würdig betrachtet er nur die Wirtschaft, die im eigenen Haushalt alles erzeugt, was da gebraucht wird.

Doch schon zu Homers Zeit sehen wir ein nicht unerhebliches Tauschwesen und es tritt ein — selbstverständlich gründlich verachtetes — Handelsvolk auf, obschon von einem eigentlichen Gelde noch keine Rede ist. Wir wollen hier wichtige Stellen — meist in der Übersetzung von Voß — zur Verdeutlichung einer gewissen Übergangsstufe mit entschieden vorwiegender, aber doch beiweitem nicht mehr reiner Naturalwirtschaft anführen.

Athene (als Mentes) gibt an, sie sei Beherrscher von Taphos und auf der Reise zu „unverständlichen Völkern", um in Tenesa Erz für Eisen einzutauschen. Od. I. 181ff.

Laërtes kaufte die Eurykleia als junges Mädchen für 20 Rinder. Od. I. 430f.

Eurymedusa, die Erzieherin der Nausikaa (der Königstochter), ward von Phäaken aus Epeiros entführt und dem Alkinoos (ihrem König) als Ehrengeschenk gegeben. Od. VII. 9ff.

Euryalos höhnt den Odysseus, weil er sich nicht auf die Kampfspiele einlassen will: „Du scheinst mir kein Mann, der auf Kämpfe sich versteht, so viele bei edlen Männern bekannt sind; sondern so einer, der stets vielrudrige Schiffe befährt, etwa ein Führer des Schiffs, das wegen der Handlung umherkreuzt, wo du die Ladung besorgst (auf Ladung bedacht bist) und jegliche Ware verzeichnest und den erscharrten Gewinn (und ausspähend nach Kaufmannsgütern und auf rasch erraffbaren Gewinn — Ameis). Od. VIII. 159ff.

Odysseus erzählt in seiner fingierten Lebensgeschichte, die er dem Eumaeos vorträgt: Ein Phönizier, ein arger Betrüger und Gauner, habe ihn beredet, nach Phönike zu fahren, habe ihn dort ein Jahr behalten und dann in Libya verkaufen wollen. Od. XIV. 288ff.

Eumaeos teilt mit: „Einst besuchten uns dort Phöniker, berühmt in Meerfahrt und Erzgauner, und führten im Schiff unzähliges Spielzeug (Schmucksachen, Luxusartikel). Od. XV. 415f. Diese weilten ein ganzes Jahr auf der Insel, „kauften ins Schiff vielen Vorrat zusammen" und nahmen schließlich eine Sklavin und den kleinen Sohn des Königs (Grundherrn) mit.

„Als sie über den Preis einer Halskette handelten," Od. XV. 463.

Menschenraub ist allgemein, überhaupt Seeräuberei oder vielmehr Raubzüge mit Schiffen, und zwar nicht nur ins Ausland, d. h. zu fremden Völkern, sondern auch unter den Griechen wechselseitig. So raubten Messenier aus Ithaka 300 Schafe samt den Hirten. Od. XXI. 18f. Doch mußte das ganze Volk dem Odysseus dafür Ersatz leisten. 16. 17.

Des Diomedes goldene Rüstung ist 100 Farren wert, des Glaukos eherne 9. Doch heißt golden hier wohl nur vergoldet. Il. VI. 235f. „Dort nun kauften des Weins die hauptumlockten Achäer. Andere brachten Erz und Andere blinkendes Eisen, Andere dann Stierhäute und Andere lebende Rinder, Andre Gefangne der Schlacht". Il. VII. 472ff. Roscher meint (Grundlagen § 118), diese Stelle sei im Widerspruch mit der sonst üblichen Preisbestimmung nach Ochsen (Kühen?). Sie beweist aber nur, daß man eben vertauschte, was man hatte, daß also nicht bloß Rinder als Preis dienten, kurz daß es keine einfache Ochsenwährung gab, sondern — Naturalwirtschaft.

Hektor: „Viel nach Phrygien nun und Mäoniens schönen Gefilden gehn zum Verkauf Kleinode" aus Troja, und zwar aus Noth. Il. XVIII. 291ff.

Den Lykaon, Sohn des Priamos, hatte Achilles gefangen und nach Lemnos zum Verkauf geschickt. Er erhielt dafür 100 Rinder. Il. XXI. 40 und 89.

Achilles: „Viel (Trojaner) auch führt' ich hinweg und verkaufte sie lebend." Il. XXI. 107.

Ein großes dreifüßiges Geschirr ist 12 Rinder werth. Il. XXIII. 702f.

„Ein blühendes Weib, klug in mancherlei Kunst und geschätzt 4 Rinder an Wert". Il. XXIII. 704f.

Euneos gab dem Patroklos für Lykaon einen großen, kunstvollen, silbernen Krug. Il. XXIII. 747f.

„Peleus' Sohn nun legte den ragenden Speer und ein Becken,

rein von Gluth, mit Blumen geziert, vom Werthe des Stieres."
Il. XXIII. 884f.

„Denn die anderen Söhne, die mir der schnelle Achilles nahm, verkaufte er vordem jenseits der öden Gewässer hin gegen Samos und Imbros und zur unwirtbaren Lemnos. Il. XXIV. 751ff.

Der Menschenhandel tritt grell in den Vordergrund. Darin erkennt man am deutlichsten den Unterschied der Zeiten. Wer möchte heutzutage einen Menschen kaufen, wo er beliebig viele, je nach Bedarf, für billiges Geld mieten kann?

Zwischen Natural- und Geldwirtschaft gibt es selbstverständlich keine bestimmte Grenzlinie, wo man sagen könnte: hier hört die Naturalwirtschaft auf und fängt die Geldwirtschaft an — sondern eine unendlich fein nuancierte Entwicklung, die in den mannigfaltigsten äußeren Formen vor sich gehen kann. Sie im Detail zu schildern ist Sache der Geschichtsforschung, wenn sie dazu im Stande ist. Wir haben hier bloß das Wesentliche, Elementare dieser beiden großen Wirtschaftsstufen kennen zu lernen oder vielmehr uns zu verdeutlichen und betrachten daher auch die Geldwirtschaft, nachdem wir ihre Grundlagen aufgeklärt, in ihrer reinen vollen Entfaltung, wo ihr Typus durchaus vollendet ist.

V. Geldwirtschaft im allgemeinen.

§ 27. Voraussetzungen.

Die Geldwirtschaft entsteht durch einen bestimmten Fortschritt der Arbeitsteilung unter Voraussetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Auch in der Naturalwirtschaft findet ja Arbeitsteilung statt, sie kann sehr weit gehen, wie wir gesehen haben. Sie könnte unter bestimmten Voraussetzungen noch sehr viel weiter gehen als alles, was uns die Geschichte in dieser Art zeigt. So lange nur für den Bedarf der durch dasselbe Eigentum verbundenen Personen produziert wird, entsteht trotz aller Arbeitsteilung keine Geldwirtschaft. Denken wir uns den Staat als alleinigen Eigentümer aller Produktionsmittel und das ganze Volk in seinen Diensten, so haben wir, selbst wenn man da Münzen als Berechnungs- und Verteilungsmittel anwenden würde, doch nur eine riesige Natural- und keine Geldwirtschaft vor uns, möchte auch die Arbeitsteilung noch weiter getrieben sein als heute.

Denken wir uns dagegen nur zwei selbständige, unabhängige Besitzer von Produktionsmitteln, welche die zu ihrer Bedürfnisbefriedigung erforderliche Arbeit so teilen, daß jeder von ihnen regelmäßig wenigstens das eine oder andere Produkt allein und in solcher Menge herstellt, um auch den betreffenden Bedarf des andern gegen entsprechenden wirtschaftlichen Ersatz zu befriedigen, so haben wir zwar durchaus keine voll entwickelte Geldwirtschaft, aber doch eine wesentliche, typische, grundlegende und zugleich neue Erscheinung, die wir nur konsequent fortentwickelt zu denken brauchen, um zur vollendeten Geldwirtschaft zu gelangen.

Das Wesentliche und Neue an dem Vorgang ist also zuvörderst, daß Arbeitsteilung stattfindet zwischen verschiedenen Besitzern von Produktionsmitteln, wobei wir jeden „Besitzer" nennen, der selbständig über die Produktionsmittel zu produktiven Zwecken verfügt. Je weiter diese Art von Arbeitsteilung geht, eine desto vollkommenere

Ausbildung hat die Geldwirtschaft erlangt. Heute findet sie bereits statt zwischen Produktionsmittelbesitzern aller möglichen Länder und Völker der Erde. Doch findet immer noch zum Teil Produktion für den eigenen Bedarf statt, allerdings in den Kulturländern kaum mehr in dem Sinne, daß irgend jemand im Stande wäre, ganz auf eigene Faust, mit durchaus eigenen, nämlich selbstgeschaffenen Mitteln ein konsumfertiges Produkt herzustellen.

§ 28. Unternehmer.

Wir nennen in der Geldwirtschaft denjenigen, auf dessen direkte wirtschaftliche Verantwortlichkeit ein Produktionsprozeß (auch der Handel ist, wie wir oben erklärten, Produktion) durchgeführt wird, Unternehmer.

Nebenbei gesagt: in der Geldwirtschaft kann aller mögliche Erwerb die Form der Unternehmung annehmen, auch wenn von produktiver Arbeit oder Produktion im wirtschaftlichen Sinn keine Rede ist. Es gibt also einen weiteren und engeren Begriff der Unternehmung. Wir haben es hier mit dem engeren zu tun, dessen Inhalt oben bestimmt ist.

Der Unternehmer ist nun eine so wichtige Figur, wie ehemals der Oikenherr. Er repräsentiert den ganzen wirtschaftlichen Prozeß, die Arbeit, auch wenn er selbst nicht Hand anlegt, das Vermögen, auch wenn ihm kein Atom davon zu eigen gehört, was allerdings kaum vorkommt.

In demselben Sinn, wie wir etwa früher sagten, der Oikenherr produziert, sagen wir jetzt, der Kürze halber, der Unternehmer produziert, natürlich nicht im Sinne Brentano's.

Er produziert aber nicht, wie jener, den Bedarf seines Haushalts, sondern irgend einen Teil des gesellschaftlichen Bedarfs, d. h. unter seiner Herrschaft wird irgend welche Arbeit geleistet, welche zur Befriedigung irgend welcher in der menschlichen Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse dienen, beitragen, mithelfen soll.[1])

[1]) Bücher macht (Handwörterb. II. Aufl. Art. „Gewerbe" S. 384 f.) darauf aufmerksam, daß unsere Fabriken nicht beliebig auf Vorrat arbeiten, ohne zu wissen, wo sie Absatz finden werden. Eine Kutschen-, Dreschmaschinen-, Lokomotiven-, Schienen- und Kanonenfabrik arbeite direkt für den Konsumenten und die meisten Fabriken verbrauchen selbst wieder große Massen direkt bezogener Produkte anderer Fabriken, als Halbfabrikate, Hilfsstoffe, Maschinen u. s. w. Bei der Ganzfabrikation von Massenprodukten erreiche die Fabrik allerdings gewöhnlich nicht den letzten Verbraucher, aber sie wisse doch sehr gut, wo sie den Absatz endgiltig finden werde. Denn sie liefere auf Bestellung des stehenden Handels, sie kenne die Stadt oder Gegend, wo ihre Erzeugnisse zum Verschleiß kommen. Auf Vorrat werde überhaupt nur produziert, wenn keine Bestellungen vorliegen. Habe demnach die Fabrik keine Privatkunden, so habe sie doch ihre ständigen Abnehmer, nur seien diese nicht Kaufleute. — Das ist ganz richtig; natürlich kann man aber des ungeachtet sagen, die Unternehmung arbeite für irgend einen beliebigen gesellschaftlichen Bedarf, denn jeder kann bei ihr bestellen, und die ungeheure Masse der Produkte kommt doch auch schließlich in unbestimmbare Hände. Denn der Kaufmann ist nur eine Fortsetzung der Fabrikanten-Persönlichkeit und er weiß nicht im vorhinein, in wessen Hände die Produkte schließlich gelangen.

Produziert er für andere, so ist er selbstverständlich mit seinem eigenen Bedarf auf andere Produzenten (Unternehmer) angewiesen, und zwar nicht nur mit seinem Bedarf an Befriedigungsmitteln seiner persönlichen Bedürfnisse, sondern auch mit seinem Bedarf an solchen Produkten, welche die Voraussetzung, die Unterlage oder das Hilfsmittel der spezifischen Arbeit bilden, die durch ihn veranstaltet wird.

Auf diese Art gerät die Wirtschaft jedes einzelnen Unternehmers (und infolge dessen aller Menschen) mit der aller möglichen anderen in Verbindung und wird von deren Fortbestand und Leistungen abhängig, da sie in ihrer besonderen Art ohne dieselben selbst nicht fortbestehen und leisten könnte.

Und zwar hat diese Verbindung absolut keine bestimmte Grenze, sie umfaßt eine endlose Reihe von Produzenten, die alle voneinander direkt oder durch allerlei Mittelglieder abhängig sind.

Keiner kann auf eigene Faust wirklich auch nur ein einziges Gut produzieren oder leben. Jedes beliebige Produkt, mag es zur weiteren Produktion oder zur Konsumtion bestimmt sein, entsteht durch das Zusammenwirken einer anfangs- und endlosen Reihe von Unternehmungen, die alle irgendwie daran teilhaben.

Wenn man auch auf der untersten Stufe der Entwicklung den Menschen als Angehörigen einer, wenn auch kleinen Gruppe, als geselliges Wesen findet und von Kooperation sprechen kann, so hat man jetzt in der Tat die menschliche Gesellschaft vor sich, eine unbestimmbare, unendlich ausgedehnte und verzweigte Masse von Beziehungen wirtschaftlicher Art, und die Arbeit jedes Einzelnen ist eine gesellschaftliche geworden in dem höheren Sinn, daß sie

nur Wirkung und Bedeutung hat durch ihren Bezug auf die Arbeit aller möglichen anderen, ohne die sie gar nicht gedacht werden könnte. Und ebenso nimmt das produktive, d. h. das in der Produktion zur Verwendung kommende Vermögen eines jeden einen gesellschaftlichen Charakter an, indem die spezifische Gestalt, in der es erscheint, nur möglich wird durch die spezifische Gestaltung aller möglichen anderen Einzelvermögen, und nur durch den Zusammenhang mit denselben und die Beziehung auf dieselben seine eigentümliche Verwendbarkeit begründet.[1])

Wie in der Naturalwirtschaft nicht der einzelne Arbeiter, sondern die kombinierte Arbeit aller im Haushalt Verbundenen den Bedarf eines jeden Mitglieds desselben herstellt, so beschafft jetzt nicht die einzelne Unternehmung, sondern die zwischen den einzelnen Unternehmungen geteilte Arbeit den Bedarf jedes Individuums an jedem einzelnen Gute.

§ 29. Sozialwirtschaft.

Jede Unternehmung, ja jeder Mensch, der irgendwie in irgend einer Unternehmung mitwirkt, wird also nun ein Teil eines großen Ganzen, das erst die Bedürfnisse der einzelnen Individuen zu befriedigen vermag, und dieses Ganze nennen wir am besten Sozialwirtschaft. Es wird von den Deutschen meist noch Volkswirtschaft genannt, das ist aber jedenfalls etwas irreführend und unbedingt nur cum grano salis zuläßig, etwa in dem Sinne, wie man noch

[1]) „Jedes einzelne Kapital bildet jedoch nur ein verselbständigtes, sozusagen mit individuellem Leben begabtes Bruchstück des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, wie jeder einzelne Kapitalist nur ein individuelles Element der Kapitalistenklasse. Die Bewegung des gesellschaftlichen Kapitals besteht aus der Totalität der Bewegungen seiner verselbständigten Bruchstücke" (Marx, Kapital II., S. 342). „Die Metamorphose des individuellen Kapitals, sein Umschlag, ist ein Glied im Kreislauf des gesellschaftlichen Kapitals" (ib.). „Die Kreisläufe der individuellen Kapitale verschlingen sich aber ineinander, und bilden gerade in dieser Verschlingung die Bewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals" (S. 344). Rodbertus spricht von der „nationalen Arbeit, als der Zusammenwirkung der durch die Teilung der Arbeit zu einem Ganzen unauflöslich verbundenen Einzelkräfte" und vom „Nationalvermögen, als dem durch die Benutzung der nationalen Arbeit ebenso unauflöslich verbundenem Komplex sämtlicher in der Nation befindlichen materiellen Güter" (Beleuchtung, S. 27). Doch korrigiert er sich anderswo selbst, indem er sagt: „Diese Gemeinschaft der Arbeit erfüllt sich . . . auf dem Raume des ganzen Erdballs, so weit nur Menschen miteinander wirtschaftlich verkehren, oder eben in Teilung der Arbeit leben. Die ‚Weltarbeitsteilung', auf die Gioja zuerst aufmerksam gemacht hat, entspricht erst ihrem vollen Begriff". (Das Kapital, 4. sozialer Brief an v. Kirchmann, S. 79f.) Das Beiwort „National" drücke „den eigentlichen Sinn dieser Begriffe (Nationalkapital u. dgl.) nur unvollständig aus. Man darf dabei nicht im entferntesten an die Bedeutung denken, die z. B. List damit verbindet. . . . Dem eigentlichen Sinn nach sollte es vielmehr Gesellschaftsbedürfnis u. s. w. heißen, und es hat sich nur jenes Beiwort aufgedrängt, weil, wie die Gesellschaft nur an der Nation groß geworden, so auch die Gesellschaftswirtschaft zuerst nur an der Nation studiert worden ist" (ebenda S. 94ff.; siehe auch S. 104, wo er von der heutigen „Gesellschaftswirtschaft" spricht und sie definiert „als die Wirtschaftsführung der durch die Teilung der Arbeit gegründeten Gemeinschaft").

von einer geschlossenen Oikenwirtschaft reden kann, wenn dieselbe zu ihrer Existenz längst einen fortwährenden und ausgedehnten Verkehr mit anderen Wirtschaften nötig hat.

Prof. Bücher behandelt die Frage in seiner Sammlung von vortrefflichen Vorträgen, die er unter dem Titel „Die Entstehung der Volkswirtschaft" herausgegeben, und stellt hier die „Volkswirtschaft" als die dritte und vorläufig letzte Periode der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der Kulturvölker hin (erste Auflage S. 15). Er bezeichnet also unsere gegenwärtige Wirtschaft als Volkswirtschaft. Unwillkürlich entschlüpft ihm aber S. 137 das Wort vom „Entwicklungsgang der Menschheit von der isolierten zur sozialen Wirtschaft", die doch nicht mit der Volkswirtschaft identisch ist. Für die Wirtschaftspolitik, die heute allerdings ganz im Vordergrund des Interesses steht, so wenig sie auch im ganzen leistet, ist die „Volkswirtschaft" ohne Zweifel ein abgeschlossenes Gebiet, weil die Macht des Staates, nämlich die formale Geltung seiner Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsakte, an seinen Grenzen aufhört. Für die Wirtschaftstheorie aber existieren diese Grenzen nicht. Sie hat es nicht mit dem Staate, sondern mit der Gesellschaft, d. h. mit den freien Wirkungen und Gegenwirkungen der Menschen aufeinander zu tun, und diese hören an den Staatsgrenzen keineswegs auf. Vielmehr könnte kein modernes Volk ohne beständige wirtschaftliche Verbindung seiner Mitglieder mit den Mitgliedern anderer Völker in seiner gewohnten Art existieren, produzieren und konsumieren. Und diese Beziehungen zwischen den In- und Ausländern sind von ganz derselben Art, wie die der Inländer unter sich.

Der romanische Ausdruck économie politique u. dgl. bedeutet, wie unser „Nationalökonomie“, eine Wissenschaft, nicht eine Wirtschaft oder wirtschaftliche Entwicklungsstufe, und zwar durchaus nicht die Wissenschaft von der „Volkswirtschaft“, sondern von der Entstehung, dem Umlauf, der Verteilung und Verwendung oder Verzehrung der Güter.

Die Sozialwirtschaft ist also wirklich die Gesamttätigkeit der durch die Arbeitsteilung begründeten und bestimmten Gesellschaft, welche (Tätigkeit) auf Befriedigung ihres Bedarfs an materiellen Gütern gerichtet ist. Sie ist nicht ein bloßes Nebeneinander, eine bloße Summe von sogenannten Einzelwirtschaften, die durch den Wegfall beliebig vieler solcher Einzelwirtschaften bloß kleiner aber nicht anders, resp. in ihrem Leben und Treiben nicht gestört würde, sondern sie ist vielmehr einem Organismus ähnlich, in welchem jeder Teil auf das fortlaufende Leben und Wirken aller anderen angewiesen ist, ohne welche er selbst nicht leben und wirken kann. Soweit dies vom Organismus gilt, gilt es jedenfalls auch von der Sozialwirtschaft. Der Mensch kann z. B. einen Finger verlieren, sogar eine Niere kann man ihm herausschneiden, ohne daß er stirbt. Einzelne Organe können im Verlauf der Zeiten rudimentär werden, andere sich hoch entwickeln u. s. w. Und zu Tode hetzen darf man überhaupt keinen Vergleich.

Von einer bloßen Summe von Einzelwirtschaften konnte man mit Recht damals sprechen, als der autonome naturalwirtschaftliche Haushalt herrschender Typus war. So hätte man etwa sagen können: die Wirtschaft des römischen Volkes besteht aus so und soviel Oiken. Wäre die Hälfte z. B. durch Tod ihres Personalbestands weggefallen, so hätte die römische Volkswirtschaft aus halb soviel Oiken bestanden, aber in der Natur und Wirksamkeit der noch bestehenden wäre keine Änderung vor sich gegangen. Lasse man dagegen heutzutage nur ein halbes Jahr die Steinkohlenproduktion oder die Eisenbahnen oder irgend ein wichtiges „Organ“ unserer Sozialwirtschaft stille stehen, so verbreiten sich die schrecklichsten Folgen auf alle, und gerade in dem Maße der Kulturhöhe des Landes, in welchem das Leben eines jeden sich abspielt.[1])

[1]) L. Brentano findet (Zeitschr. f. Soz.- und Wirtschgesch. I. Band, 1. Heft, S. 98 f.), daß der Einzelne mit seiner Leistung in der Urzeit von der Gesellschaft am abhängigsten war und mit dem Fortschritt der Kultur immer unabhängiger wurde. Aber man denke sich hier einen „Wilden“ mit seinen selbstgefertigten primitiven Waffen und Werkzeugen, dort einen Schreiner, Buchdrucker etc. mit seinem komplizierten, zusammengekauften Inventar, oder gar einen Schriftsteller, Hofrat etc. mit seinem Schreibzeug und allerlei Büchern isoliert, allein mit der schönen, aber schrecklich inhumanen Natur, und frage, wer freier, selbständiger, unabhängiger oder aber wer hilfloser sei? Wessen Existenz hängt mehr von der Gesellschaft ab?

Daß heutzutage der Kulturstaat den Fremdling nicht einfach tötet oder zum Sklaven macht, ist sicher, aber keine wirtschaftliche, sondern politische Tatsache, wenngleich die Wirtschaft dazu sehr viel beigetragen hat, und hat mit der ganzen Frage der ökonomischen Selbständigkeit nichts zu tun. Ob der Schreiner, Buchdrucker u. s. w. in diesem oder jenem Staate lebt und arbeitet, ist allerdings gleichgiltig. Losgelöst von der Gesellschaft kann er jedenfalls viel weniger existieren als der Wilde. Der Wilde kann immer noch seine Künste nützlich ausüben, aber der Buchdrucker?

In der „hochentwickelten Organisation (!) der heutigen Volkswirtschaft“ strömt nach Brentano „das Leben von den einzelnen Teilen, den Einzelwirtschaften, nicht von dem Ganzen aus“. Man könnte allenfalls auch sagen: das Leben geht vom Herzen, von den Nieren, vom Magen, vom Gehirn u. s. w. aus. Wenn diese nicht arbeiten, ist das Ganze tot. Man kann aber doch wohl mit mehr Recht sagen: wenn das Ganze zerrissen, also tot ist, kann das Gehirn u. s. w. nicht arbeiten, auch wenn es ganz unversehrt ist. Was wäre jeder von uns ohne beständigen wirtschaftlichen Zusammenhang mit aller Welt? Wir hängen allerdings nicht von einer kleinen Gruppe ab, aber um so intensiver von einer ungeheuren. Man vergleiche den Grad ökonomischer Abhängigkeit eines mittelalterlichen Feudalherren und eines heutigen Bourgeois! Jener konnte auf die ganze Welt pfeifen, dieser bricht in Hamburg zusammen, weil sich schlimme, wenn auch falsche Nachrichten über die bevorstehende Baumwollenernte in Indien verbreiten oder weil am Kap der guten Hoffnung ein Bankhaus fallirt hat.

Übrigens fällt die ganze Polemik Brentanos gegen die organische Auffassung der Volkswirtschaft weg, wenn man statt Volkswirtschaft Sozialwirtschaft setzt.

Nicht die Einzelwirtschaft erklärt auf dieser Stufe der Arbeitsteilung die Sozialwirtschaft (resp. die Bedürfnisbefriedigung) — ein häufiger aber ganz grundloser Gedanke[1]) — sondern umgekehrt der Begriff resp. das Vorhandensein des Ganzen ist immer schon stillschweigend vorausgesetzt, wenn man vom Gebahren des Einzelnen spricht.

Derjenige, der den gesellschaftlichen Charakter der Wirtschaft, also heutzutage das Vorhandensein einer Sozialwirtschaft als etwas Wesenhaften leugnet und im beliebig konstruierten „typischen“ Individuum das Wesen aller wirtschaftlichen Dinge zu finden vermeint, versetze sich einmal im Geiste nackt oder auch im Besitz aller möglichen Produktionsmittel in die Wildnis, da wird er fühlen,

[1]) Sehr gut dargelegt von Rodbertus (Beleuchtung S. 25 f.).

was für ein wichtiges Wesen das Individuum ist, wie fest es auf den eigenen Füßen steht und was alles in der Wirtschaft sich aus seiner Individualität erklären läßt. Eine ebendahin versetzte Maus ist ein Gott an Selbständigkeit im Vergleich mit dem Kulturmenschen, dessen Leben im Boden der Sozialwirtschaft wurzelt.

Das Einzelvermögen und die in der einzelnen Unternehmung geleistete Arbeit haben für sich betrachtet keinen Sinn, können nur verstanden werden im Hinblick auf das ungeheure Ganze, zu dem sie gehören. Die Sozialwirtschaft ist also keineswegs eine Abstraktion, ein bloßes Gedankenwesen, wie man bis auf den heutigen Tag gelegentlich behaupten hört, sondern sie ist das eigentlich Reelle, in sich selbst Ruhende, durch sich selbst Verständliche, während die Einzelwirtschaft für sich, als isolierte Erscheinung betrachtet, ganz unerklärlich ist.

Ein Mann besitzt große Gebäude, in denselben ungeheure Kessel und Heizvorrichtungen, allerlei Maschinen, gewaltige Vorräte von Palmöl, Olivenöl, Rapsöl und anderen Fettstoffen, mannigfaltige Parfümerien, große Mengen von Soda und Steinkohlen und beschäftigt in und mit diesen Dingen eine erkleckliche Anzahl von Arbeitern täglich 11 Stunden lang, jahraus, jahrein.

Und was ist das Resultat?

Ungeheure Massen von Seife, während er samt seinen Leuten im Jahr nur etliche Dutzend Kilogramm verbraucht.

Aber näher besehen macht der Mann mit all dem ungeheuren Aufwand an Gütern und Arbeitskräften auch nicht einmal wirklich Seife, sondern es werden auf seinen Befehl nur gewisse Stoffe erhitzt und durcheinandergemischt, man läßt das Gebräu dann kalt und hart werden, schneidet es in Stücke u. s. w. Aber die Stoffe, die Gebäude, die Kessel, die Maschinen wurden nicht von denselben Leuten gemacht, obwohl sie diesen zu ihrer besonderen Arbeit unentbehrlich sind. Es wird also in dieser Fabrik nur ein sehr geringer Teil der Arbeit geleistet, welche unbedingt notwendig ist, damit schließlich Seife entstehe, sie zeigt nur den Schlußakt des ganzen Entstehungsprozesses, der sich weithin über das Erdenrund, in verschiedenen Kontinenten und auf verschiedenen Meeren, über und unter der Erde, unter Menschen verschiedener Rasse abspielt, in alle Produktionsgebiete einschlägt. Und der Fabrikant lebt keineswegs von Seife, sondern von allerlei guten und schönen Sachen, die mit Seife nicht die mindeste Ähnlichkeit haben.

Alles, was er hat und tut, wäre sinnlos für uns Beobachter,

wenn wir nicht wüßten, zu welcher Welt von wirtschaftlicher Gesamttätigkeit diese einzelne Wirtschaft gehört.

Wir sehen auf dieser Stufe der Entwicklung den einzelnen Unternehmer, wenn wir ihn in seiner Betriebsstätte betrachten, als Produzenten einer Masse von Gütern, die er nicht brauchen (und in der Tat auch nicht produzieren) kann. Sehen wir ihn uns in seinem Haushalt an, so zeigt er sich als Konsument einer Masse von Gütern, an deren Entstehung er keinen Anteil hat. Einzelhaushalt und Einzelbetrieb (= Unternehmung) stehen — für sich ins Auge gefaßt — also hier in gar keinem sichtbaren Zusammenhang. In der Naturalwirtschaft haben wir nichts als den Haushalt, er umfaßt Produktion und Konsumtion, beide stehen in handgreiflichster Verbindung, sie erklären einander vollständig, der Haushalt ruht in sich, ausgenommen etwa, wenn er auf einem steuer- oder abgabenartigen Einkommen beruht.

Im übrigen ist ein selbständiger Haushalt ohne Besitz und Betrieb von Produktionsmitteln hier nicht denkbar. Wer nicht Besitzer[1]) ist, gehört dem Haushalt eines Anderen an. Daher die Unfreiheit der Familienangehörigen selbst bis ins Alter, sowie der Arbeiter, die patria und dominica potestas.

In der Geldwirtschaft hingegen kann man bloßer Besitzer und bloßer Arbeiter sein und dennoch seinen eigenen Haushalt haben in voller Freiheit. Man braucht nicht selbständig, mit eigenen Mitteln, zu produzieren, um aus eigenem Rechte über irgend ein Einkommen zu verfügen. Man braucht nur der Unternehmung sein Vermögen oder seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen oder irgendwie direkt oder indirekt, z. B. durch die Vermittlung des Staates, mit ihr in Verbindung zu stehen.

§ 30. Ware.

Der Unternehmer setzt mit eigenem oder fremdem, ihm unter gewissen Bedingungen überlassenem Vermögen einen Teil der in der Gesellschaft vorhandenen Arbeitskraft in Bewegung, um Güter für den gesellschaftlichen Bedarf herzustellen (den Konsumenten zur Verfügung zu stellen resp. irgend etwas vorzunehmen, was dazu führt). Solche Güter sind zum Austausch bestimmt und wir

[1]) Auch der Leibeigene und Hörige kann im wirtschaftlichen Sinn als Besitzer gelten, wenn ihm Land zugeteilt ist.

nennen sie Waren. Waren können auch schon bei vorwiegender Naturalwirtschaft vorkommen; die Entwicklung der Geldwirtschaft will nur sagen, daß ein immer größerer Teil der Produkte als Ware hergestellt, von vornherein zum Austausch, zur Befriedigung der Bedürfnisse anderer, die ein Entgelt dafür geben, bestimmt ist. „Warenproduktion und Warenzirkulation können stattfinden, obgleich die weit überwiegende Produktenmasse, unmittelbar auf Selbstbedarf gerichtet, sich nicht in Ware verwandelt“ (Marx, Kapital I. S. 146). Es ändert nichts am Charakter der in die Zirkulation eingehenden Produkte, auf Basis welcher Produktionsweise (urwüchsiges Gemeinwesen, Sklavenproduktion, kleinbäuerliche u. s. w.) sie produziert wurden. Sie sind Waren (ebenda III. S. 309). Das heißt nichts weiter als: in irgend einem Umfang kann die Produktion von Waren sehr frühzeitig beginnen und in Bezug auf diesen Umfang ist der Eigentümer der zum Austausch bestimmten Produkte als Unternehmer anzusehen. Nur-Unternehmer, Unternehmer sans phrase ist er erst, wenn alle Produkte die Warenbestimmung haben.

Ein Übergang von Produkten aus einer Hand in die andere, sogar schon während des Verlaufs ihrer Produktion, findet zu allen Zeiten und in allen Wirtschaftsformen statt, sobald eine irgend nennenswerte Arbeitsteilung sich ausgebildet hat.

Daß dieser Übergang nunmehr sich in der Form eines entgeltlichen Rechtsgeschäfts, des Tausches (Kaufs und Verkaufs), vollzieht, ist lediglich die Folge davon, daß alle Güter sich im Privateigentum von irgend jemand befinden[1]) und nun den Eigentümer wechseln müssen. Solange das Gut in allen Stadien seiner Produktion Einem Herrn gehört und, wenn es fertig ist, im Umkreis von dessen Herrschaft verbraucht wird, findet selbverständlich beim Übergang von einem Stadium der Produktion zum andern und bei der Zuteilung zur Konsumtion kein Tausch statt. Ebenso wäre es bei einer Wirtschaft nach dem Ideal gewisser Sozialisten, wo sämtliche Produktionsmittel dem Staate gehörten.

Anders unter dem Regime des Sondereigentums, beim unternehmungsweisen Betrieb.

Denn der Unternehmer produziert für andere, die ihn nichts angehen; sein Vermögen nimmt, damit er seine besonderen Operationen vornehmen könne, eine Form an, die es zur Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse ganz oder fast ganz untauglich macht. In diesem Sinn kann man von ihm ja sagen: er opfert sein Vermögen für fremde Bedürfnisse. Und das kann er natürlich nur, wenn diejenigen, für deren Bedürfnisse er sorgt, direkt oder indirekt auch für seine Bedürfnisse sorgen, und zwar für seine produktiven und konsumtiven Bedürfnisse. Soll sein Geschäft fortbestehen, so muß die Gesellschaft ihm beständig alles das liefern, was er zu seiner besonderen Produktion braucht, und dazu, was er zum Leben nötig hat, also Ersatz des aufgewendeten Vermögens und Überschuß[1]) für eigenen konsumtiven Bedarf, letzteren als Entgelt für das, was *seine* Unternehmung (wenn auch nicht notwendig er selbst) leistete, — produzierte.

[1]) „In der Tat, nur das Grund- und Kapitaleigentum drückt der Gesellschaft den „Charakter einer ‚Tauschgesellschaft‘ auf“ u. s. w. (Rodbertus, Kapital S. 120, s. auch Beleuchtung S. 28f.).

Wir wissen, daß dieser Ersatz nicht direkt in den für seine Produktion und Konsumtion erforderlichen Güterarten geleistet wird, sondern in Geld.

§ 31. Geld.

Ein direkter Austausch von Gütern, welche stofflich zur Befriedigung irgend welcher Bedürfnisse verwendet werden sollen, ist in dem Maße schwieriger, wie die Produktion der Einzelnen (Besitzer) sich spezialisiert und ihr Bedarf nach den Produkten anderer daher wächst.

Wenn von zwei Indianerstämmen, die in freundlichen Be-

[1]) Nach L. Brentano braucht das Geschäft keinen Überschuß. Wenn die „Herstellungskosten“ z. B. eines Zentners Getreide = 2 sind und der Preis des Zentners ebenfalls = 2, so kann nach ihm der betreffende Boden angebaut werden. Der Preis braucht bloß die „Produktionskosten“ zu decken (Agrarpolitik I. S. 73f.). Dies ist ganz richtig, wenn man, wie die Physiokraten, das Einkommen des Landwirts zu den Produktionskosten rechnet. Einen besonderen Eigentümer dürfte es daneben allerdings nicht geben, denn dieser hätte keinen Grund, den Boden bewirtschaften zu lassen. Wenn man die Begriffe verwirren wollte, könnte man event. alle Überschüsse, z. B. die Dividenden der Aktiengesellschaften, als Produktionskosten bezeichnen, dann gäbe es in der Tat gar keine Überschüsse mehr. Man könnte ja sagen: Damit eine Aktiengesellschaft ihre Waren erzeugen kann, muß sie existieren. Damit sie existiert, müssen Aktionäre da sein, denn aus ihnen besteht die Aktiengesellschaft. Damit Aktionäre da seien, müssen sie essen und trinken u. s. w. Ergo gehört ihr Einkommen zu den Produktionskosten der Waren. Doch auf diese Weise mischt man ganz disparate Erscheinungen und Begriffe zusammen, während die Theorie das Ungleiche unterscheiden soll.

ziehungen zueinander stehen, der eine vortreffliche Netze aber keine Pfeile, der andere vorzügliche Pfeile aber keine Netze macht, während im übrigen jeder selbst allen seinen Bedürfnissen genügt, so brauchen sie nur im Jahre ein- oder zweimal zusammenzukommen und die zwei Produktenarten auszutauschen (vielmehr sich gegenseitig damit zu beschenken — denn vom Schacher wollten sie nichts wissen, bevor sie von den Europäern mit Kultur infiziert worden), und alles ist ohne Mühe und Umstände in bester Ordnung.

Allein in dem Maße, wie die Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Eigentümern fortschreitet und jeder mehr und mehr auf den Erwerb fremder Produkte angewiesen ist, wird der Naturaltausch schwieriger, weil die Bedürfnisse nicht mehr so leicht qualitativ und quantitativ zusammentreffen, wie es doch notwendig wäre. Man müßte immer gerade den finden, der das hat, was man eben braucht, und der zugleich braucht, was man eben hat.

Daher schreitet mit dem Bedürfnis nach Austausch parallel die Entstehung und Entwicklung eines allgemeinen (in einem größeren und wachsenden Kreise anerkannten und gebrauchten) Preisgutes[1]), d. h. man gewöhnt sich allmählich daran, irgend eine Gütersorte als einstweilige Gegenleistung im Tausch auch dann anzunehmen, wenn man sie für den eigenen Bedarf nicht verwenden will, bloß weil man mit (wachsender) Sicherheit erwartet, daß ein anderer, dessen Produkte man wirklich braucht, es beim Vertauschen derselben ebenso machen werde.

So zerfällt der ursprünglich einfache, direkte Tauschakt jetzt, bis man sein Ziel erreicht hat, in zwei Akte. Man will irgend etwas für seinen Bedarf durch Tausch erwerben. Zu diesem Zweck gibt man sein Produkt hin und empfängt das Preisgut. Sodann gibt man das Preisgut hin und empfängt endlich das Gewünschte.

Welches Gut als Preisgut dient, das ist eine Frage der besonderen Umstände und Verhältnisse einer konkreten arbeitsteiligen Gesellschaft. Doch können wir uns wohl denken, welche Eigenschaften vor allem eine Güterart haben mußte, um überhaupt in diese neue Funktion hineinzugeraten.

Das Gut mußte einem sehr weitverbreiteten Bedürfnisse entsprechen, denn hierin lag zunächst, im Anfang dieses Prozesses, eine gewisse Garantie, daß man es im Austausch leicht wieder anbringen

[1]) Sehr gut dargestellt von Rodbertus (Zur Erkenntnis S. 155ff.).

konnte. Und es mußte ferner keine besonderen Schwierigkeiten in Bezug auf einstweilige Verwahrung und Erhaltung machen, sodaß man nicht viel riskierte, wenn man es nicht sogleich wieder vertauschen konnte.

Je nach den besonderen Umständen und Zuständen der Wirtschaft kamen diese Eigenschaften an verschiedenen Orten gar verschiedenen Güterarten zu,[1]) die sich also unter ganz speziellen Verhältnissen zum Preisgut mehr oder weniger qualifizierten.

Schließlich trugen, wie bekannt, die Edelmetalle überall den Sieg davon, weil sie sich in viel höherem Grade als alle anderen Arbeitsprodukte zu diesem Dienste eigneten.

Sie sind schon in Urzeiten und selbst bei primitivsten Zuständen außerordentlich beliebt, weil man sich mit ihnen schmücken kann. Die Lust am Schmuck ist uralt, der Naturmensch schon ist sehr eitel.

Sie sind sehr leicht aufzubewahren und zu transportieren, weil sie nicht verderben und relativ immer sehr kostbar sind, sodaß schon kleine Massen im Tausch große Dienste leisten.

Sie sind durchaus in reinem Zustande von gleicher Qualität und daher in gleichen Mengen gleich geschätzt.

Ihre Gewinnung erfordert vielfach keine schwierige Technik und auch ihre Bearbeitung ist verhältnismäßig leicht.[2])

Ursprünglich konnten die Edelmetalle nur in solchen Ländern und Gegenden zum Preisgut werden, wo sie entweder in größeren Mengen unschwer gewonnen wurden, oder wo schon in naturalwirtschaftlicher Zeit eine sehr reiche Klasse existierte, die solchen

[1]) „Geld ist für jeden Stamm diejenige Tauschware, die er nicht selbst hervorbringt, wohl aber von Stammfreunden regelmäßig eintauscht. Denn sie wird ihm naturgemäß zum allgemeinen Tauschmittel, gegen das er seine Produkte hingibt“ (K. Bücher, Wirtschaft der Naturvölker, S. 32). So mag wohl die allererste Spur des Geldes aussehen.

[2]) „Nun wäre es aber sehr mühsam und kostspielig, immer die überschüssige Menge unserer Waren mit uns zu führen, um sie gegen die Waren, an denen wir Mangel haben, einzutauschen; denn einmal würden sie zu viel wiegen, zweitens könnten sie nicht so weit transportiert werden, ohne Schaden zu leiden, und drittens vermöchte man sie auch nicht so genau abzumessen, da wir von unseren Waren stets entweder mehr oder weniger mitbringen würden, als was dem Werte der anderen Waren, die wir dagegen in Empfang nehmen, gleichkäme. Deshalb wurden die Metalle Gold und Silber als Waren, die nur wenig wiegen, am höchsten im Werte stehen, am wenigsten mühsam zu transportieren und beim Transport am wenigsten Beschädigungen und Ver-

Luxus in Schmuck, Ausstattung der Wohnung, Geräten, Waffen, Kunstgebilden zu treiben in der Lage war, indem sie den Stoff dazu, die Edelmetalle, direkt aus den Produktionsländern herbeischaffte (die Phäaken bei Homer), kurz, wo schon in naturalwirtschaftlicher Zeit Edelmetall reichlich in Gebrauch stand.

Ist es aber unter solchen Umständen einmal irgendwo als Preisgut in Gebrauch gekommen, dann kann es sich von da aus durch den Verkehr bei anderen Völkern möglicherweise schon sogleich als Geld (nicht bloß als Bedürfnisgegenstand) verbreiten.

Wir nennen Geld ein solches Gut, welches in jedem Tauschfall regelmäßig als einstweiliges Äquivalent für jedes andere Gut angenommen wird, mit der Absicht, es wieder als Äquivalent zu verwenden.

Der Staat hat, wie man sieht, mit der Entstehung des Geldes nichts zu tun. Geld kann entstehen und ist unzweifelhaft entstanden ganz ohne Staat und vor dem Staat.

Der Staat kann nur das Gut, das die freie Aktion der Gesellschaft, der Drang des wirtschaftlichen Bedürfnisses zum Gelde gemacht hat, als solches in seinem Rechte anerkennen und vermittelst seiner Autorität die Umlaufsfähigkeit (Dienstfähigkeit) dieses Gutes verbessern (event. auch verschlechtern). Dies tut er, indem er das Geldwesen zum Gegenstand seiner Gesetzgebung macht und vor allem, indem er Münzen prägt, d. h. Stücke von Edelmetall herstellt und als von ihm hergestellt (durch das Gepräge) kenntlich macht, für deren Gewicht und Feingehalt er garantiert, sodaß niemand mehr das Preisgut im einzelnen Fall, wo er es annimmt, zu wägen und zu probieren braucht und die Stücke ohne Umstände von Hand zu Hand gehen können.

Die Münze entsteht also durch den Staatswillen, nicht aber das Geld. Geld muß da sein, bevor es in Münzform auftreten kann. Die Münze ist nicht das Geld, sondern das Geld kann auch in Gestalt der Münze erscheinen. Das Geld ist nichts als eine natürliche Folge der fortschreitenden Arbeitsteilung und des darauf beruhenden Tauschbedürfnisses.

---

letzungen unterworfen sind und die ohne jeden Verlust in viele Stücke und Teile geschnitten und geteilt werden können, zu Tauschwaren (to be as the meane wares) bestimmt, mittels deren man alle anderen Waren austauschen könnte" u. s. w. William Stafford, Drei Gespräche über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen, herausgegeben von Em. Leser (S. 72). Das Buch wurde zuerst im J. 1581 gedruckt.

Karl Menger (Handwb. Art. „Geld") erklärt die Entstehung des Geldes aus der „verschiedenen Absatzfähigkeit der Güter". Daß er dabei ausdrücklich einen förmlichen und sogar flotten „Markt" ohne Geld voraussetzt, ist Nebensache, stimmt aber vorzüglich zu den früher geschilderten Eigentümlichkeiten der „Subjektiven". Wenn aber „der Austausch von minder absatzfähigen Waren gegen solche von höherer Absatzfähigkeit im ökonomischen Interesse jedes einzelnen wirtschaftenden Individuums gelegen ist", so muß doch wohl der Austausch von Waren höherer Absatzfähigkeit gegen minder absatzfähige das Interesse jedes einzelnen Individuums verletzen. Dann aber ist schwer zu verstehen, wie die glücklichen Besitzer der absatzfähigeren Ware diese hergeben! Die absatzfähigere Ware wäre die, nach welcher jeder strebte, die also jeder in seine Hände zu bekommen suchte. Wer sie in Händen hätte, müßte sie demnach festhalten und so würde die absatzfähigste Ware sich durch gänzliche Absatzlosigkeit auszeichnen.

Wir denken hingegen, in einer einigermaßen von der menschlichen Vernunft beherrschten und durchdrungenen Wirtschaft müssen durchschnittlich, im normalen Zustand, der ja freilich nie absolut vorhanden ist, alle Sorten von Gütern ungefähr gleich „absatzfähig" sein, gleich leicht ausgetauscht werden können, indem von jeder gerade soviel zu Markte gebracht wird, als man auf demselben gegen normale Gegenleistungen (reguliert durch den Durchschnittsprofit) begehrt.

Wenn auf einem Jahrmarkt 100 Uhren und 20000 Kilo Weizen abgesetzt wurden, welches war die absatzfähigere Ware?

Das ist eine dumme Frage, wird jeder sagen. Aber entspringt sie nicht der Betrachtungsweise der Subjektiven?

Ist das Geld absatzfähiger als andere Waren oder Güter? Daß die Produzenten von Waren (Kaufleute inbegriffen) dieselben gegen Geld absetzen wollen, das liegt doch im Begriff der Ware schon enthalten. Aber ebenso liegt im Begriff des Geldes, sofern es ein Tauschmittel ist, daß man das Geld gegen irgend welche Waren absetzen will. Der Warenbesitzer verkauft doch gegen Geld, um für Geld Waren zu kaufen. Also sind immer beide gegeneinander abzusetzen. Man gibt gewiß eine Summe Geldes nicht für zu wenig Ware, aber man gibt ein Quantum Ware auch nicht für zu wenig Geld. Das ist der normale Fall. Ausnahmefälle können vorkommen, aber nach beiden Richtungen.

Man kann wohl, wie es schon oft geschehen, mit Recht sagen: das Geld hat, vermöge der Produktionsweise seiner Materie, wegen seiner Dauerhaftigkeit (die nicht bloß physisch ist, sondern auch aus seiner Funktion, die keinen Konsum fordert, hervorgeht) u. s. w., einen konstanteren Tauschwert, als einzelne Warengattungen (in gewissen Perioden macht auch er gewaltige und sehr rasche Sprünge) — aber doch nicht als die Warenwelt überhaupt, mit der es sich ja beständig austauscht, die sich ja beständig gegen Geld absetzt.

Wenn das Geld sich dadurch auszeichnet, daß es sich gegen andere Güter „zu den der allgemeinen ökonomischen Sachlage entsprechenden Preisen“ austauscht, so tauschen offenbar auch diese Güter sich gegen das Geld in den der Sachlage entsprechenden Quantitäten aus.

Dagegen setzt Menger „Zwangsverkäufe“ von Waren, wobei man für die Ware viel zu wenig Geld bekommt, also einfach schlechte Preise (unterdurchschnittliche, anormale).

Der umgekehrte Fall, der Zwangskauf zu überdurchschnittlichen, anormalen Preisen, ist aber ebensogut möglich. Wie oft kommt es vor, daß die Besitzer gewisser Waren eine lange Zeit hindurch durch hohe Geldpreise enorme, ja stetig wachsende Profite machen! Der Profit kann, wenn es sich z. B. um Naturprodukte handelt und Grundbesitz und Bewirtschaftung persönlich getrennt sind, zum größten Teil dem Grundbesitzer zufallen und Grundrente genannt werden, das ändert nichts an jenem Mißverhältnis zwischen wirklichen Produktionskosten und Produktenpreisen, wodurch diese anormal werden. Wenn Menger alle Geldausgaben, die man für wirkliche Bedürfnisse macht, „Zwangskäufe“ nennt und meint, diese gehen so flott von statten, daß man sich garnichts dabei denkt, so ist das eine sehr beliebige Ausdrucksweise. Seinen „Zwangsverkäufen“ gegenüber müsste er als Zwangskäufe solche Situationen denken, wie etwa die der hungernden Belagerten von Paris gegenüber den Besitzern von Lebensmittelvorräten. Sonst ist auch jeder berufsmäßige Verkauf als Zwangsverkauf zu bezeichnen, mag er auch noch so flott und profitabel von statten gehen.

Ein anderer, immer wieder auftretender, aus grundfalschen Vorstellungen über die Entstehung des Geldes entspringender Irrtum ist der, daß das Ding, das wir als Geld verwenden, gar nicht notwendig ein wirtschaftliches Gut zu sein brauche, nicht ein

durch Arbeit gewonnener, zur Befriedigung natürlicher menschlicher Bedürfnisse brauchbarer Stoff, der also, schon vermöge seiner Beschaffungsweise, einen bestimmten Wert repräsentiert, kurz daß man nicht nur ein in allem Wesentlichen den übrigen Gütern gleichstehendes Gut als Geld benutzen könne.

So spricht noch am Ende des 19. Jahrhunderts Richard Goldschmidt (Was ist Geld? Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Fragen, 1894) von der imaginären Natur des Geldes, findet im Papiergeld den Beweis dafür, daß dem Gelde nicht notwendig Warenqualität beiwohnen müsse (S. 5) und meint (S. 12), daß das Papier „für die rein ideelle Kraft des Wertmessers ganz ebensolche Dienste zu leisten vermag, wie das Edelmetall“.

Und Theodor Fritsch (Zwei Grundübel. Bodenwucher und Börse, 1894) sagt geradezu: „Wir bekämpfen die Anschauung, als habe das Geld, insbesondere das Gold, einen in sich selbst begründeten Wert .... Ein Sack voll Goldstücke ist .... an sich nicht viel mehr wert, als ein Sack voll abgestempelter (!) Briefmarken (S. 162f.). .... Geld soll nichts anderes sein als eine Zahl-Marke, ein eingebildeter Wert.[1]) Sorgt man nur durch Stoff und Gestaltung für erschwerte Nachbildung, so ist es ganz gleichgiltig, woraus das Geld besteht. Papier ist ein ganz vortreffliches Zahlungsmittel“ (S. 267).

Gegen alle solche Einbildungen, welche Verträge, Rechte, Forderungen, Versprechungen den Gütern, auf die sie sich beziehen, absolut gleichstellen, hilft eine einfache Gedankenoperation. Man nehme einmal an, Deutschland oder irgend ein Staat lasse eine Anzahl höchst künstlich ausgestatteter Zettel, die niemand nachmachen könnte, drucken, und auf einigen davon stehe: $^1/_2$ Stern, 1 Stern, 2, 5, 10 Sterne, auf anderen $^1/_2$ König, 1 König, 2, 5, 10, 100 Könige. Und jetzt frage man sich, was ist mehr wert, 1 König, oder 1 Stern? oder: wieviel Könige würden Sie für Ihren schönen Mastochsen verlangen?

Daß ein Zettel, auf dem jemand eine bestimmte Menge Gold jedem Inhaber zu geben (Banknote), oder den er statt einer be-

[1]) Treffend bemerkt Marx (Kapital II. S. 349): bei sozialistischer Produktion wären die papiernen Anweisungen, wofür etwa die Produzenten „den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen“, kein Geld. „Sie zirkulieren nicht.“ — Ich glaube, man könnte noch treffender sagen: sie wären ebensowenig und in gleicher Weise kein Geld, wie heute die Gehaltsquittungen der Beamten.

stimmten Menge Gold von Jedem anzunehmen (Papiergeld) verspricht, unter Umständen — wenn man nämlich des Gebens und Annehmens sicher ist — ebenso wie die betreffende Menge Gold angenommen und weiter gegeben werden kann, ist gewiß, aber nichts besonderes, gerade dem Gelde eigentümliches. Es ist auch in Bezug auf Baumwolle, Zucker, Getreide, Kupfer u. s. w. denkbar. Aber niemanden wird es darum einfallen zu glauben: ergo brauchen wir, um solche Zettel unter die Menschen zu bringen, keine Baumwolle, keinen Zucker u. s. w. Wie der Zettel ohne die Baumwolle gar nichts, absolut gar nichts als ein Fetzen Papier ist, obwohl man ihn demjenigen, der ihn statt Baumwolle anzunehmen versprochen hat, dafür aufdrängen kann, so der Zettel ohne das Gold. Irgendwie und irgendwo muß es dafür zu haben sein resp. gerade dafür angenommen werden, und auch letzteres kann es nur, wenn Gold mit einem bestimmten Werte im Verkehr ist. Sonst könnte man ja statt Gold auch Lala auf den Zettel schreiben. Daß solche Zettel in der Tat keineswegs Geld, sondern nur schriftliche, formale Versprechen in Bezug auf Geld sind, ist sehr leicht zu erweisen. Man behalte alles Gold eines Landes in den Kellern seiner Banken und gebe ein Übermaß von Zetteln dafür aus. Nun werden diese, wie man sich ausdrückt, im Werte (oder Kurse) beträchtlich sinken, eben weil niemand glaubt, daß man die darauf gedruckten Versprechen halten könne. Wird aber auch das Gold in den Kellern der Bank im Werte sinken? Wenn die Zettel ebenso Geld sind wie das Gold, dann bilden sie zusammen mit dem Golde das Geld des Landes und alles muß den gleichen Wert haben.

Selbstverständlich ist auch Silber nicht Geld, wo Gold Geld ist, sondern wird statt Goldes nur auf Kredit genommen, kann mithin, wie die Banknoten, einen wechselnden Kurs haben, jenachdem wirklich Gold dafür zu haben ist, hat aber freilich stets einen inneren Wert als Ware.

Baumstark teilt in seiner Übersetzung von Ricardo's Hauptwerk (S. XXf.) mit, Ricardo zeige in seiner Schrift Proposals for an economical and secure Currency etc., daß man keines Umlaufsmittels bedürfe, das an und für sich einen inneren Wert habe, sondern vielmehr den Umlauf mit Papiergeld besorgen könne, wenn man nur die Menge desselben in gehörigen Schranken zu halten wisse; daß so der Kurs des Papiergelds auf dem Gleichstande mit jenem des Edelmetalls und sogar noch höher erhalten werden könne; daß man, um das Papiergeld so zu halten,

nicht nötig habe und nicht klug tue, es gegen Münzen nach Verlangen einzulösen[1]), sondern vielmehr zur Garantie der Einlösung bloß Goldbarren von bestimmtem Gewicht und Feingehalte erforderlich seien; daß man bei dieser Maßregel den Kurs des Papiergeldes stetig erhalte und sich vor den Übelständen einer zu großen Menge von Papiergeld bewahre. Das widerspricht natürlich nicht unserer Auffassung. Zum Umlauf kann man ja die Zettel sehr wohl verwenden, so lange Gold genug da ist, um, wenn es nötig wird, an ihre Stelle zu treten. So lange es nicht nötig ist, behilft man sich eben mit Kredit statt des Geldes, dadurch wird aber der Kredit nicht selbst Gold, ebensowenig wie ein Warrant je Baumwolle wird, obwohl er so lange deren Stelle vertreten kann, als man sie selbst nicht braucht.

Das Geld ist, wie wir gezeigt zu haben glauben, seinem Ursprung nach vor allem und wesentlich Tauschmittel. Es tritt als Vermittler des Tausches zwischen zwei andere Güter, nämlich zwischen das, was einer Person gehört, aber von ihr nicht gebraucht werden soll, und das, was sie (zu irgend einem Zwecke) gebrauchen resp. haben will, aber noch nicht besitzt. Durch diese Vermittlung erst wird der Austausch bequem und sicher, sie ist die Vorbedingung für eine freie Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Dient aber ein Gut als Preisgut oder Tauschmittel, was dasselbe ist, so wird es auch ganz von selbst „Wertmaßstab“[2]), nämlich die Austauschverhältnisse aller anderen Güterarten werden nunmehr in Quantitäten des Preisgutes ausgedrückt und sind nun viel leichter übersehbar und vollkommen deutlich.

M. a. W.: jede beliebige Quantität einer jeden Güterart hat einen Geldpreis, d. h. sie läßt sich jeweilen gegen ein bestimmtes Quantum von Gold oder Silber eintauschen. Kennt man diese Geldpreise der Güter, so sind damit auch schon die Verhältnisse gegeben, in denen die Güter selbst im Tauschverkehr zueinander stehen. Die Rechnung ist einfach, es ist alles qualitativ Verschiedene auf ein Gleiches reduziert, das nunmehr nur noch durch Quantität sich unterscheiden kann.

Möglich ist es ja, daß irgend eine Güterart, die nicht oder

[1]) S. auch S. 322.

[2]) In welchem Sinne dieser Maßstab etwas mit dem Werte zu tun hat, resp. was hier unter Wert zu verstehen ist, das werden wir später deutlicher machen.

noch nicht als Tauschmittel dient, als Mittel zur Schätzung anderer Güter (Wertmaßstab) gebraucht wird. Allein wenn sie nicht als Tauschmittel dient, so hat diese Schätzung doch wohl nur einen rein subjektiven Charakter und setzt keinen Verkehr, keinen Austausch voraus. Das ist dann von derselben Bedeutung, wie wenn etwa heute jemand sagen würde: ein Flußbad ist mir ebenso lieb wie ein Liter Bier — vielleicht von noch geringerer.

Ein Gut, das als Tauschmittel dient, muß notwendig Wertmaßstab werden, ist es schon in dem Grade und Umfang, wie es Tauschmittel ist. Ein Gut, das in dem obigen, ich möchte fast sagen poetischen Sinne Wertmaßstab ist, braucht aber gar nicht Tauschmittel zu werden.

§ 32. Kredit als Geldsparer.

Derjenige Teil des vorhandenen Edelmetalls, der in Münz- oder Barrenform als Geld dient, befriedigt während dieses Dienstes selbstverständlich kein persönliches Bedürfnis, weder als Produktions- noch als Konsumtionsmittel, sondern nur das gesellschaftliche Bedürfnis eines möglichst bequemen Verkehrs. Kann man für diesen Zweck an Edelmetall sparen, ohne daß die Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs darunter leidet, so wird das ökonomische Prinzip hier wie überall, wo mit weniger Arbeit gleicher Erfolg erzielt werden kann, diese Ersparnis fordern. Die Edelmetalle sind für den Menschen Arbeitsprodukte; wendet der Einzelne nicht selbst die zu ihrer Beschaffung notwendige Arbeit an, so muß er sie durch Hingabe anderer Arbeitsprodukte erlangen. Wenn also mit weniger Edelmetall ein gleich großer Verkehr oder mit gleichviel ein größerer durchgeführt werden kann, so können alle persönlichen Bedürfnisse der Menschen, alles, was ihr Wohl erfordert, ebensogut und mit weniger Arbeit, oder bei gleichviel Arbeit besser befriedigt werden. In diesem Sinne sagt Marx mit Recht, die gesamten Produktionskosten von Gold und Silber seien „faux frais der kapitalistischen, überhaupt der auf Warenproduktion gegründeten Produktionsweise . . . . Soweit bei gleichbleibender gegebener Stufenleiter der Produktion oder bei gegebenem Grad ihrer Ausdehnung die Kosten dieser teuren Zirkulationsmaschinerie vermindert werden, soweit wird dadurch die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit gesteigert“ (Kapital II., S. 336).

In dieser Beziehung leistet nun der Kredit außerordentliches,

insbesondere dadurch, daß an Stelle von wirklichem Geld bloße Geldforderungen verwendet werden. Die einfache Formel dafür ist diese: A hat von B x Franken zu fordern und an C x Franken zu zahlen. Er begleicht seine Geldschuld an C, indem er diesem seine Forderung an B abtritt. Nimmt man an, daß B eine große, weithin bekannte, im allgemeinen Vertrauen stehende Bank sei und daß A seine Forderung an sie in Gestalt eines leicht erkennbaren und schwer nachzuahmenden Scheines besitzt und daß diese Forderung jederzeit von jedem Besitzer des Scheines nach Belieben zur Auszahlung in barem Gelde vorgewiesen werden kann, so hat man den Kredit in möglichst hoch entwickelter Gestalt vor sich und begreift, daß ein solcher Schein durch unzählige Hände gehen und in unzähligen Fällen das wirkliche Geld entbehrlich machen kann. Setzt man sodann den Fall, daß die Bank plötzlich das Zutrauen des Publikums in ihre Zahlungsfähigkeit verlieren kann, so erkennt man in den selbstverständlichen Folgen erstens den fundamentalen Unterschied zwischen einer Geldforderung (Banknote) und wirklichem Geld, und kann sich zweitens die Gefahren verdeutlichen, die mit allem Kreditverkehr notwendig verbunden sind.

Das Wesen des Kreditverkehrs leuchtet aber ebenfalls aus diesem typischen Einzelfall hervor:

Du hast wirtschaftliche Güter zu fordern, begnügst dich aber vorläufig mit dem Versprechen, daß man leisten wolle.

Vielerlei Modifikationen lassen sich innerhalb dieses Typus denken und mancherlei Wirkungen können daraus entspringen. Wir hatten hier nur auf die Möglichkeit hinzuweisen, den teuren Dienst des Geldes durch den Kredit innerhalb irgend welcher Grenzen entbehrlich zu machen.

Für die Geldwirtschaft ergeben sich zunächst zwei Fragen:

1. Was wendet der Unternehmer auf? und
2. Wie steht es mit dem Ersatz?

Die Beantwortung der ersten Frage ergibt die Lehre vom Kapital, die der zweiten die Lehre vom Tausch oder Preis.

VI. Kapital.

§ 33. Allerlei Begriffsbestimmungen.

Der Begriff des Kapitals ist auf die mannigfaltigste Weise definiert worden. Fast jeder Autor hat seine besondere Definition und die wenigsten halten im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen daran fest.

Man kann jedoch im allgemeinen sagen, daß alle Theoretiker, die nicht bloß schulmäßig spintisieren, sondern das reale wirtschaftiche Leben im Auge haben, unter Kapital stets faktisch, wenn auch nicht immer formell, irgend welches Vermögen verstehen, das seinem Besitzer eine Rente abwerfen soll. Welches Vermögen gemeint ist, das hängt dann hauptsächlich von den jeweilen herrschenden Anschauungen über die Rentabilität verschiedener Geschäftszweige, m. a. W. über die Quellen des Reichtums ab.

Denkt man sich, wie so viele Schriftsteller des 17. und 18. Jahrhunderts, daß die Quelle des Reichtums für jedes Land ausschließlich oder wesentlich im Außenhandel liege [1]), so liegt es sehr nahe, unter Kapital vor allem das Geschäftsvermögen des Kaufmanns, der ja zumeist auch die Exportindustrie betrieb oder beherrschte, zu verstehen. Der Kaufmann aber braucht vor allem Geld, das er nur in Waren umsetzt, um diese möglichst rasch wieder in möglichst viel Geld zu verwandeln. Und so sehen wir denn, daß die Schriftsteller dieser Periode unter Kapital wesentlich Geld verstehen, das neues Geld einbringt, eine charakteristische Auffassung für die Zeit der ersten großen Entfaltung der Geldwirtschaft und des Kapitalismus.

[1]) James Steuart (Inquiry into the principles of political economy 1767) sagt geradezu: sowie der ausländische Handel aufhört, kann die Masse der inländischen Reichtümer nicht mehr vermehrt werden (B. II Abschnitt 25). L. Forbonnais erklärt, daß ein Staat alles das gewinne, was er ins Ausland verkauft, und alles das verliere, was er von ihm kauft (Elémens du commerce, 1754, I. Kap.).

Es folgt sodann die philosophische Schule der Physiokraten, welche gegenüber der geschäftsmännischen Oberflächlichkeit und Einseitigkeit der Merkantilisten dem Reichtumsproblem bis auf den Grund nachspüren wollen und finden, daß aller über die Reproduktionskosten hinausgehende, also nicht zur bloßen Fortsetzung der Produktion erforderliche und daher beliebig verwendbare oder disponible Reichtum lediglich aus der Natur komme, in Form von Rohstoffen.

Daher ist nur diejenige Arbeit in diesem höheren Sinne, daß mit ihr ein disponibler Reinertrag (über den notwendigen Reproduktionsaufwand hinaus) verbunden ist, produktiv, welche auf den Boden verwendet wird, und nur dasjenige Vermögen ist, wie wir folgern müssen, Kapital, welches diese Arbeit ermöglicht und fördert. Denn nur dieses Vermögen beschafft in normalen Verhältnissen Reinerträge [1]).

In diesem Sinne rechnet François Quesnay, das Haupt der Schule, nur die Landwirte und Landarbeiter zur produktiven Klasse, will aber auch die Grundbesitzer (la classe des propriétaires) nicht mit den Unproduktiven, den Sterilen (tous les citoyens occupés à d'autres services et à d'autres travaux que ceux de l'agriculture) verwechselt wissen, weil sie von ihrem Einkommen doch immer etwas aufwenden für ihr Land (pour les réparations de leur patrimoine . . . . . la conservation et l'amélioration de leur biens) Siehe seine berühmte Analyse du tableau économique. Übrigens spricht Quesnay in diesem Sinne nie von Kapital, sondern nur von avances. Wohl aber seine Nachfolger.

Adam Smith dehnt den Begriff der Produktivität und Rentabilität bekanntlich auf alle güterschaffende Arbeit aus und muß hiernach auch den Kapitalbegriff erweitern.

Indessen darf man bei ihm hier wie sonst nicht strenge Definitionen erwarten. Er will im ganzen gelesen und aufgefaßt sein, und darf nicht an einer beliebigen Stelle beim Worte genommen werden. An einzelnen Stellen scheint er, ähnlich den Merkantilisten, nur Geld unter Kapital zu verstehen.

[1]) „Das Rente tragende oder agrikole Kapital ist für sie daher das einzige Mehrwert erzeugende Kapital und die von ihm in Bewegung gesetzte agrikole Arbeit die allein Mehrwert setzende, also vom kapitalistischen Standpunkte aus ganz richtig die einzig produktive Arbeit" (Marx III. 2. S. 317). Bei Quesnay gilt „das in der Agrikultur angewandte Kapital, also das Kapital des Pächters als das einzig wirklich produktive" (ib. II. S. 168).

Sodann, formell anlehnend an den Ausdruck der Physiokraten, versteht er unter Kapital (II. S. 2) die Auslagen und Hilfsmittel produktiver Arbeit, d. h. in seinem Sinne jeder Arbeit, durch welche materielle Güter hervorgebracht werden. Kapital ist hier lediglich ein Vorrat von Lebensmitteln für Arbeiter, von Rohstoffen und Werkzeugen, notwendig infolge der Arbeitsteilung, der die „Anhäufung“ des Vorrats vorausgehen muß.

An der Stelle aber, wo nach seinem eigenen Ausdruck „das Wesen des Kapitals“ dargelegt werden soll (s. Einleitung zum 2. Buch), unterscheidet er im Gesamtvorrat an wirtschaftlichen Gütern, den jemand besitzt, zwei Teile und nennt denjenigen Teil desselben, von dem der Besitzer ein Einkommen erwartet, sein Kapital. Der andere Teil dient zum unmittelbaren Verbrauch und besteht entweder in denjenigen Gütern, die von vornherein zum unmittelbaren Verbrauch aufgehoben wurden, oder in dem nach und nach eingehenden Einkommen aus beliebigen Erwerbsquellen oder endlich in solchen Dingen, die mittels der beiden ersteren in früheren Jahren gekauft und noch nicht vollständig verbraucht worden sind, wie Vorräte von Kleidern, Hausgeräte u. dgl.

Sehr geistreich und durchschlagend ist diese letztere Einteilung nicht gerade.

Der Unterschied zwischen dem Kapital eines Mannes und seiner sonstigen Habe liegt also hier in dem Zweck, dem die betreffenden Produkte dienen sollen. Sind sie zum Erwerb bestimmt, so sind sie Kapital, sonst nicht. Auf welche Art der Erwerb vor sich gehen soll, ist *hier* nicht gesagt.

Ricardo hingegen spricht in seiner Definition gar nicht vom Erwerb, obwohl er nichts als diesen und zwar speziell den Erwerb des Unternehmers im Auge hat. Er sagt: „Kapital ist derjenige Teil des Volksvermögens, welcher auf die Hervorbringung verwendet wird, und besteht aus Nahrung, Kleidung, Werkzeugen, Rohstoffen, Maschinen u. s. w., die notwendig sind, um die Arbeit ins Werk zu setzen und derselben Erfolg zu geben“ (a. a. O. S. 68). Man sieht schon hierin seine hochkapitalistische Betrachtungsweise. Selbst vom Standpunkte eines ganzen Volkes aus (er spricht vom „*Volksvermögen*“) sind ihm die Unterhaltsmittel der Arbeiter — denn *deren* Nahrung und Kleidung meint er — bloße Voraussetzungen oder Hilfsmittel der Produktion, keineswegs deren Zweck, und die Arbeiter also ebenfalls nur Produktionsmittel, die etwa mit Brot gefüttert werden, wie die Dampfmaschine mit Wasser

und Kohlen, d. h. der *Unternehmer* füttert beide für seine Zwecke und nur er, müßte man folgern, samt den hinter ihm stehenden Besitzern bildet das Volk, wenigstens im ökonomischen Sinn. Die Nahrung des Kapitalisten dient zur Fortsetzung seines Lebens, die des Arbeiters zur Fortsetzung der Produktion.

Vom Standpunkt des einzelnen Unternehmers aus ist eine solche Betrachtungsweise ja ganz begreiflich und natürlich, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, den *Ricardo* einzunehmen sich den Anschein gibt, ist sie ganz ungeheuerlich.

Auch *John Stuart Mill* faßt bei Aufstellung seines Kapitalbegriffs scheinbar nicht den Erwerbszweck ins Auge, sondern geht von den Erfordernissen der Produktion aus und findet als ursprüngliche und universelle die Arbeit und die Naturfaktoren und als weiteres Erfordernis einer nicht ganz primitiven Stufe einen „vorgängig angesammelten Vorrat von Erzeugnissen früherer Arbeit“, welche der Produktion in der Weise dienen, daß sie Obdach, Schutz, Gerätschaften und Stoffe, welche zur Arbeit erforderlich sind, bieten und die Arbeiter während des Betriebs ernähren und sonst unterhalten. „Dies sind die Dienste, welche die jetzige Arbeit von der früheren und deren Ertrage verlangt. Alles und jedes, was zu diesem Gebrauche bestimmt wird — also dazu, produktive Arbeit mit ihren verschiedenen Erfordernissen zu versorgen —, ist Kapital“. (Grundsätze der politischen Ökonomie, deutsch von *Soetbeer*, I. Buch, Kap. IV.)

Das ist im Grunde dasselbe, was *Ricardo* sagt, nur etwas verschwommener und man möchte fast sagen sentimentaler. Das Kapital scheint hier wesentlich im Dienste der Arbeit zu stehen.

Jedenfalls verstehen diese Engländer, wo sie sich bestimmt ausdrücken und ernsthaft das Kapital definieren wollen, darunter nur Arbeitsprodukte. Epigonen aller Art haben, teilweise an unsichere und etwas leichtsinnige Stellen in *Adam Smith's* großem Werke anknüpfend, den Begriff nach verschiedenen Richtungen ausgedehnt und insbesondere auch den Boden und sogar die Arbeitskraft des Menschen Kapital genannt. *Ad. Smith* führt, im Widerspruch mit sich selbst, „die erworbenen Fähigkeiten aller Einwohner oder Gesellschaftsglieder“ als „stehendes Kapital“, als einen Teil des Vermögens der Einzelnen wie der Gesellschaft auf (II. Buch, Kap. I.). Nach ihm Viele.

Eine eigentümliche Begriffsbestimmung, die besonders bei deutschen Nationalökonomen Schule gemacht hat, ist entstanden

durch die Einfügung des Wortes „Nutzungen“ in die Definition. So definiert J. B. W. Hermann (Staatswirtschaftliche Untersuchungen über Vermögen u. s. w., 1. Aufl. 1832, zweite 1870) das Kapital als Güter, welche die Grundlage einer Nutzung bilden, die Tauschwert hat.

Und nach Mangoldt (Grundriß der Volkswirtschaftslehre, bearbeitet von Fr. Kleinwächter) zerfällt das Vermögen für die im Verkehr stehenden Wirtschaften 1. in den Verbrauchsvorrat und 2. in solche Güter, welche bestimmt sind, in ihrem Werte dauernd erhalten zu werden und nur durch die Nutzungen, welche sie gewähren, zu dienen. Diese sind Kapital. Das Kapital wird dann weiter eingeteilt in Nutz- und Erwerbskapital. Zu dem ersteren gehören „die sogenannten Gebrauchsgegenstände (Abnutzungsgüter), welche wie Mobilien, Kleider, Wohnhäuser u. s. f. eine dauernde Benutzung gestatten[1]), während das letztere seinem Besitzer ein Einkommen abwirft. Das Erwerbskapital teilt sich wieder in das Leihkapital (welches seinem Besitzer ein Einkommen abwirft, wenn es gegen einen Zins ausgeliehen wird) und das Produktivkapital oder das Kapital im engeren (eigentlichen) Sinne, welches ein Einkommen abwirft, wenn der Besitzer es zur Gütererzeugung verwendet.“

Diese letztere Darstellung geht, wie man wohl bemerkt, im ganzen auf A. Smith zurück und möchte denselben zunächst in der Weise korrigieren, daß es die Grenze zwischen Gebrauchsvorrat und Kapital anders als jener zieht und auch die Gebrauchs-

[1]) Schon J. B. Say spricht von produktiven Kapitalien, die keine Zinsen abwerfen, aber einen Nutzen oder eine Annehmlichkeit produzieren, z. B. silberne Löffel, Schmuck u. dgl. (Traité d'éc. pol., deutsch von Jakob, z. B. I, S. 313, Erweiterungen und Verbesserungen dazu, zusammengestellt von Morstadt, S. 34). Im Cours complet, deutsch von Theobald (4. Bd., S. 146), sagt dieser Meister der flachsten Auffassung: „Es ist in der Tat jedermann Kapitalist, selbst derjenige, der kein Kapital angelegt hat oder umtreibt, sobald er nur einen Hausrat besitzt, denn Hausgeräte sind kein unproduktives Kapital. Sie gewähren täglich Nutzen und eine Annehmlichkeit, die ihren Wert hat. . . . . . . Ein Hausrat von 20000 fr., der mich der Notwendigkeit überhebt, einem Tapezierer 1000 fr. Miete zu bezahlen, bringt mir in der Tat jährlich 1000 fr. ein“ u. s. w. Wenn man sich also durch eine Ausgabe (20000 fr. für Möbel, die in 20 oder mehr Jahren wahrscheinlich unbrauchbar geworden sind) eine andere Ausgabe (jährlich 1000 fr. an den Tapezierer) erspart, so verwandelt sich jene Ausgabe in soviel Ertrag oder Einkommen, als die zweite (ersparte) ausgemacht hätte. Eine köstliche Rechnung!

güter für den eigenen Bedarf zum Kapital rechnet, indem behauptet wird, sie seien, wie das Smithsche Kapital, dazu bestimmt, in ihrem Werte dauernd erhalten zu werden, und hinzufügt, sie werfen, wie das Kapital, Nutzungen ab.

Es wird hier also zwischen denjenigen Gütern, die der Besitzer für seine eigenen Bedürfnisse verwendet, ein wesentlicher Unterschied gemacht, je nachdem sie dem Bedürfnis durch Gebrauch oder durch Verbrauch dienen.

Dies kommt aber lediglich von der Verschiedenheit der Bedürfnisse her und macht keinen Unterschied in der wirtschaftlichen Stellung und Funktion der betreffenden Güter, wie Ad. Smith, der alles das in seinem stock for immediate consumption zusammenfaßt, sehr wohl erkannt hat.

Das Bedürfnis nach warmer Luft wird in der kalten Jahreszeit befriedigt durch Holz und Ofen. Beide im Verein machen das Zimmer warm. Einen weiteren Zweck haben beide nicht und jedes für sich allein ist ohne das andere ein ziemlich unnützes Ding im Zimmer. Nun sagt Mangoldt, der Ofen sei Kapital, das Holz nicht. Warum? Weil das Holz jeweilen verbrannt wird, so oft es dem Zimmer Wärme gibt, der Ofen aber nicht. Deswegen sei der Ofen „bestimmt, in seinem Werte dauernd erhalten zu werden“. Sei er dazu bestimmt oder nicht, jedenfalls gelingt es ihm nicht, seine Bestimmung zu erreichen. Denn vom ersten Moment an, wo ein Stück Holz in ihm angezündet wird, ja vom ersten Moment seiner Existenz an nutzt er sich ab, beginnt er zu zerfallen, wird er durch den Gebrauch und durch die bloße Einwirkung der Außenwelt konsumiert. Es geht langsamer als mit einem Stück Holz, aber es geht ganz ebenso immerfort wie bei dem Stück Holz. Der Unterschied liegt also nur in der Zeitdauer, nicht im Vorgang, nicht im Wesen der Sache. Ein großes Stück Holz brennt auch länger als ein kleines. Und mit welcher Quantität Holz sollen wir den Ofen überhaupt in Bezug auf die Dauer vergleichen? Das kann gar nicht entschieden werden.

Nehmen wir einen nach einer gewissen südrussischen Manier aus Ziegeln und Mörtel erbauten, sehr guten Ofen, der aber die unangenehme Eigenschaft hat, daß er etwa alle drei Jahre neu aufgebaut werden muß. Nehmen wir dazu einen großen Holzstock, der für drei Winter ausreicht. Dann sind nach Verlauf dieser Periode sowohl die Ziegel und der Mörtel, aus denen der Ofen, als die Scheite, aus denen der Holzstock besteht, vollkommen konsumiert, d. h. für ihren

bisherigen Zweck unbrauchbar geworden, denn stofflich vernichtet ist weder das Holz noch der Ofen. Man wird vielleicht sagen: von der Zerstörung des Ofens hat aber der Mensch keinen Nutzen, von der Zerstörung des Holzes aber hat er die Wärme. Das ist falsch aufgefaßt. Offenbar muß der Ofen durch die Heizung zerstört werden, wenn er seine Dienste tun soll. Und ganz ebenso ist es mit dem Holze. Es wäre ja sehr angenehm, wenn das Holz wärmen würde, ohne daß man es anzündete; oder wenn dasselbe Stück jahrelang fortbrennte. Aber so ist eben die Natur nicht eingerichtet, weder in Bezug auf das Holz, noch in Bezug auf den Ofen. Alle Güter werden dadurch, daß man sie zur Bedürfnisbefriedigung verwendet, verbraucht. Das ist nicht zu ändern, mag man sie auch für die Dauer „bestimmen“.

Und nun, was ist von der „Nutzung“ zu halten? Das Wort scheint harmloser, als es ist. Würde man Benutzung sagen, so würde das auf alle möglichen Güter passen und man könnte damit keines zum Kapital machen. Alle Güter müssen einen Nutzen bringen, müssen zu etwas zu benutzen sein; das liegt im Gutsbegriff. Ein Ding, das nicht oder zu nichts benutzt werden kann, ist sicher kein Gut. Aber die „Nutzung“ soll offenbar etwas vom Gut Verschiedenes, ein selbständiges Gut bedeuten, das einem anderen, welches eben deshalb Kapital ist, seine Entstehung verdankt. Man spricht von der Nutzung eines Apfelbaumes und meint damit die Früchte. Man spricht von der Nutzung einer Wiese und meint damit das Gras u. s. w. Die Früchte wachsen aus dem Baum hervor, das Gras aus der Wiese, und wenn jemand den Baum oder die Wiese besitzt oder etwa gar jenen gepflanzt und diese gedüngt oder eingehegt hat, so gehören ihm gerechter Weise auch Früchte und Gras.

Nun aber fragen wir erstens puncto Nutzkapital: worin besteht die Nutzung eines Ofens, eines Rockes, eines Sofas, eines Bettes? ist sie auch vom Gut (Kapital) zu trennen? Ofen und Rock geben oder erhalten Wärme, Sofa und Bett geben dem Körper Ruhe und Bequemlichkeit. Sind Wärme und Bequemlichkeit die Nutzung und sind sie ein besonderes wirtschaftliches Gut? Daß sie mit Recht dem Eigentümer dieser angeblichen Kapitalgüter zukommen, ist absolut selbstverständlich. Aber wie diese „Nutzungen“ sich von den entsprechenden der Speise, des Tranks u. s. w., also des Verbrauchsvorrats unterscheiden, ist ganz unersichtlich. Es sind eben Befriedigungen bestimmter Bedürfnisse, die je nach

der Natur dieser letzteren durch verschiedenartige Benutzung, Verwendung, Konsumtion der betreffenden, den Bedürfnissen entsprechenden Güter erlangt werden. Die Befriedigung selbst ist kein wirtschaftliches Gut mehr, sondern die Wirkung und der Zweck des Gutes.

Und wir fragen zweitens puncto Erwerbskapital und speziell Leihkapital: sind etwa die Zinsen, die der Schuldner zu zahlen hat, ebenso ein Erzeugnis des Kapitals (nämlich einer Geldsumme), wie die Äpfel ein Erzeugnis des Baumes sind? Wenn man so absolut disparate und unvergleichliche Dinge mit demselben Namen bezeichnet und die rechtlichen Voraussetzungen (die Besitzgrundlage) beider ebenfalls mit demselben Namen, so muß das als eine Bejahung jener Frage aufgefaßt werden, und damit begeht man absichtlich oder irrtümlich ein Qui pro quo, welches die angenehme Folge hat, den Zins, den Profit, die Rente jeder Art quasi aus der Natur der Dinge abzuleiten, als absolut selbstverständlich hinzustellen, als ein natürliches, physisches Produkt zu erklären. Das Geld bekommt dann Junge, wie die Kuh Kälber, und alles ist gut. Aber das ist leider nicht wahr, so wenig wahr, daß schon Aristoteles, dem die Naturalwirtschaft als ein im Verschwinden begriffenes Ideal vorschwebte — sie kennt keinen Zins —, über den Zins, den die Griechen Brut oder Junges (τοκος) nannten, spottete: der Wucher sei die Kunst, durch welche das Geld dazu komme, Junge zu gebären. Aus einem Baume wächst wohl ein Apfel hervor, aber selbst aus dem größten Goldhaufen nicht einmal ein kupferner Pfennig.

Wir wollen damit nicht die Berechtigung des Zinsenbezugs unter bestimmten Rechts- und Wirtschaftsverhältnissen bestreiten. Die griechischen Philosophen bestritten sie mit Recht, weil der Leihverkehr zu jener Zeit wesentlich nichts anderes war als Bewucherung der Armen durch die Reichen, der Bauern durch die städtischen Geldmagnaten und Großgrundbesitzer. Aber wir wollen uns wehren gegen eine falsche Erklärung und Rechtfertigung durch die Einschmuggelung eines zweideutigen Wortes (Nutzung), das bis auf den heutigen Tag[1]) selbst in den Lehrbüchern, die zur Auf-

[1]) Man könnte unzählige Beispiele anführen. Ein einziges, typisches, stehe hier. L. Brentano sagt im I. Teil seiner „Agrarpolitik“ S. 15: „Die Steigerung des Ertrags einer gegebenen Fläche findet statt durch intensivere Nutzung derselben“ und S. 69: „Was ist die Grundrente? Die Nutzung, welche ein Grundstück an sich seinem Eigentümer abwirft“ u. s. w. Wir

klärung der Jugend dienen sollen, eine recht verdächtige Rolle spielt.

Auch die Unterscheidung zwischen Leih- und Produktivkapital in der Weise, wie Mangoldt sie macht, als ob das zwei verschiedene Dinge sein müßten, ist vom sozial- oder volkswirtschaftlichen Standpunkt aus falsch. Jemand leihe dem Produzenten Kapital, so ist das Leih- und Produktivkapital zugleich, nämlich an- resp. dargeliehenes Produktivkapital.

Wir glauben also hiernach, daß A. Smith die Grenze zwischen Kapital und Nicht-Kapital richtiger gezogen hat als diese Nutzungs-Theoretiker.

Die Auffassung der Arbeitskraft als Kapital ist doch wohl mehr von poetischer als ökonomischer Art. Ein Kapital, das im Mutterleibe entsteht und durch den Tod zerstört wird! Ein Kapital, das durch Irrsinn und Fieber zeitweilig suspendiert ist! Ein Kapital, das sich von anderen durch den seltsamen Umstand unterscheidet, daß es sie alle hervorbringt!

Und dann: jeder Mensch ein Kapitalist! Woher kommt da der Kampf zwischen Kapital und Arbeit? zwischen Rente und Lohn? ist nicht der Lohn dann selbst Rente?

Es ist wohl auch keinem Nationalökonomen [1]) eingefallen, diese Kapitalidee im weiteren Verlauf seiner Untersuchungen wirklich festzuhalten und durchzuführen.

wollen nicht von dieser eigentümlichen Definition der Grundrente sprechen, sondern nur bemerken, daß hier unter Nutzung offenbar nichts anderes als Ertrag verstanden ist. Man wende diesen Begriff auf die erste Stelle an, so würde der Ertrag durch intensiveren Ertrag gesteigert werden. Hier ist unter Nutzung offenbar Bewirtschaftung, also in letzter Linie Arbeitsanwendung verstanden. Man übertrage diese Bedeutung auf die zweite Stelle!

[1]) Einen noch viel krasseren Einfall gibt ein berühmter Naturforscher, nämlich Thomas H. Huxley (Soziale Essays, herausgegeben von A. Tille, Weimar 1887) zum besten. Nach ihm ist der Arbeitslohn für den Arbeiter selbst Kapital. „Wenn ein Arbeiter Samstags abends 30 Mark für 6 Tage Arbeit ausbezahlt bekommt, so kommen diese 30 Mark aus dem Kapital des Arbeitgebers und erhalten den Namen Lohn nur, weil sie gegen Arbeit ausgetauscht werden. Wenn der Arbeiter nach Hause geht, so sind sie in seiner Tasche ein Teil (!) seines Kapitals genau in demselben Sinne (!), wie sie eine halbe Stunde vorher ein Teil vom Kapital des Arbeitgebers gewesen sind. Er ist ebenso sehr Kapitalist, als wenn er ein Rothschild wäre“ (S. 108). — Nach ihm scheint der Unternehmer dem Gelde den Charakter indelebilis des Kapitals aufzudrücken, wie die Taufe dem Menschen das unauslöschliche Merkmal des Christen.

Eine eigentümliche Auffassung (oder Ausdrucksweise) zeigt Marx im 2. Band seines Hauptwerks. Allerdings behauptet er nicht, die Arbeitskraft des Arbeiters sei dessen Kapital, wohl aber, sie bilde, sobald der Kapitalist sie gekauft und dem Produktionsprozeß einverleibt habe, einen Bestandteil seines Kapitals, und zwar dessen variablen Bestandteil (S. 142, 186 f.). „Die acquired and useful abilities, die Smith unter der Rubrik fixes Kapital aufführt, bilden im Gegenteil Bestandteile des flüssigen Kapitals, sobald sie abilities des Lohnarbeiters sind und dieser seine Arbeit mitsamt ihren abilities verkauft hat“ (187). Die Lebensmittel der Arbeiter, möchte man fast glauben, seien nicht Kapital, denn sie werden nicht dem Produktionsprozeß einverleibt, sondern die Arbeitskraft. „Setzt man nun statt der Arbeitskraft selbst . . . die Lebensmittel des Arbeiters, so ist klar, daß diese Lebensmittel als solche sich in Beziehung auf Wertbildung (!) nicht von den anderen Elementen des produktiven Kapitals unterscheiden. . . . Die Lebensmittel können nicht selbst ihren Wert verwerten oder ihm einen Mehrwert zusetzen. Ihr Wert, wie der der andern Elemente des produktiven Kapitals kann nur im Wert des Produkts wiedererscheinen“ (192 f.).

„ . . . erst innerhalb des Produktionsprozesses verwandelt sich der in Arbeitskraft ausgelegte Wert . . . aus einer bestimmten konstanten in eine variable Größe“ (193). Diese ganze mühselige, unnatürliche, geschraubte Ausdrucksweise beruht auf zwei falschen, zu Grunde gelegten Sätzen:

1. Die Arbeitskraft ist eine Ware, die der Arbeiter zu Markte bringt und da an den Unternehmer verkauft (ib. S. 186) und

2. Der Mehrwert (Profit im weitesten Sinn) entsteht aus dem dem Produktionsprozeß einverleibten Kapital.

Die Arbeitskraft kann aber gar nicht verkauft werden, der Arbeiter kann sich seiner eigenen Lebenskraft nicht entäußern, sonst wäre er tot, und der Unternehmer kann dieselbe nicht in Besitz nehmen. Der Arbeiter verpflichtet sich nur, gegen ein bestimmtes Entgelt seine Kräfte im Interesse eines anderen auf eine bestimmte, von diesem gewünschte Weise zu verwenden, d. h. einfach etwas zu tun. Eine Verpflichtung etwas zu tun (oder dieses Tun selbst) ist doch beim Himmel keine Ware, die man verkaufen kann. Sondern man übernimmt sie und führt sie durch.

Und ebenso ist es mit dem „Einverleiben“. Die Arbeit wird

nicht dem Produktionsprozeß einverleibt, denn der Produktionsprozeß ist selbst nichts als Arbeit; was nicht Arbeit ist, ist nicht Produktion, sondern Gegenstand der Produktion (der Arbeit) oder Hilfsmittel derselben.

Was die Lebensmittel für eine Rolle spielen, werden wir bald sehen. Es ist eine recht natürliche, die kein Spintisieren erfordert.

Marx selbst sagt ja im Grunde, nach allen diesen Flausen, genau dasselbe, was wir hier sagten. „Das Wesentliche . . . ist, daß der Kapitalist eine bestimmte, gegebene (und in diesem Sinn konstante) Wertgröße austauscht gegen wertschöpferische Kraft; eine Wertgröße gegen Wertproduktion. . . . Ob der Kapitalist den Arbeiter in Geld oder in Lebensmitteln zahlt, ändert an dieser wesentlichen Bestimmung nichts. Es ändert nur die Existenzweise des von ihm vorgeschossenen Wertes[1] . . . . die Schöpfung des Mehrwerts . . . entspringt . . . aus dem Austausch von Wert gegen wertschaffende Kraft“ (S. 200). Dann aber S. 202: „Der wirkliche Stoff des im Arbeitslohn ausgelegten Kapitals ist die Arbeit (!) selbst, die sich betätigende, wertschaffende Arbeitskraft (!), lebendige Arbeit, die der Kapitalist . . . seinem Kapital einverleibt hat.“

Und gleich darauf wiederum: Innerhalb des Produktionsprozesses steht die Arbeitskraft dem ganzen fixen und flüssigen Kapital gegenüber „als persönlicher Faktor, während jene die sachlichen Faktoren sind“.

Reine Schnurrpfeifereien, wie sie bei Marx hier und da vorkommen, um, wie es scheint, eine ganz einfache Sache recht kompliziert erscheinen zu lassen.

S. 372f. fungiert gar „der Arbeiter selbst“ im Produktionsprozeß „nur als eine besondere Naturalform“ des Kapitals und das variable Kapital besteht (S. 390) „dem Stoff nach aus der sich betätigenden Arbeitskraft selbst, d. h. aus der von diesem Kapitalswert in Bewegung gesetzten Arbeit“ (!).

Man sieht, wie deutlich der Begriff variables Kapital ist! Man versteht darunter bald Arbeitslohn, bald Arbeitskraft, bald Arbeit, bald den Arbeiter!

Würde man diese verschiedenen Dinge an all den Stellen, wo vom variablen Kapital die Rede ist, beliebig für dasselbe substituieren, so käme undenkbarer Widersinn zu Tage.

[1]) Arbeitskraft schießt doch sicher der Unternehmer nicht vor!

Was endlich den Boden anbelangt, der auch in neuerer Zeit noch öfters zum Kapital gerechnet wird[1]) — landwirtschaftliche Schriftsteller verstehen unter Bodenkapital zumeist gar den Kaufpreis, den der Grundbesitzer für sein Land bezahlt hat, oder vielmehr, in den meisten Fällen, größtenteils schuldig geblieben ist — so wird sich diese Frage im folgenden von selbst lösen.

§ 34. Erwerbs- und Produktionsmittel.

Wir wollen zunächst zu den alten Klassikern der Nationalökonomie zurückkehren und den eigentlichen Sinn ihrer Ausführungen klarzustellen suchen.

Vor allem ist es offenbar, daß sie bei ihren Untersuchungen und Begriffsbestimmungen tatsächlich ganz und gar von den Anschauungen und Tatsachen der Geldwirtschaft ausgehen oder beherrscht sind, die ihnen so bestimmt vor Augen lag. Selbst die entferntesten Urzustände, die sie sich konstruieren, betrachten und erklären sie möglichst in diesem Sinne. Es ist ihnen ja nicht um solche Antiquitäten zu tun, sie wollen an denselben eigentlich nur die Gegenwart deutlich machen, indem sie die Geschäfte der letzteren auf die einfachste Formel zurückführen. So spricht beispielsweise Ricardo (S. 12f.) vom Kapital des Ur-Jägers, das er vielleicht „selbst verfertigt und angesammelt“ habe, um sein Wild zu erlegen, und vom Tauschwert der Beute, der auch vom Werte dieses Kapitals mit abhängig sei. Er setzt also an die Stelle des Urmenschen einen englischen (nicht Sports- sondern) Geschäftsmann, der Wildpret auf den Markt liefert und dabei nach kluger Berechnung der Selbstkosten Profit machen will. Solche Dinge darf man nicht ernst nehmen, sie zeigen nur, in welchem Kreise von Gedanken sich die Schriftsteller bewegen. Sie scheinen mit ihren

[1]) So z. B. von Roschmann-Hörburg (Der Bodenwert Österreichs 1885, S. 51). Samuel Révai macht auch das Wasser zum Kapital, sobald Robinson es benützt, um ein Floß abzulassen. Nach ihm ist „Wert“ alles, was irgendwie, direkt oder indirekt, unseren Bedürfnissen dient, also wohl auch der Mond. Der einzige Unterschied zwischen Wert und Kapital besteht nach ihm darin, daß es ersteren auch ohne Arbeit geben kann, letzteres aber nicht. „Denn jeder Wert wird eben durch die Arbeit erst zum Kapital.“ Darum also! Wenn einer ein Floß macht mit seiner Arbeit, so wird das Wasser, auf das er das Floß setzt, dadurch, nämlich durch die Flösser-Arbeit, Kapital. (S. sein erheiterndes Buch: Grundbedingungen der gesellsch. Wohlfahrt, 1902, S. 204).

Kapital-Definitionen teils nur den Erwerb, teils nur die Produktion im Auge zu haben, und bezeichnen das Kapital das eine Mal als Vermögen, welches zum Erwerbe, das andere Mal als Vermögen, das zur Produktion dient, eine Voraussetzung der Produktion bildet. In der Tat aber denken sie, wenn auch nicht überall und ganz konsequent, so doch in ihren wichtigsten Ausführungen innerhalb des großen Systems ihrer Hauptgedanken, an den Erwerb durch Produktion und zwar unter Voraussetzung der Geldwirtschaft.

Es gibt in der Geldwirtschaft mancherlei Wege, um mit Vermögen Erwerbsgeschäfte zu betreiben, eine Rente zu erzielen, einen Profit zu machen, ohne daß dabei irgend eine nützliche Arbeit im Spiele ist, ohne daß in irgend einem Sinn von einem produktiven Vorgang die Rede sein kann. Man denke z. B. an die Manipulationen des Wucherers, der bloß die Not und den Leichtsinn seiner Nebenmenschen ausbeutet, an zu gänzlich unproduktiven Staatsausgaben gegebene Darlehen u. dgl. Anwendungen von Vermögen, welche eine Rente abwerfen.

In der Tat nennt man solches Vermögen überall Kapital [1]) und wird sich davon durch keine Theorie abbringen lassen. Ein Mann, der eine Million an den Staat verliehen hat und dafür die entsprechenden Obligationen besitzt, die er, wenn er will, wieder in eine bare Million verwandeln kann, wird unbedingt Kapitalist genannt werden, obwohl weder er noch der Staat mit seinem Gelde irgend etwas produziert hat.

Wir müssen das wohl anerkennen, wenn wir nicht mit allem Sprachgebrauch in Konflikt kommen wollen und keinen anderen und besseren Ausdruck zur Bezeichnung eines solchen Vermögens vorrätig haben.

Kapital ist also hier nichts anderes als Vermögen — zum Vermögen einer Person gehören ja auch Forderungsrechte —, das eine Rente abwirft. Unter diesen Begriff würde allerdings auch der Boden gehören, wenn er Rente einbringt, denn zum Vermögen muß man ihn selbstverständlich rechnen. Daß man den

[1]) Macleod sagt so recht in diesem Sinne: Kapital ist alles, womit man Geschäfte machen kann, oder was man umsetzen kann zur Erzielung eines Gewinnes, oder was dazu dient, ein Einkommen zu erwerben. Daher bilde auch der Kredit ein Kapital oder habe wenigstens eine dem Kapital gleichwerte Bedeutung (Elements of political economy, London 1858, S. 243ff.). Er will sagen: wer Kredit hat, kann ebensogut Geschäfte und Profit machen, wie der Kapitalist.

Boden nicht zum Kapital rechnet, hat seinen wissenschaftlichen Grund darin, daß die Rente des Bodens sich anders verhält, anderen Gesetzen folgt als der Profit und Zins, und weil es auf ganz normale Weise auch ständig rentelosen Boden geben kann und in der Regel muß, während ständig renteloses Kapital eine Anomalie, eine Art contradictio in adjecto ist.

Adam Smith definiert, wie wir gesehen, so, daß alles rentierende Vermögen als Kapital erscheint; den Boden nimmt er aus. [1]) Aber er hält an dem strengen Sinn dieser Definition nicht fest. In welchem Sinne er davon abweicht, sehen wir schon an einer einzigen Stelle deutlich genug. Im 2. Buch (S. 8f.) erklärt er, daß auch die Gesamtmasse der Wohnhäuser in einem Lande nicht zum Kapital, sondern zum Konsumtionsfonds gehören. Bewohnt der Eigentümer selbst sein Haus, so wirft es ihm offenbar kein Einkommen ab (sowenig wie das Brot, das er ißt — fügen wir hinzu; Brot und Haus befriedigen unmittelbar bestimmte Bedürfnisse). Es ist allerdings nützlich, ähnlich wie Kleider und Möbel, aber, wie diese, eine bloße Ausgabe. Vermietet er das Haus, so wirft es dem Mieter kein Einkommen ab, sondern dieser muß die Miete aus seinem sonstigen, aus Arbeit, Kapital oder Grund und Boden stammenden Einkommen bezahlen. Dem Eigentümer wirft es nun allerdings ein Einkommen ab und kann sich

[1]) Marx nennt im „Elend der Philosophie" die dem Boden in Form von Düngung, Be- und Entwässerungsanlagen, Wirtschaftsgebäuden und dergl. einverleibten Kapitalien Bodenkapitalien (so lautet die Übersetzung. Marx sagt la terre-capital), womit er also nicht den Boden selbst meint (S. 169). Doch ist sein Ausdruck gelegentlich ungenau. S. 170 z. B. sagt er: „Der Ertrag, den der Boden als Kapital ergibt, ist der Zins und der Unternehmergewinn und nicht die Rente" — dies letztere wohl, weil er den Pächter, nicht den Grundbesitzer, als Repräsentanten des Bodenkapitals betrachtet. In Band III. 2. des „Kapital" kommt er auf die Sache zurück und sagt recht ungenau: Die Kapitalverwendungen auf den Boden und schon eine vernünftige Bewirtschaftung desselben „verwandeln die Erde aus bloßer Materie in Erde = Kapital" (S. 158). Wir geben zu, daß der Boden durch Bearbeitung, Herrichtung für die Produktion in gewissem Sinn ein wirtschaftliches Gut wird, glauben aber, daß Ricardo das Richtige getroffen hat, wenn er sagt: „Mag nun die Verbesserung auf Kosten des Grundherrn oder des Pächters gemacht werden . . ., so wird der gewonnene Ertrag hinterher immer die Rentennatur haben und allen Veränderungen der Rente unterworfen sein" (a. a. O. S. 231), sofern nämlich die Verbesserungen dauernd sind. Denn das Kapital ist mit dem Boden unzertrennlich vermischt und erhöht dessen hervorbringende Kräfte.

dadurch für ihn als Kapital darstellen, aber der Gesamtheit trägt es nichts ein, dient es nicht als Kapital, ihr Einkommen kann dadurch nicht im geringsten vergrößert werden. „Auch Kleider und Hausgerät bringen in ähnlicher Weise zuweilen ein Einkommen, und dienen so irgend jemandem als Kapital“ u. s. w. Ebenda spricht er aber von „allen für die unmittelbare Konsumtion aufbewahrten Kapitalien eines Einzelnen oder einer Gesellschaft“ und nennt überhaupt alles Kapital, was recht verwirrend klingt, nachdem er kurz zuvor den Konsumtionsfonds vom Kapital streng geschieden.

Aber wie das alles im Ernst zu nehmen ist, ist ganz klar. Man nennt, wie wir betont, ganz allgemein und überall das nicht in Grundstücken bestehende Vermögen, welches ein Einkommen bringt, Kapital. Smith macht das, halb unwillkürlich, ebenso. Es ist der Standpunkt des geldwirtschaftlichen Individuums, der hier zur Geltung kommt. Der Einzelne will Erwerb machen, auf diesen allein kommt es ihm an. Macht er durch Vermögen Erwerb, so ist es für ihn gleichgiltig, aus welcher Quelle dieser Erwerb ursprünglich stammt. Es ist nun sein Erwerb, gleichviel ob dieser dem Inhalt nach neu geschaffen oder schon im Besitz eines andern vorhanden war und diesem bloß entzogen wurde. Das Vermögen, das ihm dazu verhalf, leistet ihm in beiden Fällen genau denselben Dienst und darum bezeichnet er es auch mit demselben Wort und nennt es Kapital.

Betrachtet man aber nicht den Einzelnen, sondern die Gesellschaft im ganzen, so ist es klar, daß, sofern man hier überhaupt sagen kann oder will, ihr Vermögen bringe ihr ein Einkommen, dieses Einkommen nicht in bloßen Güterübertragungen von einem Mitglied der Gesellschaft aufs andere bestehen kann, sondern neu geschaffen sein muß, und diese Neuschaffung nennt man eben Produktion.

Von diesem Standpunkte aus hat also die Smith'sche Definition des Kapitals einen engeren Sinn. Da kann nur jenes Vermögen darunter verstanden werden, welches auf dem Wege der Produktion zum Erwerb führt. Erwerb setzt aber Geldwirtschaft voraus. Der Naturalwirt erwirbt nichts, sondern macht alles, resp. kommandiert seine Leute wie sein Vieh dazu.

Geldwirtschaft aber setzt Privateigentum am sog. produktiven Vermögen voraus.

Mithin können unter Kapital in diesem engeren Sinn, welches

in dem zuerst festgestellten weiteren Begriff mitenthalten ist, nicht etwa einfach Produktionsmittel, materielle Voraussetzungen oder Grundlagen der Produktion überhaupt, also des bloßen Arbeitsprozesses an sich, der immer stattfand und stattfinden wird, gemeint sein, sondern nur die materiellen Voraussetzungen ihrer Betriebsform in der Geldwirtschaft, der produktiven Unternehmung, und es ist also das Kapital in diesem engeren Sinn das Vermögen, das derjenige zur Verfügung haben muß, der eine Unternehmung durchführen soll, das zur Unternehmung erforderliche resp. aufgewendete Vermögen.

Wir können hiernach vom Kapital nicht sprechen in der Naturalwirtschaft, wo es keine Unternehmung gibt und das Produkt auf allen Stufen seiner Entstehung dem gleichen Herrn gehört. Wir könnten ebensowenig davon sprechen in einer sozialistisch organisierten Staatswirtschaft, wo dasselbe stattfindet und nur fertige Konsumgüter an die Einzelnen zu ihrer Bedürfnisbefriedigung verteilt werden.

Es ist ganz falsch und alle Begriffe verwirrend, der natürlichen Logik jeder Sprache widersprechend, wenn man das Kapital mit den Produktionsmitteln identifiziert.[1]) Produktionsmittel, die nicht dem Erwerb dienen, sind nicht Kapital, in keinem Sinn. Man versuche einmal das Kochgeschirr einer Privatwirtschaft, das Holz, das rohe Fleisch, die Butter, die zum Kochen etwa erforderlichen Lampen u. s. w. als Kapital zu bezeichnen. Jedermann wird das Unsinn nennen. Produziert wird mit diesen Dingen ganz unzweifelhaft. Der Braten ist etwas ganz anderes als Pfanne, Butter, Holz u. s. w., ganz wie der Faden etwas anderes ist als die rohe Baumwolle, die Steinkohle, die Spinnmaschine u. s. w. Aber nehmt dieselben materiellen Dinge beim Gastwirt! Kein Mensch zweifelt, daß sie zum notwendigen Inventar seiner Wirt-

[1]) Adolf Wagner versteht unter Kapital „im volkswirtschaftlichen Sinn“ die Produktionsmittel. Kleinwächter (Lehrbuch der Nationalökonomie, 1902) nennt das ein Verdienst. Er selbst möchte unter Kapital im volkswirtschaftlichen Sinn lieber bloß die „Produktionswerkzeuge“ verstehen (S. 131). Man versuche einmal, mit diesem Begriff in der Nationalökonomie zu operieren, z. B. den Zins oder die Profitrate zu definieren. Oder ist vielleicht die Profitrate kein „volkswirtschaftliches“ Problem? In der Tat definiert Kleinwächter S. 397 die Kapitalrente als den „ideellen Anteil am Produkt, der auf Rechnung der bei der Produktion mitwirkenden (!) Werkzeuge zu setzen kommt“, was aber freilich in mehr als einer Beziehung ungeheuerlich ist.

schaft gehören und daß dieses Inventar Kapital ist, weil es dem Erwerb dient. Also: daß ein Gut in der Produktion Dienste leistet, macht noch kein Kapital daraus; erst wenn die Produktion zum Erwerb dient, ist das Gut Kapital.

Lexis gibt diesem Gedanken einen sehr treffenden Ausdruck, wenn er (Handwörterbuch II. Aufl. Art. „Verteilung“ S. 465), den Kernpunkt der Sache erfassend, sagt: Der Handelsgewinn ist der erste Kapitalgewinn und wird dies dadurch, „daß er sich in Geldwert ausdrücken und zugleich auf den Geldwert der Waren, durch deren Verkauf er erzielt worden, beziehen läßt“.

Dasselbe sagt in seiner Art ebenfalls sehr deutlich Bücher (Handwörterb. I. Aufl. Art. „Gewerbe“ S. 928). Er stellt einen Fall dar, wo der Rohstoff aus der Wirtschaft, in der er produziert worden, zwar hinausgegeben wird an verschiedene Arbeiter (Gewerbetreibende), diese jedoch nicht das Eigentum desselben erwerben, sondern nur Lohn für ihre Arbeit erhalten. Das fertige Produkt wird dann auch vom Eigentümer des Stoffes konsumiert. „Es ist“, sagt dann Bücher, „niemals Kapital im Sinn der modernen Theorie gewesen, sondern immer nur Gebrauchsgut auf einer bestimmten Stufe der Produktion“. Hier gibt es kein Betriebskapital: „Weder der Rohstoff, noch das fertige Gewerbeprodukt wird für seinen Erzeuger jemals ein Mittel des Gütererwerbs.“ (Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft, I. Aufl. S. 99f.)

„Auf der Stufe des Hausfleißes gibt es noch kein Kapital, sondern nur Gebrauchsgüter auf verschiedenen Stufen der Genußreife. Alles gehört dem Hause: Rohstoff, Werkzeug, Fabrikat, oft selbst der Arbeiter. Beim Lohnwerk ist nur das Werkzeug Kapital in der Hand des Arbeiters . . . ., im Handwerk sind Werkzeug, Betriebsstätte und Rohstoff Kapital im Eigentum des Arbeiters (?) . . . Im Verlagssysteme wird auch das Produkt Kapital, aber . . . des Unternehmers“ (Art. „Gewerbe“ S. 948). Nur ein Punkt ist zu berichtigen. Der Handwerker macht ja nach Bücher selbst nicht Profit am Rohstoff etc., also dient ihm dieser nicht als Erwerbsmittel und ist kein Kapital, — im Mittelalter nämlich. Heute ist der Handwerker industrieller Unternehmer, so gut er kann, und macht Profit, so viel er kann.

Rodbertus, der mit vielen Anderen unter „Kapital an sich“ Produkte versteht, die weiter zur Produktion benutzt werden, also, wie andere sich ausdrücken, produzierte Produktionsmittel, die in aller menschlichen Wirtschaft vorkommen, ist genötigt, von diesem „Kapital an sich“ das „heutige Kapital“ zu unterscheiden. Dieses setzt Geldwirtschaft und Gewinn voraus, jenes nicht. Also zu einer Zeit, wo man vom Kapital noch gar keine Ahnung hat, da existiert nach ihm schon das Kapital an sich; zu einer Zeit (der naturalwirtschaftlichen), wo es eine Volkswirtschaft gar nicht gibt, existiert das Kapital „in nationalwirtschaftlichem Sinn“ (Beleuchtung S. 98, auch 107); aber dieses Kapital ist etwas ganz anderes als das der kapitalistischen Periode, in welcher der Begriff doch erst gebildet wurde! So könnte man allenfalls auch sagen: Der Proletarier an sich ist ein Mensch, der von seiner Hände Arbeit lebt, und so war denn Adam, der keinen Diener hatte, der erste Proletarier. Aber das moderne Proletariat lebt höchst unsicher von einem Lohne, den ihm die Besitzenden zahlen, wenn sich seine Beschäftigung für sie als rentabel erweist. „An sich“ gibt es in der Wirtschaft nicht mehr als die Bedürfnisse, die Natur, die menschliche Arbeitskraft und deren Produkte.

§ 35. Unternehmungsvermögen.

Wenn also hiernach unter Kapital im e. S. das Vermögen der produktiven Unternehmung zu verstehen ist, so fragen wir nun: was für Vermögensgegenstände braucht der Unternehmer, um sein Geschäft zu betreiben?

Zunächst hat er Geld nötig, welches, wenigstens zum Teil, durch Kredit überflüssig gemacht werden kann.

Dabei ist zweierlei klar: vor allem dies, daß Geld nicht an sich Kapital sein kann. Denn Geld braucht man auch, wenn man bloß verbrauchen und nicht erwerben will. Und sodann, daß man durch den Besitz von Geld noch nicht wirklicher Unternehmer ist. Denn der Unternehmer soll durch Produktion erwerben, und solange er ein bloßer Geldbesitzer ist, wird sicher nichts produziert — abgesehen vom reinen Geldwechsler, für den das Geld bloße Ware ist.

Wie kann er zur Produktion gelangen?

In der Wildnis kann man, wenn man Kraft und Geschick genug hat, mit seinen zwei Händen irgend etwas anfangen, direkt an die Natur herantreten und ihr etwas abzugewinnen suchen, was für menschliche Zwecke tauglich ist.

In der Welt des Eigentums mit ihrer Arbeitsteilung und ihren Klassen ist das unmöglich. Hier kann man nicht ab ovo

beginnen, sondern muß irgendwo in die unendlich verschlungene Reihe der Produzenten einspringen, um irgend einen kleinen Abschnitt der gesellschaftlichen Gütererzeugung auf sich zu nehmen, unter seiner Leitung und Verantwortlichkeit durchführen zu lassen.

Man muß produktive Arbeit anspannen, und daher über die Voraussetzungen verfügen, unter denen bei solcher Gestaltung der gesellschaftlichen Wirtschaft produktive Arbeit angespannt werden kann.

Zu diesem Zweck muß der Unternehmer das Geld ausgeben, um Produkte, die in anderen Unternehmungen geschaffen wurden, anzukaufen und an denselben oder mittels derselben durch Arbeiter, die er in seinen Dienst nimmt, Veränderungen, Bewegungen vornehmen zu lassen, welche die Bedürfnisbefriedigung vermitteln.

Die Produktion selbst ist in der Geldwirtschaft nichts anderes als in der Naturalwirtschaft, nur daß die eigentliche Herstellungsarbeit durch weitergehende Teilung produktiver geworden, während andererseits eine Menge neuer, früher unnötiger Transport- und Zuteilungsarbeit dazu kommt, nämlich die der Mittelspersonen, deren Aufgabe lediglich ist, die Produkte in die Hände derjenigen zu bringen, die ihrer zu Erwerb oder Konsumtion bedürfen. Diese neu-erforderliche Arbeit reduziert jeweilen in entsprechendem Maße die Zunahme der Produktivkraft, kann aber ihrerseits mittelbar auch leicht eine Zunahme derselben veranlassen oder herbeiführen. Irgendwelche Geld- und Warenvorräte sind faktisch unvermeidliche Bestandteile des Geschäftsvermögens des Unternehmers. Direkt zur Produktion braucht er keine anderen Güterarten, um Arbeiter zu beschäftigen, als der Oikenherr. Er braucht für jeden Arbeiter Arbeitsstoffe und Arbeitsmittel und zu den Arbeitsstoffen und -Mitteln braucht er Arbeiter. Auch über diese verfügt er vermöge seines Geldes und auch das dafür verwendete Geld dient ihm zu seinem Zwecke als Repräsentant bestimmter Waren, die man dafür auf dem Markte haben kann, nämlich der gebräuchlichen Unterhaltsmittel der Arbeiter im weitesten Sinn.[1]) Wer über die Unterhaltsmittel verfügt, der verfügt auch heute noch,

[1]) „Das variable Kapital besteht sachlich in den Lebensmitteln der Arbeiter.“ Marx Kapital III. 2. S. 69. „Gebrauchswerte bilden das materielle Substrat, die sachlichen Elemente .... woraus das konstante Kapital direkt und das variable wenigstens indirekt besteht.“ ib. III. 1. S. 230.

gerade wie zur Zeit des Menscheneigentums, nur in anderen Rechtsformen, über die Arbeit.

Die Arbeiter müssen während der Arbeit leben und haben in der Regel selbst keinerlei Vorräte von Unterhaltsmitteln oder von Geld. Denn sobald es eine besondere Arbeiterklasse gibt, d. h. eine Klasse von Menschen, die keine Produktionsmittel besitzen und mithin auf eigene Faust überhaupt nicht produzieren können, fällt das ganze neue Produkt stets direkt in die Hand der Besitzenden, jetzt der Unternehmer, und die Arbeiter bekommen, jetzt in Geldform, in der Regel nur einen solchen Teil von den bereits vorhandenen, fertigen Konsumgütern, daß sie eben imstande sind, bei der Herstellung neuer Produkte in der jeweils erforderlichen Weise wieder mitzuwirken. [1])

Daher braucht der Unternehmer zur Lohnzahlung einen gewissen Vorrat von Geld (event. auch von materiellen Unterhaltsmitteln), um seine Geschäfte beginnen und weiterführen zu können. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Zuständen ist also ein gewisser Lohnfonds in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ein notwendiger Bestandteil des Unternehmungsvermögens.

Würden die Arbeiter durchschnittlich genug besitzen, um ein viertel oder ein halbes Jahr oder noch länger auf eigene Faust leben zu können, so käme der Lohn als Kapital nicht in Betracht, er bildete keinen Bestandteil desselben. In der Wirklichkeit aber muss der Unternehmer zumeist den Arbeiter bezahlen, bevor sein Arbeitsprodukt diejenige Form, die der Arbeiter als Entgelt für seine Leistung brauchen kann, nämlich die Geldform, angenommen hat, bevor es also verkauft und bezahlt worden ist.

Ausnahmen sind möglich. Man denke z. B. an eine Restaurationsköchin. Ihre Produkte werden bezahlt, lange bevor sie ihren Lohn

[1]) Obwohl der Jahresertrag des Bodens und der Arbeit schließlich zur Konsumtion durch Menschen dient, „so zerfällt er doch, wenn er zuerst aus Grund und Boden oder aus den Händen der produktiven Arbeiter heraustritt, in zwei Teile. Der eine derselben, und oft der größte, hat in erster Linie ein Kapital wiederherzustellen, d. h. die Lebensmittel, Rohstoffe und Fabrikate, die dem Kapital entzogen worden waren, zu erneuern; der andere hat entweder dem Eigner dieses Kapitals als Gewinn, oder einem andern als Grundrente ein Einkommen zu liefern“. A. Smith, II. S. 79f. Man sieht: Die Arbeiter bekommen von neuem Produkt nichts, sie müssen ihren Teil erst durch neue Arbeit erwerben.

für Herstellung derselben bekommt. Die Arbeit wird hier von vornherein direkt von der Kundschaft bezahlt.[1])

Der regelmäßige Vorgang ist dieser. Der Arbeiter bekommt seinen Lohn erst, nachdem er eine Zeitlang gearbeitet, also neue Werte geschaffen hat, die durchschnittlich größer sein müssen als die, welche er als Lohn bekommt, denn sonst würde man ihn überhaupt nicht anstellen. Mag die Lohnzahlung nach einer Stunde, nach einem Tage oder nach einem Monat erfolgen, das macht in der Hauptsache keinen Unterschied.[2]) Könnte der Unternehmer den Arbeiter mit einem Teil des Produktes bezahlen (wie es ja auch mitunter geschehen ist und noch geschieht), so brauchte er auch keinen Lohnfonds. Da dies aber im allgemeinen aus den mannigfaltigsten Gründen nicht angeht, so schießt er ihm im Geldlohn zwar nicht Wert, aber diejenige Form des Wertes vor, die der Arbeiter zu seinen Zwecken brauchen kann, in welche sich sein Produkt aber noch nicht verwandelt hat.

Auf diese Weise werden also auch die Unterhaltsmittel der Arbeiter resp. ihr Wert für den Unternehmer, der sie als Wertmasse aus seinem Vermögen auslegen muß, Kapital.[3])

Auch der Oikenherr muß die Unterhaltsmittel der Sklaven aufwenden, denn sein Zweck ist die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, nicht die der Sklavenbedürfnisse. Ihre Unterhalts-

[1]) Max Schippel zeigt in der „Neuen Zeit“ (1890—91, S. 103), wie Berliner Wirte nicht nur keinen „Lohnfonds“ brauchen, sondern aus der Trinkgeldereinnahme ihrer Arbeiter auch noch einen Teil des konstanten (nach Marx) Kapitals herausschlagen.

[2]) „Bezahlt wird der Arbeiter aber erst, nachdem seine Arbeitskraft gewirkt und sowohl ihren eigenen Wert wie den Mehrwert in Waren realisiert hat.“ Marx, Kapital I. S. 581. „Kaufte der Kapitalist die Arbeitskraft, statt sie zu bezahlen, zahlte er also dem Arbeiter den Arbeitslohn per Tag, Woche, Monat oder drei Monate voraus, so könnte von einem Vorschuß für diese Termine gesprochen werden.“ B. II, S. 197.

[3]) „Das variable Kapital ist also nur eine besondere historische Erscheinungsform des Fonds von Lebensmitteln oder des Arbeitsfonds, den der Arbeiter zu seiner Selbsterhaltung und Reproduktion bedarf, und den er in allen Systemen der gesellschaftlichen Produktion stets selbst produzieren und reproduzieren muß. Der Arbeitsfonds fließt ihm nur beständig in Form von Zahlungsmitteln seiner Arbeit zu, weil sein eigenes Produkt sich beständig in der Form des Kapitals von ihm entfernt. Aber diese Erscheinungsform des Arbeitsfonds ändert nichts daran, dass dem Arbeiter seine eigene vergegenständlichte Arbeit vom Kapitalisten vorgeschossen wird.“ Marx, Kapital I. S. 582.

mittel sind von seinem Standpunkte aus bloße Bedingungen, Erfordernisse, Voraussetzungen der Produktion, nicht deren Ziel.

Aber „auslegen“ muß er sie nicht. Als Kapital erscheinen die Produktionserfordernisse erst dadurch, daß man sie kauft und zur Herstellung von Produkten benutzt, die verkauft werden.

Sie kommen aus der Gesellschaft und kehren gleichsam in verwandelter Form in die Gesellschaft zurück, und der Ein- und Ausgang ist für die Unternehmung ein Verkehrsgeschäft, Kauf und Verkauf gegen Geld, oder wenigstens veranschlagt und berechnet in Geld.

Diese Veranschlagung der Güter in Quantitäten von Edelmetall, also in Geld, meint man tatsächlich, wenn man von ihrem Tauschwert spricht. Und in diesem Sinn kann man sagen: das ganze Unternehmer-Kapital kommt für den Unternehmer in letzter Linie, nämlich in Anbetracht seiner eigentlichen Zwecke und Absichten, nicht als eine Masse verschiedenartiger naturaler Güter (Gebrauchsgüter) in Betracht, sondern als ein Quantum durchaus gleichartigen Tauschwertes, als eine Geldsumme. Er ist von Anfang an ein Geldbesitzer und alles, was er zum Zweck der Produktion erwirbt, Produktionsmittel und Arbeitskraft, hat für ihn den Charakter einer Ausgabe. Denn sein Geld gibt er aus. Wenn er auf Kredit kauft, so wird er doch Geld schuldig und muß, wenn auch nicht sogleich, so doch schließlich Geld für das Gekaufte zahlen, also wieder ausgeben.

Und nur der vom Unternehmer für den Zweck der Produktion (im weiteren Sinne für sein „Geschäft“) aufgewendete Wert ist als sein Kapital (seine Ausgabe) zu betrachten. In diesem Sinne sagt Rodbertus mit Recht: Wenn der Landwirt sein Getreide selbst dreschen läßt, so ist das Getreide in Bezug auf die Operation des Dreschens nicht als Kapital zu betrachten (Beleuchtung, S. 98). — Denn deswegen, weil er es dreschen läßt, braucht er für das Getreide keine Ausgabe zu machen. — Ebenda bemerkt er ebenso richtig, daß der Landwirt heute das in seiner eigenen Wirtschaft gebaute Futter des Zugviehes nicht als Kapital ansehen könne, auf welches Gewinn zu berechnen wäre.

Nimmt man hingegen einen Mann an, der das Dreschen von Getreide und die Haltung von Zugvieh als besondere Unternehmung betreibt, also fremdes, gekauftes Getreide drischt und Zugvieh mit angekauftem Futter ernährt, um es an andere etwa zu vermieten oder zu verkaufen, so ist für diesen Getreide und Futter unzweifel-

haft Kapital, eine Ausgabe, auf die er Gewinn berechnen muß. Hiernach müsste — in Parenthese gesagt — mit der fortschreitenden Differenzierung der Unternehmungen der Profit jeder einzelnen immer kleiner werden, da er auf immer mehr Kapital verrechnet werden muß, und im ganzen nie mehr ist als der Wert des Endprodukts minus den ganzen zu seiner Erzeugung aufgewendeten Arbeitslohn. Nur die steigende Produktivität der Arbeit kann diesem natürlichen, aus der bloßen Gestaltung der Produktion (fortschreitende Arbeitsteilung zwischen einer ständig wachsenden Zahl von Unternehmungs-Branchen) und der kapitalistischen Rechnungsweise hervorgehenden Sinken des Gewinns Einhalt tun. Mit der Konzentration der Unternehmungen hingegen, in dem Sinne, daß die einzelne Unternehmung eine wachsende Anzahl von produktiven Operationen vornimmt (z. B. der Bergbau, die Hochöfen etc., die Fabriken bis zur Fertigstellung von Lokomotiven und anderen Maschinen sind in Einer Hand), müßte der Profit von selbst wachsen, weil er auf ein relativ kleineres Kapital verrechnet wird, als wenn zur Herstellung von Maschinen eine lange Reihe von Unternehmungen zusammenwirken muß, von denen der Reihe nach immer eine von der andern ihr Arbeitsmaterial ankauft und auf den Preis Profit berechnen muß. — Da wird das Arbeitsmaterial auf seinem Wege zur Vollendung immer wieder von neuem nach seinem ganzen Tauschwert Kapital einer besonderen Unternehmung.

§ 36. Ziel der Unternehmung.

Der Unternehmer macht Ausgaben, um Arbeit in Bewegung zu setzen.

Diese Arbeit bringt einen bestimmten Wert hervor, den wir in der Geldwirtschaft Ware nennen. Die Ware ist dazu bestimmt, sich für den Unternehmer wieder in Geld zu verwandeln. Und zwar muß sie sich, wenn die Unternehmung fortdauern soll, in so viel Geld verwandeln, daß das, was der Unternehmer zum Zwecke ihrer Herstellung ausgegeben hat, vollständig ersetzt wird und noch etwas für ihn abfällt. Auf dieses Plus ist sein ganzes Streben gerichtet, seinetwegen wird überhaupt die Unternehmung in Szene gesetzt. Je größer es im Verhältnis zum gemachten Aufwand ist, desto besser ist die Unternehmung „geglückt."

Man kann in diesem Sinne daher sagen: soweit jemand bloß

als Unternehmer denkt und rechnet (der Unternehmer ist ja nebenbei auch ein Mensch mit Sympathien und Antipathien, vielleicht mit edlem Sinn und hoher Schaffenslust, voll Begeisterung für seinen Beruf u. s. w., aber das alles kennzeichnet ihn nicht speziell als Unternehmer und ist daher nur eine zufällige, schöne Beigabe), handelt es sich für ihn nur darum, für eine Geldausgabe eine möglichst große Geldeinnahme zu erzielen.

Das Zwischenstadium, die Verwandlung des Geldes in Stoffe, Werkzeuge, Arbeit, und der ganze produktive Vorgang, ist wohl notwendig, aber nur als Mittel zu seinem eigentlichen Zweck.

Sein Ziel ist nicht die Produktion resp. die Befriedigung irgendwelcher gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern der Erwerb, [1]) resp. die Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse. M. a. W.: nicht was er produziert ist für ihn wichtig, sondern was er dafür bekommt.

Macht er mit Schund und Gift die besten Geschäfte, so wird er als bloßer Unternehmer, als korrekter Typus des geldwirtschaftlichen Produzenten (Beherrschers der Produktion), Schund und Gift erzeugen — ein Fall, der in der Naturalwirtschaft ganz undenkbar ist, jetzt sehr gewöhnlich.

Der Unternehmer kann ja formell mit seinem Vermögen machen, was ihm beliebt, von ihm hängt die Art der Produkte ab, die erzeugt werden sollen. Aber wie der formell ebenso freie Herr in der Naturalwirtschaft faktisch durch die Verhältnisse, in denen seine Wirtschaft steht, gebunden ist, so der Unternehmer der hochentwickelten Geldwirtschaft durch die ökonomischen Zustände der ganzen Welt. Jener muß machen, was er selbst braucht, dieser, was irgendwelche andere brauchen und zu angemessenen Preisen kaufen können. Der Unternehmer muß gesellschaftlichen Bedarf befriedigen und

[1]) „Man verrichtet die Sache nur vorgeblich um der Sache willen, in der Tat aber wegen des Gewinns, den sie abwirft." Max Stirner (Der Einzige etc., S. 312 der Reclam-Ausgabe). Dagegen weist Otto Ammon die Ansicht, als ob die Unternehmer bloß nach Reichtum strebten, mit Entrüstung zurück. Sie seien die geborenen Organisatoren der nationalen Arbeit, hervorgegangen durch natürliche Auslese aus dem allgemeinen Wettbewerb (Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen. 1895. S. 48). — Gewiß reussiert mancher vortreffliche Mann als Unternehmer, aber mancher Mann geht gerade durch seine Vortrefflichkeit als Unternehmer zu Grunde, während der Schuft den Sieg davonträgt. Die natürliche Auslese durch's „Geschäft" ist jedenfalls vom Standpunkt des allgemeinen Wohls und der Moral oft recht bedenklich.

sein Leitstern, um diesen zu erkennen und gerade das zu produzieren, was die Gesellschaft braucht, ist eben der Profit, der sich nach der zahlungsfähigen und daher für ihn allein in Betracht kommenden Nachfrage richtet. Diese Direktive genügt im ganzen zur Versorgung der Gesellschaft mit allen möglichen Gütern. Indem der Unternehmer dem Profit nachläuft, wird er gerade das vornehmen, was von der Gesellschaft am intensivsten gefordert wird — wobei allerdings immer nur die zahlungsfähigen Mitglieder der Gesellschaft in Betracht kommen. Aber immerhin vollzieht sich auf diese Weise das Wunder der regelmäßigen und ziemlich zuverlässigen Versorgung einer hochentwickelten Gesellschaft mit allen möglichen Bedarfsgegenständen in ziemlich angemessenen Verhältnissen, ohne daß eine eigentliche Organisation zu diesem Zweck besteht. Irrtümer und Störungen sind allerdings nicht ausgeschlossen.

Der Unternehmer will mit seinem Gelde mehr Geld erwerben. Darum sagt er recht bezeichnend: In meinem Geschäft stecken 100000 Franken, auch wenn kein einziger bar darin zu finden ist. Mag das Zeug aussehen wie es will, für ihn bedeutet es nur eine Geldsumme, die ihm zu einer größeren verhelfen soll.

Da nun aber die Arbeit allein neuen Wert hervorbringt, also auch den Profit, so könnte man sehr wohl sagen: Kapital ist diejenige Form des Vermögens, in welcher in der Geldwirtschaft die Arbeit beherrscht wird. — Der eigentliche, ökonomisch fruchtbare Inhalt des Kapitals ist ohne Zweifel die Herrschaft über Arbeit.[1])

Oder wir können auch vollkommen richtig mit Marx (I. S. 121) sagen: Kapital ist Geld, das in seiner Bewegung die Zirkulation Geld — Ware — mehr Geld beschreibt.

Geld ist nämlich Herrschaft über Waren und dadurch auch über Arbeit.

Wird nun diese Herrschaft dazu benutzt, um eine Warenproduktion in Szene zu setzen, die dem ursprünglichen Geldbesitzer mehr Geld einbringen soll, so ist das Geld Kapital.

[1]) Dies mag wohl Theod. Fritsch vorgeschwebt haben, wenn er sagt: In Häusern, Maschinen u. dgl. besteht das Kapital nicht (S. 208). Auch im Gelde nicht (209). Es steckt „lediglich in den Armen und Beinen der Menschen, in der unermüdlichen Arbeitskraft der Völker", die die Zinsen erarbeiten (Zwei Grundübel: Bodenwucher und Börse, 1894). Schon Eden (State of the poor) sagt: „Es ist nicht der Besitz von Land und Geld, sondern das Kommando über Arbeit, was die Reichen von den Armen unterscheidet."

Dabei fungiert das Geld selbstverständlich immer als Tausch- (oder Zahlungs-) Mittel; aber erst in dieser Art seiner Verwendung als Tauschmittel, erst durch diesen Erwerbszweck, wird das Tauschmittel Kapital.

„Eine Wertsumme ist daher Kapital, weil sie ausgelegt wird, um einen Profit zu erzeugen" (Marx, Kapital III. 1. S. 11).

§ 37. Stehendes und umlaufendes Kapital.

Was der Unternehmer im ganzen auslegen muß, für welche Arten von Dingen er als Käufer auftritt, haben wir oben gesehen, er braucht Arbeitsstoffe, Arbeitsmittel und Arbeit, wenn die Unternehmung von produktiver Art sein soll. Auch der Kaufmann braucht diese Kategorien, soweit er der Gesellschaft notwendige Dienste leistet. Sein Arbeitsstoff besteht hauptsächlich in fertigen Waren, die noch nicht in die Hand desjenigen gekommen sind, der sie zum Produzieren oder zum Leben braucht.

Eine andere Frage ist aber nun: welchen Teil von seinem gesamten Kapital wendet der Unternehmer für die einzelne, konkrete, von ihm hergestellte Ware auf? Wir wollen hierbei von den besonderen Verhältnissen, welche aus dem Kredit hervorgehen können, absehen und annehmen, das ganze Kapital der Unternehmung sei Eigentum des Unternehmers.

Hiernach ist folgendes zu sagen. Das Geld, das der Unternehmer zum Ankauf der Stoffe, aus denen die Ware besteht, oder die zu deren Herstellung verbraucht werden mußten, sowie zum Lohn für die Arbeit, die er in seinem Geschäft mit Bezug auf diese Ware vollziehen ließ, verwendete, ist für ihn vollständig verausgabt. Soll seine Unternehmung Dauer haben, so müssen diese Ausgaben selbstverständlich im Preis der Ware vollständig ersetzt werden, so daß er sie aus demselben immer wieder bestreiten kann.

Das Geld hingegen, das er für die Arbeitsmittel hergegeben hat, ist mit der Herstellung der einzelnen Ware, zu der sie dienen, nicht vollständig verausgabt. Denn dasselbe Arbeitsmittel dient in gleicher Weise bei der Herstellung einer größeren oder kleineren Mehrzahl von Waren. Es wird allerdings bei diesem Dienste verbraucht, aber nicht auf einen Schlag, sondern allmählich.

Soll die Unternehmung Bestand haben, so muß der Wert des Arbeitsmittels ebenfalls im Preis der Waren ersetzt werden,

aber natürlich nicht im Preis der einzelnen Ware, sondern in dem aller Waren, bei deren Herstellung es diente und dadurch konsumiert wurde. Was davon auf den Preis der einzelnen Ware (bestimmte Quantität davon) fällt, das hängt ab vom Wert des Arbeitsmittels und von der Masse der Waren, die unter seiner Mitwirkung produziert wurden.

Kapitalien dieser Art nennt man fixe, Kapitalien der ersten Art flüssige.

Es ist eine der schwierigsten Aufgaben der Unternehmung, sich ganz genau zum Bewußtsein zu bringen, was jede Quantität jeder von ihr produzierten Ware sie für einen Geldaufwand gekostet habe. Soweit ihr das nicht gelingt, tappt sie im Dunkeln, und wird erst durch die oft recht schlimmen Folgen belehrt, ob sie richtig oder falsch verfahren sei. Diese Belehrung ist aber nur eine allgemeine und sagt nicht, wo der Fehler liegt. Die geringste Schwierigkeit in dieser Beziehung hat der Kaufmann, sie wird für ihn in dem Maße geringer, als sich seine Aktion mehr und mehr auf bloßes Kaufen und Verkaufen beschränkt und er mit den Waren weiter nichts zu tun hat. Der bloße Geschäftemacher an der Warenbörse, der da kauft und verkauft, ohne die Ware auch nur gesehen und berührt zu haben, kann sich über seine „Selbstkosten" kaum täuschen.[1])

Die größte Schwierigkeit hat wohl der Landwirt. Sein Erfolg ist ebenso schwankend, wie die zu dessen Erzielung aufgewendete mannigfaltige Arbeit schwer kontrolierbar. Hier liegt immer eine große Gefahr in Zeiten einer tiefgreifenden Geldwirtschaft. Der Landwirt erzeugt gar mancherlei verschiedenartige Produkte, deren Kosten sich fast nicht deutlich auseinanderhalten und verfolgen lassen, sondern auf allerlei Weise ineinander überlaufen. Der Markt andererseits diktiert ihm dann sehr herrisch die Preise seiner Ware. Dann weiß er nicht bestimmt, welche von seinen Operationen

[1]) Diesen scheint Marx hauptsächlich im Auge zu haben, wenn er sagt: „Das Warenhandlungskapital also — abgestreift alle heterogenen(!) Funktionen, wie Aufbewahren, Spedieren, Transportieren, Einteilen, Detaillieren, die damit verknüpft sein mögen, und beschränkt auf seine wahre Funktion des Kaufens um zu verkaufen — schafft weder Wert noch Mehrwert, sondern vermittelt nur ihre Realisation." Dennoch müsse es Durchschnittsprofit abwerfen (Kapital III. 1. S. 265). Diese „heterogenen Funktionen" gehören aber zu den normalen Aufgaben der unendlichen Mehrzahl der Kaufleute und sind notwendige Arbeit, wenn die Güter zu ihrer Bestimmung kommen sollen.

und Aufwendungen einbringlich und welche verderblich ist. Je komplizierter der Betrieb, desto schlimmer diese Sachlage. Weitgehende Arbeitsteilung zwischen den Landwirten würde auch hier die Rechnung erleichtern und damit größere ökonomische Sicherheit in die Operationen bringen. Aber sie stößt auf natürliche Schwierigkeiten und so schwimmt der Landwirt in einer hochgetriebenen Geldwirtschaft immer wie in einem fremden Element, dem er sich nicht völlig anzupassen vermag. An Stelle der klaren, sicheren Rechnung ungewisses Tasten und Pröbeln! Doch ein Fortschritt ist auch hier trotz aller Schwierigkeiten unverkennbar.

Ausdrücke, wie sie Marx und andere gebrauchen: das Produktionsmittel gibt an das Produkt Wert ab, überträgt Wert auf dasselbe, der Wert der Produktionsmittel erscheint im Produkt wieder (z. B. Kapital II. S. 135, 138, 141), er geht in den Wert des Produkts ein (III. 1. S. 84) und dgl. mehr sind etwas mystisch und eher verwirrend als aufklärend. Geht man von dem Gedanken aus, daß der Wert des Produkts in der zu seiner Herstellung aufgewendeten Arbeit bestehe, so liegt es wohl näher, darauf hinzuweisen, daß die Arbeit, welche auf die Produktionsmittel verwendet wurde, ganz und gar zu der Arbeit gehört, welche das Produkt erfordert, daß sie nur ein früheres Stadium der ganzen zur Herstellung des Produkts erforderlichen Arbeit ist. Man braucht sich nur vorzustellen, derselbe Arbeiter oder dieselbe Gruppe von Arbeitern mache nach und nach alles selbst, erst die Arbeitsstoffe und Arbeitsmittel, dann das fragliche Produkt, und zugleich immer die erforderlichen Lebensmittel für sich selbst, dann wird man sehr deutlich sehen, welche Arbeit im ganzen aufgewendet werden mußte, um die fertigen Produkte zu erzielen. Selbstverständlich alles vom Unternehmerstandpunkt aus angesehen.

In der Naturalwirtschaft kommt in dieser Beziehung keine Unklarheit, keine Schwierigkeit, kein Problem vor. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist, liegt ja klar da. Wenn man das, was man auf irgend eine Weise, sei es zur direkten Bedürfnisbefriedigung oder zum Zweck der Produktion verbraucht hat, wieder haben will, so muß man es eben neuerdings herstellen. Ist der Verbrauch in einem Jahre vor sich gegangen, so muß jedes Jahr neu produziert werden. Hält das Ding 10 Jahre aus, so muß man's in 10 Jahren neu machen.

In der Gesellschaft im ganzen ist es genau so. Man kann beliebig sagen: so und soviel Pfund Steinkohlen sind in einer

Eisenstange mitenthalten — wenn man wieder heizen will, kann man die Eisenstange dazu nicht verwenden, sondern muß wirkliche Kohlen haben, die neu aus der Erde gebrochen wurden. Die Produktionsmittel müssen, trotzdem sie ganz und gar im Produkte „enthalten sind“ oder „erscheinen“, immer wieder irgendwo in der Gesellschaft nagelneu hergestellt werden,[1]) wenn man abermals Produkte daraus oder damit gewinnen will. Die Arbeitsteilung bewirkt weiter nichts, als daß immer einer für den andern produziert, daß immer das, was für den einen Unternehmer Produkt, für den andern Produktionsmittel ist, das er kaufen muß, mit dem er Profit machen will und das wir deswegen Kapital nennen. Damit er's aber kaufen kann, muß er aus dem Verkauf seines Produkts das nötige Geld lösen und beiseite legen, nämlich nicht für seine persönlichen Bedürfnisse ausgeben, um das, was im Produktionsprozeß wöchentlich verbraucht wird, jede Woche wieder anschaffen zu können, was monatlich, jeden Monat, was jährlich, jedes Jahr, und was in mehreren Jahren, erst nach dieser Zeit. Verfährt er dabei nicht recht vorsichtig, legt er nicht genügend Geld beiseite oder irrt er sich über die Periode der notwendigen Wiederanschaffung, indem er sie zu lang taxiert, so können böse Störungen eintreten, ebenso wie in der Naturalwirtschaft, wenn man verbrauchte Stoffe und Arbeitsmittel nicht rechtzeitig wieder ergänzte, nur ist dieser Fall in der Naturalwirtschaft kaum denkbar, jener aber in der Geldwirtschaft aus den mannigfaltigsten Gründen sehr leicht möglich.

§ 38. Entstehung des Kapitals.

Wie entsteht das Kapital?

Man sagt ganz allgemein: durch Sparen. Man muß versuchen sich über den Sinn von Frage und Antwort klar zu werden.

Durch Sparen kann zunächst lediglich der Besitz einer Geldsumme entstehen (die Geldsumme kann allerdings auch in einem einzigen Geldstück repräsentiert sein, z. B. man hat Centimes zusammengespart, bis man sie in ein Fünffrankenstück umwechseln konnte). Man kann auch andere Dinge als Geld sparen, aber tatsächlich und aus guten Gründen denkt bei der Frage nach der Entstehung des Kapitals niemand an andere Dinge. Das Geld selbst, aus dem die Summe besteht, also die Münzen, sind sicher nicht durch Sparen entstanden, sondern durch allerlei mühsame Arbeit. Ebenso alle Arten von Gütern, die für das Geld angeschafft werden und die man etwa auch unter Kapital verstehen kann. Ein Fabrikgebäude, eine Maschine, ein Ballen Baumwolle sind Arbeitsprodukte. Durch Sparen entstehen selbstverständlich nicht Güter und Werte, sondern es kann höchstens erklären, wie der einzelne in deren Besitz, also zuförderst in den Besitz der Geldsumme gekommen ist, oder noch besser, wie er sich im Besitz derselben erhalten hat. Denn das Sparen ist gewiß nicht der nächste und unmittelbare Grund, warum die einzelnen Geldstücke in seinen Besitz kamen, sondern nur, warum sie darin verblieben.

[1]) „Soweit die Reproduktion auf gleichbleibender Stufenleiter vor sich geht, muß jedes verbrauchte Element des konstanten Kapitals, wenn nicht dem Quantum und der Form, doch der Wirkungsfähigkeit nach, in natura ersetzt werden durch ein neues Exemplar entsprechender Art“ (Marx, Kapital III. 2. S. 385).

Nun aber ist eine Geldsumme sicher noch kein Kapital. Sie wird es erst dadurch, daß sie eine Rente (neues Geld) einbringt. Dies kann, wenn wir den Kapitalbegriff im weiteren Sinne nehmen (s. oben), unter den mannigfaltigsten Voraussetzungen geschehen. Der Staat leiht Geld auf, um es in ganz unproduktiver Weise zu verwenden. Die Zinsen (Renten) zahlt er durch Steuern, die er vermöge seiner Gewalt dem Volke oder irgendwelchen Klassen desselben abnimmt, oder aus Kriegskontributionen oder sonstigen Tributen, die er fremden Völkern abpreßt. Oder ein Verschwender borgt Geld und zahlt die Zinsen aus dem Erlös seiner nach und nach verkauften Vermögensobjekte. Oder ein armer Bauer macht ein Anlehen und zahlt die Zinsen aus dem Ertrag seiner persönlichen Arbeit, sodaß ihm für dieselbe nicht einmal soviel bleibt, als ein Tagelöhner bekommt — kein allzu seltener Fall, besonders im östlichen Europa. Es gab Zeiten und Länder, wo lediglich durch solche Verhältnisse eine Geldsumme zum Kapital werden konnte.

Beschränken wir aber unsere Untersuchung auf das Kapital im engeren Sinne, welches auf dem Wege der produktiven Unternehmung zum Erwerb führt, so ist die gesellschaftliche Voraussetzung dieses Erwerbs, die aus dem Vermögen erst Kapital macht, die Existenz einer besitzlosen Arbeiterklasse, d. h. einer Klasse, die gegen Lohn sich zur Arbeit für andere hergeben muß. Man gebe jedem Geld und materielle Produktionsmittel in Hülle und Fülle, soviel er mag, so haben wir wohl eine Gesellschaft von lauter Besitzern, aber keinen Kapitalisten darunter. Ihr Besitz ist nicht Kapital, er wirft ihnen kein Einkommen ab, niemand

bezieht hier Rente. Wer arbeitet, der verdankt sein Einkommen lediglich seiner Arbeit, wer nicht arbeitet, verhungert, wenn es ihm nicht gelingt, sein Vermögen aufzuzehren, was unter diesen Voraussetzungen seine Schwierigkeiten haben dürfte. Nehmen wir aber an, es gelänge einer Anzahl von klugen Bürgern, den übrigen ihr Vermögen auf irgend eine Weise nach und nach abzunehmen und alles in ihren Händen zu konzentrieren, so würden die nunmehr Besitzlosen sich gezwungen sehen, insgesamt für die Besitzenden zu arbeiten, diese würden nun aus ihrem Vermögen, indem ihnen dieses die Macht gibt, die Masse der Besitzlosen im eigenen Interesse zu verwenden, eine Rente beziehen und wären Kapitalisten. Sie könnten ihr Vermögen auch Besitzlosen leihen und dafür eine Rente verlangen.

So ist in der Tat der historische Ursprung des Kapitals in den Tatsachen zu suchen, welche die menschliche Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende schieden, resp. Gruppen bildeten, die aus Besitzenden und Nichtbesitzenden, Herren und Beherrschten bestanden.

Diese Tatsachen bestehen hauptsächlich in Gewaltakten, Krieg, Menschenraub, Eroberung, Unterjochung Fremder, sodann auch in allerlei Gewalttaten, Bedrohungen, Kniffen, Chikanen, Mißbrauch der ökonomischen, religiösen und politischen Machtstellung gegenüber den eigenen Mitbürgern, wie es uns die Entstehungsgeschichte der antiken Latifundien und der mittelalterlichen Grundherrschaften auf jeder Seite deutlich zeigt, und wie wir es heute noch in dem Verfahren hochgebildeter, christlicher Europäer gegen allerlei unwissendes, wehrloses Heidenvolk oder auch gegen christliche Stammesverwandte in andern Erdteilen, die sich nicht gut verteidigen können, täglich beobachten können. Man nimmt den Leuten ihr Hab und Gut, dann müssen auch die Trägsten für den neuen Herrn zu dem Lohne, den sie selbst auf Grundlage ihres einstigen Eigentums erzeugen müssen, tüchtig arbeiten. Eventuell nimmt man ihnen auch das Edelmetall, das sie besaßen, ab und bezahlt damit die Arbeit, die sie nun für die neuen Besitzer dieses Metalls leisten müssen.

Die Urquelle des Kapitals, die notwendige Vorbedingung für die Existenz desselben, für die Möglichkeit desselben, ist also die Herrschaft des Menschen über den Menschen, die Klassenbildung, die Scheidung der Zusammenlebenden in solche, denen alles gehört und solche, die nicht einmal selbst sich gehören. Das Vermögen braucht hier noch nicht den Kapitalcharakter zu haben, sowenig als der Sklave Proletarier ist. Aber dies Vermögen ist der Ahnherr des Kapitals, sowie der Sklave der Ahnherr des Lohnarbeiters.

Prof. Lexis, unter den heutigen deutschen Theoretikern der Nationalökonomie wohl der scharfsinnigste, bemerkt im Handwörterbuch, II. Aufl. Art. „Verteilung“ kurz: „Auf die geschichtliche Entwicklung der Vermögensverteilung gehen wir hier nicht ein; es genüge daran zu erinnern, daß ursprünglich bei derselben kriegerische Eroberung und Beutemachen die Hauptrolle gespielt haben“ (S. 470f.).

Auch das kaufmännische Kapital entstand ursprünglich offenbar in der Hauptsache durch Raub (Seeraub, Menschenraub), Betrug und Hinterlist aller Art und der Kaufmann genießt daher lange Zeit die gründliche Verachtung aller Völker.

Homer schildert das einzige Handelsvolk seiner Zeit, die Phönizier, als arge Betrüger, Erzschinder, Gauner, Menschenräuber und stellt sie in Gegensatz zu „edlen“ Männern, und noch Aristoteles und Plato finden das Profitmachen durch Kauf und Verkauf von Waren gemein und verwerflich. Die Kaufleute beschäftigen sich nach Plato nur mit Lug und Trug und können höchstens als notwendiges Übel angesehen und geduldet werden. Ebenso urteilt das Mittelalter.

Auch heutzutage kann Vermögen auf allerlei bedenkliche Weise erworben werden, aber Vermögen ist ja noch nicht Kapital. Wenn man sagt: das Kapital entsteht durch Sparen — so meint man, sofern der Satz für unsere Verhältnisse passen soll, mit der Kapitalentstehung nicht den Vermögenserwerb, sondern eine bestimmte Verwendungsweise des Vermögens. Und mit Bezug hierauf ist der Satz unanfechtbar, nur daß diejenigen, die ihn aussprechen, wohl zumeist selbst nicht deutlich wissen, was sie eigentlich meinen.

Der Erwerb erfolgt unter den bestehenden Verhältnissen zumeist in der Geldform. Woher er stammt, davon wollen wir hier gänzlich absehen. Mit dem Geld in der Hand kann man den Warenmarkt beschreiten und hat, soweit das Geld reicht, formell ganz freie Wahl, was man damit kaufen will.

Man kann das Geld ausgeben für die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, und muß das immer zum Teil. Je weniger man hat, ein desto größerer Teil muß ohne Wahl zu diesem Zwecke ver-

wendet werden. Diese Verwendung ist definitiv, ein wirtschaftlicher Erfolg knüpft sich nicht daran, nur ein persönlicher. Man hat sein Geld als Einkommen verbraucht.

Man kann aber auch mit einem Teil des erworbenen Geldes Produktionsmittel kaufen und Arbeiter anstellen, direkt oder indirekt, indem man selbst Unternehmer wird oder dem Unternehmer (abermals direkt oder durch Vermittlung) sein Geld leiht. In diesem Falle hat man sein Geld als Kapital angewendet. — Hat man es da gespart? Gewiß.[1]) Denn man versteht unter Sparen nichts weiter als Nicht-Verausgabung zu bloßen Konsumzwecken; allgemeiner: Vermeidung von Ausgaben, die nichts einbringen. **Kapital** wird das Ersparte allerdings erst durch die Art seiner Verwendung, denn wenn man das Geld bloß liegen läßt, ist es allerdings auch erspart, aber kein Kapital. Doch kann es durch den Willen des Eigentümers jederzeit Kapital werden.

Dadurch, daß man Produktionsmittel kauft und Arbeiter anstellt, hat man die Stoffe, Arbeitsmittel und -kräfte (oder Unterhaltsmittel der Arbeiter) allerdings nicht hervorgebracht. Sie sind sicher nicht durch Sparen entstanden. Sie waren schon da wenn man sie kaufte.[2])

Aber vor der vom Geldbesitzer ausgehenden Nachfrage war es ungewiß, ob aus ihnen wirkliches aktives Kapital und tätige Arbeit werden sollte, oder ob sie etwa unbenutzt verkommen mußten.

In unserer Gesellschaftsordnung genügt es nicht, daß Produktionsmittel und Arbeiter parat sind; sie müssen auch gekauft und angeworben werden, sonst treten sie nicht in den Produktionsprozeß ein und sind ganz vergeblich da.

Nun muß man bedenken, daß in der Geldwirtschaft regelmäßig nur das produziert werden kann, wonach eine zahlungsfähige Nachfrage stattfindet.

---

[1]) Selbst **Marx** sagt, allerdings erst im letzten Teil seines Hauptwerks, wo er überhaupt manchem radikalen Marxisten allerlei Schmerzen verursacht: „Der Teil des Mehrwerts, der als Akkumulationsfonds **aufgespart** wird, dient zur Bildung von neuem zusätzlichen Kapital" (III. 2. S. 370). „Alles neue Kapital entspringt aus Profit, Rente oder anderen Formen der Revenue . . . Dieser neugeschaffene Wert kann ebensogut produktiv wie individuell konsumiert werden, ebensogut als Kapital wie als Revenue" (ib. S. 384).

[2]) „Ein Teil des als Träger von Mehrwert auf den Markt geworfenen Produkts besteht aus Produktionsmitteln oder aus den realen Elementen des variablen Kapitals. Es kann also sofort zur Erweiterung der Produktion dienen." **Marx** (Kapitel II. S. 337).

Die Nachfrage nach neuen Produktionsmitteln (und Unterhaltsmitteln der Arbeiter) geht aber — direkt oder indirekt — von den Sparern aus.

Die erwartete, vorausgesehene Ersparung hat also die entsprechende Produktion von Produktionsmitteln hervorgerufen, steht mit ihr in Kausal-Zusammenhang. Träte jene nicht ein, so wäre diese überflüssig.

Werden Produktionsmittel auf Bestellung geliefert, so ist der Zusammenhang noch klarer. Daß Arbeiter stets in genügender Menge da und bereit sind, für einen geringen Lohn alles Mögliche zu tun, ist vorausgesetzt. Fehlte es an diesem Artikel, so würde alle Ersparnis nichts helfen.

In **letzter Linie** ist allerdings die Nachfrage nach Genußgütern (direkten Befriedigungsmitteln menschlicher Bedürfnisse) das treibende Agens, was wir indes hier bloß andeuten wollen. Wir können also sagen: die Vermehrung der Produktionsmittel (und Unterhaltsmittel der Arbeiter), mithin die Entstehung neuen aktiven Kapitals ist dadurch begründet, daß ein Teil des Geldeinkommens nicht zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Betreffenden verwendet, sondern gespart wurde.

Das Wesentliche der Sache ist immer dasselbe. Ein Teil der gesellschaftlichen Arbeit wird auf Fertigstellung von menschlichen Konsumgütern verwendet, ein Teil auf Wiederherstellung verbrauchter und auf Herstellung neuer, zusätzlicher Produktionsmittel (Stoffe und Arbeitsmittel). Das Neue ist jetzt nur: daß all das gekauft werden muß, sonst hat die Produktion keinen Sinn.

Die neuen Produktionsmittel werden direkt, die zusätzlichen Konsumgüter für Arbeiter indirekt von den Unternehmern gekauft und zwar mit dem Geld derjenigen, die Einkommensüberschüsse gespart haben und zu diesem Zweck zur Verfügung stellen, um größere Einkommen zu erzielen. In der Regel werden dies vermögende Leute sein, die bereits Rente beziehen. Doch wir fragen das Einkommen hier nicht nach seinem Pass. Wenn sie auch Millionen Rente jährlich beziehen und wenn ihr Besitz in seinem Ursprung auch auf Gewalt und Unrecht jeder Art beruht, man kann doch immer, ohne den Sprachgebrauch zu verletzen, sehr wohl sagen: sie haben den Teil ihrer Revenuen, den sie nicht für ihre Bedürfnisse ausgaben, gespart. An Not, Entsagung, Selbstüberwindung, Askese darf man dabei allerdings nicht denken. Es gibt heutzutage eine hübsche Anzahl Menschen, die unmöglich für

ihre Bedürfnisse ihr Einkommen verbrauchen könnten, auch beim besten Willen nicht. Sie müßten eine geradezu sinnlose Verschwendung treiben, die einem noch einigermaßen normalen Menschen keinen Genuß mehr böte — oder sie müßten eine ungeheure Wohltätigkeit üben, wozu nicht jeder veranlagt ist. Sonst aber muß ihr Vermögen wachsen — durch Ersparnisse.

Allerdings aber kann man auch mittels Entsagung jeder Art bis zum langsamen Verhungern eine Geldsumme zusammenbringen, die einen Ertrag abwirft. Und von diesem äußersten Punkte an bis zum unverzehrbaren Überfluß gibt es eine unendliche Abstufung von Einkommen, an denen Ersparnisse in der Tat nur mit dem mehr oder weniger intensiven Gefühl der Entsagung gemacht werden. Und so trifft dieses besondere, nicht notwendige Merkmal des Sparens gewiß bei einer erheblichen Masse der Sparer in irgend einem Grade zu.

Da man doch nur Geld sparen kann und das Geld zum Teil durch den Kredit entbehrlich zu machen ist, so kann der Kredit auch die Notwendigkeit des Sparens zu produktiven Zwecken einschränken.

§ 39. Grenzen des Sparens.

Andererseits kann man sich ohne Zweifel sehr wohl den Fall denken, daß das Sparen zu weit getrieben werden könnte.

Alle Produktion hat doch schließlich nur den Zweck, auf irgend eine Weise dem menschlichen Konsum, der Bedürfnisbefriedigung zu dienen. Wird die Produktion vermehrt, so muß, vielleicht nicht im Augenblick, aber doch unfehlbar schließlich, die Konsumtion wachsen, sonst hat die Arbeit keinen Zweck. Werden aber die Konsumgüter als Waren hervorgebracht, so müssen sie nicht bloß da sein, um ihre Bestimmung zu erreichen, sondern sie müssen erst gekauft werden. Möglichst viel sparen heißt aber nichts anderes, als möglichst wenig Konsumgüter kaufen. Werden sie nicht gekauft, so kann das auf ihre Hervorbringung verwendete Kapital nicht ersetzt, also nicht wieder in Produktionsmittel und Arbeit umgesetzt werden. Die Produktion der Konsumgüter muß dann stocken und infolgedessen auch die Produktion der Produktions- und Arbeiterlebensmittel. Es entsteht also durch einen Vorgang, der die Produktion vergrößern soll, eine Verkleinerung derselben.

Nehmen wir an, die Einwohner einer großen Stadt entschlössen sich sämtlich, so kümmerlich zu wohnen, daß auf je eine Familie nicht mehr als ein Zimmer käme und $^2/_3$ der vorhandenen Zimmer leer blieben. Sie würden sämtlich nur Baumwolle tragen und jeden Anzug ein ganzes Jahr. Sie äßen nur Brot und Käse und tränken nur Wasser und etwas Milch und vermieden jede nicht unbedingt zur Existenz notwendige Ausgabe. Was sollte dann aus denjenigen werden, Unternehmern und Arbeitern, die bisher die Stadt mit ihrem reichlichen Bedarf versorgten? Etwas mehr Brot und Milch und Käse und Baumwollenstoffe müßten produziert werden, und sonst fast nichts. Und die Städter selbst, die von allerlei Gewerben lebten, würden das Sparen bald verlernen, weil sie einfach nichts mehr zu sparen hätten. Denn sie verlören ihr Einkommen, soweit sie es in der Stadt fanden. Und würde das Sparsystem weiter ausgedehnt, so wäre die selbstverständliche Folge ein allgemeines Hundeleben und Faulenzen. Denn wer sollte Produkte herstellen, die niemand kaufen wollte?

In der Wirklichkeit ist ein solches Extrem allerdings nicht zu fürchten. Die Menschen sind in dieser Beziehung nicht überall gleich, aber im ganzen sind sie entschieden geneigt, ihren Konsum ihrem Einkommen entsprechend auszudehnen. Daß „jeder Verschwender als ein öffentlicher Feind, und jeder sparsame Mensch als ein öffentlicher Wohltäter“ zu betrachten sei, wie Ad. Smith meint (II. S. 91f.), ist jedenfalls cum grano salis zu nehmen. Man muß voraussetzen, daß die Leute im allgemeinen nicht sehr sparsam sind, wie man es, wenigstens früher, den Engländern nachsagte, die bei diesem System doch ganz gut vorwärts gekommen sind.

In diesem Sinne spricht auch Ricardo:

„Da es für das Verlangen nach Bequemlichkeiten und Verschönerungen von Wohnung, Anzug, Gespann und Hausrat keine Grenze gibt, so kann es auch keine für das Kapital geben, welches man, um sich dieselben zu verschaffen, anwenden möchte, ausgenommen diejenige, welche unserem Vermögen, die Arbeiter, welche sie hervorbringen, zu unterhalten, gesetzt ist“ (a. a. O. S. 261).

Also: weil wir schrankenlos konsumieren, können wir auch schrankenlos produzieren und darum kapitalisieren.

„Hörten die Menschen auf zu verzehren, so würden sie auch aufhören hervorzubringen“ (S. 260).

Malthus glaubt, daß die Produzenten einen so starken Hang

zum Sparen und zur Vergrößerung ihrer Kapitalien haben, daß sie, wenn man dem nicht entgegenwirke, zu viel produzieren und nicht genug Absatz für ihre Produkte finden würden. Daher müsse es eine unproduktive Konsumtion gegen (Principles of polit. econ. Kap. 7).

Wenn alle sparten, sagt Rodbertus (Zur Erklärung und Abhülfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes, 2. Aufl.; II. S. 290), „dann entsagte die ganze Nation auf das Einkommen, das ihr ihre produktiven Mittel zu genießen erlaubten, d. h. die Nationalproduktion stände von einem gewissen Punkt ab still". Die Arbeiter sollten nach ihm auch nicht sparen und ein richtiger nationalökonomischer Instinkt halte sie davon zurück. — Daß der Arbeiter in guten Zeiten nicht von seinem Lohne, wenn möglich, etwas für die schlechten zurücklegen solle, hat Rodbertus gewiß nicht gemeint. Im allgemeinen ist ja seine Lage so, daß er, ohne sich und seiner Familie notwendiges zu entziehen, kaum dauernde Ersparnisse von irgend welchem Belang machen kann. Eine Lösung der sozialen Frage durch Sparen, woran schon manche gedacht (z. B. August Scherl, Das Ministerium Eulenburg und das Scherl'sche Sparsystem, 1894), ist ein seltsames Qui pro quo.

Auch Schönberg (Handwörterb. I. Aufl. Art. „Arbeiter" S. 390) rechnet zu den in der Arbeiterklasse herrschenden „Mißständen" den „mangelnden Sparsinn".[1]) Wenn das ein Mißstand ist, so erklärt er sich ziemlich leicht aus der Lage der meisten Arbeiter, ist aber nicht ein Erklärungsgrund ihrer Lage.

[1]) Freilich auch „Irreligiosität, Mißtrauen gegen Arbeitgeber . . ., Mißbrauch der Koalitionsfreiheit (!), Haß gegen die besitzenden Klassen, revolutionäre Gesinnung u. s. w.". Ich zweifle, ob es heutzutage weniger „Mißstände" gäbe, wenn die Arbeiter stets so fromm und ehrfurchtsvoll und brav gewesen wären, wie Schönberg sie dem Anschein nach wünscht. Sollten jene gewiß sehr unangenehmen Erscheinungen nicht etwa eine Folge von ganz anderen Mißständen sein und eine Reaktion gegen dieselben, die vielleicht schon viel kräftiger gewirkt hat, als die Predigt von sittlichen Pflichten je wirken kann, die Schönberg an die Arbeitgeber richtet, welche er zu wohlwollenden patriarchalischen Herren der Arbeiter machen will? (S. 391). Auch von der „energischen Mitwirkung der Kirche und Geistlichkeit" und von Arbeiterbildungsvereinen, welche die „Religiosität und den Patriotismus fördern" und die Schönberg für „absolut unentbehrlich" hält, dürfte heutzutage nicht gar viel zu erhoffen sein. Durch solche Ideen wird nichts erzielt, als der Beweis für den durchaus konservativen, ja reaktionären Charakter des heutigen deutschen Kathedersozialismus, der einst einen viel kühneren Typus zeigte.

Ganz richtig bemerkt Ernst Busch (Die soziale Frage und ihre Lösung, 1890, S. 109f.):

„Da die erzeugten Verbrauchswerte auch verbraucht werden müssen . . ., so hat der eine Mensch die Produktion einzuschränken, wenn der andere die erworbenen und vorhandenen Verbrauchswerte nicht verschleißen, wenn er sparen will. . . . Wenn ganze Nationen wenig verzehren . . ., dann können und dürfen sie nur wenig schaffen, denn das Mehrschaffen wie Verschleißen hat bei einer ganzen Nation eine äußerst knappe, sehr bald erreichte Grenze und kann sich fast nur noch auf eine Vermehrung der Produktions- und Verkehrsmittel beschränken. . . So bedingt das Sparen, Kapitalansammeln der einen Person Arbeitsmangel für die andere."

Jedenfalls wird heute in den Ländern hoher wirtschaftlicher Kultur schon genug, vermutlich sogar mehr als genug gespart, wenn auch nicht immer von den Richtigen.

Diese Ansicht spricht z. B. Herkner (Handwörterb. II. Aufl. Art. „Krisen" S. 420) aus: „In der Regel (!) übersteigen die zur Kapitalisierung bestimmten Teile des Volkseinkommens den Kapitalbedarf der Volkswirtschaft ganz erheblich".

Dasselbe will offenbar Marx sagen, wenn er vom Trieb der kapitalistischen Produktion spricht, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde, während die großen Massen arm sind, und wenig konsumieren können (Kapital III. 2. S. 21). Was sollte also mit der Entwicklung der Produktion geschehen, wenn auch diese großen Massen noch ärmlicher lebten als heute? Die reichen Leute können trotz ihres Luxus noch sparen. Was sollte geschehen, wenn sie dem Luxus entsagten?

Wenn heutzutage das ganze ersparte Kapital als dauernde Grundlage der Produktion verwendet würde, dann könnte kein Mensch sagen, daß zu viel gespart wird und man könnte es getrost mit weiterem Sparen versuchen. Aber Unmassen von erspartem Geld werden dem Staat, den Gemeinden und anderen politischen Körpern geliehen, die es zum großen Teil unproduktiv verausgaben und die Zinsen durch Steuern aufbringen, in Milliarden.

Welche kolossale Verlegenheit entstünde, wenn diese Schulden ernstlich getilgt, oder auch, wenn keine neuen gemacht würden! Drängen sich doch die Sparer zu solchen Gelegenheiten heran, als ob Kapital verschenkt, nicht geborgt würde. Unzählige Leute leben von der öffentlichen Schuld, also von den Steuern ihrer Mitbürger.

Man denke den unproduktiven Staatskonsum und den Luxuskonsum hinweg und frage, wie es dann, bei allgemeiner Sparsamkeit, mit der Produktion stünde.

„Increased production can be sustained only by increased consumption, and thus the latter is the first consideration“ (Laurence Gronlund, Our destiny. Boston 1890, p. 27).

Wenn die Folge beliebiger Kapitalisierung, wie manche meinen, einfach darin bestünde, daß der Arbeitslohn stiege, so könnte man dagegen wohl nichts einwenden. Aber wie soll denn der Arbeitslohn steigen, wenn die Waren nicht verkäuflich sind? Wenn dieselben Schriftsteller einerseits behaupten, die Lage der Arbeiter sei am besten in Zeiten aufsteigender Konjunktur, wo die Profite steigen, und andererseits meinen, je mehr gespart werde, desto höher steigen die Löhne und desto tiefer sinken deshalb die Profite, so bringen sie recht unharmonische Gedanken in ihrem Kopfe zusammen. Und wenn sie als dritten Satz noch hinzufügen: mit der Höhe der Profite steigt die Masse der Ersparnisse — so ist die Konfusion vollständig. Und wozu würde selbst das Steigen der Löhne nützen, wenn es — bei konsequenter Durchführung des Prinzips — nur zu größeren Ersparnissen der Arbeiter führte? Zur Stabilität oder Einschränkung der Produktion, oder aber zu einer möglichsten Vermehrung der Menschen, die in derselben Lage wären.

Die absoluten Spartheoretiker haben im Hintergrund eigentlich immer den behaglichen Kapitalisten, der sich's, procul negotiis, wohl sein läßt, also fleißig konsumiert. So J. Stuart Mill. Man verzichtet für jetzt auf den Luxus, um ihn später zu betreiben. Das ist ganz hübsch, aber nicht konsequent.

Gäbe es keinen Luxus, so gäbe es natürlich auch keine Luxusarbeiter. Die Arbeitskraft dieser ist, wie Marx sagt (Kapital II. S. 400), nur verkäuflich, wenn ihr Produkt von den Kapitalisten „vermöbelt“ wird. „Jede Krise vermindert die Luxuskonsumtion momentan . . . . und wirft damit die Luxusarbeiter aufs Pflaster, während sie andererseits den Verkauf der notwendigen Konsumtionsmittel eben dadurch auch ins Stocken bringt und verringert“ (S. 405 f.). Wenn in unserer Gesellschaft der Luxus nicht wäre, meint der alte revolutionäre Sozialist Auguste Blanqui, „müßte die Arbeit sterben“ (Kritik der Gesellschaft, 1886, S. 52).[1])

[1]) Ein Kuriosum ist seine Ansicht vom Sparen. Er meint, das sei nur Anhäufen von Geld, welches der Zirkulation einfach entzogen werde. Und das nennt er Kapital. Das Tauschmittel zurückhalten heiße aber die Arbeit, die Produktion beschränken. Das Anhäufen von Goldstücken, die Bildung von Kapital, sei also nicht angehäufte, sondern unterdrückte Arbeit (S. 48). Kapital ist ihm nur ein ruhender Geldhaufen. Ähnliches hat übrigens schon Lauderdale (Inquiry into the nature and origin of public wealth) gesagt. Er will gegen Smith beweisen, daß die Anhäufung von Kapitalien der Vermehrung des Reichtums hinderlich sei, indem die Anhäufung Werte aus dem Umlauf ziehe, welche der Produktion dienlich gewesen wären.

Sicher ist, daß es für die nichtbesitzende Klasse keineswegs gleichgiltig ist, wie die besitzende Klasse ihr Einkommen verwendet. Es kann jemand mit gleich viel Geld einen einzigen Künstler oder ein Dutzend gewöhnlicher Handarbeiter oder Diener in Aktivität setzen und ernähren.

Doch muß man in dieser Frage vorsichtig verfahren und falsche Schlüsse vermeiden, sonst kann man große Irrtümer begehen. In einen solchen scheint mir Ricardo verfallen zu sein, wenn er, ohne genau spezialisierte Voraussetzungen, kurzweg behauptet, ein reicher Mann, der viel Gesinde hält, gewähre mehr Arbeitern Beschäftigung, als wenn er sein Einkommen für feine Kleider, kostbaren Hausrat oder irgend welche Luxusgegenstände verwendet. (S. 363.)

Dies sucht er folgendermaßen zu beweisen. In beiden Fällen würde nahezu die gleiche Menge produktiver Arbeit beschäftigt, das eine Mal für Luxusgegenstände, das andere Mal für Nahrung und Kleidung (des Gesindes). Im ersten Fall aber würden die Luxusgegenstände einfach vom Herrn genossen und damit wäre es zu Ende. Im zweiten hingegen — so verstehe ich wenigstens die etwas seltsam gefügte Wendung — würde außer den Produzenten der Unterhaltsmittel auch die Dienerschaft durch das Einkommen des reichen Mannes ernährt. Die Dienerschaft gehört auch zur Arbeiterklasse, mithin ist diese Verwendung für die Arbeiterklasse vorteilhafter. Es entstünde eine größere Nachfrage nach Arbeitern, was für diese ja wichtig ist. Daher müßten sie wünschen, daß möglichst viel Einkommen der Ausgabe für Luxusgegenstände entzogen werde, um für Haltung von Gesinde ausgegeben werden zu können.

So habe es der Altadliche gemacht. — Das ist richtig. Große Dienerschaft ist der Luxus naturalwirtschaftlicher Zeiten. Und so wollen wir am Feudalherrn, den wir in der Nähe einer mittelalterlichen Stadt wohnen lassen, den Fall prüfen. Der seltsame Schleier,

den die Geldwirtschaft über alle natürlichen und in ihrer Naturwüchsigkeit leichtverständlichen und einfachen Vorgänge wirft, wird so am besten gelüftet.

Denken wir uns, das Jahr sei um, und der Feudalherr habe sein „Einkommen", das er von nun an in Jahresfrist verbrauchen darf, in Scheunen, Ställen, Kemenaten und Schränken daliegen: Nahrung, Getränke, Kleider, Feuerungsmaterial und was sonst noch alles da ist. Einen erheblichen Teil davon verbraucht er für sich selbst, seine Familie, seine Freunde und Genossen und die notwendige Dienerschaft. Was übrig bleibt, kann er nur auf zweierlei Weise verwenden. Er kann damit ein Dutzend entbehrliche oder ganz überflüssige Diener erhalten, oder kann ein Dutzend Handwerker in der nahen Stadt mit Nahrung und Kleidung dafür bezahlen, daß sie für ihn etliche schöne, kunstvolle Schränke und Waffen und Gefäße machen, deren Rohmaterial er ihnen liefert. Im ersten Fall hat er für sein (zum Unterhalt der Dienerschaft verwendetes) Einkommen die entbehrlichen oder unnötigen Dienste, durch die sich vielleicht sein Hochmut angenehm gekitzelt fühlt, im zweiten Fall erwirbt er vielleicht sehr brauchbare, vielleicht auch für ihn überflüssige, aber recht dauerhafte Dinge, die er auf seine Urenkel vererben mag. Aber hat er im einen Fall mehr Leute beschäftigt, als im andern? Das ist möglich, aber nicht notwendig, und Ricardo setzt das keineswegs voraus. Jedesmal war es ein Dutzend, und was diese verzehrt und abgetragen haben, das ist aus der Güterwelt verschwunden und kann nicht noch einmal verzehrt und abgetragen werden.

Sollte dies Naturgesetz in der Geldwirtschaft nicht gelten? Sollte hier dasselbe Einkommen zweimal konsumiert werden können?

Der Feudalherr kann mit seinen Unterhaltsmitteln Schränke oder Dienste erwerben. Im einen Fall werden die Unterhaltsmittel von Tischlern verzehrt, im andern von Lakaien. Verzehrt sind sie in beiden, obwohl für den Feudalherrn der Erfolg nicht derselbe ist. Aber das ist Sache seines Geschmacks.

Sollte das alles nicht auch für den Kapitalisten, der eine große Geldrente bezieht, zutreffen? Vorstellen kann man sich ja auch von ihm, daß er mit einem entsprechenden Teil seines Geldes Nahrung und Kleidung kauft, und daß sich Handwerker und Diener damit bezahlen lassen. Ob er ihnen das entsprechende Geld oder diese Artikel gibt, das macht doch keinen wesentlichen Unterschied, kann aus dem Fall keinen andern machen.

Wie kommt Ricardo zu einem andern Resultat? Er denkt offenbar so: indem der Rentier dem Tischler seine Schränke abkauft, ernährt oder beschäftigt er diesen. Indem er den Landwirten und Industriellen Nahrung und Kleidung abkauft, ernährt er diese. Im ersten Fall hat er Schränke, die nur ihm dienen. Im zweiten Fall hat er Lakaien, die allerdings auch ihm dienen, aber Menschen sind, die er mit den gekauften Nahrungsmitteln und Kleidern erhält. Ergo! Aber das ist nicht richtig gedacht, wie mir scheint. Im ersten Fall bezahlt er mit seinem Einkommen zwölf Tischler (oder andere Handwerker), im zweiten Fall zwölf Lakaien, nicht Landwirte und Industrielle. Oder er bezahlt auch im ersten Fall diese letzteren. Denn auch die Tischler brauchen Nahrung und Kleidung, sogut wie die Lakaien. Also hat er in beiden Fällen gleichviel Arbeiter beschäftigt, und nicht für diese, sondern nur für ihn war der Erfolg in beiden Fällen ein anderer.

Würde der Feudalherr statt der zwölf Diener einen einzigen Narren halten, der in irgend einer Form ebensoviel verzehrte, wie jenes Dutzend, dann allerdings würden weniger Menschen ernährt. Aber wenn ein solches Verhalten die Regel wäre, dann würden vermutlich auch immer weniger Menschen da sein. Und so ist es mit dem modernen Luxus. Nur wenn die Reichen plötzlich einen viel größeren Teil ihres Einkommens auf kostspielige Produkte der höheren Kunst verwendeten, würde die Arbeiterklasse, deren Zahl sich nach der bisherigen Nachfrage nach anderen, von ihr angefertigten Produkten richtete, leiden. Bald würde sie sich dem neuen Zustand accomodieren. Und man kann gewiß nicht als absolute Regel aufstellen, daß eine größere Bevölkerung unter allen Umständen das bessere sei.

Daß das Sparen nur die Form ist, in welcher in der Geldwirtschaft der Kapitalbesitz, die Herrschaft über Produktionsmittel und Arbeit, entsteht, ist nach unserer Auffassung schon deshalb selbstverständlich, weil es überhaupt nur in der Geldwirtschaft ein Kapital gibt und weil man überhaupt nur Geld ohne Verlust und Schaden beliebig zusammenhalten und aufspeichern kann. Wenn jemand am ersten Januar sein gesamtes Jahreseinkommen in Geld zugezählt erhält und nun seine Ausgaben so einteilt, daß er mit der ganzen Summe für das ganze Jahr ausreicht, so nennt man das hoffentlich nicht sparen. In der Naturalwirtschaft wird man es mit den Konsumgütern ebenso machen — sie müssen verbraucht

werden — und die Stoffe und Arbeitsmittel wird man nicht für die Bedürfnisse direkt verwenden können. Sie werden nach ihrer Natur verwendet, indem sie in den fortlaufenden Produktionsprozeß einverleibt werden. Hier heißt es also nur fortarbeiten und das hat mit Sparen gar keine Ähnlichkeit. Disponible Arbeitskräfte, die man etwa mit Unterhaltsmitteln, welche man dem eigenen Verbrauch entzöge, ernähren und beschäftigen könnte, sind nicht vorhanden. Man kann nur mit den vorhandenen Natur- und Arbeitskräften einen möglichst großen Erfolg zu erzielen suchen, und dieser Erfolg zeigt sich in der Qualität und Quantität der erzielten Genußmittel, und diese — muß man genießen. Eine Vermehrung des Reichtums kann nur dadurch erzielt werden, daß man die Arbeit anders verteilt oder organisiert nnd stärker anspannt. Das alles ist nicht Sparen.

Ebensowenig hätte das Sparen in einer einheitlich organisierten und reglementierten Volkswirtschaft, wie sie von manchen Sozialisten gedacht wird, einen Sinn in Bezug auf die Produktion. Der Staat würde bestimmen, wie die gesamte, durch die Bevölkerung repräsentierte Arbeitskraft verwendet werden sollte, wie viel davon, um Eisenerz und Kohlen zu gewinnen, wie viel, um Sensen zu schmieden, wie viel, um Schafe zu züchten, wie viel, um Frauenhüte zu machen n. s. w., — eine allerdings nicht ganz leichte Aufgabe, wegen deren Lösung die Staatsmänner einer absehbaren Zeit sich jedoch keine schlaflosen Nächte machen werden.

Alles, was von den verschiedenen Arbeitsprodukten der einzelnen Arbeitergruppen und Werkplätze nicht direkt zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu dienen geeignet wäre, bliebe im Besitz der Gesamtheit, des Staates, und würde da der weiteren Arbeit als Gegenstand oder Mittel dienen. Die fertigen Konsumgüter aber würden den Mitgliedern der Gesellschaft zum Verbrauch oder Gebrauch überlassen, je nach ihrer Natur, und müßten auch ver- oder gebraucht, zur Bedürfnisbefriedigung verwendet werden, wenn auch nicht immer im Augenblick. Man könnte vielleicht manches zurücklegen, event. sogar für Kinder und Enkel; aber doch nur, damit diese es endlich für ein Bedürfnis verwenden. Zur Produktion oder gar zum Erwerb durch Produktion könnten solche Erbstücke niemals dienen oder führen.[1])

[1]) L. Stein konnte sich die Wirtschaft und Kultur ohne das heutige Privatkapital offenbar gar nicht denken. Bei ihm beruht auf dem Kapital alle Gesellschaft und alle Wirtschaft, und das Kapital kann sich nur aus dem Ein-

Mit den betreffenden Gütern steht es noch heute so. Nur mit dem Gelde steht es anders, und vom Einzelnen können ja alle möglichen Güter in Geld verwandelt werden. Das Geld, das man als Einkommen erhält, kann man zum Teil als Kapital verwenden, weil alle Güter Waren geworden und auf dem Markt für Geld zu haben sind.

Wir können hiernach die Sache so fassen: In einer geschlossenen Hauswirtschaft (wie der οἶκος) wie in einer einheitlich organisierten Volkswirtschaft bestimmt eine Autorität die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige und mithin die Quantitätsverhältnisse der verschiedenen Produkte. In der Geldwirtschaft entscheidet darüber die Nachfrage der Käufer. Die Nachfrage nach neuen, zusätzlichen Produktionsmitteln und neuen

kommen bilden, d. h. mit anderen Worten: es gibt nur Eine mögliche Wirtschaftsorganisation und das ist die Verkehrswirtschaft des Privateigentums, in welcher das Privatvermögen durch Verwendung von Geld („Einkommensüberschüssen") zu Erwerbszwecken entsteht. Das ist sein fixer — und eigentlich recht simpler — Gedanke, der schon in seinen ersten Werken erscheint und seitdem immer — sogar in denselben Wendungen und Ausdrücken — wiederholt wird. Simpel nennen wir den Gedanken, weil schließlich jeder Kleinmeister oder Hausierer, der nur den privatwirtschaftlichen Standpunkt der Gegenwart kennt, sich die Sache ganz genau so vorstellt, wie Stein. Wie soll man denn zu Geld kommen, sagt er, nämlich der Hausierer, wenn man's nicht erspart? Und Geld ist doch Kapital. Und Kapital muß man doch haben, wenn man ein Geschäft anfangen oder vergrößern will, und ohne Geschäft kann die Menschheit nicht bestehen. — So sagt Stein noch oder wieder in der 5. Auflage seiner Finanzwissenschaft: Aufgabe der Finanzwissenschaft sei es, die Linie zu bezeichnen, auf welcher jede Steuergesetzgebung die unabweisbare Folge hat, die ganze gesellschaftliche Ordnung jeder Zeit zu vernichten. Diese Linie wird überschritten, wenn eine Steuer über die Grenze des Einkommens hinaus das Kapital selber angreift. Dann tritt sie mit der Ordnung jeder Gesellschaft in direkten Widerspruch und vernichtet dieselbe zugleich mit der Kapitalbildung in jeder Einzelwirtschaft. Die Grundlage aller gesellschaftlichen Ordnung ist aber der Klassenuntersehied und der Fortschritt aller gesellschaftlichen Freiheit besteht in der freien Klassenbewegung von unten nach oben und umgekehrt. Der Klassenunterschied aber beruht auf dem gegebenen Kapital, die freie Klassenbewegung und der Fortschritt auf dem kapitalbildenden Einkommen. Daher darf die Steuer nicht nur das erworbene Kapital nicht angreifen, sondern auch das Einkommen nicht soweit verringern, daß es seine kapitalbildende Kraft verliert (I. Teil S. 149 f). — Daß die private Verkehrswirtschaft ohne Kapital nicht existieren und ohne Kapitalvermehrung nicht wachsen kann, ist sicher, aber auch selbstverständlich. Daß es aber nur in der privaten Verkehrswirtschaft eine gesellschaftliche Ordnung und einen Fortschritt der Freiheit geben könne, ist ein unwissenschaftliches Dogma.

Arbeitskräften (resp. Unterhaltsmitteln für dieselben) geht aber hier aus von denjenigen, die einen Teil ihres Geldeinkommens der Verwendung für die eigenen Bedürfnisse entzogen und auf den Ankauf (resp. die Anstellung) jener Dinge (resp. Arbeiter) verwenden, um ihr Geldeinkommen zu vergrößern, also von den „Sparern".

So mischt sich sozusagen der Geldbesitzer in die Produktion ein und verlangt seinen Anteil an ihrem Erfolg, ohne daß er sich irgend persönlich damit zu befassen braucht, auch nicht als Dirigent, ohne daß er auch nur das Mindeste davon verstehen muß, bloß indem er eine Geldsumme auf geeignete Weise in den Verkehr wirft, nämlich so, daß sie der Unternehmung zufließt.

In diesem Fall nennt man dieses neu „entstandene" Kapital gemeiniglich produktiv, bloß weil man mit ihm Ankäufe oder Ausgaben macht, die in dieser arbeitsteiligen Eigentumsgesellschaft die Anspannung produktiver Arbeit erst ermöglichen.

§ 40. Produktivität des Kapitals.

Produzieren kann nach wie vor selbstverständlich nur die Arbeit, denn nach wie vor ist nichts in der Welt vorhanden, als die Natur und der Mensch und das, was dieser mit seiner Arbeitskraft aus jener heraus sich geschaffen hat, also seine Werke, Geschöpfe seiner Arbeit. Daß das, was diese etwa leisten, seine Leistung ist und nicht neben dieser als eine eigene, ihnen selbst zu verdankende und zuzuschreibende steht, scheint mehr als selbstverständlich.

Dennoch hat man gar nicht selten von einer besonderen Produktivität des Kapitals im Sinn einer eigentümlichen Produktivkraft[1]) gesprochen, die der der Arbeit koordiniert wird.

[1]) v. Böhm-Bawerk rechnet neben der Arbeit auch die „Bodennutzungen" zu den „elementaren wirtschaftlichen Produktivkräften" (Kapital und Kapitalzins II. S. 85). Diese Bodennutzungen sind nach ihm in unserer Zeit (weil der Boden im Privateigentum steht!) „durchweg wirtschaftliche Güter". Wirtschaftliche Güter (z. B. „der Holzwuchs") sind also Produktivkräfte. Was produzieren sie? Vermutlich sich selbst. Zwei Seiten später finden wir als „Grundpfeiler der gesamten Lehre vom Kapital" den Satz, daß ein Opfer an Zeit der Nachteil sei, der mit der kapitalistischen Produktionsmethode verbunden ist. Offenbar muß es hiernach eine Produktionsweise geben, die keine Zeit braucht. Schade, daß wir sie nicht kennen! Oder brauchen wir jetzt bloß mehr Zeit zur Produktion eines Gutes als früher? Dann wäre die Arbeit unproduktiver geworden!?

Die Klassiker der bürgerlichen Nationalökonomie, also Männer, welche das Privateigentum am Boden und Kapital und die Vertragsfreiheit als die besten Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens anerkennen, sind an diesem Qui pro quo[1]) unschuldig, sie haben es vielmehr samt vielen anderen vulgären Mißverständnissen aufgeklärt. „Es ist das große Verdienst der klassischen Ökonomie, diesen falschen Schein und Trug, diese Verselbständigung und Verknöcherung der verschiedenen gesellschaftlichen Elemente des Reichtums gegeneinander, diese Personifizierung der Sachen und Versachlichung der Produktionsverhältnisse, diese Religion des Alltagslebens aufgelöst zu haben, indem sie . . . . im unmittelbaren Produktionsprozeß Wert und Mehrwert der Waren auf die Arbeit reduziert" (Marx, Kapital III. 2. S. 366). Adam Smith und Ricardo erkennen die Kapitalrente „als das, was sie ist, als einen Teil des Arbeitsprodukts, der nur dem Kapitalbesitz zufällt" (Rodbertus, Jahrb. f. N. Ö. N. F. 8. Bd. S. 530).

Adam Smith sagt bekanntlich im 6. Kapitel des ersten Buches: „Sobald sich in den Händen einiger Personen Kapital gesammelt hat, wird bald einer oder der andere unter ihnen sein Kapital dazu verwenden, fleißige Leute zu beschäftigen und mit Material und Lebensmitteln zu versorgen, um seinerseits aus dem Verkauf ihres (!) Arbeitserzeugnisses, oder aus dem, was das Material durch ihre (!) Arbeit an Wert gewinnt, Vorteil zu ziehen. Bei dem Austausch der fertigen Waren gegen Geld, Arbeit oder andere Güter muß über die Kosten des Materials und der Arbeit, noch etwas für den Gewinn des Unternehmers herauskommen, der sein Kapital dabei aufs Spiel gesetzt hat. Der Wert, den die Arbeiter(!) den Materialien hinzufügen, löst sich daher in diesem Falle in zwei Teile auf, von denen der eine ihren Lohn, der andere den Gewinn des Arbeitgebers auf das ganze für Materialien und Lohn vorgeschossene Kapital bezahlt" (S. 66). Nachher erklärt er noch ausdrücklich, daß der Kapitalgewinn keineswegs ein Lohn für die besondere Arbeit des Unternehmers sei, der etwa die Leitung und Aufsicht führt.

Deutlicher kann man, glaube ich, unmöglich sprechen. Und wenn Ad. Smith hie und da an anderen Stellen mit den Worten leichtfertig umgeht, in vulgärer Weise flunkert, wie er es mit allen

[1]) Auch der Verfasser dieses Buches hat einst als sehr junger Mann, der vom Katheder herunter nur eine ziemlich vulgäre Nationalökonomie hatte verkünden hören, sich dieser Verkehrtheit literarisch schuldig gemacht.

möglichen Begriffen und Grundsätzen gelegentlich treibt, so sollte man daraus nicht schließen, daß die zitierte, höchst fundamentale und absolut deutliche Stelle nicht seine eigentliche Grundansicht und -Einsicht enthalte. Daß A. Smith daneben auch ernstlich geglaubt haben sollte, der Zinsanspruch des Kapitalisten bewirke eine Steigerung des Warenpreises (wie von Böhm-Bawerk annimmt, l. c. I. S. 83), scheint mir einem so bedeutenden Manne gegenüber ganz unzulässig, zumal derselbe ausdrücklich den Zinsbezug als eine bloße Verteilungsform des von der Arbeit produzierten Einkommens aufgefaßt hat. Könnte man durch „Ansprüche" das Dividendum der Volkswirtschaft erhöhen, dann könnte man die Welt sofort in ein wirtschaftliches Paradies verwandeln, man brauchte nur alle Löhne, Zinsen, Profite und Renten tüchtig zu schrauben. Aber durch Steigerung des Divisors wird leider der Dividend nicht mitgesteigert. Und daß die Gesamtsumme des gesellschaftlichen Einkommens durch den Kapitalzins erhöht werde, daß dieser jenem etwas hinzufüge, das ist ein zu dummer Gedanke, als daß man ihn Ad. Smith zumuten dürfte. Einzelne Schlauköpfe können allerdings durch hohe Zinsen ihr Privateinkommen vermehren, aber auf Kosten anderer. Das Einkommen der menschlichen Gesellschaft wächst sicher nicht durch die Manipulationen von Wucherern.

„Dennoch bleiben", fügt Marx zu der oben angeführten Stelle hinzu, „selbst die besten ihrer Wortführer (scil. der klassischen Ökonomie) . . . mehr oder weniger in der von ihnen kritisch aufgelösten Welt des Scheines befangen, und fallen daher alle mehr oder weniger in Inkonsequenzen, Halbheiten und ungelöste Widersprüche." In diesen aber sollte man doch nicht ihre eigentliche Ansicht suchen, wie es allerdings gar viele Epigonen getan, die gerade die schwachen, schiefen, falschen Stellen in Ad. Smith zum Ausgangspunkt ihrer eigenen Weisheit machen.

Ad. Smith sagt also klar und bestimmt, daß die Produkte durch Arbeit entstehen, der Profit aber dadurch, daß der Unternehmer einen Teil des von der Arbeit dem Material zugesetzten Wertes, den er auf dem Markte realisiert, für sich behält, d. h. den Arbeitern in der Form des Lohnes weniger gibt, als sie hervorgebracht haben. Der Unternehmer verlangt diesen Teil, weil er das Kapital vorgeschossen und ohne Gewinn für sich nicht vorschießen würde, und erlangt ihn, weil er, wie wir aus der Lehre vom Arbeitslohn ersehen, die Macht dazu hat, die Arbeiter mit

wenigem abzufinden, nicht aber, weil sein Kapital etwas hervorgebracht hat. Die Arbeit bringt alles hervor. „Überdies ist es nicht mehr als billig, daß diejenigen (er spricht von den Arbeitern), welche die gesamte Masse des Volkes mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgen, einen solchen Anteil (!) von dem Produkt ihrer eigenen (!) Arbeit erhalten, um sich selbst erträglich nähren, kleiden und wohnen zu können (I. S. 109). Kann vielleicht ein „Zinsanspruch" Kleider hervorbringen? oder Erbsen oder Seife? Das glaubt auch v. Böhm-Bawerk keineswegs. „Das Kapital ist keine originäre, selbständige Produktionskraft. Das sind nur die Naturkräfte und die menschliche Arbeit" (Handwörterb. II. Aufl. Art. „Kapital" S. 22).

Nach der Ansicht von Charles Ganilh (Untersuch. üb. die Systeme der polit. Ök., Wien 1814, das Original erschien 1809) hat „wahrscheinlich David Hume dem Ad. Smith Veranlassung zur Idee seines Werkes gegeben. Denn jener bringt in seiner Abhandlung über den Handel die Äußerung vor: daß die Menschen nur durch Arbeit zu erwerben vermögen" (S. XIX). Selbst Ganilh sieht also in diesem, von ihm allerdings hier recht unkorrekt ausgedrückten Gedanken den philosophischen oder besser den wissenschaftlichen Kern des Smith'schen Systems.

Daß Ricardo nicht von der Produktivkraft des Kapitals sprechen kann, geht schon aus seiner Wertlehre hervor. Der Entdecker der Produktivkraft des Kapitals, wenigstens derjenige Lehrer dieser Idee, von dem die Späteren sie profitiert, übernommen und weiter entwickelt haben, scheint J. B. Say zu sein. Und zwar scheint ihm dieser Gedanke erst im Kampf mit seinen Gegnern deutlich geworden zu sein, denn, soviel ich aus dem mir zu Gebote stehenden literarischen Material ersehen kann, finden sich die entscheidenden Stellen erst in der vierten (1819) und den späteren Auflagen des Traité.

Say rechnet das Kapital neben der Natur und der menschlichen Arbeitskraft zu den Produktivfonds. Diese Produktivfonds erzeugen ursprünglich nicht Produkte, sondern Dienste. Mit diesen erkaufen wir erst die Produkte.

Die Produkte müssen daher wie die Früchte eines Tausches betrachtet werden, wobei wir Produktivdienste hingeben, um Produkte zu erhalten. Erst von diesem Augenblicke an erscheint das ursprüngliche Einkommen (die Produktivdienste) in Gestalt von Produkten, und wenn wir mit diesen Produkten einen

abermaligen Austausch gegen andere Produkte vornehmen, so erscheint das nämliche Einkommen in Form von den anderweitigen Produkten, welche dieser zweite Tausch uns verschafft hat.

„So besteht für einen Bauern, der aus seinem Boden, seinem Kapital und seiner Arbeit 100 Malter Korn bezieht, sein ursprüngliches Einkommen in den Diensten, welche diese Produktivfonds leisten; und sein Produktionsgeschäft ist soviel wie ein Tausch, wobei er die von jenem Produktivfonds geleisteten Dienste hingegeben und die daraus (!) hervorgegangenen Produkte empfangen hätte. Wandelt er diese Produkte in Geld um, so bleibt es immer das nämliche Einkommen, allein in einer anderen Form“.

„Diese Analyse war uns unentbehrlich zur Gewinnung der Einsicht in den wahrhaften Wert des Einkommens. Worin besteht eigentlich der Wert, zufolge unserer bereits aufgestellten Definition? In dem Quantum von jeder Sache, welche man tauschweise für diejenige Sache, deren man sich entäußern will, erlangen kann. Welches ist bei demjenigen Tausche, welchen wir Produktion nennen, die Sache, welche wir hingeben? Unsere Produktivdienste. Worin besteht deren Wichtigkeit? was verleiht ihnen Wert? Das Quantum von Produkten, welches wir tauschweise dafür erhalten, d. h. das Quantum von Produkten, wozu sie uns verhelfen.“ (Erweiterungen und Verbesserungen zum Traité, zusammengestellt von Morstadt, 1827, S. 147 f.).

S. 159 erfahren wir dann, daß für den Teil des Produkts, den die Naturkräfte erschaffen, der Grundeigentümer als „indirekter Produzent“ anzusehen ist. Ebenso der Kapitalist als Produzent von dem „durch sein Kapital produzierten Wert“.

Und S. 125: „Die Vergeltungen, welche für die Produktivdienste erlangt werden, bilden das Einkommen der Produzenten“ (nämlich der Grundbesitzer, Kapitalisten und der Arbeiter im weitesten Sinn).

Wenn man an die Produktion der Güter denkt, ist diese Gedankenreihe Say's so absolut verrückt, daß man sich gar nichts mehr dabei vorstellen kann. Denkt man aber an den Schacher und beabsichtigt man, wie J. B. Say unzweifelhaft beabsichtigt, die Interessen unserer Schacherwirtschaft quasi naturgesetzlich zu begründen und zu rechtfertigen, so ist alles, wenn nicht ganz begreiflich, so doch wenigstens sehr acceptabel und angenehm. Hier ist ein Acker (Natur), ein Bauer (Arbeitskraft) und ein Pflug mit

Gespann (Kapital). Alle drei oder vier leisten Dienste, sagt Say. Also, mein lieber Acker, leiste nun deinen Dienst. Der Acker rührt sich nicht und liegt so blöd und öd da, als ob er sich wirklich niemals rühren wollte. Mein guter Ochs samt Pflug, leiste du deinen Dienst! Der Ochs frißt Gras am Wiesenrand, der Pflug hackt sich in den Boden ein, sodaß auch der Ochs nicht weiter kann — glücklicherweise — und von Diensten keine Spur. Der Bauer ist der Einzige, der deutsch versteht, und wenn er will, so arbeitet er. Aber Dienste leistet er nur, wenn er den Acker für einen andern pflügt, und darauf kommt es in der Frage der Produktion gar nicht an. Allerdings könnte der Bauer ohne Ochsen und Pflug nicht pflügen. Aber auch ohne seine Hände, seine Augen, seine Lunge, sein Herz nicht. Schreibt man deswegen allen diesen Organen eine besondere Produktivkraft zu? Ochsen und Pflug sind vom Menschen geschaffene Organe seiner Tätigkeit, sind höhere Kraft und Geschicklichkeit seiner Hände. Der Boden ist das ihm von der Natur gegebene Arbeitsfeld.

Nun kommt aber J. B. Say und tauscht diese angeblichen Dienste gegen Produkte, z. B. gegen Korn aus. Zu einem Tausch gehören doch ohne Zweifel immer Zwei. Wem gibt nun Say die Bodendienste, wem die Ochsen- und wem die Bauerndienste? Offenbar, möchte man meinen, einem Kornbesitzer, denn er erhält Korn dafür. Was tut aber der Kornbesitzer mit diesen Diensten? Ich weiß es nicht.

J. B. Say wußte es wohl auch nicht. Auch hier hat vermutlich Ad. Smith durch seine manchmal recht unexakte, cum grano salis zu nehmende Ausdrucksweise unheilvoll auf schwächere Köpfe gewirkt, die seine Bilder für reale Erklärungen nahmen. Er sagt nämlich im 5. Kapitel des ersten Buchs: „Die Arbeit war der erste Preis, das ursprüngliche Kaufgeld, welches für alle Dinge gezahlt wurde.“ Er meint gewiß nicht, daß die Arbeit je als Geld gebraucht wurde und daß man dieses Geld jemandem (wem auch?) bezahlte, der dafür „Dinge“ lieferte. Sondern der Satz will, in seine ernsthafte Ausdrucksweise übersetzt, bloß sagen: alle Güter sind, wirtschaftlich genommen, lediglich ein Produkt der Arbeit, denn etwas anderes als Arbeit hat der Mensch zu ihrer Erlangung oder Herstellung nicht aufzuwenden. Aus einem solchen bildlichen Ausdruck macht nun Say, indem er auch noch die Natur und das Kapital der Arbeit gleichstellt, ein Prinzip, eine fundamentale Theorie der Produktion und sagt, diese sei ein Tausch.

Stellen wir uns bloß auf den Schacherstandpunkt des Besitzers und Unternehmers der Geldwirtschaft und gebrauchen wir die Worte so leichtfertig wie J. B. Say und seine ungezählten Nachfolger bis auf den heutigen Tag, so können wir den Eigentümer des Bodens ganz bequem und vorteilhaft sagen lassen: Hier, mein lieber Pächter, steht ihnen mein Acker zu „Diensten". Für die Dienste, die er Ihnen leistet, zahlen Sie mir p. Jahr 100 Fr. Und den Geldbesitzer: Hier, Monsieur, stelle ich Ihnen 1000 Fr. „zu Diensten", damit können Sie einen Pflug und ein paar Ochsen kaufen. Ich berechne Ihnen 5 Prozent. — Und der Bauer geht darauf ein. Also müssen ihm Acker und Franken doch zu etwas „dienen", sonst würde er nichts dafür zahlen.

Was kann man nicht mit Worten alles machen! Die Anwesenheit meines Vetters dient mir als Vorwand, um von einem Balle wegzubleiben. Sie kostet mich Geld, denn ich muß den Vetter beköstigen u. s. w. Alles, was Geld kostet, ist nach Say ein wirtschaftliches Gut, also ist das Wegbleiben vom Ball ein wirtschaftliches Gut, und der Vorwand sein Produzent, und die Anwesenheit des Vetters das Produktionsmittel oder auch der Produzent des Vorwands.

Die Stille der Nacht dient mir zum Studium. Um sie zu genießen, habe ich für mich allein ein ganzes Haus gemietet. Also habe ich einen Teil des Mietgeldes für die Stille der Nacht ausgegeben und schließlich für das Studium. Das Studium ist also ein wirtschaftliches Gut und gehört offenbar zu meinem Einkommen u. s. w., wie oben. Das ist alles ganz und gar nach der Methode J. B. Say's und entspricht durchaus seinen Erklärungen und Auffassungen. Für meine Beköstigungsausgaben tausche ich die Anwesenheit meines Vetters ein, für seine Anwesenheit erhalte ich einen Vorwand, für den Vorwand das Wegbleiben. Für mein Geld tausche ich die große Wohnung ein, für diese die Stille der Nacht, für die Stille das Studium. Da Wegbleiben vom Ball und Studium wirtschaftliche Güter sind, und da wirtschaftliche Güter produziert werden müssen, so besteht die Produktion offenbar in lauter Tausch.

Der landwirtschaftliche Unternehmer macht es ebenso und schließlich hat er Korn. Und da das Korn durch Tausch entsteht, so haben alle die, welche bei dem Geschäfte mittauschten, die Entstehung des Korns veranlaßt, zu ihr mitgeholfen, das Korn produziert. Also gehört ihnen allen miteinander das Korn. Dem Einen als Zins, denn die Produktivdienste des Kapitals sind eigentlich schon Zins (Einkommen), man wandelt sie nur durch Tausch in Korn und dieses wieder in Geld um, das man als Zins bezahlt u. s. w. Dem andern als Grundrente u. s. w. Der Tausch trägt ja nach Say „Früchte".[1])

Ein wenig mysteriös ist das alles immer noch und es gehört eine recht bilderreiche Sprache dazu, um zu den erforderlichen Schlüssen zu gelangen. Die Poesie spielt in der nationalökonomischen Sprache überhaupt eine große Rolle.

Die Nachfolger von J. B. Say drücken sich viel einfacher und deutlicher aus. Sie denken bei dem Worte Produktivität des Kapitals hauptsächlich an die Arbeitsmittel, Werkzeuge, Maschinen und dgl., mittels deren der Mensch seine Arbeit produktiver macht. Sie meinen: was der Arbeiter, der solche Mittel nicht besitzt, mit deren Hilfe mehr produziert, falle auf Rechnung derselben, also des Kapitals, sei Produkt des Kapitals, mithin des Kapitalisten, dem es gehört.

Aber solche Dinge, wie Werkzeuge und Maschinen sind gerade so gut Arbeitsprodukte wie das, was man mit ihnen produziert, sie bedeuten nur eine bessere Arbeits-Methode, produktivere Arbeit.

Daß der eine Arbeiter sie herstellt, der andere sie anwendet, ist nichts als eine selbstverständliche Erscheinungsform der allgemein herrschenden Arbeitsteilung und ändert an der fraglichen Sachlage nichts. Man darf nur, wie man es zur Erklärung der Entstehung der Produkte wohl muß, die Arbeiterklasse als ein Ganzes betrachten. Wenn wir uns vorstellen, daß derselbe Mensch, der die Maschine verwendet, sie auch gemacht hätte, so würden wir doch wohl nicht sagen können: die Maschine mache etwas. Der Arbeiter macht alles; die Arbeit, die er auf die Maschine verwendet, ist nur der Anfang der auf das Produkt, welches mittels der Maschine hergestellt wird, verwendeten Arbeit. Der Wert

[1]) Ein neuerer, auf Jevons-Menger'scher Grundlage stehender Nationalökonom, Knut Wicksell (Über Wert, Kapital und Rente nach den neueren nationalökonomischen Theorien, Jena 1893, S. 72), sagt geradezu: „ . . . Die zinstragende Kraft des Geldes ist keineswegs eine erborgte. Indem z. B. das Geld als Tauschmittel dient, schafft es wirklich den Wert oder Wertzuwachs, der ihm später als Zins zugerechnet wird — und noch mehr dazu". Die Unterhaltsmittel der Arbeiter im Besitz des Unternehmers sind ihm Produktionsmittel, weil sie zum Ankauf von Arbeit dienen (S. 77). Da haben wir unsern J. B. Say wieder, auf Grundlage der neuesten Theorien.

solcher Hilfsmittel richtet sich denn auch keineswegs nach der durch sie ersparten Arbeit, sondern er wird bestimmt wie der Wert aller anderen, beliebig herstellbaren Produkte.

Wenn heute die Produktion eines Pflugs noch ein Geheimnis des Erfinders resp. seiner Nachkommen wäre, dann wäre es wohl möglich, daß der Preis der Pflüge sich einigermaßen richten würde nach dem vermittelst ihres Gebrauchs zu schaffenden Mehrprodukt. Aber dieser hohe Preis würde von den Besitzern der Pflüge, also den „Kapitalisten" Say's und seiner Schule zu zahlen sein, und nicht das Einkommen der Arbeit, sondern die Kapitalrente schmälern, oder vielmehr: unter diesen Umständen würden bloß die Erfinder und deren Nachkommen, die das bessere Arbeitsmittel herstellen, eine Rente beziehen, die Erwerber und Besitzer desselben müßten selbst arbeiten.

Also der Besitz des „Kapitals" würde nichts abwerfen, die Herstellung desselben (im Sinn der Schule!) alles. Heute stehen die Dinge bekanntlich anders.

Die Arbeitsmittel aller Art können — vom Patentschutz abgesehen — ebenso leicht und allgemein hergestellt werden, wie Brot und Stiefel. Ein Profit ist auf diese Weise nicht zu erklären, umsoweniger, da ihn nicht derjenige zieht, der die Maschinen und Werkzeuge gemacht hat. Sie werden von eben solchen Leuten gemacht wie diejenigen, die mit ihnen hantieren, von Arbeitern.

Nicht die Herstellung solcher Dinge, sondern ihr Besitz entscheidet, wem der Profit zufallen soll. Und der Besitz einer Maschine, die juristische Tatsache, daß sie dem Herrn X gehört, ist doch gewiß nicht die Ursache ihrer „Produktivität".

Nicht im Produktionsprozeß liegt also die Erklärung und damit auch die Rechtfertigung der Kapitalrente und es ist ganz vergeblich, sie durch eine poetische Ausdrucksweise hineindeuten zu wollen, indem man den Boden und das Kapital neben dem Menschen arbeiten läßt und dann an die Stelle jener Sachen ohne Umstände deren Eigentümer setzt. Die Erklärung liegt lediglich in den gesellschaftlichen Institutionen. Der Profit aus Kapitalbesitz — bestehe derselbe in Geld oder in was immer — ist dann erklärt, wenn man nachweist, daß dieser Besitz ohne Profit gar nicht denkbar, ein Widerspruch in adjecto ist, und er ist gerechtfertigt, wenn man annimmt (wie es die Geschichte lehrt), daß Privateigentum und eine besitzlose Arbeiterklasse unerläßliche Bedingungen

menschlichen Fortschritts seien, die relativ günstigste Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, wenigstens auf einer bestimmten Entwicklungsstufe.

Aber auch damit ist nur die Rente überhaupt gerechtfertigt, nicht jede beliebige Höhe derselben, nicht jede beliebige Teilung des gesellschaftlichen Produkts zwischen Besitz und Arbeit.

Könnte man die Arbeit besser organisieren ohne Privateigentum am produktiven Vermögen, so gäbe es kein Kapital mehr und mithin auch keinen Zins und Profit.

Eine gewisse vulgäre Nationalökonomie versucht sogar gelegentlich, die gesellschaftliche Arbeitsteilung, welche sich im Lauf der Jahrtausende in der Menschheit nach und nach entwickelt hat, als das Verdienst einzelner heutiger Unternehmer hinzustellen, die durch dieselbe gute Geschäfte machen, und etwa den Profit eines Theehändlers damit zu rechtfertigen, daß ohne diesen ausgezeichneten Mann der Konsument seine paar Pfund Thee jedes Jahr selbst aus China holen müßte. Das würde diesem viel teurer zu stehen kommen, als wenn er dem Kaufmann selbst einen hohen, höchst profitablen Preis bezahlt. — Holt vielleicht der Krämer den Thee aus China? Und nach diesem System müßte der Kaufmann auch seinem armen Schuster einen enormen Profit für die Schuhe gönnen. Denn was für ein unglücklicher Mann wäre er, wenn er selbst seine Schuhe machen müßte! wieviel Zeit müßte er opfern, und wieviel Profit mit der Zeit, und was für Schuhe und Hühneraugen würde es abgeben! Nach diesem Prinzip wäre jeder Arbeiter eines ungeheuren Lohnes wert und nur der Fonds, ihn zu bezahlen, würde fehlen. Trotzdem wird derartige Weisheit hie und da in dicken akademischen Werken verzapft, nach all den großen Leistungen bedeutender Denker aus manchem Jahrhundert. So scheint jede Hoffnung vergeblich, durch Wissenschaft gewisse „Gelehrte" zu belehren [1]).

[1]) Vollkommenste Konfusion auf diesem Gebiete zeigt neben vielen älteren Schriften eine allerneueste, die Herrn Hermann Beck zum Verfasser hat („Gerechter Arbeitslohn!" 1902, Verlag von G. V. Böhmert in Dresden). Man lese und überlege folgende Sätze nebeneinander: „Das Kapital ist Sache und dem Werte nach unvergänglich, gleichsam ewig aus sich heraus neue Werte gebärend (S. 137). . . . Als Produktionswerkzeug (!) in der Hand des Menschen hat das Kapital wie die Natur (!) mit ihren Kräften ursprünglich (!) keinen Anspruch auf einen Anteil am Produktionsertrage; erst mit der Einrichtung des Privateigentums ändert sich das (S. 138). . . . Die Arbeit des Menschen ist nicht der Produktionsfaktor, wohl aber der gegenüber dem

§ 41. Kapital und Produktion.

Wir werden hier nicht die Frage aufwerfen können, ob das Kapital zur Unternehmung, also zur Produktion in der ausgebildeten Geldwirtschaft, wo sie als „Geschäft betrieben“ wird, notwendig sei. Wir haben ja Unternehmungsvermögen und Kapital identifiziert und jene Frage würde daher bedeuten: ob eine Unternehmung ohne alles (eigene oder angeliehene) Vermögen in Szene gesetzt werden könne, also schließlich: ob der Unternehmer ohne alle Hilfsmittel und Kräfte produzieren könne — was absurd ist.

Eine andere Frage ist diese: Hängt der Umfang seiner Produktion, die Masse bestimmter, von ihm in gewissen Zeitabschnitten herstellbarer Produkte von der Größe (Wertgröße, in Geld ausgedrückt) seines Kapitals ab, so daß jene mit dieser schon gegeben ist?

Betrachten wir das Unternehmungskapital in seiner (ursprünglichen) Geldform, so ist diese Frage zu verneinen. Das Geld kann durch Warenkredit zu einem großen Teil ersetzt werden. Es ist also sehr wohl möglich, daß zwei nebeneinanderstehende, gleichartige Unternehmungen genau gleichviel Produkt in gleicher Zeit erzielen, und die eine davon zum Anfang (als Vorschuß) drei oder viermal soviel Geld zur Hand hatte, wie die andere. Es ist ebenso möglich, daß (nach obiger Begriffsbestimmung) gleich große Unternehmungen auch bei ganz gleichen Produktenpreisen und Löhnen in verschiedenen Zeiten oder zur selben Zeit in verschiedenen Ländern durchschnittlich sehr ungleiche Geldmengen brauchen, weil der Warenkredit in verschiedenem Umfang gehandhabt wird.

Wir können uns eine sehr allgemeine und hohe Entwicklung dieses Kredits in Zukunft denken, so daß die Unternehmungen in einem Lande an Zahl oder Größe oder in beiden Richtungen enorm zunehmen, ihr Geldkapital aber gleichbleibe oder sogar abnehme. Der Warenkredit bringt die Waren nicht bloß von einer Hand in die andere, so daß + und — sich aufheben würden, sondern er bietet das Produkt der einen Unternehmung der andern als Produktionsmittel dar, er hebt also die Produktion von Stufe zu Stufe.

Doch entbehrlich wird das Geldkapital wohl niemals werden. Abgesehen von allerlei, nie völlig zu überwindenden Schwierigkeiten

Kapital bedeutendere“ (S. 139) u. s. w. Die Kapitelüberschrift lautet: „Kapital und Arbeit im Produktionsprozeß und die gerechte (!) Vergütung ihrer (!) Leistungen“.

einer solchen Ausdehnung des Warenkredits, werden die Arbeiter, so lange es eine Unternehmung gibt, niemals im allgemeinen in der Lage sein, ihren Geldlohn dem Unternehmer zu kreditieren, bis er ihn aus den schließlich realisierten Preisen der ja zumeist auch von ihm auf Kredit abgegebenen Waren bezahlen könnte. Ich sage zumeist, indem ich die Fälle ausnehme, wo der Unternehmer nicht wieder an einen Unternehmer, sondern an den wirklichen Konsumenten verkauft.

Also Geldkapital — eigenes oder angeliehenes — muß in irgend einem Umfang immer da sein, aber die Größe der Unternehmung ist von seiner Größe in erheblichem und wachsendem Umfang unabhängig.

Anders ist es mit den materiellen Produktionsmitteln und den Unterhaltsmitteln der Arbeiter. Diese können durch keine Kreditoperationen entbehrlich gemacht und „durch Bankgeschäfte weder vermehrt noch vermindert werden“ (Ricardo, S. 333).

Aber die Arbeitsmittel können mit sehr verschiedener Intensität zur Produktion vernutzt, die Arbeitskräfte können durch Ausdehnung der Arbeitszeit, durch stärkere Anspannung, durch bessere Organisation und Arbeitsmethode zu höherem Effekt gebracht, viele Rohstoffe können durch intensivere Ausbeutung der Natur, durch längere oder produktiver gemachte Arbeit sofort in erhöhter Masse reproduziert werden.

Jedenfalls ist durch eine bestimmte Menge von Kapital und Arbeitskraft die jeweilige Größe der Produktion nicht absolut bestimmt. Diese Faktoren mögen eine äußerste Grenze ziehen, über welche die Produktion unmöglich hinaus könnte, aber diesseits dieser Grenze ist ihre Ausdehnung keineswegs genau bestimmt.

„Diejenigen, die behaupten, daß Waren die einzigen Agenten der Produktion sind, beweisen, daß die Produktion überhaupt nicht erweitert werden kann. Denn zu einer solchen Erweiterung müßten Lebensmittel, Rohmaterialien und Werkzeuge vorher vermehrt werden, was in der Tat darauf hinauskommt, daß kein Wachstum der Produktion ohne ihr vorheriges Wachstum stattfinden kann, oder, in a. W., daß jedes Wachstum unmöglich ist“ (Bailey, Money and its vicissitudes, zitiert von Marx I. 625).

In Zeiten des „Aufschwungs“ sehen wir sehr deutlich, wie heute viel mehr produziert werden kann als gestern, außerordentlich viel mehr, trotzdem die Masse der Produktionsmittel und Arbeitskräfte nicht gewachsen sein kann.

Aber erstere werden nicht immer voll angewendet, letztere nicht immer voll und auf's intensivste beschäftigt.

Man produziert überhaupt als Unternehmer nicht, weil Produktionsmittel und Arbeitskräfte da und zu haben sind, sondern weil man ein „Geschäft" zu machen hofft. Der Unternehmer kann nur soviel Produkte herstellen, als zu einem angemessenen Preis (mit Zins und Profit) auf dem Markte voraussichtlich Absatz finden. Die Nachfrage des Marktes aber kann aus unendlich vielen Gründen erheblich schwanken. Die Unternehmer richten sich mit ihren Arbeitsmitteln (fixem Kapital) jeweilen nach der höchsten Nachfrage ein, d. h. sie vergrößern ihre Anlagen in den guten Geschäftszeiten, entsprechend der Höhe des „Aufschwungs" [1]). Geht diese vorüber, dann sind überflüssige Arbeitsmittel da, die eine ganze Periode hindurch nicht voll benutzt werden können. Je produktiver die Arbeit ist, je wichtiger, künstlicher, kostbarer also die Arbeitsmittel, desto schneller kann eine große Nachfrage befriedigt werden, desto schneller kann sie auch vorübergehen.

Auf der einen Seite steigt der Wert der Arbeitsmittel (fixen Kapitalien) und mit ihm die Möglichkeit fast beliebiger Vermehrung der Produkte bei vorhandener Nachfrage; auf der anderen Seite nimmt die Möglichkeit, diese Arbeitsmittel voll anzuwenden, ab [2]), d. h. die kritischen Zeiten, die Zeiten der Stagnation ziehen sich mehr und mehr in die Länge, wenn der Markt sich nicht entsprechend der Produktionsmöglichkeit ausdehnt. Spricht man in diesem Sinn vom Markt, so geht man in Gedanken immer von einem Volke oder einer Völkergruppe aus, für welche der Markt da ist, die auf demselben ihre Waren verkaufen kann, also z. B. von Deutschland oder Europa oder den sämtlichen Ländern mit europäischer Kultur und Wirtschaft. Für diese kann der Markt in anderen Erdgebieten sich zeitweilig immer noch rasch ausdehnen und alle Schwierigkeiten beseitigen. In dem Maße, als die europäische Wirtschaft (durch Eroberung, Besiedelung, Beeinflussung) sich weiter und weiter ausdehnt, wird aber diese Möglichkeit immer beschränkter. Würde man in allen Ländern der Welt mit gleicher Geschicklichkeit und ähnlichen natürlichen Bedingungen Eisenwaren produzieren, wie jetzt in England und Deutschland, so würde sich für englische und deutsche Eisenwaren der Markt nicht leicht und nicht plötzlich erweitern können, wobei es in sämtlichen Ländern der Welt immer noch gar viele Leute geben könnte, die allerlei Eisenwaren recht gut und nützlich zu verwenden vermöchten.

An der Konsumtionsfähigkeit würde die Ausdehnung der Produktion niemals eine unübersteigliche Grenze finden, welche die volle Anwendung der vorhandenen Kapitalien und Arbeitskräfte verhinderte. Zeitweilig, vorübergehend, als ein Irrtum, den man rasch korrigieren könnte, wäre eine Überproduktion und folgende Einschränkung bei einzelnen Branchen möglich, aber nicht im allgemeinen. Und denken wir selbst den fabelhaften Gedanken, daß man von allen Gütern einen Überfluß hätte, so wäre man in dem bequemen Falle, einfach die Arbeitszeit abzukürzen, sich mehr Ruhe zu gönnen.

Doch das alles ist in der Geldwirtschaft sinnlos. Der Unternehmer produziert nicht, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profit zu machen. Was gehen ihn auch anderer Leute Bedürfnisse an? Sie kümmern sich auch nicht um die seinen. Das ist die natürliche Betrachtungsweise in der Eigentumsgesellschaft. Der Oikenherr denkt nicht anders, nur daß er die Produkte für den eigenen Bedarf selbst herstellt, der Unternehmer aber muß seinen Bedarf mit seinem Profit kaufen, also Profit machen. Würde die halbe Welt barfuß laufen und er wäre imstande, täglich eine Million Paar Schuhe zu liefern, so wird er, als Unternehmer, doch kein einziges machen lassen, wenn er es nicht mit Profit verkaufen kann. Und niemand hat ein Recht, ihm das vorzuwerfen; er handelt, wie in dieser Wirtschaftswelt jeder handeln muß, der sich selbst erhalten will. Also: produziert kann hier nur werden, was Profit (resp. Zins, den wir nicht besonders hervorheben) bringt. Ist ein großer, profitabler Absatz zu erwarten, so wendet man alle

[1]) „Von wirklichem Mangel an produktivem Kapital, wenigstens bei kapitalistisch entwickelten Nationen, kann nur gesprochen werden bei allgemeinen Mißernten, sei es der Hauptnahrungsmittel, sei es der hauptsächlichsten industriellen Rohstoffe" (Marx, III. 2. S. 21 f.). Das heißt: an Arbeitsmitteln fehlt es nicht, nur etwa an Stoffen und Lebensmitteln. Denn auch Arbeiter sind in Masse vorhanden. Fehlte es an diesen, dann wäre allerdings die äußerste Schranke der Produktion erreicht. „Die Schöpfung von Mehrwert findet, die nötigen Produktionsmittel, d. h. hinreichende Akkumulation von Kapital vorausgesetzt, keine andere Schranke als die Arbeiterbevölkerung" (ib. III. 2. S. 224 f.).

[2]) „Bei Hemmung der Produktion, Überfüllung der Märkte, Teuerung des Rohstoffs etc. findet Beschränkung der normalen Auslage von zirkulierendem Kapital bei gegebener Grundlage des fixen Kapitals statt, durch Beschränkung der Arbeitszeit . . ." (Marx II. 241).

erreichbaren Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf's Intensivste an; nimmt er ab, so läßt man, wenigstens nachdem man andere Auswege vergebens versucht hat,[1]) nach; verschwindet er, so stehen die Maschinen still, die Werkstätten leer, die Arbeiter gehen müßig und hungern.

Weil die profitable Nachfrage wechselt, wechselt also auch die Größe der Produktion, mithin relativ unabhängig von der Größe des jeweils vorhandenen Kapitals. Je wichtiger und wertvoller die Arbeitsmittel als Bestandteil des produktiven Kapitals werden, je produktiver mithin die Arbeit ist, desto deutlicher ist das zu sehen. Da jene jeweilen der letzten Periode der höchsten Anspannung aller produktiven Kräfte (der größten Nachfrage nach Waren) entsprechen, so steht jeweilen ganze Perioden hindurch die wirkliche Produktion offenbar hinter der möglichen zurück. Zudem macht die Produktivität der Arbeit, wenigstens in der neueren Zeit, durch immer neue Erfindungen und Verbesserungen bald in diesem, bald in jenem, bald in allen möglichen Produktionszweigen immerfort kleinere oder größere Fortschritte, sodaß mit gleichviel Kapital mehr ausgerichtet werden kann.

Wenn nun also die Produktion sich nicht fortwährend auf möglichster Höhe hält, so müßten entweder alle Menschen schon mit allerlei Gütern genügend versehen sein und darum die Ruhe der Arbeit vorziehen, oder sie müßten eine größere Produktenmasse nicht kaufen wollen, obwohl sie könnten, oder sie nicht kaufen können, obwohl sie möchten. Das erste ist entschieden nicht der Fall, wie der Augenschein zeigt. Das zweite trifft wesentlich bei den Wohlhabenden und Reichen zu, welche ihr Einkommen nicht verbrauchen, das dritte ist der Fall der großen Masse, die auch bei einer hochentwickelten Produktionsfähigkeit darben kann. Würde die Konsumtion der Massen, also ihr Einkommen, ihre Kaufkraft, mit der Prodnktivkraft der Arbeit entsprechend wachsen,

[1]) Im Jahresbericht der königlich sächsischen Gewerbeinspektoren für 1888 hieß es (im Bericht über den Meißener Bezirk): „Es scheint das Bestreben vorzuherrschen, Fabrikvergrößerungen vorzunehmen, um durch gesteigerte Lieferungsfähigkeit etwas niedrigere Preise stellen und letztere durch erhöhte Produktion ausgleichen zu können. In der Tat eine Sisyphusarbeit, wenn man die Unternehmer als Gesamtheit betrachtet. — Einzelnen mag's ja glücken — aber auf diese Weise muß auch ohne Krisen endlich eine Menge fixes Kapital unnütz werden, in Krisen umsomehr“ (Ähnliches auch im Bericht aus Plauen).

so könnte die Produktion auch ebenmäßig, ohne Pausen und Perioden der Flauheit, fortschreiten, d. h. die wirkliche Produktion wäre der möglichen immerfort ungefähr gleich, oder aber die Arbeitszeit ginge allmählich zurück, ohne daß die Arbeit intensiver zu werden brauchte.

Allein die Lohnhöhe ist an sich von den Fortschritten der Produktivkraft unabhängig und nur durch Ausnutzung besonders günstiger Verhältnisse, durch bewußte Bemühungen und Kämpfe, vielleicht auch durch die Beihilfe der öffentlichen Gewalt kann es gelegentlich den Arbeitern gelingen, irgend einen, wenn auch nicht den Fortschritten adäquaten Anteil an den Erfolgen der zunehmenden Produktivkraft zu erringen, den sie, wie die Geschichte zeigt, auch wieder einbüßen können. Man vergleiche nur das 14. und 16. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung.

Die Produktivkraft der Arbeit ist nämlich am stärksten gewachsen bei den Gegenständen des Massenkonsums (und ihren Produktionsmitteln), bei deren Herstellung Arbeitsteilung und Maschinerie ihre Triumphe feiern. Man vergleiche nur etwa die Goldschmiedekunst — überhaupt alle Künste des höheren Luxus — mit der Baumwollspinnerei, dem Transportwesen, das auch wesentlich für die Massenproduktion von Wichtigkeit ist u. s. w. Was für eine Ähnlichkeit hat das alte Spinnrad mit der modernen Spinnmaschine! in welchem Verhältnis stehen die Leistungen der menschlichen Arbeit, die in ihnen verkörpert ist! Und die Zeiten des Spinnrads liegen vergleichsweise recht nahe hinter uns. Die Kunstwerke der Goldschmiede hingegen werden heutzutage ungefähr mit denselben einfachen Hilfsmitteln hergestellt wie die prachtvollen Schmucksachen der ägyptischen Prinzessinnen Hathor-Sut und Sent-Sendet, die im März 1894 in einer der beiden Ziegelpyramiden von Dahschur gefunden wurden. Sie sind 4000 Jahre alt, sehen aber noch wie neu aus und beweisen, daß damals schon die Goldschmiedekunst eine erstaunliche Höhe erreichte, sogar im Zellenschmelz, und Werke lieferte, die niemals übertroffen, ja nicht wieder erreicht worden sind. — Jetzt kennt man allerdings auch eine „Bijouteriefabrikation“ mit Maschinenbetrieb, aber das Zeug ist auch danach, mit den Werken der Goldschmiedekunst überhaupt nicht zu vergleichen, während die Maschinenspinnerei feineres und gleichmäßigeres Erzeugnis liefert, als die Handspinnerei je vermochte.

Es müßte also der Massenkonsum so rasch zunehmen, wie die

Leichtigkeit der Herstellung seiner Objekte. Steigt aber der Arbeitslohn nicht dementsprechend, so vermag der wirtschaftlich mögliche Konsum der technisch möglichen Produktion nicht zu folgen. Mithin muß diese, wenn die Unternehmer nicht zu Grunde gehen wollen, sich beschränken.

An diesem Widerspruch zwischen der möglichen und wirklichen Lage des größeren Teils der Bevölkerung — große Produktionskraft und dennoch bittere Not! — soll nach Ansicht des modernen Sozialismus unsere Wirtschaftsorganisation schließlich scheitern. Es müßte sich eine andere entwickeln, die nicht den Profit der Unternehmung, sondern die Bedürfnisse der Bevölkerung zum Motor hätte, und das ist in der Tat schon der Fall bei der echten Konsumgenossenschaft und der von ihr betriebenen Produktion.

Hiernach wäre also die Einkommensverteilung in der heutigen Volkswirtschaft der letzte Grund, warum von ihrer hochentwickelten Produktivkraft zumeist kein voller Gebrauch gemacht und die vorhandenen Produktionsmittel nicht voll ausgenutzt werden können. Dagegen wendet man ein, daß ja in den Zeiten des Aufschwungs der Arbeitslohn aufs höchste steige, mithin die Konsumkraft der Massen bedeutend zunehme, und dennoch folge darauf nicht noch höhere Prosperität, sondern der Krach. Wir antworten darauf: Der „Aufschwung" bedeutet ganz wesentlich hohe Profite. Diese sind seine Ursache und seine nächste Wirkung. Macht die Unternehmung hohe Profite, so kann sie auch hohe Löhne zahlen. Hören die Profite auf, so pausieren auch die Löhne. Aber die Unternehmerschaft als ganzes, als wirtschaftliche Klasse genommen, macht doch nicht an den hohen Löhnen Profit, sondern trotz derselben. Die hohen Löhne können also nicht die Profite hochhalten, da sie nicht deren Ursache, sondern deren Wirkung sind. Was die Unternehmer an Lohn zahlen, geht doch immer notwendig von ihren Profiten ab. Würden sie gar keinen Lohn zu zahlen brauchen, so würde das ganze Produkt ihnen als Rente zufallen und sie hätten es etwa nur mit fremden Eigentümern der Produktionsfaktoren zu teilen, wie sie es immer müssen, wenn ihnen diese nicht insgesamt zu eigen sind.

Beim unternehmungsweisen Betrieb geht also die Steigerung der Konsumtionskraft der Arbeiter auf Kosten der Unternehmer (und ihrer Hintermänner, der Besitzer) vor sich und dagegen wehren sich diese selbstverständlich so kräftig als möglich, und zwar meist mit überwiegenden Kräften. Und wenn ihnen der zu erzielende Profit zeitweilig zu gering oder unsicher scheint, so lassen sie die Produktion stille stehen oder reduzieren sie nach ihrem Interesse. Den Unternehmer zwingen wollen, daß er ohne Profit produziere, das hieße, aus dem Unternehmer einen Nicht-Unternehmer, aus dem Kapital ein Nicht-Kapital machen, d. h. eine neue Organisation der Wirtschaft einführen, wie es eben die Konsumgenossenschaft versucht, die keine Unternehmung ist, soweit dies mitten in der Unternehmerwirtschaft möglich ist.

Schon Ad. Smith hat diesem Widerspruch einer hochentwickelten Geldwirtschaft zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumtionsmöglichkeit, ohne es zu wollen, einen eigentümlichen Ausdruck gegeben, indem er von einem Lande spricht, welches das volle, ihm mögliche Maß des Reichtums erreicht habe, sodaß es weder fort noch rückwärts schreitet, und in welchem daher Lohn und Profit sehr niedrig seien. Der Lohn reiche gerade hin, um die Arbeiterzahl stabil zu erhalten und die Konkurrenz der Kapitalisten drücke den Gewinn tief herab. In jedem Gewerbszweige sei gerade soviel Kapital angelegt, als die Natur und Ausdehnung desselben zulasse, und nur die Reichsten könnten von den Zinsen leben. Die Arbeiter und Kapitalisten hätten also in einem Lande, das „den vollen Reichtum erworben", ein niedriges Einkommen (I. S. 131). Bei geringerem Reichtum geht es allen besser als beim vollen, wo doch gewiß die Produktivkraft der Arbeit höher entwickelt ist. Eine kuriose Sorte von Reichtum!

Es ist hier in der Tat die Kapital-Plethora geschildert, ein wenigstens denkbarer Zustand im privatwirtschaftlichen System der Warenproduktion. Denn daß es an sich eine erreichbare Grenze der Anwendung produktiver Arbeit und damit des Reichtums gebe, ist höchst unwahrscheinlich und jedenfalls nicht das, woran Smith vor 150 Jahren dachte. Sein Gedankengang will einfach besagen, daß die kapitalistische Produktion von der zahlungsfähigen Nachfrage lebe, diese aber nicht immer erzeuge, weil das Kapital nur verkaufen, aber nicht (genügend) konsumieren will.

Sehr hübsch ist diese dunkle Seite unserer Wirtschaft von Marx formuliert worden: „Widerspruch in der kapitalistischen Produktionsweise: Die Arbeiter als Käufer von Ware sind wichtig für den Markt. Aber als Verkäufer ihrer Ware — der Arbeitskraft — hat die kapitalistische Gesellschaft die Tendenz, sie auf das Minimum des Preises zu beschränken. — Fernerer Widerspruch: Die Epochen, worin die kapitalistische Produktion alle ihre Potenzen

anstrengt, erweisen sich regelmäßig als Epochen der Überproduktion, weil die Produktionspotenzen nie soweit angewandt werden können, daß dadurch mehr Wert nicht nur produziert, sondern realisiert werden kann; der Verkauf der Waren, die Realisation des Warenkapitals, also auch des Mehrwerts, ist aber begrenzt nicht durch die konsumtiven Bedürfnisse der Gesellschaft überhaupt, sondern durch die konsumtiven Bedürfnisse einer Gesellschaft, wovon die große Mehrzahl stets arm ist und stets arm bleiben muß" (Kapital II. S. 303f.)[1].

L. Gronlund betont, „daß das gegenwärtige ökonomische System, weil es ein Lohn- und Profitsystem ist, künstlich die Konsumtion beschränkt und die Kaufkraft der Massen zerstört. Dadurch schränkt es die Produktion ein wie eine Granitmauer" (Our destiny, S. 27).

„Wenn heute Einer aufstände und lehrte uns auf unseren Äckern die doppelte Ernte zu erzielen, ich glaube, ich brächte eine erkleckliche Zahl Landwirte zusammen, die riefen: Man steinige ihn! Ja, wenn der Mann die Kunst nur uns beiden mitteilte, wir wollten ihn sicher hegen und pflegen, aber verkündet er sie allen, wohin mit dem Segen?" (C. von Helldorff-Baumersrode: Das Recht auf Arbeit und die Landfrage, 1886, S. 21.) Man überlege sich einmal diesen einfachen Gedanken eines deutschen Landwirts! Eine Gesellschaft, in welcher der „Segen" vernichtend wirken würde, ist doch offenbar auf den Segen, auf das Gute und Beste nicht eingerichtet, sie gleicht einem Kranken, der an reichbesetzter Tafel hungert, weil er die Speisen nicht verdauen oder nicht schlucken kann. Was nützen alle statistischen Kunststücke gegenüber einer solchen einfachen Frage: wohin mit dem Segen?

„Wir sind heute schon in der wirtschaftlichen ‚Entwicklung' soweit gediehen, daß jede Verbesserung der Technik und Arbeitsteilung fast ein internationales Unglück bedeutet. Schon jetzt kann die Kaufkraft der Völker bei weitem nicht mehr aufnehmen, was

[1]) „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde" (III. 2. S. 21). Das ist nicht ganz richtig. Zu den Krisen gehört der „Aufschwung", der jedesmal seine besonderen Ursachen hat. Aber der Grund für die Unmöglichkeit, dauernd nach Kräften zu produzieren, liegt im obigen Verhältnis.

die regelmäßige Produktivkraft auf den Markt wirft" (Fr. Oppenheimer: Die Siedlungsgenossenschaft, 1896, S. 104f.). Das mag übertrieben sein. Die Produktion kann sich bei mangelnder Nachfrage kontrahieren, aber daß sie das lange Perioden muß, während viele Mangel leiden, ist eben das Ungeheuerliche.

Es gibt gewisse Prosperitätsperioden, wo die Geschäfte sehr gut gehen und die Löhne steigen, und wenn man diese dann vergleicht mit den Löhnen früherer Stagnationsperioden und zu diesem Vergleich nur die günstig laufenden Geschäftszweige benutzt, die dunklen Massen des Elends aber, die auch in Aufschwungszeiten daneben bestehen, übersieht, so — hat man es freilich weit gebracht. Schriftsteller, die in solchen angenehmen Zeitläufen Theorien aufstellen, vergessen dann leicht die ganze kapitalistische Vergangenheit oder meinen, von nun an wenigstens müsse alles ganz anders und immer flott vorwärts gehen. Aber solcher Optimismus hält nicht lange vor, bald kommen die Schläge.

Sehen wir denn nicht, was für Scheußlichkeiten im Zeitalter der Friedenskonferenzen in aller Welt geschehen, um neue Märkte zu gewinnen, in Transvaal, in China, in Kuba, auf den Philippinen und überall in den „wilderen" Ländern, wohin die Europäer ihre Kultur bringen? Und werden sich diese, wenn es keine „wilden" Länder mehr zu erobern gibt, nicht selbst gegenseitig an der Kehle packen müssen, um des Marktes wegen? Und wenn es nicht gelingt, den Markt auszudehnen, wie steht es dann mit unseren „blühenden" Volkswirtschaften? Nimmt dann etwa mitten im Profitsystem der Arbeitslohn so zu, daß der Profit verschwindet und man bloß viel zu produzieren braucht, um viel zu konsumieren? oder müßte nicht innerhalb dieses Systems die Produktion stocken und Lohn und Profit fallen, wie es A. Smith auf der höchsten Stufe des Reichtums voraussieht? Kein Buch hat, wider die Intention des optimistischen Autors, die modernste Sachlage und den Geist, den sie selbst bei edleren Menschen erzeugt, besser gekennzeichnet, als Fr. Naumann's „Demokratie und Kaisertum" (1900). Der gute Mann glaubt ein Christ, ein Sozialist und ein Demokrat zu sein und ist gar nichts von dem allen, sondern lediglich ein nationaler Machtpolitiker mit dem schönen „liberalen" National-Wahlspruch: ôte-toi de là que je m'y mette. Er predigt das nationale Räubersystem.

Deutschland hat jährlich einen Geburtenüberschuß von 800000, was seine Macht vermehrt, also herrlich ist. Für diese muß

Nahrung geschaffen werden, und zwar von außen her natürlich. Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt! „Bismarck war in seiner starken, heldenhaften Zeit unzweifelhaft kapitalistisch ... Er arbeitete mit Bleichröder und bekam selbst Geschmack am kapitalistischen Betriebe. Was aber wichtiger ist als dieses: er brachte dem neuen Reiche den gewaltigen Betriebsfonds von 5 Milliarden Franken aus dem deutsch-französischen Kriege mit. . . . Wahrscheinlich wird der Krieg der kapitalistischen Staaten in Zukunft noch mehr ein Kampf um Gold und Werttitel werden", nach der „Methode des Herrn von Bismarck. . . . . Das System(!), das 1870 siegte, war militärisch-kapitalistisch.[1]) Als solches wirkt es weiter und schafft den Boden, auf den wir stehen, und auf dem auch die Demokratie arbeiten muß". . . . . Es gibt keinen „siegreichen unmilitärischen Kapitalismus" (S. 149 u. 159). Also: rauben und morden muß man und rauben und morden soll man! Das ist das neueste theoretisch-ethische Ergebnis der hochentwickelten Profitwirtschaft, zu Tage gefördert von einem ehemaligen christlichen Pfarrer.[2]) Der heilige Augustin bezeichnete, wie wir wissen, schon vor 1500 Jahren die Staaten als große Räuberhorden. Der Unterschied zwischen ihm und dem Pfarrer des 20. Jahrhunderts ist nur dieser, daß er darum den weltlichen Staat als Teufelswerk verdammte und von einem Reiche Gottes träumte, der Pfarrer hingegen den Staat auffordert, durch immer höhere Entwicklung des Militarismus das Raubgeschäft auf die höchste Stufe der Vollkommenheit zu treiben. „Wer niemand besiegen will, weil ja der andere auch Rechte auf seine Gewohnheiten und Traditionen habe, der kann als Mensch und Christ vorzüglich sein, als politischer Gedankenbildner paßt er nicht. . . . In der Natur der Politik liegt es, daß sie ein Kampf von Mächten um Gewinnung von Rechten ist" (33f.), worunter offenbar Geld und Werttitel zu verstehen sind.

In der Natur des Straßenraubs liegt es, daß man das Privat-

[1]) Ich glaube, nebenbei, daß der Pfarrer dem toten Reichskanzler bitteres Unrecht antut.

[2]) „Ganz im Gegensatz zu jenen Lehren der Brüderlichkeit und Solidarität der Völker ist jetzt ein Rassendünkel und ein Rassenhaß emporgekommen, der sich natürlich im dunklen Gefühl seiner Rückfälligkeit in Urzeiten des Menschengeschlechts mit allerhand neuen wissenschaftlichen oder sogar philosophischen Gedanken aufputzt" (Wilh. Förster, Lebensfragen und Lebensbilder 1902, S. 165).

eigentum nicht unbedingt anerkennt u. s. w. Diese Sorte von Grundsätzen werden aber doch wohl nur vom Räuber approbiert, nicht vom Opfer, resp. nur von dem, der auf Raub ausgehen will, nicht vom friedlichen Wanderer. Sie passen also nur für die militärischen Großstaaten und auch für diese nur solange, als sie Aussichten auf Siege haben. Es sind also ganz kuriose „Grundsätze", die schließlich doch recht unpraktisch und fatal werden können. Aber kapitalistisch sind sie in der Tat. Auch der Unternehmer geht naturgemäß darauf aus, seine Konkurrenten zu ruinieren, ihnen den Markt wegzunehmen, nur kann er das nicht mit Gewalt. Braucht er diese, so muß der Staat sie liefern. Aber die Unternehmer erkennen allmählich die Gefährlichkeit dieses Prinzips und verbinden sich zu einheitlichen Riesenunternehmungen, welche wohl den Anlaß und Übergang bilden dürften zu einer anderartigen Organisation der Wirtschaft. Werden auch die Staaten politische Riesentrusts bilden? Nach dem Naumann'schen nationalen Machtsystem jedenfalls nicht.

VII. Preis.

§ 42. Der Marktpreis und seine Voraussetzungen.

Die Produkte der Unternehmung sind zum Verkauf bestimmt. Der Unternehmer nennt das Verkaufen auch Realisieren, und mit Recht, denn erst das Geld, welches er für seine Ware bekommt, ist für ihn das Reale, das er mit seinem ganzen Geschäftsbetrieb erzielen wollte; unverkaufte Waren sind ihm Phantome, Nichtigkeiten, ja negative Größen, so massig sie auch aussehen mögen. Mit dem Gelde in der Hand kann er sein Erwerbs- und Genußleben wieder weiterführen. Er tritt nun als Käufer auf, nachdem er als Verkäufer sein Ziel erreicht. In der Wirklichkeit geht Kaufen und Verkaufen ununterbrochen nebeneinander her, der Markt nimmt daher alles Interesse in Anspruch, auf den Markt bezieht sich schließlich alles wirtschaftliche Denken, der Austausch der Güter vermittelt Erwerb und Konsum. Zunächst werden sie gegen Geld vertauscht, ihr Geldausdruck aber bezeichnet auch deutlich ihr gegenseitiges Austauschverhältnis. Ob wir an dieses (im Grunde genommen allein wichtige) oder an jenes denken, ist für die allgemeine theoretische Betrachtung von keinem Belang, und unter den Begriff des Gutes fällt ja auch das Geld.

Die Güter werden nun selbstverständlich in jedem Tauschfall in bestimmten Quantitäten gegeneinander ausgetauscht. Die einzige Frage, die hier zu beantworten ist, lautet kurz und bestimmt: wovon hängen diese Quantitäten ab?[1])

Zunächst unzweifelhaft von den Entschlüssen der Beteiligten. Denn der Tausch ist ein freiwilliger Akt, niemand ist gezwungen, von dem Seinigen etwas hinzugeben und irgend etwas von dem Fremden dafür anzunehmen. Beide können das Übereinkommen

[1]) „. . . der Tauschwert der Güter, oder die Regel, welche bestimmt, wie viel von dem Einen im Tauschverkehr für ein Anderes hingegeben werden darf" (Ricardo, S. 3).

treffen, ganz wie sie wollen; und wenn sie wollen, kann jede beliebige Quantität des einen Gutes für jede beliebige Quantität des andern gegeben und genommen werden. Dabei ist aber Eins klar. Würden ihre Entschlüsse lediglich aus ihrer besonderen Individualität und deren Verhältnissen hervorgehen, nur durch diese bestimmt werden, also durch ihre Intelligenz, ihren Geschmack, ihre Begierden und Leidenschaften, ihre Vorurteile, Einbildungen u. s. w. u. s. w. — kurz, durch den konkreten hellen und dunklen Inhalt ihres Bewußtseins gerade in dem Augenblick des Tausches, so wäre wohl vielleicht bei genauer Untersuchung jedes einzelnen Falls durch einen sehr klugen Mann eine beiläufige Erklärung desselben möglich, aber soziale Gesetze des Tausches aufstellen zu wollen wäre unter solchen Umständen ein ganz tolles Unternehmen.

So muß es gewesen sein, als die Menschen zuerst begannen, auf friedlichem Wege ihre Produkte auszutauschen.[1]) So ist es aber schon längst nicht mehr. Jeder Tauschakt geht vor sich mitten im Getriebe einer allgemeinen Tauschgesellschaft und wird im wesentlichen durch deren gesamte ökonomische Struktur und jeweilige Verhältnisse und Zustände bestimmt, so daß die Besonderheiten der Individuen im Großen und Ganzen außer Betracht kommen, und jene ursprünglichen Indianergeschäfte, wo alles auf den Einzelnen ankommt, in Ländern höherer Kultur so außerordentlich selten geworden sind, daß man sie in der Wissenschaft, die von der Gesellschaft handelt, ohne großen Schaden ignorieren könnte.

Der Beweis für den nunmehrigen gesellschaftlichen Charakter des Tausches und das allgemeine Wirken gesellschaftlicher Bestimmungsgründe in demselben ist, wie ich glaube, sehr leicht zu erbringen durch eine einfache Erwägung und durch den Hinweis auf einfache Erfahrung. Die Erwägung lautet: Wäre die Entscheidung wirklich und nicht bloß scheinbar bei den konkreten

[1]) Dies anerkennt auch Marx, indem er mit Bezug auf solche Urzeiten sagt: „Ihr (nämlich der Güter) quantitatives Austauschverhältnis ist zunächst ganz zufällig. Austauschbar sind sie durch den Willensakt ihrer Besitzer, sie wechselseitig zu veräußern" (I. S. 58). Ebenso III. 1 S. 314: „Das quantitative Verhältnis, worin sich Produkte austauschen, ist zunächst ganz zufällig. . . . Der fortgesetzte Austausch und die regelmäßige Reproduktion für den Austausch hebt diese Zufälligkeit mehr und mehr auf". — Aus diesen Zufällen der Vorzeit machen neuere Wert-Theoretiker ein Prinzip für unsere Weltwirtschaft!

Individuen, die in einem bestimmten Momente an einem bestimmten Orte ihre Güter austauschen, so müßte das Quantitätsverhältnis, in welchem diese ausgetauscht werden, auch ein individuelles sein, ein besonderes bei jedem Tausch, und die Quantitätsverhältnisse müßten bei verschiedenen Tauschakten außerordentlich divergieren, also daß Quantum 1 vom Gute A sich allenfalls zur selben Zeit auf demselben Gebiete gegen das Quantum 1, 2, 3, 4, 5, vom Gute B austauschen würde. Denn die Individuen, die jedesmal in Frage kommen, sind mit ihren ganzen physischen und geistigen und moralischen Kräften und Zuständen, mit ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen, kurz mit ihrer gesamten Motivation jedesmal andere, nie ganz gleiche, oft himmelweit verschiedene, und so müssten auch ihre Entschließungen und mithin auch die Quantitätsverhältnisse der ausgetauschten Waren sein.

Und diese aus guten Prämissen abgeleitete Behauptung wird denn auch durch eine sehr triftige und wohl kontrollierte Erfahrung bestätigt. Dort wo wirklich bei einem wirtschaftlichen Verkehrsgeschäfte lediglich zwei Individuen miteinander zu tun haben, in Bezug auf dieses Geschäft ganz isoliert und losgelöst von der übrigen menschlichen Gesellschaft, da sehen wir denn auch den rein individuellen Charakter des in jedem Fall verschiedenen, und ungeheuer verschiedenen Preises, wenn wir uns dieses nicht ganz zutreffenden Ausdrucks bedienen dürfen, der nichts zur Sache tut.

Ich meine den Wucher, wie er in gewissen Ländern Osteuropas und auch sonst noch vielerorts betrieben wird. Die Wucherer haben ihre Geschäftsbezirke, die sie gegenseitig respektieren. Sie kommen einander nicht ins Gehege. Die Bauern eines jeden Ortes sind daher, wenn sie irgend welchen (Wein-, Schnaps-, Vieh-, Saat-, Geld-)Kredit brauchen, tatsächlich auf einen Kreditgeber, den Wucherer des Ortes, angewiesen. Hier stehen sich also lediglich zwei Individuen gegenüber, und in Bezug auf die Bestimmungen des Darlehnsvertrags, z. B. auf die Höhe des Zinses, hängt in der Tat nicht bloß formell, sondern faktisch alles von ihnen ab.

Der Zinsfuß ist in hochkultivierten Ländern ja die bekannteste Sache der Welt, wenn er auch nicht für jede Darlehnsform ganz gleich ist. Aber es gibt doch einen für alle gleichen Diskontosatz sicherer Wechsel, einen für alle gleichen Satz für sichere Hypotheken u. s. w. Auf die Individuen kommt es dabei nicht an, sondern nur auf objektive Verhältnisse, wie Sicherheit u. s. w.

Hingegen bei jenem Wuchergeschäft kommt alles auf die Individuen an, auf den jedesmaligen Grad von Habsucht, Schlauheit, Niederträchtigkeit, Grausamkeit, persönlichem Wohl- oder Übelwollen im besonderen Fall, auf augenblickliche, zufällige Laune und Stimmung u. s. w. des Wucherers, auf den jedesmaligen Grad der Armut, Dummheit, Leichtsinnigkeit, Unwissenheit, Leidenschaftlichkeit des Schuldners, und da in beiden Personen in jedem Fall diese verschiedenen Eigenschaften in verschiedenen Graden und Mischungen vorhanden sind, so gibt es alle möglichen Zinsfüße, nach meinen exakten Untersuchungen auf Grundlage von gerichtlichen Dokumenten in der Bukowina bloß in den zwei Jahren 1876 und 1877 deren 53, in allerlei wunderlichen Positionen zwischen 6 und 185 Prozent, Darlehen zu 20, 27, 33, 44, 53, 61, 73, 82, 96, 109, 123 und anderen unmöglichen Zinssätzen, die man im einzelnen Fall erst berechnen muß, da der Wucherer z. B. für ein Darlehen von 48 fl. monatlich 4 fl., für ein Darlehen von 40 fl. täglich 19 Kreuzer verlangt. Und dabei muß man bedenken, daß doch mancher Wucherer, schon der Einfachheit des Geschäfts und der Rechnung halber, von sich aus gewohnheitsmäßig nur einen oder blos ein paar verschiedene Prozentsätze fordert, wenigstens in gewöhnlichen Fällen. Wollte man alle Nebenvorteile, die ausbedungen werden, im Zinsfuß berücksichtigen, so käme eine noch viel größere Mannigfaltigkeit und Divergenz heraus.

Wie mit dem Geldzins geht es dann auch mit den Geldpreisen, die der Bewucherte von seinem Henker für seine Produkte bekommt oder für seine Bedürfnisse an diesen zu zahlen hat. Denn auch in diesen Beziehungen wird er von der übrigen Welt abgesondert durch Drohung mit schleuniger Exekution u. s. w. Was der Bauer zu verkaufen hat, muß er dem Wucherer anbieten und dieser zahlt den ihm beliebigen Preis. Was er kaufen will, muß er beim Wucherer suchen, und dieser setzt nach seinem Sinn den Preis fest. Auch hier gibt es einen erheblichen Spielraum für Geltendmachung der Individualität, wenn auch keinen so weiten wie beim Zinsfuß für Darlehen.

Die einfache Erfahrung aber, von der wir oben gesprochen, ist, daß in den modernen Kulturländern mit hochentwickelter kapitalistischer Wirtschaft regelmäßig jede gangbare Ware am bestimmten Orte zur bestimmten Zeit fast ganz genau denselben Preis hat bei allen einzelnen Tauschgeschäften. Es gibt einen allgemeinen Marktpreis. Abweichungen von demselben kommen immer noch vor. Viele davon

sind aber von unserem Standpunkt aus nur scheinbar, nämlich alle jene, deren Grund nicht in den Individuen liegt, die bei den betreffenden Transaktionen beteiligt sind, sondern in den objektiven Verhältnissen der Ware. Sie wird z. B. teurer verkauft, weil die Lokale sehr pomphaft ausgestattet sind, weil die Bedienung ganz exquisit ist u. s. w., kurz, weil sie den Verkäufer schon mehr gekostet hat. Das besondere Individuum kommt in der Tat nur in Betracht, wenn verschiedene Menschen dieselbe Ware unter gleichen äußeren Umständen zu verschiedenen Preisen kaufen und verkaufen. So etwas kann auch in Ländern hoher Kultur immer noch vorkommen, individuelle Einflüsse können immer noch eine Rolle spielen. Denn der Marktpreis und gar die Alleinherrschaft des Marktpreises ist keineswegs etwas Selbstverständliches, sondern das Produkt einer langsamen, schwierigen Entwicklung, die noch nicht völlig abgeschlossen ist, er ist nicht ein Theorem, das man aus abstrakten Prämissen als Postulat deduziert hat, sondern eine gesellschaftliche Tatsache, die ganz bestimmte, höchst reale Voraussetzungen hat, welche die Jahrhunderte nach und nach immer mehr verwirklichten, und diese Voraussetzungen unseres Marktpreises wollen wir hier aufführen.

Es kann nämlich noch einen anderen als unseren kapitalistischen Marktpreis geben. Ein Beispiel bietet uns der Marktpreis städtischer Handwerksprodukte im Mittelalter. Das Handwerk hat mit dem Kapital noch nichts zu tun, es will keinen Profit am Arbeitsstoff, Arbeitsmittel und Arbeitslohn machen, sondern verlangt im Preise der Ware in der Tat selbst nur einen angemessenen, durch den direkten Verkehr mit dem Konsumenten und die Abwesenheit des Profits der Mittelspersonen (Kaufleute) zeitweilig allerdings reichlichen Lohn für seine Arbeitsleistungen. Dieser sollte aber für alle Handwerker gleich sein. Und da sie in Zünften organisiert waren, so konnten sie die möglichste Gleichheit der Löhne leicht durchsetzen durch angemessene Feststellung der Preise ihrer Produkte, deren Verkauf durch die Zünfte ja auch organisiert war.

In der kapitalistischen Wirtschaft ist das alles anders, hier entsteht der Marktpreis nicht durch Festsetzung seitens irgend einer Organisation oder Behörde, sondern durch die Aktion frei wirkender gesellschaftlicher Kräfte. Und die Voraussetzungen für die Wirksamkeit dieser Kräfte sind folgende:

Erstens müssen die Güter wesentlich für den Austausch, als

Waren, produziert werden. In dem Maße, wie jeder für andere, für Unbestimmte, für den gesellschaftlichen Bedarf produziert und mit seinem eigenen Bedarf auf Andere, auf Unbestimmte, auf die Gesellschaft angewiesen ist, wird er mit seinem ganzen ökonomischen Leben von den Gesamtverhältnissen der Gesellschaft abhängig, muß sein ganzes wirtschaftliches Tun und Treiben diesen anpassen, nach ihnen sich richten und also selbst einen gesellschaftlichen Charakter annehmen. Jeder ist mit Erwerb und Verbrauch auf den Markt angewiesen, und je größer dieser für jede Ware wird, desto mehr verschwindet die Bedeutung des einzelnen Individuums auf demselben, desto mehr nimmt jede Transaktion einen durchaus gesellschaftlichen Charakter an.

Je mehr man für sich selbst produziert, desto unabhängiger wird man von allen Übrigen. Dann spielen die etwa vorgenommenen Tauschgeschäfte eine minder wichtige Rolle im Gesamtleben, man kann dabei in ausgedehntem Maße seine Individualität geltend machen, zum eigenen Vor- oder Nachteil, das Tun und Treiben der Anderen ist von geringem Einfluß auf jeden, er hängt nicht wesentlich von den Zuständen und Verhältnissen der großen Massen ab, sondern von seinen eigenen. Das Tauschgeschäft nimmt einen individuellen Charakter[1]) an, soweit nicht etwa die Sitte, das Herkommen eine gewisse Gleichmäßigkeit erzeugt.

Man darf also die Tauschgesetze der vollentwickelten kapitalistischen Wirtschaft nicht in den Zeiten und Vorkommnissen der Naturalwirtschaft suchen.

Zweitens ist erforderlich, daß die Tauschenden nur ökonomische Zwecke verfolgen, Erwerb und Genuß wirtschaftlicher Güter, und diese Ziele mit möglichst geringen Opfern, also vernunftgemäß, zu erreichen suchen.

[1]) Rodbertus will wohl einen ähnlichen Gedanken ausdrücken, wenn er sagt: der Wert sei um so schwankender, je loser und aphoristischer die Teilung der Arbeit noch bestehe, und, wenn noch keine regelmäßigen Marktverhältnisse entstanden seien, sei allein die Spannung oder Erschlaffung des Bedürfnisses der Individuen das Prinzip des Wertes (Erkenntnis S. 158). Und Marx führt immerhin als erste Bedingung, damit die Preise der Waren ihren Werten annähernd entsprechen, diese an, daß der Austausch der verschiedenen Waren aufhört, ein rein zufälliger oder nur gelegentlicher zu sein (III. 1. S. 156). Auch die Stelle S. 315 l. c. gehört wohl hierher, wo Marx bemerkt: für die Produzenten in der Naturalwirtschaft sei der Verkauf der Produkte zu ihrem Wert von untergeordneter Wichtigkeit, daher stelle ihnen der Kaufmann mit Erfolg seine Fallen. Auch die oben zitierte Stelle I. S. 58 gehört gänzlich hierher.

Selbstverständlich können bei Tauschgeschäften auch andere als wirtschaftliche Zwecke oder Motive wirken oder mitwirken. Wenn wir uns nicht auf die wirtschaftlichen beschränken, sondern alle möglichen zulassen, dann kann das Handeln allerdings einen sehr individuellen Charakter annehmen.

Wir dürfen also beispielsweise das Preisproblem nicht nach den Vorkommnissen auf einem Wohltätigkeitsbazar lösen, wo in jedem einzelnen Tauschfall die Schönheit oder Vornehmheit oder der Reichtum oder die Konnexionen der edlen Verkäuferinnen und die Eitelkeit, Geckenhaftigkeit, Strebsamkeit, Dummheit der Käufer gar sehr in Betracht kommt und für denselben Quark jeder beliebige Preis zwischen einem und tausend Franken gegeben werden kann, wobei gelegentlich sogar die Rücksicht auf die Armen einigermaßen als individuelles Motiv mitwirken mag.

Bei wirtschaftlichen Untersuchungen können nur wirtschaftliche Motive ernstlich in Frage kommen. Es ist gar nicht die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft, alle möglichen anderen in Betracht zu ziehen, und sie darf gar nicht nach diesen anderen ihre Grundsätze formulieren. Auch werden in der Tat im Warenverkehr die wirtschaftlichen Erwägungen und Interessen bei den Menschen in den allermeisten Fällen einzig in Betracht kommen und niemand wird sein Benehmen auf Wohltätigkeitsbazaren u. dgl. als ein wirtschaftliches genommen wissen wollen, obwohl gewisse Theoretiker solche Allotria als Probleme behandeln, denen die Wirtschaftslehre bei Aufstellung allgemeiner Theorien vor allem gerecht werden müßte.

Man kann unzweifelhaft wirtschaftlich handeln ohne Egoismus, wie wir schon früher bemerkten. Aber wenn man für sich selbst, im eigenen Interesse wirtschaftlich handelt, so wird dieses wirtschaftliche Handeln, wie alles, was man für sich selbst tut, doch wohl regelmäßig einen egoistischen Charakter haben müssen. Dies will H. Dietzel (Beiträge zur Methodik der Wirtschaftswissenschaft, Jahrb. f. N. Ö. und Stat., N. F. 9. Bd.) bestreiten, weil „vielleicht", „möglicherweise" andere als egoistische Motive dahinter stecken (S. 39). Daß der Unternehmer dem Arbeiter einen möglichst geringen Lohn zahlt, findet D. nicht egoistisch. „Es ist einfach ein Gebot der Selbstliebe (!) des Menschen, welche, wie Knies sagt, in ihrem Begriff keinen Widerspruch gegen die Liebe zur Familie, zum Nächsten, zum Vaterland enthält" (S. 42). Eine seltsame Idee! Wenn mir die Selbstliebe sagt: Greif zu, hier kannst du eine Million gewinnen! und die Vaterlandsliebe sagt: Verzichte auf die Million, du schadest durch das Geschäft deinem Lande! — ist da kein Widerspruch vorhanden, so daß man beiden Trieben zugleich folgen kann?

Dietzel's Ausführungen gehen im Grunde darauf hinaus, daß einer allenfalls im „Geschäft" ein schonungsloser Plusmacher, im sonstigen Leben aber ein „Ehrenmann" sein kann, woraus dann folge, daß er auch wirtschaftlich kein Egoist sei.

Nun lese man folgende Stelle: „Ist es denn nicht etwa so, daß wir bei unseren auf Vermögenserwerb zielenden Handlungen geradezu vermeiden, mit Personen oder Verhältnissen in Berührung zu treten, gegen welche oder in welchen wir Pflichten moralischer Art haben würden, daß wir unsere wirtschaftlichen Kontrakte am liebsten abschließen mit Personen, auf die wir nicht-wirtschaftliche (soll unbedingt heißen: nicht-egoistische) Rücksichten gar nicht zu nehmen haben?" (S. 43).

Aber warum das, wenn Selbstliebe im Geschäftsleben genügt, vom Egoismus verschieden ist und sich mit der Nächstenliebe ganz gut verträgt? Gehören die, mit denen wir am liebsten Geschäfte machen, etwa nicht zu unseren Nächsten?

Hier treten nach Dietzel moralische Pflichten niemals als Hindernisse des wirtschaftlichen Handelns, als im Widerspruch mit demselben stehend auf und damit ist doch offen gesagt: weil wir im wirtschaftlichen Handeln nur unsere Interessen wahren und gegen die des anderen Teils schonungs- und rücksichtslos vorgehen wollen, suchen wir am liebsten Kontrahenten, die keine Ansprüche auf unsere „Nächstenliebe" haben. Ich leugne nicht, daß Menschen auch in wirtschaftlichen Dingen nobel vorgehen können, aber ein solches Vorgehen müßte Dietzel unwirtschaftlich nennen.

Ein neuerer Theoretiker, Julius von Gans-Ludassy, sagt in seinem Buche „Die wirtschaftliche Energie", S. 424 sogar: „Der Wirtschaftsmensch, welcher nach Reichtum strebt, ist zugestandenermaßen (!) eine Fiktion". Aber in diesem mehr als tausend Seiten zählenden „Werke" ist Platz genug für hunderte von solchen Unglaublichkeiten aus dem nationalökonomischen Märchenlande, in dem der Verfasser wohl geboren und aufgewachsen sein muß.

Drittens ist vorausgesetzt, daß die Tauschenden bei Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Zwecke sich frei bewegen dürfen, d. h. unter keinem äußeren Zwange stehen, da sonst nicht bloß ökonomische Momente den Prozeß bestimmen.

Hierher gehören alle Preisbestimmungen, die von einer über der Verkehrswelt stehenden Autorität ausgehen, der jene gehorchen muß.

Auch hier gibt es freilich einen Marktpreis, und zwar einen gesetzlichen, im Sinn einer auf Autorität resp. Gewalt beruhenden Satzung, aber nicht im Sinne einer aus der Wirkung der Verhältnisse hervorgehenden und die Parteien bestimmenden sozialen Kraft.

Viertens muß man annehmen, daß die Menschen insgesamt ein gewisses Minimalmaß von Klugheit und Einsicht genießen, um sich nicht schlechter als andere behandeln zu lassen, um eine Ware nicht teurer zu bezahlen, als sie sonst am Orte und in dem Geschäft zu haben ist. Im großen modernen Detailgeschäft (im Engrosgeschäft ist die Erfüllung dieser Bedingung wohl selbstverständlich) ist das „Vorschlagen“, das Beschummeln der Naiven und Dummen ausgeschlossen. Denn der Verkäufer, der das Publikum bedient und den Preis angibt, nimmt das Geld nicht ein, dafür ist ein Kassier da, meist schon mit einer Registrier-Kasse. Es fehlt also das Interesse. Schon der ernsthaft gemeinte „fixe Preis“ genügt übrigens in dieser Beziehung, so daß die Voraussetzung der Sachkenntnis und Klugheit immer mehr hinfällig wird, je weniger die vormodernen, kleinlichen Schwindeleien im Geschäftsleben rentieren und je mehr man seinen Vorteil darin findet, alle Kunden gleichmäßig zu behandeln.

Daher darf man die Tauschgeschäfte unserer Wirtschaft nicht formulieren nach den Methoden, welche schlaue und niederträchtige europäische Profitmacher in ihrem Verkehr mit harmlosen Naturvölkern befolgen, denen sie die kostbarsten Dinge für den elendesten Industrieschund abschwindeln: Elefantenzähne für Glasperlen u. s. w. Man darf den Verkehr verschiedener Industriestufen nicht beliebig durcheinandermischen und Sätzen, die auf die eine zugespitzt sind, nicht durch Tatsachen aus einer andern widerlegen, wie es z. B. der Herbartianer Karl Thomas (Die Grundbegriffe der nationalökonomischen Güterlehre, zuerst erschienen im Jahre 1841, in zweiter, durch eine Abhandlung des Verfassers über Geld und Kapital vermehrter, von Prof. Tuiskon Ziller besorgter Auflage, im Jahre 1879) macht, der gegen Ricardo's Werttheorie, nach welcher in einem primitiven Zustande Güter, die gleichviel Arbeit kosteten, gegeneinander ausgetauscht wurden, einwendet, daß ungebildete Völker in ihrem Verkehr mit hochentwickelten „Waffen u. dgl., deren Wert nach der darauf verwendeten Arbeit sie vielleicht zu bestimmen vermöchten, für Stückchen Spiegelglas u. dgl. hingeben, deren Verfertigungsart sie gar nicht kennen, deren Arbeitswert sie also gar nicht taxieren können“. Wer Hunger habe, werde das Vielfache in Arbeit für ein Gut hingeben, das den Hunger stille. „Etwas dem Hunger Ähnliches ist in allen Fällen der motivierende Grund des Tauschverkehrs und der Regulator bei Gleichsetzung noch so verschiedener Werte“ (S. 25).

Hier haben wir einen trefflichen Vorläufer der Subjektiven. Es wird uns ein Wilder vorgeführt, der selbstverständlich von den Kulturmenschen betrogen wird, und ein Hungriger, dem offenbar nur ein Bäcker gegenüber steht, der nur noch ein oder ein paar Stücke Brot auf Lager, daher mit dem Verkauf keine Eile hat und dabei ein solcher Schuft ist, daß er den armen Kunden, dem natürlich alle andern Nahrungsmittel und Bäcker in der weiten Welt absolut unzugänglich sind, ohne alle Rücksicht auf das eigene Renommée, in seiner schrecklichen Notlage schonungslos ausbeutet: wahrlich ein gelungenes Bild unserer Wirtschaftsverhältnisse, aus welchem man eine moderne Preistheorie exakt deduzieren kann! Dabei ist als selbstverständlich angenommen, daß alle Geldbesitzer mit hungerartiger Gier auf's Kaufen erpicht sind, während die Warenbesitzer — natürlich lauter Monopolisten — mit dem Verkaufen nicht die mindeste Eile haben. —

Endlich ist vorausgesetzt, daß die Waren, um die es sich handelt, von einer Vielzahl begehrt und angeboten werden.

Was den Begehr anbetrifft, so wird es an einer Vielzahl von Menschen, die ein Gut unter Umständen, nämlich bei einer ihnen entsprechenden Gegenleistung, also zu irgend einem Preise zu erwerben wünschen, wohl nie fehlen, nämlich in unserer Gesellschaft, nicht in der Wüste. Wo aber die Vielzahl auf Seite des Angebots mangelt, da sprechen wir vom Monopol. Hier kann es keine allgemeine, soziale Preisregel geben, es kommt bei der Feststellung des Preises auf die Persönlichkeit des Monopolisten, seine Einsicht, seine Habgier u. s. w. immer mehr oder weniger an, der Preis hat also eine individuelle Färbung, wenn auch die Macht des Individuums in den allgemeinen Verhältnissen der Gesellschaft bestimmte Grenzen hat und der größtmöglichste Ertrag nur bei einem durch jene Verhältnisse bestimmten Preise erzielt werden kann. Je mehr es sich um einen mit geringen Kosten herzustellenden Artikel des Massenverbrauchs handelt, desto mehr werden die Massenverhält-

nisse faktisch wirken und desto weniger die persönliche Willkür, die ja, rein formell, ausschlaggebend wäre. Aber immer wird die Qualität der Unternehmerpersönlichkeit von Einfluß auf den Preis sein, wie die Erfahrung lehrt.

Ein neues Buch z. B. ist ja in gewissem Sinne auch eine Monopolware — das Monopol läßt ja sozusagen sehr verschiedene Intensitätsgrade zu. Und da kommt es vor, daß ein Verleger, wenn er bei der ersten Auflage eine sehr kräftige Nachfrage bemerkt, den Preis der zweiten auf die Hälfte oder noch mehr reduziert, während ein anderer bei der 40sten noch denselben Preis wie bei der ersten fordert. Jeder, der eine Ware zuerst auf den Markt bringt, sei sie nun absolut neu oder nur auf dem bestimmten Markte, setzt von sich aus zunächst einen bloßen Probierpreis nach seinem Ermessen, nach seiner Einsicht und Art. Es ist eine Art Monopolpreis, der von der Persönlichkeit, ihrem Charakter und Intellekt abhängt. Der eine will lieber hohen Gewinn am Stück und weniger Umsatz, der andere das Gegenteil. Erst allmählich, infolge des mehrseitigen Angebots gleicher oder ähnlicher Ware, entwickelt sich der normale Marktpreis, welcher ganz durch die Gesamtverhältnisse der Gesellschaft (die Profitrate, die daraus resultiert) und durch die Produktionsverhältnisse der betreffenden Ware (notwendige, ebenfalls durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmte Kosten) festgestellt wird, keineswegs durch subjektive Gebrauchswertschätzung[1]). Diese entscheidet nur, ob eine Ware überhaupt dauernd produziert werden soll und kann, oder nicht, und in welchem Umfang, in welcher Quantität, aber nicht über den regelmäßigen, normalen Preis.

Das Vorhandensein einer Vielheit von Anbietenden und Nachfragenden nennt man Konkurrenz. Alle Anbietenden streben nach demselben Ziele: sie wollen verkaufen. Alle Nachfragenden streben nach demselben Ziele: sie wollen kaufen. Der einzelne Tauschakt

[1]) Die Neueren haben eine ganze Menge Wertarten und -Sorten entdeckt, die sie bis zur Betäubung des Zuhörers durcheinander wirbeln. Eine davon ist der „objektive Nutzenwert", welcher den Preis bestimmen soll, den man Marktpreis nennt (H. Schröder, Der natürliche Wert, 1894, S. 88f.). Ich glaube kaum, daß irgend jemand bei solchen Worten etwas Bestimmtes denkt. Dr. Moriz Naumann (Die Lehre vom Wert. 1893. S. 56) belehrt uns, daß der Tauschwert „eine Art des Nutzwertes" und der Kostenwert „ihm entgegengesetzt" sei, obschon beide in Geld bemessen werden. Und alle diese Herren gehen von Jevons und Menger aus und sprechen vom „Grenznutzen", als ob sie ihn mit leiblichen Augen gesehen hätten.

wird allerdings nur von zwei Personen abgeschlossen. Aber diesen steht die Möglichkeit offen, das Geschäft auch mit einer größeren Zahl anderer zu machen, von anderen zu kaufen oder an andere zu verkaufen. Diese Möglichkeit drückt sich eben in dem Satze aus: es besteht Konkurrenz. Die Konkurrenz wächst mit der Zahl derjenigen, an die man eventuell verkaufen, von denen man event. kaufen kann. Es können, je nach den immerfort wechselnden Verhältnissen, weit entfernte und sogar künftige Käufer und Verkäufer dabei in Betracht kommen.

Denken wir uns in einer Gesellschaft, in welcher vermöge einer hochentwickelten Arbeitsteilung jeder auf den Güteraustausch angewiesen ist, Fälle, in welchen auf der einen oder anderen oder auf beiden Seiten keine Konkurrenz bestünde, so würde da alles auf die handelnden Individuen ankommen und — das eigene Interesse eines jeden als Triebkraft seines wirtschaftlichen Handels angenommen — lediglich das „Recht des Stärkeren" den Ausschlag geben, geradeso und im gleichen Sinne, wie wir es beim Wucher gesehen haben. Dasselbe Quantum Ware könnte in jedem Tauschfall einen Extrapreis haben. So ist der Güteraustausch aber in Bezug auf die unendliche Mehrheit der Waren glücklicherweise nicht eingerichtet, der völlige Mangel der Konkurrenz auf der einen oder anderen Seite, wozu u. a. gehört, daß auch ähnliche Waren, Surrogate und Ersatzmittel irgendwelcher Art nicht beliebig zu haben, resp. auch auf eine ferne oder künftige weitere Nachfrage nicht zu hoffen ist, ist ein seltener Ausnahmefall und es handelt sich, wo man von mangelnder Konkurrenz spricht, zumeist doch nur um eine irgendwie beschränkte.

Es ist daher ein seltsames Verfahren, die Preisgesetze mitten im Zeitalter der schärfsten Konkurrenz auf den allermeisten Gebieten vom Monopol abzuleiten oder zu glauben, man müsse die Regeln der Preisbildung der Konkurrenzwirtschaft so formulieren, daß vor allem auch die Monopolpreise darunter fallen.

Ein köstliches Musterexempel der Gebrauchswerttheoretiker ist die bekannte Quelle in der Wüste, wo die verschmachtende Karawane für das in der übrigen Welt zumeist ganz wertlose Wasser hohe Preise zahlen muß. Ich glaube kaum, daß bei dem Brunnen ein Wirt steht, der das Wasser verschachert. Der würde vermutlich von den durstigen Reisenden alsbald totgeschlagen, wenn er sich so unverschämt benähme und seine Position in dieser Art ausnützte, es sei denn, daß er über eine gehörige bewaffnete Macht

verfügte, um ungestraft unter dem Vorwand des Wasserverkaufs die Karawane zu plündern. Dies Geschäft würde dann aber nicht in die Wirtschaft (oder gar in die Volkswirtschaft!) gehören, sondern ins Kapitel Raubwesen, selbst wenn der betreffende Wasserwirt sich Sheik oder Bey oder gar König nennen sollte, — was auf ähnliche Fälle in der Weltgeschichte anzuwenden ist.

Das Wasser kann allerdings auch in einer hochentwickelten Wirtschaft einen schönen Preis haben, in Zürich z. B. zahlt der Besitzer eines großen Hauses pro Jahr etliche 100 Franken dafür, weil die Herbeischaffung an den Ort des Bedarfs (ins Haus) gar viel Arbeit und somit Geld gekostet hat, für Pumpwerke, Leitungen, Filtriereinrichtungen u. s. w. Da kann man nebenbei zugleich sehen, woher der „Wert", nämlich der Preis der Güter stammt, und was für ein Warenlager die Natur ist. Das Wasser ist in Zürich keineswegs „selten", es ist nicht „in beschränktem Maße vorhanden". Das ganze ungeheure Seebecken ist voll davon und enthält unendlich viel mehr, als die Zürcher je zur größten Reinlichkeit und beim größten Durst — selbst wenn sie ihn ausschließlich mit Wasser stillen möchten oder müßten — konsumieren könnten. Dazu gibt es auch noch etliche Bäche, die durch die Stadt fließen. Hier also hat die N a t u r in der Tat ein großes Depôt von ihrer Ware Wasser eingerichtet und jedermann kann aus diesem Depôt holen, soviel ihm beliebt. Da aber dieses Holen (und Filtrieren) von Seite der Einzelnen sehr viel Zeit und Arbeit erfordern würde, die nicht einmal in der wünschenswerten Qualität aufzubringen wäre, so hat ein Unternehmer von einigermaßen gemeinnützigem Charakter, nämlich die Stadtverwaltung, eine juristische Person, die Sache für alle auf sich genommen und der Natur selbst in diesem eklatanten Falle nicht den Glauben geschenkt, daß dieselbe fertige Waren zum bloßen Konsumieren bereit halte, sondern sie hat das Wasser mit großen Kosten wirklich erst für den Konsumenten produziert, was er sonst selbst tun müßte. Denn dem Konsumenten nützt das Wasser im See (sowie der Baum im Walde, das Erz im Berge, das Gold im Flusse u. s. w.) rein gar nichts; soll es ihm nützen, so muß er Arbeit darauf verwenden, also produzieren. Und tut das ein anderer für ihn, so muß er dafür zahlen. Eine sehr lehrreiche Geschichte, die noch immer nicht von allen Gelehrten begriffen wird. Jedenfalls lehrreicher als die Räubergeschichte von der Quelle in der Wüste, die oder deren gleiche so viel von den Gelehrten benutzt wurden und die das Preisproblem zu einer Machtfrage stempelt.

C. M e n g e r spricht (Handwb. Art. „Geld") von der „bereits so vielfach beobachteten, bisher (d. h. bis auf Menger) indes nicht genügend erklärten Übermacht des Käufers über den Verkäufer". Man möchte darnach glauben, die Käufer müßten durchs Kaufen reich werden, die Verkäufer durchs Verkaufen arm, weil jene Übermächtigen diese Schwachen ja so leicht übervorteilen und ausbeuten können. Die Unternehmer in Handel und Industrie wären allerdings in einer sozusagen neutralen Lage, denn sie alle müssen Waren kaufen u n d verkaufen, und würden so bald gewinnen, bald einbüßen. Dagegen Beamte, Lehrer, Arbeiter u. dgl. Leute, die keine Waren verkaufen, sondern nur kaufen, die wären die reinsten Ausbeuter der Produzenten und müßten also am ehesten zum Reichtum gegelangen. Die Wirklichkeit stimmt allerdings nicht ganz mit diesen Folgerungen.

Prof. M e n g e r denkt vielleicht an die vielen armen Hausierer, die sich in Österreich und besonders in Wien herumtreiben (oder -trieben, ich weiß nicht, ob es noch so ist), unnütze Waren in die Häuser bringen und etwa nebenbei auch ein Almosen nicht verschmähen. Diesen armen Teufeln gegenüber ist der wohlsituierte Bürger mit seiner gefüllten Börse in der Tasche allerdings übermächtig, sogut wie anderen armen Teufeln gegenüber auch. Sie müssen hungern oder betteln, wenn sie nicht Tag für Tag ihren Kram anbringen. Unsere moderne, auf der Höhe der Zeit stehende Geschäftswelt aber, die Waren verkauft, dürfte zu solchen, etwas primitiven Wirtschaftsstufen angehörigen Beobachtungen kaum Gelegenheit geben. Prof. Menger mag die Berichte der Warenbörsen lesen und da wird er finden, daß in regelmäßiger Abwechslung bald die Käufer bald die Verkäufer „zurückhaltend" oder „versteift" sind. Und steht auch nur eine Köchin oder Madame selbst „übermächtig" vor dem Wiener Metzger oder der Gemüsehändlerin? Ich erlaube mir daran sehr zu zweifeln. Sollte dies indessen noch in Wien, das dem Orient näher liegt, der Fall sein, so darf man nur etwas westwärts wandern, z. B. nach München, und man wird ganz andere Dinge sehen. Die flotten Geschäftshäuser in westeuropäischen Städten machen mit der Kundschaft gar nicht viel Federlesens und jedenfalls lassen sie sich von derselben nicht die Preise ihrer Waren diktieren, ja in der Regel nicht einmal um einen Centime modifizieren. Worin besteht also die Übermacht? Daß die Warenbesitzer gern Geschäfte machen, also verkaufen? Aber die Kunden kaufen auch gern und haben es sehr

nötig, und der Kunde, der nicht den geforderten Preis bezahlt, bekommt die Ware einfach nicht.

Nur das eine ist richtig — hat aber mit der Preisbestimmung nichts zu tun —, daß die Erwerbslust der Menschen in der Zeit der Geldwirtschaft im allgemeinen als grenzenlos betrachtet werden kann. Jeder einzelne Verkäufer möchte daher von seiner Ware immerfort soviel als nur möglich verkaufen und könnte auch eine praktisch genommen unbegrenzte Masse von Waren an den Mann bringen, wenn ihm alle mögliche Kundschaft zuflösse. Das ist sein Ideal, darnach strebt er mit allen Kräften. Das Verkaufen ist für ihn Erwerb und dieser hat keine bestimmte Grenze, wenigstens in seinen Augen.

Der einzelne Käufer aber, der endgiltige Konsument von Bedürfnisgegenständen (auf diesen kommt es in letzter Linie bei allem Geschäftemachen an!), der mit seinem Einkommen kauft, kann nicht immerfort kaufen, weil sein Einkommen beschränkt ist, und könnte unter keinen Umständen beliebige Massen einer einzelnen, bestimmten Ware kaufen, die der einzelne Käufer feilhält der sie fort und fort zu verkaufen wünscht, weil gegenüber jeder besonderen Ware auch die Konsumtionskraft des Individuums beschränkt ist.

Vielleicht meint Menger diese verschiedene Stellung von Käufer und Verkäufer, die bloß ein Ausdruck ist für den Unterschied zwischen Erwerb und Konsum? Aber mit dem Preisproblem hat das nichts zu tun.

§ 43. Der normale Preis.

Ist Konkurrenz vorhanden, so wird in einer entwickelten kapitalistischen Wirtschaft die Position der Nachfragenden und Anbietenden gleich stark sein, keiner ist mit Kauf oder Verkauf auf bestimmte andere Personen angewiesen, will dieser oder jener Käufer oder Verkäufer das Geschäft nicht zu den zur Zeit allgemein als angemessen geltenden Bedingungen abschließen, so gibt es andere Leute und er kann seinen abweichenden Willen nicht geltend machen. Die individuellen Verhältnisse, Zustände, Eigenheiten sind irrelevant geworden, der reiche wie der arme Käufer und Verkäufer muß, wenn er Geschäfte machen will, denselben Preis für dieselbe Ware fordern und zahlen. Und aus dieser Gleichheit der Machtstellung folgt die Tendenz, daß im allgemeinen,

durchschnittlich, normaliter beim Güteraustausch jeder bekommt und gibt, was ihm nach den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft, in der er lebt, gebührt, daß durch den bloßen Austausch der Waren niemand auf anderer Kosten gewinnt oder zu deren Gunsten verliert, daß jeder nach richtiger wirtschaftlicher Messung soviel empfängt, wie er hingibt,[1]), daß die Waren im Durchschnitt zu den, den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechenden, also zu normalen Preisen verkauft und gekauft werden.

Dem steht natürlich nicht entgegen, daß der Unternehmer Profit einsteckt. Der Profit wird beim Verkauf der Ware nur realisiert, in klingende Münze verwandelt, nicht erzeugt. Denn der Austausch der Waren selbst ist doch kein Produktionsakt, bei dem etwas Neues entstünde, das sich der Verkäufer aneignen könnte. Was er bloß durch den Austausch gewänne, das müßte er nur dem Käufer abschwindeln; dieser müßte dann um soviel ärmer werden, als jener reicher, was doch handgreiflich nicht der Fall sein kann, denn jeder Geschäftsmann ist abwechselnd Käufer und Verkäufer, jeder müßte also bald gewinnen, bald verlieren, wenn er sich auf Geschäfte einläßt, und wirklich profitieren könnte niemand.

Wir sprechen hier von der wirtschaftlichen Messung und zwar in der Geldwirtschaft, also von dem, was man mit Tauschwert bezeichnet.

Daß beim Güteraustausch jeder an Nützlichkeit, Gebrauchswert, den er von sich aus, subjektiv berechnet, gewinnt, ist in der Regel selbstverständlich, aber das ist nichts weiter als die natürliche Konsequenz der Arbeitsteilung, ist sozusagen nur ein anderer Ausdruck dafür, daß wir eben Waren produzieren, daher anderen Gegenstände ihres Bedarfs liefern, und mithin die Gegenstände unseres Bedarfs von anderen geliefert bekommen müssen.

Setzt man soziale Arbeitsteilung und Privateigentum voraus, so ist diese Folge also schon von selbst gegeben und man hat gar

[1]) Ricardo sagt (S. 234, Note), „daß die ganze wohltätige Wirksamkeit des Handels (er meint hier den auswärtigen) in den uns durch denselben gewährten Mitteln und Wegen besteht, nicht sowohl mehrwertige als vielmehr nützlichere Gegenstände anzuschaffen“. Das Beispiel S. 233 zeigt recht deutlich den immensen Unterschied zwischen der klassischen und der subjektiven Theorie.

keinen, aber auch nicht den mindesten Anlaß, sie ins Preisproblem hereinzuziehen, um auf diesem Gebiete irgend etwas damit anzufangen. Der „Gewinn“ an Gebrauchswert ist natürlich etwas total Anderartiges als der Profit aus einer Unternehmung. Beide sind absolut inkommensurabel und unvergleichbar.

Menger widerlegt die Existenz eines jeden Normalpreises, den Satz, daß durchschnittlich im Tausche nach wirtschaftlicher Messung gleiches mit gleichem vergolten wird, auf eine sehr eineinfache Weise, sozusagen aus dem häuslichen Leben heraus. „Die allgemeine Erfahrung lehrt uns, daß wir Güter, welche wir für einen bestimmten Preis erworben haben, selbst ohne daß inzwischen die Marktlage (!) eine Änderung erfahren hat, nicht für den nämlichen Preis wieder zu veräußern vermögen“ (a. a. O.). Wer sind „wir“? Man substituiere Geschäftsleute jeder Art und Waren, die, mit oder ohne weitere Verarbeitung, von ihnen umgesetzt werden sollen, und man hat den vollkommensten Nonsens. „Wir“ sind wieder Professoren und dergleichen bloß haushaltende Menschen, bei denen man nicht Waren sucht und kauft, die, wenn sie neue Waren wieder verkaufen, fast immer in einer Art Zwangslage, jedenfalls in der sehr unvorteilhaften Lage sind, daß sie nicht für beliebiges Publikum in offenen Läden feilhalten, daß der etwaige Nachfragende keine beliebige Auswahl hat, wie beim Geschäftsmann, und daß, da es sich regelmäßig um Gebrauchs-, nicht Verbrauchsgegenstände handelt, fast immer der Verdacht besteht, das Ding sei schon benutzt worden. Kurz, jeder kauft ceteris paribus unbedingt und mit Recht lieber beim Geschäftsmann. Handelt es sich hingegen nicht um Waren, die in Geschäftshäusern regelmäßig zu finden sind, sondern um Raritäten (gute Jahrgänge alter, feiner Weine u. s. w.), die nur Einzelne zufällig besitzen, so fällt der Unterschied zwischen Privatmann und Geschäftsmann sofort weg.

Auf gar wunderliche Weise mißverstehen die Anhänger der subjektiven Theorie das ganze Tauschwertwesen. Nach ihnen bekommt immer jeder mehr, als er hingegeben, indem sie eben einfach die Vorteile der Arbeitsteilung mit dem Wertproblem verwechseln. Ich verkaufe Hüte zum Erwerb und kaufe Wein zum Konsum. Zum Konsum ist mir der Wein nützlicher, den ich nicht selbst produziere, zum Erwerb sind mir die Hüte nützlicher, die ich selbst für andere mache. Hüte haben für mich, der ich immer Mützen trage, gar keinen Gebrauchswert, ich brauche sie nicht. Auch das Geld, das ich für die Hüte bekomme, hat für mich keinen Gebrauchswert, denn ich mag keine silbernen und goldenen Gegenstände, die allenfalls daraus gemacht werden könnten, ich mag auch die Münzen nicht als Knöpfe oder an der Uhrkette tragen. Also kann ich beim Ankauf von Wein streng genommen an Gebrauchswert nicht einmal gewinnen, in dem Sinn, daß ich geringeren für größeren hingebe, denn ich gebe gar keinen Gebrauchswert hin, gerade von diesem der Mengerschule eigentümlichen subjektiven Standpunkt aus. Oder ich kann auch sagen: was ich bekomme, ist reiner Gewinn.

„Wenn ich mir für eine nur einmal stattfindende Theatervorstellung einen Sitz kaufe und dieser (er meint wohl das Billet) mir entwendet wird . . . ist mein Schaden gleich dem Billetpreise? Ist er nicht höher, da mir der Sitz offenbar mehr wert war als der Preis, indem ich ihn sonst doch nicht gekauft hätte?“ (Mataja, Das Recht des Schadenersatzes vom Standpunkte der Nationalökonomie, 1888, S. 178). Was ist länger: eine Elle oder ein Pfund? was schmeckt besser: eine Auster oder ein Lied? So möchte man fast nach obiger Frage weiterfragen.

Die Frage, die ein Nationalökonom — nicht etwa eine Köchin, welche das letzte Restchen Salz kurz vor dem Essen in das Feuer statt in die Suppe schüttet und nun „gern mehr dafür geben möchte, als es kostet“, wie sie sich ausdrückt — hier stellen müßte, würde lauten: ist der Tauschwert einer Ware höher als ihr Tauschwert? Wenn der Tauschwert des Billets höher war als sein Preis, dann ist ja der Unternehmer betrogen worden oder er hat sich selbst geirrt, und ein anständiger Theaterbesucher, der das versteht, müßte noch einmal zur Kasse gehen und den Rest begleichen. Oder sollen wir etwa gar fragen: um wieviel höher oder niedriger als der Tauschwert eines Theaterbillets ist dessen Gebrauchswert? hat der Gebrauchswert außer seinem Tauschwert noch einen andern Tauschwert, der von seinem Tauschwert geschieden ist? oder gibt es am Ende eine Differenz zwischen dem Tauschwert und Gebrauchswert des Geldes als solchen?

Das wären würdige Probleme für einen Subjektiven. Wenn zwei tauschen, empfängt also jeder — selbstverständlich nach volkswirtschaftlicher oder nationalökonomischer Messung, denn die Herren treiben doch Nationalökonomie oder beabsichtigen das wenigstens — mehr, als er hingegeben, also zum Beispiel, ganz im Sinne dieser Schule, wie ich glaube: ein Franken in meiner

Hand wird oder ist 1 Fr. 50 in deiner Hand, oder 2 ist 3, reines Zauberwesen.

Wir haben oben die Voraussetzungen gegeben, unter denen man überhaupt darauf ausgehen kann, allgemeine soziale Preisgesetze zu finden.

Sie treffen nicht durchaus zu, neben ihnen treten unter Umständen besondere Kausalverhältnisse in Wirksamkeit, die dem Tauschverhältnis ein mehr oder weniger individuelles Gepräge verleihen können. Daher erklären die Preisgesetze, die auf ihnen basieren, auch nicht jeden einzelnen Tauschakt vollständig, und es gibt Gegenstände, die gar keinen Marktpreis haben. Aber sie treffen in unserer Gesellschaft doch allgemeiner zu, als irgendwelche andere Grundlagen des Tauschgeschäftes und zwar so allgemein, daß die darauf gegründeten Gesetze zur Erklärung des durchschnittlichen Tauschvorgangs entschieden ausreichen.

Wir sind zu dem Resultate gelangt, daß unter unseren Voraussetzungen der Preis ein normaler sei, daß nach wirtschaftlicher Messung jeder das erhalte, was ihm nach der Natur und Einrichtung unserer (kapitalistischen) Wirtschaft gebührt. Wenigstens muß die Tendenz des Tauschverkehrs nach dieser Richtung gehen, trotz aller möglichen Störungen.

§ 44. Arbeit als Wertmaß. — Ad. Smith.

Was ist nun aber das wirtschaftliche Maß der Dinge?

Nichts liegt näher als der Gedanke, den wir schon bei Betrachtung der Naturalwirtschaft dargelegt haben. Da die Menschen zur Erlangung oder Herstellung der Güter absolut nichts anderes aufwenden und aufwenden können als Arbeit, so möchte man sehr geneigt sein zu glauben, daß die Norm des Tausches, der wahre Wert der Güter, das einzig mögliche Maß ihrer Äquivalenz in nichts anderem liegen könne, als in der Arbeit, die aufgewendet werden mußte, um die Güter bis in die Hand des Erwerbers zu bringen, und daß also jeder beim Tausch nur dann, was ihm gebührt, erhält, wenn das, was er bekommt, ebensoviel Arbeit gekostet hat wie das, was er hingegeben.

Wir müssen hier vor Allem an den Güteraustausch unter denjenigen denken, die die Güter produzierten, resp. die die Produzenten vertreten, also an die Unternehmer. Ihre Tauschakte müssen ja für alle andern maßgebend sein. Die Unternehmer kaufen und verkaufen. Das Geld spielt dabei nur eine Vermittlerrolle. Die Güter, welche sie mit dem Gelderlös kaufen, müßten also soviel Arbeit gekostet haben wie die, welche sie gegen das Geld hingegeben haben. Wie der Geldpreis sich bestimmt, das wäre dann Nebensache, wenn nur für gleichviel Geld immer Güter erlangt werden können, die gleichviel Arbeit gekostet haben.

Man kann übrigens, wie es die Naturalwirtschaft zeigt, bei der Aufstellung eines Wertbegriffs und Wertmaßes auch vom Austausch ganz absehen und den nach Arbeit bemessenen Wert der Güter als ihrem eigentlichen, wahren, menschlichen auffassen, von dem aus man dann die Austauschverhältnisse prinzipiell etwa beurteilen, nicht aber notwendig erklären könnte und müßte. So machen es in der Tat — bewußt oder unbewußt — diejenigen, welche keinen Widerspruch mit der Arbeitswert-Theorie darin finden, daß die im Verkehr ausgetauschten Güterquantitäten sogar regelmäßig, durchschnittlich nicht gleiche Arbeitsquanta enthalten. Eine solche Werttheorie ist dann natürlich keine komplete Tauschwerttheorie und vor allem keine Preistheorie, was freilich von den Betreffenden nicht immer deutlich hervorgehoben, ja offenbar auch nicht immer deutlich erkannt wird.

Ich weiß nicht, wann die Anschauung, daß die Herstellungsarbeit den Wert bestimme, zu allererst ausgesprochen wurde, jedenfalls finden wir sie schon in Petty's Treatise on Taxes and Contributions 1662: „Dies (die Schätzung durch gleiche Arbeit), behaupte ich, ist die Grundlage der Ausgleichung und Abwägung der Werte; jedoch in dem Überbau und der praktischen Anwendung davon, gestehe ich, gibt es viel Mannigfaltiges und Verwickeltes“.

Bei Ad. Smith herrscht in der Werttheorie, wie bekannt, starke Konfusion.[1]) Es gibt gar manche Stelle, die geradezu aussagt, daß die Quantitätsverhältnisse, in denen die Güter zum Austausch kommen, lediglich durch die zur Herstellung derselben erforderte Arbeitsmenge bestimmt werden.

„Die Arbeit und nicht irgend eine Ware oder Gattung von Waren ist, wie man feststellen muß, das wahre Wertmaß sowohl des Silbers, als aller anderen Waren“ (I. S. 260).

„Das Verhältnis zwischen dem Wert des Goldes und Silbers und

[1]) Bei Ad. Smith „laufen . . . ganz genau genommen . . . vier einander kraß entgegengesetzte Ansichten über den Wert ganz gemütlich neben und unter einander“ (Fr. Engels, Dühring's Umwälzung, S. 199).

dem der Waren aller Art hängt . . . von dem Verhältnis zwischen der Arbeitsmenge ab, die erforderlich ist, um eine bestimmte Menge Gold und Silber, und der Arbeitsmenge, die erforderlich ist, um eine bestimmte Menge aller anderen Waren auf den Markt zu bringen" (II. S. 75); auch von Ricardo zitiert und gegen Smith's sonstige Aufstellungen, die damit im Widerspruch stehen, benutzt (S. 314).

Dann aber erklärt er gerade dort, wo er „den wahren Maßstab des Tauschwerts" darlegen und die Frage, „worin der wahre Preis aller Waren besteht", beantworten will (I. S. 39): Der Wert einer Ware ist für den, der sie gegen andere Waren umzutauschen gedenkt, gleich dem Quantum Arbeit, welches zu kaufen oder über welches zu verfügen sie ihm gestattet. Die Arbeit sei also der wahre „Maßstab des Tauschwerts aller Waren" (S. 41). Welche Arbeit?

Hier ist nicht die Hervorbringungsarbeit, sondern die mit einem Produkt zu erkaufende Arbeit das Maß des Tauschwerts und zwar soll es nach Smith ein absolutes sein.

„Die Natur der Dinge hat das Getreide mit einem wirklichen (!) Werte gestempelt, der durch die bloße Änderung seines Geldpreises nicht verändert werden kann. Keine Ausfuhrprämie, kein Monopol auf dem inländischen Markte kann diesen Wert erhöhen, die freieste Konkurrenz kann ihn nicht erniedrigen. In der ganzen Welt (!) ist dieser Wert der Arbeitsmenge gleich, die damit erhalten werden kann und an jedem einzelnen Orte der Arbeitsmenge, die er dort gewöhnlich unterhalten kann" (III. S. 15).

Der ungeheure Unterschied zwischen diesen beiden Wertmaßstäben ist klar. Wenn die landwirtschaftliche Arbeit noch so produktiv geworden, also doppelt soviel Getreide hervorbringt als früher, so ist es doch leicht möglich, daß der Arbeiter nicht mehr Getreide als Lohn bekommt als früher. Man kann also für gleichviel Getreide in beiden Perioden gleichviel Arbeit kaufen. In derselben Menge Getreide steckt aber jetzt nur die Hälfte der früheren Arbeit. Der Wert eines Quantums Getreide wäre also nach Smith's zweiter Theorie gleich geblieben, nach seiner ersten auf die Hälfte gesunken. Und es ist doch klar, daß, wenn in der Produktionsweise aller anderen Güter keine Änderung eingetreten, dann der Tauschwert des Getreides allen gegenüber keineswegs gleichgeblieben, sondern gefallen ist. Schon Ricardo hat übrigens diesen Irrtum im Anfang seines Hauptwerkes gründlich widerlegt.

Eine noch seltsamere Idee spricht Smith, wenn man ihn beim Worte nehmen darf, unmittelbar nach der zuletzt aufgestellten Theorie aus. „Was jedes Ding dem Mann, der es sich verschafft hat und darüber verfügen oder es gegen etwas anderes vertauschen will, wirklich wert ist, das ist die Mühe und Beschwerde, welche er sich dadurch ersparen und auf andere Leute abwälzen kann" (S. 41f.). Also der Wert eines Hutes bestände, wenn man das „ersparen" beherzigt, für den, der nicht Hüte macht und gar nicht zu machen versteht, in der Mühe, die er aufwenden müßte, um sich selbst einen Hut zu machen? Da wären in der primitivsten Naturalwirtschaft, wo jeder alles kann, die mit höchst erbärmlichen Werkzeugen relativ sehr mühsam, nämlich mit viel Arbeit hergestellten Produkte am billigsten (vom geringsten Wert), weil man durch Austausch sich nur soviel Arbeit ersparen würde, als man gar wohl selbst für das Produkt aufwenden könnte. Und je größer die Arbeitsteilung, je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto höher würde der Wert jedes eingetauschten Gutes taxiert werden müssen, weil man sich selbst durch den Tauch eine unendliche (unmögliche) Arbeit ersparte.

Faßt man im obigen Zitat das „abwälzen" ins Auge, so ist die Sache wieder anders.

Ganz verwirrend ist endlich die Lehre, daß die Warenpreise zumeist aus drei Bestandteilen bestehen: Profit, Grundrente und Arbeitslohn. In einem zivilisierten Lande gebe es nur wenig Waren, deren Tauschwert allein aus der Arbeit stamme, indem Rente und Profit zum Tauschwert der allermeisten Waren reichlich beitrügen (I. S. 74) u. s. w.

Auch diese, doch wohl nur scheinbare Verwechslung der Verteilung des Produktenwerts unter die bei der Unternehmung Beteiligten mit der Bestimmung der zu verteilenden Wertgröße wurde schon von Ricardo richtiggestellt (S. 13f.). Richtig ist, daß Smith mit diesem Lapsus, wonach die drei Einkommenszweige „Urquellen des Tauschwerts" sein sollen, der Vulgärökonomie „Tür und Tor weit geöffnet" hat, wie Marx (II. S. 365) bemerkt. Dagegen ist es grundfalsch und eine große Leichtfertigkeit, wenn Marx hier „unsern Roscher" als Beispiel eines vulgärökonomischen Sünders in diesem Punkte anführt. Roscher sagt in seinen „Grundlagen der Nationalökonomie" § 106: „Für ein ganzes Volk — oder gar die Menschheit im allgemeinen dürfen wir nicht übersehen, daß jene drei großen Einkommenszweige . . . . nicht Quellen

sind, aus welchen Einkommen fließt, sondern Abflüsse, durch welche das Gesamteinkommen unter die Einzelnen verteilt wird". Und im § 153: Zins, Lohn und Rente seien „Verkehrsformen, durch welche das Volkseinkommen unter die Einzelnen verteilt wird".

Daß die Portionen, in welche irgend eine Quantität zerteilt wird, die Größe dieser Quantität nicht beeinflussen können, ist doch wohl selbstverständlich. Darüber konnte auch Ad. Smith nicht im Zweifel sein und es wird wohl hier wie anderswo am richtigsten sein, ihn nicht genau beim Worte zu nehmen. Allerdings kommen in seinem großen Werke verschiedentlich Aussprüche vor, die einen schweren Irrtum zu bestätigen scheinen. So z. B. I. S. 135f.: „In der Tat tragen hohe Gewinne viel mehr zur Erhöhung des Warenpreises bei, als hoher Arbeitslohn". In einzelnen Branchen und Geschäften ist allerdings zeitweilig so etwas denkbar, aber natürlich auf Kosten anderer.

§ 45. Arbeit als Wertmaß. — Jakob und Ricardo.

Von den nächsten Nachfolgern haben manche die von uns voran gesetzte Theorie Smith's, wonach der Wert der Güter durch die Hervorbringungsarbeit bestimmt wird, zur ihrigen gemacht. So der Professor Ludwig Heinrich Jakob, der schon 1807 im Anhang zum 2. Bande des von ihm übersetzten Traité von J. B. Say ausdrücklich erklärt: „Die Arbeit, welche angewendet werden muß, um ein Ding regelmäßig hervorzubringen oder beliebig zu erlangen, ist das wahre Maß für den Tauschwert eines jeden Dinges" (S. 507).

„Vielleicht", fährt er fort, „ist bloß die unvollkommene Entwicklung dieses Prinzips daran Schuld, daß es Smith nicht gelungen ist, ihm allenthalben Eingang zu verschaffen. Wenigstens scheint mir gewiß zu sein, daß weder das was Say, noch das, was Lauderdale dagegen vorbringen, dasselbe entkräften. Vielmehr beruhen die Einwürfe beider Autoren auf einem bloßen Mißverständnis der Smith'schen Gedanken, ob ich gleich nicht leugnen will, daß Smith's Vortrag dazu Veranlassung gegeben haben mag."

Die „letzte und einzige ursprüngliche Quelle alles Tauschwerts" und daher der genauest-mögliche Maßstab desselben sei „unstreitig die Arbeit" (S. 508).

Die Arbeitswerttheorie ist also hier nicht nur sehr präzis ausgesprochen, sondern sie wird auch als die eigentliche Lehre Ad. Smith's angesehen, und die andere diesem Autor meist zugeschriebene Theorie, wonach der Arbeitslohn der Maßstab des Tauschwerts sein soll, als „unmöglich im Sinne" desselben liegend hingestellt. „Wenn das Produkt von 100 Leibeigenen mit dem Produkt von 100 freien Arbeitern gleich ist, so gibt der Herr den Leibeigenen vielleicht nicht die Hälfte davon als Lohn, da die Freien vielleicht fast den ganzen Wert als Lohn erhalten. Dabei bleibt der Wert der Produkte beider immer gleich, nur die Verteilung desselben unter die Mitproduzenten ist verschieden" (S. 517).

Dennoch wird, hergebrachtermaßen, Ricardo als Begründer oder mindestens als der wahre Vertreter dieser Werttheorie angesehen.

Nach ihm leiten die Güter ihren Tauschwert von zwei Quellen ab, nämlich von ihrer Seltenheit oder von der Menge der Arbeit, die erfordert wird, um sie zu erlangen (S. 2). Später (S. 245f.) gibt er, wenn auch undeutlich, noch eine dritte „Quelle" des Tauschwerts an, nämlich das Privateigentum. Tauschwert kann auch durch dieses entstehen, ohne Arbeit; Vermögen im Sinne von nützlichen Dingen allerdings nicht, vom Standpunkt der Gesamtheit aus, sondern nur eine andere Güterverteilung zu Gunsten des Eigentümers. Wenn z. B. jemand das Wasser in Besitz nähme, so müßten die anderen ihn dafür mit Produkten ihrer Arbeit bezahlen; natürlich nach dem Monopolprinzip. Im Ganzen wäre nichts neues geschaffen. Der Wasserbesitzer wäre, ähnlich wie irgend ein Despot mittels irgendwelcher Abgaben oder Tribute, in der Lage, sich anderer Leute Produkte anzueignen und sie statt ihrer zu verbrauchen. Würde man in einem solchen Fall das Vermögen nach dem Tauschwert schätzen, so wäre auch das Volksvermögen gewachsen. In Wahrheit aber würde der Wasserbesitzer reicher und alle anderen ärmer. — Das ist sicher ein besonderer Fall, der nicht auf „Seltenheit" zurückzuführen ist, denn das Wasser ist durch die Besitznahme seitens eines Einzelnen nicht „seltener" geworden. Es ist zugleich ein Beweis, was für ein (vom gesellschaftlichen Standpunkt aus) windiges, inhaltsloses Ding der Tauschwert wird, wenn man ihn gänzlich von der Arbeit lostrennt und ein Wertgesetz aufstellen will, welches für alles, was unter irgendwelchen Umständen einen Preis hat, gelten soll.

Ricardo stellt sich daher nur auf einen sozialwirtschaftlichen und darum sozialwissenschaftlichen Standpunkt, wenn er von vornherein bei seinem Forschen nach einem sozialen Wertgesetz nur solche Güter ins Auge faßt, die als regelmäßiges Produkt der arbeitsteiligen Gesellschaft erscheinen, die durch menschliche Arbeit immer wieder hergestellt werden können in einer nicht von vornherein beschränkten Quantität. Nur ihr Wert hat eine gesellschaftliche Norm, wird durch den freien, regelmäßigen, fortlaufenden wirtschaftlichen Lebensprozeß der Gesellschaft bestimmt und bedingt.

Es verrät mithin nur grobe Unwissenheit oder Verständnislosigkeit, wenn man gegen Ricardo's Wertgesetz den Vorwurf erhebt, es passe nicht auf alle möglichen Dinge, die in unserer Gesellschaft verkauft werden können. Gegen solche Einwürfe hat er sich selbst genügend verwahrt.

„Indem wir nun so von Gütern sprechen, von deren Tauschwerte und von den Gesetzen, welche ihren gegenseitigen Preis bestimmen, so meinen wir immer nur (!) solche Güter, welche durch die Anwendung menschlicher Gewerb- und Betriebsamkeit vermehrt werden können, und auf deren Hervorbringung die Mitbewerbung ohne Einschränkung wirkt" (S. 2).

Im übrigen fügt Ricardo der Smith'schen Arbeitswert-Theorie nicht viel neues hinzu. Er weist mit Smith den Gedanken zurück, daß der Tauschwert auf der Nützlichkeit, die Smith (I. 38f.) auch Gebrauchswert nennt, beruhen könne;[1]) er nimmt wie Smith (I. 65) an, daß auf den frühesten Stufen der

[1]) „Was kann der Tauschwert mit der Fähigkeit zu kleiden und zu ernähren zu tun haben?" (S. 342). „Wenn ich 2000 mal mehr Tuch für ein Pfund Gold als für ein Pfund Eisen gebe, beweist dies, daß ich dem Golde 2000 mal mehr Brauchbarkeit zuschreibe, als dem Eisen? Gewiß nicht, es beweist nur . . . . , daß die Hervorbringungskosten des Goldes 2000 mal größer sind als die des Eisens. Wären die Hervorbringungskosten der beiden Metalle gleich, so würde man denselben Preis für beide geben; aber wenn die Brauchbarkeit der Maßstab des Tauschwerts wäre, so würde man wahrscheinlich für das Eisen mehr geben" (252). „. . . die Festsetzung des Preises hängt in keiner Beziehung ab von der Nützlichkeit" (Sismondi, Etudes sur les sciences sociales, éd. Bruxelles II. p. 267). „So ist der Gebrauchswert überhaupt Träger des Tauschwerts, aber nicht seine Ursache. Derselbe Gebrauchswert, könnte er ohne Arbeit verschafft werden, hätte keinen Tauschwert, behielte aber nach wie vor seine natürliche Nützlichkeit als Gebrauchswert" (Marx, III. 2. S. 187).

Entwicklung die Quantitätsverhältnisse, in denen die Güter ausgetauscht werden, „fast ausschließlich von der verglichenen Arbeitsmenge abhängen, welche auf ein jedes verwendet worden war" (S. 2f.); und er erklärt schließlich, daß die Beschaffungsarbeit „wirklich die Grundlage (!) des Tauschwerts aller Dinge ist", die durch Arbeit vermehrt werden können, und daß das „eine Wahrheit von größter Wichtigkeit für die Volkswirtschaftslehre" sei (S. 3).

Er zeigt aber schon mit diesem Ausdruck, daß nach seiner Anschauung der Preis der Güter sich nicht etwa durchaus genau nach der Hervorbringungsarbeit richtet. Noch deutlicher leuchtet dies aus dem Satze hervor: „Der natürliche Preis der Güter, welcher zuletzt immer ihren Marktpreis beherrscht, hängt von der Leichtigkeit der Hervorbringung ab" (S. 187f.). Er unterscheidet also hier zwischen einem natürlichen und einem Marktpreis. Beide können offenbar verschieden sein. Ersterer wird lediglich durch die Hervorbringungsarbeit bestimmt oder bemessen, und „beherrscht" den letzteren, d. h. doch wohl nichts anderes als: die Arbeit ist ein maßgebendes, ein wichtiges, ein Hauptmoment für die Bestimmung des Marktpreises, sie reguliert ihn in letzter Linie, ohne daß sie sich vollständig mit ihm deckt.

Wenn der Tauschwert eines Gutes im Sinne Ricardo's oder der natürliche Preis mit dem wirklichen Preise (beide also in Arbeit gemessen) stets übereinstimmte, so könnte Ricardo Say's Auffassung nicht verwerfen, der den Tauschwert eines Gutes nach der Menge von anderen Gütern schätzt, gegen welche dasselbe ausgetauscht werden kann. Er aber sagt mit Destutt de Tracy:

„‚Um irgend ein Ding zu messen, muß man dasselbe vergleichen mit einer ganz bestimmten Menge desselben Dinges, welches wir als . . . Einheit annehmen' . . . Ein Frank ist nicht Tauschwertmaß für ein Ding überhaupt, sondern für eine Menge Metall, aus welchem Franken verfertigt werden, unerachtet Franken und das zu messende Ding zu einem andern Maßstabe, welcher beiden gemein ist, in Beziehung gesetzt werden können. Dies können sie, denk' ich, denn sie sind beide ein Ergebnis der Arbeit, und deshalb ist Arbeit der gemeinsame Maßstab, nach welchem sie sowohl in ihrem wirklichen (!) als auch in ihrem verglichenen Tauschwerte geschätzt werden können" (S. 252f.).

Also: um gegeneinander abgemessen werden zu können, müssen sie ein gleiches enthalten, das als Maßstab dient — ganz wie

später Marx. Nur daß Ricardo nirgends behauptet (nicht einmal für seinen Urzustand), daß der Austausch zweier Güter (Waren) ohne Weiteres als eine Gleichung aufzufassen sei, die besage, daß ein Gemeinsames (Arbeit) von derselben Größe in ihnen vorhanden sei, wie es Marx behauptet, der dann schließlich allerdings auch nicht an dieser Behauptung festhält.

Die Ricardo'sche Werttheorie, die freilich, wie wir gesehen, lange vor Ricardo geboren wurde, galt lange nach ihm sehr allgemein bei vielen ernsthaft zu nehmenden Nationalökonomen als richtig und wurde erst dann von allen möglichen Seiten, und oft mit jener Verbitterung bekämpft, welche nicht von der Einsicht, sondern von der Absicht, bestimmte bedrohte Interessen zu verteidigen, stammt, als die modernen Sozialisten sich derselben bemächtigten und dadurch den Schein erregten, als ob sie selbst einen sozialistischen Charakter hätte oder wenigstens den Interessen des revolutionären Proletariats dienen könnte. Wenn die bürgerliche Gesellschaft und das Eigentum so schwach gegründet wären, daß eine Werttheorie ihnen Gefahr bringen könnte, dann stände es unter allen Umständen schlecht mit den beiden. Niemand konnte doch leugnen, daß Güter, die viel Arbeit zu ihrer Herstellung oder Herbeischaffung erfordern, schon einfach in Geld bemessen im allgemeinen teuer sind und umgekehrt. Niemand bezweifelt im Ernst, daß ein Gut, dessen Herstellung, alles in allem genommen, jetzt weniger Arbeit als früher erfordert, ceteris paribus billiger geworden sein muß, und daß das, was wir ohne alle Anstrengung in beliebiger Fülle haben können, gar keinen Wert hat. Und mehr hatten eigentlich die alten großen Nationalökonomen nicht behauptet, wie wir speziell mit Bezug auf Ricardo noch des weiteren nachweisen werden. Und wenn man von allem Schacher ganz absieht und den Menschen bloß der Natur gegenüberstellt — eine Betrachtungsweise, die Ad. Smith und Ricardo ganz eigen ist —, so kann man mit Bezug auf alle normale, fortlaufende, regelmäßige Wirtschaftsführung des Menschen erst recht mit voller Wahrheit sagen: er muß nur Arbeit aufwenden, um Güter zu erlangen, und je mehr Arbeit er für je ein Gut aufwenden muß, desto mehr Wert muß es für ihn haben.

§ 46. Die Arbeit als Wertmaß. — Marx und Engels.

Von alledem aber wollten kleinliche, furchtsame Geister nichts mehr wissen, als Marx die Arbeitswert-Theorie zur Grundlage

seiner nationalökonomischen Untersuchungen machte und sie allerdings zunächst in so absoluter Weise vortrug und anwandte, daß dagegen allerlei Einwände nicht schwer zu finden waren. Wenn man Wert und Preis in dem Sinn identifizierte, daß die ausgetauschten Güter in allen Fällen genau gleichviel Herstellungsarbeit enthalten mußten, sofern diese Werttheorie richtig sein sollte, dann war deren Widerlegung leicht.

Allerdings hatte Marx sogar schon im ersten Band des „Kapital" gelegentlich bemerkt, daß der Wert in seinem Sinne nicht mit dem Preise übereinstimmen müsse, z. B. S. 72 und 73.

„Der Preis ist der Geldname der in der Ware vergegenständlichten Arbeit." Im Preis „kann sich aber ebensowohl die Wertgröße der Ware ausdrücken, als das Mehr oder Minder, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist. Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann."

Oder S. 143: Die „innere Regel" der Preise (!) ist der „Durchschnittspreis", d. h. „in letzter Instanz" der Wert. Doch fallen die Durchschnittspreise „nicht direkt mit den Wertgrößen der Waren, wie Ad. Smith, Ricardo u. s. w. glauben, zusammen".

Smith und Ricardo glaubten das allerdings nicht, aber Marx offenbar auch nicht — auch ohne den dritten Band. Wert und Preis werden von ihm immer wieder streng auseinandergehalten, nur daß er zum Behuf der Vereinfachung schwieriger Untersuchungen, ebenso wie Rodbertus, beide oft zusammenfallen läßt, nicht als ob sie wirklich zusammenfielen, sondern weil sich sonst irgend ein ökonomischer Lehrsatz fast unmöglich demonstrieren ließe, oder weil vom Ganzen der gesellschaftlichen Wirtschaft die Rede ist, wo jene im Detail mögliche Differenz keine Bedeutung hat.

Und ebenso drückt sich Engels aus, z. B.: „Die Tatsache (!), daß die Arbeitskraft in der Regel (!) und im Durchschnitt (!) unter ihrem Wert bezahlt wird, kann ihren Wert nicht ändern" (Note zur deutschen Übersetzung von Marx' „Elend der Philosophie", S. 27). Oder in der Schrift gegen Dühring: „Darin, daß der Wert einer Ware nur in einer andern Ware ausgedrückt und nur

im Austausch gegen sie realisiert wird, liegt die Möglichkeit, daß der Austausch überhaupt nicht zustande kommt, oder doch nicht den richtigen Wert realisiert" (S. 260).

Auch daß allerlei Dinge, die keine Arbeitsprodukte sind, einen Preis haben, und in diesem Sinne Waren sein können, wußte Marx so gut wie Ricardo. „Die Preisform . . . kann einen qualitativen Widerspruch beherbergen, so daß der Preis überhaupt aufhört, Wertausdruck zu sein, obgleich Geld nur die Wertform der Ware ist. Dinge, die an sich keine Waren sind, z. B. Gewissen, Ehre, können ihren Besitzern für Geld feil sein und so durch den Preis die Warenform erhalten" (I. S. 73). Die Ausdrucksweise ist hier, wie so oft bei Marx, etwas mystisch. In welchem besonderen Sinn er das Wort Wert nimmt, leuchtet aber aus dieser Stelle doch deutlich hervor. „Alles —, was nicht durch Arbeit des Menschen erzeugt ist, kann (nach Marx) offenbar nicht Wert sein" (Leo von Buch, Elemente der politischen Ökonomie I. S. 64).

§ 47. Gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Wenn man den Wert der Ware nach Arbeit mißt und zugleich denkt, daß dieser Arbeitswert auch von Einfluß sei auf die Austauschverhältnisse der Güter, daß er in irgend einem Grade die Preise reguliere, so folgt wohl von selbst, daß man nicht an die mehr oder weniger individuell bestimmte Arbeit denkt, die jeder einzelne Produzent gerade zur Herstellung seines Produktes im einzelnen Fall wirklich aufgewendet hat. Deswegen, weil irgend einer ungeschickter oder läßiger oder langsamer ist als ein anderer, kann doch offenbar sein Produkt nicht einen höheren Wert haben als das anderer, besser qualifizierter Leute. Auch die übermäßige Gewandtheit und Geschicklichkeit kann da nicht den Ausschlag geben und den Wert des Produkts erniedrigen, sondern es muß offenbar der Durchschnitt der persönlichen Qualitäten, das Normalmaß derselben, das Entscheidende sein. Das bemerkt schon Ad. Smith, speziell für seinen gesellschaftlichen Urzustand. Was „in der Regel" gleichviel Arbeit kostet, was „gewöhnlich" das Produkt gleicher Arbeitszeit ist, „die zur Beschaffung oder Hervorbringung einer Ware gewöhnlich aufgewendete Arbeitsmenge" (I. S. 65f.) schafft gleichen Wert.

Dasselbe betont Jakob verschiedentlich (a. a. O. S. 506, 507). Die „Arbeit, welche schlechterdings notwendig ist, um zu einem Gute regelmäßig und sobald man es haben will zu gelangen, bestimmt lediglich und allein ursprünglich den Tauschwert eines Gutes" (509). „Mag ein Ding etwas von dem Werte verlieren, den es ursprünglich gekostet (!) hat, immer wird es doch nur nach der Arbeit geschätzt werden können, die jetzt dessen beliebige Erlangung kostet" (510).

Hier ist nun schon viel mehr gesagt, als bei Ad. Smith. Nicht nur, daß die durchschnittliche Qualifikation und Leistung des Arbeiters den Ausschlag gibt, sondern daß auch nur die beste (technische) Verfahrungsweise in Betracht kommt, vermittelst deren man jeweilen den Bedarf befriedigen kann. Das liegt in dem Ausdruck „notwendig". Und endlich, daß nicht die irgend einmal zur Produktion erforderlich gewesene Arbeit den Wert bestimmt, sondern die jetzt erforderliche.

Auch daß die Masse der in einem Produktionszweig aufgewendeten Arbeit dem Bedarf nach den betreffenden Produkten entsprechen müsse, wenn sie vollen Wert schaffen solle (d. h. wenn die Produkte ihrem Wert gemäß auf dem Markt verkauft werden sollen), deutet Jakob bereits an, wo er sagt: „Wenn ein Paar Schuhe soviel Arbeit kosten wie ein Paar Strümpfe und das Material dazu zu gleichem Wert angenommen wird, so haben beide gleichen Kostenwert; und wenn nach beiden gleich starke Nachfrage ist, so werden sie auch beide gegeneinander vertauscht werden" (520).

Auch erklärt Jakob ausdrücklich „die gemeine Handarbeit, die ein jeder Mensch mit den gewöhnlichen körperlichen Kräften in gesunden Tagen verrichten kann" als diejenige, „welche zum Maßstab aller Werte, selbst zum Maßstab aller künstlichen Arten der Arbeit dienen soll" (512f.) und bezeichnet diesen Wertmaßstab als einen „abstrakten Begriff" (524).

Es ist also hier von diesem alten deutschen Professor, lange bevor noch Ricardo sein Buch geschrieben hatte, alles Wesentliche über die Arbeit, welche als Wertmaßstab dienen soll, gesagt, alles das, was später sozialistische Schriftsteller als gewaltiges Verdienst von Marx hinstellten, der erst der Welt verkündet haben sollte, was für eine Arbeit als Wertmaß zu verstehen sei. Marx selbst hat daran wohl keine Schuld.

Er nannte die wertbildende oder vielmehr für den Wert eines Produkts maßgebende Arbeit die „gesellschaftlich notwendige", mit diesem Ausdruck deutlich hervorhebend, daß es sich beim

Wert um einen gesellschaftlichen, nicht um einen individuellen Vorgang und Standpunkt handle.

„Die Arbeit —, welche die Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Warenwelt darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andere, soweit sie den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitskraft besitzt und als solche wirkt, also in der Produktion einer Ware auch nur die im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit braucht. Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen“ (I. S. 5f.).

„Die Arbeitskraft muß unter normalen Bedingungen funktionieren. Ist die Spinnmaschine das gesellschaftlich herrschende Arbeitsmittel für die Spinnerei, so darf dem Arbeiter nicht ein Spinnrad in die Hand gegeben werden. . . . . Fernere Bedingung ist der normale Charakter der Arbeitskraft selbst. In dem Fach, worin sie verwandt wird, muß sie das herrschende Durchschnittsmaß von Geschick, Fertigkeit und Raschheit besitzen“ (176). Sodann erklärt Marx schon im „Elend der Philosophie“, wobei er ausdrücklich bemerkt, daß vor ihm schon Ricardo[1]) und Sis-

[1]) „Durch fortwährend zunehmende Erleichterung der Hervorbringung verringern wir beständig den Tauschwert einiger der zuvor hervorgebrachten Güter, obschon wir durch dieselben Mittel nicht bloß das Volksvermögen vergrößern, sondern auch die Kraft der zukünftigen Hervorbringung erhöhen“ (S. 243). Der Tauschwert der früher nach einer schlechteren, unproduktiveren Methode produzierten und noch nicht verbrauchten Güter „wird herabgesetzt werden, insoweit als sie, Menge für Menge, auf den Gleichgewichtsstand mit den, unter allen Vorteilen der Verbesserung, hervorgebrachten Gütern sinken müssen“ (ebda.). Sismondi (Etudes sur les sciences sociales, Paris 1836, II. Bd.) sagt, daß nicht die Arbeit, die ein Gut seinerzeit gekostet hat, den Tauschwert bestimmt, sondern die, welche es künftighin kosten würde infolge vielleicht verbesserter Hilfsmittel. Sehr deutlich präzisiert den Gedanken — allerdings viel später — Henry George: Der Wert der Güter „hängt von der Summe von Arbeit ab, welche durchschnittlich zur Erzeugung von Dingen gleicher Art erforderlich sein würde“ (Fortschritt und Armut, S. 31).

mondi denselben Gedanken ausgesprochen: „Es ist wichtig, den Umstand im Auge zu behalten, daß, was den Wert bestimmt, nicht die Zeit ist, in welcher eine Sache produziert wurde, sondern das Minimum von Zeit, in welcher sie produziert werden kann, und dieses Minimum wird durch die Konkurrenz festgestellt“ (S. 45), was Sismondi ebenfalls betont. Und vorher: „Jede neue Erfindung, welche es ermöglicht, in einer Stunde zu produzieren, was bisher in zwei Stunden produziert wurde, entwertet alle gleichartigen Produkte, die sich auf dem Markt befinden. Die Konkurrenz zwingt den Produzenten, das Produkt von zwei Stunden ebenso billig zu verkaufen, wie das Produkt einer Stunde“ (S. 43).

Was das „Minimum“ betrifft, von dem Marx oben spricht, so ist damit selbstverständlich nicht die allerproduktivste Einzelarbeit gemeint, ausgenommen, wenn der ganze Bedarf mit ihr befriedigt wird, was wohl nie vorkommt. Im Band III. 1. des „Kapital“ heißt es denn auch: „Es sind nur außerordentliche Kombinationen, unter denen die unter den schlechtesten Bedingungen oder die unter den bevorzugtesten Bedingungen produzierten Waren den Marktwert regeln“ (S. 157).

Endlich gehört es nach Marx zum Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, daß auf die Produktion einer bestimmten Waren-Art im ganzen (auf eine Branche) jeweilen nicht mehr Arbeit verwendet werde, als um dem jeweiligen Bedarf zu genügen der durch die gesamten Verhältnisse der Gesellschaft bestimmt wird. Wird mehr produziert, so ist unnötige Arbeit aufgewendet worden und das ganze Produkt kann nicht mehr Wert repräsentieren, als das Produkt, welches dem wirklichen Bedarf entspricht.

Das heißt übrigens nichts weiter, als daß der richtige, dem Wert entsprechende Preis für eine Ware nur erzielt werden kann bei einem bestimmten Angebot, resp. bei einem ganz bestimmten, nicht bei jedem beliebigen Verhältnis von Nachfrage und Angebot. Ob dies Verhältnis bestehe, kann man lediglich daraus ersehen, daß die Ware nach ihrem Wert angebracht wird.

„Vermag der Marktmagen das Gesamtquantum Leinwand, zum Normalpreis von 2 Sh. pro Elle nicht zu absorbieren, so beweist das, daß ein zu großer Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit in der Form von Leinweberei verausgabt wurde“ (I. S. 78).

Wenn auf jeden Zweig der Produktion nur die dem Bedarf entsprechende Arbeit verwendet wurde, „so werden die Produkte

der verschiedenen Gruppen zu ihren Werten (bei weiterer Entwicklung zu ihren Produktionspreisen) verkauft, oder aber zu Preisen, die durch allgemeine Gesetze bestimmte Modifikationen dieser Werte resp. Produktionspreise sind. Es ist in der Tat das Gesetz des Werts, wie es sich geltend macht, nicht in Bezug auf die einzelnen Waren oder Artikel, sondern auf die jedesmaligen Gesamtprodukte der besonderen, durch die Teilung der Arbeit verselbständigten gesellschaftlichen Produktionssphären; sodaß nicht nur auf jede einzelne Ware nur die notwendige Arbeitszeit verwandt ist, sondern daß von der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit nur das nötige proportionelle Quantum in den verschiedenen Gruppen verwandt ist. Denn Bedingung bleibt der Gebrauchswert. Wenn aber der Gebrauchswert bei der einzelnen Ware davon abhängt, daß sie an und für sich ein Bedürfnis befriedigt, so bei der gesellschaftlichen Produktenmasse davon, daß sie dem quantitativ bestimmten gesellschaftlichen Bedürfnis für jede besondere Art von Produkt adäquat und die Arbeit daher im Verhältnis dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse, die quantitativ umschrieben sind, in die verschiedenen Produktionssphären proportionell verteilt ist. . . . . Dieser Punkt hat mit dem Verhältnis zwischen notwendiger und Mehrarbeit nur soviel zu tun, daß mit Verletzung dieser Proportion der Wert der Ware, also auch der in ihm steckende Mehrwert, nicht realisiert werden kann" (III. 2. S. 175f.). Man sieht aus dieser Stelle einmal, daß Marx offenbar auch andere Preise als die dem Wert entsprechenden, als normale, durch allgemeine Gesetze bestimmte anerkennt, und sodann, daß der Preisfall durch Überproduktion den Wert in seinem Sinn nicht alteriert, sondern nur dessen Geltendmachung auf dem Markte verhindert. Unter den gesellschaftlichen Bedürfnissen versteht er aber faktisch hier doch gewiß nichts anderes als die Bedürfnisse derjenigen, welche einen dem Wert entsprechenden oder sonst normalen Preis zu zahlen vermögen. Ist über deren Bedarf hinaus Ware angeboten, so müssen auch andere kaufen, die den richtigen Preis nicht zahlen können und so fällt der Preis unter den normalen Satz. So ist's auch bei Marx gemeint. „Damit der Marktpreis identischer Waren . . . . dem Marktwert entspreche, nicht von ihm abweiche weder durch Erhöhung über, noch durch Senkung unter ihn, ist erfordert, daß der Druck, den die verschiedenen Verkäufer aufeinander ausüben, groß genug ist, um die Masse der Waren auf den Markt zu werfen, die das gesellschaftliche Bedürfnis erheischt, d. h. die Quantität, wofür die Gesellschaft fähig ist, den Marktwert zu zahlen" (III. 1. 159). Oder: „Damit eine Ware zu ihrem Marktwert verkauft (!) wird, d. h. im Verhältnis zu der in ihr enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit, muß das Gesamtquantum gesellschaftlicher Arbeit, welches auf die Gesamtmasse dieser Warenart verwandt wird, dem Quantum des gesellschaftlichen Bedürfnisses (!) für sie entsprechen, d. h. dem zahlungsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnis" (III. 1. 172). Der schwankende Marktpreis hat in der Tat mit dem nach Arbeit bemessenen Wert direkt nichts mehr zu tun, d. h. das Schwanken selbst wird nicht durch den Wert, sondern durch die Konkurrenz bedingt, der Wert im Marx'schen Sinne wird durch dasselbe nicht affiziert und es wäre ja auch nur ein sophistisches Spiel, wenn man den jeweiligen Bedarf (die zahlungsfähige Nachfrage) als Bestimmungsgrund des Begriffs gesellschaftlich notwendige oder wertbildende Arbeit aufnehmen wollte.

§ 48. Arbeitswert und Preis.

Nun kommt aber die wichtige Frage: wie kommt in einer arbeitsteiligen Verkehrsgesellschaft, wo jeder alle möglichen Waren kauft, aber in der Regel nur wenige, oder eine Sorte, oder irgendwelche Waren nur zum Teil, oder gar keine produziert, die Hervorbringungsarbeit beim Austausch in einer, den Preis regulierenden Weise zur Geltung? Man kauft doch die Waren nicht, weil sie so und soviel Arbeit gekostet haben, sondern weil man sie braucht, und man weiß weder, welche Arbeit die gekaufte, noch in der Regel, welche die verkaufte Ware gekostet hat.

Schon Ricardo sagt in seiner Polemik gegen Say: „Es ist die Mitbewerbung der Hervorbringer, ‚welche beständig damit beschäftigt sind, die Hervorbringungskosten mit dem Werte des hervorgebrachten Gegenstandes zu vergleichen', was den Tauschwert der verschiedenen Güter regelt."

Und Marx im „Elend": „Die Konkurrenz führt das Gesetz durch, nach welchem der Wert eines Produkts durch die zu seiner Herstellung notwendige Arbeitszeit bestimmt wird" (S. 43f.). In der Tat muß hiernach die Konkurrenz zunächst und unmittelbar darüber entscheiden, in welchen Quantitätsverhältnissen die Produkte ausgetauscht werden. Und nur insofern und insoweit die Verhältnisse der Konkurrenz durch die Herstellungsarbeit der Produkte bestimmt

werden, entscheidet diese über ihre Austauschverhältnisse — in unserer Konkurrenzgesellschaft.

Es ist ja klar, daß diese Austauschverhältnisse, wie wir schon oben bemerkt, im Anfang zufällige sein müssen und für jede neue Ware bei ihrer Einführung relativ zufällige sind. Würden aber die Produkte direkt zwischen denen ausgetauscht, die sie selbst hervorgebracht haben, so müßte doch alsbald die Tendenz sich geltend machen, möglichst gleiches mit gleichem zu vergelten, gleichviel Arbeit in den Produkten auszutauschen, weil sonst die Produzenten der begünstigten Waren auffallend an Wohlhabenheit zunehmen müßten, was eine Vermehrung der Konkurrenz unter den Arbeitenden, d. h. eine Vermehrung der Produzenten dieser Waren und damit eine Ausgleichung der Preise im Sinne der Hervorbringungsarbeit herbeiführen müßte.

In einer Gesellschaft, wo die Waren von Unternehmern, also Besitzern von eigenen oder Disponenten über fremde, dargeliehene Produktionsmittel, mit Lohnarbeitern produzirt werden, kann die Herstellungsarbeit nicht in derselben Weise und im gleichen Grade die Warenpreise beeinflussen, hier treten noch andere Interessen und Momente als Regulatoren der Konkurrenz und mithin der Warenpreise auf.

Das erkannte schon Ricardo und so hat er dem Wertgesetz der Hervorbringungsarbeit, um die Austauschverhältnisse in unserer Gesellschaft zu erklären, zwei wichtige Preis-Gesetze beigefügt, welche die Bedeutung der Hervorbringungsarbeit für den Güterpreis keineswegs aufheben, aber erheblich modifizieren.

Das eine ist das Gesetz der Grundrente.

Das andere das Gesetz der gleichen Profitrate.

Die Modifikation des Arbeitswertgesetzes durch das Gesetz der Grundrente besteht, kurz gesagt, soweit nämlich hier eine Erklärung nötig ist, in folgendem.

Gleichviel Arbeit zum Zweck der Urproduktion auf verschiedenem Boden angewendet, gibt ungleiche Massen von Produkt. Die quantitative Einheit desselben hat aber auf dem Markte bei gleicher Qualität durchaus den gleichen Preis. Mithin werden Produkte, die nicht gleichviel Arbeit gekostet haben, zu gleichen Preisen verkauft. Der Preis aber richtet sich nach dem Produkt, das am meisten Arbeit gekostet hat, sofern dieses zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs nötig ist. Wird dieses Produkt (des schlechtesten Bodens oder der ungünstigsten Marktlage) zu seinem Werte ausgetauscht, so müssen alle anderen Produkte offenbar regelmäßig über ihrem Werte ausgetauscht werden.[1])

Das Gesetz der gleichen Profitrate aber besteht darin, daß in einer Gesellschaft mit freier Konkurrenz, wo die Kapitalien sich beliebig den verschiedenen Produktionszweigen zuwenden können, offenbar die Tendenz herrschen muß, daß die Profite, welche diese Kapitalien abwerfen, sich im Verhältnis zu denselben in allen Branchen gleichhoch stellen, daß m. a. W. gleichgroße Kapitalien in gleichen Zeiträumen in allen Produktionszweigen, ja überhaupt in allen Unternehmungsarten, durchschnittlich gleiche Profite bringen (unter Profit ist hier — um den gebräuchlichen Ausdruck „gleiche Profitrate“ anwenden zu können — die ganze Rente, welche auf das Kapital fällt, verstanden).

Was der einzelnen Unternehmung als Gesamt-Kapitalrente jeweilen zufällt, das ist von tausend besonderen und noch dazu beständig wechselnden Momenten abhängig, von Geschick und Glück und allerlei Zufällen. Noch mehr ist dies der Fall in Bezug auf die Rente, die dem einzelnen Unternehmer zuteil wird. Bei ganz gleichem Erfolg zweier ganz gleichen Unternehmungen hängt das wesentlich davon ab, welcher Teil des gesamten Unternehmungskapitals dem Unternehmer als Eigentum gehört und für welchen er die Rente mit fremden Eigentümern teilen muß. Das

[1]) „Nun bewirkt allerdings die Konkurrenz, daß in der Landwirtschaft der Preis sich nicht nach der gesellschaftlich, d. h. im Durchschnitt notwendigen Arbeitszeit, sondern vielmehr nach der unter den relativ ungünstigsten Naturbedingungen notwendigen Arbeitszeit richtet“ (Conrad Schmidt, ‚Neue Zeit‘, 1892—93, S. 135, damals wenigstens strenger Marxist). Karl Kautsky, Marx' rechtgläubigster Nachfolger, bringt in seinem „Erfurter Programm“ einen Abschnitt mit der Überschrift „Die Grundrente“, weiß aber absolut nichts zur Erklärung derselben zu sagen, außer daß er auf die Gesetze der Rente „hier natürlich nicht eingehen könne“. Warum nicht? Er will doch die ganze bürgerliche Wirtschaft gemeinverständlich erklären und kritisieren. — Aber die Grundrente stimmt nicht mit dem Wertgesetz und Marx hatte sich noch nicht ausgesprochen, wie man sich da zu benehmen habe. — Was Marx selbst III. 2. S. 279 sagt, scheint mir unverständlich. Das Quantum des Produkts hängt da „einzig vom Quantum des Produkts ab“! Er scheint im Rentengesetz keine Disharmonie mit dem Arbeitswert zu finden. Man sehe auch den Ausspruch im „Elend“ S. 24: Ricardo habe mit seinem Arbeitswertgesetz alle Erscheinungen erklärt, selbst diejenigen, welche ihm im ersten Augenblick zu widersprechen scheinen, wie die Rente u. s. w. — Rodbertus hat die Modifikation des Wertgesetzes durch die Grundrententheorie ganz klar präzisiert („Erkenntnis“ S. 131 f.).

sind Unterschiede, die sich nie ausgleichen können, die immer notwendig bestehen, solange es eine kapitalistische Wirtschaft und eine wirkliche Konkurrenz gibt.

Man muß also wohl im Auge behalten, daß hier immer nur von Unternehmungs-Branchen, nie von einzelnen Unternehmungen die Rede ist und daß bei Betrachtung ihres Durchschnittsgewinns nur die normalen, zeitgemäß eingerichteten, den Anforderungen der jeweiligen Gegenwart entsprechenden Unternehmungen in Betracht kommen können.

Hier ergibt sich nun aus der Tendenz zur gleichen Profitrate „eine beträchtliche Umgestaltung der Regel, welche allgemein in Anwendung ist, wenn Arbeit fast ausschließlich zur Hervorbringung verwendet wird" (Ricardo, S. 26), also des Arbeitswertgesetzes, sofern dasselbe nicht bloß einen allgemein menschlichen Maßstab für die wirtschaftliche Schätzung der Güter an sich aufstellen, sondern eine Regel des Austausches bilden soll, nach welcher die Quantitäten, in denen die Güter gegeneinander ausgetauscht werden, von der Menge der zu ihrer Hervorbringung angewendeten Arbeit abhängig seien.

Nimmt man den Arbeitswert absolut, unabhängig von den Austauschverhältnissen, dann kann man, wie es oft geschehen, mit vollem Rechte sagen: die Güter tauschen sich regelmäßig nicht nach ihrem Werte aus, oder die Preise stimmen regelmäßig nicht mit den Werten überein. Bemißt man hingegen den „Wert" jeder Sache jedesmal nur nach dem, was man im Tausch dafür gerade bekommt, also nach ihrem jedesmaligen Preise, dann soll man lieber vom „Werte" nicht besonders sprechen, dann kann nichts über oder unter seinem Wert verkauft werden, dann hat man in der Tat kein Maß für den Austausch der Güter, und jeder Preis ist normal.

Es kann also in zwei verschiedenartigen Unternehmungen genau gleichviel Arbeit angewendet werden, aber die eine hat große fixe Kapitalien nötig, die andere nur unbedeutende, oder sie haben auch gleich große fixe Kapitalien (d. h. von gleichem Tauschwert oder noch besser Preis), aber die Dauerhaftigkeit derselben ist verschieden, oder das aufgewendete Kapital wird aus irgend welchen beliebigen technischen oder ökonomischen Ursachen im Verkaufspreis der Waren in der einen Branche jeweilen später wieder zurückerstattet als in der anderen (verschiedene Umschlagsperioden), oder das flüssige Kapital, z. B. der Rohstoff, ist in der einen Branche

teurer als in der anderen: so müssen die Preise der Waren in der ersten Branche offenbar entsprechend höher sein als in der zweiten, nicht bloß deshalb, weil sie etwa mehr Kapital ersetzen müssen — was ja keine Anomalie wäre —, sondern weil die größeren oder die länger aufgewendeten Kapitalien einen entsprechend größeren Gewinn abwerfen müssen.

Nehmen wir den einfachsten Fall. Es soll in zwei Unternehmungen von gleichviel und gleichqualifizierten Arbeitern mit denselben Werkzeugen eine gleiche Zeit gearbeitet werden, der Rohstoff koste aber in der einen Unternehmung 200000, in der andern 2000. Sehen wir von der Abnützung der Werkzeuge, die in beiden Fällen gleich ist, und von dem ebenfalls gleiche Arbeitslohn ab und nehmen wir an, die Arbeit füge dem Stoff in beiden Unternehmungen 2000 an Wert hinzu, so würden die Produkte zu 202000 und zu 4000 verkauft werden, wenn es nach dem Arbeitswert ginge. Dann würde die erste Unternehmung 1 Prozent Gewinn machen, die zweite 100 Prozent. Daß das in einer freien Wirtschaft nicht möglich ist, sieht jeder ein.

Friedrich Engels hat den Zwiespalt zwischen Arbeitswert und Preis, der durch das Gesetz der gleichen Profitrate entsteht, besonders charakteristisch dargestellt. Die Stelle ist deswegen interessant, weil Engels den „Wert" absolut nimmt, nämlich so, daß er vom Preis ganz unabhängig besteht und durch die Erscheinungen des Marktes in keiner Weise berührt werden kann.

Er sagt in der Vorrede zur deutschen Übersetzung von Marx' Misère de la philosophie (Oktober 1884, S. XIf.): „Die Profitrate hat ebensosehr die Tendenz, sich für alle Kapitalisten[1]) auf dasselbe Niveau auszugleichen, wie die Warenpreise die Tendenz haben, vermittelst Nachfrage und Angebot sich auf den Arbeitswert zu reduzieren.

Die Profitrate aber berechnet sich auf das in einem industriellen Geschäft angelegte Gesamtkapital.

Da nun in zwei verschiedenen Geschäftszweigen das Jahresprodukt gleiche Arbeitsmengen verkörpern, also gleiche Werte darstellen kann, auch der Arbeitslohn in beiden gleich hoch, die vorgeschossenen Kapitalien aber in dem einen Geschäftszweig doppelt oder dreimal so groß sein können, und oft sind, wie im andern,

[1]) Das ist nun allerdings nicht korrekt. Er hätte sagen müssen: für alle Unternehmungs-Branchen.

so kommt hier das Ricardo'sche Wertgesetz, wie schon Ricardo selbst entdeckte, in Widerspruch mit dem Gesetz der gleichen Profitrate.

Werden die Produkte beider Geschäftszweige zu ihren Werten verkauft, so können die Profitraten nicht gleich sein; sind aber die Profitraten gleich, so können die Produkte beider Geschäftszweige nicht durchweg zu ihren Werten verkauft werden. Wir haben hier also einen Widerspruch, eine Antinomie zweier ökonomischer Gesetze; die praktische Lösung macht sich nach Ricardo (Kap. I, Sektion 4 und 5) in der Regel zu Gunsten der Profitrate auf Kosten des Werts".

Einen „Widerspruch" in solcher Art, eine Antinomie findet Ricardo allerdings nicht; er sagt nur, daß die Regel, nach welcher die Güter sich auf primitiver Wirtschaftsstufe vertauschen, nicht mehr vollständig gilt, wenn Kapital in verschiedener Zusammensetzung von stehendem und umlaufendem, von verschiedener Dauerhaftigkeit und Umlaufszeit angewendet wird.

§ 49. Exkurs über radikale Orthodoxie.

Im Mai 1885, im Vorwort zu dem nach dem Tode Marx' von Engels herausgegebenen zweiten Band des „Kapital" schreibt dieser abermals über denselben Gegenstand:

„Nach dem Ricardo'schen Wertgesetz produzieren zwei Kapitale, die gleich viel und gleich hoch bezahlte lebendige Arbeit anwenden, alle anderen Umstände gleichgesetzt, in gleichen Zeiten Produkte von gleichem Wert und ebenfalls Mehrwert oder Profit von gleicher Höhe. Wenden sie aber ungleiche Mengen lebendiger Arbeit an, so können sie nicht Mehrwert oder wie die Ricardianer sagen, Profit von gleicher Höhe produzieren. Nun ist aber das Gegenteil der Fall. Tatsächlich produzieren gleiche Kapitale, einerlei wie viel oder wie wenig lebendige Arbeit sie anwenden, in gleichen Zeiten durchschnittlich gleiche Profite. Hier liegt also ein Widerspruch gegen das Wertgesetz vor, den schon Ricardo fand, und den seine Schule ebenfalls zu lösen unfähig war. Auch Rodbertus konnte nicht umhin, diesen Widerspruch zu sehen; statt ihn zu lösen, macht er ihn zu einem der Ausgangspunkte seiner Utopie (Zur Erk. S. 131). Diesen Widerspruch hat Marx bereits im Manuskript „Zur Kritik" gelöst; die Lösung erfolgt nach dem Plan des „Kapital" in Buch III. Bis zu seiner Veröffentlichung werden noch Monate verstreichen. Die Ökonomen also, die in Rodbertus die geheime Quelle und einen überlegenen Vorgänger von Marx entdecken wollen, haben hier eine Gelegenheit, zu zeigen, was die Rodbertus'sche Ökonomie leisten kann. Wenn sie nachweisen, wie nicht nur ohne Verletzung des Wertgesetzes, sondern vielmehr auf Grundlage desselben eine gleiche Durchschnittsprofitrate sich bilden kann und muß, dann wollen wir weiter sprechen. Inzwischen mögen sie sich gefälligst beeilen. Die brillanten Untersuchungen dieses Buch II und ihre ganz neuen Ergebnisse auf bisher fast unbetretenen Gebieten sind nur Vordersätze zum Inhalt des Buch III, das die Schlußergebnisse der Marx'schen Darstellung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auf kapitalistischer Grundlage entwickelt. Wenn dies Buch III erschienen, wird von einem Ökonomen Rodbertus wenig mehr die Rede sein." Rodbertus war notabene schon in der Vorrede zum „Elend" von Engels arg zerzaust worden und die getreuen „Genossen" sekundierten, selbstverständlich in gröberem Styl.

Hiergegen ist nun folgendes zu sagen:

1. Ricardo ließ dies angebliche Rätsel, wie wir oben gesehen, keineswegs ungelöst, sondern zeigte im Gegenteil, wie das reine Arbeitswertgesetz nur in irgend einer Urzeit, nicht aber in der kapitalistischen Wirtschaft auch als Preisgesetz gelte, weil es in der letzteren durch die herrschende Tendenz der gleichen Profite erheblich alteriert werde.
2. Engels selbst weist in der oben zitierten Vorrede zum „Elend" ganz evident nach, daß beide „Gesetze" mit einander in unlösbarem Widerspruch stehen und mithin nicht zugleich zur vollständigen Wirksamkeit kommen können, sowenig wie ein Körper auf einer festen Unterlage sich den Gesetzen des freien Falls gemäß bewegen kann, obwohl die Schwerkraft auch auf ihn wirkt.
3. Rodbertus hat in seinem bereits im Jahre 1842 erschienenen Buche „Zur Erkenntnis", und später noch öfter, recht schön und deutlich gesagt, ganz in dem Sinne wie später Marx, daß die Waren in unserer Gesellschaft keineswegs genau nach dem Arbeitswert ausgetauscht werden, sondern daß die Tendenz der gleichen Kapitalgewinne (und das Prinzip der Differentialgrundrente

Ricardo's) eine erhebliche Modifikation hierbei bewirke (S. 130f.)[1]).

4. Engels will die Anhänger und Bewunderer von Rodbertus dadurch von der Unzulänglichkeit ihres Meisters überzeugen, daß er sie auffordert, auf Grundlage seiner Lehre etwas Unmögliches als wirklich zu erweisen, zu zeigen, wie nach den Theorien Rodbertus' A = Nicht A sein könne.

Diese Aufforderung gehört zu den größten literarischen Unverfrorenheiten, die je auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Literatur vorgekommen sind. Selbstverständlich ließ sich kein Anhänger von Rodbertus darauf ein, wohl aber zwei Marxisten, deren Jugend und glühender Glaube an Marx das naive Unterfangen begreiflich erscheinen ließ. Natürlich konnten sie nicht reussieren (siehe Engels' Vorwort zu Band III. 1. des „Kapital"). An die Marxisten hätte Engels von vornherein obige Aufforderung richten sollen, da wäre sie an die richtige Adresse gelangt, denn Engels erregt durch seine Expektorationen unbedingt die sichere Erwartung, daß auf Grundlage der Marx'schen Lehre sich sein pomphaft konstatierter „Widerspruch" glattweg lösen und also nachweisen lasse, daß in allen Unternehmungsbranchen, möge nun das angewandte Kapital groß oder klein, rasch oder langsam aufgebraucht, in kürzerer oder längerer Zeit umgetrieben sein oder werden, die Produkte von gleichviel Arbeit sich auf gleich und gleich austauschen und dennoch die Profite der Größe der Kapitalien entsprechend ausfallen. Das soll, nach Engels, Marx im dritten Buch des „Kapitals" nachweisen und damit dem Ökonomen Rodbertus den Garaus machen. Und was weist Marx im dritten Buch nach?[2])

Auf die Lösung mußten diejenigen welche die siegesgewisse Herausforderung Engels' in dem bezeichneten Sinne verstanden und von Marx' Werttheorie keine klare Auffassung hatten, um so gespannter sein, als im Laufe der $9^1/_2$ Jahre, die bis zur Veröffentlichung des Buch III verflossen, auch die zwei unzeifelhaften Marxisten dieselbe vergeblich versucht hatten und sie überdies gerade nach Engels' Formulierung einfach unmöglich schien, und zwar unmöglich nach den unfehlbaren Regeln der einfachsten Arithmetik und Logik.

[1]) Siehe auch „Zur Beleuchtung der sozialen Frage" S. 44, 68f., 106f., 147, Briefe an Rudolf Meyer S. 99f. Daß Rodbertus keine so deutliche Einsicht in die Sache hatte, wie Marx, ist gewiß.

[2]) Das Folgende bis zum letzten Drittel des § 52 ist die Reproduktion eines von mir im 1. Märzheft 1895 der „Schweizerischen Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik" unter dem Titel „Die Lösung" veröffentlichten Aufsatzes.

Indessen, es gibt gläubige Gemüter — sogar (oder vor allem?) in der absolut antiautoritären Sozialdemokratie — denen man getrost sagen könnte: 5 ist gleich 6, oder (was Engels ja gar nicht gemeint haben kann, da er es ja längst besser wußte): Die Waren können sich nicht zugleich nach Arbeitswert austauschen und dennoch gleiche Profite geben, aber sie geben gleiche Profite und tauschen sich doch nach Arbeitswert aus, wie ich Euch später einmal beweisen werde — und die dann ruhig auf das „später" warten, ohne an das Eintreffen des Unmöglichen zu zweifeln. Der Papst könnte sich keine besseren Gläubigen wünschen.

§ 50. Marx' Lösung.

Marx ist, das wollen wir hier schon bemerken, an diesem Wirrwarr vielleicht nicht formell, aber jedenfalls materiell unschuldig und sein drittes Buch ist in der Tat, obwohl die Art der Darstellung dessen Lektüre manchem zum Horreur machen mag und die Zahl derjenigen, die davon reden werden, ungefähr tausendmal größer sein wird als die der wirklichen Leser, eine glänzende, großartige Leistung von unschätzbarem Wert, der in der ganzen Litteratur der ökonomischen Theorie wenig an die Seite gestellt werden kann.

Ich will übrigens hier nur einfach mitteilen, wie Marx, der ja gar keine „Lösung" irgend eines Rätsels versprochen hat, das Engels'sche Versprechen erfüllt.

Einige allgemeine Bemerkungen erläuternder Art, die, durch das Buch III veranlaßt, sich auch auf I und II beziehen, werde ich mir anzuhängen gestatten.

Bei der Vorführung der „Lösung" will ich mich so kurz als möglich fassen und Marx selbst reden lassen, indem ich die Stellen, in welchen seine Resultate kurz zusammengefaßt sind, dem Leser wörtlich vorführe. Alle erschwerenden Komplikationen (Grundrente, Handelsprofite u. s. w. u. s. w.) sollen unbeachtet gelassen und die Frage in der einfachsten Gestalt präsentiert werden.

Voraus bemerken muß ich für diejenigen Leser, welche die Marx'sche Terminologie nicht kennen, nur, daß er unter konstantem Kapital denjenigen Teil des Unternehmerkapitals versteht, der sich in Produktionsmittel, d. h. in Rohmaterial, Hilfsstoffe und Arbeits-

mittel umsetzt (I. S. 191), unter variablem hingegen den in Arbeitskraft umgesetzten Teil des Kapitals (ebenda).

Unter Mehrwert versteht er den gesamten in der Unternehmung neu produzierten Wert nach Abzug des variablen Kapitals, das für die Produktion aufgewendet wurde. Mehrwert und Profit sind „in der Tat dasselbe und auch numerisch gleich“ (III. 1. S. 22). Die Masse des Profits ist identisch mit der Masse des Mehrwerts, mit dem Mehrwert selbst (ib. S. 121).

Dagegen ist die Rate des Mehrwerts von der Profitrate sehr verschieden. Jene stellt die Beziehung des Mehrwerts zum variablen Kapital, diese seine Beziehung zum Gesamtkapital der Unternehmung dar. Wenn also z. B. ein Kapital besteht aus 80 konstantem und 20 variablem Kapital, wobei 80 und 20 nichts als verschiedene Quantitäten gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit darstellen, die sich irgendwie materialisiert hat, und der erzeugte Mehrwert beträgt 20, so ist die Mehrwertsrate = 100 Prozent, die Profitrate = 20 Prozent.

Mehrwert und mithin Profit erzeugt nur die lebendige Arbeit. Wenn wir daher die Länge des Arbeitstags und den Exploitationsgrad der Arbeit in zwei verschiedenen Unternehmungen gleich setzen, so muß die Masse des Mehrwerts offenbar in derjenigen Unternehmung, welche mehr variables Kapital anwendet, größer sein. „Da . . . . . Kapitale in verschiedenen Produktionssphären, prozentig betrachtet — oder gleich große Kapitale — sich ungleich einteilen in konstantes und variables Element, ungleich viel lebendige Arbeit in Bewegung setzen und daher ungleich viel Mehrwert, also Profit erzeugen, so ist die Rate des Profits, die eben in der prozentigen Berechnung des Mehrwerts auf das Gesamtkapital besteht, in ihnen verschieden. Wenn aber die Kapitale verschiedener Produktionssphären, prozentig berechnet, also gleich große Kapitale in verschiedenen Produktionssphären ungleiche Profite erzeugen, infolge ihrer verschiedenen organischen Zusammensetzung, so folgt, daß die Profite ungleicher Kapitale in verschiedenen Produktionssphären nicht im Verhältnis zu ihren respektiven Größen stehen können, daß also die Profite in verschiedenen Produktionssphären nicht den Größen der respektiven in ihnen angewandten Kapitale proportional sind“ (III. 1. S. 128).

„Wir haben also gezeigt: daß in verschiedenen Industriezweigen entsprechend der verschiedenen organischen Zusammensetzung der Kapitale, und innerhalb der angegebenen Grenzen auch entsprechend ihren verschiedenen Umschlagszeiten ungleiche Profitraten herrschen,

und daß daher auch bei gleicher Mehrwertsrate nur für Kapitale von gleicher organischer Zusammensetzung — gleiche Umschlagszeiten vorausgesetzt — das Gesetz (der allgemeinen Tendenz nach) gilt, daß die Profite sich verhalten wie die Größen der Kapitale, und daher gleich große Kapitale in gleichen Zeiträumen gleich große Profite abwerfen.

Das Entwickelte gilt auf der Basis, welche überhaupt bisher (!) die Basis unserer Entwicklung war: daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden. (Im Original nicht gesperrt gedruckt.)

Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß in der Wirklichkeit, von unwesentlichen, zufälligen und sich ausgleichenden Unterschieden abgesehen, die Verschiedenheit der durchschnittlichen Profitraten für die verschiedenen Industriezweige nicht existiert und nicht existieren könnte, ohne das ganze System der kapitalistischen Produktion aufzuheben“ (ib. S. 131f.).

Die gesperrt gedruckte Bemerkung, die wir nicht scharf genug betonen können, wird auch Seite 128 (und sonst noch öfter) gemacht: „Es findet das Entwickelte statt unter der Voraussetzung, daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden“.

Nun aber verläßt Marx das Gebiet dieser Hypothese, auf dem er im ganzen ersten und zweiten, und, wie wir sehen, auch einem Teil des dritten Bandes zum Behuf abstrakter theoretischer Untersuchungen, die sich ohne dieselbe wohl gar nicht durchführen ließen, verweilte, und betritt den Boden der Wirklichkeit, wo er sofort erklären muß, daß die Waren, die zum Austausch kommen, durchaus nicht alle regelmäßig oder durchschnittlich gleich viel, sondern sehr verschiedene Quanta gesellschaftlich notwendiger Arbeit enthalten.

Die Waren können daher nicht zu ihrem Wert, sondern müssen zu einem „Produktionspreis“ verkauft werden, der „gleich ist ihrem Kostpreis plus dem im Verhältnis ihrer Umschlagsbedingungen auf sie fallenden Teil des jährlichen Durchschnittsprofits auf das in ihrer Produktion angewandte (nicht bloß das in ihrer Produktion konsumierte) Kapital“ (S. 136).

Die ursprünglich verschiedenen Profitraten der verschiedenen Produktionszweige werden nämlich durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, „welche der Durchschnitt aller dieser verschiedenen Profitraten ist“ (S. 136).

Der Kostpreis aber besteht in dem bei der Produktion einer

Warenquantität wirklich konsumierten Kapital, nach der gewöhnlichen bürgerlichen Rechnung mit fixem und flüssigem Kapital.

Natürlich ist das, was für den einen Unternehmer, der die Waren produziert hat, Produktionspreis ist, für den anderen, der sie (als Rohstoff, Hilfsstoff u. s. w.) vom ersten kauft, Kostpreis. Mithin weichen schon die Kostpreise regelmäßig vom Werte ab, und wenn einmal eine allgemeine Profitrate hergestellt ist, „ist es (mithin) nur noch Zufall, wenn der in einer besonderen Produktionssphäre wirklich erzeugte Mehrwert und daher Profit mit dem im Verkaufspreis der Ware enthaltenen Profit zusammenfällt“ (S. 146) und es ist mithin ebenso Zufall, wenn zwei Waren, die ausgetauscht werden, gleichviel Arbeit oder Wert enthalten. „Es scheint nicht nur so, sondern es ist — in der Tat der Durchnittspreis der Waren verschieden von ihrem Wert, also von der in ihnen realisierten Arbeit“ (III. 2. S. 364).

Würde man also unter Wertgesetz die absolut giltige Norm des Warenaustausches verstehen, so läge hier das Wertgesetz allerdings schwer blamiert zu Boden und Marx ware ein lächerlicher Schwätzer.

Aber so hat er es nie verstanden und so steht er nach dieser Erörterung als Theoretiker der politischen Ökonomie aufrechter denn je und blamiert sind nur diejenigen, die ihn bisher noch nicht verstanden und die Lösung eines Widerspruchs erwarteten, wo gar kein solcher vorhanden und möglich war.

Marx wollte — wenn wir in ihm einen konsequenten Geist annehmen dürfen, und das dürfen wir doch wohl — trotz aller gelegentlichen Seltsamkeiten in der Ausdrucksweise mit seinem „Wert“ nicht ein Gesetz des Tausches im Sinne anderer Nationalökonomen, sondern wesentlich ein Maß der wirtschaftlichen Güter, d. h. der Arbeitsprodukte aufstellen, um sie alle ohne Unterschied auf einem gemeinsamen quantitativen Ausdruck zu bringen. Und das einzig mögliche wirtschaftliche Maß der Güter ist, wie schon Adam Smith erkannte, die zu ihrer Beschaffung erforderliche Arbeit. Etwas anderes als Arbeit wendet der Mensch bei der Güterbeschaffung absolut nicht auf. Er hat auch nichts anderes, was er aufwenden könnte. Hat man eine bestimmte Masse menschlicher Arbeitskraft zur Verfügung, so kann man — die entsprechenden Naturfaktoren vorausgesetzt — die Massenverhältnisse der verschiedenen Güter, die man produzieren will, innerhalb der Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser Arbeitskraft nach wie vor beliebig bestimmen.

Mit vollem Recht kann man aber auch den Arbeitsgehalt aller Güter von einem ganz allgemeinen, abstrakt-wirtschaftlichen Standpunkte aus, der keine besondere historische Form der Produktion zu berücksichtigen braucht und von dem Austausch- und Verteilungsmodus der Güter innerhalb der Gesellschaft gar wohl absehen kann, ihren Wert nennen. Stellt man nämlich den Menschen oder die Menschheit bloß der Natur, der Welt der Stoffe gegenüber, so wird man unzweifelhaft jederzeit den früher bei Betrachtung der Naturalwirtschaft von uns aufgestellten Satz gelten lassen müssen: Was gleich schwer oder leicht zu haben ist, das muß in menschlicher Schätzung gleich viel gelten; gleich schwer oder leicht zu haben ist aber, was gleichviel Arbeit kostet.

So kann man mit der in solchen Dingen überhaupt möglichen Genauigkeit wenigstens in Gedanken und zu theoretischen Zwecken — aber auch tatsächlich, wenn man ernstlich darauf ausginge — alle Produkte menschlicher Arbeit, alle wirtschaftlichen Güter auf einen quantitativen Ausdruck, einen gemeinsamen Nenner bringen und ihre wirtschaftliche Bedeutung oder ihren Wert messen und vergleichen. Man hat ein rationelles, und zwar das einzig rationelle und überhaupt mögliche Maß der wirtschaftlichen Substanz und Wesenheit der Güter gefunden, denn alle Wirtschaft beruht in letzter Linie nur auf der Notwendigkeit, unsere Arbeitskraft zur Befriedigung unserer Bedürfnisse (menschliche Arbeitskraft zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse) anstrengen zu müssen, und auf der Beschränktheit dieser Arbeitskraft, deren Verausgabung in der Produktion zudem im allgemeinen als eine Last und Beschwerde angesehen werden muß, daher keineswegs irrelevant ist.

Nur was Arbeit kostet, ist Gegenstand wirtschaftlicher Erwägung, und mit mehr Arbeit kann man, soweit die Naturfaktoren gegeben sind, auch mehr Güter schaffen. Vom Standpunkt der menschlichen Gesellschaft aus, der die ganze Erde, mithin alle überhaupt in Betracht kommenden Naturfaktoren zur Verfügung stehen, kommt es mithin einzig nur auf die Arbeit an. Weil sie produziert sind, haben die Güter überhaupt einen Wert, nicht weil sie ausgetauscht werden.

Dieser Wert, von dem wir da sprechen, hat als solcher mit dem Güteraustausch noch gar nichts bestimmtes zu tun. Seine funktionelle Wirkung müßte im Gegenteil in einer rationell geführten Naturalwirtschaft am intensivsten und deutlichsten hervortreten, wie wir schon nachgewiesen haben.

§ 51. Unternehmer und Normalpreise.

Was den Austausch der Güter anbelangt, so ist von vornherein keineswegs selbstverständlich oder auch nur wahrscheinlich, daß dieser sich ein für allemal nach bestimmten allgemeinen Regeln vollzieht, daß es mit anderen Worten soziale Gesetze des Güterverkehrs gibt. Die gibt es denn auch in ausgebildeter Form nur in einer hochentwickelten Geldwirtschaft, wo als ihr Resultat der allgemeine Marktpreis auftritt.

Und hier finden wir als persönlichen Repräsentanten der Produktion den Unternehmer, den Vertreter des ganzen produktiven Vermögens der Nation oder der Gesellschaft, den absoluten Herrn und Beherrscher der nationalen oder gesellschaftlichen Arbeitskraft, in dessen Hände direkt das ganze neue Produkt der gesellschaftlichen Arbeit fällt und von dem aus es sich an die übrigen Klassen und Interessenten und sozialen Mächte (wie den Staat) direkt oder indirekt verteilt. Wie in der antiken Oikenwirtschaft das Interesse des pater familias, so steht hier das des Unternehmers dominierend an der Spitze. Und er stellt sich uns dar als Disponent über das zur Produktion unter solchen gesellschaftlichen Verhältnissen erforderliche Vermögen, und dieses Vermögen nennen wir, soweit es aus Arbeitsprodukten besteht, Kapital. Und mit diesem Vermögen, das in seinen Augen, mag es körperlich aussehen, wie es will, nichts anderes bedeutet als eine Geldsumme, will er nichts anderes als mehr Geld erwerben. Das kann er, indem er irgend ein Bedürfnis der Gesellschaft befriedigt, welche ihm für sein Produkt ein Äquivalent bietet, das eine größere Geldsumme darstellt, als er für die Herstellung des von ihm der Gesellschaft gelieferten Produkts aufgewendet hat. Dieses Resultat erklärt die Arbeit, die er mit einem Teil seines Kapitals besoldete und dann länger in Anspannung erhielt, als zur bloßen Reproduktion ihres Soldes nötig war. Was sie darüber hinaus produzierte, gehört zunächst ihm. Und da, wie sich sein ursprünglicher Geldbesitz in Produkt, so später das an Wertinhalt angewachsene Produkt wieder in Geld verwandelte, ist aus seinem Geld mehr Geld geworden, wie uns Marx im ersten Bande des „Kapital“ weitläufig dargelegt hat.

Jeder Unternehmer will natürlich möglichst viel Profit, das liegt in seiner Stellung, und er beansprucht diesen Profit lediglich im Namen seines Kapitals und fordert diesen Profit nach Maßgabe der Größe seines Kapitals, also für 2000 fr. mindestens noch so

viel wie für 1000. Da aber alle Unternehmer diesen Anspruch machen und nach dem höchsten Profit streben, so folgt in einer Gesellschaft mit freier Konkurrenz, wo jeder sein Vermögen in einer beliebigen Branche anwenden und Geschäfte einer bestimmten Art beliebig ausgedehnt und auch zusammengezogen werden können, daß die Tendenz der wirtschaftlichen Tatsachen immerfort dahin gehen muß, allen Arten von Unternehmungen einen relativ gleichen Profit oder einen gleichen an ihrem Kapitale gemessenen Profitsatz zuzuweisen [1]).

Wir wissen ja, wie der äußere Vorgang sich abspielt. Wenn in irgend einer Branche besondere Gewinne gemacht werden, so wenden sich ihr, wo das möglich ist, neue Kapitale zu, die bestehenden Unternehmungen werden vergrößert, neue gegründet und dadurch der Marktpreis der betreffenden Waren so reduziert, daß der Extra-Profit verschwindet. Was reguliert also in solchen Verhältnissen, d. h. unter Voraussetzung einer hochentwickelten Geldwirtschaft mit freier Konkurrenz, den Marktpreis der Güter? Offenbar der Kampf der Unternehmer um den höchsten Profit und die daraus hervorgehende Tendenz der gleichen Profite.

In einer solchen Wirtschaft und vom (maßgebenden) Standpunkt der Unternehmer aus können wir mit Recht sagen: die Güter resp. Waren werden dann auf gleich und gleich ausgetauscht, wenn gleiche Unternehmungskapitalien durchschnittlich in allen Branchen gleiche Gewinne geben. Denn da der Unternehmer als solcher in der Produktion (wie sodann auch in jedem andern „Geschäft“, das wie eine Unternehmung betrieben wird) lediglich Kapital aufwendet (nicht Arbeit! diese wenden die Arbeiter selbst auf), so kann er, von seinem Standpunkt aus, seinen gerechten, geziemenden, gleichen Lohn nur in einem, am Kapital gemessen, gleich hohen Profit sehen. Er hat 100000 fr. ins Geschäft „gesteckt“

[1]) Daher sind auch für den Unternehmer (wie für den Kaufmann), der mehrere Arten von Produkten herstellt, die Preise der verschiedenen Waren von keiner durchschlagenden Wichtigkeit, wenn er nur im ganzen den richtigen Profit macht. Er kann also möglicherweise eine Warenart (z. B. Nebenprodukte) fortlaufend zu einem Preise verkaufen, der ihm unterdurchschnittlichen oder gar keinen Profit oder selbst Verlust bringt (für sich allein betrachtet), wenn die Preise anderer Waren ihm das ersetzen. Technische und kommerzielle Gründe können ihn bewegen, solche unprofitable Waren herzustellen oder damit Handel zu treiben. Sobald das Gesamtkapital sich gut rentiert, ist alles in Ordnung.

und daher in dieser bestimmten Gesellschaftsordnung ein Recht, zu erwarten, daß er ebensoviel Rente beziehe, wie jeder andere, der auch irgendwo 100000 fr. hineingesteckt, d. h. daß seine Branche so rentabel sei wie andere Branchen. Wenn nicht, so zieht man sich davon zurück.

Für ihn liegt also die Gleichheit, die Äquivalenz des Tausches, der Austausch nach dem Werte in seinem Sinn, in einem solchen Tauschverhältnis der verschiedenen Waren, daß alle für das von den Unternehmungen aufgewendete Kapital ganz in dem Sinn, wie wir es oben bei Marx ausgedrückt fanden und daher hier nicht genauer zu präzisieren brauchen, gleiche Profite geben.

§ 52. Profitrate und Arbeitswert, Wert und Preis.

Aber diese Erklärung durch die gleiche Profitrate reicht zum Verständnis des Warenverkehrs und -Preises für sich allein natürlich nicht aus, sie setzt ein Maß für den Profit selbst, für die Ware, die ihn abwirft und die Vermögen, auf die er sich verteilt, voraus, kurz, sie setzt voraus, daß man das ganze gesellschaftliche Produkt auf einen einheitlichen quantitativen Ausdruck bringe und messe.

Das Gesetz der gleichen Profitrate regelt nur die Verteilung der wirtschaftlichen Substanz an die einzelnen Interessenten. Mit ihm allein, ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Substanz selbst, dreht man sich nur im Kreise herum und kommt an kein Ende. Für die Herstellung der Marktpreise durch die gleiche Profitrate ist es zum Beispiel gleichgiltig, ob du von deinem Kapital 50000 fr. zum Ankauf von 500 oder von 500000 Pfund Rohstoff verwendet hast. Aber warum kostet von einem Rohstoff das Pfund 100 fr. und von dem andern 10 Cts.? Darüber gibt das Gesetz der gleichen Gewinne keinen endgiltigen Aufschluß. Es verweist dich nur auf frühere Unternehmer, deren gleicher Gewinn diese Preise forderte, wo du aber vor derselben oder einer analogen Frage stehst, und so immer weiter.

Die Wertlehre zeigt uns aber, worin die wirtschaftliche Substanz der Güter besteht und gibt uns damit zugleich ihr Maß. Das Tauschgesetz (der gleichen Profitrate) hingegen zeigt uns, wie jene Substanz unter der Voraussetzung der freien Konkurrenz und Warenproduktion durch die Vermittlung und in der Form des Geldes (der neutralen Tauschwertsubstanz) auf die einzelnen Warenquanten sich verteilt. Ein Widerspruch, eine Antinomie zwischen Wert und Tauschverhältnis kann also gar nicht stattfinden, da der Wert bloß die Quantität der wirtschaftlichen Substanz ausdrückt, welche durch das Gesetz der Profitrate den einzelnen Warenkörpern nach Maßgabe des ganzen in der Unternehmung angelegten Kapitals mit Berücksichtigung des bei der Produktion der betreffenden Warenquanta wirklich aufgewendeten, definitiv verbrauchten oder ausgegebenen Kapitalteils zugeteilt wird.

Daß Marx den Wert lediglich in der dargelegten Bedeutung, in welcher er in der Produktion und dadurch auch im Tausch höchst funktionell wird, versteht und genommen wissen will, wird allerdings erst im 3. Buch bei der „Verwandlung der Werte in Produktionspreise“ ganz deutlich. An bezüglichen Andeutungen hat es für den aufmerksamen Leser freilich auch in den früheren Abschnitten des Werkes nicht gefehlt, aber daneben finden wir allerdings auch hie und da Stellen, welche zu dem Irrtum verleiten könnten, als habe Marx in der Herstellungsarbeit das Gesetz des Warenaustauschs oder Tauschwerts in dem Sinne finden wollen, daß eine allgemeine Tendenz bestehe, wonach sich im Verkehr unserer Gesellschaft nach Arbeit gemessen regelmäßig gleiches mit gleichem vertausche. So stellt er zum Beispiel gleich im Anfang des ersten Bandes (S. 3) den Satz auf, daß jedes Austauschverhältnis zweier Waren in einer Gleichung darstellbar sei[1]), welche besage, daß ein Gemeinsames von derselben Größe (!) in zwei verschiedenen Dingen existiere.

„Die Gleichung (!) : 20 Ellen Leinwand = 1 Rock oder 20 Ellen Leinwand sind 1 Rock wert, setzt voraus, daß in 1 Rock gerade soviel Wertsubstanz steckt wie in 20 Ellen Leinwand, daß beide Warenquanta also gleichviel Arbeit kosten oder gleich große Arbeitszeit“ (S. 20). Nimmt man das, besonders die erste Stelle, wörtlich, so möchte man glauben, schon die bloße Tatsache des Austausches beweise, daß in den beiden Waren gleichviel Arbeit enthalten sei, denn die Arbeit ist ja das Gemeinsame. Das wäre aber eine ungeheuerliche petitio principii.

„Der Wert, das heißt das Quantum menschlicher Arbeit, das zum Beispiel in einer Tonne Eisen enthalten ist, wird ausgedrückt in einem vorgestellten Quantum der Geldware, welches gleichviel

[1]) „Indem sie (die Menschen) ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen“ — S. 43.

Arbeit enthält" (S. 66). „Der Preis ist der Geldname der in der Ware vergegenständlichten Arbeit" (S. 72).

Dem Aristoteles fehlte der Wertbegriff (S. 27), weil dieser erst in der Geldwirtschaft möglich ist (S. 28). — Aber was hat der Marx'sche Wertbegriff mit der Warenform zu tun? Arbeit kosteten und Wert im Marx'schen Sinn hatten die Güter immer in wesentlich gleicher Weise, wenn auch der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit mit der Form der Gesellschaft sich modifizierte. Im Austausch macht sich der Wert nicht sichtbar, sondern in der Produktion.

Und so weiter.

Dagegen lesen wir, abgesehen von den oben schon in diesem Sinne angeführten Stellen, im 1. Band S. 22: „Wirkliche Wechsel der Werte spiegeln sich weder unzweideutig noch erschöpfend wieder in ihrem relativen Ausdruck oder in der Größe des relativen Werts (d. h. im Tauschverhältnis). Der relative Wert einer Ware kann wechseln, obgleich ihr Wert konstant bleibt. Ihr relativer Wert kann konstant bleiben, obgleich ihr Wert wechselt, und endlich brauchen gleichzeitige Wechsel in ihrer Wertgröße und im relativen Ausdruck dieser Wertgröße sich keineswegs zu decken."

S. 201 f. bringt Marx Berechnungen der Rate des Mehrwerts und bemerkt in der Note 31 dazu: „Die gegebenen Rechnungen gelten nur als Illustration. Es wird nämlich (!) unterstellt, daß die Preise = den Werten. Man wird im Buch III sehen, daß diese Gleichsetzung, selbst für die Durchschnittspreise, sich nicht in dieser einfachen Weise macht."

S. 771 (Anmerkung): „Es zeigt sich schon hier (im 16. Jahrh. beim Beginn der kapitalistischen Wirtschaft), wie in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens der Löwenanteil dem Vermittler zufällt. Im ökonomischen Gebiet z. B. schöpfen Finanziers, Börsenmänner, Kaufleute, Kleinkrämer den Rahm der Geschäfte ab." Das hätte keinen Sinn, wenn stets nach dem „Werte" ausgetauscht würde. Hierher gehört auch, was Engels in der Schrift „Zur Wohnungsfrage" (Soc.dem. Bibliothek XIII. S. 12) sagt: „Die Verteilung des durch die Arbeiterklasse erzeugten und ihr ohne Bezahlung abgenommenen Mehrwerts unter die nicht arbeitenden Klassen wickelt sich ab unter höchst erbaulichen Zänkereien und gegenseitiger Beschwindelung; soweit diese Verteilung auf dem Wege des Kaufs und Verkaufs vor sich geht, ist einer ihrer Haupthebel die Prellerei des Käufers durch den Verkäufer, und

diese ist im Kleinhandel, namentlich in den großen Städten, jetzt eine vollständige Lebensbedingung für den Verkäufer geworden." „Nun haben wir . . . gesehen, daß Marx keineswegs behauptet, das Mehrprodukt werde vom industriellen Kapitalisten, der sein erster Aneigner ist, unter allen Umständen im Durchschnitt (!) zu seinem vollen Wert verkauft. . . . . Marx sagt ausdrücklich, daß auch der Handelsgewinn einen Teil des Mehrwerts bildet, und dies ist unter den vorliegenden Voraussetzungen doch nur dann möglich, wenn der Fabrikant dem Händler sein Produkt unter dem Wert verkauft und ihm damit einen Teil der Beute abtritt."

Und im zweiten Band des „Kapital" S. 196, wo der eigentliche Sinn der Sache schon sehr deutlich hervortritt, sagt Marx: „Bei der Verteilung(!) des gesellschaftlichen Mehrwerts unter die in verschiedenen Betriebszweigen angelegten Kapitale wirken Differenzen in den verschiedenen Zeiträumen, wofür Kapital vorgeschossen wird (also z. B. die verschiedene Lebensdauer bei fixem Kapital) und die verschiedenen organischen Zusammensetzungen des Kapitals (also auch die verschiedene Zirkulation von konstantem und variablem Kapital) gleichmäßig mit bei Ausgleichung der allgemeinen Profitrate und bei Verwandlung der Werte in Produktionspreise." Also: regelmäßige Inkongruenzen zwischen Wert und Preis und regelmäßige Differenzen zwischen den im Verkehr ausgetauschten Wertquanten. Seite 170 III. 1. lesen wir von „Waren, die Preise haben, ohne Wert zu haben": Seite 12 (ib.), daß das Gesetz der Konkurrenz, welches die allgemeine Profitrate und „die durch sie bestimmten sog. Produktionspreise regelt . . . . . auf dieser Differenz zwischen Wert und Kostpreis der Ware und der daher entspringenden Möglichkeit, die Ware mit Profit unter ihrem Wert zu verkaufen", beruht. Und in III. 2. S. 364: „Es scheint nicht nur, sondern es ist in der Tat der Durchschnittspreis (!) der Waren verschieden von ihrem Wert, also von der in ihnen realisierten Arbeit" [1]).

Seite 177 III. 1. erfahren wir, daß ein Kapitalist, der in seinem Betrieb gar kein variables Kapital und also gar keine Arbeiter anwendete, seinen Profit ganz ebensosehr von unbezahlter Mehrarbeit ableiten würde, wie ein Kapitalist, der sein ganzes Kapital in Arbeitslohn auslegte — beide Fälle natürlich nicht als wirkliche

[1]) Auch Proudhon faßt seinen „Wert" in solch idealer, vom Preis unabhängiger Weise, wenn er sagt: „Der Marktpreis fällt nicht mit dem Wert zusammen" (Idée générale de la révolution).

aufgefaßt. Und Friedrich Engels, den man wohl hier als Kronzeugen nehmen wird, drückt sich sehr schlüssig aus in der oben zitierten Note zu Seite 27 des „Elend".

Aber mit seiner Aufforderung an die Schüler von Rodbertus und mit der „Lösung" im III. Band hat er geflunkert.

Der Wert hat also bei Marx eine selbständige und vom Tauschverhältnis unabhängige Existenz.

„Der Wert der Waren erscheint unmittelbar (!) nur noch in dem Einfluß der wechselnden Produktivkraft der Arbeit auf Sinken und Steigen der Produktionspreise, auf ihre Bewegung, nicht auf ihre letzten Grenzen" (III. 2. S. 364), ganz wie es Rodbertus viel früher gesagt, von welchem Nationalökonomen gewissenhafte Marxisten, die ihn früher fast nur mit Spott und Hohn traktierten, und dessen völlige Vernichtung durch das Buch III des „Kapital" Engels so pompös profezeite, jetzt etwas respektvoller werden sprechen lernen müssen, da Marx im III. Bande, in dem er überhaupt vielfach die Irrtümer der orthodoxen Maxisten [1]) (die ihn nicht richtig aufgefaßt und nachgebetet hatten) widerlegt, den armen Rodbertus mit Achtung behandelt, von seinen „Verdiensten" und der „bedeutenden Schrift über die Rente" spricht (III. 2. S. 311). Insbesondere über die „falsche Krisentheorie" von Rodbertus pflegten sich die Marxisten mit Vorliebe lustig zu machen. Nun, Rodbertus erklärt die Krisen daraus, „daß bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der Lohn der arbeitenden Klassen ein immer kleinerer Teil des Nationalprodukts wird" (Beleuchtung S. 24). Und Marx bezeichnet III. 2. S. 21 als letzten Grund aller wirklichen Krisen die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber der Steigerung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Produktion. Das ist genau dasselbe, nur stehen in beiden Sätzen die Begriffe zufällig nicht in gleicher Reihenfolge.

Rodbertus sagt: steigende Produktivität bei dauernder Armut

[1]) Der französische Sozialist Malon spricht sich in dem Aufruf zur Gründung der Revue socialiste, deren erste Nummer 1885 erschien, in sehr hübscher und eindringlicher Weise gegen den zu jener Zeit herrschenden, oft wirklich fast blödsinnigen Unfehlbarkeitsdünkel resp. Autoritätsglauben gewisser Sozialisten aus. Er verlangt nur zwei Dinge von seinen Mitarbeitern: 1. Untersuchungen und Gedanken zu liefern, nicht Schmähungen, und 2. den abgeschmackten Anspruch auf Unfehlbarkeit dem katholischen Papst zu überlassen.

der Massen. Marx: dauernde Armut der Massen bei steigender Produktivität. Daß man in Marx' verschiedenen Schriften auch noch allerlei andere Erklärungen finden kann, ist wahr, aber kein Vorzug. Als endgiltige und zugleich fundamentalste Erklärung müssen wir jedenfalls diese in jeder Beziehung „letzte" annehmen und gerade sie stimmt mit Rodbertus.

Orthodoxe Marxisten, die die Werttheorie als ein unantastbares Heiligtum betrachteten und deshalb selbst die von Marx schon im ersten Band gegebenen Andeutungen, daß die Werttheorie nicht auch schon eine Preistheorie sei, in ihrem frommen Eifer gänzlich übersahen, haben die wunderlichsten Luftsprünge gemacht, um die offen daliegenden Widersprüche zwischen der Werttheorie und den Güterpreisen zu vertuschen. Beispielsweise führen wir an einen Aufsatz von Dr. R. Ulbing in „Deutsche Worte", Oktober 1892. Hier steht u. a. folgendes: „Die in jedem Gute steckende individuelle Arbeitsmenge (Zeit) drückt sich erst durch den tatsächlichen Austausch mit andern Gütern aus als wirklichen Wert (Tauschwert) bildende Arbeit und zwar in dem Maße, als für bestimmte Güter immer oder doch unter bestimmten Verhältnissen eine bestimmte Menge anderer Güter erhalten werden kann. Kann also ein Gut ausgetauscht werden, was bei der heutigen Produktions- und Verteilungsweise die erste und vorzüglichste Bestimmung eines wirtschaftlich erzeugten Gutes ist, so zeigt es sich, daß die zu seiner Herstellung verwendete Arbeit wirklich zweckdienlich verwendet worden ist, daß die Arbeit wirklich Tauschwert erzeugend war und in dem Maße, als sie es war, war sie gesellschaftlich notwendige Arbeit. . . . . Mit Hilfe des Geldes werden Güter von gleichem Tauschwert (!), von gleicher Wertgröße (!), was wieder gleichkommt der in jedem Gute steckenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit (!) oder Arbeitsmenge (!), einander gleichgestellt (!)."

Wenn man diese Sätze ernsthaft nehmen darf, so soll damit gesagt sein, daß der Austausch von zwei Güterquanten ein voller Beweis dafür sei, daß in ihnen gleichviel gesellschaftlich notwendige Arbeit, also gleicher Wert stecke. Die Logik, die hier zur Verwendung kommt, möchte dazu führen, daß man das Wesen, die „Substanz" des Wertes in jeder beliebigen gemeinsamen Eigenschaft der Waren finden könnte. Zum Beispiel: alle Waren sind Körper, also schwer. Das Gewicht ist ihr Gemeinsames, es konstituiert also ihren Wert. Sie müssen die Schwere in gleichem Maße enthalten,

sonst könnten sie nicht gegeneinander ausgetauscht werden. Werden also zwei Warenquanten gegeneinander ausgetauscht, so ist das ein Beweis, daß sie gleich schwer sind. Ihr ungleiches Gewicht ist kein Hindernis der gleichen Schwere. Denn der Tausch ist ein gesellschaftlicher Prozeß, also auch die Schätzung der Schwere. Was die eine Ware etwa mehr als die andere wiegt, gilt gesellschaftlich nicht.

Oder: wenn zwei Menschen miteinander sprechen, ist das ein Beweis, daß sie gleich gescheit sind. Wenn auch der Eine vielleicht gescheiter ist als der andere, so gilt das Plus nicht, da sie ja miteinander sprechen.

Wenn man sagt: der Wert wird durch die Herstellungsarbeit bestimmt, so kann man das nicht so beweisen, daß man hinzufügt: denn die Herstellungsarbeit wird durch den Wert bestimmt, oder: die wertbildende Arbeit wird durch den Austausch bestimmt. Denn es handelt sich hier gerade um die Frage: wodurch wird der Austausch bestimmt?

§ 53. Qualifizierte Arbeit und Warenpreis.

Wie nach dem Gesetz der gleichen Profitrate der Fall zu beurteilen ist, wo in verschiedenen Branchen die Arbeiter ungleiche Löhne erhalten, ist klar. Ob der Unternehmer mehr ausgibt für den Rohstoff oder für die Arbeit, das ist im System der freien Konkurrenz für seine Rechnung ganz gleichgiltig. Ihn kostet das eine wie das andere nur Geld und nach seiner Geldauslage muß sich durchschnittlich der Profit und mithin auch der Preis seiner Ware gestalten. Ob die Arbeit kunstvoll oder roh, gelernt oder ungelernt, qualifiziert oder gemein ist, darauf kommt es bei dieser Rechnung nicht an, sondern lediglich auf die dafür zu machende Kapitalauslage.

Wir denken hierbei, wie Ricardo, an die Warenproduktion, nicht etwa an höhere Künste, welche zu ihrer Ausübung seltene Talente erfordern.

Würde dem Unternehmer eine sehr komplizierte, hochqualifizierte, lange Lernzeit voraussetzende Arbeit nicht teurer zu stehen kommen, als ganz gemeine, die nur animalische Kräfte erfordert, so würden die Produkte jener ceteris paribus sich mit den Produkten dieser auf dem Fuße vollkommener Gleichheit vertauschen.

Dies ist faktisch im ganzen nicht der Fall, aus einem Grunde,

den wir hier nur andeuten können, weil er ordnungsgemäß in die Lehre von den Bestimmungsgründen des Arbeitslohnes gehört. Wir wollen nur sagen, daß im allgemeinen jede höhere Sorte von Arbeit, die größere Anforderungen an das Gehirn des Menschen stellt, einen reichlicheren, feineren, besseren Unterhalt (im weitesten Sinn des Wortes) voraussetzt, wenn sie dauernd geleistet werden soll, daß also die Qualität der Arbeit mit dem Kapitalaufwand des Unternehmers in einem natürlichen und ziemlich regelmäßigen Zusammenhang steht.

Und deswegen und in diesem Sinn kann man sagen: die Produkte qualifizierter Arbeit müssen teurer sein als die der gemeinen, welche in der gleichen Zeit geschaffen wurden. Sonst würde der Unternehmer, der qualifizierte Arbeit anwendet, im Nachteil gegen andere sein und durchschnittlich weniger Gewinn machen, was im System der freien Konkurrenz auf die Dauer unmöglich ist.

Denkt man, wie Smith und Ricardo u. a., an einen Urzustand, in welchem beim Austausch der Güter nur die auf die Produktion derselben durchschnittlich verwendete Arbeit in Frage kam, so hat man, wie ich glaube, gar wenig Grund, über das Tauschverhältnis der Produkte qualifizierter und gemeiner Arbeit besonders nachzudenken, weil diese Unterscheidung, die besondere Berufe voraussetzt, damals kaum in Frage kam, indem jedermann in allen Zweigen der bei seiner Gruppe vorkommenden Arbeiten geübt war und ein Austausch fast nur stattfinden konnte auf Grundlage der Verfügung über verschiedene Rohmaterialien. Daß bei solchen Tauschakten zwischen Gruppe und Gruppe, Stamm und Stamm u. s. w. überhaupt keine solche Arbeits-Rechnung angewendet werden konnte, möchten wir nicht behaupten. Genau kann sie allerdings nicht gewesen sein. Aber es liegt immerhin nahe, zu denken, daß man mit Bewußtsein nicht das Produkt eines Tages eigener Arbeit für das Produkt einer Stunde fremder wird hingegeben haben. Solange man von der aufgewendeten Mühe des anderen gar keinen Begriff hatte, war das Austauschverhältnis freilich vollkommen zufällig.

Da nun aber auch für den Austausch der Waren in der entwickelten Geldwirtschaft die Produktionsarbeit doch gewiß keineswegs gleichgiltig ist, so ist es begreiflich, daß Theoretiker, die den Wert der Dinge in der zu ihrer Herstellung aufgewendeten Arbeit suchen, auf die Frage stoßen: wie verhalten sich denn die Produkte

ganz verschiedener Arbeitsarten gegeneinander? welchen Einfluß hat die Verschiedenheit der Arbeitsarten auf das Austauschverhältnis, den Tauschwert der Produkte?

Schon Ad. Smith äußert sich darüber (I. S. 43). Die Arbeit sei der wirkliche Maßstab des Tauschwerts, aber es sei schwierig, das Verhältnis zwischen zwei verschiedenen Mengen von Arbeit zu bestimmen. Die Arbeitszeit, in der zwei verschiedene Güter hergestellt sind, genüge dazu nicht, man müsse auch die Anstrengung und Geschicklichkeit in Rechnung ziehen. In dem beschwerlichen Werke einer Stunde könne mehr Arbeit enthalten sein, als in dem leichten von zwei Stunden. Ebenso sei die Lernzeit zu berücksichtigen. Doch gebe es kein genaues Maß der Mühseligkeit und Geschicklichkeit. Die Berücksichtigung dieser Momente finde auf dem Markte zwar statt, aber nur beiläufig.

Und ebenda S. 65 f. bemerkt er, zunächst in Bezug auf primitive Zustände, wo die Güter nach Arbeitswert ausgetauscht werden:

„Wenn die eine Art von Arbeit anstrengender ist als die andere, so wird natürlich eine Vergütung für die größere Mühe zugestanden werden und das Produkt einer einstündigen schwereren Arbeit kann oft dem Produkt einer zweistündigen leichteren Arbeit im Tausch gleich gelten. Oder, wenn die eine Art Arbeit einen ungewöhnlichen Grad von Geschicklichkeit und Talent erfordert, so wird die Achtung, die man für solche Talente hat, ihrem Produkte einen höheren Wert geben als den, der nur der aufgewendeten Zeit gebührt. Solche Talente können selten ohne langjährige Übung erworben werden und der höhere Wert ihres Produkts kann oft nichts weiter sein, als ein billiger Ersatz für die Zeit und Arbeit, welche ihrer Erwerbung gewidmet wurden. In dem vorgerückten Stande der Gesellschaft werden derartige Zugeständnisse für größere Mühe und Geschicklichkeit gewöhnlich im Arbeitslohn gemacht. Und etwas Ähnliches muß wahrscheinlich auch im ersten rohen Gesellschaftszustande platzgegriffen haben“.

Der letzte Satz ist cum grano salis zu nehmen, da in Smith's „rohem Zustande“ noch kein Arbeitslohn vorkommen konnte. Der vorletzte Satz besagt aber genau das, was wir oben aufgestellt. Die ungleiche Höhe der Löhne in verschiedenen Branchen bedingt in der Konkurrenzwirtschaft ungleiche Produktenpreise. Die „Achtung“ allerdings kommt dabei kaum in Betracht, wohl aber die natürlichen Erfordernisse der Erhaltung einer höher qualifizierten Arbeitskraft.

Ganz besonders deutlich und in einer Weise, daß spätere Autoren kaum irgend etwas Neues dazufügen konnten, hat Jakob (a. a. O., S. 511 ff.) die Frage besprochen:

Die Arbeit unterscheidet sich nicht bloß nach Quantität, sondern auch nach Qualität. Wäre alle Arbeit gleichartig, so dürfte man nur die Arbeitsstunden zählen, welche die regelmäßige Hervorbringung eines Gutes kostet und die verschiedenen Zahlen der Arbeitsstunden würden das Verhältnis der Werte genau bestimmen. Allein die Arbeit in verschiedenen Produktionszweigen ist sehr ungleichartig und die Schätzung der verschiedenen Qualitäten der Arbeit beruht auf einer großen Menge sehr verwickelter Umstände, der Lernzeit, dem Talent, den gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnissen. Die Umstände, nach welchen sich das Verhältnis qualifizierter Arbeiten gegen die gemeinen abändert, sind selbst sehr veränderlich und darum taugen qualifizierte Arbeiten nicht zum Maßstab der Dinge. Sie müssen vielmehr selbst mit einer andern Art von Arbeit gemessen werden. Die Arbeit, die zum Maßstab aller Werte, selbst zum Maßstab aller künstlichen Arten der Arbeit dienen soll, muß eine solche sein, die zu allen Zeiten und unter allen Umständen ungefähr sich gleich bleibt, die für den Menschen im ganzen ungefähr immer gleichen Bedürfniswert hat und wovon man sich, wegen der häufigen und beständigen Gelegenheit, wo sie vorkommt, einen bestimmten und deutlichen Begriff erwerben kann. Dieses ist die gemeine Handarbeit, die jeder Mensch mit den gewöhnlichen körperlichen Kräften in gesunden Tagen verrichten kann. Zwar gibt es auch hier keine ganz vollkommene Genauigkeit (keine ganz gleiche Leistung), aber diese Verschiedenheiten gleichen sich im ganzen aus.

Von einem gemeinen Arbeitstage kann sich jeder sehr leicht einen Begriff machen, da er die Wirkung davon täglich vor Augen hat. Daß die Arbeitstage in verschiedenen Ländern verschieden sind, kann so wenig hindern, daß sie zum Maßstab des Wertes dienen, als der Umstand, daß jedes Land seine eigene Elle hat, verhindert, daß man mit jeder Elle richtig messen kann. Man muß sich aber vorher erkundigen, mit welcher Elle gemessen wird, und die Elle, welche zum Maßstab dient, auf die reduzieren, an welche man gewohnt ist.

Die gemeine Arbeit ist die häufigste und zugleich unentbehrlichste und daher ihr Verhältnis zu allen übrigen Dingen das regelmäßigste und beständigste. Die physischen Kräfte des Menschen

bleiben sich in allen Jahrhunderten gleich und liefern, wenn man die Hilfe der Kunst nicht dabei in Anschlag bringt, im Durchschnitt stets gleiche Produkte.

Die gemeine Arbeit ist zugleich die Bedingung nicht nur aller möglichen Produkte, sondern auch aller Art von erlernter und künstlicher Arbeit, und bestimmt den Preis der letzteren nach der natürlichen Regel der Konkurrenz. Sie muß daher zu allen Produkten und allen Arbeiten immer dasselbe Verhältnis behalten, und wenn sich dasselbe ändert, so geschieht es nicht durch die Veränderung ihrer Natur, sondern jedesmal durch die Veränderung der zu messenden Größe. Da alle künstliche Arbeit nicht nur gemeine Arbeit voraussetzt, sondern auch ihr Tauschwert immer durch gemeine Arbeit bestimmt wird, so muß die gemeine Arbeit der schicklichste Maßstab aller Art von Arbeit und aller Arbeitsprodukte sein. Daß die gemeine Arbeit wirklich den Wert aller übrigen Arbeit bestimmt, erhellt daraus, daß alle künstliche Arbeit mit geringen, unbedeutenden Ausnahmen von jedem Menschen erlernt werden kann. Es strömen daher aus der Klasse der gemeinen Arbeiter dem Stande der künstlichen Arbeiter so viele zu, daß durch ihre Konkurrenz die künstliche Arbeit immer so wohlfeil zu haben ist, daß die übrigen keinen Reiz mehr finden, sich in die Klasse der künstlichen Arbeiter zu drängen. Und da diese Regel immer gleichförmig wirkt, so behält auch die künstliche Arbeit gegen die gemeine fast immer ein gleiches Verhältnis, wo nicht besondere Nebenumstände, die notwendig mit zu berücksichtigen sind, dieses abändern.

Wenn aber die Arbeit als Maßstab gebraucht wird, so darf man nie den Arbeitslohn mit ihr verwechseln. Dieser mag sehr verschieden und wechselnd sein, die Arbeit selbst ändert sich dadurch nicht. Man will nicht wissen, wieviel dieser oder jener Arbeiter erhält, sondern welche Quantität Arbeit man anwenden muß, um zu einem gewissen Produkt beliebig zu gelangen. Soweit Jakob.

Ricardo führt die eben zitierte Stelle aus Ad. Smith an und hat in der Tat nichts neues zu sagen, nur daß er das Überkommene undeutlicher ausdrückt. „Die Würdigung, welche verschiedenen Beschaffenheiten der Arbeit zu teil wird, findet ihre Ausgleichung schon auf dem Markte mit genügender Genauigkeit für alle praktischen Zwecke und hängt viel von der vergleichsweisen Geschicklichkeit der Arbeiter und von der Anstrengung der vollbrachten

Arbeit ab. Die Stufenleiter, die einmal gebildet ist, ist weniger Abänderung unterworfen.“ (S. 10 u. ebenso S. 11—12.) Ricardo will hiermit offenbar nicht sein Wertmaß, die Arbeit, nach welcher sich der „absolute Wert“ (S. 11) der Güter — „eines jeden für sich“ — bemißt, genauer präzisieren, sondern er denkt an die verschiedene Lohnhöhe in verschiedenen Arbeitsbranchen und will nur sagen, daß das Verhältnis zwischen diesen verschiedenen Löhnen jeweilen als ein hergebrachtes zu betrachten ist und die Quantitätsverhältnisse, in welchen sich die betreffenden Güterarten austauschen, schon hergebrachtermassen mit Rücksicht darauf bestimmt sind. Wenn also etwa dieser „verhältnismäßige Tauschwert“ sich ändert, so ist nicht die Verschiedenheit der Löhne daran schuld, sondern ein Wechsel in der erforderlichen Quantität der Hervorbringungsarbeit. Denn der Abschnitt hat die Überschrift: „Arbeit von verschiedenen Beschaffenheiten verschieden vergütet. Dies keine Ursache von Veränderung im verhältnismäßigen Tauschwert der Güter“.

Für die genauere Bestimmung des Wertmaßes Arbeit ist also hier nichts geschehen. Es wird nur gesagt: verschiedene Arbeiten werden verschieden geschätzt. Und damit kann Ricardo nur meinen, daß sie verschieden entlohnt werden. Würde er unter verschiedenen Arbeiten verschiedene Arbeitsprodukte verstehen, so hätte er sein eigenes Wertgesetz total vernichtet. Denn dann würde er sagen: verschiedene Produkte werden verschieden geschätzt. Ihr Wert hinge also lediglich von einer „Schätzung“ ab, nicht von der aufgewendeten Arbeit.

Den Zusammenhang zwischen der Verschiedenheit der Löhne in den einzelnen Produktionszweigen und dem Preise der Produkte zu präzisieren hat er hier allerdings unterlassen. Die höhere „Schätzung“ der qualifizierten Arbeit erklärt für sich allein den höheren Preis oder verhältnismäßigen Tauschwert der Güter ja noch nicht, sondern die Konkurrenz der Unternehmer um den höchsten Gewinn und die daraus sich ergebende Tendenz der gleichen Gewinne.

Marx fragt sich in seiner Polemik gegen Proudhon („Elend“ S. 28): „Setzt die Arbeitszeit als Maßstab des Wertes voraus, daß . . . . der Arbeitstag des einen soviel wert ist als der Arbeitstag des anderen?“ und antwortet mit: Nein.

Trotzdem könne man den Wert durch die Arbeitszeit messen; „trotz der Ungleichheit des Wertes der verschiedenen Arbeitstage“.

Den Maßstab für die verschiedenen Arbeitstage liefere die Konkurrenz.

Der Wert wird also hier nach Marx durch die Arbeitszeit gemessen. Die Arbeitszeit hat aber selbst Wert — wenn Worte eine Bedeutung haben; die viel später geschriebene Note 15 zu Seite 11 des Kapitel I kann hier nicht als Einwand angewendet werden — und zwar die gleiche Zeit verschiedenen Wert, je nach der Branche. Der Wert (der Ware) wird also durch den Wert (der Arbeitszeit) gemessen und dieser durch die Konkurrenz bestimmt. Oder: Die Arbeitszeit ist der Maßstab des Wertes; sie hat aber selber Wert und den Maßstab für diesen „liefert die Konkurrenz" (S. 29) was eigentlich schon ganz toll ist.

„Die Konkurrenz bestimmt, nach einem amerikanischen Ökonomen [1]), wieviel Tage einfacher (unqualifizierter) Arbeit in einem Tage zusammengesetzter (qualifizierter) Arbeit enthalten sind. Setzt diese Reduktion von Arbeitstagen zusammengesetzter Arbeit in Arbeitstage einfacher Arbeit nicht voraus, daß man die einfache Arbeit an sich als Wertmaß annimmt?"

Und sodann im „Kapital" (I. S. 11):

Die menschliche Arbeit „ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung, in seinem leiblichen Organismus besitzt. Die einfache Durchschnittsarbeit selbst wechselt zwar in verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben. Kompliziertere Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar. Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozeß

[1]) Wahrscheinlich Th. Cooper, Lectures on the elements of political economy, 1826. Auch William Thompson, Schüler Owens, sagt, daß sich jede gelernte Arbeit in ein Vielfaches von Durchschnittsarbeit auflösen lasse (S. Beatr. Webb, Britische Genossenschaftsbewegung, S. 41).

hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben" [1]).

Nehmen wir die beiden Sätze: 1. menschliche Arbeit ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft und 2. komplizierte Arbeit stellt selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar, wörtlich, so ergibt sich für die Logik obiger Argumentation folgendes Schema:

Thema probandum: Güter, welche gegenseitig ausgetauscht werden, enthalten gleichviel Arbeit.

Einwand: Produkte qualifizierter Arbeit, die gegen Produkte gemeiner Arbeit ausgetauscht werden, enthalten weniger Arbeit, als ihr Gegenwert.

Entgegnung von Marx: Die Tatsache, daß sie ausgetauscht werden, ist ein Beweis, daß sie gleich viel gemeine Arbeit enthalten.

Schlußform dieser Entgegnung: Obersatz — Güter, die gegen einander ausgetauscht werden, enthalten gleich viel Arbeit. Untersatz — Produkte qualifizierter Arbeit werden gegen Produkte gemeiner Arbeit ausgetauscht.

Schluß — Also enthalten sie gleich viel Arbeit.

Hier ist mithin das thema probandum zur Prämisse gemacht worden.

Nimmt man die beiden obigen Sätze nicht wörtlich und läßt damit die ganze Mystik, die in der Stelle spuckt, weg, so sagt sie nicht mehr, als von früheren Nationalökonomen schon gesagt wurde, und erklärt jedenfalls weniger als Jakob. Der Kniff, der diese mildere Auslegung ermöglicht, liegt in der Anwendung des Wortes „gilt", welches mit „ist" anmutig abwechselt, obwohl es einen ganz anderen Sinn hat. v. Böhm-Bawerk hat sich über diesen Unterschied sehr hübsch und triftig ausgesprochen (Kapitalzins-Theorien, I. S. 439).

Nehmen wir einen anderen Gedankengang von Marx auf. „Alle Arbeit ist — Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert" (ib. S. 13). „Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren"

[1]) Ebenso Fr. Engels in „Dühring" S. 170. Der „Prozeß hinter dem Rücken" sei eine „einfache Tatsache", die hier „nur festzustellen" war.

(S. 144). „Schneiderei und Weberei, obgleich qualitativ verschiedene produktive Tätigkeiten, sind beide produktive Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand u. s. w. und in diesem Sinn beide menschliche Arbeit (S. 11). — Die kuriose Nebenordnung von Muskel und Hand, Hirn und Nerv wollen wir außer acht lassen. — Hiernach müßte man sagen: Wenn zur Erzeugung zweier verschiedener Produkte gleichviel Arbeitskraft aufgewendet wurde, so sind sie das Produkt von gleichviel Arbeit und also im Werte gleich, ohne Rücksicht auf die Zeit, die zur Produktion aufgewendet wurde. Der eine kann in einem Tage ebensoviel Arbeitskraft aufwenden, wie der andere in zwei. In diesem Fall steckt im Tagesprodukt des ersten soviel Arbeit wie im zweitägigen Produkt des zweiten.

In Bezug auf die Produktion von Waren, die beliebig vermehrt werden können, also in der Sphäre der in der Unternehmung auftretenden Hand- und Lohnarbeit, mag das wohl zutreffen. Ein Mensch kann gewiß nicht dauernd in einem Tage 10 oder 20 mal so viel Kraft im physiologischen Sinn verwenden, wie ein anderer. Aber zwischen den Produkten der in den Unternehmungen beschäftigten Lohnarbeiter ist auch bei weitem kein so enormer Wertunterschied, wir brauchen mithin auch bei weitem keine solche Differenz in der per Zeiteinheit verausgabten Arbeitskraft anzunehmen.

Aber hier werden wir wieder auf die Lohnfrage zurückgewiesen, die allein den geheimnisvollen „Prozeß hinter dem Rücken“ aufhellt. Wenn es jeweilen eine genügende Menge qualifizierter Arbeiter gäbe und alle diese besäßen einfach von Haus aus und für ihr ganzes Leben mehr Arbeitskraft als die andern und könnten fort und fort mehr davon verausgaben, auch bei ganz gleicher Lebensweise (wie das bei Einzelnen, Ausnahmsmenschen, Überdurchschnittlichen ja immer auch vorkommt), mithin auch bei gleichem Lohn, so ist nicht abzusehen, wie in dem System der kapitalistischen Wirtschaft die Produkte ihrer Arbeit mehr Wert haben sollten, als die in gleicher Zeit hergestellten Produkte unqualifizierter Arbeiter.

Wenn sie aber, aus physiologischen Gründen, eben weil sie täglich mehr Arbeitskraft verausgaben, auch einen höheren Lohn haben müssen, so können sich, wenn die Sache Dauer haben soll, ihre Produkte mit denen gemeiner Arbeit nicht auf gleich und gleich, nach bloßer Arbeitszeit bemessen, vertauschen. Und das

richtige Austauschverhältnis wird in der Tat durch den Markt und seine Konkurrenz bestimmt, in der Weise wie sie Jakob angedeutet hat, wobei das Gesetz der gleichen Profitrate als Vermittler dient.

§ 54. Markt- und Preisschwankungen.

Dieses Gesetz wirkt aber, wie alle wirtschaftlichen Gesetze, nur als Tendenz, und ist, seiner Natur nach, nicht auf alle Arten von Gütern anwendbar, welche möglicherweise zum Austausch kommen.

Die Preise der Waren können, wie bekannt, allerlei Schwankungen unterliegen, ohne daß in den Produktionsverhältnissen irgend eine Änderung eingetreten ist. Man hat auf die quantitative Wareneinheit ganz gleichviel Kapital wie früher verwendet, der Preis aber ist gestiegen oder gefallen, und die Profitrate mußte natürlich dieselbe Bewegung mitmachen.

Eine solches Schwanken der Preise kommt, wie alle Preistheorien zugeben, davon her, daß aus irgend einer Ursache (zahllose sind möglich und es können jeden Tag neue auftreten) von irgend einer Ware zum bisherigen Preis mehr oder weniger begehrt wird, als zur selben Zeit geliefert werden kann, resp. verkauft werden soll[1]).

Ansichten wirken, nebenbei bemerkt, in der kapitalistischen Wirtschaft, so lange sie in weiteren Kreisen für richtig gehalten werden, in der Preisbewegung ebenso wie Tatsachen, auch wenn sie unbegründet sind.

Es sind hiernach zwei Hauptfälle möglich, die wir hier in Form eines Beispiels ganz allgemein kennzeichnen wollen.

1. Auf irgend einem Marktgebiete tritt plötzlich ein intensiverer Begehr nach Wolle auf.

Der Zentner kostete bisher 100 fr., und das war gerade der Preis, bei dem alle auf Wollproduktion verwendeten Kapitalien im ganzen den durchschnittlichen Profit erzielten, der in dem betreffenden Wirtschaftsgebiete in allen Branchen herrscht.

Es stehen im ganzen 2 Millionen Zentner zum Verkauf bereit.

Alle die Menschen, die jetzt — vielleicht aus irgend einer

[1]) Die Güterpreise wechseln „infolge der Veränderung im Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, wenn auch bei der Hervorbringung weder größere Leichtigkeit noch Schwierigkeit herrschen sollte“. Ricardo, S. 265.

hygienischen Marotte — zu einem Preise von 100 fr. pro Zentner Wolle kaufen möchten, würden eine Nachfrage von 3 Millionen Zentnern repräsentieren.

Alle diese Begehrenden können in der Zeit, um die es sich handelt, offenbar nicht voll befriedigt werden. Die Nachfrage muß reduziert werden.

Dies geschieht dadurch, daß der Preis der Wolle steigt und zwar so hoch, bis durch die Preiserhöhung eine solche Menge von Begehr unwirksam geworden, zum Verzicht genötigt ist, daß nur mehr das zum Verkauf parate Quantum Wolle wirklich noch begehrt wird.

Die Kaufkraft der meisten ist ziemlich eng beschränkt und umfaßt mithin bei steigendem Preise nicht mehr soviel Wolle, wie früher. Manche werden alsbald ganz auf Wolle verzichten müssen, andere sind zu einer Einschränkung in Bezug auf diesen Artikel genötigt und diejenigen, die der Preissteigerung vollkommen gewachsen sind und ihretwegen nicht weniger kaufen, erschöpfen das ganze Angebot nicht.

Die Konkurrenz der Begehrenden steigert also bei zu geringem Angebot den Preis. Selbstverständlich lassen sich auch andere Fälle denken, wo diese Wirkung eintritt. Zum Beispiel: Die Nachfrage ist gleich geblieben, das Angebot aber aus irgend welchem Grunde gesunken, oder die Nachfrage ist gestiegen, das Angebot ebenfalls, aber nicht entsprechend u. s. w.

2. Es sollen 3 Millionen Zentner Wolle verkauft werden. Der bisherige Preis war 100 fr. per Zentner.

Aus irgend welchem Grunde ist die Nachfrage gesunken. Die Gesamtheit derjenigen, welche noch bereit wären, 100 fr. für den Zentner zu zahlen, würde nur 2 Millionen Zentner begehren.

Soll nun der gesamte Vorrat verkauft werden, so muß der Preis der Wolle heruntergehen, damit jeder Begehrende mehr kaufe, als er zum bisherigen Preise gekauft hätte oder damit auch solche Leute Wolle kaufen, denen der Preis von 100 fr. per Zentner zu hoch war.

Bei zu großem Angebote drückt also die Konkurrenz der Verkäufer den Preis.

Wie hoch der Preis infolge solcher Mißverhältnisse zeitweilig steigen, wie tief er fallen kann, das hängt ganz und gar von den konkreten Verhältnissen des Marktes ab, auf dem die Schwankung sich ereignet. Alle möglichen, dauernden oder momentanen Zustände, Einrichtungen, Anschauungen können dabei in Betracht kommen, und das Schicksal jeder einzelnen Ware in ganz besonderer Weise beeinflussen.

Im allgemeinen kann man etwa sagen, daß bei mangelndem Angebot unentbehrliche Waren im Preise stärker nach oben schwanken können, als Luxuswaren der großen Masse; und daß sie bei übermäßigem Angebote auch tiefer fallen können.

Bei den oberen Klassen wird die stärkere Preisbewegung eher in Bezug auf die Gegenstände ihres spezifischen Luxus stattfinden.

In allen Fällen kommt für die Intensität der Preissteigerung die Höhe des Einkommens der verschiedenen Klassen wesentlich in Betracht. Ist das Einkommen der großen Masse durchschnittlich sehr gering, so können die Preise der notwendigsten Lebensmittel infolge der Konkurrenz der inländischen Käufer selbstverständlich nur wenig steigen. Sofort tritt Mangel, Elend, Hungersnot ein und die Lebensmittel werden vielleicht zu wenig gestiegenen Preisen ins Ausland verkauft, wie in Indien unter dem beglückenden Regime der offenbar — zur Weltherrschaft berufenen Engländer.

Auf Seite der Verkäufer handelt es sich in Bezug auf das mögliche Fallen und auch Steigen der Preise hauptsächlich darum, ob sie, oder wie viele von ihnen (wobei natürlich nicht bloß die Zahl der Menschen, sondern die Größe des Warenbesitzes wesentlich in Betracht kommt) rasch losschlagen oder eine kürzere oder längere Zeit warten können. Jemehr Ware sie zurückhalten können, desto höher kann eventuell der Preis steigen und desto weniger kann er fallen, und umgekehrt.

Doch kommt alles auf die besonderen Umstände des einzelnen Falles an, nämlich auf die gesamte Sachlage in Bezug auf eine bestimmte Ware. Die Theorie hat hier nicht viel zu holen, umsomehr der praktische Spekulant, der für seine Geschäfte allgemeine Regeln weder braucht noch verdient.

Man sieht aber aus der typischen Darstellung des Prozesses, daß die Schwankungen in dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot zwar die Schwankungen der Preise erklären, aber keineswegs den Punkt feststellen, von dem aus sie schwanken. Sie erklären abnorme Preise, nicht regelmäßige, den Wechsel der Preise, aber nicht den Preis überhaupt[1]).

[1]) „Say erkennt an, daß die Hervorbringungskosten die Grundlage des Preises seien, und doch behauptet er an verschiedenen Stellen seines Buches, der Preis werde durch das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot be-

Um vom Steigen oder Fallen des Preises reden zu können, muß man schon von einem gewissen Niveau desselben, vom „bisherigen“ Preise ausgehen. Um von Wellenberg und Wellental zu sprechen und deren Höhe zu bestimmen, muß man vom Stand des Gleichgewichts, vom ruhigen, unbewegten Wasser ausgehen.

Der öfter ausgesprochene Satz aber, daß der normale Stand des Preises dort zu suchen sei, wo Nachfrage und Angebot sich decken, ist ein bloßes Qui pro Quo. Nachfrage und Angebot decken sich bei irgend einem Preise immer.[1]) Nicht sie bringen den

stimmt. Der wirkliche und letzte Regler des gegenseitigen Tauschwerts zweier Waren sind ihre Hervorbringungskosten und nicht die entsprechenden Mengen derselben, welche hervorgebracht werden können, noch der Mitbewerb unter den Käufern.“ Ricardo, S. 312.

[1]) Auch Marx ist sich über diese Sache nicht klar. „Wenn Nachfrage und Zufuhr sich decken, hören sie auf zu wirken und eben deswegen wird die Ware zu ihrem Marktwert verkauft. — Wenn Nachfrage und Zufuhr sich gegenseitig aufheben, hören sie auf, irgend etwas zu erklären, wirken sie nicht auf den Marktwert und lassen uns erst recht im Dunkeln darüber, weshalb der Marktwert sich gerade in dieser Summe Geld ausdrückt und in keiner anderen“ (III. 1., S. 169). Was heißt: sie decken sich? Was heißt erst gar: sie heben sich auf? Das ist ja nur eine verdrehte Phrase, die nichts sagen will als: Jetzt haben wir normale Preise, also entspricht offenbar die Nachfrage dem Angebot, in dem Sinn, daß alle Nachfragenden, die bereit sind, den normalen Preis zu bezahlen, gerade soviel Ware begehren, als zum Verkauf steht.

„Decken sich Nachfrage und Angebot, so entspricht der Marktpreis der Ware ihrem Produktionspreis, d. h. ihr Preis erscheint dann geregelt durch die inneren Gesetze der kapitalistischen Produktion, unabhängig von der Konkurrenz, da die Schwankungen von Nachfrage und Angebot nichts erklären als die Abweichungen der Marktpreise von den Produktionspreisen — Abweichungen, die sich wechselseitig ausgleichen, sodaß in gewissen längeren Perioden die Durchschnittspreise gleich den Produktionspreisen sind“ (ib. S 341). Auch hier eine verkehrte Auffassung oder mindestens Ausdrucksweise, ein ὕστερον πρότερον.

Das „Decken“ von Nachfrage und Angebot ist für keine Preislage eine Erklärung, weil es bei jeder stattfinden kann. Aber noch unrichtiger ist der Gedanke, daß der normale Preis (der Produktionspreis) unabhängig von der Konkurrenz sei —, als ob „die inneren Gesetze der kapitalistischen Produktion“ mit der Konkurrenz nichts zu tun hätten, ohne Konkurrenz beständen! Gerade die Konkurrenz und nichts als die Konkurrenz wirkt beständig hin auf Erzeugung eines normalen Marktpreises. Und da kann man doch, wenn sie diesen endlich — und doch immer wieder — erzielt, trotz aller Schwierigkeiten einer anarchischen, planlosen Wirtschaft, nicht sagen: jetzt, wo er wirklich da steht, ist er unabhängig von der Konkurrenz.

Preis auf ein normales Niveau, sondern der Preis erzielt ihre Übereinstimmung wohl unter allen Umständen. Wenn man von „unverkäuflichen“ Waren spricht, so hat das — vorausgesetzt, daß veränderte Sitten oder Ansichten nicht einen Gebrauchswert für alle oder viele einfach zerstört haben — immer nur den Sinn, daß die Waren bloß zu einem Preise verkauft werden könnten, der für den Verkäufer ruinös wäre.

Die Phrase von der Harmonie zwischen Nachfrage und Angebot setzt immer schon — wenn auch stillschweigend — einen ganz bestimmten, normalen Preis voraus und sagt im Grunde das Gegenteil ihres Wortlautes. Der normale Preis ist keineswegs die Folge der Übereinstimmung von Nachfrage und Angebot, sondern gemeint ist umgekehrt: wenn eine Ware ihren normalen Preis hat, so ist das ein Beweis dafür, daß Nachfrage und Angebot im richtigen Verhältnis zueinander stehen.

In allen anderen Fällen sagt man: diese Ware ist jetzt zu billig oder zu teuer und setzt dann als scheinbaren Erklärungsgrund hinzu: die Nachfrage steht unter oder über dem Angebot, — auch wenn der ganze Vorrat und nicht mehr als dieser zu irgend einem Preise verkäuflich ist oder wäre. Oder man sagt: sie wird jetzt unter oder über ihrem Wert verkauft und gesteht damit zu, daß nicht jeder beliebige Preis dem entspricht, was man unter Wert versteht, oder daß man zwischen beliebigen Preisen und einem richtigen, normalen gar wohl unterscheidet[1]).

[1]) Nach der auch von deutschen Nationalökonomen viel zitierten und gelobten, nach meiner Ansicht ganz wertlosen österreichischen Grenznutzen-Theorie fällt Wert und Preis — wobei der Wert eine Gefühlssache ist — einfach zusammen und zwar würde dies für Monopolpreise und einseitig von einer öffentlichen Gewalt festgesetzte Preise ebenso gelten, wie für solche, die durch einen ausreichenden Wettbewerb derart geregelt werden, daß die Kosten der teuersten noch begehrten Ware durch den Preis gerade gedeckt werden (siehe J. Lehr, Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft, 1893, S. 140 f.), wodurch die ganze Hohlheit und Wässrigkeit dieser Theorie durch Lehr und trotz Lehr, der selbst in diesem Wasser lustig herumplätschert und es nur ein wenig zu trüben sucht, um es klarer zu machen, in's hellste Licht gesetzt wird. — „Da der Preis nur die äußere Erscheinungsform des Wertes ist, so kann es eine Differenz zwischen Wert und Preis nicht geben; eine Sache kann weder über noch unter ihrem Werte fortgegeben werden“, sagt der Subjektive Heinr. Cohn (Die subjektive Natur des Wertes, 1899, S. 22).

§ 55. Zusammenfassende Bemerkungen.

Wann werden also die Produkte im Sinn der modernen wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihrem Werte, d. h. zu normalen, diesen Gesamtverhältnissen entsprechenden Preisen verkauft?

Würden bloße Arbeiter oder Arbeiterverbände, denen etwa (à la Hertzka) die Gesellschaft die Produktionsmittel lieferte, die Waren auszutauschen haben, so bestände die ökonomische Gleichwertigkeit darin, daß die Waren, die gegeneinander ausgetauscht würden, möglichst gleichviel Arbeit enthielten.

Wo aber die Waren nur von Unternehmern verkauft werden, in der kapitalistischen Betriebsweise, da kommt bei der Frage der ökonomischen Gleichwertigkeit selbstverständlich alles auf die Masse des aufgewendeten Kapitals und die Zeit seiner Aufwendung an und die Arbeit wirkt nur soweit, aber soweit auch gewiß bestimmend mit, als die Kapitalverwendung in Masse und Zeit durch sie bestimmt oder mitbestimmt wird.

Die Unternehmer allein sind Warenverkäufer. Sie wenden als Unternehmer wesentlich nur Kapital auf. Sie haben daher in unserer Wirtschaft einen natürlichen Anspruch auf gleiche Profite, d. h. auf solche Warenpreise in den verschiedenen Branchen, daß für das zur Herstellung der betreffenden Waren durchschnittlich erforderliche Kapital gleiche Profite abfallen.

Jede Branche befriedigt ein bestimmtes gesellschaftliches Bedürfnis. Die Preise ihrer Produkte müssen notwendig gleich sein. Wie der Einzelne mit seinen Produktionskosten (seinem Kapitalaufwand) und anderen individuellen Gebahrungen und Erlebnissen sich zum Preise verhält, ist seine Sache und sein Schicksal.

Ob die Profite hoch oder niedrig sind, das hängt davon ab, wieviel vom gesellschaftlichen Produkt die Arbeit bekommt. Aber daß sie gleich hoch sind, ist eine natürliche Tendenz der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft. Übrigens muß man stets bedenken, daß in vielen Branchen die Produktivität der angewendeten Arbeit außerordentlich verschieden ist, daß auch auf hoher Wirtschaftsstufe noch eine dumme Technik und Arbeitsverschwendung bei Vielen in Gebrauch sein kann, daß daher die Tendenz der gleichen Gewinne sich wesentlich nur in dem Maße realisiert, als der streng rechnende, umsichtige, mit aller technischen Bildung ausgestattete Großbetrieb um sich greift — am wenigsten also in der Landwirtschaft, besonders der kleinen.

Versteht man unter „Wert“ ein solches Austauschverhältnis, bei dem durchschnittlich jeder gerade das bekommt, was ihm nach der jeweiligen ökonomischen Verfassung der Gesellschaft gebührt, so müssen wir also in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sagen: die Waren werden dann nach ihrem Werte verkauft, wenn die Unternehmer der verschiedenen Branchen durchschnittlich — auf das gesamte Unternehmungskapital berechnet — gleiche Profite machen[1].

Und diesen „Wert“ zur Herrschaft zu bringen wirkt bei allen beliebig vermehrbaren Waren in der Tat die Konkurrenz. Sie führt dahin, daß der Wert die Linie bildet, von welcher die Preise sich zwar durch den Wechsel im Verhältnis von Nachfrage und Angebot bald nach der einen, bald nach der andern Richtung entfernen können, zu der sie aber immer wieder zurückgedrängt werden.

Der Wert reguliert nämlich fortwährend den Preis dadurch, daß er die Produktion reguliert[2]), und zwar bewirkt er das durch das Medium des Erwerbsinteresses der Unternehmer.

---

[1]) Ad. Smith unterscheidet natürlichen Preis und Marktpreis. Ersterer ist dann vorhanden, wenn er den Durchschnittssatz von Lohn, Gewinn und Rente einbringt für die an der Produktion Beteiligten. Marktpreis hingegen ist der „wirkliche Preis, zu welchem gewöhnlich eine Ware verkauft wird“. Er kann über oder unter dem natürlichen Preise stehen und bestimmt sich durch das Verhältnis von Angebot und wirksamer Nachfrage.

„Wenn der Preis einer Ware weder höher noch niedriger ist, als er sein muß, um die Grundrente, den Lohn der Arbeit und den Gewinn des Kapitals, die auf Erzeugung und Zubereitung, sowie auf den Markt-Transport der Ware verwendet wurden, nach ihrem natürlichen Satze zu bezahlen, so wird eine Ware für den Preis verkauft, den man ihren natürlichen nennen kann. Die Ware wird dann genau für das verkauft, was sie wert ist, oder was sie demjenigen, der sie zu Markte bringt, wirklich kostet; denn obgleich im gewöhnlichen Sprachgebrauche der sogenannte Einkaufspreis einer Ware nicht den Gewinn des Wiederverkäufers mit einschließt, so ist doch dieser, wenn er sie zu einem Preise verkauft, der ihm nicht den in seiner Gegend gewöhnlichen Gewinnsatz gewährt, offenbar bei dem Handel im Verluste, da er durch eine andere Verwendung seines Kapitals diesen Gewinn hätte ziehen können“ u. s. w. (I., Seite 76 und 77).

Daß hier mindestens die Ausdrucksweise recht verworren ist, muß man zugeben. Marx spricht nicht mit Unrecht von dem „wahrhaft fabelhaften Dogma, ... daß der Preis der Waren aus Arbeitslohn, Profit und Grundrente, also bloß aus Arbeitslohn und Mehrwert zusammengesetzt“ sei (I., 604). Die Ware „kostet“ bei Smith, wenn man ihn beim Worte nehmen will, den Unternehmer Profit! Was er aber wirklich meint, ist ja klar.

[2]) „— Eine Ware wird eigentlich nicht angeboten, weil sie hervorge-

Steigt der Preis infolge des augenblicklich vorliegenden Verhältnisses von Nachfrage und Angebot über den Wert oder sinkt er unter denselben, so machen die Unternehmer der betreffenden Branche überdurchschnittliche oder unterdurchschnittliche Profite (eventuell Verluste).

Die Folge davon wird im ersten Fall sein, daß der zu geringe Vorrat durch Steigerung der Produktion des betreffenden Gutes vergrößert wird. Es fließen der Branche Kapitalien zu, neue Unternehmungen werden gegründet, bestehende vergrößert oder flotter betrieben.

Im zweiten Fall wird die Produktion vermindert, schwache Unternehmungen, besonders solche, die hauptsächlich mit fremden Kapitalien operieren, gehen ein, andere schränken den Betrieb ein[1]). Die Folge ist, daß im ersten Fall der Preis soweit sinkt, im zweiten soweit steigt, bis er wieder ungefähr das normale Niveau d. h. jenen Stand erreicht hat, bei welchem die Durchschnittsprofitrate erzielt wird, oder, wie man es im obbezeichneten Sinn ausdrücken kann: der Preis reguliert sich auf den Wert[2]).

bracht werden kann, sondern weil Nachfrage nach derselben stattfindet" (Ricardo, S. 354), d. h. offenbar, weil man einen bestimmten Preis dafür zu bekommen hofft. Dieser erwartete Preis, der die Durchschnittsprofitrate in sich schließen muß, beherrscht also das Angebot, d. h. die Produktion. „Nicht der Preis, um welchen das Getreide hervorgebracht werden kann, hat irgend einen Einfluß auf die hervorgebrachte Menge, sondern der Preis, um welchen es verkauft werden kann. Es wird im Verhältnis zu dem Grade des Überschusses seines Preises über die Hervorbringungskosten Kapital auf den Boden angelegt oder von demselben zurückgezogen" (S. 384).

[1]) Eine allgemeine Profitrate „existiert beständig nur als Tendenz, als Bewegung der Ausgleichung der besonderen Profitraten. Die Konkurrenz der Kapitalisten — die selbst diese Bewegung der Ausgleichung ist — besteht hier darin, daß sie den Sphären, wo der Profit auf längere Zeit unter dem Durchschnitt, allmählich Kapital entziehen und den Sphären, wo er darüber, ebenso allmählich Kapital zuführen; oder auch, daß sich Zusatzkapital nach und nach in verschiedenen Proportionen zwischen diese Sphären verteilt. Es ist beständige Variation der Zufuhr und der Entziehung von Kapital, diesen verschiedenen Sphären gegenüber, nie gleichzeitige Massenwirkung wie bei der Bestimmung des Zinsfußes" (Marx, III. 1. S. 351). Ricardo stellt diesen Ausgleichungsprozeß als gar zu leicht hin. S. 233 z. B. läßt er mit 10000 £. Kapital Baumwollwaren für das Ausland produzieren. Da der Handel damit stockt, nimmt er die 10000 £. aus der Baumwollbranche heraus und produziert damit seidene Strümpfe. Doch ist das bei ihm nicht Irrtum, sondern Methode.

[2]) Eine nationalökonomische Kuriosität leistete der deutsche Freihändler

Je länger dieser Prozeß der Anpassung der Produktion an den Bedarf dauert, je schwieriger er ist, je unvollkommener er stattfindet, desto länger und stärker können die Preise vom Werte abweichen.

Eine unendliche Mannigfaltigkeit von Faktoren tritt hier in Wirksamkeit und jeder Produktionszweig hat seine Besonderheiten. Man kann z. B. Getreide oder Wein zwischen zwei Ernten nicht vermehren. Bauholz und selbst Brennholz braucht noch viel längere Zeiträume zur Vermehrung. Je mehr relativ fixes Kapital in einer Branche verwendet wird, desto schwieriger ist eine Einschränkung der Produktion bei gedrückten Preisen, weil das fixe Kapital bei Nichtgebrauch gar keine Rente gibt und zu Grunde geht. Die Höhe des Reichtums eines Landes, die Entwicklung des Kreditwesens, der Grad der wirtschaftlichen Energie werden, insbesondere wo es sich um Zunahme der Produktion handelt, als wichtige Faktoren in Betracht kommen. Je freier der internationale Verkehr ist, desto weniger kommt es auf die Eigentümlichkeiten des einzelnen Landes an. Die höchsten wirtschaftlichen Typen tragen den Sieg davon und wirken durch Energie und Kapitalkraft über die ganze Welt hin auf Ausgleichung der Profite — sofern sie sich nicht Monopole schaffen.

§ 56. Grenzen des sozialen Preisgesetzes.

Eine Ausgleichung ist überhaupt nur möglich, wenn bei steigender Nachfrage auch die Produktion gesteigert werden kann, wenn also die nötigen Naturfaktoren gegeben und die nötigen

Max Wirth mit dem Satze: „Stets wird der Preis um den Wert, wie um einen festen Pol ventilieren" (Grundzüge der Nat.-Ök. 1856, S. 17). Zum Beweis, daß es mit dem Ventilieren ernst gemeint ist, lesen wir S. 36 nochmals: „Um diesen Maßstab (!) wird der Preis der Arbeit wie um einen Mittel punkt ventilieren". Der Wert ist nach Bastiat-Wirth „das Maß der Dienstleistung" — so sagt er schon im Prospektus. Die englische Schule meint: „Der Wert liegt in der Arbeit." Die französische zeigt ihr einen Diamant und sagt: „Hier ist ein Produkt, das fast gar keine Arbeit erfordert und doch von unermeßlichem Werte ist." Nun sind die Engländer geschlagen. Jetzt kommt Max Wirth und vernichtet Franzosen und Engländer, indem er sagt: „Der Diamant hat großen Wert, weil viel Zeit und Mühe angewendet werden muß, weil viel Mühe oft vergeblich angewendet wird, um ihn zu finden" u. s. w. Nun sind die Engländer ganz vernichtet! Max Wirth und seine Logik, die denselben Satz verneint und bejaht, triumphieren.

Arbeitskräfte zu beschaffen sind, mithin, was letzteres anbelangt, wenn es sich um Arbeiten handelt, zu denen der Durchschnittsmensch geeignet ist, die er schneller oder langsamer, aber doch immerhin lernen kann. Je leichter die Arbeit ist, je qualitätsloser, desto leichter können Unbeschäftigte herbeigezogen oder Arbeiter aus einer überfüllten Branche in die bedürftige versetzt werden.

Eine weitgehende Arbeitsteilung erleichtert also den Ausgleichungsprozeß, die Maschinerie ist ihm günstig. Auch die Fabrik braucht gelernte Arbeiter, doch ist im allgemeinen auch die gelernte Fabrikarbeit nicht schwierig[1]), und neben ihr kommen viele Kräfte zur Verwendung, die keiner erheblichen Schulung, oft nur einer ganz minimalen bedürfen. Im eigentlichen Handwerk gab es nur gelernte Arbeiter, die das Ganze des Métiers beherrschten. Da mußte auch die gewöhnlichste, leichteste Operation von hochqualifizierten Kräften vorgenommen werden, weil für ungelernte Arbeiter bei der geringen Arbeitsteilung kein Platz in der Werkstätte war. Dafür war auch die Nachfrage nach den Waren eine sehr gleichmäßige und die schonungslose Ausnutzung der Konjunktur unbekannt, da der Meister kein spekulierender, auf Reichtum ausgehender Kapitalist war.

Das Preisgesetz der kapitalistischen Warenproduktion ist daher selbstverständlich nicht anwendbar

1. auf solche Produkte, deren Herstellung ganz besondere, seltene Talente erfordert, also auf Arbeiten, die der Durchschnittsmensch nicht einfach lernen kann, wenn Nachfrage da ist (Kunstwerke),

2. auf Produkte früherer Arbeit, die als solche gesucht werden (Antiquarien aller Art),

3. auf Naturprodukte, die nur auf ganz bestimmtem, eng begrenztem Boden erzeugt werden können.

Hier hängt alles von der Nachfrage ab, denn das Angebot ist gegeben. Die Intensität der Nachfrage und der Reichtum der Begehrenden entscheidet auf eine nicht näher zu bestimmende, von wechselnden Faktoren abhängige Art den Preis. Politische, religiöse, philosophische Anschauungen, die jeweilen herrschen, der

[1]) Englische Fabrikanten allerdings behaupteten, um die schamloseste Ausbeutung kleiner Kinder zu rechtfertigen, daß Fabrikarbeit in der frühesten Jugend und vor dem 10. Jahre gelernt werden müsse, um sie ordentlich zu lernen (s. Engels, Lage der arb. Klassen, Ausgabe vor 1892, S. 140).

wechselnde Geschmack in ästhetischer und kulinarischer Hinsicht, die Richtung des Luxus, des Ehrgeizes, die Mode der „feinen Welt", der Ton, den einzelne, hochgestellte Persönlichkeiten angeben, und vorzüglich die Zahl der Millionäre und ihrer Millionen entscheiden hier über den Preis. Bei reichen Völkern, d. h. bei solchen, in denen einzelne Klassen großen Reichtum besitzen, können derartige Raritäten dauernd enorme, und sogar immerfort wachsende Preise erzielen. Die Preise verlieren ihren gesellschaftlichen Charakter, die rein individuelle Kausalität, der die soziale Wissenschaft nicht weiter nachzuspüren hat, tritt hier mehr und mehr bestimmend auf und kann den Ausschlag geben. Würde man heute ein neues Prachtgemälde eines Rafael entdecken, so kämen als Käufer von vornherein nur etliche Regierungen und etliche der größten Millionäre in Betracht. Eine dieser Persönlichkeiten bietet den höchsten Preis und bekommt das Bild. Warum? Vielleicht, weil sie die reichste ist, vielleicht, weil sie die kunstverständigste ist, vielleicht, weil sie die eitelste ist, vielleicht, weil sie denkt, mit der Zeit ein brillantes Geschäft zu machen u. s. w. — Hier sind doch keine Preisgesetze zu holen und Preisgesetze, die so weit gefaßt sind, daß sie auch derartige Erscheinungen erklären, können für die unendliche Masse der wichtigsten gesellschaftlichen Produkte wahrhaftig keine Bedeutung haben, wenn man sie auch darunter zu stellen vermag[1]).

Falsch wäre es, zu behaupten, der hohe Genuß, den solche Güter gewähren, verursache ihren hohen Preis. Wenn jeder von uns Bilder malen könnte, wie Rafael oder Rubens oder Meissonnier,

[1]) Marx sagt ganz richtig, „daß der Preis von Dingen, die . . . . nicht durch Arbeit reproduziert werden können, wie Altertümer, Kunstwerke bestimmter Meister etc. durch sehr zufällige Kombinationen bestimmt werden kann. (III. 2. S. 173). Der eigentliche Monopolpreis hängt weder vom Produktionspreis, noch vom Wert der Waren ab, sondern ist „vom Bedürfnis und der Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt". Seine Betrachtung gehört in die Lehre von der Konkurrenz, „wo die wirkliche Bewegung der Marktpreise untersucht wird" (ib. S. 297). „Wenn wir von einem Monopolpreis sprechen, so meinen wir überhaupt einen Preis, der nur durch die Kauflust und Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt ist, unabhängig von dem durch den allgemeinen Produktionspreis, wie von dem durch den Wert bestimmten Preis" (ib. S. 308).

— „Steht eine Ware auf einem Monopolpreise, so ist das der allerhöchste Preis, zu dem sie die Verbraucher zu kaufen willens sind. Waren stehen aber nur dann auf einem Monopolpreise, wenn ihre Menge mittels gar keiner Erfindung vermehrt werden kann, und deshalb der Mitbewerb ganz

so würden wir aus der Betrachtung solcher Werke insgesamt gewiß mehr, viel mehr Genuß schöpfen als heute der blasierte Protz, der sie um Hunderttausende kauft, um in seinem Salon damit Parade zu machen. Aber sie würden keine höheren Preise erzielen als andere Arbeitsprodukte, die bei gleicher Lebensweise des Produzenten erzeugt werden könnten. Wenn überall, wo man Getreide bauen kann, auch Johannisberger oder Tokaier zu erzielen wäre, so würden diese Weine sich auf den gleichen Fuße austauschen wie eine entsprechende Menge Weizen oder Gerste, die mit gleichviel Aufwand erzeugt werden könnte.

Unkorrekt ist es auch, zu sagen, die bloße Seltenheit entscheide über den Preis, selbst wenn man Intensität und Zahlungsfähigkeit der Nachfrage als gegeben betrachtet. Denn selten sind auch Güter, deren Beschaffung durchschnittlich ein Übermaß von Arbeit kostet, die aber voraussichtlich vermehrt werden können, wenn man die nötige Arbeit daran wagt. Hierher gehören z. B. Edelsteine, besonders Prachtexemplare derselben. Es ist kein Grund, anzunehmen, daß man bei eifrigem Durchforschen der Erdrinde nicht mehr solche Exemplare finden könnte, allein man müßte durchschnittlich eine kaum zu berechnende Masse von Arbeit aufwenden, und daß da der Preis überschwenglich hoch ist, ist nach einem sehr wohl begründeten ökonomischen Grundgesetze ganz selbstverständlich.

§ 57. Marktgröße und Stabilität der Preise.

Die meisten Güter kann man bei steigender Nachfrage zu einem im voraus ziemlich genau berechenbaren Kostensatze entsprechend vermehren und es herrscht bei ihren Preisen die Tendenz, beständig nach der Wertlinie zurückzustreben, wenn Abweichungen von derselben stattgefunden haben.

Da aber die Abweichungen ihren Grund in temporären Mißverhältnissen zwischen Begehr und Vorrat haben, so muß alles das, was auf eine Harmonie derselben hinwirkt (wir wissen aus

auf einer Seite, unter den Käufern, stattfindet Der Monopolpreis der einen Zeit kann um vieles niedriger oder höher sein als jener einer andern, weil der Mitbewerb unter den Käufern von Wohlstand, Geschmack und Launen derselben abhängen muß" u. s. w. (Ricardo, S. 218f.) Monopol heißt hier nur beschränktes, unvermehrbares Angebot. Der Preis solcher Güter „ist nur durch die Stärke des Vermögens und Willens (!) der Käufer beschränkt" (ib. 219).

früheren Erörterungen, was unter Harmonie zu verstehen ist), dazu beitragen, die Preise stabiler zu machen, sie dem Wert nahe zu erhalten, die Intensität der Schwankungen zu vermindern.

Bei solchen Produktionszweigen, in denen das Ergebnis jeweilen in erheblichem Grade von unberechenbaren Zufällen abhängig ist, wie Jagd, Fischfang, Getreidebau, Obstkultur, auch unter Umständen Bergbau und Viehzucht (z. B. ein sehr spärlicher Graswuchs, wo Massen von Tieren nicht überwintert werden können und darum verkauft werden müssen), kommt alles darauf an, daß der Markt in räumlicher und zeitlicher Hinsicht möglichst weit sei, daß also die Bedingungen vorhanden sind, um die betreffenden Produkte auch eventuell in große Entfernungen verkaufen, aus weiten Fernen beziehen, dem gegenwärtigen Markte entziehen, auf künftigen Märkten anbieten zu können. Denn diese unberechenbaren Zufälle gleichen sich, ähnlich wie Ehe- und Geburtenfrequenz und Mortalität, in dem Grade aus, als man größere Territorien oder längere Zeiträume ins Auge faßt. Ist an einem Orte, in einem Lande, in einer Ländergruppe, auf einem Kontinent momentaner Überfluß, so ist höchst wahrscheinlich an einem andern Ort, in einem anderen Lande, in einer andern Ländergruppe, auf einem andern Kontinent Mangel. Und noch sicherer ist das in Bezug auf die Zeit der Fall. Auf ein gutes Jahr, auf eine Reihe guter Jahre, folgen sicher auch schlechte. Ist man mit dem Verkauf der Produkte auf den Platz der Produktion und etwa seine nächste Umgebung beschränkt, muß man die ganze Ware sogleich oder in kürzester Zeit verkaufen, so können hier und jetzt die Preise ins Bodenlose fallen, dort und dann himmelhoch steigen, was weder für Produzenten noch für Konsumenten nützlich ist, ja zu förmlichen Katastrophen führen kann, bald für die einen, bald für die anderen. Daher ist die Entwicklung des Transportwesens in Bezug auf Schnelligkeit, Sicherheit und besonders Billigkeit bei derartigen Produkten für die ganze Menschheit von der größten Bedeutung. Durch sie werden alle Vorräte von Lebensmitteln, welche den Transport vertragen und nicht rasch verderben, in gewissem Sinne gemeinsame, Vorräte der Menschheit (allerdings nur der einigermaßen zahlungsfähigen, doch die Zahlungsfähigkeit breitet sich im ganzen aus), der Überfluß einer Hemisphäre ist für den Mangel der anderen disponibel, es gibt eine Art allgemeiner Garantie gegen die Wechselfälle der Natur.

Daher ist auch die Kunst der Warenkonservierung von großer

Bedeutung. Sie ist bei leichtverderblichen Produkten eine Voraussetzung des Transports auf weite Strecken, sie ist insbesondere für die zeitliche Ausgleichung der Produktionserträge von Wichtigkeit. Durch sie wird es möglich, Naturprodukte, die an einzelnen Stellen der Erde massenhaft, sonst aber gar nicht oder selten vorkommen resp. hergestellt werden können, aller Welt zugänglich zu machen und dadurch, den Zufällen der Natur gegenüber, regelmäßigere Preise zu erhalten. So werden frische Meerfische, in Eis verpackt, über den ganzen Kontinent verbreitet. Ein außerordentlich reicher Fang, der, auf den lokalen Bedarf angewiesen, ganz wertlos würde, steigert bei geringem Preisabschlag die Nachfrage ungeheurer Gebiete so, daß das ganze Angebot rasch abgesetzt ist. Räuchern, Einsalzen, Dörren leisten einen ähnlichen Dienst, erweitern räumlich und zeitlich den Markt.

Ein Überfluß an frischem, leicht verderblichem Obst, wie Birnen, Pfirsiche, Beeren, würde den Preis enorm drücken. Kennt man die Kunst der Konservierung, so arbeiten die Fabriken eben für kommende Jahre mit geringen Obsterträgen und halten dadurch den Preis.

Auch in Bezug auf Industriewaren wird im allgemeinen die Ausbildung des Transportwesens, des Handels und Verkehrs überhaupt, und alles, was dieselben fördert, ausgleichend auf die Preise wirken, in dem Sinn, daß die lokalen Produktionskosten immer weniger die Preise bestimmen, sondern deren Bestimmungsgründe in größeren, konstanteren Durchschnittsverhältnissen liegen. Auch kann ein irgendwo plötzlich gesteigerter Bedarf rascher und mit viel geringeren Preisbewegungen gedeckt werden, wenn die Industrien vieler Länder für den allgemeinen Markt tätig sind und alle sich beeilen, von einer irgendwo eingetretenen Preissteigerung zu profitieren. Aber hier kann — und muß fast von Zeit zu Zeit — allerdings der Fall eintreten, daß eben der allgemeine Drang der Mitbewerber, von der Hausse irgend eines entfernten Marktes schnellstens zu profitieren, zu einer Überproduktion und dadurch zu erheblichen temporären Preiserschütterungen führt, und zwar um so eher, je höher die Produktionskraft einer Branche (das Maschinenwesen) entwickelt ist. Denn man kann sich allzu leicht über die Größe des Bedarfs und über die Wirkung der allseitigen Konkurrenz täuschen, und jeder kann leicht glauben, daß er mit seiner Ware gerade noch zurecht kommen werde, um sie gut anzubringen, wenn er auch im allgemeinen einsieht, daß die Gefahr einer Überführung

des Marktes da ist. Auf der Stufe des Handwerks ist derartiges kaum denkbar. Man arbeitet nur für die nächste Umgebung, zumeist auf Bestellung, eine rasche Ausdehnung der Produktion ist gar nicht möglich, weil alles auf Arbeitsgeschicklichkeit ankommt und die geschickten Arbeiter nicht sofort vermehrt werden können. Denn disponible, unbeschäftigte Leute, die man bei größerer Nachfrage anstellen könnte, gibt es in solchen Zuständen nicht. So geht alles seinen regelmäßigen Gang, Spekulation und Kredit spielen keine Rolle, die Preise der Industrieprodukte des einheimischen Handwerks sind von der größten Stetigkeit, schon nach der Natur der Sache und abgesehen von besonderen Institutionen. Um so stärker sind in solchen Zeiten die Schwankungen in den Preisen der Naturprodukte, speziell der gewöhnlichen Nahrungsmittel. Überfluß und Hungersnot können zeitlich und räumlich recht nahe beisammen sein und die Preise, soweit sie sich frei bilden können, machen so gewaltige Kurven, wie die Mortalität jener Zeiten.

§ 58. Verschiedene Produktionskosten.

Die Kosten, welche die einzelnen Unternehmer einer Branche für Herstellung eines bestimmten Warenquantums aufwenden, werden, selbst wenn die objektiven Verhältnisse der Unternehmungen sehr gleichartig sind, nie ganz gleich sein, schon weil die leitenden und organisierenden Köpfe und Willen verschieden sind. Persönliche Zufälligkeiten mannigfacher Art wirken auf die Kosten der individuellen Unternehmung ein. Die Preise der Produkte sind selbstverständlich auf dem gemeinsamen Markte, auf dem die verschiedenen Unternehmungen konkurrieren, dieselben. Die allgemeine Profitrate wird sich dem mittleren, durchschnittlichen Kostensatze anpassen und diejenigen Unternehmungen, die teurer oder billiger produzieren, werden unter- oder überdurchschnittliche Profite machen[1]).

Anders verhält sich die Sache, wenn in der Gestaltung der Unternehmungen objektive Verschiedenheiten eintreten, die, abgesehen von der Persönlichkeit und den persönlichen Zufälligkeiten

[1]) Ricardo's Satz: „daß der wirkliche Tauschwert eines Gutes nicht bestimmt wird durch die zufälligen Vorteile, welche von einigen seiner Produzenten genossen werden, sondern durch die wirklichen Schwierigkeiten, welche sich dem am wenigsten (!) begünstigten Produzenten entgegenstellen" (S. 331 f. und 333), ist in dieser Allgemeinheit falsch.

des Unternehmers, ganz allgemein die Wirkung hervorbringen, daß gewisse Unternehmungen nunmehr billiger produzieren können als andere, weil ihre Betriebsweise bestimmte Vorteile hat, die Arbeit produktiver macht oder sonst an Kosten spart.

Es ist also eine Veränderung eingetreten, die sich zunächst nur in einzelnen Unternehmungen wirksam macht oder durchsetzt, während andere den bisherigen Typus beibehalten.

Unter dieser Voraussetzung werden — mindestens eine Zeit lang — Unternehmungen mit verschiedenen Produktionskosten nebeneinander fortbestehen müssen, um den Bedarf des Marktes zu befriedigen, weil die mit den geringeren Produktionskosten für sich allein nicht sofort dazu im Stande ist.

Hier muß sich jedoch in den Preisen alsbald die Tendenz zeigen, sich demjenigen Niveau zu nähern, welches durch die geringeren Produktionskosten (mit Berücksichtigung der durchschnittlichen Profitrate) bestimmt wird.

Denn die begünstigsten, produktiveren Unternehmungen werden selbstverständlich suchen, den Markt für sich zu erobern und sie werden dazu die Waffe der Billigkeit anwenden. Vor allem wollen sie natürlich möglichst große Profite machen, daher werden die Preise der Produkte, solange die Zahl der begünstigten Unternehmungen noch gering ist, resp. solange sie nur einen mäßigen Teil des Marktbedarfs decken können, auch nur mäßig sinken, aber immerhin sinken, weil mehr Ware als bisher verkauft werden soll. In dem Maße, wie sie ihre Produktion ausdehnen und den Markt für sich allein erorbern wollen, sinken die Preise dem bezeichneten Niveau zu. Denn die Zahl und Größe der produktiveren Unternehmungen wächst, sie machen jetzt nicht mehr bloß den unproduktiveren, sondern sich untereinander Konkurrenz und suchen durch Verbilligung den Kreis der Nachfrage zu erweitern, bis sie jene ganz verdrängt haben und sich nun mit der allgemeinen Profitrate begnügen müssen, die allerdings, wenn in vielen Branchen solche Fortschritte gemacht werden, auch für alle steigen kann.

Also nicht die durchschnittlichen Produktionskosten überhaupt normieren in solchen Fällen den Preis, sondern die durchschnittlichen Produktionskosten der billigsten, produktivsten Herstellungsweise. Denn diese muß sich, wenn nicht etwa der Staat durch gesetzliche Hindernisse gewaltsam eingreift, immer mehr ausbreiten und bald allgemein werden.

Hierher gehören hauptsächlich technische Verbesserungen von durchschlagender Art, welche soviel Arbeit ersparen, daß die alte Betriebsweise neben der neuen dauernd gar nicht fortbestehen kann, z. B. Maschinen gegenüber der Handarbeit.

„Wenn in einem Lande eine Maschine erfunden wurde, mittelst deren ein Mensch die Arbeit von zehn Menschen verrichten kann, werden die Besitzer zuerst sehr hohe Gewinne machen; sobald aber die Erfindung allgemein bekannt ist, wird soviel Kapital und Arbeitskraft in diese neue und gewinnreiche Anlage strömen, daß die Produktion den ausländischen wie den inneren Bedarf bei weitem übersteigt. Die Preise werden daher fortwährend sinken, bis die in dieser Richtung angelegten Kapitalien und Arbeitskräfte aufhören, ungewöhnliche Gewinne zu liefern" (Malthus, Versuch über das Bevölkernngs-Gesetz. Deutsch von Stöpel, 1879. S. 520).

Marx drückt denselben Gedanken in seiner bekannten, immer etwas schwierigen Sprache so aus: „Die Arbeit von ausnahmsweiser Produktivkraft wirkt als potenzierte Arbeit oder schafft in gleichen Zeiträumen höhere Werte als die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit derselben Art .... Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstags für die Mehrarbeit an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. .... Andrerseits aber verschwindet jener Ertramehrwert, sobald die neue Produktionsweise sich verallgemeinert und damit die Differenz zwischen dem individuellen Wert der wohlfeiler produzierten Waren und ihrem gesellschaftlichen Wert verschwindet" (I. S. 316; ebenso S. 414 und III. 1. S. 247f.).

Ebenso ist es, wenn in einer Produktionssphäre der Großbetrieb aus irgendwelchen Gründen wesentlich billigere Waren herzustellen vermag als der Kleinbetrieb. Jener macht zuerst außerordentliche Profite, dann breitet er sich, indem er billiger verkauft, fortwährend aus, verdrängt die Kleinbetriebe und gestaltet den Warenpreis seinen Produktionskosten gemäß. Vollständig verschwinden werden die schon bestehenden Kleinbetriebe regelmäßig nur, wenn die Preise für sie ruinös geworden, also die Differenz zwischen ihren und den Produktionskosten des Großbetriebs sehr bedeutend ist. Aber man wird — ökonomisches Denken vorausgesetzt — in solchen Branchen, wo die Konkurrenz der Großbetriebe den Profit der kleinen unter das allgemeine Niveau herabgedrückt hat, keine kleinen mehr neu in's Leben führen und

wer das dennoch tut, darf sich dann nicht über schlechte Geschäfte und Zeiten, sondern nur über seine eigene Unvernunft beklagen. Ist der Großbetrieb (oder die höhere Technik) für die menschliche Gesellschaft vorteilhafter, ein Fortschritt in der Produktivität der Arbeit, eine Ersparung unnötigen Aufwandes, so hat der kleine vom sozialen Standpunkt aus seine Berechtigung verloren, und ihn irgendwie auf Kosten der Gesamtheit künstlich am Leben erhalten zu wollen, ist ebenso verkehrt wie auf die Dauer unmöglich. Wer so etwas verlangt, der käme schließlich zu der Konsequenz, daß die Menschen immer noch auf gleiche Weise wie die Affen ihre Bedürfnisse befriedigen müßten, weil sie vermutlich einmal so anfingen.

Und wieder anders kann sich die Sache verhalten, wenn der Grund der verschiedenen Höhe der Produktionskosten in der ungleichen Beschaffenheit der in den verschiedenen Unternehmungen angewendeten resp. ausgebeuteten Naturfaktoren liegt. Der Fall ist der: gleichviel Kapital, zur Stoffgewinnung auf verschiedenem Boden angewendet, gibt infolge der verschiedenen Beschaffenheit des Bodens ungleiche Quantitäten von demselben Produkt.

Die quantitative Einheit des Produkts wird also den Unternehmern je nach dem Boden, den sie bearbeiten lassen, verschiedene Kosten verursachen.

Wenn nun hier die Nachfrage so groß ist, daß verschiedene Bodenqualitäten zur Produktion herangezogen werden müssen, ergiebigere und weniger ergiebige, d. h. wenn die Käufer in der Lage und bereit sind, auch die höheren Produktionskosten mit Einschluß des Durchschnittsgewinns auf dem weniger ergiebigen Boden zu bezahlen, so wird sich der Preis des gesamten Produkts diesen gemäß stellen. Er richtet sich also nach den Produktionskosten, die auf demjenigen Boden aufgewendet werden müssen, der den geringsten Ertrag gibt.

Wenn nun die hier aufgewendeten Kapitalien den durchschnittlichen Profit geben, so müssen selbstverständlich diejenigen, welche auf ergiebigerem Boden operieren, einen überdurchschnittlichen Gewinn abwerfen und zwar dauernd, solange nämlich, als in der Nachfrage und den Produktionskosten keine Veränderung vorgeht, welche diesem Effekt entgegenwirkt.

Vorausgesetzt ist bei diesen Betrachtungen immer eine hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft, in der die Konkurrenz streng rechnender Unternehmer auf allen Produktionsgebieten eine beständig und kräftig wirkende Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate erzeugt, indem Unternehmungen, die weniger als den durchschnittlichen Gewinn eintragen, sobald als möglich aufgegeben werden.

In einer halben Natural- resp. unentwickelten Geldwirtschaft, wo ja auch alle möglichen Dinge für Geld zu haben sind, aber die meisten Besitzer von Naturfaktoren einen erheblichen Teil ihrer Produkte für den eigenen Konsum verbrauchen, da kann der Preis für den zum Verkauf gebrachten Rest fast beliebig tief stehen, ohne daß es jemand einfällt, deswegen diesen Rest nicht mehr zu produzieren. Denn die Geldrechnung gilt hier noch nicht für die Produktionskosten, weil man die Arbeitsmittel und den Unterhalt der Arbeiter größtenteils selbst produzirt und nicht als Kapital veranschlagt, auf das ein bestimmter Gewinn zu berechnen wäre. Daher ist es begreiflich, daß Ricardo, wenn er die Entstehung jener überdurchschnittlichen Profite (die sich als Rente auf den Boden niederschlagen) schildert, Urzeiten darstellen zu wollen scheint, in diesen aber die wirtschaftlichen Klassen eines hochentwickelten Kapitalismus auftreten und streng kapitalistisch rechnen läßt: landwirtschaftliche und industrielle Unternehmer und Lohnarbeiter und — eine klar herausgebildete Durchschnittsprofitrate. Das ist selbsverständlich nicht Geschichte, sondern bloß Explikation.

Nehmen wir ein Land an, in welchem aller Boden in den Händen von Bauern ist, die ihn selbst mit ihren patriarchalischen Familien bloß für den eigenen Bedarf bearbeiten, so kann und wird auf gutem, mittlerem und schlechtem Boden genau nach derselben Methode Getreide gebaut werden, wenn auch gleichviel Arbeit auf dem schlechten Boden nur den dritten Teil dessen erzielt, was man auf dem besten gewinnt, so lange nur noch soviel wächst, daß die Anbauer davon leben können. Die einen sind eben in sehr guten Verhältnissen, die andern in schlechten. Wer überhaupt leben will, muß Bauer sein und bleiben, mag es ihm dabei nun gut oder schlecht gehen. Das ist Schicksal.

Ein Rest dieses Zustandes hat sich selbst auf dem europäischen Kontinent bis in unsere Tage herein erhalten. Es gibt immer noch Bauern, die hauptsächlich für sich produzieren, wenig kaufen und wenig verkaufen, nur für diesen Teil ihrer Ökonomie vom Markt und seinen Preisen abhängig sind und eine Wirtschaft führen, die vom kapitalistischen Standpunkt und für die kapitalistische Rechnung absurd ist, wovon wir indes später noch zu sprechen haben.

Nehmen wir dagegen, wie die englischen Nationalökonomen, eine Klasse von Grundbesitzern an, die sich nicht mit der Landwirtschaft beschäftigen, und eine Klasse von Kapitalbesitzern, die Unternehmer werden wollen, und sich nur einer Branche zuwenden, in der sie mindestens den im Lande üblichen Gewinn machen, so ist es klar, daß diese nicht irgend einen Zweig der Urproduktion wählen werden, wenn sie da schlechtere Geschäfte machen würden, als in anderen Unternehmungsgebieten, die ihnen auch zugänglich sind. Sie müssen mit ihrem Gelde Arbeiter bezahlen, nach einem bestimmten und bekannten Lohnsatz, den der Arbeitsmarkt geschaffen, sie müssen zu den herrschenden Marktpreisen das nötige Inventar ankaufen und Geld ausgeben, für alle möglichen Bedürfnisse des Betriebes, sie können, wenn sie wollen, für ihr Kapital einen bestimmten Zins erlangen, wenn sie es ausleihen, und müssen einen bestimmten Zins zahlen, wenn sie es borgen, auch ihre eigne Unternehmertätigkeit hat einen bestimmten Marktwert, den sie realisieren können, wenn sie andern solche Dienste leisten. Das alles ist nun bares Geld, das sie ausgeben oder auf das sie verzichten, wenn sie Unternehmer werden, und wenn die Preise ihrer Produkte nicht so sind, daß sie ihnen das alles ersetzen und dazu noch einen Gewinn bieten, der ihrem Kapital entspricht und in anderen Branchen zu haben ist, so können sie sich auf ein solches Geschäft nicht einlassen und werden sich, wenn ihnen die mangelnde Rentabilität erst nachträglich klar wird, so bald und so gut wie möglich von demselben zurückziehen. Natürlich ist auch hier mit Individualitäten zu rechnen, die sich nicht einfach und vollständig einer Regel fügen, welche aus den abstrakt gefaßten Zielen oder Triebfedern einer bestimmten Wirtschaftsform streng logisch deduziert sind. Aber man muß, wenn man zu allgemeinen Resultaten gelangen will, die dem Typus einer allgemeinen Wirtschaftsform entsprechen, einen normalen, d. h. für unsere Periode einen vollkommen kapitalistisch denkenden und handelnden Wirt der Betrachtung zu Grunde legen. Abweichungen von diesem Typus sind im ganzen nicht schwer zu begreifen und jeder kennt sie schon aus seiner individuellen Erfahrung.

Auf Grundlage dieser Voraussetzungen können wir also mit Ricardo jedenfalls sagen: damit neues Kapital in der Urproduktion angewendet werde, müssen die mit demselben zu erzielenden Produkte einen den Produktionskosten und dem Profit entsprechenden Preis haben.

Die Frage, ob dies der Fall ist, hat aber nur Aktualität, wenn der Preis der Produkte steigen muß, damit die neuen Kapitalien zu ihrer entsprechenden Rente kommen, wenn also für gleichviel Produkt größere Kosten aufzuwenden sind als bisher, wenn mithin die auszubeutende Naturkraft weniger ergiebig oder etwa die Kosten des Transports zum Markte zu groß sind.

Das ist bei Ausdehnung der Urproduktion nicht an sich notwendig, insbesondere kann diese gar wohl auch von weniger ergiebigen Naturfaktoren zu ergiebigeren fortschreiten, teils weil man die ergiebigeren erst später erkannte oder entdeckte, teils weil man sie erst auf einer höheren Kulturstufe auszubeuten vermochte.

Im Bergbau ist es nun in der Tat ein häufiger Fall gewesen, daß gerade neu aufgefundene Lager von ganz besonderer Ergiebigkeit waren. Da nun durch die Entdeckung neuer Lager an sich der Bedarf an den entsprechenden Produkten doch offenbar noch nicht gesteigert wird und demnach angenommen werden muß, daß die neuesten Werke in Verbindung mit den ergiebigsten älteren dem bisherigen Bedarf genügen müssen, so müssen in einem solchen Falle, zunächst wenigstens und bis der Bedarf erheblich zunimmt, die Produkte im Preise sinken, ähnlich wie bei der Einführung einer Maschine.

Da werden die ergiebigen Bergwerke nicht außerordentliche Gewinne erzielen, sondern die wenig ergiebigen werden Einbuße erleiden, die soweit gehen kann und faktisch oft genug so weit gegangen ist, daß sie schließlich aufgelassen werden mußten. Zum Auflassen wird man sich bei solchen Unternehmungen nicht leicht und nicht rasch entschließen, denn sie haben häufig eine Unmasse Kapital verschlungen, welches in keiner Weise „herausgezogen“ werden kann und absolut verloren ist, wenn man den Betrieb einstellt. Dies wird man also nicht tun, so lange auch für das immobilisierte, verbaute Kapital noch irgend eine, wenn auch minimale Rente abfällt. Das Fortbestehen der unergiebigen alten neben den hochergiebigen neuen Werken muß aber die Preise nur umsomehr drücken und diese werden also hier wesentlich normiert durch die Produktionskosten der besseren oder besten Minen, je nach der Größe der Nachfrage und der Produktionsfähigkeit der betreffenden Minen[1]). Daß mächtige Syndikate in

[1]) Ähnliche Ansichten spricht schon Ad. Smith aus. „Überdies bestimmt die ergiebigste Kohlengrube den Preis der Kohlen für alle andern be-

Verbindung mit hohen Schutzzöllen diesen natürlichen Verlauf hindern und unverschämte Preise und dito Profite, besonders auf Kosten inländischer Konsumenten, erzwingen können, ist eine Sache für sich, die uns hier nicht berührt.

In der Landwirtschaft freilich wird wohl in jedem Lande Boden von allen möglichen Qualitäten ausgebeutet und die natürliche Fruchtbarkeit der verschiedenen Parzellen zeigt gewaltige Unterschiede. Würde Boden von jeder Art auf die gleiche Weise und zur Erzielung derselben Produkte bearbeitet oder benutzt, so würden die Herstellungskosten gleicher Produktenquanta allerdings außerordentlich weit von einander abweichen; und wenn der Preis sich nach den höchsten Herstellungskosten richten müßte, so würden für guten oder besten Boden enorme Extra-Gewinne (Renten) abfallen.

Allein diese Voraussetzung trifft, insbesondere in der streng

nachbarten Gruben ..... Manche Gruben werden dann gänzlich verlassen: andere können keine Rente mehr geben." (I. S. 234.) Bei den Metallen sei das noch in höherem Grade der Fall, da sie wegen ihres hohen spezifischen Wertes einen weiten Markt haben, besonders die edlen. Die europäischen Silberbergwerke wurden nach der Entdeckung der peruanischen größtenteils aufgegeben. Der Preis jedes Metalls werde in gewissem Maße durch die ergiebigsten Minen der Welt bestimmt (235 u. f.). Es gebe also im Bergwesen wenig Grundrente (Extra-Profite), besonders bei Edelmetall. Ricardo behandelt den Gegenstand ganz abstrakt, ohne Berücksichtigung der wirklichen Änderungen in der Sachlage, und da kann er denn wohl sagen: Das aus der ärmsten Grube gewonnene Metall muß einen Tauschwert haben, groß genug, um dem aufgewendeten Kapital den gewöhnlichen Gewinn einzutragen (S. 58), oder die wenigst ergiebige Grube bestimmt stets den Preis der Kohlen (S. 298) u. s. w. Wenn man annimmt, daß die besten Lager zuerst ausgebeutet werden und schlechtere nur dran kommen, wenn jene der Nachfrage des Marktes nicht mehr genügen, so ist das richtig. Aber wenn die neu eröffneten die besten sind, so ändert sich infolge ihrer Ausbeutung der Marktpreis des Produkts und mithin regulieren sie den Preis und nicht die schlechtesten, die in Betrieb sind. Hätte Ricardo im 16. Jahrhundert gelebt, wo nach William Stafford (Drei Gespräche, deutsch herausgegeben von E. Leser), was von Eisen und Salz in England selbst vorhanden war, für das Land nicht halb genügte (S. 44 — S. 62 hat England nicht einmal den dritten Teil von dem Eisen und Salz, das es für seine Versorgung nötig hat), so könnte man seine Ansicht eher in den Verhältnissen begründet finden. Der wirkliche Gang des englischen Bergwesens macht sie ganz unhaltbar. Nach Ricardo zieht man allerdings in Fällen, wo ein Betrieb nicht mehr den normalen Profit abwirft, sofort und stets sein ganzes Kapital heraus und legt es in anderen Branchen an. Aber das ist auch graue Theorie, besonders im Bergbau.

kalkulierenden kapitalistischen Wirtschaft, nicht zu. Man benutzt verschiedene Bodenarten (auch nah und fern vom Markte gelegenen Boden) zur Erzielung verschiedener Produkte und, wenn das gleiche Produkt erzielt werden soll, so wendet man auf schlechtem Boden eine andere Bewirtschaftungsweise an als auf gutem, und so ist es sehr wohl möglich, daß gleichviel Kapital, auf verschiedene, sogar weit verschiedene Bodenqualitäten angewendet, ganz gleiche Gewinne gibt, ja es kann vorkommen, daß sogar schlechter Boden bei richtiger Verwendungsweise dem zu seiner Bewirtschaftung angewendeten Kapital einen sicherern und reichlicherern Profit verschafft, als guter. Selbstverständlich ist hier nur von gleich großen Kapitalien, die zur Bewirtschaftung aufgewendet werden, die Rede, nicht etwa von gleich großen Flächen, noch weniger natürlich von dem Kapital, das etwa zum Ankauf des Bodens ausgegeben wurde. Letzteres setzt, vernünftigerweise, die Grundrente schon voraus, die wir hier erst zu suchen und zu begründen haben. Und die Bodenflächen, welche ein bestimmtes Kapital zur Bewirtschaftung fordern, werden im allgemeinen in umgekehrtem Verhältnis zur Bodenqualität stehen.

Das Produkt des schlechten Bodens kann also einen solchen Preis haben, daß das zu seiner Herstellung aufgewendete Kapital ganz ebensoviel Profit abwirft, wie das Produkt des guten Bodens für das Kapital, welches zu seiner Erzeugung erforderlich war[1]).

Würde man auf magerem Weideland Getreide bauen und etwa mit Tiefpflügen, Kunstdünger u. s. w. Fruchtwechselwirtschaft betreiben, so könnte das Getreide dem Landwirt allerdings möglicherweise so teuer zu stehen kommen, daß er in wenig Jahren sein ganzes Betriebskapital einbüßte. Hat man dagegen für die Bodenbenutzung keine andere Auslage als den drei- oder viermonatlichen

[1]) „Wenn auf eine Fläche unfruchtbaren Bodens ebensoviel Arbeit verwendet wird wie auf eine gleiche Fläche fruchtbareren Bodens, so wird allerdings eine bestimmte Quantität Produkt (ein Scheffel) von ersterem Boden mehr Arbeit gekostet haben als von letzterem. Aber die rationelle Landwirtschaft operiert gar nicht so. Sie bewirtschaftet den schlechteren oder entlegeneren Boden nach einem System, in welchem nicht so viel Arbeit auf ihn verwandt wird, als auf den besseren und näheren Boden, der nach einem anderen bewirtschaftet wird. Sie produziert deshalb auf unfruchtbarem Boden allerdings noch weniger Produkt, als sie könnte, aber sie produziert eine gleiche Quantität (einen Scheffel) nicht mit mehr Arbeit; sie braucht also keine teureren Preise, um unfruchtbareren Boden in Kultur zu nehmen" (Rodbertus, Beleuchtung. S. 217).

Lohn eines Hirten, so kann die Wirtschaft ganz rentabel sein. Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 17. September 1898 berichtet über die Streuernte und Streukultur an der Limmat und kommt zu dem Schlusse: „Ergiebige Streuwiesen sind — im Preise bedeutend gestiegen und man hat die Erfahrung gemacht, daß ertragreiche und rationell bewirtschaftete Riedwiesen höhere Reinerträge abgeworfen haben, als gewöhnliche Mähewiesen. Aus diesem Grunde wurden auch in letzter Zeit in vielen Kantonen unrentable Futterwiesen mit gutem Erfolg in Streuwiesen umgewandelt“ und frühere Äcker in Wiesen. Und dabei muß man bedenken, daß hier, wenn vom Reinertrag die Rede ist, immer der individuell berechnete gemeint ist, daß nämlich der Kaufpreis des Bodens resp. dessen kalkulierte Zinsen als Betriebsauslagen oder Gestehungskosten der Produkte fungieren.

Ricardo's Grundrentengesetz setzt durchaus den Fall voraus, daß eine steigende Nachfrage eine vermehrte Produktion hervorruft und daß die Vermehrung des Produkts mit höheren als den bisherigen Kosten stattfindet, weil man schlechteren Boden dazu benutzen muß, oder Boden in größerer Entfernung vom Markte, oder weil man auf den schon bebauten Boden angewiesen ist und diesem nur durch Mehraufwand von Kapital und Arbeit mehr Produkt abgewinnen kann, wobei aber die Vermehrung der Produktenmasse relativ hinter dem Mehraufwand an Kosten zurückbleibt, so daß die neugewonnene Quantität dem Landwirt teurer zu stehen kommt als das frühere, hergebrachte Produkt. Daß es nicht immer so gehen müsse, daß das Getreide z. B. auch billiger werden könne — ohne Zweifel auch bei steigender Nachfrage, das wußte er recht gut. „Ändert sich sein Tauschwert nicht ebensogut auf der einen Seite (d. h. wird es nicht billiger), zufolge der Verbesserungen im Landbaue, in den Maschinen und Ackergerätschaften, als wie zufolge der Entdeckung neuer fruchtbarer Erdstriche, welche in andern Ländern neu angebaut werden und auf den Tauschwert des Getreides auf jedem Markte wirken können, wo die Einfuhr frei ist?“

Und so ist es bei Produkten der Landwirtschaft, auch nach Ricardo, gar wohl möglich, daß in gewissen Zeiten der Marktpreis sich keineswegs nach den höchsten, sondern eher nach den niedrigsten Produktionskosten richtet, wenn man nicht annehmen will, daß die unter ungünstigen Verhältnissen produzierenden Landwirte sofort die bisherige Betriebsweise aufgeben. Das tun sie aber zum größten Teil sicher nicht; bis eine solche Umwandlung

allgemein stattfindet, vergeht unter allen Umständen eine erhebliche Zeit.

Gänzlich nach den niedrigsten Kosten wird sich der Preis niemals (auf höheren Kulturstufen, also bei dichterer Bevölkerung, wo die Frage allein praktisch wird) richten, denn es wird wohl nie vorkommen, daß der gesamte Bedarf des Marktes ausschließlich mit dem unter den günstigsten Bedingungen gewonnenen Produkt gedeckt werden kann, jedenfalls nicht bei Berücksichtigung größerer Marktgebiete. Unterschiede in den Produktionskosten werden hier immer vorkommen und zwar solche, die in objektiven und ziemlich dauernden Verhältnissen liegen, und Extra-Profite (Grundrenten) werden also immer in irgend einem Maße stattfinden. Doch haben, soweit der Boden zur Herstellung von Massenartikeln verwendet wird, diese Extra-Profite gewiß die Tendenz, abzunehmen, einesteils weil die kapitalistische, spekulierende Wirtschaft sich ausdehnt, mit ihr die Transportkosten abnehmen und der Markt für jede Ware sich erweitert, andernteils weil bekanntermaßen der schlechte Boden bloß durch eine anhaltende rationelle Bewirtschaftung, ohne daß man für diesen Zweck Extra-Ausgaben zu machen hat, sich verbessert und also dem guten nähert und weil bei zunehmendem Bedarf durchaus nicht notwendig auf schlechteren Boden gegriffen werden muß, sondern noch viel gutes Land auf der Welt und selbst in altkultivierten Ländern zu finden ist, wo viel davon erst auf hoher Kulturstufe für die Landwirtschaft brauchbar gemacht werden kann.

Daß die vernünftige Bewirtschaftung den schlechten Boden verbessert, hat insbesondere Rodbertus sehr eindringlich betont (Beleuchtung, S. 185 ff. u. a.). Auch Marx erklärt im „Kapital“ III. 2. S. 314: „Die Erde —, richtig behandelt, verbessert sich fortwährend.“ Karl Knies (Die politische Ökonomie vom Standpunkt der geschichtlichen Methode, 1853, S. 82) ist trotz seiner geschichtlichen Methode noch ganz auf dem Malthus-Ricardo'schen Standpunkt und meint, „die Unterschiede der natürlichen Bodenkraft müssen immer stärker hervortreten“.

Daß nicht alles gute Land in Europa angebaut sei, betonte für seine Zeit schon Ad. Smith: „Und doch liegt in allen großen Ländern Europas noch viel gutes Land unbebaut“ (II, S. 137). Ein paar Dezennien später geht Malthus sichtlich von der Anschauung aus, daß bei den Kulturvölkern „alles fruchtbare Land angebaut ist“ (Bevölkerungs-Gesetz, S. 6). Dagegen Rodbertus:

Lohn eines Hirten, so kann die Wirtschaft ganz rentabel sein. Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 17. September 1898 berichtet über die Streuernte und Streukultur an der Limmat und kommt zu dem Schlusse: „Ergiebige Streuwiesen sind — im Preise bedeutend gestiegen und man hat die Erfahrung gemacht, daß ertragreiche und rationell bewirtschaftete Riedwiesen höhere Reinerträge abgeworfen haben, als gewöhnliche Mähewiesen. Aus diesem Grunde wurden auch in letzter Zeit in vielen Kantonen unrentable Futterwiesen mit gutem Erfolg in Streuwiesen umgewandelt“ und frühere Äcker in Wiesen. Und dabei muß man bedenken, daß hier, wenn vom Reinertrag die Rede ist, immer der individuell berechnete gemeint ist, daß nämlich der Kaufpreis des Bodens resp. dessen kalkulierte Zinsen als Betriebsauslagen oder Gestehungskosten der Produkte fungieren.

Ricardo's Grundrentengesetz setzt durchaus den Fall voraus, daß eine steigende Nachfrage eine vermehrte Produktion hervorruft und daß die Vermehrung des Produkts mit höheren als den bisherigen Kosten stattfindet, weil man schlechteren Boden dazu benutzen muß, oder Boden in größerer Entfernung vom Markte, oder weil man auf den schon bebauten Boden angewiesen ist und diesem nur durch Mehraufwand von Kapital und Arbeit mehr Produkt abgewinnen kann, wobei aber die Vermehrung der Produktenmasse relativ hinter dem Mehraufwand an Kosten zurückbleibt, so daß die neugewonnene Quantität dem Landwirt teurer zu stehen kommt als das frühere, hergebrachte Produkt. Daß es nicht immer so gehen müsse, daß das Getreide z. B. auch billiger werden könne — ohne Zweifel auch bei steigender Nachfrage, das wußte er recht gut. „Ändert sich sein Tauschwert nicht ebensogut auf der einen Seite (d. h. wird es nicht billiger), zufolge der Verbesserungen im Landbaue, in den Maschinen und Ackergerätschaften, als wie zufolge der Entdeckung neuer fruchtbarer Erdstriche, welche in andern Ländern neu angebaut werden und auf den Tauschwert des Getreides auf jedem Markte wirken können, wo die Einfuhr frei ist?“

Und so ist es bei Produkten der Landwirtschaft, auch nach Ricardo, gar wohl möglich, daß in gewissen Zeiten der Marktpreis sich keineswegs nach den höchsten, sondern eher nach den niedrigsten Produktionskosten richtet, wenn man nicht annehmen will, daß die unter ungünstigen Verhältnissen produzierenden Landwirte sofort die bisherige Betriebsweise aufgeben. Das tun sie aber zum größten Teil sicher nicht; bis eine solche Umwandlung

allgemein stattfindet, vergeht unter allen Umständen eine erhebliche Zeit.

Gänzlich nach den niedrigsten Kosten wird sich der Preis niemals (auf höheren Kulturstufen, also bei dichterer Bevölkerung, wo die Frage allein praktisch wird) richten, denn es wird wohl nie vorkommen, daß der gesamte Bedarf des Marktes ausschließlich mit dem unter den günstigsten Bedingungen gewonnenen Produkt gedeckt werden kann, jedenfalls nicht bei Berücksichtigung größerer Marktgebiete. Unterschiede in den Produktionskosten werden hier immer vorkommen und zwar solche, die in objektiven und ziemlich dauernden Verhältnissen liegen, und Extra-Profite (Grundrenten) werden also immer in irgend einem Maße stattfinden. Doch haben, soweit der Boden zur Herstellung von Massenartikeln verwendet wird, diese Extra-Profite gewiß die Tendenz, abzunehmen, einesteils weil die kapitalistische, spekulierende Wirtschaft sich ausdehnt, mit ihr die Transportkosten abnehmen und der Markt für jede Ware sich erweitert, andernteils weil bekanntermaßen der schlechte Boden bloß durch eine anhaltende rationelle Bewirtschaftung, ohne daß man für diesen Zweck Extra-Ausgaben zu machen hat, sich verbessert und also dem guten nähert und weil bei zunehmendem Bedarf durchaus nicht notwendig auf schlechteren Boden gegriffen werden muß, sondern noch viel gutes Land auf der Welt und selbst in altkultivierten Ländern zu finden ist, wo viel davon erst auf hoher Kulturstufe für die Landwirtschaft brauchbar gemacht werden kann.

Daß die vernünftige Bewirtschaftung den schlechten Boden verbessert, hat insbesondere Rodbertus sehr eindringlich betont (Beleuchtung, S. 185 ff. u. a.). Auch Marx erklärt im „Kapital“ III. 2. S. 314: „Die Erde —, richtig behandelt, verbessert sich fortwährend.“ Karl Knies (Die politische Ökonomie vom Standpunkt der geschichtlichen Methode, 1853, S. 82) ist trotz seiner geschichtlichen Methode noch ganz auf dem Malthus-Ricardo'schen Standpunkt und meint, „die Unterschiede der natürlichen Bodenkraft müssen immer stärker hervortreten“.

Daß nicht alles gute Land in Europa angebaut sei, betonte für seine Zeit schon Ad. Smith: „Und doch liegt in allen großen Ländern Europas noch viel gutes Land unbebaut“ (II, S. 137). Ein paar Dezennien später geht Malthus sichtlich von der Anschauung aus, daß bei den Kulturvölkern „alles fruchtbare Land angebaut ist“ (Bevölkerungs-Gesetz, S. 6). Dagegen Rodbertus:

„Ich meinerseits behaupte sowohl, daß mindestens ebenso oft, wenn nicht öfter, die fruchtbarsten Grundstücke zuletzt in Anbau genommen wurden, als auch, daß noch täglich Boden neu kultiviert wird, der von Natur fruchtbarer ist, als der bereits lange in Anbau befindliche. Ich behaupte, daß es sehr häufig physisch wie wirtschaftlich unmöglich gewesen ist, den fruchtbarsten Boden zuerst zu kultivieren, behaupte, daß solche Unmöglichkeiten häufig noch heute bestehen und nur, wenn sie verschwinden, den Anbau fruchtbareren Bodens zulassen“ u. s. w. (Beleuchtung, S. 170). So wirken, wenigstens vorläufig und vielleicht sogar immer mehr, verschiedene wichtige Faktoren auf die Verminderung der Extra-Profite in der Landwirtschaft hin, während andererseits der Gang der Verhältnisse die städtischen Grundrenten da und dort bis in's Wahnsinnige steigert und bis jetzt noch keine Hoffnung, diesem menschenmörderischen Lotterie-Glück in erheblichem Maße Einhalt zu tun, sich zeigt.

VIII. Güterverteilung im allgemeinen.

§ 59. Prinzipien der Verteilung.

Seit es in kleineren oder größeren Menschenkreisen eine Arbeitsteilung in irgend einem Sinne gibt, befriedigt jeder seine Bedürfnisse durch irgend einen Teil der Produkte (oder Anteil an den Produkten) der Arbeit dieser kleineren oder größeren Kreise. Wie er zu seinem Teil kommt, auf welchem Wege er ihm zufließt, welche Rechte er darüber erlangt, das hängt ganz wesentlich von der Organisation der Gruppe oder Gesellschaft ab, zu der er gehört, und hiernach von der Stellung, welche er in dieser Organisation einnimmt.

Jedenfalls muß, wo Menschen zusammenleben und zusammenwirken, irgend eine Verteilung oder Zuteilung von Gütern, teils zum Verbrauch, teils zum (individuellen oder gemeinsamen) Gebrauch, unter allen Umständen stattfinden. Nur Robinson macht alles allein und behält alles definitiv für sich. Hätte er eine Frau oder Kinder, so müßte er mit ihnen teilen, auch wenn sie zur Produktion nichts beitrügen.

In naturalwirtschaftlicher Zeit ist der Kreis der Zusammenlebenden und -Wirkenden ziemlich eng begrenzt und es ist nur das zu verteilen, was er mit seinen eigenen Kräften produziert (abgesehen von Kriegsbeute und dgl.). Beruht das Zusammenleben auf Abstammung, auf Blutsgemeinschaft, wie in der Urzeit, so herrscht in der Verteilung das kommunistische Familienprinzip. Die Durchführung desselben in concreto läßt eine nicht unerhebliche Mannigfaltigkeit zu und die Verteilung braucht daher auf dieser Stufe nicht überall ganz gleich sein. Es entstehen, wie leicht begreiflich, unter dem Einfluß mannigfacher äußerer Verhältnisse und auch wohl mannigfacher Persönlichkeiten, allerlei verschieden gefärbte Sitten, in denen jedoch die Gleichheit des Organisationsprinzips immer als der entscheidende Faktor zu erkennen sein wird, — wie heutzutage in der Familie.

Herrscht in der naturalwirtschaftlichen Gruppe bereits das Privateigentum an den Produktionsmitteln (dem Boden) und mithin auch das Menscheneigentum, so beruht die Organisation der Gruppe auf der Gewalt, Macht, Herrschaft eines Menschen über andere Menschen und die Herrschaft, mit einem milderen Ausdruck die Autorität, ist auch das Prinzip der Verteilung der Güter. Auch innerhalb dieses Prinzips ist eine erhebliche Mannigfaltigkeit der Erscheinungen möglich, deren Grundton aber immer derselbe bleiben muß. Menschen und Verhältnisse wechseln, die Natur der Wirtschaftsform schlägt stets, solange sie besteht, als maßgebend durch.

Denken wir uns Menschen bei der Herstellung oder Beschaffung der Güter irgendwie zusammenwirkend, die weder in diese Gemeinschaft hineingeboren und in ihrem Bewußtsein unlöslich mit derselben verbunden, noch durch irgend eine Zwangsgewalt in dieselbe eingefügt oder darin festgehalten, sondern von einander ganz unabhängig sind, sodaß an sich jeder jeden Augenblick seiner Wege gehen kann, so kann hier ein Zusammenwirken der Mehreren zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Zwecke, also die Organisation der Produktion, nur durch freie Beteiligung stattfinden und diese kann nur erzielt werden durch positive Verabredung, durch Einigung der Willen. Und wenn jeder der Zusammenwirkenden auf irgend eine Weise einen bestimmten Anteil an dem Erfolg des gemeinsamen Werkes erhalten soll, so kann die Feststellung dieses Anteils nur auf dem Wege des vorläufigen Übereinkommens stattfinden. Das Verteilungsprinzip ist also hier der freie Vertrag [1]).

Unter allen Umständen, mag die Gesellschaft organisiert sein, wie sie will, ist festzuhalten, daß aus der arbeitsteiligen Produktion selbst sich ein bestimmter und genauer Maßstab für die Verteilung der gemeinsamen Produkte niemals ergibt. Das gemeinsame Produkt sagt durchaus nichts darüber aus, welcher bestimmte Teil von ihm gerade und ausschließlich der Wirksamkeit eines jeden

[1]) Nach Philippovich (Polit. Ök. I. Aufl., S. 18) wird die „Güterverteilung im wesentlichen bestimmt durch die Wertbewegung, d. h. durch die Veränderungen in den Preisen der Güter und anderer Erwerbsmittel (Leistungen, Rechte, Verhältnisse u. s. w.)." — Wenn also der Wert sich nicht bewegte, die Preise sich nicht veränderten, sondern bestehen blieben, so fände offenbar keine Güterverteilung statt oder sie würde durch nichts im wesentlichen bestimmt.

Einzelnen der bei der Herstellung Zusammenwirkenden zu verdanken, also sein Produkt sei und ihm daher gehöre [1]).

Wenn mehrere bei der Produktion zusammenwirken, sogar in gleicher Art — um wieviel mehr bei verschiedener Tätigkeit —, so ist es stets unmöglich, zu bestimmen, auch wenn man allen Ernstes darauf ausginge, wieviel jeder davon beigetragen hat zur Entstehung des gemeinsamen Produktes [2]).

Selbst wenn mehrere zusammen eine Last heben oder tragen, so läßt sich nie genau bestimmen, wieviel jeder Einzelne gehoben und getragen hat.

Nehmen wir eine der primitivsten Beschäftigungen des Menschen, die Jagd. Einer spürt das Wildpret auf, ein zweiter verwundet es, ein dritter tötet es, ein vierter findet die Beute, und alle zusammen oder einige bringen es an den Platz, wo man es verzehren will. Man kann sich noch einen dazu denken, der die Pfeile gemacht

[1]) „Den Anteil der individuellen Arbeitsleistung am gemeinsamen Arbeitsertrage feststellen wollen, das hieße in den meisten Fällen eine Nadel in einem großen Heuhaufen suchen" (Emile Vandervelde, Die Entwicklung zum Sozialismus, Berlin 1902, S. 169). Der Fall läge in Wirklichkeit noch schwieriger.

[2]) Daß Marx niemals das Postulat aufgestellt hat, die Waren müßten an die Arbeiter je nach der geleisteten Arbeit verteilt werden, daß also sein Wertgesetz weder diesen Sinn noch diesen Zweck hat, ist schon so oft betont und nachgewiesen worden, daß es endlich jedermann wissen sollte. Um so verwunderlicher ist es, wenn ein neuester Schriftsteller, Alfred Nossig, der (in echt moderner, bescheiden-prahlerischer Manier) die „Revision des Sozialismus" (das ist der Titel des ganzen projektierten Werkes. Der Titel des ersten Teils des ersten Bandes (1901) heißt: „Das System des Sozialismus") in einem bändereichen Werke verspricht, Seite 20 des ersten Teils sagt: „Die sozialistische Kritik der Nationalökonomie kehrte sich vor allem gegen (?) die Werttheorie als Fundament aller volkswirtschaftlichen Erwägungen und suchte in der Bestimmung eines gerechten (!) Wertmaßes und der wahren Quelle des Reichtums ihren theoretischen Ausgangspunkt auf diesem Gebiete . . . In einer gerechteren (!) sozialen Organisation (lehrt der Sozialismus) sollten Tauschwert und Produktionswert (Arbeitswert) nicht differieren. Wenn der wahre Wert des Produkts im Arbeitsaufwande liegt, so sollte der letztere auch für den Preis bestimmend sein. Der heutige Tauschwert ist . . . . das ungerechte Ergebnis einer ungerechten sozialen Organisation — das ist der kritische Ausgangspunkt. Er muß beseitigt und dem durch den Arbeitsaufwand bestimmten Werte gleichgemacht werden — das ist das evolutive Prinzip" (S. 23). Besser kann man sich kaum irren. Die Sozialisten wollen also eine Warenproduktion mit gerechten Warenpreisen und das alles, wie bekannt, ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln!

hat, und einen weiteren, dem man die Bogen verdankt. Und nun sollte man den Hirsch unter alle diese verteilen, so daß jeder gerade das bekäme, was seiner Arbeit entspräche, „das Produkt seiner Arbeit". Wer hat das Herz erlegt? wer den rechten Hinterschenkel? wer die Haut?

Je komplizierter die Produktion, je mannigfaltiger die Produkte, desto unsinniger erscheint die Idee, aus der Produktion selbst heraus die Anteile bestimmen zu wollen[1]).

Die Menschen müssen auf irgend eine ihnen gut scheinende Weise die Entscheidung treffen, und wie sie getroffen wird, das hängt eben jeweilig von der bestehenden Organisation der Gesellschaft ab, und sofern dieselbe irgendwie auf Macht beruht oder Macht erzeugt, von den jeweilen bestehenden Machtverhältnissen.

In unserer Gesellschaft, in der hochentwickelten Geldwirtschaft, zeigt sich die Macht wesentlich im Wettkampf des Marktes jeder Art, in der Konkurrenz aller mit allen, es entscheidet also sehr wesentlich die Konkurrenz über den Anteil des Einzelnen sowie der verschiedenen Klassen am gesellschaftlichen Produkt, natürlich durch das Medium oder, besser gesagt, in der Form des (formell wenigstens) freien Vertrages, der eben die Konkurrenz in sich enthält, nur ein anderer Ausdruck dafür ist.

§ 60. Gegenstand der Verteilung.

Was ist aber Gegenstand der Verteilung?

Notwendig immer das, was individuell konsumiert, d. h. von den Einzelnen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verbraucht werden muß, wie z. B. Nahrung. Gebrauchsgegenstände können teils abwechselnd von verschiedenen benutzt, teils auch gemeinsam von einer Mehrheit ihrer Natur gemäß zur Bedürfnis-

[1]) „Schwer, ja geradezu unmöglich aber ist es, genau zu bemessen, was dem Einzelnen auf Grund seiner Anteilnahme an der Gesamtarbeit gebührt, was in gegebenen Fällen ganz ausschließlich rein individueller Verursachung zu verdanken und nicht auch auf soziale Mitwirkungen der Vergangenheit und Gegenwart zurückzuführen ist" (J. Lehr, Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft, 1893, S. 7. — So weit braucht man gar nicht zu gehen, man kann den Menschen innerhalb historisch gegebener Verhältnisse wirken lassen). G. Cassel (Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, 1900, S. 166) spricht die Überzeugung aus, „daß der Ertrag der gesellschaftlichen Produktion ein wesentlich gesellschaftliches Ergebnis ist, das in keiner Weise in so und so großen Portionen Einzelnen zugeschrieben werden kann".

befriedigung verwendet werden. Was zur Produktion dient, als Gegenstand oder als Mittel der Arbeit, muß nicht notwendig verteilt, sondern nur so verwendet werden, daß aus der Verwendung ein möglichst großer Erfolg für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse entspringt. In der kommunistischen Urgesellschaft bleiben solche Gegenstände Gemeineigentum zur produktiven Verwendung für alle, in der herrschaftlich organisierten Naturalwirtschaft stehen sie zur ausschließlichen Disposition des Herren. In beiden Wirtschaftsformen werden überhaupt nur Produkte verteilt resp. kommen nur Produkte in Betracht, die entweder der menschlichen Konsumtion oder der menschlichen Produktion dienen. In der Geldwirtschaft hingegen bekommt durchschnittlich jeder seinen gesamten Anteil am gesellschaftlichen Produkt in der neutralen Wertform des Geldes zugemessen, mit dem er dann je nach seinem Willen auf dem Markte als Käufer von Waren auftreten oder sonst anfangen kann, was ihm beliebt. Möglich ist auch hier, daß man einen Teil der eigenen Produkte zur Bedürfnisbefriedigung oder zur eigenen Produktion verwendet.

Was der Einzelne als Äquivalent für das, was er der Gesellschaft leistet, in der Geldform erhält, kann ganz oder teilweise auch nur Ersatz der Auslagen sein, die er zum Zweck des Erwerbs gemacht hat. So weit das der Fall ist und sofern er seine wirtschaftliche Lage nicht verschlechtern soll, muß er diesen Ersatz wieder zum Erwerb verwenden und daher in einer den Erwerbszwecken entsprechenden Weise und nicht für die Befriedigung persönlicher Bedürfnisse verausgaben. Nur das, was er ohne Verschlechterung seiner ökonomischen Position beliebig, also auch für die eigene Bedürfnisbefriedigung verausgaben darf, nennt man sein Einkommen.

Wer also mittels eines Aufwands von Vermögen Erwerb macht, der muß seine Auslagen und Geldeinnahmen genau untersuchen und ziffermäßig konstatieren, damit er zwischen bloßem Kapitalersatz und wirklichem Einkommen sicher unterscheide und das, was wieder für den Erwerb verwendet werden muß, nicht für seine Bedürfnisse verausgabe. Sonst geht es mit seiner Wirtschaft abwärts. Genaue Buchführung ist also in diesem Falle eine unerläßliche Bedingung sicherer Wirtschaftsführung. Wo dieser Forderung nicht wohl zu genügen ist, sei es wegen der Art des Geschäfts, sei es wegen mangelnder Kenntnisse oder aus was immer für einem Grunde, da können schon deswegen — mitten in

einer hochkapitalistischen Gesellschaft — schlimme Folgen leicht eintreten.

Wer ohne Vermögen erwirbt, dessen Einnahmen sind auch schon sein Einkommen. Ob er dasselbe vernünftigerweise in derselben Zeit, die er zum Erwerb brauchte, für seine Bedürfnisse verausgaben oder teilweise für längere Perioden zurücklegen soll, ist eine im einzelnen Fall unschwer, im allgemeinen aber nicht zu beantwortende Frage der gewöhnlichsten Klugheit.

In der Geldwirtschaft sind im Einkommen der Einzelnen, also in den Überschüssen über den Ersatz des Kapitalaufwands, auch die neuen, zusätzlichen Produktionsmittel, die hier als neue, als Zusatzkapitalien fungieren, mit enthalten. An und für sich könnte ja das ganze Geldeinkommen für persönliche Bedürfnisse verausgabt werden. In Wirklichkeit aber geschieht das nicht: es wird gespart. Darauf ist, wie wir früher gesehen, die Produktion schon eingerichtet, das hat sie vorausgesetzt. Würde es nicht eintreten, so wäre sie auf falschen Wegen und das müßte zu einer momentanen Störung im Gleichgewicht der Preise führen. Gewisse Konsumartikel, die nun übermäßig begehrt würden, müßten im Preise steigen, gewisse Produktionsmittel, die nun weniger verlangt wurden, müßten fallen. Wie weit diese Bewegung ginge und wie lange sie dauerte, das würde ganz von der Verwendung jenes Teils des Einkommens abhängen, auf dessen „Ersparung“ man hätte rechnen sollen. Nehmen wir z. B. an, die Millionäre Europas würden in einem bestimmten Jahre ihre gewohnten „Ersparnisse“ nicht machen, sondern die gesamte Summe für edle Weine verwenden, so würden diese, deren Angebot ja nicht vermehrt werden könnte, im Preise enorm steigen und so lange hoch bleiben, wie diese Verschwendung fortdauerte u. s. w. Die Anwendung auf andere Fälle ist nicht schwer. Schließlich ist ja immer die Konsumtion entscheidend, sie bestimmt über die Herstellung der näheren und ferneren Produktionsmittel und über die Beschäftigung und Entlohnung der Arbeiter der verschiedenen Branchen.

Die Gesamtgröße des Geldeinkommens aber mit der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln für direkte Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu identifizieren, ist falsch. In der Form des Einkommens wird in der Geldwirtschaft auch das gesamte neue, zuschüssige Kapital verteilt.

§ 61. Begrenzung der Untersuchung.

Wir beabsichtigen im folgenden nur die Verteilung des Einkommens in einer hochentwickelten Geldwirtschaft zu behandeln und zwar

1. unter Voraussetzung einer vollkommen freien, individuellen Konkurrenz, also abgesehen von aller freien Organisation der verschiedenen wirtschaftlichen Klassen und vor allem abgesehen von jeglicher Intervention des Staates oder anderer politischer Organismen;

2. unter der Annahme, daß im wirtschaftlichen Getriebe das Erwerbsinteresse bei allen Beteiligten das ausschließlich maßgebende sei, und

3. unter Beschränkung der Untersuchung auf diejenigen Klassen der Bevölkerung, welche in wirtschaftlicher Weise, durch Vermögen oder Arbeit, an der Produktion (den Umsatz hinzugerechnet) der wirtschaftlichen Güter in dem früher konstatierten Sinn beteiligt sind.

Die Verteilung des Einkommens unter diejenigen, welche mit ihrem Vermögen oder ihrer Arbeitskraft an der Produktion desselben beteiligt waren, ist die ursprüngliche, d. h. das ganze neue Produkt der Gesellschaft fällt zunächst ihnen zu.

Wer sonst noch etwas davon bezieht, der kann es nur von ihnen beziehen. Die weitere Verteilung, also unter die nicht an der Produktion des materiellen Reichtums Beteiligten, wird mit Recht die abgeleitete genannt. Was die nichtwirtschaftlichen Klassen oder Glieder der Gesellschaft bekommen, ist also nicht neues, selbständiges, zum gesamten Produkt resp. Einkommen der wirtschaftlichen Klassen hinzutretendes Einkommen, sondern nur ein Teil von diesem. Von ihnen verdient mag es sein, vielleicht im höchsten Grade, im schönsten Sinne des Wortes, aber von ihnen produziert ist es nicht. Rechnet man ihr Einkommen zu dem der wirtschaftlichen Klassen hinzu, so hat man bis auf den Betrag des ersteren doppelt gerechnet oder man ist gezwungen, die immateriellen Dienste, die sie der Gesellschaft leisten, oder die Vermittlung eines gänzlich unproduktiven Konsums, den sie durch Darleihen ihres Vermögens ermöglichten, zum Einkommen der Nation zu rechnen, was im Ernste eigentlich niemand einfallen kann.

Die Statistik, die alle individuellen Einkommen unterschiedslos als Geldsumme zusammenzählt und die Summe als Einkommen der Nation ausgibt, ist also falsch.

Wenn alles Einkommen aller Menschen zusammengerechnet werden dürfte, so brauchte man nur die Dienstboten, die Beamten und die Soldaten recht stark zu vermehren und recht gut zu bezahlen, dann müßte das Einkommen des Volkes im ganzen entsprechend wachsen.

Der Kaufmann A. hat 10000 Fr. Einkommen. Dies wird von der Statistik voll gezählt. Nun zahlt er 1000 Fr. Steuer. Diese Summe bekommt ein Schreiber im Staatsdienst. So haben die beiden zusammen 11000 Fr. Nun wird die Steuer auf 2000 erhöht und ebenso das Gehalt des Schreibers. Jetzt haben die beiden zusammen 12000 Fr. Einkommen. Man nehme dem Kaufmann durch Besteuerung sein ganzes Einkommen weg und gebe es einem Beamten, so sind nach der hergebrachten Rechnung nun 20000 Fr. daraus geworden. Der Kaufmann muß verhungern und vom Beamten wollen wir annehmen, daß er für seine Dienste gar nicht zu viel bekommt, sondern dem Gehalt entsprechend leistet. Man stelle sich den Prozeß für ein ganzes Volk vor und man wird staunen. Die Dienste der Beamten mögen Äquivalente für ihren Gehalt sein in einem gewissen moralischen, menschlichen Sinn, aber sie sind nicht wirtschaftliche Äquivalente für den Steuerzahler. Sie mögen ihm nützlich sein, aber sie sind keine wirtschaftlichen Werte, kein Bestandteil seines Vermögens oder Einkommens, selbst wenn sie direkt oder indirekt seine Wirtschaft fördern. Sie geben vielleicht die Möglichkeit des Erwerbs, die bessere Gelegenheit dazu, gewisse allgemeine Vorbedingungen, aber sie sind nicht Erwerb für ihn.

Nehmen wir an, ein kleines Volk habe ein Kapital von 100 Mill., das ganz in der Wirtschaft verbraucht wird. Nun borgt sich der Staat den zehnten Teil davon gegen hohe Zinsen aus, um Festungen an die Grenzen zu bauen. Die Staatsgläbiger mögen von ihrem Kapital gerade soviel Rente beziehen, wie früher. Ist also das Gesamteinkommen des Volks nach wie vor gleich groß geblieben? Die wirtschaftlichen Klassen müssen den Staatsrentnern ihr Einkommen in Form von Steuern aus dem eigenen geben, die Produktion im ganzen ist vermindert. Gehören vielleicht die Festungen, zu deren Instandhaltung und Benutzung ebenfalls neue Steuern bezahlt werden müssen, zum jährlichen, fortlaufenden Einkommen des Volkes?

Ist Sicherheit Reichtum? ist Gesundheit Reichtum? ist Bildung Reichtum? Kein Mensch kann das im Ernst behaupten. Diese Dinge mögen sehr hoch geschätzt werden, sind sehr wünschenswert, aber sie sind doch keine Bestandteile des Reichtums. Wenn man mit einem Aufwand von Milliarden sämtliche krankheiterregenden Mikroben ausrotten könnte, so würde die menschliche Gesellschaft wohl gesunder, aber doch nicht reicher sein. Gesundheit mag eine Bedingung der Arbeit, des Erwerbs sein. Auch gerade Glieder sind das, auch starke Nerven, auch ein wohlbeschaffenes Gehirn, auch das Sonnenlicht und der Regen: aber Bedingungen des, Erwerbs sind nicht Erwerb selbst.

So sagt schon Ad. Smith: „Der gesamte Jahresertrag des Bodens und der Arbeit . . . . bildet ein Einkommen für drei verschiedene Volksklassen, nämlich für die, welche von der Rente, die, welche vom Lohn, und die, welche vom Gewinn leben. Dies sind die drei großen ursprünglichen Stände, aus denen jede zivilisierte Gesellschaft besteht und aus deren Einkommen schließlich das Einkommen jedes anderen Standes bestritten wird“ (I. S. 344).

So sagt J. B. Say, trotz seiner Konfusion mit den immateriellen Produkten: Es sei falsch, die Steuern zum Einkommen einer Nation zu rechnen. „Die Abgaben werden von den Einkünften bezahlt, sie selbst aber sind keine Einkünfte“ (Abhand. ü. d. Nat. Ök. II. S. 97).

So sagt Ricardo, wenn auch nicht ganz korrekt, so doch für die hier vorliegende Frage völlig verständlich: „Das ganze (!) Erzeugnis des Bodens und der Arbeit eines jeden Landes zerfällt in drei (!) Teile: einer davon ist für Arbeitslohn, ein anderer für Gewinnste und der dritte für die Rente bestimmt“ (S. 316).

So J. St. Mill: „Bei Schätzung der Roheinnahme eines Landes, begründet auf die Ergebnisse der Einkommensteuer, wird das aus Staatsschuldverschreibungen herrührende Einkommen nicht immer ausgeschlossen; gleichwohl werden die Steuerpflichtigen nach ihrem ganzen Nominal-Einkommen angesetzt, ohne daß es gestattet wird, hiervon den Anteil abzuziehen, der von ihnen erhoben wird, um das Einkommen der Staatsgläubiger zu bilden. Bei dieser Berechnung wird daher ein Teil des allgemeinen Einkommens des Landes zweimal gerechnet und für Großbritannien erscheint so der Gesamtbetrag um etwa 30 Millionen Pfund Sterling größer, als er wirklich ist“ (Grundsätze der pol. Ök., deutsch von Soetbeer, 4. Ausgabe, I. S. 8).

So Rodbertus: „Der Richter, ... der Arzt, ... der Lehrer . . . . bezieht Einkommen, zu dessen Herstellung er keiner-

lei Arbeit geleistet hat, das also sicherlich das Produkt der Arbeit anderer ist. Aber alle diese Personen erhalten ihr Einkommen aus dem, was die Nationalökonomen die ‚abgeleitete Güterverteilung‘ genannt haben, erhalten dasselbe erst aus dem Einkommen anderer, die an einer ‚ursprünglichen Güterverteilung‘ partizipieren und erhalten es von diesen andern . . . . . “ (Beleuchtung, S. 75).

Auch was Mill und Rodbertus da sagen, ist nicht ganz korrekt, aber genügend für die Kenntnis ihrer Stellung in dieser Frage.

Auch Marx läßt den „jährlich produzierten Gesamtwert“ an die mit Vermögen oder Arbeit an der Produktion Beteiligten als Einkommen verteilen (III. 2. S. 357; siehe auch S. 415).

Das abgeleitete Einkommen verteilt sich, wie wir hier kurz bemerken wollen, zum Teil nach denselben Regeln, wie das ursprüngliche, zum Teil nach ganz anderen. Das erste ist der Fall bei jenen nicht der Produktion dienenden Arbeiten und Vermögensverwendungen, in Bezug auf welche freie Konkurrenz stattfindet.

Der Lohn für derartige Arbeiten richtet sich nach den Gesetzen des Lohns der in der Produktion beschäftigten Arbeiter. Nur handelt es sich hier vielfach um sehr hoch qualifizierte Arbeit, zum Teil um seltene Talente, die, bei dem faktischen Mangel an ebenbürtiger Konkurrenz, dem Besitzer eine monopolistische Stellung gewähren, die er je nach seiner Individualität ausnützen mag.

Ebenso wird sich der Zins der zu konsumtiven Zwecken ausgeliehenen Kapitalien nach den allgemeinen Regeln des Zinses richten, die ja, wie die Regeln der Warenpreise in einzelnen Fällen, unter besonderen Umständen individuell gewaltig modifiziert werden können[1]).

Nicht oder nicht völlig unter die wirtschaftlichen Regeln fällt die sogenannte karitative Verteilung, deren Prinzip oder Motiv das (wirkliche oder vorgebliche) Mitleid ist, die Absicht, dem Nächsten ohne Anspruch auf wirtschaftliche Gegenleistung, bloß in seinem Interesse, zu helfen. Welche Ausdehnung man diesem Begriff

[1]) Ist vielleicht auch der Zins, den der Wucherer bezieht, ein neuer, zusätzlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Einkommens, also eine Vermehrung desselben? Nach der hergebrachten Statistik gewiß. Als Äquivalent wird man kann wohl die „Dienste“ anzusehen haben, die er seinem Opfer als Halsabschneider leistet?!

„karitative Verteilung“ geben will, hängt mehr oder weniger vom Belieben ab, ist aber von keiner großen Bedeutung.

Sodann gehört hieher, mindestens teilweise, die Güterverteilung durch den Staat (und andere politische Mächte), nämlich soweit sie von seiner Autorität oder Gewalt abhängig ist. Vor allem das Staatseinkommen selbst, sofern es auf Hoheit beruht. Der Staat verlangt und man muß geben.

Endlich die weitere Verteilung durch den Staat, von seinen Kassen aus, wobei zum Teil alle Art von Gegenleistung fehlt, wie beim Unterhalt von Gefangenen, bei Pensionen und dgl., zum Teil keinerlei Vertragsverhältnis zwischen dem Staat und dem von ihm Beteiligten besteht, indem letzterer zu bestimmten Leistungen gezwungen wird, während der Staat seine Leistung nach eigenem Belieben festsetzt, wie den Sold und Unterhalt der Soldaten, zum Teil endlich Leistung und Gegenleistung zwar auf freien Verträgen beruhen, aber auf Seite des Staats oder des andern Kontrahierenden neben die wirtschaftlichen Gesichtspunkte noch andere treten, die eben nur oder fast nur unter diesen Kontrahenten hervortreten können. So beim freiwilligen Staatsdienst, wo auf Seite des Staates Rücksichten des öffentlichen Wohls neben finanziellen Erwägungen in Frage kommen können, dazu Aussicht, Ehre, Amtsgewalt, Repräsentationspflicht, Macht und Einfluß teils lohnsenkend, teils lohnerhöhend wirken, Erscheinungen, auf die man nur hinzudeuten braucht, damit jeder weiß, was da gemeint ist.

Auch bei der ursprünglichen Verteilung des Einkommens ist der rein wirtschaftliche Erwerbszweck nicht ausschließlich maßgebend. Es ist nicht notwendig und nicht absolut wahr, daß alle Kapitalien und Arbeiten sich lediglich und ausnahmlos nach dem Gesichtspunkt des ökonomischen Interesses bewegen und zu verwerten suchen.

Sozialer Atavismus, althergebrachte Sitten, Lebensanschauungen, Vorurteile, Sympathien für gewisse Erwerbszweige und Lebensstellungen, Antipathien gegen andere, kurz ein ganzes Heer von moralischen und ästhetischen Regungen wirken den ökonomischen Motiven in irgend einem Grad und Umfang entgegen. Auch Mangel an wirtschaftlicher Erziehung und Bildung kann auf die Verhältnisse ganzer Bevölkerungsklassen modifizierend einwirken.

Das alles ist nach Zeiten und Völkern und Zuständen von verschiedener Wichtigkeit, heute von geringerer als vor etlichen Dezennien, in England von geringerer als in Rußland und im ganzen

n unserer Gegenwart und in den fortgeschrittenen Ländern doch ıur von nebensächlicher Bedeutung. Man wird keinen großen ?ehler machen, wenn man in allgemeinen theoretischen Unter- uchungen über die typischen Verhältnisse der modernen Wirtschaft lavon absieht. Jedenfalls spielen rein wirtschaftliche Erwägungen, eine Erwerbsinteressen bei der ursprünglichen Einkommensver- eilung die weitaus wichtigste, die im ganzen entschieden durch- chlagende Rolle.

§ 62. Entstehung der Einkommenszweige.

Mit ihrem Vermögen oder ihrer Arbeitskraft an der Produktion ınd deshalb an der ursprünglichen Verteilung des Einkommens)eteiligt sind aber

1. die Unternehmer,
2. die Arbeiter,
3. die Grundeigentümer und
4. die Kapitaleigentümer.

Es könnten hiernach vier Einkommenszweige unterschieden verden, wie es in der Tat seitens der Theorie öfter geschehen.

Wenn es aber wahr ist, daß man nur entweder mit Arbeit ›der mit Vermögen (Boden oder Kapital) oder mit beiden an der ?roduktion beteiligt sein kann, so muß auch das Einkommen der nternehmer irgendwie seine Quelle entweder in der Arbeit oder m Vermögen oder in beiden haben. Wie sich das verhält, wollen vir alsbald zu erörtern suchen.

Zunächst fällt dem Unternehmer allein aller in seinem Ge- chäfte neu entstandene, also produzierte Wert zu. Er ist ja Eigen- ümer der neu erzeugten Waren in allen Stadien ihrer Erzeugung ›is zum Übergang an den Konsumenten, und er empfängt beim Verkauf zunächst ihren in der Geldform „realisierten" Wert. Würden auch alle Produktionsfaktoren von ihm gestellt, würde er lso sein Geschäft nur mit eigenem Vermögen und eigener Arbeit)etreiben — wären mithin alle Menschen vollkommen selbständige ?roduzenten — so würde (abgesehen von denjenigen, die für die ?roduktion nicht in Betracht kämen, aus irgend einem Grunde, ei es weil sie unfähig oder weil sie anders beschäftigt sind) keine Verteilung des produzierten Wertes stattfinden, sondern nur ein Jmsatz von Wertformen. Denn der bloße Austausch von Gütern ıntereinander oder gegen Geld ist noch keine Verteilung, sondern

nur eine Umwandlung. Jeder bekommt beim normalen Tausch in wirtschaftlicher Messung soviel, als er früher hatte (hingab), nur in anderer, gerade seinen Bedürfnissen angemessener Gestalt, vermöge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die eben nur diesen Zweck und Sinn hat. Jeder arbeitet für andere und keiner kann sich also daraus ein besonderes Verdienst machen, da er nur das tut, was alle tun.

Werden aber Faktoren der Produktion dem Unternehmer von anderen zur Verfügung gestellt, und fällt diesen, wie man weiß, durch die Produktion selbst kein Wert oder Anteil an dem produzierten Werte zu, da der ganze produzierte Wert sich in den Händen des Unternehmers befindet, so muß dieser jene Anderen, da sie ihm ihr Vermögen oder ihre Arbeit doch nicht umsonst für seine Zwecke überlassen und leisten wollen, irgendwie für ihre Teilnahme an der Produktion oder Mitwirkung zu derselben abfinden und entschädigen. Und auf diese Weise entsteht eine Verteilung des Einkommens in der Geldwirtschaft und es bilden sich drei Einkommenszweige: Arbeitslohn, Kapitalrente und Grundrente.

Die Verteilung findet tatsächlich nur statt, wenn und soweit jemand mit fremden Mitteln und Kräften produziert, also dritte Personen abzufinden hat. Was ihm selbst verbleibt, wird ja nicht verteilt. Andererseits ist es für die Betrachtung und für das Wesen der Sache gleichgiltig, ob der Unternehmer den anderen Beteiligten ihren Anteil am Produkt erst aus dem schon realisierten Wert desselben, aus der beim Verkauf erhaltenen Geldsumme auszahlt, oder ob er sie schon im vorhinein, also vor dem Verkauf der Ware, bei deren Produktion sie irgend mitgewirkt, aus seinem Betriebsfonds abfindet. Im letzteren Fall wird ihm eben der pränumerando ausgelegte Betrag nachträglich aus dem Erfolg des Geschäfts erstattet. Der eigentliche Fonds, aus welchem sein und seiner Mithelfer Einkommen geschöpft werden muß, ist immer der Ertrag des Geschäfts.

Da aber in abstracto jeder sein Vermögen und seine Arbeitskraft anderen gegen einen bestimmten Anteil am Ertrag zur Verfügung stellen könnte, so kann man jene von der Verteilung unter verschiedene Personen herrührenden Begriffe: Arbeitslohn, Kapitalrente und Grundrente, auch auf jenes nicht zur Verteilung gelangende Einkommen anwenden, welches der Unternehmer bezieht, der sein Geschäft ganz oder teilweise mit eigenen Mitteln und Kräften betreibt, und sich alles Einkommen unter diese Einkommenszweige

subsumiert denken, nicht als ob alles wirklich verteilt würde, sondern weil die Grundlagen für den Erwerb des Unternehmers größtenteils dieselben sind, wie die für den Erwerb der von ihm Entschädigten.

Es ist eben eine geldwirtschaftliche Rechnung, analog dem Falle, wo der Produzent Produkte der eigenen Wirtschaft, die er in seinem Haushalt konsumiert, in seinem Kalkül in Geld veranschlagt, zu den Marktpreisen, abschon er sie nicht verkauft hat.

Wir nennen hiernach alles Einkommen, das jemandem bloß wegen seiner persönlichen Mitwirkung bei der Produktion zufällt, Arbeitslohn.

Wir nennen alles Einkommen, das jemand lediglich auf Grundlage seines Eigentums an Grund und Boden bezieht, Grundrente.

Und wir nennen alles Einkommen, „welches jemand aus der Anwendung[1]) von Kapital herleitet" (Ad. Smith, I, 6. Kapitel), Kapitalrente.

Die großen englischen Nationalökonomen, voran Ad. Smith, nennen die Kapitalrente kurzweg Profit. So auch Marx: Profit = Unternehmergewinn + Zins (III. 2. S. 356).

Was die Grundrente betrifft, so geben wir noch folgende anderseitige Begriffsbestimmungen: „Sobald aller Grund und Boden eines Landes Privateigentum geworden ist, möchten auch die Grundbesitzer gleich allen anderen Menschen da ernten, wo sie nicht gesäet haben, und verlangen sogar für dessen freiwillige Erzeugnisse eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras der Wiese und alle freiwilligen Früchte der Erde, die, so lange der Boden Gemeingut war, dem Arbeiter nur die Mühe des Sammelns kosteten, werden nun auch für ihn mit einem Zuschlagspreise belegt. Er muß nun für die Erlaubnis, sie zu sammeln, bezahlen, und an den Grundbesitzer einen Teil desjenigen abgeben, was seine Arbeit einsammelt oder hervorbringt. Dieser Teil, oder (was auf dasselbe hinauskommt) der Preis dieses Teils bildet die Grundrente" (Ad. Smith, I. S. 68). Schief gedacht ist hier nur der Zuschlagspreis. Der Arbeiter muß einen Teil seines Produkts dem Eigentümer überlassen und wenn er es verkauft — wie hier angenommen ist — dem Eigentümer einen Teil des Preises abliefern. Denkt man an Lohnarbeiter, so bekommen diese den einen Teil des Wertes ihres Produkts als Lohn.

[1]) „Aus der Verwaltung oder Beschäftigung von Kapital" (I. S. 72).

„Rente ist die an den Grundherrn für die Benutzung des Bodens und für die Benutzung des Bodens allein bezahlte Summe." Was sonst noch im Pachtgeld gezahlt wird für Gebäude u. s. w., ist „Gewinnst vom Kapital des Grundherrn" (Ricardo, S. 145).

Nach dieser sozusagen qualitativen Definition ist alles Grundrente, was jemand für zeitweilige Überlassung von bloßem Boden bekommt, auch wenn derjenige, der es zahlt, kaum einen notdürftigen Arbeitslohn oder auch gar nichts für seine Arbeit und etwa aufgewendetes Kapital herausschlägt. In diesem Sinn könnte man auch in der Naturalwirtschaft von „reiner" Grundrente reden, die natürlich in Produkten entrichtet würde. Der Herr bezieht von dem Hörigen, dem er Land zur Bebauung überlassen hat, eine Abgabe. Diese Abgabe fällt unter den obigen Begriff und ist also Grundrente. Anders ist es vom Standpunkt und unter den Voraussetzungen einer streng kapitalistischen Geldwirtschaft, besonders wenn man hier sich frägt: welchen Teil des gesamten Einkommens aus der Landwirtschaft oder Urproduktion überhaupt kann der selbstwirtschaftende Grundbesitzer sich als Grundrente berechnen? Hier hat dann auch die Frage einen Sinn: bezieht der Pächter einen Teil der Grundrente oder liefert er sie ganz dem Eigentümer ab oder zahlt er etwa dem Eigentümer mehr als die Grundrente, indem er ihm einen Teil seines Profits oder gar seines Arbeitslohns herausgibt? Wir kommen alsbald auf diesen Standpunkt zurück, der auch Ricardo's Standpunkt ist, trotzdem er, wie wir auch, eine Definition aufstellt, die nur auf den Rechtsgrund oder die Machtstellung hinweisen soll, welchen der Einzelne für sich die ihm zufließende Grundrente verdankt. Wir wollen hier nur kurz bemerken, daß die Voraussetzung einer quantitativ definierten, kapitalistisch berechneten Grundrente ein gleicher, ein durchschnittlich herrschender oder als herrschend angenommener Kapitalrenten-Satz ist, mit dem man bei Bestimmung der Grundrente zu rechnen hat. Eben deshalb muß auch ein mittlerer Unternehmer angenommen werden, denn ein ausgezeichneter oder unfähiger Landwirt kann mehr oder weniger Profit herausschlagen als der durchschnittliche, der Eigentümer aber dieses Plus nicht für sich in Anspruch nehmen und durch dieses Minus nicht zum Verzicht auf einen Teil seiner Rente bewogen werden.

Man sieht: mit sehr sicheren Größen rechnet die quantitative Definition nicht, einfacher und bestimmter ist der zuerst aufgestellte

Begriff. Dennoch ist der zweite in unserer Wirtschaft für alle möglichen praktischen Fragen viel wichtiger. Im ersten Fall rechnet man mit einzelnen, sehr bestimmten, aber von allerlei individuellen Zufällen abhängigen Tatsachen, im zweiten Fall mit den allgemeinen Regeln und normalen Anforderungen der kapitalistischen Wirtschaft, denen allerdings der Einzelne sich oft entzieht. Aber sein Verhalten wird eben dadurch als anormal gekennzeichnet, und wer dabei zu Schaden kommt, dem wird kaum anders zu helfen sein, als daß er auf irgend eine Weise dazu gebracht wird, streng kapitalistisch zu rechnen.

IX. Rente.

§ 63. Die Rente und ihre Spaltung.

Alles ursprüngliche Einkommen stammt mithin aus zwei Hauptquellen, aus Vermögen oder Arbeit, nicht etwa in dem Sinne, daß das Vermögen ebenso wie die Arbeit Einkommen produzierte, sondern nur in dem Sinne, daß das Privateigentum an demjenigen Vermögen, welches zur Produktion verwendet wird, einen Anspruch auf einen Teil des Produkts gibt.

Damit jemand lediglich auf Grundlage eines Vermögens Einkommen beziehen könne, müssen zwei Bedingungen vorhanden sein:

1. Daß diejenigen, die arbeiten, mehr erzeugen, als zu ihrem notwendigen Unterhalt erforderlich ist; die Arbeit muß also einen gewissen Grad von Produktivität erreicht haben, der es ermöglicht, daß neben denjenigen, die mit ihren Händen alles hervorbringen, und ihrem notwendigen Nachwuchs auch noch andere von ihren Erzeugnissen leben, die selbst nicht produzieren. Produkt und Unterhalt der Arbeiter kommt jetzt als Tauschwert in Betracht.

Die Produktivität der Arbeit wächst mit den Fortschritten der Arbeitsteilung und Kooperation. Mit ihr wächst also auch die Möglichkeit, ohne Arbeit leben zu können.

2. Daß die Arbeiter nicht selbst über die ihnen nötigen Produktionsmittel verfügen, weder als Einzelne, noch als Gesamtheit. Denn sonst würde ihnen das gesamte Produkt gehören und sie würden nicht gegen Lohn für andere arbeiten müssen. In einem solchen Fall gäbe es nur Einkommen schlechtweg, aber keine Einkommenszweige, obwohl der Ertrag der kombinierten Arbeit selbstverständlich unter die einzelnen Mitwirkenden nach irgend einer Regel verteilt werden müßte.

Sind aber die Produktionsmittel den Arbeitern entzogen, so

müssen sie, wenn sie nicht verhungern wollen, offenbar im Auftrag und mit Genehmigung der Besitzer derselben arbeiten und der Ertrag der Arbeit fällt diesen zu, während sie für ihre Bemühung irgendwie abgefunden werden[1]).

Wir haben das Einkommen (oder Güterquantum), welches lediglich auf Grund des Besitzes von Produktionsmitteln (in der Geldwirtschaft natürlich auch des Geldbesitzes, da man sie kaufen kann) bezogen wird, schon früher, bei Besprechung der Naturalwirtschaft, Rente genannt.

Die Rente kann sich unter Umständen in zwei Arten oder Einkommenszweige spalten, und zwar auf folgender Grundlage. Der Stoff aller materiellen Güter kommt aus der Erde (Natur). Er durchläuft größtenteils unter der Hand des Menschen eine Reihe von Veränderungen, bis er eine Form erhält, in der er entweder als Arbeitsmittel oder als direktes Befriedigungsmittel menschlicher Bedürfnisse zu menschlichen Zwecken verwendbar ist.

Diese Veränderungen (Arbeitsvorgänge) können entweder sämtlich in derselben Wirtschaft (unter der Herrschaft desselben Disponenten über Produktionsmittel und Herren über Arbeiter) oder

---

[1]) „Wenn die Produktivität der Arbeit so groß ist, daß sie außer dem notwendigen Unterhalt der Arbeiter noch mehrere Einkommensgüter herstellen kann, so wird dieser Überschuß zu Rente werden, d. h. es werden ihn andere, die nicht arbeiten, beziehen, wenn Privateigentum an Boden und Kapital gilt. Mit anderen Worten: Das Prinzip des Rentenbezugs ist das Privateigentum an Boden und Kapital.“ (Rodbertus, Zur Erkenntnis, S. 72). „— auf diese beiden Vorbedingungen einer hinreichenden Produktivität der Arbeit und des Bestandes des Grund- und Kapitaleigentums gründet sich die Rente überhaupt, sowohl Grundrente als Kapitalgewinn“ (Derselbe, Beleuchtung, S. 87). „Lediglich das Privateigentum an Boden und Kapital, lediglich diese positive Rechtsinstitution, welche den Grund- und Kapitaleigentümern auch das Eigentum am Arbeitsprodukt verleiht und deshalb die Arbeiter zwingt, sich mit einem kleinen Teil ihres eigenen Produkts zu begnügen, lediglich diese positive Rechtsinstitution ist es, die den Ertrag der nationalen Arbeit, gegenwärtiger wie früherer, in Arbeitslohn und Rente überhaupt teilt“ (Derselbe, Das Kapital, S. 4). — „Die naturwüchsige Basis der Mehrarbeit überhaupt, d. h. eine Naturbedingung, ohne welche sie nicht möglich ist, ist die, daß die Natur — sei es in Produkten des Landes, pflanzlichen oder tierischen, sei es in Fischereien etc. — die nötigen Unterhaltsmittel gewährt bei Anwendung einer Arbeitszeit, die nicht den ganzen Arbeitstag verschlingt. Diese naturwüchsige Produktivität der agrikolen Arbeit (worin hier einfach sammelnde, jagende, fischende, Vieh züchtende eingeschlossen) ist die Basis aller Mehrarbeit“ (Marx, III. 2. S. 172).

nach und nach in verschiedenen Wirtschaften vor sich gehen. Mit anderen Worten: Die Arbeiten der Stoffgewinnung und der Stoffverarbeitung (und Zugänglichmachung der Produkte) können entweder in derselben Wirtschaft vereinigt oder unter mehrere Wirtschaften verteilt sein, von denen jede nur einzelne, nur einen Teil der zur Fertig- und Paratstellung des Gutes notwendigen Operationen vollzieht (Rodbertus, Beleuchtung, S. 94ff.).

Ist das erste allgemein der Fall, steht man also im Stadium der Naturalwirtschaft, so gibt es, wie wir schon früher bemerkt, zwar Rente überhaupt, arbeitsloses Einkommen, aber keinen Rentensatz und keine Spaltung der Rente, die selbstverständlich ganz und gar dem einen Besitzer der sämtlichen Produktionsbedingungen zufällt. Es existiert noch keine Geldrechnung, es gibt keine darin zu veranschlagenden Ausgaben und Einnahmen, mithin auch kein bestimmt ausdrückbares Verhältnis zwischen Produkt und Produktionsaufwand.

Eine Änderung tritt ein mit dem Fortschritt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, wenn neben den Grundbesitzer der Kaufmann und der Industrielle treten, welche produzierte Produktionsmittel (Stoffe und Werkzeuge im w. S.) und Arbeit für Geld kaufen und Produkte gegen Geld verkaufen.

Hier tritt klare Rechnung ein. Die Auslagen können mit den Einnahmen genau verglichen werden, da sie alle auf einen gleichen Ausdruck gebracht oder zu bringen sind, und die Differenz zwischen den beiden, der Gewinn, kann für eine bestimmte Wirtschaftsperiode (ein Jahr) im ganzen mit dem ganzen zu seiner Erzielung aufgewendeten resp. angewendeten Vermögen in's Verhältnis gesetzt und also ein Gewinnsatz für das Vermögen, das nun Kapital ist, herausgerechnet werden.

Das Kapital steht also in solcher Wirtschaft isoliert, nämlich für sich allein, selbständig da. Die Unternehmung braucht allerdings auch einen Boden unter ihren Füßen, allein dieser braucht für sie keine andere Rolle zu spielen, als für jeden beliebigen Nicht-Unternehmer, der ja auch nicht in der Luft wohnt. Sie wirtschaftet zwar auch auf dem Boden, aber nicht mit und aus dem Boden, und wenn sie etwa mit dem Eigentümer des Bodens eine Rechnung zu begleichen hat, so ist das eine Sache für sich, die ihre Kapitalrechnung nicht falsch oder unsicher macht, sowenig wie die Steuer, die der Abgabe an den Grundbesitzer ganz ähnlich ist, nur daß sie zu anderen Zwecken verwendet wird, und

auf politischer Gewalt beruht, während der Grundbesitzer mit der bloß privatrechtlichen (im ganzen eben so sicher) zu seinem Ziele kommt.

Der Gewinnsatz des Kapitals kann also nur in der Industrie und im Handel gefunden werden, weil oder soweit hier die Kapitalrente unvermischt, selbständig auftritt[1]).

Herrscht nun auf diesem Gebiete allmählich durch die Wirkung eines hochgetriebenen Verkehrs unter freier Konkurrenz aller Kapitalien und der sie vertretenden Unternehmer[2]) ein normaler, durchschnittlicher Gewinnsatz, so wird man diesen auch berechnen müssen für das in der Urproduktion angewendete Kapital. Denn ob Kapital in der einen oder anderen Weise, in Verbindung mit dem Boden oder für sich, bei der Stoffgewinnung oder Stoffverarbeitung oder beim Warenumsatz angelegt oder verwendet ist, das muß, kapitalistische Unternehmer und kapitalistische Rechnung vorausgesetzt, für den durchschnittlich zu erzielenden Gewinnsatz gleichgiltig sein.

Die gesamte klassische Nationalökonomie und alle ernsthaft zu nehmende Theorie unserer Wirtschaft überhaupt beruht auf der Voraussetzung, daß jeder einzelne Mensch, vor allem jeder Eigentümer und Unternehmer, in seinem wirtschaftlichen Handeln sich durchaus rationell, d. h. den Anforderungen seines rein ökonomischen Interesses innerhalb einer hochentwickelten, wesentlich auf Warenerzeugung gerichteten Geldwirtschaft entsprechend benehme. Nur unter der Annahme eines solchen Benehmens, das sie allein als normal ansehen kann, stellt sie ihre Gesetze auf, und nur, wo dieser Annahme wirklich entsprochen wird, werden jene Gesetze zur Wahrheit. Das wichtigste derselben ist das der gleichen Profite, unter Profit immer den ganzen Ertrag des ganzen Kapitals, die ganze Kapitalrente verstanden. Daß die Gleichheit der am Kapital gemessenen Profite nicht für die einzelnen Unternehmer, sondern nur für die Gesamtheit der Unternehmer der verschiedenen Branchen gilt, haben wir oben schon bemerkt. Man rechnet auf Grundlage der Ausgleichung der individuellen Unternehmertalente

[1]) „Der Durchschnittsprofit und der durch ihn geregelte Produktionspreis bildet sich außerhalb der Verhältnisse des flachen Landes im Kreise des städtischen Handels und der Manufaktur“ (Marx III. 2. S. 334). Rodbertus hat diese Lehre in extenso vorgetragen und begründet.

[2]) Der Unternehmer ist „Repräsentant der Produktionsmittel“ (Marx III. 1. S. 366).

und -Schicksale in der großen Zahl bei der wissenschaftlichen Betrachtung in allen Branchen mit einem gleichen mittleren Unternehmer mit Durchschnittsbegabung und Durchschnittsglück in Durchschnittsverhältnissen und kommt so auf einen im großen und ganzen herrschenden und bei Abweichungen immer wieder hergestellten Durchschnittsprofit.

Dies auf die Landwirtschaft angewendet bedeutet vor allem, daß der modern, kapitalistisch, rationell vorgehende Pächter[1]) jedem anderen Unternehmer in Bezug auf den Profit von seinem Kapital gleichstehen muß, daß also gleiche (Betriebs-) Kapitalien in der Landwirtschaft durchschnittlich ebensoviel Profit abwerfen müssen, wie in jeder beliebigen anderen Branche. Denn sonst würden sich, unter obigen Voraussetzungen, für die Landwirtschaft bald keine Unternehmer mehr finden. Der gewöhnliche Pächter muß den gewöhnlichen Profit finden, der ausgezeichnete einen höheren, der ungeschickte einen niedrigeren, aber so würde es ihnen in allen Branchen gehen, zu denen sie sich etwa vorbereiten möchten und könnten. Würden aber alle Arten von Pächtern in der Landwirtschaft weniger erwerben, als sie auf anderen Gebieten zu erwerben Aussicht hätten, so würden bald die Leute, die sonst Pächter geworden wären, da sie sich lediglich nach den Erwerbsaussichten richten, ihre Kapitalien in anderen Erwerbszweigen anwenden. Natürlich müßte dann endlich der Preis der Bodenprodukte sich so stellen, daß es sich wieder rentierte, Landwirtschaft zu treiben. Die Anomalie ungleicher Profite könnte ja gewiß einige Zeit fortbestehen, wenn sie einmal durch irgend welche besonderen Ereignisse oder Veränderungen herbeigeführt wäre; denn man kann ja die in der Landwirtschaft verwendeten Kapitalien und verwendbaren persönlichen Eigenschaften nicht ganz und nicht ohne weiteres in einen anderen Geschäftszweig übertragen. Aber in ihr selbst liegen die alsbald in Aktivität tretenden Kräfte zu ihrer Beseitigung.

[1]) „Die Theorie von der Bodenrente ist ein spezifisch englisches Stück Ökonomie und mußte es sein, weil nur in England eine Produktionsweise bestand, bei der die Rente sich auch tatsächlich vom Profit und Zins abgesondert hatte“ (Engels, Gegen Dühring, S. 194). Er meint den streng kapitalistischen Pächter. — Siehe die ausführliche Darlegung dieser Wahrheit bei Marx, Elend d. Philosophie, S. 161 ff. Sehr erheiternd wirkt Kleinwächter's sarkastische Polemik gegen Ricardo (Lehrbuch der Nat. Ök., S. 384 ff.), da sie auf einem vollkommenen Nicht-Verstehen beruht.

Was vom Pächter gilt, muß auch im wesentlichen vom selbstwirtschaftenden Eigentümer gelten, nur daß hier die Ausgleichung noch länger dauern wird. Trägt dem Eigentümer sein Betriebskapital zu wenig, so wird er den Boden in der Regel nicht im Stiche lassen, aber den Betrieb so einrichten, daß die normale Rentabilität des Betriebskapitals wieder erreicht wird, wenn es irgend möglich ist. Er wird den Boden zu anderen Zwecken (Erzeugnissen) oder auf andere Weise benützen, eventuell weniger Kapital anwenden, extensiver wirtschaften [1]). Ob er sich der schiefen Lage als Unternehmer ganz entziehen kann, ist eine nicht allgemein zu beantwortende Frage, jedenfalls geht sein Streben dahin.

Daß viele Pächter und Eigentümer sich nicht den obigen Voraussetzungen gemäß benehmen, daß sie gar nicht oder mindestens nicht genau rechnen, daß sie weder vom Kapital noch vom Durchschnittsprofit eine klare Vorstellung, ja oft gar keinen Begriff haben, ist, mindestens auf dem europäischen Kontinent, eine Tatsache. Allein der ökonomische Unverstand gehorcht keinen bestimmten Regeln, er ist zu individuell, um in ein allgemeines Gesetz gefaßt zu werden. Jedenfalls kann man die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft, die auf dem deutlich erkannten und rationell verfolgten Erwerbsinteresse beruht, nicht aus ihm ableiten.

Wenn nun das auf einer bestimmten Bodenfläche zum landwirtschaftlichen Betrieb verwendete Kapital aus früher schon erörterten, in der Qualität des betreffenden Bodens oder in seiner Lage zum Markt liegenden, dauernden Gründen regelmäßig oder durchschnittlich mehr als den gewöhnlichen Profit ergibt, so hat der landwirtschaftliche Unternehmer als solcher (der Pächter ist Repräsentant dieses reinen Unternehmers) offenbar nach dem der kapitalistischen Wirtschaft wesentlichen Gesetz der Konkurrenz keinen Anspruch auf den Überschuß, sondern dieser gehört dem Eigentümer (von Bauten und anderen im Boden fixierten Kapitalien, die einen selbständigen Nutzen bringen, für welchen der Pächter Zins zahlt, und nicht etwa bloß als veränderte, resp. verbesserte Bodenqualität [2]) wirken, wollen wir hier absehen), konstituiert dessen Anteil an dem nicht der Arbeit zufallenden Einkommen der Gesellschaft, der Rente, und heißt in diesem Fall (kapitalistische) Grundrente.

Der landwirtschaftliche Unternehmer hat sich also bei Betrachtung seines Gesamteinkommens für seine Arbeit den angemessenen, marktgängigen Lohn zu berechnen, für sein Kapital, das er in seiner Unternehmung verwendet, den angemessenen Gewinn, den er in anderen Geschäften auch haben könnte, und nur wenn regelmäßig oder durchschnittlich noch ein weiterer Betrag im Einkommen erscheint, so ist das Grundrente, auf die der Wirt nur als Eigentümer des Bodens, nicht als Unternehmer Anspruch machen kann. Denn dieses Plus klebt eben an dem bestimmten, von ihm bewirtschafteten Boden und braucht auf anderem Boden nicht zu erscheinen.

Wir nennen also hiernach denjenigen Teil der auf den Urproduzenten fallenden Rente, der nach Abzug des üblichen (resp. dem Unternehmer entsprechenden) Gewinns auf das in der Urproduktion verwendete Kapital übrig bleibt, Grundrente [1]). Nur dieser Teil der Rente fällt dem Grundeigentümer als solchem zu.

§ 64. Grundrente und Bodenwert.

In einer streng kapitalistisch kalkulierenden Gesellschaft, wie sie die Theorie unserer Wirtschaft voraussetzt, ist diese (quantitativ definierte) Grundrente die einzige rationelle Grundlage des Bodenwertes [2]). Der Boden ist kein Produkt menschlicher Arbeit, kann also auch keinen Wert (Preis) haben, der sich irgendwie auf Herstellungsarbeit gründet oder an diese anschließt. Die Hervorbringung des Bodens hat keinen Kapitalaufwand verursacht.

Der Besitz des Bodens ist aber — sobald eine besitzlose Arbeiterklasse in irgend einer Form existiert — eine Gelegenheit

---

[1]) „Ein Grundstück kann für den Getreidebau sehr fruchtbar sein, und doch kann der Marktpreis den Bebauer bestimmen, es in künstliche Wiesen umzuwandeln und so unfruchtbarer zu machen“ (Marx, Elend d. Phil. S. 167).

[2]) Dasjenige Kapital, das auf Meliorationen verwendet „mit dem Boden unzertrennlich vermischt ist und dessen hervorbringende Kräfte zu erhöhen strebt“, nimmt ökonomisch ganz die Bodennatur an, so daß „die an den Grundherrn für dessen Benutzung gegebene Vergütung ganz die Natur der Rente“ erhält und „allen Gesetzen der Rente unterliegt“ (Ricardo, S. 231).

[1]) Die Definition setzt die gesamten vorangegangenen Erörterungen voraus, die sie genauer präzisieren.

[2]) „Das, was an der Oberfläche als ‚Wert‘ des Grund und Bodens erscheint, ist in Wahrheit der Kaufpreis, nicht des Bodens, sondern der Grundrente, die er abwirft“ (Wilhelm Hohoff, ein katholischer Anhänger der Marx’schen Wertlehre und heftiger Gegner der Subjektiven, in „Warenwert und Kapitalprofit“, Paderborn 1902, S. 56).

um Einkommen an sich zu ziehen, eine soziale Machtposition, um von anderen direkt oder indirekt einen Teil ihrer Produkte oder deren Wertes für sich in Anspruch zu nehmen.

Der Bodenwert ist daher auch kein Bestandteil des gesellschaftlichen Reichtums, sein Steigen keine Vermehrung dieses Reichtums (so wenig wie etwa ein Steigen der Steuern), sondern nur eine Modifikation in der Einkommensverteilung und etwa ein Anzeichen, daß der Gesamtreichtum gewachsen ist.

Wenn nun auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe jeder von jedem Hundert seines Kapitals ohne eigene Bemühung, indem er es anderen leiht, eine bestimmte Rente (Zins) per Jahr haben kann, so kann man offenbar, ohne an seinem Einkommen etwas zu verlieren oder zu gewinnen, für die Rente eines Grundstücks so oftmal ein Geldkapital von 100 hingeben, als der Zins vom Hundert in der Rente enthalten ist.

Dies ist ein bloßer Umtausch von Rentenquellen, erklärlich durch die wirtschaftliche Macht des Eigentums.

Der Verkehrswert des Bodens ist also die mit dem üblichen Zinsfuß kapitalisierte Rente.

Wenn jemand auf irgend eine Weise von der Staatsgewalt das Recht erwürbe, von jedem, der an seinem Hause vorbeigehen will oder muß, eine Abgabe von 10 Centimes zu fordern, so könnte er dieses Recht, welches doch gewiß kein wirtschaftliches Gut im Sinn der menschlichen Gesellschaft, sondern eine Qual und Last für alle, außer dem Privilegierten, wäre, ohne Zweifel sehr wohl gegen bares Geld verkaufen und der Preis würde sich, mit Berücksichtigung des Risikos und der Zukunftsaussichten, nach dem bisherigen reinen Jahresertrag und dem Zinsfuß richten.

Der Boden hat also einen Preis, nicht weil er einen wirtschaftlichen Wert hat, sondern weil seine Rente Wert hat und Wert ist (Geld und was man dafür kaufen kann).

Der Pächter, der für den bloßen landwirtschaftlichen Boden dem Eigentümer irgend etwas bezahlt, zahlt etwas für nichts, wenn der Boden keine Rente gibt. Ebenso macht es der Pächter, der für den Boden mehr als den genauen Betrag der Rente zahlt, in Bezug auf dieses Plus. Offenbar ist er zu solchen unwirtschaftlichen, im System der freien Konkurrenz der Kapitalien irrationellen Leistungen nur dadurch befähigt, daß er auf einen Teil des ihm selbst in einer solchen Volkswirtschaft wie die unsere mit vollem Recht zukommenden Einkommens verzichtet — mit oder

ohne Bewußtsein, infolge falscher Rechnung oder ohne alle Rechnung. Er bekommt entweder für sein Kapital einen geringeren als den üblichen Profit oder für seine persönlichen Arbeitsleistungen einen geringeren als ihm sonst erreichbaren Lohn oder beides. Dadurch wird seine ökonomische Lage anormal, irrationell, dem ökonomischen System, in welchem er lebt, widersprechend, und läßt sich unter keine Regel bringen.

So lange er nur die Grundrente herauszahlt, steht er ökonomisch genau so wie jeder andere Unternehmer.

Kauft jemand den Boden, anstatt ihn zu pachten, so muß er ganz nach Analogie des Pächters beurteilt werden.

Ein Preis kann für den Boden auf wirtschaftliche Weise nur bezahlt werden, weil der Boden Rente gibt (oder zu geben verspricht; das ist dann Spekulation, die wir hier nicht weiter berücksichtigen), nicht aber gibt der Boden Rente, weil irgend ein Preis für ihn gezahlt worden ist. Die Rente ist nicht Folge, sondern Grund des Bodenwerts[1]). Sie ist nicht etwa der Zins des Kapitals, das man für den Boden hingegeben, denn der Zins richtet sich ganz genau nach der Größe des Kapitals, wächst und fällt mit ihm; die Grundrente aber richtet sich nicht im mindesten — trotz aller Illusionen und falschen Rechnungen — nach dem Kaufpreis des Bodens, wenn nicht dieser jederzeit genau nach ihr veranschlagt wird.

Wenn also der Kaufpreis des bloßen landwirtschaftlichen Bodens nicht höher ist, als die mit dem herrschenden normalen Zinsfuß kapitalisierte Rente, so zieht der Käufer, soweit er bar bezahlt, vom Grundbesitz genau soviel Rente, wie er bisher von seinem Gelde Zins bezog. Er hat ökonomisch nichts verloren und nichts gewonnen, es handelte sich einfach um einen Umtausch gleich ergiebiger Rentenfonds, der ja für beide Teile, Käufer und Verkäufer, aus mancherlei Gründen erwünscht sein kann.

Zahlt der Käufer mehr, so gibt er etwas für nichts und macht einen ökonomischen Unsinn. Bleibt er den richtig bemessenen Kaufpreis ganz oder teilweise schuldig, so muß er eben Jahr für Jahr die ganze Grundrente oder irgend einen Teil davon

[1]) Brentano rechnet den Bodenpreis und den Kapitalzins zu den „Produktionskosten“ (Agrarpolitik, S. 42). Die Grundrente gehört mithin zu den Produktionskosten. Vielleicht, weil sie irgend jemand herauszahlen muß? Der Pächter nämlich und der verschuldete Eigentümer. Aber die wirkliche Grundrente kostet diese beiden absolut nichts.

in Form von Hypothekenzinsen an irgend einen Gläubiger herauszahlen. Der einzige Fonds, aus dem er diese Zinsen vernünftigerweise dauernd zahlen kann, ist nur die Grundrente. Der Gläubiger bezieht unter dem Namen Zinsen Grundrente, nicht Kapitalrente, obwohl er sie so nennen mag. Der Boden gehört, da die Rente den ganzen wirtschaftlichen Inhalt des Grundeigentums bildet, wirtschaftlich genommen demjenigen, der die Grundrente bezieht, also im Fall der Verschuldung und soweit diese reicht nicht dem Käufer und Besitzer, sondern dem Gläubiger[1]). Der erstere ist fast genau in derselben Lage wie der Pächter und muß wie dieser wegen der Unsicherheit der jährlichen Erträge und der strengen Bestimmtheit seiner Verpflichtungen gegenüber dem Hypothekengläubiger ein gewisses Risiko zu tragen vermögen, wenn seine Lage gesichert sein soll. Der Gläubiger ist für seinen Teil Rente der mächtigere Eigentümer, als der in den öffentlichen Büchern verzeichnete verschuldete Besitzer, weil sein Rentenbezug vom Gesetz gesichert und exequierbar ist, während der Landwirt von Wind und Wetter und Preisen und Konjunkturen abhängt.

Vorausgesetzt für die Gleichstellung des verschuldeten Besitzers mit dem Pächter ist, daß ihm seine (Renten-)Schuld nicht als Kapital(-Schuld) gekündigt werden kann. Eine solche Kündigung kann, wenn sie nicht einfach eine Expropriation des Schuldners sein soll, nur dann Sinn haben, wenn stets und sicher und zu gleichen Bedingungen für den austretenden Gläubiger sofort ein anderer eintritt. Diese Sicherheit ist aber nie und nirgends gegeben und da der Boden sich durch Bewirtschaftung nie in ein seine Rente ausdrückendes Kapital verwandelt, für den Besitzer nie Kapital ist und nie Kapital wird, außer wenn durch Verkauf aus dem Landwirt ein Nicht-Landwirt geworden, so ist vom land- und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus die Kündbarkeit solcher Schulden, die in der Tat nicht Kapitalschulden[2]), überhaupt nicht

[1]) „Was sind diese Kreditinstitute und Hypothekenbanken anderes als ideelle und ewige Latifundien, in denen der Wert und die Rente der einzelnen Grundbesitzungen aufgesogen und konzentriert werden?" (J. Schwendimann, Der Kampf für das Recht, 1894, S. 16).

[2]) „Wer ein ‚Hypothekenkapital' für ein Geldkapital hält, übermerkantilisiert die Merkantilisten, denn eine Schuldverschreibung, nur weil sie nach Geld evalviert ist, hat diese Schule noch niemals für ein Geldkapital selbst genommen." — „Angenommen, der Grundwert eines Landes betrage 6000 Millionen und sei mit 4000 Mill. Erbgeldern und rückständigen Kaufgeldern belastet — . . . ich frage, hat hier eine Verbindung von 4000 Mill. Kapital mit dem 6000 Mill. betragenden Grundwert stattgefunden?" (Rodbertus, Ein pathologisches Symptom, abgedruckt in „Briefe" etc. v. Rud. Meyer, S. 645 und 649).

Schulden, sondern privilegiertes Miteigentum des „Gläubigers" sind, ein juristischer und ökonomischer Nonsens.

Wenn ein Landwirt als Landwirt das unmöglich leisten kann, was das Gesetz von ihm fordert oder was ein anderer nach dem Gesetz von ihm fordern darf, so ist das Gesetz eben im Widerspruch mit der Logik oder der Natur der Dinge. Im Fall der Kündbarkeit der Hypothekenschuld ist also streng genommen jeder Kauf von Grundbesitz, der nicht bar bezahlt werden kann, ein ökonomischer Akt, der an einem inneren Widerspruch leidet und ein Wagnis, das freilich unter Umständen, bei sehr flüssigem Kredit, auch gering sein kann.

In einem Punkte ist der Käufer schlechter dran als der Pächter, er kann sich gewöhnlich nicht so leicht und rasch aus der Affaire zurückziehen, wenn sie ihm nicht behagt. In einem andern Punkte ist er besser dran, er kann den Boden freier und angemessener bewirtschaften und verbessern, weil er der Früchte seiner Bemühungen und Verwendungen sicherer ist als jener. Wer aber den Boden kauft, der kauft sich, soweit er bar bezahlt, auch im besten Falle, bei normalem Preise, doch nur eine teure Rente, er legt sein Geld genau so an wie der Kapitalist, der nur einen sicheren Zins beziehen will. Von diesem Standpunkt aus ist eigentlich jeder Kreditkauf von Boden quasi eine Anomalie. Man kauft sich doch nicht Renten auf Kredit, ausgenommen zu Spekulationszwecken[1]). Hat er nicht mehr Geld, als er seinen Fähig-

[1]) Ein Abgeordneter im Deutschen Reichstag hatte gesagt: „Die große Zahl der Besitzer hat nur 20000 bis 30000 Mark Eigentum in ihrem Besitze". Dazu bemerkt Fürst Bismarck: „Ja, das ist allerdings ein betrübender Zustand, der sich bei diesen schlechten Zeiten der Landwirtschaft, bei diesen schwankenden Verhältnissen überhaupt nicht als haltbar erweist, wir mögen Gesetze machen, wie wir wollen. Ein solches Gut, welches 500 Mark Grundsteuer zahlt, wird doch wahrscheinlich den fünfzigfachen Betrag der Grundsteuer des Reinertrags, d. h. 250000 Mark wert sein. Wenn ich nun ein Gut von 250000 Mark besitze, von dem mir 220000 Mark nicht gehören, dann kann ich nicht die Gesetze anklagen, wenn ich bei einem solchen leichtfertigen Unternehmen zu kurz komme" (Sitzung vom 18. Mai 1889. Reclam XII S. 240 f.). R. Meyer (Der Kapitalismus fin de siècle, 1894, S. 226) spricht von der „unsinnigen Institution, die den Bauern erlaubte, Hypothekenschulden zu machen."

keiten nach ganz wohl im Betriebe verwenden kann, so verzichtet der Verkäufer für soviel davon, als er zum Ankauf verwendet, auf die Rente des Unternehmers, tauscht aber natürlich dafür eine größere Sicherheit ein.

Das ökonomisch richtige Gebahren eines Landwirts läßt sich hiernach, stets unter Voraussetzung einer richtigen Veranschlagung der Grundrente in Pachtgeld und Kaufpreis, ziemlich leicht konstatieren. Es hängt im einzelnen Fall von seinem Vermögen und seinen Fähigkeiten ab. Je größer letztere im Verhältnis zum ersteren, desto mehr von seinem Vermögen muß er als Betriebskapital, desto weniger zum Ankauf von Boden verwenden, bis zur Pacht und vollen Verschuldung und umgekehrt [1]).

Das alles, wir betonen es noch einmal, unter Voraussetzung eines richtigen Kalkuls bezüglich der Grundrente. Unter dieser Voraussetznng darf man nicht etwa glauben, daß derjenige, der die ganze Grundrente herauszahlen muß, einen großen Teil des Gesamtertrags der Wirtschaft wegzugeben haben wird.

Die Grundrente existiert bei genau ökonomischer Rechnung heutzutage wahrscheinlich für einen beträchtlichen Teil des europäischen Bauernlandes gar nicht oder ist sehr unbedeutend. Die Gebäude aber kann man nur schätzen und behandeln nach ihrem Mietswert für den Übernehmer, d. h. nach dem, was vernünftigerweise für Miete aufwenden darf.

Die Verpächter, Verkäufer, Miterben würden bei richtiger Rechnung allerdings schlechter fahren als jetzt. Allein bis jetzt fuhren eben zumeist die Pächter, Käufer und Gutsübernehmer ganz unvernünftig oder unbillig schlecht. Es würde ihnen auch fortan nichts geschenkt werden, sie würden nur zu ihrem Rechte kommen, das jetzt in einem fort verletzt wird, wenn auch zumeist durch culpa der Verletzten. Und wer wirklich dem Bauer helfen will, der sollte doch wohl nicht vor allem die Interessen des Nicht-Bauern berücksichtigen, besonders da, wo sie dem Rechte und den Gesetzen der Volkswirtschaft widersprechen, sonst läuft er Gefahr, nicht ernst genommen zu werden.

Denn in der Wirklichkeit sind in manchen Ländern die meisten Bauern, und ein erheblicher Teil der größeren Grundbesitzer dazu, von einem richtigen Kalkül himmelweit entfernt. Sie entsprechen

[1]) Siehe über diese Fragen: Julius Zuns, Zwei Fragen des Unternehmereinkommens. 2. Aufl. Wien 1886.

den Voraussetzungen der ökonomischen Gesetze der Konkurrenzwirtschaft bei weitem nicht. Sie sind noch immer, wenn auch nicht überall in gleichem Maße, ein unmoderner, mit seinen Gedanken tief in der Naturalwirtschaft steckender, rückständiger Stand, sie sind keine kapitalistischen, wägenden, messenden, rechnenden, warenproduzierenden Unternehmer, sie haben sehr dunkle Begriffe von den Produktionskosten ihrer Erzeugnisse, von der Verwertung und Reproduktion ihres Kapitals, sie wissen überhaupt nichts vom Kapital, sie kennen nur das „Bodenkapital“, welches gar kein Kapital ist, obwohl sie es schuldig sind, sie schwimmen auf den hochgehenden Wogen des geldwirtschaftlichen Konkurrenzmeeres in gebrechlichen Kähnen ohne Proviant und Bussole und es ist kein Wunder, wenn diese ihre Lage öfters als Notlage bezeichnet wird.

Der Bauer ist Grundbesitzer, aber der Grund, auf dem sein Besitz steht, ist nicht selten ein Abgrund. Er kommt zum Besitz in der Regel durch Kauf oder Erbschaft. Letztere ist faktisch mit ersterem nahezu identisch, er muß als Erbe, ökonomisch gesprochen, den größten Teil seines Gutes seinen Miterben abkaufen. Aber was weiß er vom Lohne für seine Arbeit, vom Profit für sein Betriebskapital und von der Grundrente? So gut wie nichts. Er kalkuliert nur beiläufig, und sehr beiläufig, ob er leben kann, wenn er sich ganz gehörig abrackert, und ob er das nötige bischen Geld für Steuern, Zinsen und andere unvermeidliche Barauslagen aufbringt. Er mißt nicht am Kapital den Ertrag und Wert des Bodens, denn er hat keins. Während wir uns denjenigen, der eine industrielle oder kommerzielle Unternehmung beginnen will, sehr gut und normal als Geldbesitzer vorzustellen haben, erscheint der angehende selbständige Landwirt, der Bauer, in der Regel durchaus nicht als solcher. Als Erbe stürzt er sich sogar häufig ganz besinnungslos in den Besitz und denkt an gar nichts. Das ist nicht überall und nicht überall in gleichem Maße der Fall, aber in weiten Gebieten in großem Maße.

Mit dem streng rechnenden, alle Faktoren genau ins Auge fassenden modernen Unternehmer hat der Bauer oft nicht viel mehr Ähnlichkeit, wie der Bogenschütze mit dem Kanonier. Und doch wird er von allen Seiten kapitalistisch behandelt, als ob auch er ein moderner Mensch und Warenproduzent wäre, und doch ist er, der oft keine Idee vom Kapitalismus hat, Kapital und Zins schuldig, und doch haftet er, der das Wort Grundrente nie gehört

hat, nicht nur für die wirkliche Grundrente, sondern auch noch für eine Unmasse fiktiver, die er sich selbst aufbürdet, eben weil er die moderne Sachlage nicht versteht und die Faktoren nicht kennt, mit denen er rechnen soll.

Und in dieser unmodernen Natur, die er aus einer vergangenen Zeit in die Gegenwart herein mitgebracht hat, liegt der beständig wirkende Hauptgrund seiner mißlichen Lage, und diese erscheint am deutlichsten in der Hauptwirkung jener allgemeinen Ursache, in einer ganz übertriebenen, kopf- und sinnlosen Bodenverschuldung, die zunächst beruht auf einer völligen Unkenntnis der fundamentalsten Elemente der Geldwirtschaft[1]) und damit des Bodenwertes.

Darum ist die Verschuldung das Problem, auf welches sich heutzutage die Aufmerksamkeit aller jener konzentriert, die dem Bauer angeblich oder wirklich helfen wollen. Daß die Verschuldung selbst nur ein Symptom der Unwirtschaftlichkeit, der ökonomischen Rückständigkeit des Bauern (und nicht des Bauern allein) ist, die ihm heutzutage unter allen Umständen gefährlich sein muß, verstehen wohl die wenigsten.

Es gibt eine ganz ökonomische, wohl gerechtfertigte Verschuldung, wie unsere Erörterungen ergeben haben, bei der ein Landwirt mit dem nötigen Betriebskapital nicht nur bestehen, sondern auch prosperieren, vorwärts kommen kann — wir könnten konkrete Beispiele anführen —, aber eine hirnlose, wirtschaftlich unmögliche Verschuldung, für die man keinen Gegenwert empfangen hat, muß irgendwie ruinös wirken, sei es, daß sie, was ja nichts seltenes ist, geradezu zum Bankerott führt, oder daß sie dem Landwirt einen mehr oder weniger erheblichen, nach der Höhe dieser Art von Verschuldung bemessenen Teil des ihm vermöge seiner Arbeit oder seines Kapitals zukommenden Einkommens wegnimmt. Dann pflegen die Leute gemeiniglich zu sagen: die Landwirtschaft trägt nichts.

Wenn ich eine Staatsobligation, die jährlich 6 Franken einbringt, für 600 Franken kaufe, so trägt sie auch nichts, wie man zu sagen pflegt. Ich kann auch 800 und 1000 Franken dafür geben, so wird sie immer uneinträglicher. Wenn ich nun aber

---

[1]) „Man könnte . . . sagen, daß die Umwandlung in das geldwirtschaftliche System bei der Landwirtschaft heute noch nicht vollzogen ist" (Fr. Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik, 1902, S. 52).

auch noch das Geld zum Ankauf der Obligation borge und dafür dem Darlehnsgeber vier Prozent zahle, so ist das Geschäft allerdings sehr schlecht, aber nicht der Staat ist daran schuld oder die Volkswirtschaft oder sonst jemand oder etwas, sondern ich selbst, und ich wäre sehr töricht, wenn ich mich über die schlechte Verzinsung der Staatsschuld beklagte. Ähnliche „Geschäfte" kommen beim Landkauf alle Tage vor[1]). Für Leute, die in solcher Weise vorgehen, gibt es sicherlich kein anderes Mittel der Rettung vor ökonomischem Verfall, als die Schließung der Hypothekenbücher und, als deren Konsequenzen, den Barkauf und die Naturalteilung der Erbschaften.

Eine wirkliche Hilfe gegen solche antiökonomische Prozeduren läge innerhalb der kapitalistischen Volkswirtschaft nur in einer entschiedenen Modernisierung des Bauernstandes, die sich natürlich nicht dekretieren, nicht von heute auf morgen durchführen läßt, aber allem Anschein nach überall, wo einige Freiheit und Gerechtigkeit und Bildung herrscht, allmählich ganz von selbst kommt und auch schon da und dort in starkem Fortschreiten begriffen ist.

Man muß entweder die kapitalistische Wirtschaft abschaffen, oder sich ihren Anforderungen fügen. Den Kapitalismus beibehalten

---

[1]) Als Hauptgrund der landwirtschaftlichen Notlage bezeichnet ein Einsender aus dem Kanton Zürich in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 25. März 1891 die allzugroße Verschuldung des Bodens: „Hieran ist allerdings der Bauer in erster Linie selbst schuld, weil er zu teuer gekauft, oft ohne nur die oberflächlichste Berechnung anzustellen. Man muß es wieder einmal recht deutlich sagen, daß es bei Güterganten hierzulande ganz seltsam hergeht. Diese Ganten finden in der Regel im Wirtshaus statt. Wer da kommt, wird auf Kosten der Verganter mit Wurst und Wein regaliert. Erst wenn die Gemüter hinreichend erhitzt sind, beginnt die Steigerung. Was Würste und Wein nicht zustande bringen, das bewirken nicht selten Mißgunst und Eifersucht, welche dem Einzelnen in's Ohr raunen: Diesen Acker, jene Wiese soll der N. N. um keinen Preis haben, das will ich, und koste es, was es wolle. Bei einer solchen Gant sind alle Gernegroß; geht's dann aber an's Zinsen und Zahlen, so stellt sich der Katzenjammer ein" u. s. w. — Wurst und Wein, Mißgunst, Eifersucht und Hochmut als Triebfedern bei den wichtigsten ökonomischen Geschäften — das gehört wirklich nicht in diese heutige Welt! Und dabei sind die Zürcher Bauern sicher von den modernsten.

Ein Eingesandt im „Genossenschafter" vom 27. Juli 1901 spricht von einer Gütermetzgerei in Rudolfstetten, bei der die Bauern einer kleinen Landgemeinde um viele tausend Franken gebracht wurden. Die Hauptschuld mißt der Einsender der „Dummheit und Leichtfertigkeit, dem neidischen Mißtrauen und den freundnachbarlichen Reibereien" zu.

und seine Konsequenzen nicht annehmen, das geht eben nicht. Aber die Gedanken des heutigen Durchschnittsreformers bewegen sich bekanntermaßen fast ausschließlich auf dem Gebiete des Dekretierens und so soll auch den Bauern von Obrigkeitswegen, von oben herab, durch Parlamente und Bureaukraten geholfen werden, während sie sich doch sicher nur selbst helfen können und alle Anstrengungen einsichtsvoller Leute dahin gehen müßten, die Idee der Selbsthilfe, allerdings nicht der unzureichenden manchesterlich-individuellen, sondern der gemeinsamen, genossenschaftlichen, freien, zwanglosen Selbsthilfe zu verbreiten und zu fördern.

Fast alle agrarpolitischen Vorschläge, die heutzutage in den Parlamenten und in der Presse (die gelehrte Literatur mit eingeschlossen) gemacht werden, laufen entweder auf einen Beutezug gegen den Staat resp. gegen andere Volksklassen, oder auf das bekannte trockene Pelzwaschen hinaus. Etwas Anständiges und zugleich Wirksames will im Grunde fast niemand, auch die meisten Grundbesitzer nicht, wenigstens von den wortführenden. Sie möchten sich die Möglichkeit offen halten, vom Verkehrs-, alias Spekulations-, alias Scheinwert des Bodens, also von dem Falle, wo sie aus Grundbesitzern Geldbesitzer, aus Landwirten Kapitalisten werden, zu profitieren, die Möglichkeit, Konjunktur- und Schwindelgewinn einzusacken, sie sind also in ihrem Herzen sehr gut kapitalistisch gesinnt und wünschen nur den Schattenseiten dieser Wirtschaftsordnung durch Gesetzesschutz, Staatshilfe, Privileg entrückt zu werden, wo sie ihnen aus eigener Kraft und Einsicht nicht ausweichen können.

Nur ganz von unten herauf, aus gewissen Kreisen der echten Bauernschaft, wächst langsam aber stetig der echte, stolze, starke genossenschaftliche Geist empor, der nicht bloß der Hypothekenschulden, sondern auch des arbeitslosen Renteneinkommens und des Schacherwerts dieser dem Menschen von der Natur zur Bearbeitung und nicht zum Schacher gegebenen Erdoberfläche nach und nach vielleicht Herr werden wird.

§ 65. Nicht-landwirtschaftliche Grundrente.

Nicht nur der landwirtschaftliche Boden kann Rente geben, sondern auch der zu anderen Zweigen der Stoffgewinnung (Urproduktion) benutzte, und nicht nur das Land, sondern auch das Wasser, wenn es in jemands Eigentum steht. Die Grundlage

der Rente ist hier, in kapitalistischer Rechnung, überall dieselbe wie in der Landwirtschaft: ungleiche Produktionskosten, die für die Versorgung desselben Marktes aufgewendet werden müssen, wobei die höchsten Kosten, die den aufgewendeten Kapitalien noch den üblichen Gewinnsatz einbringen müssen, den Marktpreis der Ware (des Holzes, der Metalle, der Steine, der Fische u. s. w.) bestimmen.

Ebenso ist es mit dem Boden, der nicht als Objekt der Bearbeitung, sondern als Aufenthaltsort der Menschen dient. Wenn auf einem bestimmten Boden dauernd außerordentliche Gewinne gemacht werden, die nicht an beliebigem Orte zu machen, sondern irgendwie an die Lokalität geknüpft sind, so werden die Eigentümer des Bodens denjenigen, die darauf die guten Geschäfte machen, die Wahl lassen, entweder wegzuziehen oder ihnen einen großen Teil des Extragewinns, vielleicht den ganzen, in Form von Miete oder eventuell kapitalisiert als Bodenpreis herauszuzahlen. Die Natur der Grundrente, als einer reinen Abgabe an die Eigentümer, als reine Konsequenz des privaten Grundeigentums, tritt hier besonders klar hervor. Die Eigentümer brauchen nicht das Mindeste geleistet zu haben, um diese Rente zu beziehen. Aber die industriellen und kommerziellen Unternehmer, die infolge der Gunst des Platzes übergroße Profite beziehen, haben im Grunde ebensowenig persönliche Anrechte auf diese[1]) — im allgemeinen (einzelne Fälle können ausgenommen werden, aber nach solchen kann man das Recht nicht gestalten). Das Leben der Gesellschaft, die Veränderungen der Geschichte, die Arbeit vieler Generationen bringt solche Resultate, die im System des Privateigentums notwendig Einzelnen, Begünstigten, Glückspilzen zugute kommen.

Neben dieser kapitalistisch gerechneten, auf Gleichheit der Gewinne beruhenden Rente kann es auch auf dem Wohnboden eine ganz unkapitalistische, absolute geben. Wie in der Landwirtschaft der leibeigene Bauer oder der kapital-, hilf- und wehrlose Pächter event. gezwungen werden kann, dem Grundherrn alles herauszugeben, was er über den kärglichsten eigenen Lebensunterhalt hinaus hervorbringt, so kann auch der städtische Grundbesitzer von un-

---

[1]) Es ist daher nicht richtig, wenn Ad. Wagner (Handwörterb. I. Aufl. Artikel „Grundbesitz" S. 114) sagt: Die Grundeigentümer beziehen „Einkommen und Vermögen auf Kosten Dritter", es sei denn, daß unter den Dritten die Gesellschaft im ganzen gemeint ist. In der Naturalwirtschaft könnte man das mit mehr Recht sagen, wenn man unter den Dritten die hörigen Bauern verstünde.

glücklichen, wehr- und hilflosen Leuten, die da wohnen müssen, in Form von Mietzins einen so großen Teil ihres Einkommens erpressen, daß ihnen zum Leben kaum das Allernotdürftigste übrig bleibt. Und das geschieht in hohem Maße, gerade an den Ärmsten, wie das überall sich bewährende Gesetz beweist, wonach der Mietpreis für die Raumeinheit um so höher ist, je schlechter die Wohnung.

Unter Umständen kann aber der Boden auch den Charakter eines Luxusobjekts der oberen, reichen Klassen annehmen, für dessen Genuß die höchsten Preise bezahlt werden. Es ist vornehm oder besonders amüsant oder aus sonstigen, nicht dem Erwerbsleben entstammenden Gründen vorteilhaft, an irgend einem Orte, in irgend einer Straße zu wohnen oder einige Zeit des Jahres zuzubringen. Die Grundeigentümer werden von solchen Tatsachen den Hauptvorteil ziehen in Gestalt einer hohen Grundrente, die dann, kapitalisiert, einen hohen Bodenwert gibt.

Der Bodenwert ist also nur deshalb hoch, weil der Grundbesitz eine hohe Rente gibt, mit anderen Worten: weil die Mieter hohe Mietzinse zahlen, nicht aber sind die Mietzinse hoch, weil der Boden teuer ist. Dieses höchst einfache Verhältnis wird noch immer nicht allgemein verstanden. So meint z. B. Alfred Offermann (Wissen und Arbeit, 1889), die Wohnungspreise in den Städten würden enorm sinken, wenn man den Boden zu seinem Wert als landwirtschaftliches Grundstück expropriierte — als ob die Konkurrenz der Mieter bei steigendem Einkommen und Vermögen nicht von selbst Grundrenten und also Bodenpreise schüfe! Laßt heute das Terrain „Unter den Linden" vom Staate den Eigentümern wegnehmen und ihn morgen die Lokale zum Vermieten ausschreiben: wird er nicht eben so hohe Zinsen bekommen, wie heute die Privatbesitzer? Er könnte allerdings denjenigen die Wohnungen und Geschäftslokale überlassen, die ihm am wenigsten dafür böten, aber das wäre nicht mehr Wirtschaft sondern Gnade, Willkühr oder Unsinn. „Ob er (der Grundbesitzer) den Boden teuer oder wohlfeil gekauft, oder ob er ihn umsonst erhalten hat, ändert nichts . . . an der Rente, sondern ändert nur dies, ob sie ihm als Zins oder Nichtzins erscheint, resp. als hoher oder niedriger Zins" (Marx, III. 2. S. 343).

§ 66. Teilung der Kapitalrente.

Die Kapitalrente muß nicht ganz dem Eigentümer des Kapitals zufallen. Damit in unserer Wirtschaft überhaupt Rente (ursprünglich) entstehe, ist die Unternehmung notwendig. Die Unternehmung kann vom Eigentümer selbst durchgeführt werden oder von anderen, denen er sein Kapital zu diesem Zwecke überläßt.

Wer anderen sein Kapital überläßt, heißt Kapitalist im engeren Sinn. Der produktive Verwender des Kapitals ist der Unternehmer. Dieser muß dem Kapitalisten eine nach der Größe des dargebotenen Kapitals bemessene fortlaufende Abgabe leisten. Diese Abgabe heißt Zins. Ihre Quelle, der Fonds, aus dem sie wirtschaftlich geschöpft werden muß, ist die Kapitalrente. Es muß also der Unternehmer sich mit dem Leihkapitalisten in den Gesamtbetrag der Kapitalrente teilen. Der Teil der Gesamtrente, den er vom Leihkapital behält, heißt nach deutschem Sprachgebrauch Gewinn oder (allerdings nicht deutsch) Profit. Er kann diese Begriffe Gewinn und Zins nun auch auf den Ertrag seines eigenen Kapitals anwenden, obwohl die Begriffe aus der Teilung der Rente entstanden sind und er die Rente seines Kapitals mit niemand zu teilen hat, und kann sich also, wenn er will, für das eigene Kapital einen Zins berechnen und nur den Rest Profit nennen. Die klassischen englischen Nationalökonomen, von denen diese ganze Auffassung herstammt[1]), bezeichnen mit dem Worte Profit bekanntlich die ganze Kapitalrente..

Es würde also nach unserem Sprachgebrauch der Unternehmer im normalen Fall von seinem eigenen Kapital Zins und Profit, von dem fremden, erborgten aber nur den Profit beziehen, den Zins hingegen herauszahlen müssen.

Daß diese Teilung und mithin der Leihzins in unserer Volkswirtschaft vollkommen gerechtfertigt ist, bezweifelt wohl kaum ein verständiger Mensch. Wenn ich mit meinem Gelde einem anderen zu einem Renten-(nicht etwa Arbeits-)Einkommen verhelfe, zu dem er ohne dies Geld nicht kommen könnte, so entspricht es jedem Begriff von Billigkeit, daß auch ich dabei nicht leer ausgehe[2]), da ja alle Rente in letzter Linie auf dem Eigentum beruht

[1]) „Das Einkommen oder der Gewinn aus dem Kapital zerfällt naturgemäß in zwei Teile: den, welcher den Zins zahlt und dem Besitzer des Kapitals gehört, und den überschüssigen Teil, der über das Zinserfordernis hinausgeht" (Ad. Smith, IV. 195). Nach Marx wurde „die Tatsache, daß der Zins ein bloßer Teil des Bruttoprofits ist", in der Mitte des 18. Jahrhunderts von Massie und dann von Hume entdeckt (III. 1. S. 362).

[2]) „Da sich durch die Nutzung des Geldes überall etwas gewinnen läßt, so muß auch etwas für diese Nutzung bezahlt werden" (Ad. Smith, II. 113). „Zins

und ich der Eigentümer des Kapitals bin. Wenn mein Geld in der Hand desjenigen, dem ich's leihe, zu einer Geldquelle wird, so ist es nicht mehr als billig, daß er auch mich ein wenig aus dieser Quelle, die ich ihm erschlossen, schöpfen lasse.

Daß die besten und edelsten Schriftsteller des Altertums und früheren Mittelalters das Zinsnehmen gemein und niederträchtig fanden und als Wucher brandmarkten, wie Aristoteles, kommt nur davon her, weil es wirklich fast in jedem Falle niederträchtig und ein Wucher war. Denn der Reiche lieh dem Armen, der Ritter dem durch den Kriegsdienst verarmten Plebejer, und zwar nicht, damit dieser mit dem Gelde erwerbe — herrschte doch die Naturalwirtschaft vor —, sondern weil er sich in Not befand. Und diese Not wurde schamlos ausgebeutet, ganz wie vom heutigen Wucherer, durch enorme Zinsen und andere Plusmacherkünste. Das Geld (oft war's auch Getreide u. dgl.) diente dem armen Manne nicht als Kapital, sondern zum Unterhalt und — zum Verderben [1]. Heute leihen die Reichsten und wirtschaftlich Mächtigsten, die großen Aktiengesellschaften, das meiste Geld an, und Aristoteles würde unseren Zins ebensowenig verdammen, wie es heutige Päpste tun.

Es gibt nationalökonomische Theoretiker, die nur den Zins als Kapitalrente auffassen und das Einkommen des Unternehmers aus seiner Arbeit erklären, also in demselben eine, wenn auch vielleicht besondere, Art Arbeitslohn erblicken. Diese Auffassung scheint aus folgenden, längst bekannten Gründen nicht haltbar:

1. Es wäre danach nicht abzusehen, warum dann, wie es wirklich der Fall ist, der Ertrag der Unternehmung sich im allgemeinen wesentlich nach der Größe des in derselben verwendeten Kapitals richten sollte. Denn mit dem Kapital wächst durchaus nicht immer und noch seltener ebenmäßig die Tätigkeit des Unternehmers, und diese kann insbesondere in verschiedenen Branchen bei gleich großen Kapitalien außerordentlich ungleich sein.

Bemüht sich der Unternehmer selbst in seinem Geschäfte, so ist er in vollem Rechte, wenn er sich für seine eigene Arbeit, von

ist die Vergütung, welche der Borger dem Darleiher für den Gewinn zahlt, den er durch den Gebrauch des Geldes machen kann. Ein Teil dieses Gewinnes kommt natürlich dem Borgenden zu . . . . ., ein Teil aber bleibt dem Darleiher, der jenem die Gelegenheit gibt, den Gewinn zu machen" (idem).

[1]) Gut dargelegt von H. Rösler, Vorlesungen über Volkswirtschaft, 1878, S. 138f.

welcher Art sie auch sei, einen ihrem Marktwert entsprechenden Lohn berechnet [1]) und diesen nicht mit seinem Profit verwechselt. Dieser Lohn ist aber auf alle Fälle eine Sache für sich, folgt seinen eigenen Gesetzen, steigt und fällt mit der Art und Dauer der Arbeit, und nicht mit der Größe des Kapitals, nach welcher man den Profit bemißt.

2. Daß der Profit kein Arbeitslohn ist, sieht man am deutlichsten dort, wo die ganze Unternehmerarbeit von bloßen Angestellten verrichtet wird und die Unternehmer dennoch einen regelmäßigen, oft sogar sehr hohen Gewinn beziehen, der weit über den gewöhnlichen Zins hinausgeht. So bei Aktiengesellschaften, so bei den staatlichen und kommunalen Wirtschaftsbetrieben.

Ad. Smith hat das schon sehr deutlich an's Licht gesetzt. „Man könnte glauben, der Kapitalgewinn sei nur ein anderer Name für den Lohn einer besonderen Art Arbeit, derjenigen nämlich, die in der Aufsicht und Leitung besteht. Der Kapitalgewinn ist jedoch etwas ganz anderes, wird durch ganz andere Prinzipien bestimmt und steht zu der Menge, der Beschwerlichkeit und dem Talenterfordernis jener vorausgesetzten Arbeit der Aufsicht und Leitung in keinem Verhältnis. Er richtet sich lediglich nach dem Werte des aufgewendeten Kapitals und ist je nach dem Umfang dieses Kapitals größer oder geringer. Nehmen wir z. B. an, daß an einem Orte, wo der gewöhnliche Jahresgewinn gewerblicher Anlagen zehn Prozent beträgt, zwei Fabriken sich befinden, in deren jeder zwanzig Arbeiter zu einem Lohn von je 15 Pfund jährlich beschäftigt sind, die also im ganzen je 300 Pfund Arbeitslohn zahlen. Nehmen wir ferner an, daß die groben Materialien, welche jährlich in der einen verarbeitet werden, nur 700 Pfund kosten, während die feineren in der andern 7000 kosten. Das in der einen aufgewendete Kapital wird in diesem Falle nur 1000 Pfund betragen, wogegen das der andern 7300 Pfund beträgt. Nach dem Satze von 10 % wird mithin der Unternehmer der einen nur auf einen jährlichen Gewinn von etwa 100 Pfund rechnen, während der Unternehmer der anderen auf etwa 730 Pfund rechnen wird. Obgleich aber ihr Gewinn so verschieden ist, kann doch ihre Arbeit der Aufsicht und Leitung ganz oder nahezu dieselbe sein. In manchen großen Fabriken wird fast die ganze Arbeit dieser Art

[1]) „Der Verwaltungslohn . . . erscheint (!) vollständig getrennt vom Unternehmergewinn sowohl in den Kooperativfabriken wie in den kapitalistischen Aktienunternehmungen" (Marx III. 1. S. 374).

einem Geschäftsführer übertragen. Sein Lohn drückt den Wert dieser Arbeit der Aufsicht und Leitung richtig aus. Obwohl bei Festsetzung seines Lohnes gewöhnlich nicht nur auf seine Arbeit und Geschicklichkeit, sondern auch auf das in ihn gesetzte Vertrauen Rücksicht genommen wird, so steht dieser Lohn doch niemals in einem geregelten Verhältnis zu dem Kapital, dessen Verwaltung er beaufsichtigt. Und obwohl der Eigentümer dieses Kapitals fast aller Arbeit entbunden ist, rechnet er doch darauf, daß sein Gewinn zu seinem Kapital in einem geregelten Verhältnisse stehe" (. S. 67 f.).

Man sieht, wie töricht hiernach die Meinung derjenigen ist, die durch die (in unsrer kapitalistischen Wirtschaft allerdings auch unmögliche) Beseitigung des Zinses die Welt erlösen wollen. Durch das Wegfallen des Zinses würde einfach die ganze Kapitalrente in der Hand des Unternehmers konzentriert. Eine solche Sozialpolitik ist also reine Profitpolitik[1]).

In Übereinstimmung mit dieser Lehre Smith's sagt Lexis (Handwörterb. II. Aufl., Art. „Verteilung" S. 465): Schon der erste historische Kapitalgewinn, der Handelsprofit, ist „nicht einfach als Vergütung für die Arbeit des Händlers aufzufassen. Denn dieser verfolgt auch schon in jener ersten Periode des Verkehrs mit mehr oder weniger Erfolg den Zweck, einen Gewinn nach Verhältnis des Wertes der umgesetzten Waren, also unabhängig von dem Maße seiner eigenen Arbeit zu erzielen". Und ebenda I. Aufl., S. 470: „Wenn die leitende Arbeit der selbsttätigen Unternehmer auch sehr hoch angeschlagen wird, so bleibt doch ein lediglich aus dem Besitz der Produktionsmittel abgeleiteter Gewinn von einer Höhe übrig, die sich nur aus den geschichtlichen Bedingungen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen erklärt . . ." Die klassische Nationalökonomie und der kritische Sozialismus eines Rodbertus und Marx stimmen in dieser Lehre vollkommen überein.

§ 67. Kritischer Exkurs über den Zins.

Ganz anders, aber, wie ich glaube, entschieden nicht besser ist die Erklärung des Problems bei den psychologischen Nationalökonomen. v. Böhm-Bawerk (Handwörterb., Art. Zins) meint

[1]) Könnte man, wie Proudhon meint, den Leihzins durch ein Dekret abschaffen, so würden die Rentiers nichts mehr ausleihen, sondern das Kapital

nach dem Vorgang von Jevons, der Zins beruhe darauf, daß gegenwärtige Güter mehr wert seien als künftige, daß z. B. 100 gegenwärtige Mark oder Zentner Weizen nicht mit 100, sondern etwa mit 105 nächstjährigen (im nächsten Jahr zur Verfügung oder Bezahlung gelangenden) Mark oder Zentnern Weizen gleichwertig gehalten werden. Wir kommen also auf dem psychologischen Wege wieder zu dem schon einmal konstatierten, etwas verblüffenden Resultat, daß 100 = 105 = 110 = 150 = 200 u. s. w.,

Nun gut. Ich borge mir jetzt 100 fr. aus, das sind gegenwärtige Franken. Die sind mehr wert als gleichviel künftige. Nun vergeht ein Jahr. Jetzt muß ich 105 fr. zurückzahlen. Das sind wieder gegenwärtige Franken, denn es gibt hoffentlich nicht nur einmal, sondern immerfort eine Gegenwart. Wenn ich nun 105 gegenwärtige für 100 vergangene Franken zahlen muß, folgt dann daraus nicht, daß die vergangenen Franken wertvoller sind als die gegenwärtigen? Aber warum wohl? Was von Franken gilt, muß auch von anderen Gütern gelten. Wir stellen daher die Frage: wieviel sind in gegenwärtigen 100 Äpfeln die Äpfel von 1890 oder 1790 wert? oder um dauerhafte Güter anzuführen: wieviel sind in gegenwärtigen 100 Talerstücken oder Zentnern Steinkohle oder Schuhnägeln die von 1850 wert? Abermals ein würdiges Problem für den psychologischen Ökonomen.

Ich denke, wenn wir, besonders vom Gebrauchswertstandpunkt aus, ernsthaft und ohne Symbolik oder Spekulation reden wollen, werden wir sagen müssen: die vergangenen Güter hatten einst ihren Wert, die gegenwärtigen haben ihn jetzt, die zukünftigen werden ihn zu ihrer Zeit haben. Für die künftigen kann ich möglicherweise allerdings schon jetzt etwas geben, aber doch nur in Hinblick und Erwartung, daß sie gegenwärtige werden und dann zu ihrer Zeit einen bestimmten Preis haben. Ist dieser Preis höher als der heutige, so kann ich jetzt vielleicht mehr geben, nämlich für das Versprechen, sie künftig zu liefern, als ich für sofort gelieferte geben würde. Aber ebenso leicht kann das Gegenteil der Fall sein.

Wer heute auf die Jagd gehen will, braucht heute ein Gewehr, wer in 6 Monaten gehen will, braucht in 6 Monaten eins. Immer braucht er ein „gegenwärtiges." Wer erst in 6 Monaten Hasen

selbst oder in Aktiengesellschaften für eigene Rechnung industriell anlegen. Die Masse des Mehrwerts bliebe dieselbe, nur ihre Verteilung änderte sich ein wenig (Engels, Zur Wohnungsfrage, S. 24).

schießen will, für den hat das heute „gegenwärtige“ Gewehr keinen „Wert“ im Sinn der Psychologen. Und wer gerade heute dieses barbarische Vergnügen genießen will, dem nützt das Gewehr, das er erst in 6 Monaten bekommt, gar nichts.

Aber es ist noch eine andere, wichtigere Frage übrig. Wenn jedermann für 100, die er jetzt bekommt, in einem Jahre 105 zahlen soll, so muß er die 105 dann auch haben, es müssen aus 100 Dukaten tatsächlich auf irgend eine Weise 105 geworden sein, sonst kann er sie nicht zahlen und die angebliche Wertdifferenz zwischen Gegenwart und Zukunft hat keine Bedeutung und keine Folgen. Werden etwa durch das bloße „Wertbewußtsein“ aus 100 105? Entstehen die neuen 5 Dukaten oder sonst irgend ein fünfprozentiger Zusatz einfach durch Wertgefühle oder Schätzung? Wenn dieses Wunder der Transsubstantiation von Gefühlen in geprägtes Geld nicht stattfindet, so muß auf irgend eine irdische Weise, durch irgend einen Prozeß, der zwischen dem Ausleihen des Geldes und der Rückzahlung desselben samt Zinsen stattfand, aus Geld regelmäßig mehr Geld geworden sein, wenn nicht der Entlehner immer ärmer werden soll, was beim sogenannten Produktivkredit offenbar nicht der Fall ist. In diesem Prozeß, nicht in der Wertdifferenz zwischen Gegenwart und Zukunft, liegt also die Möglichkeit, Zinsen zu zahlen, erst enthalten, aus diesem Prozeß muß der Fonds stammen, aus dem die Zinsen überhaupt erst entrichtet werden können, solange Hartgeld nicht psychologisch entsteht. Wenn es aber einen Prozeß gibt, der aus Geld mehr Geld macht, dann allerdings kann auf psychologische Weise — nur etwas anders — ganz leicht begriffen werden, warum der Unternehmer (wir sprechen bloß vom Produktivkredit — wenn dieser Zinsen zahlen kann, muß auch das Not- und Luxusdarlehen sie aufbringen, bis zum Ruin; jedenfalls macht alles in allem der Konsumtivkredit den Kreditnehmer notwendig ärmer, der Produktivkredit notwendig reicher) Zinsen zu zahlen bereit ist. Er will nichts als erwerben und wenn er mit geliehenem Gelde Erwerb für sich machen kann, dann ist er natürlich geneigt, demjenigen, der ihm das Geld leiht, also den Erwerb zugänglich macht — sofern er es umsonst nicht haben kann — einen gewissen Anteil am Erwerbe herauszuzahlen. Umsonst kann er's aber nicht haben, weil der Kapitalist auch erwerben will und also seinen Teil am Erfolg des Geldes ganz entschieden verlangt und ohne solchen Anteil das Geld im Kasten behalten würde.

Die eigentliche Frage ist also: wie kann der Unternehmer für 100 nach einem Jahre 105 zahlen? Aus ihrer Beantwortung ergibt sich, wie wir glauben, auf sehr einfache Weise der Grund, warum er's tut.

Hiernach ist also 100 nicht = 105, sondern wir sagen: wenn ich mit 100 von deinem Gelde 110 erwerben kann, so kann ich dir gar wohl 105 zurückgeben — was ziemlich einfach, aber sehr wahrscheinlich klingt.

Nach Dr. Alois Körner (Unternehmen und Unternehmergewinn, 1893, S. 34) tragen größere Kapitalien entsprechend größere Gewinne, weil durch sie eine größere „Intensität in der Ausübung der Funktionen jener vermittelnden Stellung, in welcher die Natur des Unternehmers liegt“, ermöglicht wird. „Das größere Kapital befähigt den Unternehmer, seine vermittelnde Funktion in der Volkswirtschaft intensiver auszuüben.“ Die Gewinne, sehr reelle Dinge, Franken und Mark, und was man dafür kaufen kann, als Brot und Fleisch und Zigarren und Champagner und Landhäuser, verdankt man also einfach der „Intensität“, die man nicht messen kann, nicht den Kapitalien, die man sehr genau messen kann. Solche Erklärungen sind bei den Psychologen besonders beliebt, sie sind zugleich harmlos und unkontrollierbar. Mit „Intensitäten“ läßt sich nicht streiten. Aber die „verschiedene Intensität der Ausübung der Unternehmerfunktion“ (S. 35) geht doch z. B. die Aktionäre nichts an, die den hohen Profit beziehen und gar keine Intensität entwickeln? — Doch es handelt sich hier, wie so oft bei neueren Theorien, hauptsächlich um die Widerlegung oder Vernichtung des Sozialismus und dazu reichen offenbar auch die nebulosesten Phrasen hin.

Seite 38 lesen wir: es handle sich nur um die „Vermittlung zwischen den einzelnen Produktionskräften“, daher auch der kapitallose Unternehmer, der „nicht einmal eigene geistige Arbeit“ leistet, dennoch je nach der Größe des Kapitals Profit macht. Das ist dann in der Tat eine „intensive Funktion“ und die soziale Frage ist gelöst! Man braucht weder was zu haben, noch was zu verstehen, man wird doch reich. Weniger als dumm und arm kann keiner sein.

§ 68. Dividenden.

Daß man dumm sein und gar nichts tun und dennoch hohe Profite einstecken kann, das ist allerdings richtig. Nur kapitallos

darf man nicht sein. Das beste Beispiel für diesen Fall und zugleich den besten Beweis für die reine Rentennatur des Profits (und natürlich auch des Zinses), also für die auch sonst für jeden, der sehen will, unzweifelhafte Tatsache, daß die Machtstellung des Eigentums gegenüber der Arbeit die Voraussetzung und Grundlage seines Anteils am Produkt der Arbeit ist, seines „Rechtes“ daran, liefern eben die Aktionäre. Daß diese nichts zu tun brauchen, um ihre Dividenden zu beziehen, liegt doch klar am Tage. Man kann in Honkong Aktionär der Rigi-Bahn sein. Was soll man für sie tun? Im besten Fall besucht man die Generalversammlung und schweigt in derselben, wenn man ein kleiner Aktionär ist, und schwindelt nicht selten, wenn man ein großer ist. Und selbst wenn man da im Jahr eine halbe Stunde lang etwas Nützliches sagt oder beschließt, ist das etwa ein Äquivalent für die Dividende?

Der bekannte deutsche Fabrikant H. Freese sagt in seiner Schrift „Fabrikantenglück“ (1899), in der er kräftig für Gewinnbeteiligung der Arbeiter eintritt: „daß die meisten Aktionäre kapitalistischer Gesellschaften . . . . mit der Leitung gar nichts zu tun haben, trotzdem aber ihre Dividenden einstreichen“.

Selbst die Tätigkeit der Verwaltungs- und Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften ist nach Marx (III. 1. 376) „bloßer Vorwand zur Plünderung der Aktionäre und zur Selbstbereicherung“, was neueste Vorkommnisse in Deutschland (Leipziger Bank u. s. w.) zu bestätigen scheinen. Man sieht auch daraus, wie lebhaft die Tätigkeit der Aktionäre (Unternehmer) sein muß, wie „intensiv“!

Um wieviel durchschnittlich die Dividende den normalen Zins übersteigt, ist vorläufig exakt nicht zu beantworten und wir werden vermutlich noch lange auf eine exakte Antwort warten müssen, wenn alle die Bedingungen für eine richtige Rechnung, die Josef von Körösi in seinem kritischen Essay „Die finanziellen Ergebnisse der Aktiengesellschaften“ (1900) aufstellt, erfüllt werden müssen [1]). Und man kann schon über diese Bedingungen sehr verschiedener Meinung sein. So meint Körösi, man dürfe keineswegs den

[1]) Nach seinen weitläufigen und mühevollen Untersuchungen und Berechnungen nur über die Budapester Aktiengesellschaften (Die finanziellen Ergebnisse der Aktiengesellschaften während des letzten Vierteljahrhunderts 1874—1898, Berlin 1901) betrug der Reingewinn im Durchschnitt von 25 Jahren 9,5 Prozent des Nominalkapitals, wobei die Reinverluste (über 42 Millionen) abgezogen sind (S. 193). Diese Ziffer ist für unsern Zweck genügend und entscheidend und sie wiegt um so schwerer, da Körösi mit dem Jahr nach dem großen Krach beginnt, der noch lange Zeit nachwirkte, und die zwei letzten, wirtschaftlich sehr ergiebigen Jahre des 19. Jahrhunderts wegläßt. Die Durchschnittsdividende, berechnet durch Vergleichung des Gesamt-Aktienkapitals mit der Gesamtsumme der ausgezahlten Dividenden, beträgt für dieselbe Periode 8 Prozent (S. 198). Doch ist zu bemerken, daß „die Dividenden bloß die Einnahmsseiten im Hauptbuche des (Gesamt)-Aktionärs repräsentieren, von diesen also die auf der anderen Seite verbuchten Verlustposten abzuziehen sind, wie dies bei Feststellung der reinen Rente erfolgen soll“ (S. 199).

Diese reine Rente nun, bei der Reserven und Tantièmen fehlen und die Verluste an eingezahltem Kapital bei zu Grunde gegangenen Gesellschaften, Kapitals-Abstempelungen, Verluste am laufenden Geschäfte und an Bezugsrechten voll in Anschlag gebracht sind, beträgt im Vierteljahrhundert für sämtliche Aktienunternehmungen 7,1 Prozent, bei Ausscheidung der (besonders prosperierenden) Sparkassen aber 5,8 Prozent. Nun vergleicht Körösi diese seine reine Rente mit dem Zins einiger pupillarsicheren Anlehen, sowie der Budapester Sparkasseneinlagen und findet, daß die Aktie „selbst bei Einrechnung aller Verluste . . . . mehr als die gesamten übrigen Anlagsformen getragen habe“ (S. 238). Beim Zins berücksichtigt er aber die auch sehr wohl möglichen Verluste nicht, obwohl hier bei ihm nur Staats- und Kommunalpapiere und Pfandbriefe (!) als pupillarsichere Werte in Betracht gezogen sind, in denen doch nicht alles vorhandene oder auch nur alles jetzt in Aktien angelegte Kapital Unterkunft finden kann. Und wie kann man überhaupt Aktiengesellschaften, die oft höchst riskante Geschäfte betreiben, bei dem Zwecke, um den es sich hier handelt, bloß mit den (relativ) sichersten Darlehensgeschäften vergleichen? Da müßte man die Gewinne und Verluste bei allen möglichen Darlehensgeschäften veranschlagen und dann den „reinen Zins“ (mit Berücksichtigung aller Zins- und Kapitalverluste) mit der „reinen Rente“ vergleichen, wobei diese noch vielmehr in Vorteil käme. Jedenfalls ist durch alle diese Untersuchungen, trotz allem, unsere Ansicht nicht widerlegt, sondern bestätigt. Und Körösi gibt zum Schluß selbst zu, daß „der mit Sachverständnis vorgehende Kapitalist sowohl die Lebensfähigkeit der Unternehmung als auch die Verläßlichkeit und Tüchtigkeit der agierenden Personen abzuschätzen und so einen eventuell glänzenden Aufschwung, wie ihn so viele unserer Aktiengesellschaften genommen, im vorhinein zu ahnen befähigt ist“ (S. 240), also sein Vermögen mit Vorteil in Aktien anlegen kann, während andererseits, wie wir hinzufügen, der Unkundige und Leichtsinnige sein Geld auch beim Ausleihen an Verschwender, Projektenmacher, Schwindler u. s. w. recht wohl und leicht bis auf den letzten Heller verlieren kann.

Nach dem „Merkur“ vom 16. November 1901 bezahlen übrigens ungarische Bank- oder Industrie-Aktiengesellschaften 15—20 % des bilanzmäßigen Reingewinns an Steuern (österreichische noch mehr, aber in allen andern Ländern ist die Steuer viel niedriger), was Körösi auch hätte berücksichtigen müssen. Denn daß der Staat durch die Steuer Renten herabdrücken kann, ist gewiß.

arithmetischen Durchschnitt der Dividenden nehmen, sondern müsse die Durchschnittsdividende aus dem Vergleich des Gesamtkapitals aller Aktiengesellschaften mit ihrer absoluten Gesamtdividende berechnen, was er den quantifizierten Durchschnitt nennt (S. 25). Das ist gewiß für sehr viele Zwecke ganz richtig, aber nicht für jeden.

Nehmen wir an, es seien in einem Lande 1000 Aktiengesellschaften, 999 mit einem Kapital von je 1 Million, eine mit einem Kapital von 999 Millionen. Von den ersteren mache jede eine Dividende von 10 %, die letzte habe einen Verlust von 10 %. Nun muß Körösi sagen: die Durchschnittsdividende sei = 0. Ist es nun richtig, hieraus zu schließen, daß die Aktiengesellschaft eine Unternehmungsform sei, bei der in der Regel kein wirtschaftlicher Erfolg zu erwarten sei! Daß derjenige, der neue Aktien al pari kaufe, im allgemeinen riskiere, sein Geld ohne allen Nutzen aufgewendet zu haben? Daß also kein vernünftiger Mensch Aktien kaufen soll?

Und wenn ein Einzelner sich an 10 verschiedenen Aktiengesellschaften, an jeder mit dem gleichen Vermögensbetrage beteiligt und die Dividenden 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20 % betragen, bezieht er da nicht von dem so angelegten Vermögen, sofern er die Aktien al pari gekauft, 11 Prozent? und ist es dabei nicht ganz gleichgiltig, ob die größte oder die kleinste Gesellschaft 2 oder 20 % verteilt? ist das Verhältnis der Kapitalgröße zum Gewinn nicht vielmehr — ceteris paribus, d. h. wenn große und kleine Unternehmen nach den volkswirtschaftlichen Verhältnissen gleichmäßig berechtigt sind — ein Zufall, der doch nicht über die Frage, ob eine Geschäftsform rentabel ist oder nicht, und in welchem Grade sie rentabel ist, entscheiden kann? Wenn in einer Stadt ein Dutzend mittlere und kleine Gasthäuser sehr einträglich sind und ein großartiges Hotel bankrott geht, kann man da sagen, daß in dieser Stadt das Wirtsgeschäft keine Aussichten habe?

Überhaupt ist auf diesem Gebiete schon die ganze Durchschnittsrechnung an sich eine nicht unbedenkliche Sache, sie bringt ein Risiko in eine Branche oder Geschäftsform, das derselben vernünftigerweise meist nicht zugerechnet zu werden braucht.

Welches Risiko ist verbunden mit einer Schwimmtour vom Zürichhorn nach Wollishofen? wie viel Prozent werden dabei ertrinken? Wie will man diese Frage beantworten? Wenn nur solche

Leute sich auf einen derartigen Sport einlassen, die dazu durch Gesundheit, Kraft, Geschicklichkeit, Entschlossenheit und Übung vernünftigerweise geeignet und berechtigt sind, so wird vielleicht einer von hundert infolge unberechenbarer Zufälle um's Leben kommen. Die unberechenbaren Zufälle muß man acceptieren, ihnen kann auch die beste Überlegung nicht entgehen.

Wenn aber Krethi und Plethi mittun, in der Hoffnung, vielleicht doch einen Preis zu gewinnen, so können auch 20 und 50 und mehr Prozent ertrinken.

Beim Wettschwimmen ist allerdings diese Wahrscheinlichkeit nicht groß, beim wirtschaftlichen Wettbewerb ist sie viel größer. Eine Menge „Geschäfte“ werden gegründet, die von vornherein den Keim des Todes in sich tragen. Jedermann sieht die Unmöglichkeit des Erfolgs oder wenigstens die hohe Wahrscheinlichkeit des Mißerfolgs, nur der unkluge Anfänger nicht[1]). Es gibt Zeiten, wo man Aktiengesellschaften gründen könnte zur trockenen Destillation der vierten Dimension. Es würden sich Leute finden, die ihr Geld daraufhin wagten, zum Nutzen der Gründer, die keinen anderen Zweck verfolgen, als Narren zu rupfen. Und wenn gewissenlose Leute und Ignoranten als Direktoren und Aufsichtsräte bestellt werden und selbst ein gutes Geschäft in's Verderben reiten, weil die große Masse der Aktionäre nichts von der Sache versteht oder sich um nichts kümmert oder sich von einigen durchtriebenen Faiseurs imponieren läßt: ist das alles unter die Rubrik Risiko zu bringen? Ist das Ziegelbrennen riskant, weil die Aufsichtsräte eine lüderliche Direktion machen lassen, was sie will? Um das wirkliche Risiko eines Unternehmens zu beurteilen, muß man, wie mir scheint, annehmen, daß es von vornherein einen angemessenen Bestand, eine zeitgemäße Ausrüstung habe, und den Anforderungen der Zeit gemäß geführt werde. Man kann Weizen in den Sand säen und mit Schlüsselbüchsen nach Hasen schießen. Aber wer wird darauf eine Statistik gründen? Man kann's ja tun, wenn man will, aber es hat wenig Bedeutung. Und so ist's auch mit der Rentabilität.

---

[1]) Übrigens meint schon Ad. Smith, daß die Zahl der besonnenen und glücklichen Unternehmungen überall weit größer sei als die der unbesonnenen und fehlschlagenden. „Trotz aller Klagen über häufige Bankerotte bilden die Bedauernswerten, die das Mißgeschick trifft, doch nur einen sehr kleinen Teil aller, die sich mit Handel und Gewerbe beschäftigen, und das Verhältnis ist vielleicht nicht viel höher, als eins zu tausend“ (II. 93).

Ich zählte im Jahre 1886 die Dividenden von 660 Aktiengesellschaften nach den Angaben des Berliner Tageblatts zusammen und fand einen Durchschnitt von 7.97 Prozent. Genau ist das selbstverständlich nicht. Verluste sind nicht berücksichtigt, denn das Minimum der Dividende ist mit Null angegeben. Aber es ist in den Dividenden auch bei weitem nicht aller Gewinn enthalten, Reservefonds, Tantièmen etc. gehören auch dazu. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, die Unternehmungen haben im Durchschnitt mindestens den doppelten Zins eingetragen.

Nach dem Zürcher Kurszettel betrug 1898 die „letzte“ Dividende von den 20 da angeführten Industrie-Aktiengesellschaften im Durchschnitt 9.17 %, im J. 99 für 21 Gesellschaften 9.12 %, im J. 1900 für 22 9.62 %.

Von 89 chemischen Fabriken auf Aktien in Deutschland wurden 1891 durchschnittlich 11.29 % Dividenden bezahlt. Die Dividendenzahlungen von 1890 bis 1882 zurück betrugen 12.81, 10.58, 9.78, 8.92, 7.17, 7.96, 6.37, 10.02 und für das Jahr 1882 12.82. Dabei haben 20 Fabriken ohne Dividenden gearbeitet (Soz. pol. Zentr.-Bl. II. 143 f.). Einige davon waren gewiß kopflos gegründet oder geführt.

Eine Mitteilung über die Aktienbanken in Großbritannien vom Mai 1893 schließt mit den Worten: „Da die meisten von ihnen ganz bedeutende Dividenden bezahlen (bis 20 und mehr Prozent), so beträgt der Marktwert der Aktien im ganzen fast das Dreifache des Nominalbetrages.“

Im Jahre 1892 belief sich die Zahl der Genossenschaften in England auf 1643, die Summe der Verkäufe auf 47457059 £, die der Gewinne auf 7278863 £, also $15^1/_3$ % der Verkäufe!

Nach einer Tabelle von R. E. May in „Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ (1901) betrug für

38 deutsch. Konsumgenossensch.	im J. 1864	der Reingew. in Proz. d. Kap.	32.2
46 „ „	„ „ 1866	„ „ „ „ „ „	59.0
75 „ „	„ „ 1868	„ „ „ „ „ „	51.0
143 „ „	„ „ 1871	„ „ „ „ „ „	39.1
172 „ „	„ „ 1883	„ „ „ „ „ „	55.2
263 „ „	„ „ 1890	„ „ „ „ „ „	77.7
512 „ „	„ „ 1898	„ „ „ „ „ „	82.7

Unter Kapital sind verstanden die Geschäftsguthaben der Mitglieder und der Reservefonds. Auf die Geschäftsguthaben allein

bezogen beträgt der im Jahre 1898 an die Genossen als Kapital- und Einkaufsdividende ausgezahlte Gewinn 114.7 Prozent. Die Jahre sind so ausgewählt, daß in jedem folgenden die Mitgliederzahl sich gegen das vorhergehende ungefähr verdoppelt hat (entnommen aus Heft 12, Jahrg. 1901 der Schweiz. Blätter f. Wirt. und Soz.-Pol.).

Die Aktie des (kapitalistischen) Konsumvereins Zürich, die ursprünglich mit 5 Fr. einbezahlt wurde, hatte nach dem „Tagblatt“ vom 21. Juni 1894 „zur Zeit einen Wert von **817** Fr.“ Im Jahre 1897 wurden an die Konsumenten 113930 Fr. Kaufsprovision ausgerichtet und 3000 Fr. für wohltätige Zwecke verwendet. Die Dividende betrug 40 Fr. per Aktie. Die Prosperität dieses gewiß sehr eigentümlichen „Konsumvereins“ hat seither sicher noch zugenommen. Auf den im Jahre 1897 aufgestellten „Nennwert“ von 1000 Fr. wurden 1901 trotz wesentlicher Abschreibungen auf die Liegenschaften 5 % Dividende entrichtet, also 50 Fr. auf ein Kapital von 5 Fr. Man sieht, wie wenig „Unternehmergenie“ zum Profitmachen auch im Handel gehört. Geschickte Beamte, ohne „eigenes Risiko“, mit mäßigem Gehalt reichen event. vollkommen aus, dazu etliche verständige, „gemeinnützige“ Leute, die gelegentlich sich der Sache als Leiter etwas widmen.

Dem „Kompaß, finanzielles Jahrbuch für Österreich-Ungarn 1893“, entnehmen wir folgende Tabellen:

Name der Industriegruppen	Zahl der Aktiengesellschaften	Das Aktienvermögen verzinst sich durchschnittlich mit %
Bau- und Baumaterialienindustrie	17	5.8
Berg- und Hüttenwerke	19	6.2
Badeanstalten und Hotels	7	1.4
Brauereien, Brennereien, Mälzereien	11	7.9
Dampfmühlen	2	7.0
Elektrizitätswerke	3	4.5
Gasindustrie	4	20.4
Maschinen- und Metallindustrie	14	18.3
Papier und Druckindustrie	6	5.7
Textilindustrie	11	6.4
Zuckerindustrie	10	3.3
Diverse Industrien	12	16.8
		8.05

Alle Durchschnitte sind hier, wie es Körösi wünscht, berechnet. Die Prozentsätze drücken das Verhältnis der Gesamtsumme der Reingewinne zu den Gesamtsummen der Aktienvermögen aus. Das Aktienvermögen aller 116 Gesellschaften warf also 8.05 Prozent ab, ein Resultat, welches nach T. W. Teifen (Februar-Heft 1894 der „Deutschen Worte") „in Anbetracht des gegenwärtigen niedrigen Zinsfußes glänzend genannt werden muß".

Die Wiener Banken geben folgendes Bild (ebenda):

Name der Banken	Reingewinn in Prozenten	Dividende des Aktienkapitals
Anglo-österr. Bank	7.99	6.66
Wiener Bankverein	9.32	7.0
k. k. priv. allg. österr. Bodenkreditanstalt	29.76	16.25
Öst. Zentr.-Bod.-Kreditbank	7.26	5.5
k. k. priv. öst. Kreditanstalt f. Handel und Gewerbe	10.62	8.75
Allg. Depositen-Bank	7.14	6.5
N.-Öst. Escompte-Gesellschaft	6.61	6.2
Wr. Giro- und Kassenverein	7.84	6.0
k. k. öst. Hypotheken-Bank	9.71	8.0
k. k. priv. öst. Länderbank	7.68	5.5
Wr. Lomb.- und Escomptebank	8.63	8.0
„Merkur"	16.25	15.0
Union-Bank	8.74	7.0
k. k. priv. allg. Verkehrsbank	6.86	6.43

„Das Aktienkapital aller Wiener Banken verzinst sich durchschnittlich mit nahezu 10 Prozent."

Verfolgt man die Profite der genannten Banken (ohne „Merkur") durch zehn Jahre zurück, so ergibt sich, daß Dividenden gezahlt wurden

im Jahre	0%	bis 5%	über 5 bis 10%	über 10 bis 15%	über 15 bis 20%
1882	—	1	11	1	—
1883	—	1	11	1	—
1884	—	3	9	1	—
1885	—	4	8	1	—
1886	—	4	8	1	—
1887	—	5	7	1	—
1888	—	2	9	2	—
1889	—	—	9	4	—
1890	—	—	10	2	1
1891	—	—	11	1	1
zusammen	—	20	93	15	2

Die Reservefonds-Dotierungen stiegen von 1887—1890 von 1.5 Millionen auf 4.9 Millionen, um mehr als das Dreifache.

Nach einer Zusammenstellung R. van der Borght's vom Jahre 1893 erzielte bei 3093 deutschen Aktiengesellschaften für das Jahr 1891/92 das eingezahlte Aktienkapital von über $5^3/_4$ Milliarden Mark einen Reingewinn von 521.4 Millionen oder 9.06 Prozent. Bei den Banken macht der Reingewinn 8.8 Prozent, bei den Industriegesellschaften 8.6 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals aus, dagegen bei den Versicherungsgesellschaften 29.5. Allerdings gibt es auch Unterbilanzen und zwar bei 3.2 Prozent der Banken, 9.26 der Versicherungsgesellschaften und 21.15 der Industrie- u. s. w. Gesellschaften.

Daß das Krisenjahr 1901 auf die Rentabilität der Unternehmungen im ungünstigsten Sinne einwirken mußte, wird jeder von vornherein annehmen.

Nach Calwer's 2. Jahrgang von „Handel und Wandel" (Berlin, Verlag von Edelheim) zeigt sich für die deutsche Großindustrie allerdings ein erheblicher Rückgang gegen das ungewöhnlich günstige Jahr 1900, aber immerhin noch eine recht anständige Rentabilität. Der Durchschnitt der Rente der großen Unternehmungen, gemessen an den Dividenden der Aktiengesellschaften, berechnet sich nach Calwer für 1900 auf **7.90** Prozent, gegen das Vorjahr (mit 10.96 Prozent), ein Rückgang um 3.06 Prozent, aber immer noch ein schöner Gewinnsatz. Dieser ist hauptsächlich den überaus günstigen Ziffern einiger Gewerbe zu verdanken. So stellte sich in der Zuckerindustrie dank der Preispolitik des Syndikats die Dividende für 1901 sogar etwas höher als für 1900, nämlich auf 13.35 Prozent gegen 12.36. Die Berg- und Hüttenwerke warfen im Durchschnitt 9.38 Prozent ab (1900 13.14 Pr.), ebenfalls dank den Syndikaten. In der chemischen Industrie ging die Dividende nur von 11.24 auf 10.41 zurück. Sehr günstig waren die Resultate der Porzellan-, Glas- und Steingutfabriken, die durchschnittlich 12.41 Prozent verteilten gegen 13.64 im Vorjahre. Auch Papier- und Gummifabriken blieben mit 8.13 gegen 10.96, Brauereien, Brennereien und Mälzereien mit 9.39 gegen 10.09 Prozent über dem Durchschnitt. Am schärfsten kommt der schlechte Geschäftsgang im Zementgewerbe und in der Maschinenindustrie zum Ausdruck. Die Dividende im ersteren fiel von 11.25 auf 5.48 Proz., in letzterem von 11.06 auf 6.11. Unter dem Durchschnitt bleibt noch die Elektrizitätsindustrie mit 5.79

gegen 9.55 Prozent, und die Metallverarbeitung mit 6.72 gegen 9.14 Prozent. Doch ist da überall noch Unternehmergewinn abgefallen, im Durchschnitt. Schlimmer ging es dem Textilgewerbe und der Müllerei. Ersteres brachte schon 1900 nur 4.58 Prozent ein, 1901 3.18, vielfach deshalb, weil die Verluste von 1900 erst im folgenden Jahre zum vollen Ausdruck kamen. Die Müllerei rentierte 1900 mit 5.29 Proz., 1901 nur mit 3.14.

Das sind nur beliebige, zufällige Notizen, die ich meinen Sammlungen entnehme. Ein vollständiges Material beizubringen ist unmöglich, und wäre auch hübsch langweilig für Schriftsteller und Leser. Das Eine, was zu beweisen war, ist doch wohl sicher, daß Aktienunternehmungen Profite und zwar große Profite machen können, und daß diese keineswegs der Arbeit der Unternehmer zu verdanken sind, daß man also nicht Arbeiter, sondern lediglich Kapitalist zu sein braucht, um Profit zu beziehen, daß mithin der Profit Rente, d. h. arbeitsloses, lediglich auf Grund des Eigentums zufallendes Einkommen ist, ganz wie die Grundrente und der Zins.

Man fragt vielleicht: warum kauft dann nicht jeder Aktien, wenn er doch so mehr Einkommen bezieht, als vom bloßen Ausleihen? Die Frage ist so klug wie manche andere, z. B.: warum macht nicht jeder Turnübungen, da doch das Turnen unzweifelhaft gesund ist? Ja, sie ist noch dümmer, denn viel leichter kann jeder von der Nützlichkeit des Turnens etwas wissen und es auch betreiben, als er die Rentabilität der Aktiengesellschaften zu beurteilen und im günstigen Fall sich daran zu beteiligen vermag. Solche Beurteilung liegt heute noch über dem Horizont der meisten und was die Beteiligung anbelangt, so muß sie, wenn man den vollen Gewinn genießen will, zumeist schon bei der Gründung eintreten. Denn wer später Aktien kauft, der muß schon den gemachten oder zu erwartenden Gewinn im Kurs bezahlen. Die Frage lautet also: warum beteiligt sich nicht jedermann an der Gründung der Aktiengesellschaften? Sie ist so müßig, daß man sie doch wohl nicht zu beantworten braucht. Oder hat vielleicht irgendwo in der Welt jeder Herr Meyer die Gelegenheit, die Möglichkeit, bei solchen Anlässen überhaupt mitzutun? und gar erst mit Verständnis der Sachlage? Zudem weiß er im allgemeinen, vom Hörensagen, daß man mit Aktien Gefahr laufen könne. Das schreckt ihn ein für allemal ab, je geringer sein Vermögen ist, desto mehr. Je weiter Sachkenntnis und wirtschaftliche Intelligenz und Erziehung um sich greifen, desto weiter wird sich auch das Aktienwesen verbreiten, wenn es nicht etwa von anderer Seite her, durch einen weiteren Fortschritt, die Genossenschaften, eingeschränkt wird. Den Hauptgewinn aus den Aktien werden aber immer notwendig die großen Herren haben, die „gründen" und an der Börse eine leitende Rolle spielen.

§ 69. Zins und Profit.

Wie wird geteilt zwischen Leihkapitalist und Unternehmer?

Nach Ad. Smith hält der Zins mit dem Gewinn regelmäßig gleichen Schritt. Steigt also die Kapitalrente überhaupt, so partizipieren Kapitalist und Unternehmer an dem Vorteil. „Es kann als Grundsatz gelten, daß, wo mit der Nutzung von Geld ein großes Geschäft gemacht werden kann, gewöhnlich auch für die Nutzung desselben viel bezahlt wird" und umgekehrt. „Je nachdem also der übliche Zinsfuß in einem Lande sich ändert, kann man auch mit Gewißheit annehmen, daß der gewöhnliche Kapitalgewinn sich mit ihm ändert, sinkt, wenn jener sinkt, und steigt, wenn jener steigt" (I. 123). „Werden . . . die aus der Nutzung eines Kapitals zu ziehenden Gewinne . . . verkleinert, so muß notwendig der Preis, der für die Nutzung desselben gezahlt werden kann, d. h. der Zinsfuß, sinken" (II. 109). Das Wort Nutzung ist selbstverständlich nur eine beliebige deutsche Übersetzung. Courcelle-Seneuil übersetzt mit Usage. Der Geldzins „hält immer mit dem Kapitalgewinne gleichen Schritt" (II. 113).

Dennoch ist es nicht die Ansicht Smith's, daß Zins und Kapitalrente überall und notwendig im gleichen Verhältnis stehen, wenn sie sich auch in derselben Richtung bewegen. „Das Verhältnis, in welchem der marktgängige Zinsfuß zu dem gewöhnlichen Satz des Reingewinns stehen muß, ändert sich notwendig je nach dem Steigen und Fallen des Gewinns. Doppelte Zinsen werden von den Kaufleuten in Großbritannien als ein guter, mäßiger, billiger Gewinn angesehen, — Ausdrücke, mit denen man nur einen gewöhnlichen und üblichen Gewinn meint. In einem Lande, wo der gewöhnliche Satz des Reingewinns acht bis zehn Prozent beträgt, mag es billig sein, daß bei Geschäften, die mit erborgtem Gelde getrieben werden, die Hälfte des Reingewinns als Zins abgeht. . . . . . Indessen kann das Verhältnis zwischen den Zinsen und dem Reingewinn in Ländern, wo der

gewöhnliche Gewinnsatz entweder viel niedriger oder viel höher ist, nicht das nämliche sein. Ist er viel niedriger, so kann für den Zins vielleicht nicht die Hälfte des Reingewinns bewilligt werden, ist er viel höher, so kann weit mehr gegeben werden" (I. 135).

Ricardo ist im ganzen derselben Ansicht. „Ohne Zweifel müßten wir, wenn der marktmäßige Zinssatz für irgend einen beträchtlichen Zeitabschnitt genau bekannt werden könnte, auch ein erträglich richtiges Kennzeichen haben, nach welchem das Fortschreiten des Gewinnstes zu schätzen wäre" (264). Jedoch: „der Zinsfuß, obgleich zuletzt und beständig durch den Gewinnsatz bestimmt, ist doch zeitweisen Veränderungen zufolge anderer Ursachen unterworfen" (265), wegen außerordentlicher Nachfrage nach Leihkapital in gewissen schwierigen Zeiten u. s. w.

Rodbertus meint: „Man muß unter allen Umständen festhalten, daß, wo keine bedeutende Risiko-Prämie im Spiele ist, der Zinsfuß sich allein nach dem Gewinn richtet, der mit der geliehenen Summe zu machen ist — je höher oder niedriger der Gewinnsatz, desto höher oder niedriger muß auch der Zinsfuß sein" (Jahrb. f. N. Ö. u. St., N. F. 8. Bd.). Auch über das quantitative Normalverhältnis von Zins und Gewinn scheint er mit Smith übereinzustimmen. „Ich leite den Unternehmungsgewinn so gut aus dem Besitz ab wie den Zins und lasse beide nur Zweige des einen Kapitalgewinns oder der einen Kapitalrente sein, die beide begreift. Ist das Kapital nicht geborgt, so fallen beide in demselben Betrieb bei derselben Persönlichkeit zusammen; ist es zum Betriebe geborgt, so muß der Unternehmer die Hälfte dem Kapitalbesitzer abtreten. Die andere Hälfte behält er als Profit." Unsere Durchschnitte machen es nicht unwahrscheinlich, daß der Profit mindestens den doppelten Zins beträgt.

Marx hält es für selbstverständlich, „daß der Zins vom Kapital in demselben Maße abnimmt, wie Masse und Zahl (?) des Kapitals zunimmt, wie das Kapital anwächst". Doch das sagt er schon 1849 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" (Lohnarbeit und Kapital, Neuabdruck Hottingen 1884, S. 32) und in der „Rede über die Frage des Freihandels" (ebenfalls 1849 — „da der Zinsfuß in dem Maße fällt, als die Kapitalien sich anhäufen"). Indessen kann das ganz gut mit Smith zusammenstimmen, wenn man, wie Marx später im „Kapital", annimmt, daß auch der Profit per Kapitaleinheit rückwärts geht, — wovon wir jedoch später sprechen werden.

Engels scheint eine gegensätzliche Bewegung von Zins und Profit offenbar für sehr möglich zu halten. „Der Zins des ausgeliehenen Geldkapitals ist nur ein Teil des Profits; der Profit . . . ist nur ein Teil des, in Gestalt von unbezahlter Arbeit, der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse abgenommenen Mehrwerts. Die ökonomischen Gesetze, die den Zinsfuß regeln, sind von denen, die die Rate des Mehrwerts regeln, so unabhängig, wie dies überhaupt zwischen Gesetzen einer und derselben Gesellschaftsform stattfinden kann. Was aber die Verteilung dieses Mehrwerts unter die einzelnen Kapitalisten angeht, so ist klar, daß für Industrielle und Kaufleute, die viel von anderen Kapitalisten vorgeschossenes Kapital in ihrem Geschäft haben, die Rate ihres Profits in demselben Grade steigen muß, wie — wenn alle anderen Umstände sich gleichbleiben — der Zinsfuß fällt" (Zur Wohnungsfrage, Hottingen 1887, S. 23). Das ist allerdings so schrecklich klar, daß man es gar nicht besonders zu sagen brauchte. Aber wer es sagt, muß doch annehmen, daß der Fall auch wirklich eintreten kann, nämlich daß die Kapitalrente gleichbleiben und der Zinsfuß dabei sinken kann, so daß der Unternehmer immer mehr bekäme, wenn er mit Leihkapital wirtschaftet.

Ich glaube, daß das ohne Zweifel geschehen kann. Leihkapitalisten und Unternehmer sind in einem natürlichen Interessenkampf um ihre beiderseitigen Anteile an der Kapitalrente. Wessen Position in diesem Kampfe stärker ist, der wird den größeren Teil der gemeinsamen Beute davon tragen. Brauchen die Unternehmer aus irgend einem Grunde — es ist unmöglich, die denkbaren Gründe vollständig aufzuzählen — mehr Leihkapital, als ihnen angeboten ist, so werden sie, wenn die Kapitalrente nicht entsprechend wächst, einen absolut und relativ größeren Teil derselben den Leihkapitalisten als Zins überlassen müssen. Ist mehr Leihkapital angeboten, als die Unternehmer suchen, so trifft der Schaden den Zins, er wird bei gleichbleibender Kapitalrente absolut und relativ sinken. Möglich ist es gewiß auch, daß bei wachsender Kapitalrente der Zins mindestens relativ fällt und daß er bei abnehmender wächst.

Wir werden im allgemeinen mit vollem Recht, auf Grund einer breiten Erfahrung, annehmen dürfen, daß ein immerfort zunehmender Teil des gesamten Kapitals nur durch Ausleihen zu einem Ertrag gebracht werden kann, daß also die Position der Leihkapitalisten im regelmäßigen Verlauf der Dinge immer schwächer, die

der Unternehmer mithin stärker wird — allerdings mit temporären Unterbrechungen und Störungen dieses natürlichen Prozesses.

Wir finden eher mehrere Generationen von Künstlern als von Unternehmern in einer Familie. Künstlersöhne werden als Künstler erzogen, die Söhne reichgewordener Unternehmer aber als vornehme Herren und Sportsleute, als Offiziere, Beamte, Gelehrte, bloße Lebemänner. Und die erbenden Töchter werden erst gar nicht Unternehmerinnen und selten Frauen von Unternehmern. Alle diese Leute sind darauf angewiesen, ihr Vermögen auf Zinsen auszuleihen, und wenn nicht neben dem Geschäftskredit auch der Konsumtivkredit (der Staaten, Provinzen, Gemeinden) enorm angewachsen wäre, müßte der Zinsfuß sicher viel tiefer stehen, als es tatsächlich der Fall ist. Denn die Nachfrage nach Leihkapital, die von der Konsumtion ausgeht, muß, obwohl hier keine Kapitalrente zu verteilen ist, auf den Zinsfuß ganz ebenso wirken, wie die Nachfrage der Unternehmer, und umgekehrt.

Dazu kommt noch ein anderes, dem Zins nachteiliges Moment, nämlich dies, daß der normale, noch konkurrenzfähige Umfang der Geschäfte in den meisten Branchen beträchtlich gewachsen ist und fort und fort wächst. Aus diesem Grunde ist für gar manchen Kapitalbesitzer, der in früheren Verhältnissen gar wohl hätte selbständiger Unternehmer werden können und dies auch geworden wäre, ein solcher Schritt jetzt einfach unmöglich geworden. Wo ehemals z. B. mit 20000 ein Geschäft zu begründen war, ist jetzt unter 100000 überhaupt nichts mehr anzufangen. Und wer ein kleines Geschäft selbständig zu leiten vermag, ist häufig auch persönlich nicht einem großen gewachsen, selbst wenn das Kapital zu beschaffen wäre. Und in dem Maße, wie der Kredit wichtiger wird, verlieren abermals die kleinen Unternehmungen an Lebenskraft.

Andererseits wirken ja gewiß die Aktiengesellschaften dem Fallen des Zinses einigermaßen entgegen. Denn mittels der Aktie kann auch das kleine Kapital an großen Unternehmungen sich beteiligen, als Mitunternehmer auftreten, ohne Talent und ohne eigenen Kredit. Allein wir haben an anderer Stelle bereits erörtert, daß diese Remedur aller Wahrscheinlichkeit nach doch nur in geringem Maße stattfindet, daß kleine Vermögen, die alle zusammen doch eine ungeheure Menge Kapital ausmachen, aus naheliegenden Gründen in der Regel die Aktie scheuen und zumeist, wenn überhaupt, erst kaufen, wenn ihr Preis schon auf Grundlage des herrschenden Zinsfußes normiert ist.

Trotz alledem kann zeitweilig eine außerordentliche Nachfrage nach Leihkapital auftreten und den Zinsfuß steigern, selbst wenn es mit dem Profit recht schlecht steht, und derjenige würde sich schwer irren, der im Vertrauen auf ein angebliches „Gesetz“ des fallenden Zinsfußes seine Geschäfte auf eine lange Reihe von Jahren regulieren wollte.

In England wurde 1731 ein dreiprozentiges Staatsanlehen emittiert und erreichte bald den Kurs von 107. In den Niederlanden hatten 1773 die dreiprozentigen Obligationen der Generalstaaten den Kurs von 107, die $2^1/_2$ prozentige der Provinz Utrecht den Kurs von 102. Verschiedene Anlehen in Holland wurden zweiprozentig ausgegeben und kamen auf's Pari. Allerdings handelte es sich hier immer um ganz sichere Anlagen. Daneben wucherte man nach Herzenslust. In Spanien liehen die Kapitalisten Mitte des 18. Jahrhunderts den soliden kaufmännischen Gesellschaften gern Geld zu 2 und 3 Prozent. Auch in Deutschland gab man im 18. Jahrhundert Darlehen bester Qualität zu 3 Prozent. (Claudio Jannet, Le Capital, S. 464f.).

Waren im 18. Jahrhundert die Profite sehr niedrig, so daß sich damit der niedrige Zinsfuß bei „soliden kaufmännischen Gesellschaften“ erklärt?

Der treffliche Thorold Rogers gibt uns für diese Zeit einen historischen Beweis, wie niedriger Zinsfuß neben hohem Gewinne herlaufen kann. „Man muß in Betracht ziehen, daß die Handelsgewinne in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts sehr groß waren. Da der größte Teil dieser Gewinne in die Hände einiger Aktiengesellschaften fiel, denen von der Regierung gegen die Gewährung bedeutender Vorschüsse Monopole verliehen waren, so erwarb sich eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen gewaltige Vermögen. Der sehr niedrige Zinsfuß (!), der in jener Zeit herrschte, ist ein Beweis für die Höhe der Profite (!) und die Allgemeinheit des Zurücklegens (!) von Geld, wenigstens unter den begüterten Klassen“ (Geschichte der englischen Arbeit, S. 372). Da haben wir einen typischen Fall: viele Leihkapitalisten, wenige große Unternehmer, das gibt hohe Profite und niedrige Zinsen. Gehen wir, sofern sich der Kapitalismus frei weiter entwickelt, ohne störende und umgestaltende Gegenströmungen, durch Trusts und sonstige Riesenunternehmungen nicht einem solchen Zustande entgegen? Das Ende wäre, daß der gewöhnliche Mensch überhaupt kein Vermögen mehr erwerben und erhalten könnte, daß alles Kapital und alle

Rente in wenigen Händen wäre. Doch dahin kommt es nicht, die Association der vielen Kleinen kann allmählich mächtiger werden als die der wenigen Großen und ein riesiges Genossenschaftsvermögen sammeln, das allen gleichmäßig zugute kommt, je nach ihrer Fähigkeit, der Gesamtheit zu dienen.

Übrigens haben auch Rodbertus und Marx nicht an ihrer oben dargestellten Ansicht festgehalten, sondern dieselbe gelegentlich wesentlich in unserem Sinn modifiziert, und zwar Marx viel mehr als Rodbertus, so sehr, daß wir ihn vollständig als Vertreter unserer Anschauung hinstellen können.

Rodbertus sagt (Beleuchtung S. 131): „Das Verhältnis selbst, in welchem sich die gegebene Höhe des Kapitalgewinns (er meint damit die ganze, dem Kapital zufallende Rente) zwischen Zinsen und Unternehmungsgewinn teilt, wird dann allerdings . . . . . auch davon abhängen, in welchem Verhältnis das vorhandene Kapitalvermögen von den Besitzern verliehen oder selbst zu Unternehmungen benutzt wird. Wenn viele Reiche im Volke anfangen, sich nicht mehr auf eigene Rechnung mit der produktiven Anwendung ihres Vermögens zu beschäftigen, sondern der Regel nach ihr Vermögen ausleihen und also anderen den Bezug des Kapitalgewinns, aus dem die Zinsen erst bezahlt werden, zu überlassen, so wird es geschehen, daß der Zinsfuß von Leihkapitalien zum Nachteil der Ausleiher und zum Vorteil der Anleiher gedrückt wird, jene werden in den Zinsen einen geringeren Teil des Kapitalgewinns bekommen, diese im Unternehmungsgewinn einen größeren davon behalten.“ In den folgenden Sätzen aber verwischt er diesen Gedanken wieder bedenklich.

Es ist klar, daß hier eine wichtige Frage von großer sozialer Bedeutung vorliegt.

Denn wenn es erstens wahr wäre, daß ein niedriger Zinsfuß schon an sich ein vollgiltiger Beweis für einen niedrigen Unternehmergewinn wäre, und wenn zweitens, wie man ebenso oft behauptet hat, der Zinsfuß die gesetzmäßige Tendenz hätte, immerfort niedriger zu werden, so müßte entweder aller Fortschritt des allgemeinen Reichtums, aller Erfolg der wachsenden Produktivkraft der menschlichen Arbeit in stets wachsendem Maße der Arbeit selbst zu gute kommen, oder ganz gratis und ohne alle soziale Gegenleistung dem Grundbesitz in den Schoß fallen. Der Kapitalismus wäre dann unter allen Umständen entweder ein gewaltiger Fortschritt im Sinne der sozialen Demokratie oder mindestens ganz

schuldlos an allem sozialen Elend, welches lediglich durch das Grundeigentum erklärt würde. Beide Auslegungen finden sich in der Tat in den nationalökonomischen Theorien und beide sind falsch, weil ihre Voraussetzung, das notwendige Sinken der Kapitalrente, nicht zutrifft.

Hören wir nun Marx, wie er in seinem letzten Werke spricht.

Die Teilung zwischen Zins und Profit, resp. die Frage, welcher Teil der Kapitalrente als Zins gezahlt werden muß, hängt ganz von der Konkurrenz ab (III. 1. S. 341).

Es gibt immer mehr Leute, die bloß vom Zins leben wollen; das drückt den Zins, auch bei gleichbleibender Profitrate. Ebenso die Entwicklung des Kreditsystems, wodurch alle Ersparnisse in den Banken konzentriert und den Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden (ib. 346).

Eine allgemeine Notwendigkeit, ein Gesetz des Zinsfußes oder der Teilung zwischen Profit und Zins gibt es nicht. „Gewohnheit, gesetzliche Tradition etc. haben ebensosehr wie die Konkurrenz selbst zu tun mit der Bestimmung des mittleren Zinsfußes —“ (ib. 347 ff.).

Es ist „nur die Konkurrenz“ zwischen Geldkapitalist und Unternehmer, „die den Zinsfuß schafft“ (ib. 355, s. auch III. 2. S. 25f.).

„Wollte ein ungebührlich großer Teil der Kapitalisten sein Kapital in Geldkapital verwandeln, so wäre die Folge ungeheure Entwertung des Geldkapitals und ungeheurer Fall des Zinsfußes“ (ib. 363).

Der Zinsfuß kann steigen, durch wachsende Nachfrage nach Geld, obgleich der Profit fällt (ib. 406).

Der Zinsfuß ist auch niedrig in der Zeit des Aufschwungs, der der Überanspannung vorangeht. „Die Leichtigkeit und Regelmäßigkeit der Rückflüsse, verknüpft mit einem ausgedehnten kommerziellen Kredit, sichert das Angebot von Leihkapital trotz der gesteigerten Nachfrage und verhindert das Niveau des Zinsfußes zu steigen“ (III. 2. S. 26).

Das Maximum erreicht der Zinsfuß, sobald die Krisis hereinbricht. Hier herrscht fast absoluter Mangel an Leihkapital, Überfluß an unbeschäftigtem industriellen Kapital und kein Kredit (ib., auch S. 51).

„Wenn der (mittlere) Zinsfuß sich für längere Zeit hochhält . . . ., so ist dies prima facie Beweis, daß während dieser Zeit die Rate des Profits (gemeint ist die gesamte Kapitalrente

— der Zitierende) hoch ist, beweist aber nicht notwendig, daß die Rate des Unternehmergewinns hoch ist . . . . Es ist — möglich, daß diese hohe Profitrate, nach Abzug der hohen Zinsrate, nur eine niedrige Rate des Unternehmergewinns übrig läßt. Diese letztere mag einschrumpfen, während die hohe Profitrate fortdauert . . . Hohe Zinsrate kann gezahlt werden mit hoher Profitrate, aber abnehmendem Unternehmergewinn“ (ib. S. 50).

Es gibt also allerlei Fälle, wo Zins und Profit (Unternehmergewinn) sich nicht in derselben Richtung bewegen, beide bilden durchaus nicht immer dieselben Quoten der Kapitalrente. Eine Störung in ihrem gegenseitigen Quoten-Verhältnis kann herbeigeführt werden durch allerlei vorübergehende Einflüsse und Tatsachen, welche auf die Konkurrenzverhältnisse (Nachfrage und Angebot nach und von Leihkapital) einwirken; es kann aber auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Zustände ganz regelrecht und dauernd dazu führen, daß die Position der Leihkapitalisten oder der Unternehmer gestärkt oder geschwächt wird, daß der Profit auf Kosten des Zinses oder der Zins auf Kosten des Profits wächst. Ich neige mich der Überzeugung zu, daß in unserer Volkswirtschaft im großen und ganzen der Leihkapitalist der schwächere Teil wird. Doch diese Entwicklung erleidet gelegentlich längere Unterbrechungen, wie wir aus den Erfahrungen der letzten Jahre wissen, und man darf sich, wie gesagt, bei längeren wirtschaftlichen Plänen und Operationen auf ein „Gesetz des abnehmenden Zinsfußes“ nicht wie auf das Gravitationsgesetz verlassen.

Wir haben hier nicht Zeitfragen zu besprechen, möchten aber auf einen oft begangenen Irrtum aufmerksam machen, der in einem neuesten, im übrigen ja sehr verdienstvollen Buche von Rudolf Eberstadt (Der deutsche Kapitalmarkt, 1901) wieder hervortritt und zum Haupterklärungsgrund der letzten Steigerung des Zinsfußes gemacht wird. Der Verfasser will die Erhöhung des Zinsfußes (in Deutschland) hauptsächlich auf die Kapitalnachfrage zurückführen, welche vom Grundbesitz (nicht etwa von der Landwirtschaft) ausgeht. „Die Hypothek saugt alles auf.“ Die Kapitalisierung von Grund und Boden beanspruche vier Milliarden Mark. Die Hypothek habe in Deutschland stets die erste Verfügung über den Kapitalmarkt. Dadurch werde auch hier allem andern Bedarf, insbesondere auch für die Industrie, das Kapital verteuert. —

Wenn ein Grundbesitzer stirbt mit Hinterlassung von vier

Kindern, von denen eins das Gut übernimmt, während die anderen ihren Anteil als Hypothek „stehen“ lassen: entsteht da eine Anforderung an den Kapitalmarkt?

Wenn ein Mann sein Gut verkauft, ohne Anzahlung, und also den gesamten Verkaufspreis als Hypothek „stehen“ läßt, entsteht da eine Anforderung an den Kapitalmarkt?

Wenn im ersten Fall der Gutsübernehmer seine Miterben bar auszahlt, wozu eine Hypothekenbank ihm das Geld vorstreckt: wird da diese Geldsumme wirklich dem Kapitalmarkt entzogen, verschwindet sie als Kapital auch nur für einige Zeit, sodaß das Gesamtangebot an Kapital vermindert ist? Ich denke, daß dies nicht der Fall ist, ausgenommen, wenn die Miterben das Geld vergeuden oder hartnäckig in der Schublade liegen lassen. Das werden sie aber doch in der Regel nicht tun, sie werden entweder Unternehmer werden oder das Geld sofort wieder ausleihen, letzteres zumeist. Also: statt daß die Hypothekenbank es ausleiht, leihen es andere Leute aus. Es wird mithin nach wie vor gleich viel ausgeliehen. Oder wenn sie es selbst zur Unternehmung verwenden, wird die Nachfrage seitens der Unternehmungen nach fremdem Kapital vermindert.

Und ganz ebenso ist es im zweiten Fall. Der Boden verschlingt kein Kapital, er saugt keins auf, außer etwa für Meliorationen, die dem fixen Kapital der Industrie am ähnlichsten sind und eine Geldsumme als Kapital für längere Zeit verschwinden lassen, sodaß das Angebot an Kapital wirklich vermindert wird. Die Hypotheken sind doch um des Himmels willen kein Kapital, sondern Forderungsrechte, resp. Schulden. Ein schweizerischer Sozialistenführer erzählte mir einmal, wie er mit einem Bauer lange Zeit vom Kapital (mit Bezug auf die Landwirtschaft) gesprochen und zu keinem Ziel gekommen sei, weil der Bauer ihn und er den Bauer nicht verstand. Keiner wußte, was der andere mit dem Kapital meine. Endlich kam der Sozialist darauf, daß der Bauer mit dem Worte Kapital seine Hypothekenschulden bezeichnete. Bei einem Bauer mag das angehen, aber solche Bauern sollten in der Wissenschaft nicht vorkommen.

§ 70. Pacht und Grundrente.

Der Pächter kann die ganze Grundrente dem Eigentümer herausgeben, ohne Nachteil im Vergleich zum industriellen Unter-

nehmer. Er bezieht dann immer noch, nach kapitalistischer Rechnung, die ganze Rente seines eigenen Kapitals und den Profit, die Unternehmerrente, vom geliehenen. Er kann also ebensogut und mit denselben Vorteilen und Kautelen wie der industrielle Unternehmer für den Betrieb seines Geschäftes fremdes Kapital heranziehen.

Allein die Konkurrenz und dazu noch manche andere Verhältnisse des wirklichen Lebens, die eine reine Entfaltung des kapitalistischen Prinzips verhindern, können Abweichungen von der allgemeinen Verteilungsregel herbeiführen, hauptsächlich folgende. Bei sehr großen Pachtungen kann es, aus Mangel an Konkurrenz geeigneter und sicherer Unternehmer, leicht vorkommen, daß der Pächter mehr bezieht, als ihm nach kapitalistischer Rechnung gebührt, nämlich auch einen Teil der Grundrente. Bei kleinen Pachtungen und großer und heftiger Konkurrenz ungeschulter und unbedachter Landleute von geringem Vermögen wird der Grundeigentümer sehr oft mehr als die kapitalistisch berechnete Grundrente beziehen, also einen Teil des Profits oder selbst des Zinses der Pächterkapitalien, oder die ganze Kapitalrente oder selbst noch einen Teil des Arbeitslohns[1]).

[1]) Siehe Lorenz von Stein: Die drei Fragen des Grundbesitzes und seiner Zukunft. 1881. S. 118f. „Selbst wo die Parzellenwirtschaft auf gepachtetem Boden betrieben wird, umfaßt das Pachtgeld weit mehr als unter irgend welchen anderen Verhältnissen einen Teil des Profits und selbst einen Abzug vom Arbeitslohn; es ist dann nur nominell Rente, nicht Rente als eine selbständige Kategorie gegenüber Arbeitslohn und Profit“ (Marx, III. 2. 344.).

X. Arbeitslohn. Theorie.

§ 71. Der notwendige Unterhalt.

Die große, radikale, ursprüngliche Teilung des gesellschaftlichen Produkts findet statt zwischen Besitz und Arbeit.

Der Unternehmer ist in unserer Wirtschaft der Vermittler aller Verteilung. In seine Hand kommt alles, durch seine Hand geht alles. Er findet die Grundbesitzer und Kapitalisten, die nicht selbst Unternehmer sind, er findet die Arbeiter ab, indem er jeder dieser Personen jenen Teil des Gesamtertrags der Produktion (in der Wertform des Geldes) zumißt, auf den diese nach den mit ihm abgeschlossenen (Pacht-, Miet-, Leih- und Lohn-)Verträgen, deren Inhalt wesentlich, wenn auch nicht ganz ausschließlich, durch die ganze jeweilige Gestaltung der gesellschaftlichen Wirtschaft bestimmt wird, Anspruch haben.

Über die Momente, welche bei der Teilung zwischen Unternehmer und Grundbesitzer, sowie zwischen Unternehmer und Kapitalist, also bei der weiteren Teilung der Gesamtrente zwischen den zu ihrem Bezug Berechtigten, den Ausschlag geben, haben wir bereits im vorstehenden abgehandelt. Es bleibt noch übrig zu untersuchen, durch welche Umstände oder Kräfte die Teilung zwischen Lohn und Rente überhaupt bestimmt wird, wovon also im allgemeinen der Inhalt des Lohnvertrags abhängt.

Die Interessen von Besitz und Arbeit sind hiebei antagonistisch. Je mehr von dem Wert des Gesamtproduktes der Arbeit zufällt, desto weniger gibt es Rente überhaupt. Der bloße Grundbesitz steht, wenn es auf die Teilung einer bestimmten Quantität Rente ankommt, dem bloßen Kapitalisten allerdings auch antagonistisch gegenüber, und dieser wieder in einem gewissen Sinn dem Unternehmer. Allein alle diese haben doch das gemeinsame Interesse, daß die Rente überhaupt möglichst groß sei und daß mithin die Arbeit möglichst wenig vom ganzen Produkt bekomme. Der

Unternehmer steht als Repräsentant der Besitzes-Interessen jedenfalls dem Arbeiter gegenüber, er will in jedem Fall Rente, mindestens in der Form des Profits. In irgend einem Umfang ist er regelmäßig auch selbst Kapitalist, bezieht oder berechnet sich also auch Zins, und viele Unternehmer sind auch Grundbesitzer, sodaß gewiß kein Zweifel darüber bestehen kann, wo ihre Interessen liegen, und zwar umso weniger, je mehr die Unternehmer lediglich als Besitzer Einkommen beziehen, je weniger von eigentlich produktiver Arbeit derselben die Rede sein kann, indem sie entweder überhaupt nichts zum Geschäfte tun, oder nur solche Tätigkeiten vollziehen, welche die Rente für ihre Taschen sichern sollen — Oberaufsicht und Kontrolle.

Ein Handwerksmeister, ein Bauer ist kein voller Unternehmer, sondern ein Zwitterding, und je wichtiger seine persönliche Produktionsarbeit ist, desto mehr fallen auch seine Interessen auf die Seite der Arbeit. Diese Figuren gehören eben nicht zu den Typen der kapitalistischen Wirtschaft und die Lehre von der kapitalistischen Einkommensverteilung kann unmöglich auf sie zugeschnitten, nach ihrer Lage gemodelt sein.

Stellen wir nun dem Unternehmer den Arbeiter gegenüber, Mann gegen Mann, zu individuellem Interessenkampfe, so kann der Ausgang doch nicht zweifelhaft sein. Der arme Mann bittet um Arbeit und der reiche gibt sie ihm, wenn er will, und zu den Bedingungen, die ihm gefallen und die er allein festsetzt. Und wenn er aus der Arbeit möglichst viel Profit schlagen will, wie es die Natur und Aufgabe des Unternehmers ist, so wird er so wenig als möglich für die Arbeit ausgeben, nicht mehr, als daß diese in der verlangten Qualität und Quantität dauernd geliefert werden kann. Und wenn der Arbeiter nicht mehr als das bekommt, so bekommt er eben seinen notwendigen Unterhalt, nämlich ein solches Einkommen, welches gerade hinreicht, daß er das, was von ihm gefordert wird, leisten kann.

Vorausgesetzt ist eine besitzlose Arbeiterklasse, die wir ja haben, und das Vorhandensein einer solchen Masse arbeitsuchender armer Leute, daß die Unternehmer nicht in Verlegenheit sind, ihren Bedarf jeweilen zu decken. Auch an dieser Bedingung hat es durchschnittlich nie gefehlt in unserer kapitalistischen Zeit.

So lange es Menschen gibt, die verhungern oder betteln müssen, wenn sie keine Arbeit finden, und solange derlei Menschen sich in dem Maße fortpflanzen, daß ihrer stets reichlich genug vorhanden sind, wird der Lohn der gewöhnlichen Handarbeit dauernd nicht höher sein, als daß sie die von ihnen zu leistende Arbeit wirklich leisten und ihren Nachwuchs durchschnittlich ernähren können.

Was in jedem Lande und zu jeder Zeit als notwendiger Unterhalt angesehen werden muß, das hängt vom Klima, von der Rasse, von der Art und Intensität der Arbeit, und auch von der Geschichte jedes Landes und seiner Klassen ab, insbesondere davon, ob der Arbeiter seit lange frei ist, oder gar stets ein freier Mann war, oder ob er erst seit kürzerer Zeit seine Freiheit und rechtliche Gleichstellung mit den anderen Klassen erlangt hat, in welchem materiellen und geistigen Zustand er sich bei seiner Befreiung befand u. s. w.

Die Lebensgewohnheiten und -Anschauungen aller Klassen wechseln von Land zu Land und von Zeit zu Zeit, so auch die der Arbeiter. Es besteht für die große Masse jederzeit ein durch den Gang der Verhältnisse bestimmter ungefährer Begriff des notwendigen Unterhalts, bei dem man überhaupt noch arbeiten will und kann. Aber auch die Leistungen, die der Durchschnittsarbeiter in verschiedenen Ländern und Zeiten prästiert, sind nicht gleich und sie geben wohl im ganzen — wenigstens bei derselben Haupt-Rasse (Kaukasiern etc.) — den **Hauptbestimmungsgrund** für das Maß des notwendigen Unterhalts ab.

Exakte Messungen und Vergleiche sind auf diesem Gebiete unmöglich. Die gewöhnliche Statistik mit ihren öden, verwaschenen Durchschnittszahlen von Tag- oder Wochenlöhnen etlicher beliebiger Arbeitsbranchen an etlichen beliebigen Orten und Engros-Preisen von ein paar Lebensbedürfnissen leistet sehr wenig und kann leicht gänzlich irreführen, besonders wenn man verschiedene Zeiten vergleicht, die etwas weiter auseinanderliegen. Wer will messen, was früher und jetzt geleistet worden?[1]) Die Arbeitszeit,

[1]) „Und vor allem seine Art zu wirtschaften sichert dem Naturmenschen ein Maß von Lebensfreude und immerwährender Heiterkeit, um das der arbeitsgeplagte und sorgengedrückte Europäer ihn beneiden muß“ (K. Bücher, Wirtsch. d. Naturvölker S. 46). „Arbeiten nach unseren Begriffen von Arbeit kann der Tropenneger einfach nicht. Er tut, was er tun muß, in einer tändelnden, beschaulichen Weise, oft sehr geschickt, aber niemals mit einem Aufwand von Kraft und Ausdauer, wie wir ihn von europäischen Arbeitern und von uns selbst gewohnt sind“ (Frieda von Bülow, von Bücher ebenda S. 47 zitiert).

selbst wenn sie genau bekannt wäre, ist bei weitem kein entsprechendes Maß der Leistung. Selbst die gleiche Anstrengung eine gleich lange Zeit hindurch bedeutet nicht notwendig dasselbe, es kommt viel darauf an, ob eine Arbeit für den Menschen moralisch befriedigend, anziehend, anregend ist oder das Gegenteil. Könnte man die gesamte Lebensenergie, den Lebensgenuß der Menschen in verschiedenen Zeiten und Ländern genau messen und vergleichen, dann erst hätte man den Fortschritt oder Rückschritt ihrer Lage erkannt. Es ist daher geradezu kindisch, die Verbesserung des Lohns der arbeitenden Klassen damit beweisen zu wollen, daß heute der elendste Handlanger über allerlei Industrieprodukte verfügt, die vor etlichen Jahrhunderten selbst den Reichsten unzugänglich waren.

Ich glaube kaum, daß des Odysseus Schweinehirten (Sklaven), die sich beklagen, daß sie nur Ferkel für sich schlachten können, weil sie die großen fetten Schweine den Freiern auf den Tisch liefern müssen, mit den heutigen Proletariern deswegen tauschen möchten, weil diese ein paar elende Vorhänge am düsteren Fenster ihres stinkenden Hofzimmers hängen haben. Ich glaube nicht, daß auch nur ein einziger Eskimo europäischer Fabrikarbeiter werden möchte, bloß um über ein Schnupftuch zu verfügen oder das „Tagblatt“ lesen zu können [1]).

Eine verwerfliche Anwendung der Statistik ist es, wenn man eine Gegenwart, in der gerade die Geschäfte recht gut gehen und daher eine lebhafte Nachfrage nach Arbeitern stattfindet, mit einer Vergangenheit vergleicht, in welcher aus irgendwelchen besonderen Gründen die Lage der Arbeiter ganz außerordentlich schlecht war, und nun aus dem Vergleich schließt, daß offenbar die Verhältnisse immer besser werden.

Wunderlich ist es, wenn sehr gelehrte und von redlichem Willen beseelte Forscher sich durch die aus ihrer angeerbten und anerzogenen Klassenanschauung hervorgehende Begierde, die Gegenwart gut zu finden und gegen „schlechtgesinnte“ Parteien zu verteidigen, verleiten lassen, ihre Behauptungen mit statistischen Daten zu belegen, die geradezu das Gegenteil beweisen, wie beispielsweise Erwin Nasse in seinem mit v. Reitzenstein herausgegebenen,

[1]) Ad. Smith, noch in hohem Grade unbefangen, sucht (IV. 109 ff.) zu zeigen, wie die Persönlichkeit des Arbeiters schon durch die bloße weitgehende Arbeitsteilung verschlechtert wird, und meint, die große Masse sei in „barbarischen“ Zeiten viel besser daran.

in den „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“ erschienenen Buche „Agrarische Zustände in Frankreich und England“ 1884. Hier finden wir Seite 160 folgende Stelle:

„Noch mehr treten die Fortschritte (!) in den Verhältnissen der ländlichen Arbeiter (in England) hervor, wenn nicht nur die letzten Jahrzehnte, sondern längere Perioden miteinander verglichen werden. In der Schrift von James Caird, The landed interest and the supply of food, findet sich folgende kurze Übersicht, die auf annähernde Richtigkeit Anspruch machen kann [1]):

	1770		1880	
	sh.	d.	sh.	d.
Preis des Brotes pro Pfund	0	$1^1/_2$	0	$1^1/_2$
Preis von Fleisch „ „	0	$3^1/_4$	0	9
Preis von Butter „ „	0	6	1	8
Wochenlohn des landwirtschaftlichen Arbeiters . . .	7	3	14	0
Wöchentlicher Mietzins der Arbeiterwohnung	0	8	2	0“

Es ist also gestiegen

der Lohn	um	93	Prozent
das Brot	„	0	„
das Fleisch	„	177	„
die Butter	„	233	„
die Wohnung	„	200	„

Also nur das Brot ist für den Arbeiter im Verhältnis zu seinem Lohn billiger geworden, alle anderen angeführten Bedürfnisse sind im Preise viel stärker gestiegen als der Lohn. Die Lage des Arbeiters, wenn wir ihn uns nicht als einen bloßen Brotesser, sondern als ein kompletes menschliches Wesen vorstellen, hat sich nach dieser Tabelle bedeutend verschlechtert und Nasse findet in derselben einen recht schlagenden Beweis für „die Fortschritte in den Verhältnissen der ländlichen Arbeiter“, wobei vermutlich eine Art Hypnotisierung durch die einzige Ziffer 14 sh. Wochenlohn stattfand [2]).

[1]) Das auch zum Vergleich herangezogene Jahr 1850 lassen wir der Kürze halber weg, da ja ohnedies „längere Perioden“ verglichen werden sollen.

[2]) Ein — viel solideres — Pendant zu dieser professoralen Statistik fand ich vor Jahren in Schorers Familienblatt (1893, No. 21) in folgender Mitteilung: In den „Frag- und Anzeigungsnachrichten der Stadt Frankfurt“ vom

Wir können etwa sagen, daß im 19. Jahrhundert die erste Hälfte vielleicht sogar die ersten drei Viertel für manche Arbeiterkategorien schlechter waren als der Rest, und daß im allgemeinen den unteren Klassen durch die moderne Wirtschaft allerlei Industriewaren geringer Qualität, bei denen das Material keine wichtige Rolle spielt oder durch schlechte Surrogate ersetzt wird, zugänglicher gemacht wurden, während bei allen besseren, feineren Naturprodukten das Gegenteil eintrat und insbesondere die Wohnungsverhältnisse (also der Genuß von Luft, Licht, Ruhe, Behagen) ganz allgemein schlimmer geworden sind durch das enorme Steigen der Mieten in allen „aufblühenden" Städten und Industrieorten.

Als Ganzes betrachtet, bekommt die Klasse der gewöhnlichen Lohnarbeiter in keinem Lande älterer Kultur (also abgesehen von kolonialen Verhältnissen) mehr, als daß sie knapp existieren kann.

Und es ist auch kein Zweifel, daß es Zeiten gegeben hat, wo

ahre 1724 befindet sich ein Inserat einer Erziehungs-Anstalt für Töchter „besserer Stände", laut welchem die Pensionärinnen Kost, Logis und vollständigen Unterricht für einen Gulden zwanzig Kreuzer wöchentlich erhielten. „Nicht minder" — so heißt es in der Anzeige weiter — „soll ihnen die schönste Lebensart in allem gezeigt und in allen Tugenden angeführet, anbei ihnen auch salva venia gewaschen werden". Heutzutage (fährt das Blatt fort) braucht eine junge Dame aus den „besseren Ständen" für ihre salva venia Wäsche allein soviel, als damals für Kost und Logis, Unterricht und Unterweisung in allen Tugenden verlangt wurde. J. J. Moser, der berühmte Staatsrechtslehrer (1701—85) sagt in seiner Lebensgeschichte (4 Bde. 3. Aufl. 1777—83): „Ein Rat hat 6 Kinder und 600 Gulden Einkommen. Er wird dartun, daß er diese ganze Summe zum Leben nötig habe. Neben ihm ist ein Sekretär mit 6 Kindern und nur 300 Gulden Besoldung und muß auch auskommen. Hat der Rat ein Quartier von 60 Gulden, so nimmt der Sekretär eins um 40 fl.; hat jener seidenes (!) Futter unter seinem Kleid, so hat dieser ein wollenes und schlechtes Tuch; der Rat trinkt über Tisch einen Schoppen Wein, der Sekretär einen halben und so in allem. Aber neben Rat und Sekretär ist auch ein Kanzlist, der nur 150 fl. bezieht und auch 6 Kinder hat, der behilft sich mit einer Wohnung um 25 fl., ißt in der Woche nur ein paarmal (!) täglich zweimal Fleisch, die übrigen Tage nur einmal oder gar nicht; er trinkt nicht alle Tage Wein, hält keine Magd" u. s. w. — 150 Gulden sind = 257 Mk. 14 Pfg. — „Die Frohnbauern wurden während der Frohnzeit von der Grundherrschaft beköstigt. Da findet man sehr häufig die Bestimmung, daß die Fröhner bei Tisch zweierlei Fleisch und zweierlei Wein aufgewartet bekommen sollen. Im ‚Buch von den Früchten und Bäumen' heißt es: ‚In Bayern meint fast jeder gemeine Tagelöhner, er müsse jeden Tag zweimal Wein trinken'" (Neue Zeit, 1890—91, S. 352). — Man vergleiche!

es den Handarbeitern besser ging, als jemals in der neuesten hochkapitalistischen Periode.

In England stand, wie Thorold Rogers (a. a. O. S. 128ff.) nachgewiesen, der Lohn im dreizehnten Jahrhundert bedeutend höher als 500 Jahre später. „Alles was zur Lebensnotdurft gehört, war in gewöhnlichen Jahren reichlich vorhanden und billig, und selbst in teureren Jahren reichte der Verdienst noch hin, über die schlechte Zeit hinwegzukommen, wenn der Arbeiter sich vielleicht auch eine Zeitlang mit geringerer Nahrung als Weizenbrot begnügen mußte. An Fleisch war kein Mangel, Geflügel gab es überall, Eier waren wohlfeiler als alles andere. Der Ärmste und Geringste sah kein unbedingtes und unübersteigliches Hindernis für sein Fortkommen und die Besserung seiner Lage vor sich, wenn er es nur verstand, günstige Gelegenheiten zu ergreifen und auszunützen" (140). Das Tagewerk umfaßte allem Anschein nach 8 Stunden.

Als Gründe der allgemeinen Prosperität dieser Zeit haben wir wohl hauptsächlich anzusehen einmal die „Allgemeinheit des Grundbesitzes" (130), infolge deren „die große Mehrzahl der (landwirtschaftlichen) Arbeiter während eines beträchtlichen Teiles des Jahres für die eigene Wirtschaft tätig war" (128), und zweitens den Umstand, daß „der kapitalistische Arbeitgeber (im Gewerbe), der erste Mittelmann zwischen dem Konsumenten und dem Arbeiter, bis zum 17. Jahrhundert ganz unbekannt und der kapitalistische Käufer von Rohstoffen, der zweite Mittelmann, seine Rolle in der Volkswirtschaft noch später zu spielen begann" (136), daß also, kurz gesagt, die Wirtschaft noch nicht kapitalistisch, vom Kapital organisiert und beherrscht war, was sich diejenigen zu Gemüte führen mögen, die in jedem Pfund Wolle und in jeder Scheere ein für allemal ein „Kapital" sehen.

Indem Rogers dann unsere Gegenwart zum Vergleich mit dem 13. Jahrhundert heranzieht, kommt er zu dem, mit dem neuestens üblich gewordenen Optimismus in scharfem Gegensatz stehenden Ausspruch: „Es kann wohl der Fall sein, und wir haben allen Grund zu fürchten, daß dem wirklich so ist, daß sich in unseren großen Städten eine Bevölkerung angesammelt hat, die an Zahl der gesamten Einwohnerschaft von England und Wales vor 600 Jahren gleichkommt, aber deren Lage verlassener, deren Wohnungen schmutziger (!), deren Verdienst unsicherer (!) ist und deren Aussichten hoffnungsloser (!) erscheinen, als die der ärmsten Leibeigenen des Mittelalters" (142).

Derselbe Schriftsteller weist nach, daß infolge der großen Pest im Jahre 1348 die Löhne in England dauernd sehr bedeutend stiegen, während die Lebensmittel im Preise gleich blieben. „So war mit einem Schlage der Lohnarbeiter in Landwirtschaft und Handwerk in England Herr der Lage geworden“ (ib. S. 185). Dazu kamen große, gewerkschaftsartige Organisationen der Landarbeiter, die großen Erfolg hatten (194f.).

In Sachsen (in Deutschland überhaupt und auch in anderen Ländern) waren in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Einkommensverhältnisse der Dienstboten, welche doch damals hauptsächlich die Arbeiterklasse repräsentierten, äußerst günstig (siehe R. Wuttke, Gesindeordnungen und Gesindezwangsdienst in Sachsen, 1893, S. 13f.). Die Gesetzgebung will dem üppigen Leben, den hohen Anforderungen und dem „Müßiggang“ der Dienstboten, die gern eine Zeit lang ohne Dienst vom ersparten Lohn leben, entgegenwirken und das Arbeitsangebot auch durch Auswanderungsverbote u. s. w. vermehren (S. 8ff.). Dennoch bleibt die materielle Lage der Dienstboten sehr günstig.

In der Reichspolizeiordnung von 1530 heißt es, daß der Lohn der Dienstboten in wenig Jahren hoch gestiegen sei. Tagelöhner und Arbeiter seien überhaupt nicht zu bekommen, wenn man sie nicht nach ihrem Gefallen entlohne (S. 19). Später, Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts, halfen sich dann die Herrschaften hie und da durch Einführung des Gesindezwangs und Lohntaxen.

Nach dem 30jährigen Kriege wird in Deutschland die Klage (!) ganz allgemein, daß das Gesinde auf eigene Rechnung wüste Äcker bestelle, daß die „Mägde“, d. h. diejenigen, welche die Herrschaften als Mägde wünschten, sich selbständig mit Sticken, Spinnen, Weben, Klöppeln beschäftigen und in keinen Dienst wollen, da sie sich lieber „bei einem freien eigenen willigen Leben nähren“ u. s. w. Gesetz und Gewalt half allmählich und so muß Wuttke mit dem Satze schließen: „Unsere Darstellung hat uns nur immer gezeigt, wie die Lage des Gesindes sich von Jahrhundert zu Jahrhundert verschlechterte“ (S. 154), zunächst bis in's 18. Jahrhundert hinein.

Höchst merkwürdig ist, was uns Malthus (Principles of political economy, S. 255) mitteilt: „Während der letzten vierzig Jahre des siebzehnten und der ersten zwanzig des achtzehnten Jahrhunderts verhielt sich der Preis des Getreides zum Arbeitslohn so, daß mit einem Tagelohn zwei Drittel eines Peck (= 2 Bushel) gekauft werden konnten, wogegen von 1720 bis 1750 die Weizenpreise so gefallen und die Löhne so gestiegen waren, daß man mit einem Tagelohn ein ganzes Peck kaufen konnte. Hierdurch wurde jedoch kein entsprechender Zuwachs der Bevölkerung hervorgerufen; das Volk lebte unter einer trefflichen Regierung und genoß in ungewohntem Maße alle Vorzüge bürgerlicher und politischer Freiheit. Die unteren Volksklassen wurden gewohnt, vom Gesetz sowohl als von den höheren Klassen ihrer Mitbürger geachtet zu werden; sie lernten daraus sich selbst achten und die Folge war anstatt einer bloßen Vermehrung der Bevölkerung, daß ein beträchtlicher Teil ihrer Mehreinnahmen zur Verbesserung ihrer Lage verwendet wurde.“

Und dann kam Erfindung auf Erfindung, Entdeckung auf Entdeckung, Verbesserung auf Verbesserung, Industrie, Handel, Landwirtschaft, Bergbau, Verkehrswesen nahmen einen kolossalen Aufschwung, die Produktionskraft der menschlichen Arbeit wuchs in vielen Branchen in's Fabelhafte, die Zahl der Millionäre, das sogenannte Volksvermögen in England nahm von Jahr zu Jahr stärker zu als irgendwo und irgendwann in der ganzen Weltgeschichte: und als Bodensatz aller dieser Herrlichkeiten sehen wir ein Jahrzehnte lang unheimlich anwachsendes elendes, hungerndes, verkommenes, dem Trunk und allen Lastern ergebenes, zu Gewalttaten und Verbrechen aller Art aufgelegtes Proletariat, das in seinen geschlechtlichen Sitten sich ähnlich wie Kaninchen verhält.

Besser können die wesentlichen und wichtigen Lehren von Malthus nicht widerlegt werden, als durch obige Stelle aus seinem eigenen Buche und durch die soziale Geschichte Englands.

Ähnlich wie in England ging es aber in jedem altkultivierten Lande, wo der moderne Kapitalismus mit seinen Großbetrieben und Maschinen sich in einigermaßen raschem Tempo verbreitete. Und selbst ohne Maschinen ist ihm gelegentlich ein ähnliches Resultat geglückt, wenn, begünstigt durch irgendwelche besondere Umstände, das Kapital sich rasch irgendwelcher wichtigen Branchen der Wirtschaft bemächtigte und dieselben in gieriger Jagd nach hohen Profiten für seine Zwecke umgestaltete.

Wir denken an die Utopie von Thomas Morus, die zuerst im Jahre 1516 erschien. Der Autor untersucht die Ursachen des Elends der unteren Klassen im damaligen England.

Die Nachfrage nach Wolle war gestiegen und damit deren Preis. Die reichen Leute, die großen Grundherren, Adel und Geistlichkeit, empfinden daher eine unbegrenzte Gier nach Wolle, treiben deshalb in gewissen Teilen Englands, wo die feinere und teurere Wolle

erzeugt wurde, die Bauern aus ihren Gütern, „lassen dem Ackerbau keinen Boden, legen überall Weiden an, reißen die Häuser nieder, zerstören die Städte und lassen nur die Kirchen stehen, um die Schafe darin einzustallen, und als ob — die Wildgehege und Parke nicht schon genug Grund und Boden wegnähmen, verwandeln jene braven Männer alle Wohnungen und alles Angebaute in Einöden. So umgibt [1]) ein einziger unersättlicher Prasser, ein scheußlicher Fluch für sein Vaterland, einige tausend zusammenhängende Äcker mit einem einzigen Zaun, die Bodenbebauer werden hinausgeworfen, entweder gewaltsam unterdrückt oder mit List umgarnt, oder, durch allerlei Unbilden abgehetzt, zum Verkauf getrieben. So oder so wandern die Unglücklichen aus, Männer, Weiber, Kinder, Ehemänner und Gattinen, Waisen, Witwen, Mütter mit kleinen Kindern, mit einer zahlreichen Familie, da der Ackerbau vieler Hände bedarf — sie wandern aus, sage ich, aus ihren altgewohnten Heimstätten, und finden kein schützendes Obdach; ihren ganzen Hausrat, für den ohnehin nicht viel zu erzielen ist, müssen sie, da sie ausgetrieben werden, für ein Spottgeld hergeben, und wenn sie dann diesen Erlös binnen kurzem bei ihrem Herumschweifen aufgebraucht haben, was bleibt ihnen schließlich übrig, als zu stehlen und danach von Rechtswegen gehängt zu werden, oder als Bettler sich herumzutreiben? Dann werden sie als Landstreicher ins Gefängnis geworfen wegen müßigen Herumtreibens, während sie doch niemand in Arbeit nehmen will, obwohl sie sich höchst begierig anbieten. Denn wo nicht gesäet wird, da ist es mit dem Ackerbau nichts, den sie doch allein erlernt haben. Ein einziger Schaf- oder Rinderhirt nämlich genügt, das Land von den Schafen abweiden zu lassen, das mit Sämereien zu bestellen viele Hände erforderte. Aus diesem Grunde sind auch die Lebensmittel an vielen Orten bedeutend teurer. Überdies ist der Preis der Wolle so gestiegen, daß die ärmeren Tuchmacher sie nicht mehr kaufen können und aus diesem Grunde großenteils zum Müssiggang verurteilt werden“ (S. 38f. der deutschen Ausgabe von Eduard Fuchs). Der Wollhandel ist konzentriert in den Händen weniger Reichen, welche die Preise in die Höhe treiben. Die Reichen kaufen auch in marktfernen Gegenden spottbilliges Rindvieh, mästen es auf ihren Weiden und verkaufen es dann teuer. Die Teuerung der Lebensmittel veranlaßt andererseits die wohlhabenden Leute, wenig Dienstboten und Gefolge zu halten, und die entlassenen vermehren das Heer der unfreiwilligen Vagabunden und Verbrecher. Man macht (nach Morus) die Leute zu Dieben, um das Vergnügen zu haben, sie aufzuknüpfen.

[1]) nach dem heutzutage allgemein anerkannten fundamental-kapitalistischen Prinzip des höchsten Reinertrags —

Die Lage der arbeitenden Klassen, oder vielmehr gewisser Bestandteile derselben, ist hiernach begreiflich. Die Spekulanten und Wucherer führen ein glänzendes, üppiges Leben, in Müßiggang oder mit ganz überflüssigen Geschäften, während die Arbeiter (Taglöhner, Fuhrleute, Schmiede, Landleute), „die so viel und so hart und emsig arbeiten müssen, wie es kaum die Zugtiere auszuhalten im Stande sind, deren Arbeiten überdies so unentbehrlich sind, daß kein Staatswesen auch nur ein Jahr ohne dieselben bestehen könnte, einen so erbärmlichen Lebensunterhalt erwerben, ein so elendes Leben führen, daß die Lebensbedingungen der Zug- und Lasttiere als bei weitem günstiger erscheinen könnten, denn sie werden nicht zu so endloser Arbeit angehalten, und ihre Kost ist kaum eine schlechtere, aber ihr Leben ist dadurch angenehmer, daß sie für die Zukunft nicht zu fürchten brauchen. Die genannten Personen dagegen hetzt unfruchtbare, öde Arbeit in der Gegenwart ab, und der Gedanke an ein hilfeentblößtes Alter martert sie zu Tode, denn ihr täglicher Lohn ist so gering, daß er unmöglich für den Tag ausreichen kann, geschweige denn, daß auch nur das Geringste davon erübrigte, was zur Verwendung im Alter zurückgelegt werden könnte“ (S. 158).

„Und an diesem spärlich zugemessenen Lohne der Armen knappsen die Reichen täglich noch ein klein wenig ab, nicht nur durch private List und Trug der Einzelnen, sondern auch durch öffentliche Gesetze, so daß, was früher Unrecht schien, den um den Staat so wohlverdienten Arbeitern mit Undank zu lohnen, sie jetzt auf dem Wege der Gesetzgebung sogar zu einem rechtlichen Zustande gemacht haben“ (159).

§ 72. Malthus' Lehre, ihre Wahrheiten und Irrtümer.

Daß der notwendige Unterhalt nur dann das Maß des Arbeitslohns bildet, wenn Arbeiter in Fülle vorhanden sind und ihnen keine eigenen Produktionsmittel zu Gebote stehen oder zugänglich sind, wenn es also eine große, sich genügend vermehrende, rein auf den Lohn angewiesene Klasse gibt, haben wir oben schon bemerkt. Je größer die Zahl der Hände ist, die sich dem Besitz

über seinen Bedarf hinaus anbietet, desto schlimmer muß es mit dem Lohn stehen.

Aus den paar historischen Beispielen, die wir da anführten, scheint hervorzugehen, daß das Elend, der niedrige Lohn der Arbeiter, dadurch eingeleitet und zunächst verursacht wird, daß durch irgend welche neue Ereignisse und wirtschaftliche Einrichtungen („Fortschritte") eine erhebliche Anzahl von Arbeitern überflüssig gemacht oder daß die Zahl der Lohnarbeiter durch die Deklassierung zahlreicher, bisher selbständiger Existenzen in erheblichem Maße vermehrt und dadurch gegenüber der Nachfrage zu groß wurde.

Bekanntlich wird zumeist das genaue Gegenteil behauptet und als Führer derjenigen, die das tun, kann bis auf den heutigen Tag am besten Malthus genannt werden.

Man hat ihn, meist von einem optimistischen, theologisch oder politisch schönfärberischen, aber auch vom radikalsten Standpunkt aus, vielfach bekämpft, dabei aber fast immer gerade jene Behauptungen angegriffen, die ebenso nebensächlich wie unanfechtbar sind, während man seine wichtigsten und zugleich schwächsten Positionen übersah.

Unzweifelhaft ist es, daß die Menschen auf die Dauer nach ihrer bloß physischen Fortpflanzungs- und natürlichen physiologischen Lebensfähigkeit sich weit rascher vermehren könnten, als die Nahrungsmittel. Wenn alle in jungen Jahren heirateten, den Impulsen der Natur freien, normalen Lauf ließen und dazu ein Durchschnittsalter von 70 oder mehr Jahren erreichten, so könnte sich jede Bevölkerung vielleicht in je 12 Jahren fort und fort leicht verdoppeln.

Unzweifelhaft ist, daß das nicht angeht, daß also entweder weniger Menschen, als an sich möglich ist, geboren werden, oder mehr, als an sich notwendig ist, sterben müssen — ausgenommen in besonders glücklichen, vorübergehenden Kolonialverhältnissen.

Vollkommen richtig ist es, daß die Einschränkung des natürlichen Wachstums der Bevölkerung durch eine ganze Reihe von Faktoren geschehen kann, welche mit dem Mangel an Unterhaltsmitteln resp. mit der zu langsamen Vermehrung derselben in keinem Zusammenhang stehen. Insbesondere die Sterblichkeit kann durch Kriege, Epidemien, die mit der Armut noch nichts zu tun haben, durch Unwissenheit oder ganz verkehrte Anschauungen über die Bedingungen der menschlichen Gesundheit und die Wiederherstellung derselben bei eingetretenen Störungen, vor allem durch eine dumme Kinderpflege, ferner durch Ausschweifungen aller Art, die nicht auf Mangel, sondern auf Überfluß beruhen, so stark erhöht werden, daß jede beliebige Geburtenfrequenz ohne erhebliche Vermehrung der Bevölkerung daneben stattfinden kann.

Auch die Geburtenzahl kann ganz unabhängig von ökonomischen Schwierigkeiten durch ein weitverbreitetes, etwa aus religiösen Ansichten hervorgehendes, freiwilliges Zölibat in großem Maße eingeschränkt werden.

Selbst die häufigen Hungersnöte der Vergangenheit gehören hierher, insofern als sie durchaus nicht mit der Volkszahl oder Volksvermehrung zusammenhängen. Sie entstehen zumeist durch unbeherrschbare Vorgänge in der Natur, die für den Menschen als Zufälle, Geschicke gelten müssen, und ein dünnbevölkertes Land, dessen Menschenzahl sich gar nicht vermehrt, ganz ebenso, ja aller Wahrscheinlichkeit nach häufiger und intensiver treffen, als ein dichtbevölkertes mit raschem Wachstum der Volkszahl, je primitiver die Wirtschaft, desto häufiger.

Unzweifelhaft ist es, daß in der zivilisierten Gesellschaft die Armen frühzeitiger und leichtsinniger heiraten, durchschnittlich mehr Kinder in die Welt setzen und zahlreicher und jünger sterben als die Wohlhabenden, welche beim Eheschließen vorsichtiger zu Werke gehen und vielfach darauf bedacht sind, die Zahl der Kinder ihren wirtschaftlichen und sonstigen Erwägungen anzupassen. Daß sie auch mehr der Prostitution bedürfen und daher diese provozieren, mag ebenfalls zugegeben werden.

Unzweifelhaft ist es, daß, wo die Bevölkerung nicht nach ihren natürlichen Kräften wächst, irgendwelche Faktoren, welche die Geburtenzahl beschränken oder die Mortalität verstärken, in Wirksamkeit sein müssen und daß diese beiden Arten von Vermehrungshindernissen in umgekehrter Proportion wirken.

Höchst bedenklich hingegen ist schon die Darstellung des Bevölkerungsprozesses, wie er nach Malthus in der gleichzeitigen („heutigen") Gesellschaftsverfassung verlief.

„Nehmen wir an, die Unterhaltsmittel in einem Lande seien genau ausreichend, um seine Bewohner bequem zu ernähren." Das ist schon schief gedacht. Denn Malthus, der hier einen Ausgangspunkt für seinen Übervölkerungsprozeß haben will, wo die Übervölkerung eben nicht vorhanden ist, sondern erst entstehen soll, sagt faktisch mit diesem Satze: Wenn Unterhaltsmittel für alle da sind, so haben auch alle zu essen; und hinwiederum:

wenn nicht alle zu essen haben, so sind zu wenig Unterhaltsmittel da.

Das träfe nun wohl in einer rein kommunistisch organisierten Gesellschaft zu, aber doch nicht im mindesten in unserer heutigen, wo es für jeden nicht darauf ankommt, ob und wieviel Lebensmittel vorhanden sind, sondern ob er welche und wieviel er kaufen kann. Das Vorhandensein ist allerdings eine Vorbedingung des Kaufens, aber eben nur eine. Die andere ist der Besitz des nötigen Kleingeldes.

Was Malthus eigentlich im Sinne hat oder haben muß, wenn sein Satz unseren Umständen und seinem Zwecke entsprechen soll, ist dies:

Nehmen wir an, es seien zu einem bestimmten Zeitpunkt alle Arbeiter zu einem genügenden Lohne beschäftigt.

Gewiß gibt es Zeiten, wo dies ungefähr der Fall ist, aber die Arbeiter sind nicht beschäftigt, weil es für sie genug Lebensmittel gibt, sondern weil sich ihre Beschäftigung für die besitzenden Klassen rentiert. Ist das nicht der Fall, so können sie bei der größten Fülle verhungern.

Warum zahlt man denn überhaupt Lohn? Doch gewiß nicht deshalb, weil Kapital da ist und man sich etwa entschlossen hat, ein für allemal einen bestimmten Teil desselben zur Beschäftigung von Arbeitern anzuwenden. Der Unternehmer hat doch in einer Gesellschaft, wie die unsere, nicht die Aufgabe, Arbeiter unter allen Umständen zu erhalten. Er tut dies nur, weil er erwartet, daß der Wert, den sie erzeugen, auf dem Markte sich als größer ausweisen werde, als die von ihm gemachte Auslage. Nur wenn und soweit er dies erwartet, zahlt er überhaupt Lohn. Es handelt sich also gar nicht darum, ob und wieviel Kapital („Lohnfonds") da ist, sondern ob die Unternehmung Gewinn verspricht und wieviel[1]). Ist kein Gewinn zu erwarten, zahlt er auch keinen Lohn.

[1]) Im Sommer 1902, nach fast 2jähriger Dauer der Krise, wird über den Geldüberfluß geklagt, der den Banken Sorge macht. „Es herrscht eine teilweise Arbeitslosigkeit (!) des Kapitals", d. h. in der Wirklichkeit: es ist Überfluß an Kapital und kein Lohn für viele Arbeiter da. Die Verwaltung der österreichisch-ungarischen Bank ist in großer Besorgnis wegen des neuerlichen Rückgangs der Devisenkurse und des dadurch herbeigeführten Goldimports. Also: Wehe uns! es fließt Gold ins Land! — so rufen die höchsten Vertreter unseres goldhungrigen Unternehmertums. Eine kuriose Wirtschaft!

Ist viel Gewinn zu erwarten, d. h. ist die Nachfrage nach dem Produkt groß, so zahlt er viel Lohn, aber darum noch keineswegs einen hohen Lohn. Gibt es nämlich irgendwo unbeschäftigte Arbeiter, die man in der prosperierenden Branche verwenden kann, so steigt wohl die Masse, aber nicht die Höhe des Lohnes. Es gibt auch noch andere Mittel zur Verhinderung höherer Löhne. So sagt z. B. der Jahresbericht des Großherzogl. Badischen Fabrikinspektors für 1889, daß die Wirkung des guten Ganges der Industrie sich vorzugsweise darin geltend machte, daß gegen das Vorjahr erheblich mehr jugendliche Arbeiter eingestellt wurden und daß mehr Überarbeit zu leisten war. Eine durchgreifende Lohnerhöhung trat nirgends ein. Und Mrs. Sidney Webb (Die britische Genossenschaftsbewegung, S. 9/10): „Während der Perioden des Aufschwungs wurde dieses zunehmende Proletariat (— Väter und Söhne, welche durch Frauen und Kinder ersetzt, ganze Rotten von Handwerkern, welche durch Maschinenlenker verdrängt worden waren — ein Heer, das sich nach jeder Krise aus einer Masse von Arbeitern beiderlei Geschlechts und aller Altersklassen, welche durch Hungersnot und Unwissenheit unrettbar demoralisiert waren, neu rekrutierte —) das unwiderstehlichste Mittel, durch welches der Kapitalist den Lohn des Durchschnittsarbeiters auf das zum Leben absolut Unentbehrliche herabdrückte und alle Mitglieder der Familie desselben unter das Joch seines Dienstes spannte"[1]).

Sogar Schönberg (Handwörterb. I. Aufl. Art. „Arbeitslohn" S. 679) gibt zu, „daß günstige Konjunkturen . . . . nicht immer zu einer Lohnsteigerung führen, ungünstige aber in der Regel die Löhne verringern" (ähnlich II. Aufl. ib. S. 879). Daß eine allgemein steigende Nachfrage nach Arbeitern den Lohn steigern kann, ist sicher, aber mit dem Malthus'schen Satze

[1]) Wie traurig nimmt sich neben diesen unheimlichen Tatsachen ein Optimismus aus, der da meint: „Je schneller die Steigerung in der Produktivität der Arbeit geschieht, um so schneller erfolgt die Neubildung von Kapital, und um so günstiger gestaltet sich der Lohn". Das sei „in unseren Tagen der knapp zusammengefaßte Leitsatz über das Lohngesetz." (Dr. W. Lohmann: Das Arbeitslohngesetz, Göttingen 1897, S. 92.) Alfred Offermann, der den Unternehmer als einen wirtschaftlichen Wohltäter des Arbeiters betrachtet, da er diesem in seinem „Schaffensdrang mit Risiko seiner Ersparnisse eine Arbeitsgelegenheit" biete, meint geradezu: „Je besser es dem Unternehmer geht, desto besser wird es dem mitwirkenden Arbeitspersonal ergehen" (a. a. O. S. 81).

nicht vereinbar, wenn man nicht annimmt, daß mit dem Lohn auch sofort und gleichmäßig die Preise aller Lebensbedürfnisse des Arbeiters steigen, sodaß er von dem höhern Lohn gar keinen Vorteil hätte. Denn durch die steigende Nachfrage nach Arbeitern werden doch zunächst die Unterhaltsmittel derselben nicht vermehrt. Waren also vorher nur gerade so viel da, daß sie leben konnten, und war der Lohn deshalb niedrig, so nützt nun sein Steigen gar nichts.

Verfolgen wir nach dieser kleinen Abschweifung weiter seinen Gedankengang. Es sind also Lebensmittel genug da. Nun vermehrt sich nach ihm die Zahl, bevor die Unterhaltsmittel vermehrt sind. Jetzt tritt für viele Not ein. Da die Zahl der Arbeiter die Nachfrage übersteigt, so fallen die Löhne, während die Preise der Lebensmittel steigen. „Die Arbeiter müssen daher mehr arbeiten, um den vorigen Erwerb zu gewinnen", d. h. diejenigen, die soviel Lohn wie früher haben wollen, müssen um so länger oder intensiver arbeiten und werden dadurch natürlich auch noch die Nachfrage nach Arbeitern vermindern, also ihre Kameraden brotlos machen. Nun vermindert sich die Zahl der Eheschließungen und damit die Vermehrung der Menschen. Jetzt „spornt die Billigkeit der Arbeit, der Überfluß an Arbeitern und ihre Nötigung, fleißiger zu sein, die Landwirte an, mehr Arbeit auf ihr Land zu verwenden, neuen Boden zu kultivieren und den bereits kultivierten zu düngen und zu verbessern, bis schließlich die Unterhaltsmittel auf dasselbe Verhältnis zur Bevölkerung kommen, wie in der Periode, von der wir ausgingen" und da beginnt der Tanz von neuem (S. 16f.).

Wir sehen also hier ganz deutlich, daß die Not keineswegs dadurch entstand, daß die Unterhaltsmittel nicht mit der Bevölkerung wachsen konnten, sondern daß sie nicht wachsen wollten, weil die Grundherren kein genügendes Interesse daran hatten. Wir sehen ferner, daß die besitzenden Klassen (nach obiger Darstellung) von der Not der Arbeiter den schönsten Nutzen ziehen, indem diese nun für kleineren Lohn mehr leisten, als früher für größeren.

Besonders die Grundbesitzer gewinnen, nicht bloß dadurch, sondern auch noch durch die eintretende Teuerung[1]).

[1]) „Die Pächter und Kapitalisten hingegen werden durch die tatsächliche Billigkeit der Arbeit reich" (S. 19).

Wir hören ferner mit Erstaunen, daß die Grundbesitzer mitten in der Zeit des Mangels an Unterhaltsmitteln mehr Leute beschäftigen und also auch ernähren können, obwohl früher der Mangel an Beschäftigung und Nahrung auf den zu geringen Vorrat an Unterhaltsmitteln zurückgeführt ist.

Aber alle diese Einwendungen verschwinden gegenüber einer viel wichtigeren. Wo hat denn Malthus einen solchen Prozeß beobachtet? was hat er denn eigentlich gesehen, um es dann auf seine Weise zu erklären? Zeiten der Arbeitsfülle und Zeiten des Arbeitsmangels, Aufschwung und Krise, Schwindel und Krach. Dort hohe Löhne, hier Hunger, dort steigende Ehefrequenz, hier fallende.

Nun schließt er einfach und naiv: aus der hohen Ehefrequenz geht der Hunger hervor, weil zu viel Menschen erzeugt werden, sind zu wenig Lebensmittel da. Wir fragen dagegen: hat die hohe Ehezahl den Aufschwung und Schwindel, oder hat der Aufschwung und Schwindel die hohe Ehefrequenz erzeugt? haben die vielen Kinder der Arbeiter die Krise, den Krach verursacht, oder sind diese bösen Dinge eine Folge des Aufschwungs und Schwindels? Endlich: hat die Krise die Unterhaltsmittel (Häuser, Kleiderstoffe, Holz und Kohlen, Brot und Fleisch u. s. w.) unzureichend oder unzugänglich gemacht?

Wenn heute das Kapital händeringend nach Arbeitern ausgeht und ihnen event. übermäßige, unsinnige Löhne anbietet, und morgen seine Buden schließt, weil es sich von der Gier nach Profit über alle vernünftigen Schranken fortreißen ließ, wenn in der hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaft mit innerer Notwendigkeit von Zeit zu Zeit eine Periode der Prosperität kommt, die in Überproduktion ausartet, auf welche unfehlbar der Krach folgt, und wenn hiernach auf die höchste Nachfrage nach Arbeitskräften die geringste folgt: wie soll sich denn die Arbeiterklasse da benehmen, daß sie mit ihrer Zahl immer der Nachfrage entspreche? Die Nachfrage richtet sich nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals, nach der Aussicht auf Profit, nach der Konjunktur: darnach kann sich das Angebot, die Menschenerzeugung unmöglich richten. Aus 1000 Menschen, die man heute recht nötig hat, können morgen nicht deshalb 500 werden, weil das Kapital nicht mehr brauchen kann.

Wir leugnen hiermit keineswegs, daß sich die Arbeiter, verführt von dem Gaukelspiel des Kapitals, zeitweilig zu stark ver-

mehren können, und meinen sogar, daß die meisten von ihnen besser täten, wenn sie gar nie an's Heiraten denken würden: aber daß sie die Krisen und mithin das Elend der Krisen durch ihr geschlechtliches Verhalten verschulden sollten, ist eine so tolle Idee, daß man sie nur aussprechen darf, um sie widerlegt zu haben.

Aber Malthus geht prinzipiell noch viel weiter. Er will nicht bloß das Elend unserer Handelskrisen, sondern alles Elend, alle Armut in der Geschichte der Menschheit im wesentlichen zurückführen auf das beständige Streben der unteren Klassen, sich über Gebühr zu vermehren, wodurch sie in's Elend gestürzt werden und jede bedeutende und dauernde Verbesserung ihrer Lage unmöglich gemacht wird.

Der Einzelne hat seine Armut regelmäßig als Erbteil von seinen Eltern, Großeltern und weiteren Ahnen überkommen. Er ist als besitzloser Arbeiter geboren worden. Sind aber besitzlose Arbeiter überhaupt, ist eine Klasse, die nur von der Arbeit für andere lebt, ist die untere Klasse selbst durch zu starke Vermehrung entstanden, mit a. W.: ist die Scheidung der Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende, in Herrschende und Unterworfene, in Ausbeuter und Ausgebeutete durch verschiedenartiges Verhalten in Bezug auf die Fortpflanzung entstanden? So steht die Frage, und wer irgend etwas von der sozialen Geschichte weiß, der wird über die Antwort nicht im Zweifel sein. Ist die Sklaverei, die Leibeigenscaft, die Lohnarbeit eine Folge der Vermehrungsverhältnisse oder der Kriege, Gewalttaten, Unterdrückungen, Beraubungen der unorganisierten Majoritäten durch die wohlorganisierten Minoritäten? Ist der Adel, die herrschende Krieger- oder Priesterkaste in irgend einem Lande dadurch entstanden, daß einige Leute vorsichtig waren in Bezug auf's Kindererzeugen? Wir wissen recht gut, daß die Dinge anders vor sich gingen.

Höchst bezeichnend für seine Auffassung der sozialen Machtverhältnisse ist eine berühmte Stelle in der ersten Auflage seines Werkes über die Bevölkerung, die Malthus wegen des Anstoßes, den sie erregte, später wegließ. Malthus protestiert zwar (Stöpel S. 818) in seiner Verteidigung gegen die Angriffe Grahame's dagegen, daß man Stellen angreife, die keinen Teil des Werkes mehr bilden, die er selbst änderte oder wegließ. Aber wenn sie seinen Sinn und Geist beleuchten und offenbar nur aus Opportunitätsgründen gestrichen wurden, wenn sie auf seine Theorie ein helles Licht werfen, so

dürfen wir sie sicher auch heute noch anführen. Die betreffende Stelle lautet: „Ein Mensch, der in einer bereits in Besitz genommenen Welt geboren wird, hat, wenn er nicht von seinen Eltern oder Verwandten, die rechtlich dazu verpflichtet sind, seinen Unterhalt erlangen kann, und wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht braucht, nicht das mindeste Recht auf irgend einen Anteil an Nahrung und ist in der Tat überflüssig. Beim großen Gastmahl der Natur liegt kein Couvert für ihn auf. Die Natur befiehlt ihm, sich davonzumachen und führt selbst ihren Befehl alsbald aus, wenn ihm nicht das Mitleid irgend welcher Teilhaber am Gastmahl zu Hilfe kommt. Wenn diese enger zusammenrücken und ihm Platz machen, so erscheinen alsbald weitere Eindringlinge und verlangen die gleiche Gunst. Das Gerücht, daß für alle Ankömmlinge Unterhaltsmittel da seien, füllt den Saal mit zahlreichen Gesuchstellern. Die Ordnung und Harmonie des Mahles sind gestört, der Überfluß, der früher herrschte, verwandelt sich in Mangel und das Glück der Gäste ist getrübt durch den Anblick des Elends und Gedränges, die in allen Teilen des Saales herrschen, durch das lästige Geschrei derjenigen, die mit Recht wütend darüber sind, daß sie die Unterhaltsmittel nicht vorfinden, auf die zu rechnen man sie gelehrt hatte [1]). Die Gäste erkennen zu spät den von ihnen begangenen Fehler, den Anordnungen bezüglich der Eindringlinge entgegengearbeitet zu haben, welche die große Herrin des Gastmahls gegeben. Denn diese verbot, in der Absicht, daß alle ihre Gäste reichlich versehen sein sollten, und in der Erkenntnis, daß sie nicht für eine unbeschränkte Zahl von Gästen sorgen könne, in ganz humaner Weise, neue Ankömmlinge zuzulassen, wenn die Tafel bereits besetzt sei" (übersetzt aus „Malthus" in der Petite Bibliothèque économique française et étrangère S. XV u. f. Das Bändchen ist redigiert von G. de Molinari).

Naiver kann man vom Standpunkt der besitzenden Klassen aus kaum die Welt erklären! Nach Malthus hat die Natur offenbar reiche und arme Leute geschaffen, doch liebt sie nur die reichen und tischt ihnen reichlich auf.

Aber die liebe Natur gibt den Menschen überhaupt kein Gastmahl, so daß sie sich als Eingeladene bloß zum Schmause zu setzen brauchten, sondern die Menschen müssen selbst Tisch und

[1]) Gegen Godwin und andere ältere Sozialisten, die meinten, wenn man andere politische und soziale Einrichtungen hätte, so hätte jedermann bei mäßiger Arbeit reichlich zu leben.

Stühle schaffen und den Tisch decken und die Speisen und Getränke mit vieler Mühe bereiten und herbeischaffen.

Dabei ist es höchst seltsam, daß die behaglichen Gäste, die im Überfluß leben, lauter Leute sind, die wenig oder gar nichts dazu getan haben, um diesen Überfluß zu beschaffen, und daß gerade diejenigen in zu großer Zahl da sind, die gern bereit wären, neue Tische, Stühle, Speisen u. s. w. zu produzieren.

Wo es kein solches Gedränge von armen Teufeln gibt, die stets willig sind, für eine Kleinigkeit immer neue Gütermassen aller Art zu produzieren, die nicht für sie da sind[1]), da gibt es auch kein wohlbesetztes Gastmahl der Natur, da kann sich niemand mühelos an den gedeckten Tisch setzen und das Mahl fällt für alle sehr frugal aus. Man denke sich doch die Armen weg und lasse im Geiste die Reichen allein hausen! Die Natur als Gastgeberin für eine bestimmte Zahl von Eingeladenen — das ist ein ungeheuerliches Sophisma in der Soziologie. Ein Poet mag sich so etwas leisten.

Wir wollen nicht bezweifeln, daß Malthus durchaus ehrlich die Wahrheit suchen wollte. Das hindert aber nicht, daß er alle menschlichen Angelegenheiten vom Standpunkt der wohlhabenden Klassen betrachtete, zu denen er gehörte, und daß dadurch in jener Zeit des grausen Elends zahlreicher Schichten der Arbeiterklasse, eines Elends, das ganz direkt durch die neue kapitalistische Profitwirtschaft herbeigeführt worden war, seine Lehre einen tendenziösen Charakter annahm, in welchem Sinn und Geist sie denn auch von der damaligen brutalen englischen Bourgeoisie verstanden und verwertet wurde, verwertet, um sich aller Verpflichtungen gegenüber dem verelendeten Proletariat, das die Jagd nach dem Profit geschaffen, ledig zu erklären. In diesem Sinn ist schon der beständige Hinweis auf die gewissenlosen Agitatoren, die nach Malthus das Volk zur Unzufriedenheit aufreizen, sehr charakteristisch. Die meisten

[1]) Mit der ihm in hohem Grade eignen Gabe des unfreiwilligen Witzes sagt Samuel Révai (Grundbedingungen der gesellschaftl. Wohlfahrt, 1902, S. 8): „Überall (bei den gebildeten und fortgeschrittenen Nationen) erfahren wir es gleichmäßig, daß ganze Menschenmassen vom Lebensunterhalt sozusagen ausgeschlossen sind. Selbst (!) die Benutzung und der Genuß des Überflusses ist gerade jener Klasse versagt, welche durch ihre rührige Arbeit zur Ansammlung dieses Überflusses beiträgt.“ Von ihm erfahren wir an anderer Stelle die interessante Neuigkeit, daß „jede Gattung, deren Anzahl (!) sich verringert, ihrem Aussterben entgegengeht“ (S. 52).

Agitatoren mögen ja gewissenlos gewesen sein und nicht das Wohl der Armen, sondern nur ihre eigenen egoistischen Zwecke im Auge gehabt haben. Aber solche Leute sind wie der Schimmel in feuchten Wohnungen. Wären die Wohnungen trocken, so würde der Schimmel darin nicht fortkommen. Man mag den Schimmel verachten und verurteilen, aber dadurch werden die Wohnungen nicht besser.

Am bezeichnendsten für den spezifischen Klassenstandpunkt seiner gesamten Betrachtung ist wohl folgende Zusammenstellung der Hauptresultate (Stöpel S. 768f.):

„Daß die hauptsächlichste und dauerndste Ursache der Armut mit der Regierungsform oder der ungleichen Verteilung des Eigentums wenig oder gar nichts zu schaffen hat; und daß, da die Reichen in Wirklichkeit gar nicht die Macht besitzen, für die Armen Beschäftigung und Unterhalt zu finden, die Armen nach der Natur der Dinge nicht das Recht besitzen können, sie zu fordern, sind wichtige, aus dem Bevölkerungsgesetze folgende Wahrheiten, die, wenn sie richtig erklärt werden, keineswegs über die Begriffe des gemeinen Mannes gehen. Und es ist klar, daß jedermann unter den niederen Volksklassen, der mit diesen Wahrheiten bekannt wäre, die Not, in der er vielleicht lebt, mit mehr Geduld ertragen würde, wegen seiner Armut weniger unzufrieden mit der Regierung, weniger unmutig gegen die Reichen und bei allen Gelegenheiten weniger geneigt zu Auflehnung und Aufruhr sein würde; und wenn er Unterstützung empfinge, sei es aus einer öffentlichen Anstalt oder durch Privatmildtätigkeit, so würde er sie mit mehr Dankbarkeit entgegennehmen und ihren Wert richtiger schätzen.

Wenn diese Wahrheiten nach und nach allgemein bekannt würden . . . ., so würden die niederen Volksklassen als Ganzes friedlicher und ordentlicher werden, in teuren Zeiten weniger zu aufgeregten Kundgebungen geneigt sein und zu allen Zeiten weniger von aufreizenden Schriften beeinflußt werden, da sie wissen, wie wenig der Arbeitslohn und die Mittel, eine Familie zu unterhalten, von einer Revolution abhängen. Die bloße Kenntnis dieser Wahrheit würde, selbst wenn sie eine bemerkenswerte Änderung in den Sitten der Armen bezüglich der Ehe nicht hervorbringen könnte, dennoch in politischer Beziehung eine sehr wohltätige Wirkung auf ihr Verhalten äußern, und unzweifelhaft würde eine der wertvollsten Wirkungen die Macht sein, die sich daraus für die höheren

und mittleren Gesellschaftsklassen ergeben würde, ihre Regierungen zu heben, ohne Besorgnisse vor jenen revolutionären Exzessen hegen zu müssen, die gegenwärtig Europa selbst desjenigen Grades von Freiheit zu berauben drohen, den es früher genoß[1]) und dessen heilsame Folgen es so lange erprobt hat".

Die Hauptsache scheint nach diesen Herzensergießungen doch wohl die Befreiung der englischen Grundherren von der Armensteuer[2]) und die Niederdrückung der Armen (d. h. Arbeiter) durch die ihnen beigebrachte Überzeugung, daß sie ganz allein an ihrem Elend schuld seien und daß sie jedenfalls nie ein Recht auf Unterstützung oder gar auf eine bessere Einrichtung der Gesellschaft, sondern nur die Pflicht zur Geduld und Dankbarkeit haben. Haben die Arbeiter zeitweilig keinen Lohn, so kann man ihnen nach Malthus sagen: Ihr hättet Euch nicht gebären lassen sollen, dann würdet ihr jetzt nicht hungern. Warum waret ihr so dumm und leichtsinnig? Das geht doch uns nichts an.

Auf dieser moralischen und wissenschaftlichen Höhe steht auch sein Rat: die armen Leute sollten es ebenso machen, wie die Reichen, und hübsch vorsichtig sein im Eheschließen. Aber warum sind denn die Reichen vorsichtig? Doch wohl, weil sie reich sind. Und warum sind die Armen unvorsichtig? Doch wohl, weil sie arm sind.

Warum haben denn die Arbeiter, wie Malthus (siehe oben) erzählt, in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts sich gar nicht stark vermehrt? Eben weil es ihnen gut ging. Und warum haben sie sich später, bei den großen Umwälzungen der Volkswirtschaft, sehr stark vermehrt, d. h. früh geheiratet und Massen von Kindern erzeugt? Vermutlich weil es ihnen schlecht ging. — „Denn nur wo der Mensch in seiner Not zum Vieh herabsinkt, wuchert jene übermäßige Bevölkerung auf als grausiger Kontrast zwischen Elend und Fruchtbarkeit" (v. Kirchmann. Siehe Rodbertus „Beleuchtung". S. 8). Ein englischer Schriftsteller (Laing, National distress 1844) meint: „Befände sich jedermann in guten Verhältnissen (in easy circumstances), so wäre die Welt bald entvölkert." Dr. Fr. Oppenheimer schildert in Soz. Praxis XI. 473 ff. die vorzügliche Lage der Arbeiter in

[1]) Wohl unter dem ancien régime, dessen „Freiheit" die Revolution zerstörte?

[2]) „Kein Entwurf zur Verbesserung der Armengesetze verdient die mindeste Beachtung, welcher nicht ihre gänzliche Aufhebung zum letzten Zwecke hat" sagt Ricardo (S. 79), der Malthus vollkommen beistimmt.

Australien und schließt mit folgenden, für echte Malthusianer gewiß höchst merkwürdigen Worten: „In diesen glücklichen (!) Verhältnissen mit ihrem enormen Nahrungsspielraum (!) sinkt die Geburtenziffer rapide und hat heute die französische Rate fast erreicht."

„Die Bevölkerung wächst sehr schnell, wenn ihre Lage eine elende ist," sagt auch Thorold Rogers (417). Die Lage der englischen Arbeiter war nach demselben Autor im ganzen 15. Jahrhundert ausgezeichnet, die Löhne außerordentlich hoch und die Lebensmittel außerordentlich billig, billiger als im 13. und 14. Jahrhundert, wo der Lohn auch gut, aber um zirka 60 Prozent niedriger gewesen war als im fünfzehnten.

„Nun finden wir trotz der außerordentlichen Wohlfeilheit der Lebensmittel kein Anzeichen dafür, daß die Arbeitslöhne im Laufe des fünfzehnten Jahrhunderts herabgingen oder daß der niedrige Preis der Lebensmittel irgendwie die Bezahlung der Arbeitsleistung beeinflußte. Ich bin in der Tat nicht der Ansicht, daß der Nationalökonom, der seine Schlüsse an einem weiten Kreis von Tatsachen prüft, zu der Annahme genötigt sei, eine solche Folge sei ganz unvermeidlich, oder daß er schließen müsse, die Bevölkerung würde, wenn keine anderen Faktoren eingriffen, die Neigung haben, sich bis zur Grenze der vorhandenen Mittel des Lebensunterhalts zu vermehren, wie es aus besonderen Gründen im 17. und 18. Jahrhundert der Fall war. Wir werden im Laufe unserer Untersuchuug finden, daß eine Übervölkerung gar wohl ohne Erhöhung der Bevölkerungszahl eintreten kann, und daß man die elende Lage der Arbeiterklasse häufig anderen Ursachen als ihrer eigenen Unvorsichtigkeit und Gleichgiltigkeit zuzuschreiben hat" (261).

Denselben Gedanken drückte übrigens schon Fourier auf seine Weise in den mannigfaltigsten Wendungen aus.

Mit Verachtung spricht er von der kaninchenhaften Vermehrung der Menschen in unserer von ihm scharf kritisierten und gründlich verachteten „Civilisation", wo der Arbeiter bei der größten Plage kaum das trockene Brot hat (Théorie de l'Unité Universelle 2. Aufl. 1838, III. Bd. 567 ff. Die erste Auflage war 1822 unter dem Titel Association domestique agricole erschienen). Im Zeitalter der „Harmonie", wo man sich auf's reichlichste und feinste ernährt und das Leben ein ununterbrochener Genuß ist, werden bald (nach drei Generationen) zwei Drittel der Frauen unfruchtbar sein, wie Blumen, die man mit

allem Raffinement der Kultur zur höchsten Vollkommenheit bringt (La Fausse Industrie, 1835—36, 560). Anstatt eines Übermaßes von Bevölkerung werde man ein Defizit zu fürchten haben und Maßregeln ergreifen, um jene Fruchtbarkeit anzuregen, vor der heutzutage jeder vernünftige Mensch sich fürchtet (Le Nouveau Monde industriel et sociétaire, 3. Aufl., 1848, S. 338) u. s. w.

Auch Louis Blanc ist derselben Ansicht und weist zurück auf Sismondi, der in seinem Hauptwerk (Nouveaux principes d'économie politique etc., 1819) die allgemein beobachtete Tatsache, daß in den armen Klassen die Bevölkerung viel rascher wächst als in den wohlhabenden, dadurch erklärt, daß Leute, die auf den unsicheren täglichen Lohn angewiesen sind, nichts zu hoffen haben und nicht vorsorglich sein können. „Nur der", fügt L. Blanc hinzu, „kann die Zahl seiner Kinder nach seinem Einkommen richten, der des morgigen Tages sicher ist (qui se sent maître du lendemain)" (S. 71 der 5. Aufl. der Organisation du travail, 1848). Ein Übermaß von Bevölkerung wäre nicht mehr zu fürchten, wenn der Arbeiter seines Einkommens sicher wäre und infolgedessen notwendig annehmen würde „des idées d'ordre et des habitudes de prévoyance" (S. 114).

Hiernach ist es doch wohl in der Regel eine vollkommene Verwechslung, wenn man das Elend aus der Übervölkerung herleitet, d. h. aus der zu starken Vermehrung durch Zeugung. Das Umgekehrte ist richtig. Das Elend macht gedankenlos, gleichgiltig, stumpfsinnig und da benehmen sich die Menschen wie Kaninchen und erhalten dadurch allerdings auch das Elend und steigern es noch. Aber zuerst müssen sie auf irgend eine Weise in großen Massen in's Elend geworfen worden sein, dann erst erzeugen sich solche Proletarier-Sitten.

Was Malthus von der Schweiz des 18. Jahrhunderts sagt, widerlegt seine und bestätigt unsere Auffassung fast ebensosehr, wie seine Betrachtungen über das 18. Jahrhundert in England.

In der Schweiz herrschte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine große Beunruhigung wegen fortschreitender Entvölkerung des Landes, die man als ausgemachte Tatsache betrachtete. Muret, ein Pfarrer von Vevey, wies nach, daß die Zahl der Geburten seit dem 16. Jahrhundert fortwährend abgenommen habe und schloß daraus unbedingt auf fortwährende Entvölkerung. Malthus meint, daß die Schweiz damals sich in einem wirtschaftlich stationären Zustand befand, der keine erhebliche Zunahme der Be-

völkerung gestattete, und daß die zunehmende Sittlichkeit der Bewohner allmählich die Volksgesundheit steigerte. Sie befähigte die Schweizer relativ, im Verhältnis zur Geburtenzahl, mehr Kinder aufzuziehen und deshalb die erforderliche Bevölkerung bei einer kleineren Zahl von Geburten zu erzielen.

Aus Muret geht hervor, daß die Mortalität in der Schweiz damals außerordentlich gering und das Verhältnis der das Mannbarkeitsalter erreichenden Kinder außerordentlich groß war. Muret selbst findet, daß die geringste Geburtenfrequenz mit der geringsten Mortalität zusammentreffe und umgekehrt. Aber dieser natürliche Zusammenhang ist ihm unbegreiflich. Er meint: Soviel Lebenskraft und so wenig Fortpflanzung! — Man heiratete eben durchschnittlich spät, und viele blieben unverheiratet. „Alle fremden Reisenden schildern die Schweizer Bauern der damaligen Zeit als in besserer Lage, wie diejenigen anderer Länder" (Malthus, S. 270). So ist es wohl bei jedem altfreien, selbständigen, unabhängigen Bauernvolke und den dazu gehörigen und daraus hervorgegangenen Handwerkern und Kaufleuten. Sie richten sich nach den Verhältnissen ein, stets mit dem festen Entschluß, nicht abwärts zu gehen. Ist die Mortalität groß, wie in den Jahrhunderten der „Pest", worunter man wohl allerlei schwere Epidemien verstand, so heiraten sie häufig und zeitig; in gesunden Zeiten halten sie sich zurück. Hat ein Bauer mehrere Kinder, so schreitet nur dasjenige, welches den Hof bekommt, zur Ehe, die andern bleiben als Dienstboten oder Angehörige im Hause und verheiraten sich nur, wenn sie etwa durch besondere Talente oder Glücksfälle eine sichere, gute Stellung erworben haben oder wenn ihnen die Ehe selbst einen Hof einbringt. Tagelöhnerfamilien, die nur vom Lohn leben, sind sehr selten und sehr gering geschätzt.

So lange die Menschen etwas zu hoffen und etwas zu verlieren haben, so lange sie in der Atmosphäre des Eigentums und der wirtschaftlichen Selbständigkeit aufwachsen, werden sie sich nicht durch unbedachte Familiengründung ruinieren. Ist aber durch Gesetze oder Gewalt oder List oder radikale ökonomische Umwälzungen, denen die kleinen Leute nicht gewachsen sind und die ihnen die bisherige Basis ihrer Existenz unter den Füßen wegziehen, einmal eine große Klasse von Wesen geschaffen, deren Einkommen ganz unsicher ist, die von der Hand in den Mund leben, heute nicht wissen, ob sie morgen noch etwas zu essen haben, darum heute sich mit Schnaps betäuben, um morgen zu hungern, die in Schmutz

und Jammer aufwachsen und keine Hoffnung mehr haben, dann wird auch das Geschlechtsleben von der allgemeinen Unvernunft einer solchen Existenz ergriffen und verblödet. Und dann braucht es neue, lange, große Anstrengungen, die in der Regel von außerhalb einer solchen Klasse stehenden Leuten werden eingeleitet werden müssen, um aus diesem Sumpfe wieder herauszukommen. Oder es müssen besonders glückliche Umstände eintreffen, welche den Armen ein reichliches Einkommen verschaffen und dadurch den Geist heben und stärken und befähigen, bei ihren Handlungen auch an die Zukunft zu denken. Wohlerzogene, gesunde, in guten und sicheren Verhältnissen lebende Menschen werden auch in der Frage der Fortpflanzung sich vernunftgemäß benehmen und unter keinem blinden Gesetze der Triebe stehen. Selbst freie, wilde Urmenschen werden sich durch Vermehrung nicht zu Grunde richten. Sie überblicken die ihnen zu Gebote stehende Lebensgelegenheit und helfen sich gegen Übervölkerung durch Fruchtabtreibung, Tötung kleiner Kinder und auf mancherlei ihnen angemessenen Wegen. Der moderne Großstadtproletarier überblickt gar nichts, er erblickt nicht einmal eine bestimmte Existenzmöglichkeit, er lebt auf den Zufall hin und so pflanzt er sich auch auf den Zufall hin fort. Erst die Zugehörigkeit zu großen Organisationen von seinesgleichen gibt ihm wieder einige Direktion, einige Sicherheit, und ermöglicht ihm vielleicht allmählich wieder sein Leben einigermaßen planvoll zu gestalten und an die Zukunft zu denken für sich und seine Kinder.

§ 73. Adam Smith über Arbeitslohn und Profit.

Die Nationalökonomen und Sozialforscher formulieren gewöhnlich in theoretischen Lehrsätzen die Zustände ihrer Zeit. Wir wissen, wie Morus dazu kam, das Einkommen der Arbeiter auf die äußerste Notdurft beschränkt zu denken.

Turgot in seinen Réflexions sur la formation et la distribution des richesses, zuerst 1769 veröffentlicht, kommt zur gleichen Formulierung des Lohngesetzes. — Der einfache Arbeiter, der nur seine Arme und seine Geschicklichkeit (industrie) besitzt, hat nichts, bis er anderen seine Müheleistung verkaufen kann. Der Käufer zahlt so wenig wie möglich. Da er die Wahl hat unter einer großen Zahl von Arbeitern, zieht er denjenigen vor, der am billigsten arbeitet. Die Arbeiter sind also gezwungen, sich gegenseitig zu

unterbieten. Darum muß in jedem Arbeitszweig der Lohn sich auf das beschränken, was notwendig ist, um ihm den Unterhalt zu beschaffen. Und so ist es auch in der Wirklichkeit (§ VI). — Man weiß, wie es damals in Frankreich um die große Masse stand. Der große Marschall Vauban, der sich durch mindestens 40 Jahre abwechselnd in allen Teilen Frankreichs aufhielt und auf seinen fortwährenden Wanderungen als Ingénieur alle Verhältnisse und Zustände aller Volkskreise beobachtete, erklärte schon 70 Jahre vor Turgot in seinem Dîme royale (geschrieben in den 90er Jahren des 17. Jahrhunderts, gedruckt erst 1707), daß fast der zehnte Teil des französischen Volkes (durch Unterdrückung und Ausbeutung und öffentliche und private Mißwirtschaft jeder Art seitens der Privilegierten) zu Bettlern geworden sei und tatsächlich bettle, daß von den übrigen 9 Zehnteln 5 nicht im Stande seien, jenem ersten Zehntel Almosen zu geben, weil sie selbst fast ganz in derselben unglücklichen Lage sich befinden, daß von den übrigen vier Zehnteln drei sehr eingeschränkt leben müssen (sont fort malaisés), bedrängt von Schulden und Prozessen, und daß kaum 10000 Familien sich eines hohen Grades von Wohlhabenheit erfreuen (Petite bibl. écon., Band Vauban, S. 3f.). Zur Zeit Turgot's waren die Zustände der unteren Klassen, besonders der Bauern, kaum besser.

Allein die eigentliche Lohnarbeiterklasse, die ganz besitzlose und aussichtslose, die auf den bloßen Lohn hin Kinder erzeugt, welche es aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso werden machen müssen, war im 18. Jahrhundert in Frankreich noch wenig zahlreich und vermehrte sich in England erst in den zwei letzten Dezennien desselben in beträchtlichem Maße unter dem Regime der Maschinen und ihrer industriellen Großbetriebe. Die große und zunächst schreckliche Veränderung, die hauptsächlich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vor sich ging, zeigt sich denn auch in den Formulierungen der Nationalökonomen.

Adam Smith's Auffassung ist nicht gerade optimistisch, aber doch keineswegs düster und jedenfalls human und sehr vorurteilslos. Er ist keineswegs auf den Kapitalismus eingeschworen und hat viel historischen Sinn, der ihn hindert, für soziale Erscheinungen, die von einem gar mannigfachen und wechselreichen Kausalsystem abhängen, streng formulierte „Gesetze“ aufzustellen.

Der in jeder Gesellschaft und Gegend herrschende Durchschnittslohn wird nach ihm auf natürliche Weise teils durch die allgemeine Lage des Gesellschaft, ihren Reichtum oder ihre Armut,

ihr Fortschreiten, Stehenbleiben oder Zurückgehen, und teils durch die besondere Natur jedes Geschäftes bestimmt (I. 76).

Den natürlichen Lohn der Arbeit bildet ihr Produkt. Bevor es Grundeigentümer und Kapitalisten gab, war dieser natürliche Lohn auch der wirkliche: das ganze Arbeitsprodukt gehörte dem Arbeiter. Wäre es so geblieben, so wäre der Lohn mit allen Fortschritten der Produktivität der Arbeit entsprechend gewachsen. „Alle Dinge würden nach und nach wohlfeiler geworden sein", d. h. für weniger Arbeit zu haben gewesen sein.

Allein das Eigentum an den Produktionsmitteln trat auf und forderte von der Arbeit seinen Tribut. Der Grundbesitzer verlangt vom Arbeiter einen Teil von fast allen Erzeugnissen, welche der Arbeiter auf seinem Boden hervorbringen oder sammeln kann. Seine Rente bildet den ersten Abzug von dem Erzeugnis der auf den Boden verwendeten Arbeit. Den zweiten macht der Kapitalist. Der Arbeiter muß diesen beiden einen Teil des Wertes seines Produkts lassen, weil er nichts besitzt.

Bei dieser Teilung des Produkts (resp. seines Wertes) sind die Arbeiter nicht in günstiger Lage. Die Besitzer behalten unter gewöhnlichen Umständen die Oberhand. Die Meister können sich leichter verbinden, haben den Staat auf ihrer Seite und können es länger aushalten. Sie stehen stets und überall in einer Art stillschweigender, aber fortwährender und gleichförmiger Übereinkunft, den Arbeitslohn nicht über seinen dermaligen Satz steigen zu lassen. Sie zu verletzen gilt als Schande. Diese Übereinkunft ist der natürliche Zustand, man hört darum nichts davon. Manchmal werden besondere Verbindungen geschlossen, den Lohn zu drücken, aber ganz still und geheim, bis der Moment da ist. Verbindungen der Arbeiter hingegen zur Abwehr von Verschlechterungen ihrer Lage oder zur Erzielung von Verbesserungen sind immer ruchbar. Sie haben Eile, sie machen Lärm und begehen auch Gewalttätigkeiten. Sie sind verzweifelt und handeln mit der Torheit und Maßlosigkeit desperater Menschen, die entweder verhungern oder ihre Meister durch Schrecken zu sofortiger Einwilligung in ihr Begehren bringen müssen. Die Meister rufen dann mit großem Lärm den Staat zu Hilfe, der auf ihrer Seite ist. Die Arbeiter haben daher sehr selten einen Nutzen von ihren Verbindungen. Das Resultat ist meist: Bestrafung oder Untergang der Rädelsführer.

Doch gibt es einen Satz, unter den der Lohn nicht „auf längere

Zeit sinken zu können scheint". Der Arbeiter muß leben und in der Regel eine Familie erhalten können. „Soviel scheint — gewiß zu sein, daß, um eine Familie zu ernähren, die Arbeit des Mannes und der Frau zusammen, selbst in den untersten Klassen gewöhnlicher Arbeiter, etwas mehr einbringen muß, als gerade für ihren eigenen (!) Unterhalt nötig ist", doch kann man nicht sagen, für wieviel Kinder es reichen muß.

Unter gewissen Umständen kann der Lohn zuweilen weit über jenen niedrigsten Satz steigen, nämlich durch dauernd steigende Nachfrage nach Arbeitern (I. 89ff.).

Dauernd hoch ist der Lohn nur in Kolonien, wo dem Arbeiter der Boden leicht zugänglich ist. „In anderen Ländern zehren die Rente und der Profit den Arbeitslohn auf, und die beiden höheren Stände des Volkes unterdrücken den niederen" (III. 82).

Unter dem, was zum „Leben" gehört (notwendiger Unterhalt), sind nicht bloß Dinge zu verstehen, welche die Natur, sondern auch die, welche die hergebrachten Regeln des Anstands für die niedersten Volksklassen unentbehrlich gemacht haben. Ihr Wohlsein braucht dadurch keineswegs erhöht zu werden. „Die Griechen und Römer lebten, denke ich, recht behaglich, obwohl sie kein Leinenzeug besaßen." Heutzutage würde sich ein Taglöhner schämen, ohne Hemd zu erscheinen. Jeder Engländer mußte schon zu Smith's Zeiten lederne Schuhe tragen, in Frankreich gingen die ärmeren Leute „ohne Bedenken" in Holzschuhen oder barfuß, ohne sich darum schlechter zu befinden (IV. S. 226). Kein Fleisch zu essen — sagt er später sehr bezeichnend — ist nicht schmachvoll, wohl aber barfuß zu gehen. Der Unterschied in der Lebenshaltung der Arbeiter verschiedener Länder sei aber nicht die Ursache, sondern die Wirkung der Lohnunterschiede, obwohl merkwürdigerweise oft das Gegenteil behauptet werde (I. 105).

In Bezug auf die Bevölkerungsfrage, die in Smith's Sinn offenbar mit zur Lohnfrage gehört, spricht er sich folgendermaßen aus.

Die Armut ermutigt zwar nicht, verhindert aber auch nicht immer die Ehe (er kannte das moderne Proletariat noch nicht!). Sie scheint sogar der Kindererzeugung (im physiologischen Sinn) günstig zu sein. Allein die Armut ist höchst ungünstig für die Kindererziehung, in den unteren Klassen herrscht eine enorme Kindersterblichkeit. Obgleich ihre Ehen im allgemeinen frucht-

barer sind als die der vornehmen Leute, so gelangen doch weniger Kinder aus jenen zur Reife.

Jede Tiergattung vermehrt sich im Verhältnis zu den Mitteln ihres Unterhalts, über die sie nicht hinauswachsen kann. Bei den Menschen gilt diese Schranke nur für die unteren Klassen, sie wirkt durch Vernichtung der überschüssigen Kinder. Wächst der Lohn, so erweitert sich die Schranke. Der Lohn wächst, wenn die Nachfrage nach Arbeitern wächst; da nehmen auch die Ehen zu und die Kinderzahl.

Wäre der Lohn zu gering, um die der Nachfrage nach Menschen entsprechende Vermehrung zu veranlassen, so würde der Mangel an Händen ihn bald in die Höhe treiben, wäre er zu groß, so würde die unmäßige Vermehrung der Hände ihn bald wieder auf seinen notwendigen Satz herunterbringen. „So reguliert die Nachfrage nach Menschen, gleich der nach jeder anderen Ware, notwendig auch die Erzeugung der Menschen, beschleunigt sie, wenn sie zu langsam vor sich geht, und verzögert sie, wenn sie zu rasch fortschreitet. Es ist diese Nachfrage, welche die Fortpflanzung in allen Ländern der Welt . . . reguliert und bestimmt“ (I. 109 ff.).

Man sieht, Ad. Smith kennt die Handelskrisen, welche plötzlich und auf Jahre Massen von Menschen überflüssig machen, noch nicht, oder berücksichtigt sie wenigstens nicht. Nach ihm kommen in Lohn- und Bevölkerungsbewegung nur kleine Fehler vor, die sich rasch korrigieren. Die größere Mortalität der Arbeiterkinder betrachtet er als eine selbstverständliche, herkömmliche Sache. Bezeichnend für den Klassenstandpunkt ist auch und vor allem, daß er den Arbeiter wie eine Ware betrachtet, deren Preis sich nach der Nachfrage der besitzenden Klassen richtet. Das Angebot — die Menschenerzeugung, doch nur die Erzeugung armer, besitzloser Menschen — muß sich der Nachfrage gemäß regulieren. Wieviel Arbeits-Menschen erzeugt werden dürfen und leben können, das hängt vom Bedarf der Besitzenden ab, d. h. mit anderen Worten vom Profit, der mit solcher Menschen-Ware zu machen ist. Ich glaube nicht, daß Ad. Smith als Mensch und Philosoph diese Anschauung vertrat. Er wollte damit gewiß vor allem die wirkliche Sachlage, die kapitalistische Wirtschaft, zum klaren Ausdruck bringen. Jedenfalls steht er nicht auf dem Profitmacherstandpunkt, der den Arbeiter als ein bloßes Werkzeug zur Erzeugung von Vermögensrente betrachtet, sondern hat auch einen

moralischen Gesichtswinkel und ist zudem einsichtsvoll genug, um über dem augenblicklichen Mehrgewinn aus übermäßiger Ausbeutung der Arbeit die dauernden Nachteile nicht zu vergessen, die daraus für ein Volk im ganzen hervorgehen. Er ist weitblickend genug, um selbst vom Profitstandpunkt aus möglichst niedrige Löhne nicht vorteilhaft zu finden.

Er findet es gerecht, daß die Arbeiter einen anständigen, auskömmlichen Lohn bekommen, da sie alle andern mit Gütern versehen (I. S. 109). Er sagt uns, daß „die reichliche Belohnung der Arbeit ebensowohl den gemeinen Mann zur Fortpflanzung ermuntert, wie sie ihn zum Fleiße anspornt. Der Arbeitslohn ist die Aufmunterung zum Fleiße, der, wie jede andere menschliche Eigenschaft, in dem Grade zunimmt, wie er Aufmunterung erfährt. Reichliche Nahrung stärkt die Körperkräfte des Arbeiters, und die wohltuende Hoffnung, seine Lage zu verbessern, und seine Tage vielleicht in Ruhe und Fülle zu beschließen, feuert ihn an, seine Kräfte auf's äußerste anzustrengen. Wo der Arbeitslohn hoch ist, finden wir demnach stets die Arbeiter tätiger, fleißiger und flinker als da, wo er niedrig ist; in England z. B. mehr als in Schottland, in der Umgegend großer Städte mehr als an entlegenen Orten des platten Landes. Freilich werden manche Arbeiter, wenn sie in vier Tagen soviel verdienen können, um eine Woche davon zu leben, in den übrigen drei Tagen müßig gehen; aber dies ist durchaus nicht bei der Mehrzahl der Fall. Im Gegenteil sind die Arbeiter, wenn sie reichlich nach dem Stück bezahlt werden, sehr geneigt, sich zu überarbeiten und in wenigen Jahren ihre Gesundheit und Konstitution zu ruinieren“ (I. 112 f.). Das steht, so wenig auch dabei moralisiert wird, himmelhoch über den hochmoralischen Ideen gar mancher von unseren „ethischen“ Nationalökonomen, die gar ängstlich besorgt sind, der Arbeiter möchte am Ende einen reichlichen Lohn verschwenden oder gar sich dadurch zu etlichem Müßiggang verleiten lassen, während nach der Ethik dieser Herren Verschwendung und Müßiggang offenbar ein natürliches und ausschließliches Vorrecht der „feinen“ Leute sind.

„Der übertriebene Fleiß während vier Tagen der Woche ist oft die wirkliche Ursache jenes Müßiggangs in den drei übrigen, über den so viele und so laute Klage geführt wird.“ Auf große fortgesetzte Anstrengung folgt naturgemäß ein starkes Verlangen nach Erholung, das, wenn es nicht mit Gewalt oder durch herbe Not bezwungen wird, unwiderstehlich ist. „Es ist der Ruf der

Natur, die eine gewisse Schonung fordert, zuweilen durch bloße Ruhe, zuweilen auch durch Zerstreuung und Vergnügung. Wird ihm nicht nachgegeben, so sind die Folgen oft gefährlich und manchmal tötlich und fast immer so, daß sie früher oder später zu der dem Gewerbe eigentümlichen Krankheit führen (die durch übermäßige Anstrengung bei der besonderen Art ihrer Arbeit veranlaßt wird, S. 113). Wenn die Meister immer auf die Eingebungen der Vernunft und Menschlichkeit hörten, so würden sie oft Veranlassung haben, den Fleiß vieler ihrer Arbeiter eher zu mäßigen, als anzufeuern. Es wird sich, wie ich glaube, bei jedem Gewerbe herausstellen, daß der Mann, der mit Maßen arbeitet, um auf die Dauer zur Arbeit tauglich zu sein, nicht nur seine Gesundheit am längsten erhält, sondern auch im Laufe eines Jahres die größte Quantität Arbeit verrichtet.“

Ich glaube, daß dieser „kapitalistische“ Nationalökonom in keiner Weise den Vergleich mit den neuesten Sozialreformern zu scheuen hat, was die Höhe des Standpunkts betrifft.

Jene Weisheit der späteren Nationalökonomen, die den Reichtum, den Erwerb, die Vermehrung der Werte als alleiniges Ziel alles menschlichen Strebens aufstellt, ist ihm fremd. So nennt er die Kriegskunst „gewiß die edelste aller Künste“ (IV. S. 8) und meint, daß ein Feigling, der sich weder zu verteidigen noch zu rächen vermag, offenbar eines der wesentlichsten Kennzeichen eines Mannes entbehre (IV. 116), ohne alle Rücksicht auf die Einträglichkeit. Ebenso stimmt er nicht mit denjenigen überein, welche dem Volke predigen, man müsse immer nur arbeiten und sparen, alles andere sei vom Übel. „Ließe der Staat allen, die erwerbsmäßig, aber ohne Ärgernis oder Unanständigkeit, das Volk durch Malerei, Poesie, Musik, Tanz, durch alle Arten dramatischer Aufführungen und Ausstellungen zu belustigen und zu zerstreuen suchen, völlige Freiheit, so würde er bald bei den meisten die melancholische und finstere Stimmung verscheuchen, die fast stets die Amme des Volksaberglaubens und der Schwärmerei ist. Öffentliche Zerstreuungen sind stets ein Gegenstand der Furcht und des Hasses für alle fanatischen Beförderer jener Volkstollheiten geworden.“ Häufige und heitere öffentliche Lustbarkeiten seien ein gutes Mittel gegen die finsteren religiösen Sekten (IV. 128f.) u. s. w.

Was die Entwicklung der Lohnverhältnisse betrifft, so ist die Lage der Arbeiter nach Smith am besten in jungen Kolonien, wo sie sehr gesucht und selten sind und wo ihnen zudem der Grund und Boden leicht zugänglich ist, so daß sie bald selbständig werden können. Hier sind auch die Profite hoch, und zwar sehr hoch, da man nur die fruchtbarsten und bestgelegenen Ländereien anbaut. Hoher Gewinn und hoher Lohn kommen aber zusammen fast nur in jungen Kolonien vor. Mit dem Wachstum der Kolonie, d. h. mit dem fortschreitenden Anbau, nimmt der Gewinn stufenweise ab, der Arbeitslohn aber sinkt nicht mit dem Kapitalgewinn. Die Nachfrage nach Arbeitern wächst mit der Vermehrung des Kapitals, welchen Gewinn dasselbe auch erzielen mag; und obgleich der letztere sinkt, kann das Kapital ohne Unterbrechung und sogar noch schneller zunehmen. Denn ein großes Kapital mit geringen Gewinnen wächst schneller als ein kleines mit großen. „Geld macht Geld. Hat man erst etwas gewonnen, so ist es oft leicht, mehr zu gewinnen.“ So ist es beim Einzelnen, so auch bei Nationen (I. 127ff.).

Die Nachfrage nach Arbeitern kann überhaupt nur mit dem Kapital wachsen und muß damit wachsen. Das Kapital wächst mit dem Einkommen der Kapitalisten resp. Unternehmer; mit dem Wachsen des Kapitals steigt der Lohn. Nicht die absolute Größe des Kapitals, sondern seine Zunahme steigert den Lohn. Er ist am höchsten nicht in den reichsten Ländern, sondern in denen, die schnell reich werden (I. 95f., 112). Das Wachsen des Kapitals, das den Lohn erhöht, wirkt auf Verminderung des Gewinns, weil die Konkurrenz der Unternehmer sich steigert (I. 122).

In Ländern, die schnell zu Reichtum gelangen, kann der niedrige Gewinnsatz dem hohen Arbeitslohn in dem Preise vieler Waren das Gegengewicht halten und diese Länder in Stand setzen, ebenso wohlfeil zu verkaufen, wie ihre weniger aufblühenden Nachbarn, bei denen der Arbeitslohn niedriger ist; hohe Gewinne tragen viel mehr zur Erhöhung des Warenpreises bei, als hoher Arbeitslohn (I. 135f.).

So ist auch der Lohn in großen Städten gewöhnlich höher, als in Landstädtchen, weil die großen Kapitalisten dort oft nicht Leute genug finden für die Arbeit, daher einander im Lohn überbieten. So steigt dieser und der Gewinn sinkt (I. 124f.).

In kleinen Städten kann, wegen der Beschränktheit des Marktes, der Gewinnsatz eines Einzelnen sehr hoch sein, doch die Summe des Gewinnes und folglich auch des jährlich zurückgelegten Kapitals nie sehr groß. In großen Städten hingegen kann das Geschäft

sich mit dem Kapital (und Kredit) vergrößern, die Summe des Gewinns richtet sich darnach und die Summe des jährlich zurückgelegten Kapitals nach dem Betrage seines Gewinns. Doch werden auch hier meist nur Spekulanten reich, die alles Mögliche betreiben, was gerade viel Profit gibt (I. 158).

Trotz alledem machen die Kaufleute des kapitalreichen England offenbar hohe Profite. Sie klagen (III. 127) oft über die hohen Löhne der britischen Arbeiter, welche ihnen die Konkurrenz mit anderen Nationen auf fremden Märkten erschweren sollen. „Von den hohen Profiten schweigen sie. Sie klagen über den übermäßigen Gewinn anderer Leute, aber von ihrem eigenen sagen sie nichts."

Hohe Löhne und Grundrenten bedeuten Fortschritt, wachsenden Reichtum, stimmen mithin überein mit dem Interesse der Gesellschaft. Der Gewinnsatz hingegen steigt nicht mit dem Gedeihen der Gesellschaft und sinkt nicht mit ihrem Verfall. Er ist im Gegenteil seiner Natur nach in reichen Ländern niedrig, in armen hoch, und in Ländern, die am schnellsten ihrem Untergang entgegen eilen, stets am höchsten (I. 344f.).

In einem stillstehenden Lande, das das volle Maß seines Reichtums erreicht hätte, würden wahrscheinlich Löhne und Gewinne sehr niedrig sein (I. 131, auch 98). Die Bevölkerung wäre hier sehr dicht, daher große Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Nähme das Kapital merklich ab, so gäbe es Hungerlöhne.

§ 74. Kritik seiner Lehren.

In diesen Darlegungen ist unzweifelhaft richtig nur dies, daß die Löhne steigen, wenn die Nachfrage nach Arbeitern zunimmt, besonders, wenn man einen Mangel an Arbeitskräften befürchtet oder gar schon empfindet. Denn so lange der steigenden Nachfrage ein überschüssiges Angebot gegenübersteht, wird jene die Löhne kaum merklich erhöhen.

Wann steigt aber die Nachfrage nach Arbeitern? Nach Adam Smith gehört dazu als Bedingung eine Zunahme des Kapitals, und zwar, wie er fast überall sich ausdrückt, desjenigen Fonds (d. h. Bestandteils des Kapitals), der zum Unterhalt der Arbeit bestimmt ist (I. S. 95, 100 etc.). Diese Bedingung scheint die einzige zu sein und stets den Erfolg des steigenden Lohns herbeizuführen. Das ist nun, wie die moderne Wirtschaft gar oft gelehrt hat,

falsch. Smith hat hier im Grunde genommen die sog. Lohnfondstheorie aufgestellt, nach welcher der Lohn reguliert wird durch das Verhältnis des zum Unterhalt der Arbeiter bestimmten Teils des Gesamtkapitals zur Zahl der Beschäftigung suchenden Arbeiter. Diese Theorie ist längst genügend widerlegt. Sie hätte überhaupt nur dann möglicherweise einen Sinn, wenn stets alle vorhandenen Arbeiter wirklich beschäftigt wären, was ja fast nie der Fall ist. Unsere Wirtschaft hat ihre Zeiten des Aufschwungs, der Krisen, der Stagnation, auf die wieder Aufschwung folgt. Haben die Krisen und die Stagnation das Kapital vermehrt, so daß jetzt deshalb der Aufschwung erfolgen kann? Gewiß nicht.

Wie viel Arbeiter ein bestimmtes Kapital beschäftigen kann, das hängt offenbar nicht einfach von seiner Größe, sondern viel mehr von der Schnelligkeit seines Umsatzes, von der Länge der Periode ab, in welchen der täglich gemachte Aufwand dem Unternehmer durch den Verkauf der Waren wieder erstattet wird. So kann dasselbe Kapital bei flottem Geschäftsgang vielleicht 500 Arbeiter in Dienst nehmen, das bei flauem nur 100 anstellt. Gehen die Geschäfte gar nicht, so schließt es die Bude und entläßt alle Arbeiter.

Also: das Kapital braucht nicht gewachsen zu sein, um plötzlich eine lebhaftere Nachfrage nach Arbeitern zu veranstalten und damit den Lohn zu steigern. Aber es muß Aussicht auf's Wachsen haben, d. h. auf größeren Profit. Das genügt.

Wären die Profite in den Kolonien nicht groß, so könnte auch der Lohn nicht groß sein, denn um Gotteswillen suchen die Unternehmer auch da die Arbeiter nicht zu beschäftigen. Die Profite sind aber hauptsächlich deshalb groß, weil es noch keine oder nur eine minimale Grundrente gibt. Der Unternehmer hat mit keinen hohen Bodenpreisen und Hypothekenzinsen zu rechnen. Wären aber die Profite zwar hoch, jedoch die Arbeiter in Fülle da, so würde der Lohn dennoch tief stehen, wenn die Arbeiter wirklich darauf angewiesen wären, lediglich um Lohn zu dienen. Wäre ihnen Land leicht zugänglich, aber die Profite sehr niedrig, so würde abermals der Lohn nicht hoch sein können.

Und so ist es auch in altkultivierten Ländern in Zeiten des Aufschwungs, nur daß hier den Arbeitern keine Produktionsmittel zugänglich sind. Hohe Löhne sind nur bei hohen Profiten möglich und auch hier nur, wenn die Arbeiter sehr gesucht, also relativ rar sind.

Für die Smith'sche Idee, daß in (längere Zeit besiedelten) Kolonien sowie in rasch reich werdenden Ländern überhaupt die Profite fallen, die Löhne aber hoch bleiben, weil das Kapital rasch zunimmt, ist in unserer Gesellschaft kaum ein Platz zu finden, sie beruht wieder auf der Lohnfonds-Theorie.

Vor allem ist schon seine Art von äußerer Beweisführung für das Fallen der Profite ganz ungenügend, wie wir oben bewiesen zu haben glauben. Er entnimmt nämlich Steigen und Fallen der Profite lediglich den Bewegungen des Zinsfußes. So kommt er zu der ungeheuerlichen Behauptung, daß in Zeiten des totalen Verfalls ganzer Völker der Gewinnsatz bei denselben enorm hoch sein müsse, weil der Zins so überaus hoch sei. Allein dieser Zins ist ein Wucherzins, der Not und Verschwendung abgepreßt, und könnte bei Anlehen zu Geschäftszwecken nur gezahlt werden, wenn hier ein außerordentlicher Wucherprofit gemacht würde. In Zeiten des Verfalls aber stocken alle produktiven Geschäfte, d. h. sie geben keinen Gewinn. Was will also hier der hohe Zinsfuß sagen?! Es ist schon eine ganz kuriose Idee, sich den Gang des Profits so vorzustellen: er ist sehr hoch dort, wo der rascheste Fortschritt, die produktivste Arbeit stattfindet, er nimmt ab mit der Zunahme des Reichtums, er ist sehr gering, wo das volle mögliche Maß des Reichtums erreicht ist, und er steigt auf's höchste, wenn der ganze Reichtum wieder zusammenbricht. Wo ist denn der Fonds, aus dem dieser letzte hohe Gewinn realisiert werden soll?

Sodann aber scheint Ad. Smith unter Gewinn oder Gewinnsatz durchwegs nur die Differenz zwischen den Selbstkosten einer Ware und dem Verkaufspreis derselben zu verstehen. Damit hat er aber nicht die Kapitalrente getroffen, auf die es doch hier, wo vom Wachsen des Kapitals aus dem Profit die Rede ist, einzig ankommt. Nur so kann ich mir erklären, wie er zu der Idee kommt, daß in großen Städten, wo der Gewinn niedriger sei als in kleinen, dennoch die Kapitalien rascher wachsen.

Denn daß sie deswegen rascher wachsen, weil sie groß sind, kann doch nicht ernsthaft gemeint sein. Sie kamen doch nicht groß auf die Welt und es gibt in großen Städten genug kleine Geschäftsleute, und in kleinen kommen auch große vor.

Aber er meint offenbar — ob mit Recht, ist, wenigstens in der Gegenwart, eine andere Frage —, an kleinen Orten schlägt man zwar mehr aufs Stück, setzt aber wenig um; in großen Städten geht es umgekehrt und dabei schaut viel mehr heraus.

Aber es frägt sich doch nur, in unserer Angelegenheit, wieviel Profit per Jahr auf eine Kapitaleinheit fällt. Das gibt den Gewinnsatz für dieses Kapital, nicht der Gewinn am Pfund Zucker, der gar nichts bedeutet für die Bemessung der Kapitalrente. Denn dieser kann hoch und die Rente sogar minus sein. Nehmen wir aber statt dem Profit am Stück die wirkliche Kapitalrente, den Gewinn vom ganzen Unternehmerkapital und fragen wir: warum soll dieser mit dem steigenden Reichtum sinken? — so antwortet Smith nicht etwa: weil der Lohn steigt, sondern: weil sich die Unternehmer gegenseitig den Preis der Waren herunterdrücken.

Seine Vorstellung von diesem Prozeß ist aber, wie ich vermute, keine nationalökonomische, sondern eine sehr beschränkt privatökonomische.

Es siedelt sich in einer Stadt der erste Tapetenhändler an. Früher hatte kein Mensch eine Tapete gesehen. Diese Zimmerausstattung gefällt aber den Leuten so gut, daß sie massenhaft Tapeten kaufen und der Händler benutzt die Gelegenheit und macht seinen Schnitt, er verkauft mit 100 Prozent Gewinn und wird schnell reich. Nun kommt aber ein zweiter, ein dritter, ein zehnter Tapetenhändler und da geht es mit den Preisen und Profiten rasch abwärts, die Tapetenpreise sinken auf ihr natürliches Niveau, erzielen nur den gewöhnlichen Profit, wie alle anderen Waren, vielleicht sogar zeitweilig weniger, worauf die schwächstsituierten Händler Bankerott machen.

So etwas kommt in mannigfaltigen Formen überall und immer wieder vor. Monopole gestatten eine absonderliche Ausbeutung der Nebenmenschen. Das weiß auch der Nationalökonom, aber wenn er die Theorie der kapitalistischen Wirtschaft mit freier Konkurrenz sucht, darf er sich bei Erklärung der normalen Tatsachen nicht an die Monopole halten.

Nehmen wir an, es bestehe eine sich selbst genügende Gesellschaft nur aus einem Tapetenfabrikanten, einem Landwirt, einem Müller, einem Schmied etc., so daß keiner dieser Befriediger der gesamten Bedürfnisse auch nur einen einzigen Konkurrenten hat: wird da jeder der Herren sehr große Gewinne machen und reich werden? Nach Smith braucht man nur recht teuer zu verkaufen, dann hat man hohe Gewinne, und der Preis hängt viel mehr vom Gewinn als vom Arbeitslohn ab.

Also, meine Herren, schlagen Sie wacker drauf und verkaufen Sie! Aber wer wird kaufen? Die anderen. Aber jeder ist ein

anderer. Nehmen wir an, es sei sehr viel Geld da, so werden die Preise von selbst hoch sein. Ist wenig da, so müssen sie niedrig sein, sonst könnte man die Waren nicht umsetzen. Sind sie hoch, so verkauft man „teuer“, aber man kauft ebenso teuer. Da ist also nichts zu machen. Die Warenpreise sind nur der Geldausdruck für die Austauschverhältnisse der Waren. Ob viel oder wenig Geld für zwei Waren gezahlt wird, die sich im Austausch gleichwertig gegenüberstehen, das hängt nur vom Wert des Geldes ab, den man nicht beliebig ändern kann.

Sollen sich alle diese Leute gegenseitig beschummeln, wie der Tapetenhändler die Stadtbewohner? Das möge sich jemand einmal vorstellen, wenn er kann. Sie stehen alle einander gleich gegenüber, als Monopolisten, sind alle gleichmäßig voneinander abhängig. Also werden sie alle den gleichen Durchschnittsprofit beziehen, der (auch hier) wirklich eine soziale Tatsache ist, keine individuelle, und darum der Gegenstand nationalökonomischer Betrachtung.

Die Geldpreise sagen für sich aber offenbar noch gar nichts über den Profit. Ist das Geld von geringem Wert, so mögen die Preise sehr hoch sein, die Profite können deshalb immer noch sehr niedrig stehen und umgekehrt.

Würde jeder der Produzenten nur allein mit seinen eigenen Mitteln produzieren, so wäre von Profiten überhaupt nicht die Rede. Das wäre, trotz dem Privateigentum, der Zustand, den Smith als den ursprünglichen schildert. Die Waren würden ausgetauscht, jeder hätte für sein Konsumleben den Vorteil der Arbeitsteilung und der mit ihr verbundenen höheren Produktivität der Arbeit, und jeder bekäme in fremden Produkten genau den Wert seiner eigenen als umgewandeltes Produkt seiner eigenen Arbeit zurück.

Nun nehmen wir aber an, jeder habe eine bestimmte Anzahl Arbeiter zur Herstellung seiner Produkte. Mit diesen muß er teilen, denn sie müssen leben. Man kann sich zur Vereinfachung vorstellen, er teile in natura. Da kommt offenbar für ihn alles darauf an, wie viel vom Produkt er den Arbeitern geben muß. Der Rest ist seine Rente.

Daß er die Arbeiter nicht in Produkten, sondern in Geld zahlt, ändert daran nichts. Müßte er den Arbeitern als Lohn soviel Geld geben, als das Produkt beim Verkauf einbringt, so wäre seine Rente gleich Null. Je weniger vom Verkaufspreis des Produkts der Arbeiter er diesen geben muß, je weniger also die Gesamtheit der Arbeiter mit ihrem Lohne vom Gesamtprodukt kaufen kann, desto höher ist ceteris paribus seine Rente. Denn der Rentensatz erscheint ja erst, wenn der Unternehmer alle diese ihm verbleibenden Wertteile aus dem Erlös der Waren mit seinem ganzen, in der Unternehmung aufgewendeten Kapital vergleicht. — Von der Grundrente dürfen wir hier wohl absehen, wir wissen ja, unter welchen Umständen sie auftritt.

Wenn wir aber von der Grundrente absehen, so findet die ursprüngliche Teilung des ganzen produzierten Wertes (und Produkts) nur zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer statt. Was der Eine nicht bekommt, muß also dem andern zunächst (von weiterer Verteilung durch den Staat mittels der Steuer u. s. w. abgesehen) zufallen.

Wie kann man aber unter solchen Umständen mit Smith sagen: der Lohn bleibt gleich hoch, der Kapitalgewinn aber fällt? Also z. B.: von je 100 Pfund Brot bekamen früher die Arbeiter 50 und der Unternehmer 50 (vom Ersatz der Produktionsmittel sehen wir ab). Jetzt bekommen die Arbeiter auch noch 50, der Unternehmer aber bloß noch 30. Wem fallen denn die restierenden 20 zu, wenn das ganze Produkt bloß zwischen Unternehmer und Arbeiter geteilt wird?

Nehmen wir statt des Brotes seinen Preis. Früher war er 20 fr., davon bekamen die Arbeiter 10 und ebensoviel der Unternehmer. Jetzt sei er, wie Smith meint, infolge der Konkurrenz der Unternehmer auf 18 gesunken. Nun müßte man annehmen, die Arbeiter bekämen hiervon noch 10 fr., die Unternehmer bloß 8. Aber dann wäre der Lohn der Arbeit nicht gleich geblieben, sondern gestiegen; sie könnten jetzt (da wir dieselbe Veränderung in allen Branchen annehmen müssen) mit ihrem Lohn $^5/_9$ ihres Produkts kaufen, früher nur $^1/_2$. Das würde schließlich darauf hinauskommen, daß das Leben immer billiger würde und die Arbeiter immer gleichviel Geld bekämen, was bekanntlich nicht der Fall ist.

Daß gewisse Waren billiger werden, kann ja sehr wohl vorkommen, kommt aber, wenn das Geld im Werte gleich bleibt, davon her, daß die Produktivität der Arbeit Fortschritte macht, daß sie also in jedem Sinne billiger produziert werden. Aber das hat mit unserer Frage nichts zu tun. Würden alle Waren billiger werden, so wäre der Geldwert gestiegen. Man nehme nun zur Vereinfachung der Sachlage an, auch Gold und Silber werden im Lande produziert und die betreffenden Unternehmer machen es

natürlich ebenso wie alle andern und verkaufen infolge der Konkurrenz ihr Metall billiger. Dann hat man die Unmöglichkeit des Falles klar vor Augen. Nehmen wir an, derselbe Arbeiter, der früher 20 Stück einer Ware produzierte, produziere jetzt 30 und bekomme davon, was höchst unwahrscheinlich ist, in beiden Fällen die Hälfte. So bekommt der Unternehmer die andere Hälfte, also gleichen Profit wie ehedem. Das Stück ist jetzt, in Geld bemessen, billiger verkauft worden, aber es kostet dem Unternehmer auch entsprechend weniger.

Dies alles nach normalen Verhältnissen gedacht, die sich nach Störungen immer wieder herzustellen streben. Ausnahmsweise kann natürlich der Unternehmer zu jedem beliebigen Preise zu verkaufen gezwungen sein, der nicht nur keinen normalen Profit bringt, sondern positiven Verlust.

In normalen Verhältnissen sind die Güterpreise keine Verteilungsformen des Einkommens, sondern nur eine Realisierung desselben. Sie entscheiden ebensowenig über das Verhältnis von Lohn und Profit, wie dieses Verhältnis über die Güterpreise entscheidet.

Man nehme, um dies klar zu erkennen, unser obiges Beispiel von den Monopolisten und lasse den Lohn auf die Hälfte des bisherigen Satzes fallen: werden die Austauschverhältnisse der Produkte dadurch auch nur im mindesten berührt? Wenn bisher, alles in Geld bemessen, 100 Nägel zwei Pfunden Brot gleichstanden, werden dann 90 oder 80 oder 70 Nägel sich mit 2 Pfunden Brot austauschen, oder wird man nun 3 oder 4 Pfund Brot für 100 Nägel bekommen? Nicht der allermindeste Grund ist dafür vorhanden. Der Unterschied wird nur darin bestehen, daß jetzt die Bäcker für sich mehr Nägel (u. s. w.) kaufen können und die Schmiede für sich mehr Brot (u. s. w.). Wenn also wirklich der Gewinn der Kapitalisten (Unternehmer) im Laufe der Zeit immer abnähme und der ihnen entgehende Teil des gesellschaftlichen Produkts nicht etwa als Grundrente den Besitzern des Bodens zukommt, so müßten die Fortschritte der Kultur, der Produktivität der Arbeit notwendig lediglich den Arbeitern zugute kommen. Das aber ist eine absurde Idee, die durch die ganze herrschaftliche Verfassung der Gesellschaft und ihre Geschichte gründlich widerlegt wird. Steht Odysseus in seiner Lebenshaltung höher über seinen Leuten (Sklaven) oder Hortensius? der mittelalterliche Ritter oder der heutige Großgrundbesitzer? der Zunftmeister des 14. Jahrhunderts oder der moderne Fabrikant? Wo gab es vor 1000 Jahren Milliardäre nach irgend einer Rechnung? in welcher Gesellschaft gab es überhaupt je so großen Reichtum und so große Armut wie in der heutigen? leben heute die Armen tausendmal luxuriöser als einstens, oder die Reichen? Solche Fragen erfordern gar keine Antwort. Man denke übrigens nur an Ad. Smith's oben citierten Ausspruch über den Ursprung des Renteneinkommens. Ohne Grundeigentum und Kapital, d. h. wenn die Produktionsmittel der Arbeit frei zur Verfügung stünden, würde der Anteil der Arbeiter am gesellschaftlichen Einkommen = 100 Prozent sein. Nun steigt aber der Wert des Grundeigentums im allgemeinen fort und fort und ebenso nimmt das Kapital zu. Der Wert des Grundeigentums aber besteht oder ist begründet in seiner Rente, und diese ist ein Teil des gesellschaftlichen Produkts resp. Einkommens. Das Kapital selbst ist ebenfalls gesellschaftliches Produkt, ist aus diesem aufgehäuft und gibt immer neuen Anspruch auf neues Einkommen. Wenn nun beide immerfort zunehmen, so muß doch offenbar der Drittbeteiligte vom ganzen, das zu teilen ist, immer weniger bekommen, oder man müßte annehmen, daß mitten in der Entwicklung und Ausbreitung des Grund- und Kapitaleigentums der Verlauf der Dinge unterbrochen und in eine entgegengesetzte Richtung gedrängt worden sei. Die Produktivkraft der Arbeit nimmt im Laufe der Geschichte regelmäßig zu, wenn auch mit Unterbrechungen und nicht immer im gleichen Tempo. Damit wächst das Einkommen der Gesellschaft im ganzen und per Kopf der Bevölkerung. Kommen nun, so würde die Frage lauten, die Vorteile der gesellschaftlichen Fortschritte mehr den Besitzenden oder mehr den Arbeitern zugute? Wir haben die Antwort schon gegeben.

Dies betrifft allerdings den Gesamtanteil der verschiedenen Klassen am gesellschaftlichen Einkommen, die Quote, welche sie bekommen. Dagegen ist es an sich möglich, daß, weil die Masse des Einkommens sehr zugenommen hat, der kleiner gewordene Anteil einer Klasse oder eines Individuums jetzt absolut mehr ausmacht, als ehedem der größere, daß also der Arbeiter sogar per Kopf heute einen reichlicheren Lohn bekommt als früher. Ebenso ist es an sich möglich, daß die Unternehmer jetzt den Grundbesitzern einen soviel höheren Tribut zahlen müssen, daß sie vom Gesamteinkommen der Gesellschaft einen kleineren Teil beziehen als früher. Endlich ist es möglich, daß die gesamte Kapitalrente zwar absolut und auch relativ gestiegen ist und dennoch auf das Hundert des Kapitals jetzt weniger Rente fällt als früher, weil die gewachsene

Gesamtrente auf eine noch stärker gewachsene Kapitalmasse sich verteilt.

§ 75. Lohn in Natural- und Geldwirtschaft.

Die beiden letzteren Möglichkeiten sollen hier noch nicht erörtert werden, wir denken zunächst nur an den Arbeitslohn, und da zeigt uns die Geschichte der Wirtschaft jedenfalls nicht, daß der Lohn eine Tendenz habe, beständig zuzunehmen. Viel eher zeigt sie uns, daß die Lage des Arbeiters in dem Maße, wie die Arbeitsteilung und damit die Produktivität der Arbeit und die Warenproduktion und der Verkehr und die Verwandlung des Vermögens in Kapital, welches nur auf Profit ausgeht und davon nie genug, jedenfalls nie zuviel hat, und der in Geld bemessene Reichtum zunimmt, schlechter und schlechter wird, bis etwa die Arbeiterklasse allmählich zum Bewußtsein ihrer Daseinsbedingungen erwacht und durch Koalition und Organisation als Produzent und Konsument eine gesellschaftliche Macht zu erwerben sucht, die, wie man erwartet, in der Lage ist, jene Daseinsbedingungen zu verbessern oder gar allmählich gründlich umzugestalten, indem sie dieselben nicht mehr so acceptiert, wie sie ihr gemäß dem Vorteil anderer, herrschender Klassen geboten werden, sondern selbst bestimmt, wie es ihr eigener Vorteil erheischt, d. h. indem sie selbst zu einer besitzenden und dadurch unabhängigen Klasse wird.

Wir wissen, daß die Sklaven der homerischen Zeit viel besser lebten und viel weniger geplagt wurden, als in den üppigen Zeiten des 5. und 4. Jahrhunderts.

Georg Ebers berichtet (Universum, VII. Jahrg. Heft 17), daß im alten Ägypten die Dienste, die die Sklaven verrichteten, ihnen keine Unehre brachten und daß man im ganzen mit ihnen sehr freundlich verfuhr. Das am häufigsten wiederholte Sittengesetz der Ägypter war dies: die Hungrigen zu speisen, die Durstigen zu tränken, die Nackten zu kleiden, die Witwen zu schützen und sich des Geringen anzunehmen wie des Großen. Manche Verstorbene preisen in den Grabschriften ihre den Sklaven erwiesene Milde u. s. w.

Höchst bezeichnend und für die ganze Frage aufklärend ist, was der berühmte Afrikareisende Gerhard Rohlfs vor 17 Jahren im „Zeitgeist“ (vom 30. November 1885) mitteilte („Die Kolonisation von Ostafrika“): „Alle Reisenden stimmen darin überein, daß bei den Mohammedanern, sowohl bei den Türken wie bei den

Arabern, Persern und indischen Muselmanen, die Sklaven keineswegs ein schlechtes Los haben. Das Schicksal der Sklaven ist nur dort ein hartes, wo dieselben als Arbeitskräfte beim Plantagenbau verwertet (!) werden, oder andere Arbeiten zu verrichten haben, die nicht zum eigenen Unterhalt, sondern zum Geldgewinn im großen (!) dienen. Ein Araber, der nur seine Felder und seine Gärten bestellt zum eigenen und seiner Familie Unterhalt, oder der Handel treibt und mit seinen Sklaven mit Waren beladene Karawanen nach fernen Ländern und Städten schickt, also ihnen viel anvertrauen muß, steht stets mit allen seinen Sklaven und Sklavinnen auf dem besten Fuß. Aber ein Araber, der wie ein Pflanzer in Amerika oder in andern Weltteilen Plantagenbau treibt, bloß um Geld auf Geld zu häufen, wird suchen, aus der Kraft der Sklaven den höchstmöglichen Gewinn zu ziehen.“

Dasselbe bestätigt für die amerikanischen Verhältnisse Sartorius von Waltershausen in seinem schönen Werke: Die Arbeitsverfassung der englischen Kolonien in Nordamerika, 1894:

„Der (relativ besten) Lage der Haussklaven zunächst, wenn auch schon ungünstiger, befanden sich diejenigen, welche in der Landwirtschaft oder dem einfachen Handwerk beschäftigt waren, welche beide ganz überwiegend der Konsumtion (!) auf der Farm dienten. — Die Produkte der Negerarbeit hatten bei der Eigenproduktion für den Herrn nur Gebrauchswert, keinen Tauschwert, und es wurde daher davon nur soviel erzeugt, als die Familie und das Gesinde des Herrn verwenden konnten. Eine übermäßige Ausnutzung der Sklavenarbeit entsprach hier dem Interesse des Herrn nicht, da das über den Bedarf hinaus Erzeugte ohne Nutzen dalag. — Ein ganz anderes ökonomisches Interesse repräsentierte derjenige Neger, welcher Produkte für den Absatz im Inlande oder Auslande herzustellen hatte. — Sollte der Sklave den . . . . ökonomischen Bedürfnissen der für den Markt . . . . produzierenden Herren nachkommen, so kam es diesen darauf an, 1. soviel Arbeit von ihm zu gewinnen, als nur möglich war, 2. die Kosten der Erhaltung möglichst zu reduzieren“ (S. 150 ff.).

Die Negerarbeit „bewahrte in den südlichen Staaten der amerikanischen Union einen gemäßigt patriarchalischen Charakter, solange die Produktion hauptsächlich auf den unmittelbaren Selbstbedarf gerichtet war. In dem Grade aber, wie der Baumwollexport zum Lebensinteresse jener Staaten, ward die Überarbeitung des Negers, hie und da die Konsumtion seines Lebens in sieben

Arbeitsjahren, Faktor eines berechnenden und berechneten Systems" (Marx I., S. 220).

„Die leidliche Behandlung aller Glieder hat in der patriarchalischen Familie so lange gedauert, als die Eigenversorgung ihr Lebensprinzip blieb. Erst als sie anfing, für den Markt zu arbeiten, dadurch große Gewinne erzielte, als hiermit die Gewinn- und Habsucht neben dem Sinn für technischen Fortschritt entstand, wuchs die Mißhandlung der unteren Glieder der Familie, des Gesindes, der Sklaven" (Schmoller, Grundriß der allg. Volkswirtschaftslehre, I. S. 243).

Im schlimmsten Fall gibt auch der Sklavenhalter der Naturalwirtschaft seinen Arbeitern nur das notwendige Futter. Aber es gibt nicht viele Arten von Nahrungsmitteln und jedenfalls keine erbärmlichen Surrogate und Fälschungen; die Sklaven können meist nicht viel anders ernährt werden, als die Herren. Jedenfalls behandelt man sie, wie Marlo sich ausdrückt, wie Haustiere, die zum Vermögen gehören. Ihr Herr muß im eigenen Interesse darauf achten, daß sie gesund und bei Kraft bleiben und kann in dieser Beziehung, wie bei seinen Pferden, keinen Unterschied machen, ob im Augenblick gerade mehr oder weniger Arbeit zu tun ist[1]).

In der Naturalwirtschaft gibt es keine genaue Rechnung und Buchführung. Wenn reichlich Lebensmittel da sind, so hat es, da man sie doch verzehren muß, wenig auf sich, ob da oder dort, für diesen oder jenen Zweck, etwas mehr oder weniger verbraucht wird. Dies sehen wir heute noch einigermaßen — je älter einer ist, desto deutlicher konnte er's sehen — in der Bauernwirtschaft marktferner Gegenden, wo mit ständigen Dienstboten gearbeitet

[1]) „Solange die Sklaverei und die Dienstbarkeit bestand, haben jene (die arbeitenden Klassen) nie von den Chancen der Konjunktur zu leiden gehabt. Da sie damals zum Kapital des Besitzers gehörten, ward ihnen unter allen Umständen die Fürsorge zu teil, die man immer der Erhaltung des Kapitals widmen wird. Seit ihrer Emanzipation haben sie auf eigene Rechnung zu leben, damit aber, bei ungünstiger Konjunktur, nicht zu leben" (Rodbertus, Briefe, von R. Meyer, S. 584). Das ist indes nur sicher in der Naturalwirtschaft; in der Geldwirtschaft ist es ein Rechenexempel, ob man den Sklaven rasch aufbrauchen oder länger erhalten soll. Er paßt auch im allgemeinen nicht hinein. — „Sicherlich werden Ackerpferde, da sie ein wertvolles Eigentum sind, in England viel besser genährt als der englische Landarbeiter", sagt der erzkapitalistisch gestimmte Wakefield (England und Amerika I. 247).

wird und der größte Teil der Produkte im Haushalt zum Verbrauch gelangt. Hier wird regelmäßig auch der Arbeiter reichlicher bedacht, wenn „das Jahr gut" war, in der großen Haushaltung besser als in der kleinen, am Feiertag besser als am Werktag. Man vergleiche alle diese Punkte in der Geldwirtschaft! Man zählt nicht jeden Liter Milch und jedes Pfund Brot. Man ißt im Winter, wenn wenig Arbeit, ebenso genügend wie im Sommer, wenn viel Arbeit. Und die Zahl der Feiertage ist groß.

„Zur Zeit, als der Christengott[1]) noch herrschte und die republikanische Dreieinigkeit (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) noch nicht empfangen und geboren war, vor 1789, gehörten der Sonntag und die Feiertage noch den Arbeitern; 90 Tage im Jahre waren sie von der Arbeit befreit, einen Tag von je vier und einem halben" — was allerdings falsch gerechnet ist, zu Ungunsten des thema probandum (Paul Lafargue, Der wirtschaftliche Materialismus nach den Anschauungen von Karl Marx, IX. Heft der soc.dem. Bibl., S. 8).

Das Kapital hat die Mehrarbeit nicht erfunden, sagt Marx, aber es ist klar, „daß, wenn in einer ökonomischen Gesellschaftsformation nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert des Produkts vorwiegt, die Mehrarbeit durch einen engeren und weiteren Kreis von Bedürfnissen beschränkt ist, aber kein schrankenloses(!) Bedürfnis nach Mehrarbeit aus dem Charakter der Produktion selbst entspringt" (I. S. 219), was ausgezeichnet gesagt ist.

In der Geldwirtschaft liegen die Verhältnisse anders und darum benehmen sich auch die Menschen anders.

Hier wächst jeder Centime, den man den Arbeitern entziehen kann, dem Einkommen oder Vermögen des Unternehmers ganz sichtbar, zählbar, bilanzmäßig zu — und mit Centimes kann man machen, was man will, man ist nie in Verlegenheit. Je mehr davon man hat, desto besser. Wildpret und Fische kann man nur essen, Pelze und Mäntel nur anziehen, aber mit Centimes, wenn sie in gehöriger Anzahl vorhanden sind, kann man sich sozusagen die Welt kaufen und sogar die Zukunft. Und zudem kommt hier alles darauf an, den Markt zu gewinnen, zu behalten und zu erweitern. Denn auf dem Markte werden die Profite realisiert. Und da liegt nichts näher als der Gedanke, daß derjenige am meisten verkaufen kann, der die Ware am billigsten gibt, und daß der-

[1]) Über den übrigens Lafargue auf's ärgste spottet.

wenige die Ware am billigsten geben kann, der den niedrigsten Lohn zahlt. In jedem einzelnen Moment, wenn man ihn für sich betrachtet und an die Folgen in der Zukunft nicht denkt, ist ja dieser Kalkul auch richtig. Man kann sogar zeitweilig zur Rechtfertigung dieser profitgierigen Lohndrückerei das „nationale“ Interesse, den Patriotismus aufmarschieren lassen, da man ja für seine Nation, für sein Vaterland den „Weltmarkt“ sichern oder erobern will, da von der Eroberung dieses Weltmarkts das Wohl und die Existenz der Nation, des Vaterlandes abhängt. Man sucht dabei gemeiniglich die Kleinigkeit zu ignorieren, daß die Arbeiterklasse sozusagen auch zur Nation gehört und mit den anderen ein gemeinsames Vaterland hat.

Und so sehen wir denn dort, wo das Marktinteresse im Vordergrund steht, wo der Kaufmann den Ton angibt, wo der Produzent (Besitzer der Produktionsmittel) profitmachender Unternehmer wird, alle verfügbaren Mittel anwenden, um für einen bestimmten Lohn möglichst viel Arbeit zu erpressen oder für eine bestimmte Arbeit möglichst wenig Lohn zu zahlen[1]. Die Mittel, die dazu angewendet werden, sind je nach Zeit und Umständen verschieden, und so ist auch der Erfolg.

[1] W. Friedensborg behauptet in seinem Buche „Zur Arbeiterfrage“, 2. Auflage 1890: „Wo an die Stelle der Wirtschaft der Sklaverei die des freien Arbeitertums getreten ist, da bemißt nicht das eherne Lohngesetz der Doktrin, sondern die Leistung des Arbeiters seinen Gewinn“ (212). Allein er widerspricht sich selbst dann so vollständig wie möglich, indem er S. 321 sagt: „Der Nichtunternehmer-Arbeiter(!) hat von einer über das Maß seines Lohnes hinausgehenden Leistung keinen Gewinn zu erwarten“. Also: der Lohn richtet sich nach der Leistung, aber nur so weit, als die Leistung sich — nach dem Lohn richtet! Die Kooperativ-Assoziation soll nach Ansicht des Verf. den Arbeiter „von diesem Bann befreien“ (321). Man möchte fast glauben, er habe eine Befreiung gar nicht nötig, da nach dem Verf. alle Löhne, auch die der „schlechtesten“ Arbeiter, fortwährend steigen und immerfort gestiegen sind (213). Wenn nun der Lohn zur Existenz immer ausreichen mußte, wie glänzend muß dann die Lage auch des „schlechtesten“ heutigen Arbeiters sein! — Auch Schönberg (Handwörterb. Art. Arbeit) ist sich nicht recht klar über den Zusammenhang zwischen Lohn und Leistung. Zuerst belehrt er uns: das praktisch wichtigste Mittel zu einer Erhöhung des Arbeitslohnes sei sehr oft eine Steigerung des Arbeitsfleißes, diese sei also einer der wichtigsten Punkte der heutigen Sozialpolitik. Dann — beweist er seine These mit dem Nachweis, daß — die Erhöhung des erwarteten Einkommens den Fleiß steigert! — Wie deutlich hat doch schon Ad. Smith das Kausalverhältnis durchschaut!

„Ich behaupte, daß von 1563 bis 1824 eine Verschwörung bestand[1], vom Gesetz angestiftet[2] und von den interessierten Klassen durchgeführt, zu dem Zweck, den englischen Arbeiter um seinen Lohn zu betrügen, ihn an dem Boden zu fesseln, ihn jeder Hoffnung zu berauben und ihn in unheilbare Armut zu stürzen. . . . . . Mehr als zwei Jahrhunderte lang verfolgten die englischen Gesetze und die Diener des Gesetzes die Absicht, den englischen Arbeiter auf ein Hungerdasein herabzudrücken, jede Äußerung oder Handlung im Keime zu ersticken, die auf eine organisierte Unzufriedenheit hinwies, und ihn mit Strafen zu überschütten, wenn er sich auf sein natürliches Recht besann. Die heuchlerischen Redewendungen, die ein Gesetz gewöhnlich einleiten, können mich nicht täuschen, stehen doch die schönen Worte und Erklärungen gewöhnlich in direktem Gegensatz zu den einzelnen Verfügungen des Gesetzes. In Elisabeth's Gesetz (1563) heißt es, ‚der Arbeitslohn ist zu niedrig und entspricht den Zeitverhältnissen nicht‘, weiter ist von ‚Not, Kummer und Lasten des armen Arbeiters und Knechtes‘ die Rede und dabei ist es gerade dieses Gesetz, das den Lohn des Arbeiters erniedrigt und seine Not und Bürde vervielfältigt, indem es jene, die ein Interesse daran haben, ihn in Armut zu erhalten, zu Richtern über seinen Lohn macht, und ihnen gestattet, von dem Arbeiter ein Zeugnis seiner früheren Arbeitgeber und der Armenpfleger oder Kirchenvorsteher zu verlangen, wenn er eine neue Stelle antreten will. Durch gesetzliche Auslegung wurde der Begriff der Verschwörung, der ursprünglich in einer Verabredung mehrerer zum Zweck der Aufbringung falschen Zeugnisses gegen andere oder zur Begehung eines Verbrechens bestand, auf alle Arbeitervereinigungen ausgedehnt, welche eine Erhöhung des Lohnes zum Ziele hatten“ (Th. Rogers a. a. O. S. 316f.).

„Die gesamte Kraft des Gesetzes wandte sich fast zwei Jahrhunderte lang der Lösung des Problems zu: Wieviel Unterdrückung kann das englische Volk ertragen, wieviel Entbehrung und Verkümmerung, ohne daß die Arbeitskraft vernichtet wird, die die steigenden Grundrenten erzeugt?“ (ib. S. 344). Und so war es überall. — Aber es gelang immer nicht recht, solange das

[1] Th. Morus konstatiert sie schon weit früher.

[2] Das Gesetz trug den Friedensrichterversammlungen auf, die Arbeitslöhne festzusetzen, mit schweren Strafen für Überschreitung der Lohnsätze.

Handwerk und die Manufaktur als Produktionsformen herrschten. Da war die meiste Arbeit gelernte Arbeit und Männerarbeit und Männer sind hartköpfig und leisten Widerstand.

Erst der ungeheure Aufschwung [1]), den der Kapitalismus durch die Maschinen nahm, brach zunächst diesen Widerstand und zeigte mit voller Klarheit, was die ungehemmte Jagd nach dem Profit gegenüber einer desorganisierten, ohnmächtigen, durch den Umsturz aller hergebrachten Verhältnisse perplex gewordenen, jedes Schutzes beraubten Arbeiterklasse, für ein „Lohngesetz" praktisch aufstellt, theoretisch rechtfertigt.

Da wurde die Arbeitszeit in's Endlose verlängert, den Arbeitern durch gemeinste Betrügereien, mittels Truck- und Cottagesystem (Zwang zum Warenkauf und zur Wohnungsmiete beim Unternehmer), sowie durch die infamsten Fabrikordnungen mit einem schamlosen System von Geldstrafen für allerlei oft unvermeidbare Versehen und Fehler der vertragsmäßig versprochene Jammerlohn noch möglichst gekürzt, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter als eine total irrelevante Nebensache behandelt, die Familie und die Moral der Arbeiter zerstört, indem die Frauen und Kinder — fast in jedem Alter — zur Arbeit herangezogen und die Männer möglichst entlassen wurden u. s. w.

Es ist heutzutage nicht mehr nötig, alle diese Punkte nachzuweisen. Das alles ist längst allgemein bekannt. Daß es die ungeheuren Fortschritte der Wirtschaft waren, welche das äußerste Elend für zahlreiche Schichten der Arbeiterklasse herbeiführten, steht ebenso fest. „Meiner Überzeugung nach", sagt Thorold Rogers, „war die Lage der Handarbeiter in keiner Periode der englischen Geschichte schlechter als in den 40 Jahren von 1782 bis 1821, der Periode, in welcher Fabrikanten und Kaufleute reißend schnell Vermögen erwarben, und die Grundrente in der Landwirtschaft sich verdoppelte" (a. a. O. S. 40). Endlose Arbeit der Einen, Arbeitslosigkeit der Andern, die Beschäftigten durch die „Konkurrenz" ihrer Genossen auf einen Minimallohn herabgedrückt, die Anderen in der Armenpflege oder außer dieser verhungernd, ein Zustand, daß der heutige wahnsinnige Militarismus, der den Völkern Europas jährlich Milliarden kostet, als „großartige

[1]) Ausgezeichnetes Beispiel zur Illustration der durch die Fortschritte der Produktivität geschaffenen Lage des Arbeiters in H. George, Schutzzoll und Freihandel S. 229 ff.

Hilfsaktion", als ein „ungeheures Reservoir für die Aufnahme von Arbeitskraft" aufgefaßt werden kann (s. J. Wolf, Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis, 1888), das ist genügend für die Beurteilung des — widerspruchsvollen Charakters dieser Wirtschaftsordnung.

Aber diese Erscheinungen treten zunächst überall auf, wo die moderne Industriewirtschaft sich rasch ausbreitet, und die unteren Klassen sozusagen überfällt.

So war z. B. die Schweiz gewiß seit alten Zeiten kinderfreundlich. Aber die fabrikmäßige Textilindustrie, besonders die Spinnmaschine, die schon bald nach dem Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt wurde, vergiftete eine Zeit lang auch dieses Verhältnis in den betreffenden Industriegegenden. Ehe das Baumwollspinnen überhandnahm, heißt es in einem Schreiben des Erziehungsrates an die Regierung des Kantons Zürich betreffend Erlassung einer Fabrikordnung (1859), ließ man den Kindern Zeit, sich an Leib und Seele zu entwickeln. Wenn auch im Sommer die größeren im Feldbau mithelfen mußten, so waren sie doch im Winter von der Schule nicht abgehalten, und sie besuchten dieselbe bis zum 14. und 15. Jahre, wobei der Unterricht, als für reifere Schüler, mehr fruchtete. Als man aber anfing, Kinder vom 7. und 8. Jahre an an das Spinnrad zu setzen, und schon das neunjährige Kind täglich einen oder zwei Schneller fertigen konnte, da waren leichtsinnige Eltern versucht, die Kinder so früh wie möglich der Schule zu entziehen. In ungleich stärkerem Grade walteten solche üble Zustände in den Spinnmaschinen, d. h. in den Fabriken. Allda ließ man die Kinder von Mitternacht bis Mittag, oder von Abend bis Morgen arbeiten. Kinder von 8, 9, 10 Jahren wurden so dem häuslichen Leben entrissen. — Zum Teil wurden sogar Kinder von 6 Jahren beschäftigt. . . Es ist klar, daß unter solchen Umständen und bei der langen Arbeitszeit — 5 Uhr morgens bis 8½ Uhr abends — die Beschulung und die physische Entwicklung der Kinder beinahe notwendig vernachlässigt wurde. Eine Art Fabrikgesetz von 1815 bestimmte, daß Kinder unter 10 Jahren nicht in den Fabriken beschäftigt werden dürften, der Normalarbeitstag der Kinder wurde auf 12 bis 14 Stunden (!) festgesetzt, die Nachtarbeit verboten. Doch wurde dieses erste Fabrikgesetz in Zürich von den Fabrikanten ebenso ignoriert, wie es im gleichen Fall in andern Ländern geschah.

Noch im September 1834 berichtet der Pfarrer von Seen an die Bezirksschulpflege Winterthur: in der Repetierschule von Iberg

seien 7 Knaben und 5 Mädchen, die in einer Spinnerei schon seit mehreren Monaten täglich volle 18 Stunden arbeiten müßten u.s.w. (E. A. Schmid, Wie schützte früher der Kanton Zürich seine Fabrikkinder? Zürich, 1899).

Und Werner Sombart berichtet im Soz. pol. Zentr.-Blatt II. S. 413: „Alle Mißstände, die in den englischen Children Employment Reports am Anfang dieses (19.) Jahrhunderts [1]) der erstaunten Welt zum erstenmal verkündet wurden, waren in der italienischen Industrie wiederum mit dem Vordringen des Kapitalismus zu Tage getreten und nötigten die Regierung in Rom zu einem ersten — und bis jetzt (1893) dem einzigen — Schritte auf der Bahn des Arbeiterschutzes“.

Auch in den Südstaaten der Union, wo es fast keine Arbeiterschutzgesetze und -Organisationen gibt, besteht die Kinderarbeit in den Fabriken in ausgedehntem Maße. Man behauptet, daß in Süd-Karolina allein mindestens 10000 Kinder unter 10 Jahren und wahrscheinlich 15000 Kinder unter 12 Jahren in den Fabriken beschäftigt sind. Diese bekommen von 30 Cents aufwärts für den 11stündigen Arbeitstag. — Bei der letzten Konvention der Episcopal Church of Georgia hat sich Bischof Nelson dahin geäußert, daß die Degeneration, in der tausende von Mitbürgern aus Unwissenheit und Mangel an Kulturbedürfnissen sich befinden, durch die Beschäftigung der Kinder in den Fabriken verursacht werde. Der Fehler sei, daß die Gesetzgebung, beeinflußt von der Macht der Unternehmer, es gestatte, daß eine Knechtschaft, viel ärger als die Sklaverei, über die kommende Generation verhängt werde (Soz. Praxis X. 1144).

Und was die Rolle betrifft, die der moderne Kapitalismus die Frauen in der Wirtschaft gelegentlich, ja gar oft, spielen läßt, so gibt es keine bessere Illustration derselben, als eine Geschichte, die sich im Mai 1896 in San Francisco ereignete. Dort war eine chinesische Firma, die Damenblousen herstellte. Die chinesischen Arbeiter streikten, weil sie mit dem Lohn unzufrieden waren. Die Firma suchte durch die Zeitungen neue Arbeiter und fand sie

[1]) Die ersten Baumwollspinnereien in England waren schon für Kinderarbeit angelegt, mit kleinen Maschinen und niedrigen Räumen und die Verwendung von Kindern fand schon im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts in so ausgedehntem Maße statt, daß die Stimme der Philanthropen sich dagegen erhob (C. Th. Kleinschrod: Großbritanniens Gesetzgebung über Handel und Gewerbe, 1836).

ohne Schwierigkeit und Zeitverlust: weiße Mädchen und Frauen. Diese arbeiteten nicht nur für die alten Löhne, sondern sie verrichteten die Arbeit obendrein noch besser als die Chinesen. Bei elfstündiger Arbeit verdienten die armen Wesen täglich durchschnittlich 60 Cents. „Die Tatsache, daß die billige Chinesenarbeit wohlfeil durch Weiße-Frauen-Arbeit ersetzt werden kann, ist ein betrübendes Zeichen der Zeit“, bemerkt zum Schlusse der Bericht aus Chicago.

Nun möchte man vielleicht einwenden, der kapitalistische Unternehmer habe doch ebensogut wie der Oikenherr ein Interesse an der Kraft und Gesundheit seiner Arbeiter.

Der Unterschied ist nur der, daß seine Arbeiter nicht seine Arbeiter sind. Er hat es nur mit beliebigen, stets wechselnden Exemplaren einer gewissen Menschengattung zu tun. Er züchtet diese Exemplare nicht und es geht ihn nichts an, was weiter mit ihnen geschieht, wenn sie aus seiner Werkstätte verschwinden, sofern nur immer genug Hände auf dem Markte vorrätig sind. Der Unternehmer operiert und spekuliert von heute auf morgen, jedenfalls umfassen seine Gedanken und Interessen in der Regel nur einen kurzen Zeitraum, und ist dies nicht der Fall, nun so geht das doch gewiß sein Verhältnis zu den einzelnen Arbeitern nichts an.

Er ist nicht mit ihnen verheiratet, er ist nicht ihr Eigentümer, er ist nicht ihr dauerndes Oberhaupt, er hat mit ihrem ganzen Leben außerhalb seiner Fabrik gar nichts zu tun, er sieht nicht, wie sie wohnen, essen, ihre Kinder pflegen, geboren werden und sterben. Kurz, er hat kein menschliches Verhältnis zu ihnen, sondern nur ein wirtschaftliches. Eine Nation oder die Klasse der Unternehmer als Ganzes hat allerdings, wenn sie ihr ganzes, dauerndes Leben in's Auge faßt, ein sehr gewichtiges Interesse an dem Bestand einer gesunden, kräftigen, gesitteten und zufriedenen Arbeiterklasse, aber der einzelne Unternehmer hat als solcher nur ephemere Geldinteressen, die mit dem fortdauernden Wohl des einzelnen Arbeiters, mit dem er gerade zu tun hat, mit dem er jeweilen für eine Woche paktiert, in keinem Zusammenhang stehen. Seine Aufgabe als Unternehmer ist lediglich der Erwerb, möglichst großer Profit in der Branche, die er gerade betreibt; daher muß er versuchen, aus dem Arbeiter, den er gerade anstellt, möglichst viel Arbeit herauszupressen für möglichst wenig Lohn — so lange das Geschäft „geht“.

Ist die günstige Konjunktur vorüber, gibt es keinen oder geringen Absatz, so hat er nur ein Interesse: das Geschäft ganz oder teilweise stillestehen zu lassen und also die Arbeiter sämtlich oder teilweise zu entlassen. Die Idee, daß Menschen nichts zu essen haben sollen, weil für andere Menschen dabei kein Profit herausschaut, ist schlimmer als die Idee der Sklaverei, und doch ist sie die immanente Idee der kapitalistischen Wirtschaft, eine notwendige Konsequenz dieser letzteren. Denn Lohnzahlung ohne entsprechenden Absatz und Profit ist hier reiner Geldverlust und Unsinn.

Beruht der Zustand des naturalwirtschaftlichen Arbeiters auf der notwendigen Konstanz seines Verhältnisses zum Herrn, so beruht der Zustand des geldwirtschaftlichen Arbeiters (bei hoher Entwicklung dieser Wirtschaft, dem kapitalistischen Typus) im System der freien Konkurrenz mit seiner wechselnden Konjunktur auf dem freien, beliebig zu schließenden und zu lösenden Lohnvertrag.

Das Kapital hat das entschiedenste Interesse, Arbeiter in beliebiger Zahl zu beliebiger und für beliebige Zeit am beliebigen Orte zu versammeln und wieder abzustoßen, also an örtlich und zeitlich und beruflich freier Bewegung der Arbeiterklasse.

Denn es muß der Konjunktur folgen, der Nachfrage, und diese wechselt von Branche zu Branche beständig.

Daher ist in der Naturalwirtschaft der Arbeiter auf die mannigfaltigste Weise unfrei, in der unentwickelten Geldwirtschaft noch auf mancherlei Art gebunden, in der vollentwickelten kapitalistischen Wirtschaft ganz frei[1]). Die Gesetzgebung des Kapitalismus, die doch notwendig vom Gesichtspunkt der Interessen der Besitzenden ausgeht, hat ihn frei gemacht.

Natürlich nützt ihm diese Freiheit zunächst wenig oder nichts, wenn sie ihm nicht etwa gar schadet, so lange er isoliert, als Einzelner, dem Unternehmer gegenübersteht und mächtige Veränderungen, von denen er nichts versteht, auf ihn eindringen und sein Schicksal bestimmen, während er sie in keiner Weise zu bestimmen oder in seinem Nutzen zu regeln vermag.

Er kann jetzt beliebig seinen Beruf wählen und wechseln. Aber das nützt demjenigen wenig, dem alle besseren, einträglicheren Berufsarten von vornherein unzugänglich sind, weil sie eine längere Vorbereitung brauchen, die viel Geld kostet; der schon in frühester Jugend auf den Arbeitsmarkt geworfen wird und jede Art von Beschäftigung ohne Umstände annehmen muß, wenn er nicht verhungern soll. Schon der Umstand, daß die moderne Wirtschaft eine Unmasse unqualifizierter, ungelernter oder in wenig Tagen gelernter Arbeit neu erschafft, muß ihn gewaltig herabdrücken.

Für den Besitzenden hingegen, der sich die Gelegenheit aussuchen kann, war es von größtem Vorteil, wenn das Gesetz keinerlei Qualifikation mehr verlangte, keinerlei Bedingung vorschrieb, sondern das ganze Gebiet der Wirtschaft freigab, so daß jeder sein Vermögen oder seinen Erwerbssinn jeden Augenblick gerade da anwenden konnte, wo der größte Gewinn in Aussicht stand.

Der Arbeiter kann jetzt beliebig seinen Aufenthaltsort wählen — soweit nicht Rücksichten der Armenpflege und Polizeistandpunkte ihn daran hindern —, aber das hat wenig Bedeutung für Leute, die in der Regel dort bleiben müssen, wo sie existieren können, und die zumeist nur das Elend von einem Platz zum andern treibt und zu Reisen zwingt unter solchen Verhältnissen, daß sie dabei sehr leicht dem Vagabundentum und Verbrechen anheimfallen können[1]).

---

[1]) Nach E. Sax ging die Sache anders, und viel idealer vor sich: „Das Verhältnis unfreier Arbeit zur Herrschaft ist wesentlich kollektivistischen Ursprungs, hat aber auch im Zuge der Entwicklung wieder kollektivistisch fortwährende Einschränkung und endlich Beseitigung gefunden. . . . . . Endlich hat der kollektivistische Altruismus dem (nämlich der unfreien Arbeit) ein Ende bereitet und ist so erstarkt, daß er selbst die Duldung der Sklaverei seitens des Staates nicht mehr gestattet.“ Wir raten Herrn Prof. Sax, einen großen Fabrikanten in Österreich zu fragen, ob er, vom rein egoistischen Geschäftsstandpunkt aus, Sklaven statt freier Arbeiter möchte oder brauchen könnte? Er wird sicher nicht antworten: Vom egoistischen Standpunkte aus wünsche ich die Sklaverei, aber der kollektivistisch-altruistische ist so mächtig in mir, daß ich sie trotzdem verdamme. Sondern er wird sagen: Was finge ich mit Sklaven an! Die könnte ich ja gar nicht los werden, wenn ich sie einmal nicht brauchte. Zudem würden sie viel weniger schaffen als Lohnarbeiter. — Nach Ad. Smith „lehrt die Erfahrung aller Zeiten und Völker, daß die Arbeit freier Leute am Ende wohlfeiler ist als die Sklaverei. Dies findet sich sogar in Boston, New-York und Philadelphia bestätigt, wo doch der Lohn gemeiner Arbeit sehr hoch ist“ (I. S. 112, siehe auch II. 151 f.). — „Das Kapital herrscht über die Arbeit als Wertmacht, ohne irgend eine unmittelbare Rechtsform, lediglich kraft gesellschaftlicher Notwendigkeit“ (Hermann Rösler, Vorlesungen üb. Volkswirtschaft, 1878, S. 141) und daher, fügen wir hinzu, ohne alle Verpflichtung.

[1]) Seltsam und zugleich ein Zeichen für eine relativ hohe Entwicklung ist es, daß es in der kompletesten Naturalwirtschaft, wie sie uns Homer schildert, schon Bettler, Vagabunden und Schwindler gab (Od. III. 348 ff., IV.

Man vergleiche auch in diesem Punkt die Lage des Besitzenden in Bezug auf die Vorteile der Freizügigkeit!

Der Arbeiter kann jetzt in Bezug auf die Bedingungen seiner Beschäftigung, Lohn, Arbeitszeit, Dauer der Anstellung u. s. w. mit dem Unternehmer beliebige Verträge abschließen und darf sich alle möglichen Vorteile wahren, wenn er die Macht dazu hat. Das Gesetz hindert ihn nicht daran, aber es gibt ihm zunächst mit dieser Freiheit keine Kraft, sondern nimmt ihm nur den Schutz, der in den früheren Schranken der Vertragsfreiheit und allerlei nun abgeschafften Organisationen für ihn lag, es gibt ihn dem Egoismus des übermächtigen Besitzes vollkommen preis[1]).

Wenn der unfreie Arbeiter als Besitzstück seines Herrn doch wenigstens erhalten werden mußte, wenn der Leibeigene von seiner Scholle nicht getrennt werden konnte oder im schlimmsten Fall doch immer wieder zu einer Scholle gehörte, von der er leben konnte, so war der freie Arbeiter nicht einmal ein Mietklepper (mit dem man ihn schon verglichen hat), denn dieser wird, wenn man ihn nicht mehr braucht, seinem Herrn zurückgestellt, sondern gar nichts, ein Ding, um das man sich nicht zu kümmern brauchte, eine Ware, für die es keinen Absatz gab, nur daß diese Ware Nerven hatte und leiden und sterben konnte.

24), XI. 362 ff., XIV. 122 ff., XIII. 434 ff., XVII. 18 f., XVII. 336 ff. und 411). Niemand kennt den bettelnden Odysseus und doch geben ihm alle „mitleidsvoll“ etwas, außer Antinoos, und fragen einander, wer er sei und woher er käme, XVII. 376 f. („Bettler genug“), ib. 558 (finden leichten Unterhalt), XVIII am Anfang (ein ansässiger Bettler, der sich bequem mästet). Allerdings, durch Arbeitslosigkeit wurde sicher niemand zum Vagabunden, und gehungert, wie ein arbeitsloser Proletarier, hat auch kein Bettler.

[1]) Was der kapitalistische Liberalismus unter dem „freien“ Arbeitsvertrag verstand, zeigte schon die konstituierende Nationalversammlung im Jahre 1791, wo sie jedes gemeinsame Vorgehen der Arbeiter in Bezug auf Bedingungen des Arbeitsvertrages als ein Attentat auf die Freiheit und die Menschenrechte erklärte und durch Geldstrafen von 500—1000 Livres, 3 Monate Gefängnis und Suspension der politischen Rechte auf die Dauer eines Jahres bestraft wissen wollte. Der code pénal Napoleon's verbot den Unternehmern nur die mißbräuchliche und ungerechte Herabdrückung der Löhne, den Arbeitern hingegen jeden Versuch gemeinsamen Vorgehens zur Erzielung besserer Löhne bei einer Strafe von 1—3 Monaten Gefängnis und Geldbußen von 200—300 fr. Anstifter und Führer konnten sogar zu 2—5 Jahren Gefängnis verurteilt werden, während die Strafe der Unternehmer im analogen Falle höchstens einen Monat Gefängnis betrug. — Chapelier sagte in seiner Berichterstattung über den Gesetzentwurf betreffend die Koalitionen (1791): „Il ne doit pas être permis aux citoyens de certaines professions de s'assembler pour leurs prétendus intérêts communs. Il n'y a plus de corporations dans l'État, il n'y a plus que l'intérêt particulier de chaque individu et l'intérêt général“ (Ferneuil, Les principes de 1789. Paris 1889, S. 245). — Auch in England bestand das Verbot aller Arbeiterkoalitionen von 1799—1825. Allerlei besondere Verbote bestanden schon längst vorher. — Sogar in der Schweiz suchte man Arbeiterverbindungen, die gegen die Interessen der Besitzenden waren, zu verhindern oder zu beschränken. So die „Handwerksordnung“ des Kantons Aargau vom 6. Mai 1806, das „Polizeigesetz für Handwerksgesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Taglöhner und Dienstboten“, das am 16. Dezember 1844 vom Großen Rat des Kantons Zürich erlassen wurde u. s. w. (Siehe den achten Jahresbericht des schweiz. Arbeitersekretariats für 1894, S. 70 ff.)

„Der Pferdebesitzer muß, wenn die Sommerarbeit getan ist, seine Pferde durch den Winter füttern. Wenn er nun zu seinen Pferden sagen wollte: Vierfüßler, ich habe keine Arbeit mehr für euch, aber es gibt eine Menge Arbeit in der Welt. Ihr wißt — oder muß ich euch erst nationalökonomische Vorträge halten? — daß die Dampfmaschine auf die Dauer immer mehr Arbeit schafft. In einem Teil der Erde werden Eisenbahnen gebaut, in einem andern Kanäle, viel Arbeit wird verlangt. Zweifelt nicht daran, irgendwo in Europa, Asien, Afrika oder Amerika werdet ihr Arbeit finden, geht und sucht Arbeit und möge es euch gut gehen! Und sie wiehern mißtrauisch mit vorgeschobener Oberlippe, und das bedeutet, daß Europa, Asien, Afrika und Amerika ihnen etwas aus der Kehr liegen, oder daß sie nicht recht wissen, was für Arbeit verlangt wird. Sie können keine Arbeit finden. Sie gallopieren verzweifelt die Landstraßen entlang, die zur Rechten und zur Linken eingehegt sind, endlich fangen sie, vom Hunger gequält, an, über die Einfriedigung hinwegzuspringen und fremdes Eigentum zu verzehren, — das übrige wissen wir“ (Carlyle, Der Chartismus, Sozialpol. Schriften I. S. 29).

„Die Fabriken“, sagte der junge Otto von Bismarck im Preußischen Landtag am 18. Oktober 1849, „bereichern den Einzelnen, erziehen uns aber die Masse von Proletariern, von schlecht genährten, durch die Unsicherheit der Existenz dem Staate gefährlichen Arbeitern.“ Der Berliner Verein für Obdachlose gab in seinen beiden 1870 und 1873 erbauten Asylen bis zum Ende 1894 im ganzen 2713235 Personen Unterkunft. „In welches Meer von Elend läßt diese Ziffer von zirka 3 Millionen Besuchern blicken, welche in der schlimmsten Not unsere Hilfe suchten und fanden. Aber unendlich schmerzlicher ist es, daß wir viele viele tausende

abweisen mußten, weil unsere Räume zu klein und unsere Mittel zu gering waren" („Aufruf" vom November 1895). Und das in einem mächtig emporstrebenden Staate mit fabelhaftem Aufschwung der Volkswirtschaft und des „Volksreichtums"! und in einer Zeit, wo alle Welt „anerkennt", daß die Lage der unteren Klassen sich „wesentlich" gebessert habe!

Aber wie steht es mit der Humanität? Kann nicht diese auf den Lohn einwirken? Gibt es nicht auch humane Unternehmer? Aller Wahrscheinlichkeit sind die angeborenen moralischen Qualitäten der Unternehmer dieselben wie die aller anderen Sorten von Menschen. Bei der Entwicklung der menschlichen Anlagen kommt selbstverständlich viel auf die Verhältnisse an, unter denen der Mensch aufwächst und sich betätigt. Nehmen wir an, es gebe unter den Unternehmern ebensoviele human denkende Leute, wie im allgemeinen, so ist doch zu betonen, daß in einer Konkurrenzwirtschaft, wo jeder gezwungen ist, einen möglichst großen Anteil am Markte zu erwerben, wo jeder mit allen anderen zu rechnen hat, die auch Waren an den Mann bringen wollen, nicht der Edle, der Rücksichtsvolle, der Menschenfreund den Ton angibt, und das Kommando führt, sondern der Rücksichtslose, der Egoist, und daß derjenige, der von diesem nicht unterboten und vom Markt verdrängt werden, also zu Grunde gehen will, einfach gezwungen ist, es ähnlich wie dieser zu machen.

Und im Durchschnitt ist der Mensch ein grober Egoist von Haus aus, und die Profitwirtschaft kann diese Qualität ihrer ganzen Natur nach nur auf's höchste steigern. Der durchschnittliche Unternehmer wird ganz naturgemäß, ohne daß man ihm persönlich irgend einen Vorwurf zu machen hat, den Arbeiter als bloßes Erwerbsinstrument für sich betrachten, als einen durchlaufenden Posten in seinen Büchern, der eben zum Geschäft gehört, wie Pferde und Kohlen, aber nur so lange und insoweit, als er in den Büchern steht. Weitläufige Beweise dafür erbringen zu wollen wäre für jeden, der nur einen blassen Begriff vom Menschen hat, die überflüssigste Arbeit von der Welt. Ein Pariser Korrespondent der durchaus bürgerlich-liberalen „Neuen Zürcher Zeitung" schrieb am 16. April 1901 in einem Artikel, in dem er von den französischen Bergarbeitern berichtete, u. a.: „Hier mehr als anderwärts betrachtet der Bourgeois den Arbeiter als ein sklavenhaftes Instrument, das er in dem Augenblicke mitleidslos fortwirft, wo es unbrauchbar geworden ist, ohne sich auch im mindesten darum zu kümmern,

was aus dem Menschen, der in dem Instrumente steckt, wird" (N. Z. Z. vom 18. April 1901). — Ebendaselbst (18. Juni 1901) ist von der Katastrophe in Issy-les-Moulineaux die Rede. Der Pariser Korrespondent schließt seinen Bericht mit folgenden Worten: „Sollte es am Ende auch hier wieder darauf hinauslaufen, daß ein Spekulant mit dem Leben seiner Angestellten in der frivolsten Weise umspringt? Wundern könnten sich darüber nur weltabgewandte Schwärmer. Man nennt das ‚Geschäftssinn' haben." Es ist möglich, daß die französische Bourgeoisie ein wenig geldgieriger ist, als die anderer Länder, aber groß ist der Unterschied in keinem Fall.

Und gibt es denn einen triftigeren Beweis für die außerordentlich schlimme Art, auf welche der moderne Kapitalismus mit den Arbeitern umsprang, als die unzweifelhafte Tatsache, daß überall, wo er überhand nahm, alsbald der Staat sich zu schweren, bisher in der Geschichte unerhörten Eingriffen in die Wirtschaft gezwungen sah zu Gunsten der Arbeiter, zur Errettung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung vor dem drohenden physischen, geistigen und moralischen Untergang? Derselbe Staat, der eben das System der wirtschaftlichen Freiheit auf seine Fahne geschrieben hatte, negierte es alsbald in den wichtigsten Punkten! Und doch war und ist dieser Staat nirgends arbeiterfreundlich und doch herrschten in ihm stets bis in den letzten Winkel hinein die Besitzenden, die Wohlsituierten, wenn auch nicht gerade die Bourgeoisie allein, im engeren Sinne[1]).

[1]) Das Kommunistische Manifest von Marx und Engels stellt zwar unter anderen Übertreibungen auch diese auf, daß die Bourgeoisie (schon damals, 1848) im modernen Repräsentativstaat sich die „ausschließliche politische Herrschaft" erkämpft habe. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet." — Dagegen erklärt Engels selbst (Neue Zeit 1892—93, No. 2): es scheine ein Gesetz der Geschichte zu sein, daß die Bourgeoisie in keinem europäischen Lande die politische Macht für längere Zeit ebenso ausschließlich erobern könne, wie die Feudalaristokratie im Mittelalter. Selbst in Frankreich habe die Bourgeoisie als Gesamtklasse die Herrschaft nur während kurzer Zeit besessen. Unter Louis Philippe herrschte nur ein kleiner Teil derselben, unter der zweiten Republik die ganze, aber nur 3 Jahre. In England habe die Bourgeoisie nie ungeteilte Herrschaft geübt. — Und K. Kautsky betont (ebenda No. 30) die interessante Tatsache, daß die moderne Kapitalwirtschaft überall, wo sie zur Herrschaft gelange, alles soziale Leben nivelliere und die Unterschiede des Klimas, der Bodengestaltung, der geographischen Lage, der

Wie arg müssen da die Sünden und Leiden gewesen sein, daß dieser Staat gegen dieselben reagierte! sogar im Frankreich des Louis Philippe, wo nur die Reichsten eine Stimme im politischen Leben hatten, und dennoch der Statistiker Villermé von der Regierung beauftragt wurde, über die Zustände in den Textil-Fabriken einen ausführlichen Bericht zu erstatten, auf Grund dessen dann das erste Gesetz zum Schutze der Fabrikkinder zu Stande kam, dessen Ausführung allerdings zum größten Teil am Widerstand der Fabrikanten scheiterte.

Was das sagen will, wenn der Staat zum Schutze der Arbeiter in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Eingriffe macht, drückte schon Ad. Smith ganz fein aus: „So oft die Gesetzgebung sich dazu herbeiläßt, die Differenzen zwischen den Meistern und ihren Arbeitern auszugleichen, ist sie stets von den Meistern beraten. Wenn daher die Bestimmung zu Gunsten der Arbeiter ausfällt, so ist sie stets gerecht und billig; öfters aber, wenn sie zu Gunsten der Meister ausfällt, ist sie es nicht“ (I. S. 198).

§ 76. Ricardo über den Lohn.

Hiernach ist es wohl begreiflich, daß die Theoretiker der Periode, in welcher die fatalen Wirkungen der neuen, freien Wirtschaft auf die Arbeiterklasse ungehemmt hervortraten, indem weder der Staat energisch zum Schutze dieser Klasse eingriff, noch sie selbst die Mittel gefunden hatte, sich gegen dieselben auf irgend erfolgreiche Weise zu mehren, sehr düstere Anschauungen über den Arbeitslohn äußerten und sehr hoffnungslose „Gesetze“ desselben aufstellten.

So Malthus und Ricardo. Nach Malthus steht faktisch nichts anderes zu erwarten, als daß die Arbeiter, wenn sie was zu beißen haben, sich übermäßig vermehren und dann hungern und verhungern. Sie könnten zwar der Idee nach auch klug und vorsichtig sein, aber da dies bei so elenden Menschen kaum zu erwarten ist, so bleibt es beim Elend und kein Mensch ist schuld daran, als die Elenden selbst.

Rasse, der historischen Traditionen immer unwirksamer mache. In der Politik hingegen wirken diese Unterschiede noch vollkommen fort. Ja man könne vielleicht sagen, daß noch nie in der Geschichte eine Reihe von Staaten bestanden habe, die, ökonomisch auf wesentlich gleicher Höhe stehend, politisch so große Unterschiede aufzuweisen gehabt hätten, wie die modernen Kulturstaaten. — Dies ist gewiß sehr wahr, doch im vollsten Widerspruch mit der materialistischen Geschichtsauffassung, durch welche das Kommunistische Manifest sich verleiten ließ, seine falsche Behauptung aufzustellen.

Nach Ricardo gibt es einen „natürlichen“ Arbeitslohn, oder, wie er sich ausdrückt, Preis der Arbeit, die er als eine Ware unter anderen Waren auffaßt. Das Wort „natürlich“ ist in dem Sinne zu verstehen, daß die Natur der Wirtschaft, die er im Auge hat, und das ist die des modernen Kapitalismus, eine bestimmte Entlohnung der Arbeit unter normalen Umständen, gesetzmäßig hervorbringe, so daß jede höhere und niedrigere Entlohnung nur durch Störungen erzeugt wird, also anormal oder unnatürlich ist, und daher nur vorübergehend eintreten kann, indem die Naturgesetze der Wirtschaft schließlich immer wieder zur Wirksamkeit gelangen. Und worin besteht dieser natürliche Lohn der kapitalistischen Wirtschaft? In einem solchen Quantum von Unterhaltsmitteln, daß die Arbeiter, einer mit dem andern, im Stande sind, zu bestehen und ihr Geschlecht fortzupflanzen, ohne Vermehrung oder Verminderung. Das heißt m. a. W.: sie müssen das notwendige Futter erhalten, wie es jeweilen nach Zeit und Umständen üblich ist. Die Fortschritte der „Gesellschaft“ gehen sie im übrigen nichts an, sie haben Profit, Rente, Reichtum zu produzieren, aber nicht für sich, sondern für die Besitzer. Sie sind also ein Mittel für diese, sie leben für sie, nicht für sich.

Werden ihre Unterhaltsmittel teurer, so steigt ihr Lohn, und das ist der regelmäßige Fall, weil infolge des abnehmenden Bodenertrags die Rohprodukte, insbesondere die Nahrungsmittel der Arbeiter teurer werden. Zeitweilig kann das Brot billiger werden, durch Fortschritte der Agrikultur oder durch Zufuhr, dann fällt auch der Lohn. Das Steigen und Fallen betrifft also nur den Tauschwert und ändert an der Lage der Arbeiter an sich nichts.

Der Marktpreis der Arbeit, der jeweilen bezahlt wird, kann über oder unter dem natürlichen stehen. Steht er darüber, so vermehren sich die Arbeiter stark, dann sinkt der Lohn, manchmal sogar unter den natürlichen Satz. Steht er darunter, so verringern schwere Entbehrungen ihre Zahl und dann steigt er wieder auf den natürlichen Satz.

Doch ist der natürliche Preis der Arbeit, wie derselbe gerade in Nahrungsmitteln und anderen Bedürfnisgegenständen geschätzt ist, nicht unabänderlich und beständig. Er wechselt nach Zeiten und Ländern und hängt wesentlich von den Sitten und Gebräuchen des Volkes ab (S. 66ff.).

Der Arbeitslohn der niedrigsten Klasse kann niemals viel über dem Satze stehen, den Natur und Gewohnheit zum Unterhalt der Arbeiter erheischen, und zwar wegen der Wirkung des Bevölkerungsgesetzes. Würde man durch Steuern ihre Lebensmittel verteuern, so müßte der Lohn steigen, weil sie sonst nicht mehr leben und sich fortpflanzen könnten (S. 130), woraus hervorgeht, daß sie eben nur leben können.

So sagt er auch S. 316, nur vom Profit und der Grundrente könnten Steuern bezahlt oder Ersparnisse gemacht werden. Denn der Lohn „macht immer, wenn er mäßig ist (?), die notwendigen Hervorbringungsauslagen aus". In einer Note bemerkt er dann, daß wohl die Arbeiter im allgemeinen mehr bekommen, als den „Betrag der unbedingt notwendigen Hervorbringungskosten", darum sei die obige Formulierung „vielleicht zu scharf." Man sieht: diese Abschwächung sagt erbärmlich wenig.

Die Arbeiter könnten allerdings an sich eine Steigerung des Lohns über den notwendigen Unterhalt auch nur zur Verbesserung ihrer Lage und nicht zur Vermehrung ihrer Zahl benützen. Aber das geschieht eben nicht. Man findet im Leben „ohne Ausnahme" (wir wissen, daß dies falsch ist, ausgenommen bei einer verelendeten Klasse, wie Ricardo sie vor sich hatte), daß auf eine verbesserte Lage der Arbeiter eine Zunahme der Bevölkerung erfolgt (376).

Allerdings meint auch Ricardo, daß der Kapitalgewinn sowohl als Quote des gesellschaftlichen Einkommens, wie in Prozenten des Kapitals abnehme (S. 83, 89, 92, 94, 104 etc.), doch nicht, wie Smith glaubt, wegen der Zunahme der Masse des Kapitals (256), jedenfalls dieser wegen nicht dauernd. Denn die Händezahl vermehrt sich rasch mit der Nachfrage. Der Grund liegt nach ihm darin, daß die Unterhaltsmittel der Arbeiter immer schwieriger vermehrt werden können, immer mehr Arbeit zu ihrer Herstellung erfordern, also immerfort im Werte steigen. Daher nimmt der Wertanteil am Gesamtprodukt, den die Arbeiter bekommen müssen, immer zu und somit bleibt immer weniger für das Kapital. Die Grundrente muß natürlich mit dem Arbeitslohn steigen, die Grundbesitzer haben daher allein den Vorteil von der fortschreitenden Wirtschaft, die Arbeiter bekommen nach wie vor nur den notwendigen Unterhalt, und können sich etwa nur, wenn sie sich am Brote einigen Abbruch tun, mehr billige Industrieerzeugnisse kaufen.

Nimmt man das alles als richtig an, so sind die Aussichten, die der Kapitalismus eröffnet, trostlos. Wird der Gewinnsatz des Kapitals immer kleiner, so nimmt auch die Nachfrage nach Arbeitern relativ ab. Ist nun die Lage der Arbeiter bei rascher Zunahme des Kapitals am besten (S. 68), so muß sie mithin immer schlechter werden, wenn die Vermehrung der Menschenzahl nicht auf die vorsichtigste Weise betrieben wird, was kaum zu erwarten ist. Man hat diese Theorie nicht ganz mit Unrecht eine Verhungerungstheorie genannt.

Dürften wir annehmen, daß die Produktivität der stofferzeugenden Arbeit, insbesondere derjenigen, welche die Bedürfnisse des Arbeiters befriedigt, zunähme, so müßte also nach Ricardo der Kapitalgewinn wachsen, indem der Lohn als Wertteil des Produkts abnähme. Die Lage des Arbeiters würde sich, von einer vorübergehenden Änderung abgesehen, in allen Fällen ziemlich gleich gestalten, nämlich erbärmlich, wenn nicht etwa das Kapital (als Lohnfonds) fortwährend stärker zunähme als die Bevölkerung (S. 362).

Daß das Wachstum des fixen Kapitals die Lage der Arbeiter verschlechtern, daß die Maschine Bevölkerung überflüssig machen kann, weiß Ricardo sehr gut (358 ff.). Ebenso, daß keine Kapitalansammlung den Profit auf die Dauer erniedrigen kann, sondern nur die abnehmende Produktivität der Arbeit, welche die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen zu befriedigen bestimmt ist (256, 263 f.). Denn der Profit hängt lediglich ab von der (relativen) Masse der Arbeit, die nötig ist, um den Arbeiter zu erhalten (115) und der Lohn des Arbeiters ist hoch oder niedrig, je nachdem er einen größeren oder kleineren Teil des Produktes kaufen kann (244). Er fällt, wenn der Arbeiter eine geringere Wertquote des Produkts erhält und steigt im umgekehrten Falle (27). Der Arbeiter kann sich also möglicherweise bei steigendem Lohne schlechter, bei fallendem besser befinden.

Doch ist Ricardo's Ansicht jedenfalls die, daß regelmäßig der Arbeiter nur das zum Leben Notwendige bekommt und daß, wenn auch sein Lohn als Quote des Produktwertes steigt, seine materielle Lage sich im ganzen eher verschlimmert als verbessert (S. 74/75).

§ 77. J. B. Say.

J. B. Say, ein Lobredner des Kapitalismus, aber immerhin ein relativ unbefangener Mann, der wenigstens willens ist, die Dinge zu sehen, wie sie sind, hat vielleicht die schärfste Formulierung des kapitalistischen Lohngesetzes aufgestellt, indem er sagt: „Gemeine und grobe Arbeiten können von jedem Menschen verrichtet werden, der lebt und gesund ist. Daher ist das Leben die einzige Bedingung, wenn dergleichen Arbeiten geschehen sollen. Eben deswegen (!) aber beträgt der Lohn für dergleichen Arbeiten in keinem Lande mehr, als was im strengsten Verstande zur Unterhaltung des Lebens nötig ist“ (Abhandlung, II. 153) und „der Lohn des simplen Handarbeiters schränkt sich auf die Notdurft seines Lebens ein, auf das, was er notwendig haben muß, um ferner arbeiten zu können“ (ib. I. 311).

Man sieht, daß nach Say's Anschauung der Lohnarbeiter wohl überhaupt nicht mehr bekommt, als daß er arbeiten kann. Handelt es sich um gemeine Arbeit, so braucht er nur gemeines Futter etc., bei höherer Arbeit muß er mehr haben, um sie verrichten zu können. Allein über dieses notwendige Maß hinaus wird er nach dieser Auffassung auch nicht bekommen. Er bekommt also nicht, was zur Förderung seines Lebens, sondern nur, was zur Ermöglichung seiner Leistung notwendig ist. Diese Leistung aber gilt für einen andern, den Besitzer, mithin gestaltet sich das Leben des Salarierten nicht nach seinen eigenen Bedürfnissen, sondern nach den Bedürfnissen der Besitzenden; der Arbeiter ist nicht Mensch für sich, sondern Mittel zur Förderung des Lebens anderer Menschen, deren Interessen sein Leben untergeordnet ist. Diese bilden die „Gesellschaft“, deren Fortschritte ihn eigentlich gar nichts angehen, da er auf dieselben keine Ansprüche hat, außer etwa durch die Vermittlung des Interesses der Besitzenden. Dies mag herb scheinen, aber es entspricht doch sicherlich der Grundverfassung einer Gesellschaft, in welcher die Einen nur dadurch leben, daß sie für die Andern arbeiten. Und wenn diese Verfassung die Voraussetzung höherer Kultur war, und wenn höhere Kultur tatsächlich etwas wünschenswertes ist, wer kann dagegen die natürlichen Folgen Einspruch erheben, solange die Voraussetzungen notwendig sind? Anders freilich wäre es, wenn die Notwendigkeit wegfiele.

Auch J. B. Say geht wohl aus von der Notwendigkeit eines sozialen Herrschaftsverhältnisses im Interesse des Ganzen, denn über die schlimmen Folgen desselben ist er offenbar nicht im Zweifel, wenn er auch wohl den inneren Zusammenhang der Dinge nicht ganz deutlich erkennt. „Wieviel Menschen leben in den Ländern, die unter die allerreichsten (!) gerechnet werden, in stetem Mangel und Elend! Wie viel Familien gibt es nicht, deren ganzes Leben aus Entbehrungen, aus Einschränkungen zusammengesetzt ist, und welche, umgeben von allem, was die Begierden reizen kann, doch nur ihre allernotwendigsten Bedürfnisse stillen können, die also noch schlimmer daran sind, als wenn sie in den Zeiten der Barbarei, mitten unter den ärmsten Völkern lebten!“ (ib. I. 80.)

Dies ist eine sehr triftige Bemerkung des gut-kapitalistischen Franzosen gegenüber jenen kuriosen Schriftgelehrten, die da meinen, der Arbeiter könne sich über sein Elend damit trösten, daß er ja doch nicht mehr in Höhlen wohne und nicht mehr dem Torfschwein die Knochen zu spalten brauche.

Menschliche Glücksumstände sind immer relativ zu messen, es muß Oben und Unten verglichen werden. Ist Oben und Unten näher zusammengekommen oder weiter auseinandergegangen? — das ist die Frage.

§ 78. Rodbertus.

Rodbertus sagt bereits in einem 1837 verfaßten Aufsatz (abgedruckt in „Briefe“ etc. von R. Mayer, S. 575ff., sowie in „Zur Beleuchtung“ etc. II. Teil, von Adolf Wagner S. 195ff.), daß die Arbeiter, „der Stand der Produktivität mag sein, wie er wolle, nur immer auf das Maß des notwendigen Unterhalts beschränkt bleiben. Indem die Besitzer des rentierenden Eigentums einesteils die Quelle aller Güter, die Erde, andernteils alle Vorräte inne haben, erlangen sie dadurch die reale Macht, den habelosen Arbeitern, obgleich diese allein das Element geben, aus jener Quelle zu schöpfen, die Bedingungen vorzuschreiben. Diese Bedingungen werden sie in ihrem eigenen Interesse vorschreiben. Sie werden dem Arbeiter nicht mehr zugestehen, als nötig ist, um seine Arbeitskraft zu erhalten und sich in seinen Kindern zu verjüngen. Wenigstens ist dieser Betrag der Gravitationspunkt alles Arbeitslohns, wenn ihn auch zuweilen nationale Sitten oder der partikulare Kampf, den in diesem allgemeinen gewerblichen bellum omnium

contra omnes die Kapitalisten wieder unter sich zu bestehen haben, unbedeutend höher stellen“ (bei R. Meyer S. 581, bei A. Wagner S. 213).

In dem Buche „Zur Erkenntnis“ etc. spricht er von dem Gesetz unserer Wirtschaft, „daß die Arbeiter, die Produktivität mag noch so sehr zunehmen, immer wieder durch die Gewalt des Verkehrs auf einen Lohnsatz zurückgeworfen werden, der nicht den notwendigen Unterhalt übersteigt“ (28f.).

Nach der Schrift „Zur Beleuchtung“ (S. 124f.) stimmt die Ansicht der Nationalökonomen aller Schulen darin überein, daß unter der Herrschaft der freien Konkurrenz der Lohn im allgemeinen und auf die Dauer auf dem Betrage des notwendigen Unterhalts, d. h. einem für ein bestimmtes Land und einen bestimmten Zeitraum ziemlich gleichen, bestimmten realen Produktquantum festgehalten wird[1]).

Daraus folgt von selbst, daß bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der Lohn der arbeitenden Klassen ein immer kleinerer Teil des Nationalprodukts wird, das Renteneinkommen ein immer größerer (ib. S. 24 und 27). Die Produktivität aller Arbeit (Rohproduktion und Fabrikation) ist aber gestiegen, mithin hat sich die Quote des Nationalprodukts, die auf den Arbeitslohn verwendet wird, verringert, diejenige, die zu Rente übrig bleibt, vergrößert (136).

Was die Entwicklung der Lohnverhältnisse betrifft, so behauptet Rodbertus, „daß, mit Ausnahme eines Teils unserer Dienstboten, alle unsere Arbeiter durchschnittlich weniger Brot, Fleisch, Kleiderstoff, Wohnungsraum, Feuerungsmaterial — kurz von dem, was zu unserem inneren notwendigen leiblichen Verbrennungsprozeß gehört — konsumieren, als früher vor 50 Jahren“ („Briefe“ von R. Meyer, S. 239, aus dem Jahre 1872, also zur Zeit des größten Aufschwungs). „Der Arbeitslohn (in England) von 1800 und 1873 ist ziemlich derselbe geblieben trotz aller Strikes und Lohnerhöhungen, denn letztere werden immer wieder durch Warenpreissteigerungen vorauseskomptiert“ (ib. 302).

„Der Arbeitslohn steigt reißend als Geldlohn, bleibt sich als Reallohn nicht bloß gleich, sondern ist seit 500 Jahren als Reallohn immer gefallen, fällt aber, bei zunehmender Produktivität der nationalen Arbeit, als verhältnismäßiger Arbeitslohn[2]) noch immer mehr. — Bekanntlich wird dies im allgemeinen bestritten, weil sich die Leute durch den Kattun, den unsere Arbeiterinnen tragen, verblenden lassen und wohl noch öfter durch die Zahl der Silbergroschen, die sie bekommen, die sich aber doch nicht essen lassen“ (ib. 252).

[1]) Ebenso schon in den „Bemerkungen zu dem Bericht über die Gründung einer Invaliden- und Altersversorgungsanstalt für Arbeiter“, zuerst abgedruckt 1850, neu herausgegeben von Dr. M. Quarck (Zwei verschollene staatswirtsch. Abhandlungen von Rodbertus, S. 21). Und später in „Kreditnot“ II. 114, in „Kapital“ S. 183f.

§ 79. Marx.

Marx stellt im „Elend der Philosophie“, in Übereinstimmung mit den klassischen Nationalökonomen, den Satz auf, daß in unserer „auf das Elend begründeten Gesellschaft die elendsten Produkte das naturnotwendige Vorrecht haben, dem Gebrauch der großen Masse zu dienen“ (Deutsche Ausgabe S. 41), daher diese als Kleidung Baumwolle, als Nahrung Kartoffel, als Getränk Branntwein bekommt. Infolge der Konkurrenz kann der Lohn über oder unter den Preis der zur Erhaltung des Arbeiters notwendigen Lebensmittel schwanken. Daher kann dieser in gewissem Grade an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums teilnehmen, oder auch ebensogut (!) vor Elend umkommen. „Das ist die ganze Theorie der Ökonomen, die sich darüber keinen Illusionen hingeben“ (ib. 91f.).

In der „Rede über die Frage des Freihandels“ (abgedruckt im „Elend“) deduziert er aus dem Gesetze der kapitalistischen Nationalökonomie, wonach „die Konkurrenz den Preis jeder Ware auf das Minimum ihrer Produktionskosten reduziert“, daß das Lohnminimum der natürliche Preis der Arbeit sei. Das Lohnminimum aber ist „genau das, was nötig ist, um die zum Unterhalt des Arbeiters unerläßlichen (!) Gegenstände zu produzieren, um ihn in den Stand zu setzen, sich durchzuschlagen und seine Klasse so viel wie nötig fortzupflanzen. Glauben wir deshalb nicht, daß der Arbeiter nur dieses Lohnminimum haben, glauben wir noch weniger, daß er dieses Lohnminimum stets haben wird“ (S. 204). Zeitweilig kann es ihm besser gehn, aber das ist nur eine Ausgleichung für die Zeiten, wo er noch weniger als das Minimum hat. Im ganzen hat die Arbeiterklasse in unserer kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Phasen von Prosperität, Überproduktion, Stagnation und

[2]) Die Wertquote im Sinne Ricardo's.

Krise „weder mehr noch weniger als das Minimum“ (205). Daß die Warenpreise durch den Freihandel sinken, sei richtig, nütze aber dem Arbeiter nichts. Denn mit ihnen sinkt auch der Lohn, der ebenfalls eine Ware ist (197f.).

Wir möchten hier bemerken, daß in dieser völligen Gleichstellung der Arbeit mit den (anderen) Waren ein Widerspruch mit dem sogar daraus deduzierten Gesetz des Minimallohns liegt. Denn mögen die Warenpreise, infolge von allerlei Verbesserungen in der Produktion oder auch infolge der Konkurrenz, sinken, wie sie wollen, auf die Selbstkosten des Unternehmers können sie auf die Dauer nie sinken. Sie müssen durchschnittlich mit Profit verkauft werden, und daß dieser Profit nicht unerheblich sein kann, beweist der steigende Reichtum der Unternehmer.

Wenn also die Arbeit eine Ware ist wie andere Waren, so müßte sie vom Arbeiter ebenfalls mit Profit verkauft werden; aber wo steckt der Profit, wenn der Arbeiter nicht mehr bekommt als daß er gerade immer wieder arbeiten kann? Es scheint hiernach, man tut der Arbeit in der Tat schon zuviel Ehre an, wenn man sie in unserer Wirtschaft unter die Waren subsumiert. Sie steht in ökonomischer Wertschätzung offenbar tief unter den Waren.

Nach Marx hat der Reallohn des Arbeiters die Tendenz, immer erbärmlicher zu werden, weil die Fortschritte der Industrie immer billigere und schlechtere Existenzmittel liefern. „Das Lohnminimum ist (daher) in stetem Sinken begriffen. Wenn dieser Lohn anfangs den Menschen arbeiten ließ, um zu leben, läßt er ihn schließlich auch noch leben, aber das Leben einer Maschine. Seine Existenz hat keinen andern Wert als den einer einfachen Produktivkraft, und der Kapitalist behandelt ihn demgemäß“ (205).

Die günstigste Bedingung für den Arbeiter ist das Anwachsen des Kapitals[1]. Allein dies führt schließlich zur Konzentration der Kapitalien und diese zu größerer Arbeitsteilung, zur größeren Anwendung von Maschinen, zur Steigerung der Konkurrenz unter den Arbeitern, indem einer die Arbeit von dreien verrichten kann und die ruinierten Kleinindustriellen sowie (infolge des sinkenden Zinsfußes) die kleineren Rentiers, die nicht mehr leben können, die Zahl der Proletarier vermehren (199).

„Dieses Gesetz der Ware Arbeit, des Lohnminimums, verwirklicht sich in dem Maße, als die Voraussetzung der Ökonomen: der Freihandel, eine Wahrheit, eine Tatsache wird“ (205f.).

[1]) Auch „Kapital“ I. 637f. (3. Auflage).

Im „Komunistischen Manifest“ (das **Marx** mit **Engels** verfaßte), werden die Arbeiter („das Proletariat“) als Menschen bezeichnet, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Sie sind „eine Ware wie jeder andere Handelsartikel“, und daher allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt. Die Arbeit hat durch Maschinerie und weitgehende Teilung allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz verloren, der Arbeiter wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird[1]). Die Kosten, die der Arbeiter[2]) verursacht, beschränken sich daher fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf. Der Preis einer Ware, also auch der Arbeit, ist aber gleich (!) ihren Produktionskosten[3]). In demselben Maße, in dem die Widerwärtigkeit der Arbeit wächst, nimmt daher der Lohn ab und die Masse der Arbeit zu (S. 9).

„Der **Durchschnittspreis** der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen“ (S. 14).

„Der moderne Arbeiter —, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper und der Pauperismus entwickelt sich rascher als Bevölkerung und Reichtum“. Die Bourgeoisie ist „unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken

[1]) Hier wird, wie so oft im Kommunistischen Manifest, das ja ein Parteiprogramm und eine Agitationsschrift, nicht eine rein wissenschaftliche Arbeit ist, durch ganz unzulässige Verallgemeinerung gewaltig übertrieben.

[2]) d. h. die Erhaltung der spezifischen Leistungsfähigkeit oder Arbeitskraft, die jetzt bei ihm vorhanden sein muß —

[3]) Um dies zu behaupten, müßte man Zins, Gewinn und Grundrente zu den Produktionskosten der Waren rechnen, was noch viel toller wäre, als das „wahrhaft fabelhafte Dogma (Ad. Smith's), daß der Preis der Waren aus Arbeitslohn, Profit und Grundrente, also **bloß** aus Arbeitslohn und Mehrwert zusammengesetzt ist“ (**Marx**, Kapital I. 604).

zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden“ (S. 12. Die Seitenzahlen beziehen sich auf die dritte deutsche Ausgabe, Hottingen-Zürich 1883).

In „Lohnarbeit und Kapital“ (zuerst 1849 erschienen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“) will Marx demonstrieren, daß die Arbeit eine Ware sei. Der Beweis scheint mir nicht gelungen. Er sagt: der Kapitalist kauft die Arbeit mit Geld. Er könnte damit auch irgend was anderes kaufen, z. B. Zucker (eine unzweifelhafte Ware). Was er für diesen gibt, ist der Preis des Zuckers. Also ist der Taglohn der Preis der Tagesarbeit und also — ist die Arbeit eine Ware wie Zucker.

Der Schluß lautet:

Was mit Geld bezahlt wird, ist eine Ware,
Arbeit wird mit Geld bezahlt.

Also ist Arbeit eine Ware.

Daß Arbeit mit Geld bezahlt wird, wußte man aber lange schon. Dennoch gab es Leute genug, die die Arbeit nicht mit Waren identifizierten. Diesen gegenüber wäre also der erste Satz nicht eine Prämisse, sondern das Thema probandum. Für sie würde sich der Marx'sche Beweis auf folgenden Fehlschluß reduzieren:

Alle Waren (z. B. Zucker) werden mit Geld bezahlt.
Arbeit wird mit Geld bezahlt.

Also ist Arbeit eine Ware.

Das Leihen des Kapitals, das Überlassen des Bodens zum landwirtschaftlichen Gebrauch wird auch mit Geld bezahlt. Sind also Leihen und Überlassen Waaren? Wir haben diese Frage schon im Anfang dieses Buchs erörtert und betonen hier nur, daß solche Erörterungen offenbar keineswegs überflüssig sind.

Sodann wird hier, ganz im Sinn Ricardo's, das Lohngesetz in direkten Zusammenhang mit der Werttheorie (Wert = Hervorbringungsarbeit) gebracht.

Der Preis einer Ware wird bestimmt durch ihre Produktionskosten. Die Bestimmung des Preises durch die Produktionskosten ist gleich der Bestimmung des Preises durch die Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware erforderlich ist[1]). Die Produktionskosten der Ware Arbeit sind die Kosten, die erheischt werden, um den Arbeiter als Arbeiter zu erhalten und um ihn als Arbeiter

[1]) Kapital I. 147.

auszubilden. Je weniger Bildungszeit erforderlich, desto geringer die Produktionskosten und mithin der Lohn. Wo fast gar keine Lernzeit erforderlich ist und die bloße leibliche Existenz des Arbeiters genügt, beschränken sich die Produktionskosten fast nur auf die Waren, die erforderlich sind, um ihn am Leben zu erhalten. Der Preis seiner Arbeit wird daher durch den Preis der notwendigen Lebensmittel bestimmt sein, mit Rücksicht auf die Fortpflanzungskosten. Dieser Lohn ist der Minimallohn[1]). Dieses Minimum gilt für die Gattung. Einzelne Arbeiter, Millionen von Arbeitern, erhalten noch weniger. Aber der Lohn der ganzen Arbeiterklasse gleicht sich innerhalb seiner Schwankungen zu diesem Minimum aus (13f.)[2]).

Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage des Arbeiters ist ein möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals. Im günstigsten Fall wächst die Nachfrage nach Arbeit und damit der Lohn (wenn nämlich die Zahl der Arbeiter nicht so rasch zunimmt wie das zu ihrer Entlohnung zu verwendende Kapital — so müssen wir nach dem Kontext den günstigsten Fall uns denken) (19).

Allein ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohns setzt ein rasches Wachsen des Kapitals voraus, mit ihm wachsen ebenso rasch der Reichtum, der Luxus, die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Genüsse. Allein jede Klasse mißt ihre Lage nach den Zuständen der anderen. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich sind, im Vergleich mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt (20).

Man kann nämlich die Höhe und Bewegung des Arbeitslohns nicht bloß messen an den Genüssen, die sich der Arbeiter damit verschaffen kann, sondern auch an seinem Verhältnis zum Profit

[1]) Kapital I. 150.

[2]) „Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung u. s. w. sind verschieden, je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat“ (Kapital I. 148).

des Kapitalisten (wie es Ricardo zumeist tut). In dieser Beziehung kann der Lohn nur steigen, wenn der Profit fällt (Marx nennt hier merkwürdigerweise den Profit „Tauschwert des Kapitals!") und umgekehrt (21/22).

Eine rasche Zunahme des Kapitals ist aber gleich einer raschen Zunahme des Profits. Der Profit kann nur rasch zunehmen, wenn der Arbeitslohn nach obiger relativen Messung (nach seinem Verhältnis zum Profit) ebenso rasch abnimmt. Dieser „relative" Arbeitslohn kann fallen, obgleich der reelle Arbeitslohn (die Genüsse) gleichzeitig mit dem nominellen Arbeitslohn (dem Geldlohn) steigt, aber nur nicht in dem Verhältnis steigt, wie der Profit (23).

Das ist ganz richtig, bemerken wir hierzu. Aber es gilt nur für die abstrakte Wertrechnung, daß der Profit nur rasch zunehmen kann, wenn der relative Arbeitslohn ebenso rasch abnimmt.

Man nehme als Dividend die Zahl 100: Arbeitslohn 50 und Profit 50. Nun steige durch ungeheure Zunahme der Produktivität der Dividend auf 200. Das Teilungsverhältnis bleibe gleich, so bekommt die Arbeit 100 und das Kapital 100. Das Kapital hat also rasch zugenommen, ohne daß der relative Lohn gefallen wäre.

Daß dieser Fall in der Wirklichkeit nicht eintreten wird, geben wir gern zu und stimmen Marx vollkommen bei, wenn er sagt: Wächst das Kapital rasch, so mag der Arbeitslohn steigen; unverhältnismäßig schneller steigt der Profit des Kapitals (24).

Also auch im günstigsten Falle der kapitalistischen Wirtschaft enthält eine absolute Verbesserung der Lage der Arbeiter regelmäßig eine relative Verschlechterung. Die Kluft zwischen den Klassen erweitert sich durch die Fortschritte der Gesellschaft, welche die Produktivität der Arbeit steigern.

Die Sache kann aber viel schlimmer ablaufen, und gerade dieser schlimmere Fall scheint nach Marx die Regel zu sein.

Mit dem Kapital wächst die Konkurrenz unter den Kapitalisten, damit das Bestreben, billiger zu produzieren, damit Arbeitsteilung, Anwendung und beständige Verbesserung der Maschinerie und vor allem die Größe der Betriebe. Die Produktivkraft der Arbeit wird also gesteigert (25) und die Konkurrenz drängt immer weiter auf diesen Weg.

Die größere Produktivität der Arbeit befähigt aber einen Arbeiter, die Arbeit von 5, 10, 20 zu tun, sie vermehrt also die Konkurrenz unter den Arbeitern u. s. w., wie im Manifest. Der

Arbeitslohn nimmt also ab. Der Arbeiter sucht seinen Lohn zu behaupten, indem er länger oder intensiver arbeitet, und vermehrt auch dadurch die Konkurrenz. Je mehr er arbeitet, desto weniger Lohn erhält er (29).

Also nehmen mit dem raschen Wachstum des Kapitals[1]) die Lebensmittel für die Arbeiterklasse ab, weil die Konkurrenz unter den Arbeitern ungleich rascher wächst, und nichtsdestoweniger ist das rasche Wachsen des Kapitals die günstigste Bedingung für die Lohnarbeit (32).

Man muß hierbei bedenken, daß Marx hier ungebändigte individuelle Konkurrenz voraussetzt und in der Form eines allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesetzes tatsächlich die Wirkungen schildert, welche die großen und immer wieder sich erneuernden technischen Umwälzungen in einer langen Reihe der bedeutendsten Produktionszweige auf die zusammenhangslose, ungeschützte, der Profitwut niedrig denkender Parvenus preisgegebene, ohne Verständnis für die eigenen Interessen in düsterem Elend dahinvegetierende Arbeiterklasse übten. Was dann Gesetze und Arbeiterorganisationen an der Sachlage besserten, ist hier natürlich nicht berücksichtigt. Was Marx hier aufstellt, ist eben darum das wirkliche Gesetz des Arbeitslohns im System der freien, individuellen Konkurrenz einer hochentwickelten und beständig fortschreitenden Geldwirtschaft.

Im Jahre 1864 bemerkt Marx in der Inauguraladresse der „Internationalen" bereits:

„Nach einem 30jährigen Kampfe, der mit bewunderungswürdiger Ausdauer geführt wurde, gelang es der englischen Arbeiterklasse, durch Benutzung eines augenblicklichen Zwiespalts zwischen den Landlords und den Geldlords, die Zehnstundenbill durchzusetzen. Die ungeheuren physischen, moralischen und intellektuellen Vorteile, die den Fabrikanten daraus erwuchsen und die halbjährlich in den Berichten der Fabrikinspektoren verzeichnet werden, sind jetzt allseitig anerkannt." Damit anerkannte auch er, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft Verbesserungen für die Arbeiterklasse möglich sind, die den Kapitalismus nicht aufheben,

[1]) „Je höher die Produktivkraft der Arbeit . . . desto prekärer — ihre Existenzbedingung" („Kapital" I. 663). „Es ist . . . die beständige Tendenz des Kapitals, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern, um die Ware und durch die Verwohlfeilerung der Ware den Arbeiter selbst zu verwohlfeilern„ (ib. 317).

aber seine schlimmen Wirkungen nach unten zu kräftig hemmen. Im „Kapital" sodann (3. Auflage, I. 658) anerkennt er die Wirksamkeit der Arbeiterkoalitionen und sagt sehr richtig: Sobald die Arbeiter einsehen, warum es ihnen, je mehr und je produktiver sie arbeiten, immer schlechter geht, sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der (durch die Bewegungen des Kapitals geschaffenen) relativen Übervölkerung abhängt, da suchen sie durch Gewerkvereine u. s. w. ein planmäßiges Zusammenwirken zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen und das Kapital und der politische Ökonom zetern darüber. „Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das ‚reine' Spiel jenes Gesetzes" (der Nachfrage und Zufuhr).

Übrigens sind im „Kapital" neue Lehren über den Lohn, soweit er hier in Frage kommt, nicht enthalten[1]. Auch die „industrielle Reservearmee", welche durch den Kapitalismus erzeugt wird, ist in der oben auftretenden relativen Übervölkerung, der steigenden Konkurrenz der überflüssig Gemachten oder in's Proletariat Herabgedrückten schon gegeben, und zudem schon lange vorher von Engels formuliert worden.

Daß zu tiefem Elend herabgedrückte, von der Hand in den Mund lebende Menschen auch durch sinnlose Zeugung sich übermäßig vermehren, mußte wohl auch Marx zugeben. Er erzählt (Kapital I. 256), wie die Überarbeit mit den Bäckern in London rasch aufräumt und dennoch der Arbeitsmarkt mit deutschen und anderen Todeskandidaten für die Bäckerei stets überfüllt ist. Ebenso steht es in der Töpferei. Die Leute sterben schnell weg und immer wieder sind genug da.

„Was die Erfahrung dem Kapitalisten zeigt, ist eine beständige (!) Übervölkerung, d. h. Übervölkerung im Verhältnis zum augenblicklichen Verwertungsbedürfnis des Kapitals, obgleich sie aus verkümmerten, schnell hinlebenden, sich rasch verdrängenden, sozusagen unreif gepflückten Menschengenerationen ihren Strom bildet" (258f.). Die Überarbeiteten, sagt der von Marx hier zitierte Wakefield, sterben mit befremdlicher Raschheit; aber die Plätze derer, die untergehen, sind sofort wieder ausgefüllt und ein häufiger Wechsel der Personen bringt keine Änderung auf der Bühne hervor.

[1] Noch im 2. Teil des 3. Bandes S. 356 lesen wir: „Der Arbeiter endlich, als Eigentümer und Verkäufer seiner persönlichen Arbeitskraft, erhält unter dem Namen Arbeitslohn einen Teil des Produkts, worin sich der Teil seiner Arbeit darstellt, den wir notwendige Arbeit nennen, d. h. die zur Erhaltung und Reproduktion dieser Arbeitskraft notwendige Arbeit, seien die Bedingungen dieser Erhaltung und Reproduktion nun ärmlicher oder reicher, günstiger oder ungünstiger." S. auch ib. S. 395 — alles wie in den früheren Schriften. Sieh auch Kapital II. 303.

Auch das war eine Wirkung des Kapitalismus, aber nicht direkt der Einführung oder Verbesserung von Maschinen, der Arbeitsteilung, der Deklassierung kleiner Leute, der Verwendung von Frauen und Kindern, sondern der Einwirkung des Elends, das alle diese Dinge hervorbrachten, auf den Charakter und die Lebensführung des Menschen. Die Leute wurden sinnlos gemacht und handelten dann auch sinnlos, indem sie in jüngsten Jahren heirateten und soviel Kinder in die Welt setzen, als sie im Stande waren.

Noch in den 80er Jahren, wo doch die Lage eine viel bessere geworden war, betrug das durchschnittliche Heiratsalter eines englischen Bergwerksarbeiters $23^1/_2$ Jahre, eines „Gebildeten und Unabhängigen" $30^3/_4$. Dabei wird angenommen, daß die englischen Arbeiter sich häufig erst trauen lassen, nachdem sie schon längere Zeit ehelich zusammengelebt, unter welcher Voraussetzung das eigentliche Heiratsalter noch erheblich niedriger ausfallen würde (s. „Neue Zeit", April 1887).

§ 80. Fr. Engels.

Engels huldigt ja im ganzen denselben Anschauungen, wie Marx, und widerspricht ihnen nur gelegentlich im einzelnen, oft sehr stark, vielleicht ohne sich des Widerspruchs mit dem überaus hochgeschätzten Freunde, dem er eine grenzenlose Pietät bewahrt, bewußt zu werden. Doch ist das eine allgemeine Bemerkung, die keine nähere Beziehung zur Lohntheorie hat. Schon in der „Lage der arbeitenden Klassen in England" (1845, ich zitiere nach der zweiten Auflage von 1892) erklärt er den modernen Arbeiter als rechtlichen und faktischen Sklaven der Bourgeoisie. Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander kann den Lohn auf das Minimum herabdrücken, das er zu seiner Existenz nötig hat. Das Minimum ist nicht überall gleich (wie schon bei Ricardo), aber der Bedürf-

anspruchsloseste drückt den Lohn des Anspruchsvolleren allmählich auf sein Niveau herab.

Der Lohn kann durch die Konkurrenz der Bourgeois gegeneinander gesteigert werden, doch nur, wenn außerordentliche Profite zu machen sind.

Unter Durchschnittsverhältnissen, wenn gerade so viele Arbeiter da sind, als beschäftigt werden können, um die gerade verlangten Waren zu verfertigen, wird der Lohn etwas mehr als das Minimum betragen. Wie sehr er das Minimum übersteigen wird, wird von den Durchschnittsbedürfnissen und dem Zivilisationsgrad der Arbeiter abhängen. Arbeiten, die einen höheren Zivilisationsgrad erfordern, müssen auch höher entlohnt werden.

Kurz: Der Arbeiter wird „wie eine Ware“ verkauft; steigt die Nachfrage, so steigen die Arbeiter im Preise. Fällt sie, so fallen sie im Preise. Fällt sie so, daß Arbeiter auf Lager bleiben, so sterben sie Hungers. „Und so weit hat Herr Malthus mit seiner Populationstheorie vollkommen Recht.“ „In seiner Weise“ hat er Recht, „wenn er behauptet, es sei stets überflüssige Bevölkerung da, es seien immer zu viel Menschen in der Welt; er hat nur dann Unrecht, wenn er behauptet, es seien mehr Menschen da, als von den vorhandenen Lebensmitteln ernährt werden könnten. Die überflüssige Bevölkerung wird vielmehr durch die Konkurrenz der Arbeiter unter sich erzeugt, die jeden einzelnen Arbeiter zwingt, täglich soviel zu arbeiten, als seine Kräfte ihm nur eben gestatten“ (S. 77—83). Die Überleistung infolge der Konkurrenz, die Teilung der Arbeit, die Einführung von Maschinerien, die Benutzung der Elementarkräfte werfen eine Menge Arbeiter außer Brot. Diese Brotlosen vermindern die Nachfrage nach Waren und machen dadurch wieder andere brotlos und so würde es immer weiter gehen, wenn nicht die steigende Produktivkraft der Arbeit auf die Dauer niedrigere Warenpreise und dadurch vermehrten Konsum herbeiführte, wodurch ein großer Teil der Arbeitslosen in andern Arbeitszweigen, freilich nach langen Leiden, endlich doch wieder unterkommt. Tritt hierzu noch die Eroberung fremder Märkte, so daß die Nachfrage nach Industriewaren fortwährend und rasch steigt, so steigt auch die Nachfrage nach Arbeitern und mit ihr die Bevölkerung. So in England. Statt abzunehmen (!) hat sich die Einwohnerzahl reißend schnell vermehrt und vermehrt sich fortwährend, und bei all der steigenden Nachfrage nach Arbeitern hat England dennoch fortwährend überzählige und überflüssige Bevölkerung.

Dieser „Widerspruch“ kommt aus dem Wesen der Industrie und Konkurrenz und den darin begründeten Handelskrisen. Bei der regellosen Produktion und Verteilung der Profitwirtschaft muß alle Augenblicke eine Stockung eintreten. Diese Stockungen beschränken sich anfangs auf einzelne Industriezweige und Märkte, durch die zentralisierende Wirkung der Konkurrenz werden sie zu allgemeinen, periodisch wiederkehrenden Krisen. In diesen tritt für viele Arbeitslosigkeit ein, es fällt dann der Lohn, allgemeines Elend verbreitet sich etc. und „auf einmal tritt die ganze Menge der ‚überflüssigen‘ Bevölkerung in schreckenerregender Anzahl hervor.“

Allmählich erholt man sich wieder, die Preise steigen, ebenso die Löhne, es tritt Blüte ein, Spekulation, Schwindel, Überproduktion, Krise. Das ist der „ewige Kreislauf“, der sich in je 5 oder 6 Jahren vollendet. Daraus geht hervor, daß in England immerfort, ausgenommen die kurzen Perioden höchster Blüte, eine „unbeschäftigte Reserve von Arbeitern“ verhanden sein muß, „um eben während der am meisten belebten Monate die im Markte verlangten Massen von Waren produzieren zu können“ (S. 83—87).

Das ist nun allerdings seltsam ausgedrückt. Es sieht aus, als ob die Arbeiter, doch offenbar auf dem natürlichen Wege der Zeugung, sich derart vermehren müßten, daß die Unternehmer auf alle Fälle ihren Bedarf, auch den höchsten, an „Händen“ vorfänden. Engels gibt ja zu, daß die Bevölkerung sehr rasch gewachsen ist. Wäre sie weniger rasch gewachsen, hätte offenbar der Wechsel von Überproduktion und Arbeitslosigkeit sich nicht so akut und so rasch abspielen können. In der Wirklichkeit war die Sache so, daß jedes, auch bloß nominelle Steigen der Löhne oder Fallen der Brotpreise die Ehefrequenz in die Höhe trieb, also eine rasch vorübergehende Besserung der Lage zu einer dauernden Vermehrung der Menschen benutzt wurde, was allerdings nur bei Proletariern vorkommt. Und daß die moderne Volkswirtschaft, indem sie Proletarier schuf, auch proletarische Vermehrungssitten erzeugte, das ist gewiß und wurde von uns schon betont.

Im „Deutschen Bauernkrieg“ (zuerst erschienen 1850 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“) bemerkt sodann Engels vom deutschen Bauer der Reformationszeit, „daß sein Anteil an den Produkten seiner Arbeit sich auf das Minimum von Subsistenzmitteln beschränkte, das zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung der Bauernrasse erforderlich war“. Und das habe er mit dem modernen Proletarier gemein (S. 115 des 3. Abdrucks). Ob der erste Satz

richtig ist, wollen wir hier nicht untersuchen. Aus beiden geht jedenfalls hervor, wie nach Engels der Lohn des modernen Proletariers bemessen ist.

In der Schrift „Zur Wohnungsfrage“ (zuerst erschienen 1872) bezweifelt nach Engels nur der Bourgeois, „daß die Lage der Arbeiter seit Durchführung der kapitalistischen Produktion auf großem Maßstab im ganzen materiell schlechter geworden ist“ (zweite Ausgabe 1887, S. 16). Muß der Arbeiter heute Steuern zahlen, so gehen diese (da er sie offenbar selbst nicht zu tragen vermag, wie schon Ad. Smith und Ricardo annahmen — siehe Smith IV. S. 230, Ricardo S. 130, 135, 185) auf die Dauer in die Produktionskosten der Arbeitskraft mit ein und müssen also vom Kapitalisten vergütet werden. Sie seien daher für den Arbeiter nur von sehr geringem Interesse (S. 26).

Und hätte umgekehrt z. B. jeder Arbeiter sein eigenes Häuschen, so würde ihm der Unternehmer nichts mehr für die Befriedigung seiner Wohnbedürfnisse zahlen und der Lohn müßte entsprechend fallen. Und jede dauernde Preiserniedrigung der Lebensbedürfnisse des Arbeiters komme „auf Grund der ehernen Gesetze der Volkswirtschaftslehre“ (die Anführungszeichen sind von Engels selbst) einer Herabdrückung des Wertes der Arbeitskraft gleich und habe daher schließlich einen entsprechenden Fall im Arbeitslohn zur Folge (S. 34).

„Eherner“ kann man allerdings das Lohngesetz nicht schmieden. Aber diese Betrachtungsweise läßt keine Konsequenz zu. Es ist ganz richtig, wenn man sagt, der Arbeiter müsse sich mit einem elenden Lohn zufrieden geben, weil er nichts hat. Aber daß sein Lohn immer noch elender wird, wenn er etwas hat, z. B. ein Häuschen, das ist denn doch übertrieben. Da müßte man dann annehmen, daß dem Arbeiter, der aus Eigenem sich nährte, im Lohn auch die Nahrung nicht vergütet würde[1]). Jeder Besitz bietet in der Regel — Ausnahmefälle sind denkbar, haben aber ihre ganz besonderen, nicht allgemeinen Erklärungsgründe — dem

[1]) „Gebt jedem Arbeiter ein erspartes, unabhängiges Einkommen von 52 Talern, und sein Wochenlohn muß schließlich um einen Taler sinken“ (Engels, ebenda S. 35). — Und wie müßte er erst sinken bei 104 oder gar bei 208 Talern! Welchen Unsinn kann doch ein grundgescheidter Mensch sagen, wenn er als Agitator auftritt! Man sieht es bei den Gewerkvereinen, wie fatal es ist, wenn sie bei Lohnkämpfen große Reserven in den Kassen haben!

Arbeiter einen mehr oder weniger starken Rückhalt gegenüber dem Unternehmer und gibt ihm in diesem Interessenkampfe eine bessere Stellung. Und darauf kommt es an. Ein Arbeiter, der den Termin herankommen sieht, an dem er entweder seine Miete zahlen muß oder exmittiert wird, kann dem Unternehmer viel weniger Widerstand leisten bei Lohndruckversuchen oder Verlängerung der Arbeitszeit u. s. w., als der, welcher sicher in eigenem Hause wohnt. Freilich, wenn dies hoch verschuldet ist, ist die Sache noch schlimmer. Aber dann ist er in der Tat nicht Besitzer eines Hauses, sondern bloß Besitzer von Hypothekenschulden. Mit solchen Besitztümern soll er sich allerdings nicht abgeben.

Man denke an die Konsumvereine! Sie haben die Position des Arbeiters überall verstärkt und dadurch erheblich verbessert, sie wirken wie eine Lohnerhöhung, oft auch als Sparkasse, und niemals drückten sie den Lohn, wie einst Lassalle befürchtete und deduzierte.

In der deutschen Übersetzung des „Elend der Philosophie“ (das von Engels verfaßte Vorwort datiert vom Oktober 1884) finden wir sodann auf Seite 26 folgende interessante Note von Engels:

„Der Satz, daß der ‚natürliche‘, d. h. normale Preis der Arbeitskraft zusammenfällt mit dem Minimum des Lohnes, d. h. mit dem Wertäquivalent der zum Leben und zur Fortpflanzung des Arbeiters absolut notwendigen Lebensmittel — dieser Satz wurde zuerst[1]) von mir aufgestellt in den ‚Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie‘ (Deutsch-Französische Jahrbücher. Paris. 1844. — Dem Verfasser dieses Buchs ist obige Quelle jetzt nicht zugänglich —) und in der ‚Lage der arbeitenden Klasse in England‘. Wie man hier sieht, hatte Marx diesen Satz damals akzeptiert. Von uns beiden hat Lassalle ihn übernommen. Wenn aber auch in der Wirklichkeit der Arbeitslohn die beständige Tendenz hat, sich seinem Minimum zu nähern, so ist der obige Satz dennoch falsch. Die Tatsache, daß die Arbeitskraft in der Regel und im Durchschnitt unter ihrem Wert bezahlt wird, kann ihren Wert nicht ändern. Im ‚Kapital‘ hat Marx sowohl den obigen Satz richtig gestellt (Abschnitt: Kauf und Verkauf der Arbeitskraft) wie auch (Kap. XXIII, das allgemeine Gesetz der

[1]) ?

kapitalistischen Akkumulation) die Umstände entwickelt, welche der kapitalistischen Produktion erlauben, den Preis der Arbeitskraft mehr und mehr unter ihren Wert zu drücken."

Man wird schwer herausbringen, was Engels mit diesen Sätzen eigentlich sagen will. Er widerruft scheinbar das alte, keineswegs von ihm zuerst aufgestellte Lohngesetz, weist auf bestimmte Abschnitte des „Kapital" hin, die auch gar nichts neues darüber enthalten, sondern alte, längst ausgesprochene Anschauungen nur abermals bestätigen (allerdings in einer höchst mystischen Ausdrucksweise, die Marx so sehr liebt; insbesondere spielt der Arbeiter, als „Verkäufer" seiner Ware, der Arbeitskraft, eine sehr wichtige Rolle, obwohl er seine Arbeitskraft, wenn man nicht in Bildern spricht, sowenig „verkaufen" kann, wie seinen Magen oder Rachen) und kommt allem Anschein nach zu dem Schluß, daß die Arbeiter in unserer Wirtschaft regelmäßig weniger als den notwendigen Unterhalt bekommen, was übrigens auch schon früher als eine periodisch vorkommende Tatsache behauptet wurde, von Marx und anderen.

Engels sagte, nach obiger Stelle, früher: Der normale Preis der Arbeitskraft (der doch als realer Ausdruck ihres „Wertes" angesehen werden muß) besteht in den notwendigen Lebensmitteln. Marx sagt in dem Abschnitt „Kauf und Verkauf der Arbeitskraft" („Kapital" I. 147f.):

Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch die zu ihrer Produktion notwendige Arbeitszeit.

Die Produktion der Arbeitskraft besteht in der Erhaltung des Menschen. Dazu braucht er eine gewisse Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel. Die Summe der Lebensmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als solches in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. — Und darauf wird hingewiesen auf die Relativität des Begriffs notwendige Unterhaltsmittel.

Daß eine Ware auch unter ihrem Wert verkauft werden kann, also auch die „Ware" Arbeit, hat Marx nie geleugnet.

Er stimmt aber doch mit seiner obigen Theorie offenbar vollständig mit Engels überein. Wie kommt nun dieser dazu, seine

Theorie für falsch zu erklären und die im „Kapital" (abermals und abermals) aufgestellte Marx'sche für richtig?

Kurz nachher, im 6. Heft der „Neuen Zeit" 1885, erklärt derselbe Engels, daß sich die englischen Fabrikarbeiter und die Mitglieder der großen Gewerkvereine in einer „verhältnismäßig komfortablen Lage" befinden und damit auf die Dauer zufrieden sind. Sie bilden die Aristokratie der Arbeiterklasse. Auf die übrigen Arbeiter, „die große Masse", wirkt „das Gesetz, das den Wert der Arbeitskraft auf den Preis der notwendigen Lebensmittel beschränkt, und das andere Gesetz, das ihren Durchschnittspreis der Regel nach auf das Minimum dieser Lebensmittel herabdrückt, diese beiden Gesetze wirken auf sie mit der unwiderstehlichen Kraft einer automatischen Maschine, die sie zwischen ihren Rädern erdrückt." Das Niveau des Elends und der Existenzunsicherheit sei „für sie heute ebenso niedrig, wenn nicht niedriger als je."

§ 81. Das „Eherne" und die heutigen Sozialdemokraten.

Läßt man in all diesen Ausführungen von Marx und Engels und anderen die Phrasen und die geschraubten, unnatürlichen Erklärungen weg, so kommt man, glaube ich, von selbst zu unserer einfachen Formulierung. Diese bringt ganz bestimmte Voraussetzungen, und ohne solche kann ein „Gesetz" überhaupt nicht aufgestellt werden. Läßt man den Arbeiter nicht schutzlos, Mann für Mann mit dem Unternehmer kämpfen, läßt man die Vermehrung der Arbeiterzahl hinter dem Bedarf des Kapitals zurückbleiben, so kann der Lohn sich vielleicht sehr wohl über die Grenzen des notwendigen Unterhalts erheben. Ein „ehernes" Lohngesetz in dem Sinn, daß der Lohn innerhalb des allgemeinen Typus „kapitalistische Wirtschaft" überhaupt nicht und nie über den absoluten Lebensbedarf steigen könne, hat keiner unserer Autoren aufgestellt, wenn man alle bezüglichen Auslassungen zusammennimmt. Sehr viel „Ehernes" ist an diesen Theorien nicht. Man kann nur etwa sagen: sie haben die mögliche Bedeutung der Staatsgewalt und der Arbeiterkoalition zu wenig berücksichtigt.

Nun denn, von der deutschen Sozialdemokratie wurde auf dem Hallenser Parteitag, wie K. Kautsky sich ausdrückt („Neue Zeit" 1890—91, No. 30) „ohne irgend welchen Widerspruch der Satz vom ehernen Lohngesetz begraben". —

„Der entscheidende Grund, warum das eherne Lohngesetz, welches bei Beginn der deutschen Arbeiterbewegung so Großes geleistet hat, . . . späterhin mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, ist weniger wohl in der theoretischen Unvollkommenheit desselben[1]) — nämlich, daß es die wirklichen vom industriellen Zyklus abhängigen Bewegungstendenzen der Löhne nicht zu erklären vermag (?) — als darin zu suchen, daß die Taktik (!) einer aufstrebenden Arbeiterklasse, der als einzige Mittel gewerkschaftlicher und politischer Kampf auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft zu Gebote stehen, sich nicht durch die Proklamation, daß alle solche Bestrebungen in Wahrheit doch nichts wesentliches helfen können, zur Aussichtslosigkeit verdammen kann" —, so schreibt Konrad Schmidt 1898 im 5. Heft der „Sozialistischen Monatshefte" und weist dann auf die Macht der Gewerkschaften und auf die Wirksamkeit der staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung hin — Momente im Lohnkampf, die eben in früheren Zeiten, bei der ersten großen, impetuosen Entfaltung des modernen Kapitalismus noch nicht in Betracht kamen. In demselben Aufsatz konstatiert Schmidt, „daß gerade in den besser gestellten Arbeiterschichten die Geburtenzahl noch schneller, als es dem gesamten Volksdurchschnitt entsprechen würde, zurückgegangen ist". — „Warum?" fragen wir.

Gesetz und Koalition haben die Lage etwas verbessert und dadurch den Arbeiter zu einem vernünftigen Menschen gemacht.

Daß derartige Tatsachen mit dem sog. Malthus'schen Gesetze in Widerspruch stünden, wie J. Wolf (Zeitschrift f. Soz. Wiss. IV. Band, 4. und 5. Heft 1901) meint, leuchtet mir nicht ein. Malthus hat nie behauptet, daß die Menschen in geschlechtlichen Angelegenheiten nie vernünftig werden könnten. Er meint ja: die oberen Klassen seien es schon, und rät den unteren, es jenen nachzumachen. Nur ist er etwas pessimistisch in Bezug auf den Erfolg seines Rates. Und darin hat er Recht. Die Tatsache, daß im ganzen die Geburtenzahl zurückgeht, beweist eben noch lange nicht, daß nicht in gewissen Schichten der Gesellschaft erbärmlich

[1]) In einem Briefe an Bracke sagt Marx 1875: Das eherne Lohngesetz sei wissenschaftlich nicht mehr haltbar, da mit der Mehrwertstheorie auch eine ganz neue Auffassung des Lohnes begründet sei (K. Diehl, Handwörterb., II. Aufl., Art. Lassalle", S. 530). Das will wohl nichts weiter sagen als: Du sollst keine anderen Götter neben mir anbeten. — Der andere Gott war der „eherne" Lassalle.

proletarisch gewirtschaftet wird, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch heute zwar nicht die Bevölkerung über ihren Nahrungsspielraum, wohl aber die Kinder vieler Leute über den Nahrungsspielraum der Familie hinauswachsen.

Und im Grunde hat Malthus trotz seiner allgemeinen Phrasen doch immer an den einzelnen „Überflüssigen" gedacht, und mußte das, da sein England nicht in stylgerechtem Kommunismus lebte.

Eduard Bernstein bemerkt in seiner Schrift „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?" (Berlin 1901), in welcher er über die Vergänglichkeit selbst sozialdemokratischer Dogmen spricht: „Heute gilt jenes (eherne Lohn-),Gesetz' für überwunden, für mehr überwunden, als meiner Ansicht nach richtig ist — es spricht niemand mehr von ihm" (S. 16).

Ich möchte die (von mir) unterstrichene Stelle unterschreiben, ich halte sie für sehr richtig. Für die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter gelten auch heute noch die Voraussetzungen jenes Lohngesetzes und es trifft mithin zu: sie bekommen als Lohn im Durchschnitt keinesfalls mehr als den notwendigen Unterhalt[1]), ja, wenn man diesen vernünftig formuliert, sogar weniger, so wenig, daß sie ihren fortgesetzten Kraftaufwand keineswegs fortgesetzt vollständig ersetzen können, soweit dies physiologisch möglich ist. Wir können mit viel mehr Berechtigung sagen: Das Gesetz des Lohnminimums gilt noch, als es gilt nicht mehr oder gar, es hat nie gegolten, wobei man von der krausen Idee des „Wertes der Ware Arbeitskraft" ganz abstrahieren und sich die vollkommen konkrete Gestalt des armen Arbeiters vorstellen kann, der für eine übermäßige Arbeitsplage nur soviel Geld auf die Hand bekommt, daß er erbärmlich und bei frühzeitig schwindenden Kräften leben kann.

Denn im allgemeinen ist nach wie vor, trotz Staat und Gewerkverein, das ungeheure Übergewicht der Macht auf Seite der Unternehmer und nicht der Arbeiter. Und bei jedem „freien" Interessenkampf kommt es auf die Macht an. Und wenn der Staat und die Koalition dem Kampf eine etwas günstigere Wendung im Interesse mancher Arbeiter gegeben haben, so wäre erst noch auszumachen, ob diese Einflüsse den Lohn wirklich schon

[1]) „Der Arbeiter hat in den meisten Fällen jetzt gerade so viel, wie er bei seinen Bedürfnissen braucht; sinkt der Lohn, so hat er weniger." Fürst Bismarck (Reden X. S. 162 der Reclam-Ausgabe) — kein Demagoge!

auf die Höhe des notwendigen Unterhalts in einem wahrhaft menschlichen und gesellschaftlichen Sinne gebracht haben oder ob selbst dieses Ziel vielleicht noch nicht erreicht ist für die allermeisten Arbeiter.

§ 82. Einige bürgerliche Nationalökonomen.

Es gibt auch unter den neueren bürgerlichen Nationalökonomen noch genug solche, welche in ihren Theorien sehr stark zum „Minimum" hinneigen, so z. B. W. Stieda, der im Handwörterbuch (I. Aufl. Art. Arbeitseinstellungen S. 608) den Satz aufstellt: „In der Regel wird der Arbeiter, als der schwächere Teil, den kürzeren ziehen und sich, von der Not gedrängt, dazu verstehen müssen, anzunehmen, was ihm geboten wird."

Oder Lexis (ebenda II. Auflage, Art. Produktion, S. 250): „Die Arbeit wird mit einem Anteil abgefunden, dessen Größe von den ökonomischen Machtverhältnissen der sich gegenüberstehenden Interessen abhängt". Ferner Art. Verteilung, S. 467: „Materiell ist für die Höhe des Lohns das ökonomische Machtverhältnis der beiden Parteien entscheidend, und da nach diesem der Unternehmer im allgemeinen das Übergewicht hat, so besteht die Tendenz, den Lohn auf das für den Lebensunterhalt des Arbeiters und seiner Familie nach der landesüblichen Anschauung absolut erforderliche Minimum (!) herabzudrücken". Diese sehr schroffe Fassung wird dann etwas gemildert, indem Lexis die Meinung ausdrückt, daß unter den heutigen Verhältnissen die Arbeiter mehr als das Existenzminimum bekommen. Dies kann aber nicht viel ausmachen, denn sie bedürfen „bei den üblichen Lohnsätzen der größten moralischen Kraft der Entsagung, um noch etwas übrig zu behalten. Ihre Ersparnisse haben für sie in der Regel nur die Bedeutung einer Reserve für Notfälle, nicht aber die eines ertragbringenden Vermögens" (470).

Auch Brentano ist derselben Ansicht:

„Der Arbeiter, sich selbst überlassen, ist als Regel genötigt, seine Arbeit vorbehaltlos anzubieten. Er ist außer Stand, auf das Angebot des Gutes (?), von dessen Verkauf (!) er lebt, weder in der Gegenwart noch in der Zukunft irgend welchen Einfluß zu üben. Die Folge ist, daß, von gewissen Ausnahmen abgesehen, der Gegner des Arbeiters im Interessenkampf, der Arbeitgeber, es ist, der bei Abschluß des Arbeitsvertrags einseitig die Bedingungen, zu denen der Arbeiter verkaufen muß, festsetzt". Sodann wird von der Bedeutung der Organisation gesprochen (Soz. Prax. VIII. 1257 f.).

Daneben gibt es allerdings auch Nationalökonomen, die es vorziehen, mit allerlei Worten gar nichts zu sagen, wie z. B. Lorenz von Stein. „Der Lohn der Arbeit kann nie größer sein, als der im Preise des Produkts ausgedrückte Wert derselben; und nie weniger, als die Summe des durch die Art und das Maß der Arbeit gesetzten Bedürfnisses" (Handbuch der Verwaltungslehre S. 358).

In seiner vortrefflichen Jugendschrift „Geschichte der soz. Beweg. in Frankreich" (II. S. 67) hingegen sagt er ganz richtig und deutlich: „Das natürliche Gesetz für den Lohn war (in der Zeit der Entwicklung der modernen Industrie) eine Herabdrückung auf das rein physische Bedürfnis der Arbeiter".

Nach Schönberg (Handwörterb. I. Aufl. Art. „Arbeiter" S. 383) wird das Einkommen der gewöhnlichen, produktiven Lohnarbeiter „bedingt durch den Arbeitsvertrag (man denke!), durch die Stellung des Unternehmers zur Lohngestaltung (man denke abermals!) und durch die Verhältnisse, welche die Reinerträge der Unternehmungen bestimmen (!)".

Auch der Sozialist Kautsky formuliert — nebenbei bemerkt — nicht besonders präzis, wenn er im „Erfurter Programm" sagt: „Der Lohn erreicht kaum jemals den höchsten Stand, den er erreichen könnte. Öfter dagegen nähert er sich seinem niedrigsten Stande. Diesen erreicht er dort, wo er aufhört, dem Arbeiter auch nur die nackte Lebensnotdurft zu fristen" (!) (S. 38). Wie hoch der Lohn möglicherweise sein kann, kann Kautsky natürlich nicht angeben. Es muß Profit übrig bleiben und zwar viel Profit. Denn „auch bei den höchsten Löhnen muß die Ausbeutung des Arbeiters eine hochgradige sein" (ib.)

Hat das Steigen des Lohnes in der kapitalistischen Wirtschaft jemals den Durchschnittsprofit dauernd (denn in tollen Zeiten ist alles möglich) herabgemindert? Das wäre die Frage. Ich glaube, man kann sie mit gutem Gewissen verneinen. Der Lohn kriecht dem Profit hinten nach, wie der Igel dem Hasen, manchmal sogar wie der Krebs.

Ein immenser Reichtum hat sich in unserer Gesellschaft aufgehäuft, wie in keiner früheren. Geht es auch dem Arbeiter von heute immens besser als allen früheren?[1]) Wir wissen, daß man für bestimmte Jahrhunderte das Gegenteil nachgewiesen hat.

[1]) „In früherer Zeit bestand hinsichtlich der Nahrung, Kleidung, Wohnung

„Im 15. Jahrhundert waren (in der Schweiz) die Löhne, mit den Lebensmitteln verglichen, bedeutend höher als heutzutage, indem selbst ein Handlanger neben der Kost 4—5 Fr. nach heutigem Geldwert verdiente. Auch im 16. Jahrhundert blieben sie noch relativ gut, da . . . beständiger Mangel an Arbeitskräften herrschte" (Carl Geiser: Rückblick auf die wirtschaftl. Verhältn. im Kanton Bern, Thun 1899 — eine sehr interessante Schrift).

Nach einer Taglöhnerrechnung aus Thun vom Jahre 1441 erhielt ein Taglöhner als Lohn nebst Speisung 2.25 Fr. nach heutigem Geldwert, eine Tagelöhnerin im selben Fall 1.25 Fr. Ohne Speisung erhielt ein Tagelöhner 4.50 Fr. (Carl Schindler, Finanzwesen und Bevölkerung der Stadt Bern im 15. Jahrhundert, S. A. 1900). Wie gut muß da gegessen und getrunken worden sein! Und die meisten Arbeiter jener Zeit waren eben beim Arbeitgeber in Kost.

Nach einer Mitteilung der Soz. Prax. (X. 332f.) variieren die Taglöhne gewöhnlicher erwachsener männlicher Tagearbeiter im heutigen Deutschland zwischen 85 Pf. und 3 M. 25 Pf. Der niedrigste und der höchste Satz kommt nur einmal vor (im Kreis Militsch und auf der Insel Helgoland). Die Zahl der Orte und Kreise, wo Löhne von 2 M. 60 Pf. aufwärts gezahlt werden, ist aber etwa halb so groß als die Zahl derjenigen, wo der Taglohn 1 Mk. 10 Pf. und weniger beträgt. Und jene „hohen Löhne" kommen fast nur in Städten und Orten vor, wo das Leben, besonders das Wohnen, sehr teuer ist.

---

und Umgebung zwischen dem Herrn und seinen Untertanen oder dem Häuptling und seinen Stammesgenossen nur ein geringer Unterschied . . . Der Gegensatz zwischen dem Palast des Millionärs und der Behausung des Arbeiters von heute gibt den Maßstab für die Veränderung, die mit der Zivilisation eingetreten ist", sagt Andrew Carnegie (Die Pflichten des Reichtums, 1894, S. 3) trotz seiner rein kapitalistischen und recht heuchlerischen Moral.

XI. Moderne Arbeiterzustände.

§ 83. Normalbedarf.

Stellen wir einmal die Frage: was braucht wohl eine Arbeiterfamilie, um einigermaßen erträglich und gesund und auskömmlich in den heutigen Verhältnissen leben zu können?

Eine absolute, exakte, allen Einwendungen gewachsene Antwort zu geben, ist ganz unmöglich. Jeder Begriff, den man einer derartigen Erörterung und Messung zu Grunde legen muß, ist im höchsten Grade streitig. Und geht man erst von den allgemeinen Anforderungen und abstrakten Maßstäben zu dem außerordentlich mannigfaltigen Detail über, so gibt es darin nicht einen Punkt, nicht eine Zahl, nicht ein Maß, das nicht aus allerlei Gesichtspunkten und Gründen bestritten werden könnte.

Seit einigen Jahren ist es fast Mode geworden, die gegenwärtige Lage der Arbeiter in den Kulturländern als eine sehr günstige hinzustellen. Und man wählt sich zu diesem Zwecke mit Geschick irgend welche statistische Zahlen, die mit anderen, dazu geeigneten, verglichen werden, und aus welchen klar hervorgeht, daß man heutzutage sehr zufrieden sein kann und daß alles viel besser ist als vor soundsoviel Jahren, wo es in der Tat einmal recht außerordentlich schlecht war. Gehen die Geschäfte in einem Lande etliche Jahre sehr gut, so ist der rechte Augenblick für die Optimisten gekommen, um der erstaunten Welt zu zeigen, daß nunmehr wirklich alles in Ordnung oder wenigstens auf dem besten Wege dazu sei. Und das ist eine dankbare Aufgabe für einen strebsamen Schriftsteller oder Staatsmann.

Denn nichts hören die wohlhabenden Klassen, welche die „Gesellschaft" ausmachen und im ganzen den Staat leiten und verwalten, lieber, als daß unter ihrer Führung jedermann zufrieden sei oder wenigstens sein sollte.

Seltsam nimmt sich neben diesen Siegeshymnen das ewige, von allen Seiten tönende Geschrei nach Sozialreform aus, von der

freilich kaum ein Mensch einen irgendwie klaren Begriff hat. Aber soviel bedeutet der Ruf nach ihr doch immerhin, daß es noch dunkle Punkte genug in unserem Gesellschaftsleben gibt, und daß offenbar nicht jedermann zufrieden und beruhigt ist. Kommen dann gar wieder wirtschaftliche Krisen, so vermeiden es die Optimisten sicherlich, die augenblickliche Lage mit der vorhergegangenen statistisch zu vergleichen, und die Pessimisten treten mit der entgegengesetzten Übertreibung auf.

Wir wollen nun dem Leser eine Reihe von Daten vorführen, welche ihn wo möglich befähigen sollen zu urteilen, ob in den Arbeiterkreisen, auf die sie sich beziehen, das Einkommen eine Höhe erreicht hat, die über den notwendigen Unterhalt hinausgeht, oder nicht. Auch gegenüber bestimmten Zahlen wird das Urteil immer noch in erheblichem Maße vom urteilenden Subjekt abhängen, das ist unvermeidlich. Mit welchem Einkommen soll in unserer Zeit ein Arbeiter zufrieden sein? Welches Einkommen reicht hin, um eine Arbeiterfamilie, so wie es sich gehört, zu erhalten? So lautet eigentlich die Frage und sie lautet doch schrecklich unbestimmt. Die Antwort kann nicht bestimmter lauten. Wir geben statt einer selbstgeformten Antwort mehrere von anderen formulierte; natürlich nicht alle, das wäre für jeden Leser zu viel und hätte auch keinen Zweck.

Die statistische Kommission des Schweizerischen Arbeiterbundes berechnete im Jahre 1876 den jährlichen Normalsatz für die Lebensmittelauslagen einer Familie von 5 Köpfen mit 1350 Fr., genau gerechnet. „Dazu kommen dann noch die je nach Wohnort und Verhältnissen allerdings differierenden Auslagen für Wohnung, Kleidung, Heizung, Beleuchtung u. s. w., die man in jedem einzelnen Fall zu obigem Normalsatz einfach zu addieren hat“ (Protokoll über den 4. Kongreß des Schweizerischen Arbeiterbundes zu Bern 1876).

Eine Familie von 5 Köpfen braucht nach diesem Anschlage, der nicht ausdrückt, was sie hat, sondern was sie nach der Ansicht des Arbeiterbundes oder seiner Wortführer haben sollte:

	per Jahr Fr.
an Brod täglich für 80 Ct.	292.—
„ Fleisch „ 1½ Pfd. = 110 Ct.	401.50
„ Milch „ für 30 Ct.	109.50
„ Butter per Monat 4 Pfd. = 6 Fr.	72.—
„ Käse „ „ 5 Pfd. = 4 Fr.	48.—
	923.—

	per Jahr Fr.
Übertrag:	923.—
an Eiern per Woche 7 Stck. = 50 Ct.	26.—
„ Kartoffeln per Jahr 10 Ctr. à 3½ Fr.	35.—
„ Reis per Woche 1 Pfd. = 30 Ct.	15.60
„ Gerste „ „ 1 Pfd. = 35 Ct.	18.20
„ Mehlspeisen per Woche 2 Pfd. = 80 Ct.	41.60
„ Spezereien (Kaffee 3 Pfd. per Monat) = 4.50 Fr.	54.—
„ Zucker per Monat 2 Pfd. = 1 Fr.	12.—
„ anderen Spezereien und Gewürzen	5.—
„ Obst und Gemüse	30.—
„ Wein per Jahr 2 Saum à 50 Fr.	100.—
„ Bier für den Mann per Tag 2 Glas	90.—
	1350.40

Rechnet man den übrigen Bedarf hinzu, so wird man in Städten mindestens auf 2178 Fr. kommen (nach Engel s. weiter unten). Man wird einzelne Posten stark anzweifeln (z. B. Wein, auch Brot), andere aber auch vermissen, und wenn man einen einigermaßen wohlhabenden Mann frägt, ob er sich vorstellen könne, wie eine Familie von 5 Köpfen in einer Stadt wie Zürich mit einem solchen Einkommen leben könne, so wird er, zehn gegen eins gerechnet, nein sagen. Ich selbst kannte hier einen Mann aus den gebildeten Kreisen, der für einige Zeit auf diese Notwendigkeit reduziert war. Sein Einkommen betrug 1800 Fr., die Familie hatte jedoch nur 4 Köpfe, aber sie hungerte, obschon die Wohnung billig war, wenn auch etwas teuerer als die eines Arbeiters, und obwohl er Anstandsauslagen — schuldig blieb. Cl. Heiss sagt in einer Besprechung des Buches von Dr. Franz Ziegler „Wesen und Wert kleinindustrieller Arbeit, gekennzeichnet in einer Darstellung der Bergischen Kleinindustrie“ (Berlin 1901): „Die Haushaltungsbudgets, die Ziegler zusammengestellt, zeigen . . . wie schwer es vielfach einer Arbeiterfamilie ist, sich selbst mit einem Lohn von mehr als 1800 Mark (das sind zirka 2250 Fr.!) durchzuschlagen (Soz. Pr. XI. 328).

Dennoch wird fast jedermann obige Aufstellung für übertrieben ansehen. Das kommt daher, daß wir die elende Lage und die Entbehrungen der großen Masse als etwas Selbstverständliches zu betrachten gewohnt sind. Vielleicht sind sie selbstverständlich, nämlich in dem Sinne, daß ohne diese Entbehrungen der großen Masse keine höheren Kulturschichten in der Gesellschaft und daher keine erklecklichen Fortschritte möglich wären. Das wäre die Rechtfertigung von einem hohen, menschheitlichen Standpunkt aus.

Aber es ist schwer oder unmöglich, darüber mit Sicherheit zu entscheiden, und die Bestrebungen der Armen, ihre Lage zu verbessern, sind jedenfalls in hohem Grade begreiflich.

Als Gegenstück zu diesem angreifbaren Budget des Arbeiterbundes diene das unzweifelhaft falsche des im übrigen hochverdienten schweizerischen Fabrikinspektors Dr. Schuler.

Nach einer von ihm in seiner Schrift „Die Ernährungsweise der arbeitenden Klassen in der Schweiz“ (Bern 1884) zitierten Rechnung bezog damals ein Fabrikarbeiter in der Ostschweiz durchschnittlich ein Lohneinkommen von 700 Fr. per Jahr.

Die Kosten einer zureichenden Ernährung per Kopf betragen nach Schuler, wenn man Kinder und Erwachsene zusammennimmt, 55 Ct. per Tag. Schuler meint hiernach, daß der Arbeiter sich ordentlich ernähren könne mit seinem Lohne.

Daß 55 Ct. auf den Kopf bei den damaligen, längst sehr hohen Lebensmittelpreisen, zur ausreichenden Ernährung genügen, kann wohl nur derjenige behaupten, der unter ausreichender Ernährung eine ganz armselige Fütterung versteht.

Gehen wir aber von Schuler's Annahme aus und fragen wir: was braucht dann eine Familie das Jahr hindurch zu ihrer zureichenden Ernährung?

Besteht sie aus 4 Köpfen, so kostet die Nahrung 803 Fr., besteht sie aus 5, 1003 Fr. 75 Ct., besteht sie aus 6, 1204 Fr. 50 Ct., besteht sie aus 7, 1405 Fr. 25 Ct.

Wohlgemerkt, das ist nur die notwendige Ausgabe für Nahrung allein. Alles übrige ist zum Bedarf hinzuzurechnen. Rechnen wir, wie einst Engel (Sächs. statist. Zeitschrift 1857, 170), von den sämtlichen Ausgaben einer Arbeiterfamilie 62 Prozent (was heutzutage doch wohl zu viel ist[1]) auf die Nahrung, so braucht nach obigen Ansätzen

eine Familie von 4 Personen im ganzen 1295 Fr. per Jahr.
„ „ „ 5 „ „ „ 1618 „ „ „
„ „ „ 6 „ „ „ 1943 „ „ „
„ „ „ 7 „ „ „ 2266 „ „ „

[1]) Der französische Arbeiter wendet nach M. A. Métin (Législation ouvrière et sociale en Australie et Nouvelle-Zélande, Paris 1901) 44 Prozent, der englische 42,2 Prozent seines Lohnes für die Ernährung auf. In 44 von Dr. Ad. Braun untersuchten Haushaltungsrechnungen machen die Ausgaben für Nahrung (ohne alkoholische Getränke) im Maximum 57,29 Prozent, im Minimum 23,70 Prozent, im Durchschnitt 42,8 Prozent. Mit Einrechnung der alkoholischen Getränke im Maximum 66,80, im Minimum 36,13, im Durchschnitt **52,75** Prozent. Und das im Bierlande Bayern!

Würde man die Nahrung statt mit 62 Prozent mit 50 Prozent veranschlagen, was viel richtiger und immer noch viel wäre, so stiege der Gesamtbedarf in den 4 Fällen auf 1606, 2007, 2409 und 2810 Fr. Darauf kann man sich einen Vers machen. Schuler selbst findet merkwürdigerweise, daß also der Arbeiter sich ordentlich ernähren könne.

Dabei empfiehlt er allerdings den Arbeitern den Genuß von Pferdefleisch, weil sie anderes nicht kaufen können, und bemerkt ferner, daß der Milch-, Käse- und Butterverbrauch zurückgehe, daß selbst der „riesige Kartoffelkonsum“ im Jahre 1883 eine kleine Abnahme zeigte, weil die Kartoffeln zu teuer waren, und daß die Arbeiter den elendsten Kaffee, oft schlechte Surrogate, trinken müssen. Daraus kann man schließen, wie solche Arbeiter lebten, sofern sie kein weiteres Einkommen hatten, und wenn man noch dazu bedenkt, daß der Lohn durch Unwissenheit der Frauen und Trunksucht der Männer oft auch noch auf eine sehr verkehrte, ja verderbliche Weise verausgabt wird, so kann man sich die Beschaffenheit des „notwendigen Unterhalts“ der Familie ziemlich deutlich vorstellen.

Man braucht deshalb noch nicht zu denken, daß unzählige schweizerische Arbeiterfamilien wirklich im tiefsten Elend sich befänden. In vielen Fällen verdienen die Frauen auf allerlei Weise etwas, oft beträchtlich, dazu kommt, bei der Dezentralisation der schweizerischen Industrie, sehr häufig, daß die Arbeiterfamilie nicht besitzlos, nicht eigentlich proletarisch ist, daß man aus eigenem Grund und Boden und aus allerlei Quellen das Einkommen vermehrt. Aber das haben wir nicht zu untersuchen, sondern nur den notwendigen Bedarf und sein Verhältnis zum Lohn. Und dies Verhältnis zeigt sich, auch nach Schuler's außerordentlich niedrigem Bedarfsanschlag, äußerst ungünstig.

Eine Familie von 2 Personen würde nach unserer Rechnung im Jahr gerade 648 Fr. brauchen. Da aber Mann und Frau per Kopf doch mehr erfordern als den Durchschnitt einer Familie mit Kindern, so würde selbst ein kinderloses Ehepaar vom Lohn des Mannes allein kaum leben können.

Und das im Eldorado der Demokratie, dessen Arbeiterschutzgesetzgebung damals die fortgeschrittenste war, in einem Lande, wo

der Arbeiter weder durch das Gesetz noch durch eine Bureaukratie gedrückt wird und sich ganz ungehindert durch Assoziationen aller Art helfen kann, und wo tatsächlich die Arbeiterklasse sich in einer besseren Lage befindet, als in den meisten anderen Ländern.

L. Hermann (Lehrbuch der Physiologie, 10. Auflage, 1892) gibt (nach Voit) folgende Zusammenstellung der täglichen Nahrung annähernd normal ernährter Individuen in Gramm:

Individuum	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate	N	C	Autor
28 jähriger Arbeiter (70 Kilo)	137	72	352	19,5	283	Pettenkofer und Voit
Derselbe bei Arbeit	137	173	352	19,5	356	Pettenkofer und Voit
36 jähr. Dienstmann	133	95	422	21	331	Forster
40 jähr. Schreiner	131	68	494	20	342	„
Junger Arzt	127	89	362	20	297	„
Junger Arzt	134	102	292	21	280	„
Kräftiger alter Mann	116	68	345	—	—	„
Erwachsener, Normalration	130	—	—	20	310	Payen
Erwachsener, Normalration	119	51	530	18	337	Plaifair
Mann bei mittlerer Arbeit	130	40	550	20	325	Moleschott
Mann bei mittlerer Arbeit	120	35	540	19	331	Wolff
Soldat, leichter Dienst	117	35	447	18	288	Hildesheim
Soldat, im Felde	147	44	504	23	336	Mulder

Als Mittelwerte werden angegeben:

	Forster	Voit
Wasser	2945 9	—
Eiweiß	131.2	118
Fette	88.4	—
Kohlehydrate	392.3	—
Stickstoff	20.3	18.3
Kohlenstoff	312.2	328

Die letzteren 18.3 gr. N und 328 C könnten repräsentiert sein durch:

18,3 gr. N =		328 gr. C =	
Käse	272 gr.	Speck	450 gr.
Erbsen	520 „	Mais	801 „
Mageres Fleisch	538 „	Weizenmehl	824 „
Weizenmehl	796 „	Reis	896 „
Eier (18 Stück)	905 „	Erbsen	919 „
Mais	989 „	Käse	1160 „
Schwarzbrot	1430 „	Schwarzbrot	1346 „
Reis	1868 „	Eier (43 Stück)	2231 „
Milch	2905 „	Mageres Fleisch	2620 „
Kartoffeln	4575 „	Kartoffeln	3124 „
Speck	4796 „	Milch	4652 „
Weißkohl	7625 „	Weißkohl	9318 „
Weiße Rüben	8714 „	Weiße Rüben	10650 „
Bier	17000 „	Bier	13160 „

Nehmen wir nun die obige Ernährung mit:

750 gr. Schwarzbrot,
500 „ Kartoffeln,
100 „ Milch,
100 „ Speck

so ergibt sich ein Defizit von 45,3 gr. Eiweiß, wenn als normaler Mittelsatz des Eiweißes 131,2 gr. angenommen wird. Das kleine Defizit von Fett (88,4 Bedarf und 87,6 Zufuhr) wollen wir unberücksichtigt lassen.

Deckt man das Eiweißdefizit

mit Fleisch, so kostet es 42.4 Ct. (= 212 gr. Fleisch),
„ Käse, „ „ „ 16.7 „ (= 166 „ Käse),
„ Eiern[1]) „ „ „ 32.4 „ (= 3.6 „ Eiern).

Also die Nahrung pro Tag

mit Fleisch 52 + 42.4 = 94.4 Ct.,
„ Käse 52 + 16.7 = 68.7 „
„ Eiern 52 + 32.4 = 84.6 „

Runden wir die billigste Nahrung für arbeitende Leute bloß auf 70 Ct. ab, so braucht das Ehepaar im Jahre für Nahrung allein 511 Fr., die Kinder 219 Fr., das macht 730 Fr.

Ein vorzüglicher Züricher Arzt stellte mir folgende Daten zur Verfügung:

[1]) Das Ei zu 9 Cts. gerechnet.

Die Erhaltungskost muß für jedes Kilo Körpergewicht betragen: 1.7 gr. Eiweiß, 0.8 gr. Fett, 7.2 gr. Kohlehydrate.

Beispiel:

Mann von 40 Jahren, Größe 1.68 Meter, Gewicht 63.7 kg. Bedarf somit im Minimum, um nicht zu Grunde zu gehen, ohne Ersatz für Arbeitsverbrauch 108.3 gr. Eiweiß, 51 gr. Fett, 459 gr. Kohlehydrate.

Es enthalten:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate
750 gr. Schwarzbrot	64.0 gr. Eiweiß,	7.5 gr. Fett,	450.0 gr. Kohlehydrate,
500 „ Kartoffeln .	8.9 „ „	0.8 „ „	102.5 „ „
100 „ Milch . . .	3.3 „ „	3.6 „ „	4.9 „ „
100 „ Speck . . .	9.7 „ „	75.7 „ „	— „ „
	85.9 gr. Eiweiß,	87.6 gr. Fett,	557.4 gr. Kohlehydrate.

Es fehlen 22.4 gr. Eiweiß.

	Eiweiß,	Fett,	Kohlehydrate,
100 gr. rohes Ochsenfleisch enthalten:	21.39 gr.	5.19 gr.	—
100 „ Käse enthalten	27.16 „	30.43 „	2.53 gr.
1 Ei enthält	12.55 „	12.11 „	0.55 „

Um nur von Milch sich zu erhalten, müßte der Mann täglich 3,3 Liter trinken. Das würde, den Liter zu 20 Ct. gerechnet, 66 Ct. kosten.

Die Kosten der oben spezifizierten Minimalnahrung ohne Arbeitsleistung betragen nach Züricher Preisen per Tag

für Brot	25 Ct.
für Kartoffeln	5 „
für Milch	2 „
für Speck	20 „
Summa	52 Ct.

Das Billigste, um das noch fehlende Eiweiß zu ersetzen, ist Käse ordinärster Sorte. Mit diesem macht dann der Tagesbedarf 62 Ct., mit Fleisch 72, mit Eiern je nach der Jahreszeit etwa 68 bis 77 Ct.

Soweit der Arzt. Nehmen wir das Minimum für einen nicht arbeitenden Menschen mit 62 Ct. per Tag, so dürfen wir für ein schwer arbeitendes Ehepaar doch gewiß mindestens 1.40 Fr. annehmen. Geben wir ihm 3 Kinder und berechnen wir für diese keine andere Nahrung als 3 Liter Milch im Tag, so macht das 60 Ct. Eine solche kleine Familie, auf das allerknappste gerechnet (denn größere Kinder brauchen viel mehr), braucht also, nur um vegetieren zu können, bloß für Nahrung im Jahre 730 Fr. In der Wirklichkeit regelmäßig erheblich mehr.

Dabei ist aber immer noch außer Acht gelassen, daß die meisten Nahrungsmittel gekocht werden müssen und daß das Kochen auch Geld kostet.

Domela Nieuwenhuis teilt in einem Aufsatz der „Neuen Zeit" (1890—91, No. 24) mit, daß der Arzt und Sozialist César de Paepe (1841—1890) auf wissenschaftlicher Grundlage die Forderung aufstellte, eine Arbeiterfamilie von 6 Personen müsse täglich 4000 Gramm Brot und 1200 Gramm Fleisch haben, um normal genährt zu sein. Wenn der Preis des Brotes per Kilogramm 30 Pfennige beträgt (das ist auch der jetzige Preis in Zürich, wenn man das Mittel von Schwarz- und Weißbrot nimmt) und das des Fleisches per Kilogramm 1 M. 60 Pf., dann braucht die Familie nur für Nahrung ein Minimum von $4 \times 30 = 1$ M. 20 Pf. für Brot und 1 M. 92 Pf. für Fleisch, zusammen täglich 3 M. 12 Pf., wöchentlich 21 M. 84 Pf. — Das ist, notabene, viel zu wenig. Denn man kann doch nicht von Brot und Fleisch allein leben. — Wenn man dann Wohnung, Kleidung, Licht u. s. w. hinzufügt, dann kommt man auf ein Existenzminimum von 32 M., die also nur für die notwendigsten Bedürfnisse reichen. — Man sieht: es ist für die Nahrung allein ein höherer Prozentsatz ($68^1/_2$ Prozent) des Gesamtbedarfs angenommen, als bei Engel. Nach diesem würde der Wochenbedarf etwas über 35 M. ausmachen. Macht die Nahrung 50 Prozent, so der Gesamtbedarf 43.68 M. Der Jahresbedarf betrüge hiernach bei 32 M. per Woche 1664 M., bei 35 M. per Woche 1820 M., oder in Franken (100 M. zu 124 Fr. gerechnet) 2063 resp. 2257 (bei 50 Prozent Nahrung 2271 Fr.).

Ich glaube nicht, daß die Ansätze de Paepe's für Belgien und ähnlich situierte Länder zu hoch gegriffen sind, und zweifle, offen gesagt, nicht, daß fast unsere ganze Arbeiterklasse nicht die Mittel hat, sich eine gesunde und ausreichende Nahrung (viel weniger noch eine solche Wohnung) zu verschaffen, selbst bei höchst ökonomischer Verwendung des Einkommens, die der ganzen Sachlage nach fast unmöglich ist.

Wörishoffer nimmt (Jahresbericht der badischen Fabrikinspekt. für 1888) für eine gerade noch ausreichende und durchaus einfache Existenz einer städtischen Arbeiterfamilie von 5 Köpfen ein Erfordernis von 1300 M. an, also 1612 Fr., für 6 Personen würde sich dann der Bedarf auf 1934 Fr. berechnen. Nieuwenhuis, der Sozialist, fordert 2063 Fr. Nehmen wir das Mittel der beiden Zahlen, so werden wir sicher immer noch einen sehr bescheidenen,

ärmlichen Unterhalt herausbekommen. Auch Wörishoffer würde das kaum bestreiten. Das Mittel beträgt 1998 Fr. für eine Familie von 6 Personen; für 5 Personen ergibt sich also ein Existenzminimum von 1665 Fr. Diese Aufstellungen sagen, was mindestens sein sollte. Sehen wir nun dagegen zunächst an, was in Arbeiterhaushaltungen wirklich ausgegeben wird und werden kann.

§ 84. Arbeiter-Budgets.

„Es liegt uns", schreibt der „Zimmerer", „ein Budget von einer Zimmermannsfamilie in Leipzig vor. Diese Familie besteht aus drei Köpfen. Der Zimmerer gehört zu den Bestbezahltesten am Ort. Er hat auch das seltene Glück gehabt, 51 Wochen (!) im Jahre 1891 zu arbeiten. Für die Ehrlichkeit seiner Angaben übernehmen wir die volle Verantwortung. Wir lassen das Budget hier folgen:

Meine Einnahme und Ausgabe im Jahre 1891:

Einnahme:		
Arbeitslohn, 2597½ Stunden à 46 Pf.		1194.95 M.
Ausgabe:		
Nahrungsmittel	610.15 M.	
Wohnungsmiete	165.00 „	
Bekleidungsstücke	56.81 „	
Wirtschaftsgegenstände	38.38 „	
Heizungsmaterial	50.90 „	
Handwerkszeug	4.45 „	
Doktor und Apotheke	3.85 „	
Staats-, Kommunal- und Kirchensteuer	23.18 „	
Krankenkassenbeiträge	23.40 „	
Invaliden- und Altersversorgungskassen	7.80 „	
Vergnügen mit der Familie und Taschengeld für den Mann	165.65 „	
Vereinsbeiträge:		
a) gewerkschaftliche	10.90 „	
b) politische	9.10 „	
Literatur:		
1 Exemplar „Der Wähler"	7.65 „	
1 „ „Der Zimmerer"	3.60 „	
1 „ „Der wilde Jakob"	2.40 „	
Bibliothek	4.80 „	
		1188.02 M.
	Also	6.93 M."

(Entnommen aus dem Soz. polit. Centralblatt I. 469).

Da haben wir offenbar den Haushalt eines gebildeten, hochstrebenden, idealistischen, entsagungsfähigen Arbeiters vorliegen. Die täglichen Ausgaben für Nahrung betragen für die Person nur 55 Pf., und das in Leipzig, einer sehr teuren Stadt.

Und während Engel für eine Familie des Mittelstandes 55 Prozent der Gesamtausgaben auf die Nahrung rechnet, verbraucht unser Zimmermann nur 51 Prozent für dieses Bedürfnis und steht ganz nahe bei den „wohlhabenden" Familien, die (nach Engel) für Nahrung 50 Prozent ihres Einkommens ausgeben.

Die Zahlen von Engel sind allerdings, wenigstens für heute, falsch, aber zu dem Zweck, zu welchem wir sie hier verwenden, doch wohl ausreichend.

Auch die Ausgabe für die Wohnung ist sehr karg bemessen, und noch viel karger die für die Kleidung. Der Mann beschränkte seine Ausgaben für notwendige Bedürfnisse auf's äußerste, um für andere etwas übrig zu haben. Das „Vergnügen" kostet ihm 165 M., aber er versteht darunter offenbar auch jedes Glas Bier und jede Pfeife Tabak, vielleicht auch edlere Genüsse, für die man sich das Geld vom Mund absparte.

Mancher wird sagen: Das Vergnügen, sei es von was immer für einer Art, gehört nicht zum notwendigen Unterhalt.

Aber wenn man es nur durch Einschränkung des Notwendigen erlangen kann?

Und dann: kann der Mensch, kann eine ganze Klasse von Menschen überhaupt auf die Dauer ohne alles Vergnügen leben? und kostet, besonders in der Stadt, nicht jedes Vergnügen Geld?

Aber Vereine? aber Zeitungen? Gehören diese auch zum notwendigen Unterhalt? Als der Arbeiter noch keine politischen Rechte hatte und auch keine Schule besuchte, brauchte er in der Regel keine Vereine und niemals Lektüre.

Wenn Ihr aber von ihm verlangt, daß er mindestens als Wähler in öffentlichen Angelegenheiten mit entscheide, und wenn Ihr ihn in eine Lage gebracht habt, daß er mit seinesgleichen zusammen seine Interessen Euresgleichen gegenüber wahren muß, sofern sie überhaupt ein wenig gewahrt werden sollen, so gehören Vereine und Zeitungen allerdings nicht zu seinem notwendigen Unterhalt, wohl aber zu seinen notwendigen, von Euch selbst gesetzten Bedürfnissen. Und daß ein Mensch, den Ihr zwingt, in der Schule lesen zu lernen, dann auch lesen will und ein Recht dazu hat, etwas zu lesen, das ist doch auch selbstverständlich und

es ist höchst ehrenvoll für den Arbeiter und schließlich recht nützlich und notwendig für den Bestand der Gesellschaft, daß er auch wirklich etwas liest, mag es auch zeitweilig etwas verkehrtes Zeug sein.

Würde sich der Zimmermann in Leipzig mit seiner Familie etwas besser, lange noch nicht gut, genährt haben, so hätte er für Vergnügen und Lektüre überhaupt kein Geld gehabt.

Hätte die Familie aus vier Personen bestanden, so wäre es auch mit Vergnügen, Verein und Lektüre aus gewesen, trotz schlechter Ernährung. Wären es gar (Normalfall!) ihrer fünf oder sechs gewesen, so hätten sie nach jedem beliebigen Maßstabe positiv Not gelitten.

Dasselbe wäre schon bei dreien eingetreten, wenn der Zimmermann mehrere Wochen arbeitslos gewesen wäre.

Und da haben wir nun einen der bestbezahlten Arbeiter der üppigen Stadt Leipzig vor uns, wo es an Vergnügungen und Verlockungen und an Bildern schwelgerischen Reichtums und Genusses keineswegs fehlt.

Prof. Herkner macht in den „Deutschen Worten“ 1892, 1. Heft, Mitteilungen aus dem im Auftrag des Großherzoglichen Ministeriums des Innern von L. Wörishoffer, Vorstand der badischen Fabrikinspektion, 1891 herausgegebenen Werke „Die soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim und dessen nächster Umgebung“. Wir entnehmen daraus für unseren Zweck folgendes.

Bezeichnet man einen Wochenverdienst von weniger als 15 M. als niedrig, einen solchen von 15—24 M. als mittleren und einen solchen von mehr als 24 M. als hoch (!), so fallen in die erste Gruppe 30 %, in die zweite 50 %, und in die dritte 20 % der gesamten Mannheimer Fabrikarbeiter, wobei bemerkt werden muß, daß die Mannheimer Fabrikindustrie einen ununterbrochenen Aufschwung zeigte und daher die Lage ihrer Arbeiter eine ganz exzeptionell günstige war.

Kleingewerbliche und ungelernte Arbeiter hatten an der Gunst der Lage und der Lohnhöhe keinen Anteil und von den Arbeitern, nach denen wenig Nachfrage war, gehörten 99 % der niedrigsten Lohnstufe an, die Mehrzahl mit einem Wochenverdienst von weniger als 8 M. Trotz der außergewöhnlich hohen Löhne der Fabrikarbeiter ist ihre Lage erbärmlich, weil meist nur der Mann allein erwirbt und sein (hoher!) Lohn für eine Familie eben nicht ausreicht, obwohl jedermann in der Welt im allgemeinen zugibt, daß

in einem normalen, sittlichen, vernünftigen Zustand die Frau zur Führung des Haushalts und zur Pflege und Erziehung der Kinder in's Haus und nicht auf den Arbeitsmarkt gehöre.

Beispiele:

1. Der Mann, in der Metallindustrie tätig, 39 Jahre alt (also in besten Kräften, wenn man Arbeiter wie andere Menschen taxieren darf), hat einen Wochenverdienst von 21,50 M. Sie haben 4 Kinder im Alter von 1—7 Jahren. Sie bewohnen ein Zimmer mit Alkoven und Küche für 16 M. im Monat. Die Familie schläft in dem großen Alkoven und benutzt nur untertags das Zimmer, das noch an einen Arbeiter vermietet ist.

   Es wird dreimal wöchentlich 1/2 Pfund Fleisch gegessen, welches Mann, Frau und die zwei größeren Kinder zusammen teilen. Im übrigen wird von Kaffee, Kartoffeln und etwas Mehlspeisen gelebt. Die Einnahmen decken gerade die Ausgaben.

   Selbst wenn heranwachsende Kinder etwas zum Unterhalt der Familie beitragen, ist die Lebensweise noch recht armselig.

2. Ein fünfzigjähriger Zementmüller in einer Portland-Zementfabrik bezieht 21 M. Wochenlohn. Es sind 6 Kinder vorhanden im Alter von 2 1/2—21 Jahren. Der älteste Sohn und zwei Töchter von 14 und 16 Jahren tragen zusammen 20 M. per Woche zum Unterhalt der Familie bei. Die Familie bewohnt drei Zimmer. Sonntags wird von den acht der Mehrheit nach erwachsenen Personen 3/4 Pfund Fleisch genossen. In der Woche zweimal 1/2 Pfund Fleisch oder Wurst. Im übrigen besteht die Nahrung aus Brot, Kartoffeln und Mehlspeisen. Man kommt gerade aus.

   Die Schulden bestehen nur in dem, was von einem Zahltag zum andern auf Kredit genommen wird. Ehe die Kinder mitverdienten, ging es sehr knapp zu und es mußte oft selbst an der Nahrung abgebrochen werden.

   In welche schreckliche Lage ein Arbeiter kommt, wenn ihm die Frau stirbt, ehe die Kinder erwachsen sind, zeigt folgendes Beispiel.

3. Der Vater, 36 Jahre alt, ist Magazinarbeiter in einer Tabakfabrik mit 16.20 M. Wochenlohn. Seine 5 Kinder stehen im Alter von 2—12 Jahren. Er wohnt 5 Kilometer vom

Arbeitsplatz entfernt. Zwei Zimmer mit Küche kosten in dem Dorfe 96 M. per Jahr. Er geht den Weg täglich zu Fuß. Das kleinste Kind ist untertags im Waisenhaus, die übrigen besuchen die Schule und holen das kleinste zum Mittagessen ab. Das zwölfjährige Mädchen kocht nach der Schule für die Geschwister mit Hilfe der Hausleute. Der Vater kommt nur abends nach Hause. Es geht dürftig zu. Während der Woche wird kein Fleisch gekocht. Der Mann lebt untertags von Brot, etwas Käse oder Wurst und 1—2 Glas Bier. Trotz der Einschränkung wird immer die Grenze der Überschuldung gestreift.

Von 28 Familien, deren Ernährung genau untersucht worden ist, nahmen nur drei die für eine gute (d. h. wohl ausreichende) Ernährung erforderlichen Mengen von Eiweißkörpern, Fetten und Kohlehydraten auf. Namentlich Fette und Eiweißkörper wurden in viel zu geringer Quantität konsumiert. Nicht selten sinken aber sogar die Kohlehydrate unter das Maß, das zu einer physiologisch guten Ernährung erforderlich ist.

Man sieht: diese Arbeiter leiden, bei „ausnehmend vorteilhaften Lohnverhältnissen", mit ihren Familien an einem chronischen Verhungern, und dabei werden wir ausdrücklich versichert, daß nicht etwa „unwirtschaftliche Verwendung des Verdienstes" an diesem kapitalistischen Elend Schuld sei.

Nach den Ausführungen des Pastors Dr. H. Borchhard in Ummendorf („Zur Lage der ländlichen Arbeiter im Magdeburgischen", abgedruckt im „Archiv für Landes- und Volkskunde der Provinz Sachsen" 1892) braucht eine Landarbeiterfamilie, um die kümmerlichsten, von ihm zusammengestellten Haushaltsausgaben zu decken, „bei großer Sparsamkeit" eine Geldeinnahme von 800 M. Der Mann verdient aber nach ihm in 80 Akkordtagen (à 2 M.) 160 M., ferner in 220 Tagen (à 1,50 M.) 330, im ganzen also 490 M. Dazu kommt die Arbeit der Frau mit zwei Kindern, die nicht mehr als 120 M. einbringt. Das macht im ganzen 610 Mk. und es fehlen noch 190 vom „absolut notwendigen Bedarf".

Was eine solche Arbeiterfamilie sonst noch erwirbt, ist nicht recht deutlich. Wir hören, daß die Leute, trotz ihrer langen Arbeitszeit, einen Teil ihres Bedarfs mit weiterer eigener Arbeit zu Hause produzieren müssen, um auf ihren kümmerlichen Lebensunterhalt zu kommen. Vom Herrn erhalten sie ½ Morgen bestelltes Land, jedoch für eine Pacht von 24 M. Sie ziehen ein

Schwein auf und bauen sich wohl Kartoffeln und Gemüse. Es ist ihnen allem Anschein nach früher, bei vorwiegender Naturallöhnung, besser gegangen.

Ein alter Amtsrat, so erzählt Borchhard, liefert noch nach alter Weise große Quantitäten von Naturalien, die nach den auf den dortigen Dörfern im Kleinverkauf geltenden Preisen einen Geldwert von mindestens 1000 M. repräsentieren. Dazu in Geld 200 bis 270 M., also im ganzen 1200—1270 M. Arbeitslohn per Familie.

Jedenfalls war die Durchführung des rein kapitalistischen Betriebes, der sich alsbald nach den billigsten, wandernden Arbeitskräften umsah, mit denen er keine irgendwie dauernde Verbindung eingehen mußte, für die ansässigen Arbeiter zunächst und bis auf weiteres verderblich.

„Früher hielten sich die kleinen Leute Ziegen, die Kinder suchten Kraut, holten Laub aus dem Walde, gingen auf die Stoppeln, und bekamen auch so viel Stroh, als sie brauchten. Heute fällt dies alles fort; nur wenige der kleinen Leute sind in der Lage, sich eine Ziege zu halten." Der Milchkonsum der Leute ist daher sehr zurückgegangen. Fleisch ist eine Seltenheit. „Früher baute sich der Arbeiter Flachs und machte sich sein alltägliches derbes Zeug selbst. Auf dem Lande, das die Leute zu Kartoffeln bekommen, können sie keinen Flachs bauen, und gutes Land bekommen sie nicht." „Zu den notwendigsten Lebensbedürfnissen der hiesigen ländlichen Arbeiterfamilien gehört Kaffee. Kaffee trinken sie morgens und abends. Kaffee nehmen sie auf's Feld, Kaffee in die Fabrik. Eine Arbeiterfamilie von 5 Personen braucht monatlich ein Pfund gebrannten Kaffee zu 1,60 M. und wöchentlich ein Päckchen Zichorien zu 5 Pfennig." Gewiß ein köstliches Getränk! Zu all dem Kaffee gebraucht die ganze Familie im Jahr nur für 6 M. Zucker! — Weiter nach Osten zu gibt es noch größeres Elend, das die Leute nach Sachsen treibt, wo es ihnen viel besser geht als zu Hause (entnommen aus „Neue Zeit" 1891—92, I. Band, S. 786 ff.).

Der Pfarrer Dr. E. Hofmann veröffentlichte im zweiten Quartalheft 1892 der Zeitschrift für schweizerische Statistik „Zwei Haushaltungsbudgets aus dem Kanton Thurgau". Durch Zufall kam er in den Besitz zweier Haushaltungsbücher, die aus eigenem Antrieb über die gleiche Periode vom 1. Januar bis 31. Dezember 1891 geführt wurden. Das eine betrifft einen akademisch

gebildeten Beamten, der seit zwei Jahren verheiratet ist und ein Kind hat. Sein Einkommen beträgt 5250 Fr., seine Ausgabe 4759 Fr. Die Leute leben sehr zurückgezogen und sparsam und verbrauchen für Nahrung und Getränke nahezu 37 Prozent ihrer Ausgaben. Das Detail dieses Haushalts interessiert uns nicht. Wer die Schweiz kennt, wird wissen, daß auch eine kleine und kleinste Familie mit einem Einkommen von 5000 Fr. sich sehr in Acht nehmen muß.

Das andere betrifft einen Arbeiter. Er ist Packer in einer Weberei, hat einen festen Taglohn von 3.25 Fr. In 305 (!) Arbeitstagen verdiente er 991.25 Fr. Die Frau arbeitet als Weberin in Akkord und verdiente in 255 Arbeitstagen 605.50 Fr. Sie ist äußerst fleißig, strengt ihre Kräfte in der Fabrik auf's höchste an, und will dennoch die Zeit am Abend noch durch hausindustrielle Betätigung ausfüllen. Sie hat deshalb das „Fädeln" erlernt. Die Leute haben ein Kind und sind ebenfalls seit zwei Jahren verheiratet.

Ihr Arbeitseinkommen beträgt zusammen	1596.75 Fr.
Dazu kommen Neujahrsgeschenke . . .	29.— Fr.
und der Jahreszins von 200 Fr. . . .	8.— Fr.
sowie ein Beitrag der Krankenkasse für die Frau von	20.— Fr.
Summa	1653.75 Fr.

Die 200 Fr. sind Ersparnisse des Mannes aus früherer Zeit. Die Leute leben sehr ordentlich und zurückgezogen. Der Mann verbringt die Abende stets zu Hause, wo er sich mit Lesen beschäftigt. Nur Sonntags gestattet er sich einige Glas Bier, die er auf kleinen Spaziergängen genießt. Die moralische Haltung der Ehegatten wird als musterhaft in jeder Hinsicht bezeichnet.

Die Ausgaben betrugen 1624.84 Fr. Davon entfielen auf Nahrung 708.80 Fr. = 43.6% der Gesamtausgabe. Nach den Angaben der Hausfrau wurden durchschnittlich 5 Pf. Schwarzbrot zu 16 Ct. im Tag konsumiert. Das macht im Jahre 292 Fr. Ferner wurden täglich c. 3 Liter Milch verbraucht, das macht im Jahre 175.20 Fr. Für 300 Pf. Äpfel wurden 24 Fr. ausgegeben. Von Kaffee wurden 26 Pf. à 1.30 Fr. verbraucht.

Das macht alles zusammen 525 Fr. Es bleiben also noch für alle übrigen Nahrungsmittel 183.80 Fr., eine höchst niedrige Summe, die, wie das Referat in der N. Z. Z. sagt, „wohl die Behauptung ohne weiteres rechtfertigt, daß die Ernährungsweise dieser Familie eine unzureichende sei". Die Frau selbst teilte mit, daß mehrere Tage in der Woche die drei Hauptmahlzeiten aus Milch, Kaffee und Brot bestanden. Mann und Frau nehmen für das zweite Frühstück und für die Vesper jeweils ein Stück Brot in die Fabrik mit.

Für Getränke verbrauchten die Leute 69.50 Fr. oder 4.4% der Gesamtausgaben, was nach schweizerischen Gewohnheiten als ein Beweis ungewöhnlicher Sparsamkeit und Nüchternheit angesehen wird. Die Wohnung war billig, das „Hauswesen", worunter hauptsächlich die Wohnung verstanden wird, machte 20.9% der Ausgaben, die Kleidung (146.87 Fr.) 9.2%. Die übrigen, kleinen Posten betreffen „psychische Bedürfnisse" (2.7%), Vergnügen (6.4%), Reinlichkeit und Körperpflege (1.5%), Krankenpflege und Geburtshilfe (1.9%), Versicherung (1.9%), Steuern (1.4%), persönliche Dienstleistungen (4.4%), Verschiedenes (1.7%).

Pfarrer Hofmann meint, dieser Haushalt sei von hoher Bedeutung, weil er zeigt, welche Summe eine kleine Familie unter den glücklichsten Umständen bedarf, um ihren Bedürfnissen im bescheidensten Umfang zu genügen. Obwohl der Hausvater zu den verhältnismäßig gut bezahlten Arbeitern gehört, so wäre er doch ohne das Arbeitseinkommen seiner Frau auf keine Weise im Stande, seine Familie zu erhalten, nicht einmal in der kümmerlichsten Weise. „Aus den jeweiligen Abschlüssen am Ende der einzelnen Monate blickt uns die düstere Frage entgegen: wie werden sich wohl im künftigen Jahre die Ausgaben und Einnahmen zu einander verhalten? Über dem ganzen Buch lagert, wie ein dunkler Schatten, die Angst vor der Zukunft."

Wir haben es hier mit Mustermenschen zu tun. Sie haben alle guten Eigenschaften, die man unter den Gebildeten preist. Sie haben sogar geistige Bedürfnisse. Soll man ihnen das etwa verargen? Und bei alledem kommen sie in's Elend, wenn eine, in unserer Wirtschaft ganz normale, Zeit der Arbeitslosigkeit eintritt, oder wenn eine größere, ebenfalls normale Kinderzahl erscheint. Und sie nähren sich auch ohnedies schon erbärmlich, obwohl die Frau fast 38% des gesamten Arbeitseinkommens aufgebracht hat.

Und so etwas ist schon eine exzeptionell günstige Situation für eine Arbeiterfamilie!

Dr. Adolf Braun untersuchte mit großem Fleiß und Geschick für das Jahr vom ersten Februar 1899 bis zum 31. Januar 1900

44 Haushaltungsrechnungen von Nürnberger Arbeitern, die, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, den besser und bestgestellten Schichten der Arbeiterbevölkerung Nürnbergs angehörten. Das soziale Resultat seiner Untersuchungen zeigt sich deutlich genug in folgenden Sätzen (S. IX): „Sehen wir bei den (untersuchten) Arbeiterfamilien mit 1200 bis über 2000 M. Schmalhans als Küchenmeister, sehen wir da bei noch so genauer Prüfung das fast vollständige Fehlen von ‚unnötigen‘ Ausgaben, die irgendwie als Luxusausgaben betrachtet werden können, sehen wir nur eine sehr geringe Summe aufgewendet für Pflege des Geistes und Gemüts, so kann man daraus schließen, wie es den vielen zehntausenden Arbeitern in Nürnberg mit einem Lohne von 14 und 16 Mark die Woche und den tausenden mit geringeren Löhnen, die aber nie für das ganze Jahr sicher sind, also Haushaltungen mit 700—800 M. Jahreseinkommen geht, dem Heere von ungelernten Arbeitern, den Bauhilfsarbeitern, den Bleistiftarbeitern, Bäckern, Friseuren, Gärtnern, Tabakarbeitern, Handelshilfsarbeitern, den niedrigen Angestellten der Post u. s. w. Hierzu kommen noch viele Arbeiterinnen, die mit ihren noch weit niedrigeren Löhnen für die Kosten eines Haushalts aufkommen müssen. Man hat ja bloß nötig, an die Höhe des örtlichen Tagelohnes in Nürnberg zu erinnern, der zur Zeit unserer Erhebung 2 M. 20 Pf. pro Tag, demnach für 300 Arbeitstage 660 M. betrug und nach Abschluß unserer Erhebung auf 2 M. 90 Pf., somit auf 870 M. pro Jahr festgesetzt wurde. Gerade die schlechtest gestellten Arbeiterkategorien haben zumeist keine dauernde Beschäftigung, sie verdienen demnach nicht einmal ihre elenden Wochenlöhne durch das ganze Jahr.“

Bei den Personen, deren Haushaltungen untersucht wurden, war meist volle Beschäftigung während des ganzen Jahres vorhanden und die Erhebungen erstreckten sich auf eine Periode höchster Blüte der Nürnberger Industrie. Ferner ist zu betonen, daß unter den verheirateten Arbeitern (drei von den 44 waren ledig, einer Witwer) sehr wenige waren, die lediglich aus ihrem eigenen Arbeitseinkommen den Unterhalt der Familie bestreiten konnten. Das Lohneinkommen der Frau beträgt in je einem Falle 41.0, 37.72, 27, 22.32% vom Gesamteinkommen, in je 5 Fällen 10—15 und 15—20% in 3 Fällen 5—10, in 9 Fällen bis 5% In einem Fall konnte es nicht ausgeschieden werden und nur in 11 Fällen ist ein direktes Lohneinkommen der Frau nicht nachweisbar. Doch steckt viel Frauenarbeit in den „anderen Einnahmen“ aus Aftermiete, Kostgängern, Kostkindern u. s. w. Mehr als die Hälfte der Fälle überhaupt und weit mehr als die Hälfte der Haushaltungsrechnungen der Verheirateten hatten wesentliche Einnahmen aus Aftermiete und dgl.

Nach Braun's Überzeugung „werden die Arbeiter alles tun, um menschenwürdige Löhne zu erringen, um mit ihren Löhnen die ganze Familie zu erhalten, um ihre Frauen aus der Lohnsklaverei zu befreien, sodaß ihren Kindern bessere Erziehung und Aufsicht zu teil werden kann, um ihr eigenes Heim angenehmer und freundlicher zu gestalten“. Sie schwärmen also offenbar nicht für die „Emanzipation“ und „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ der Frau, sie sind zu erfahren dazu und zu wenig doktrinär.

Wir wollen noch bemerken, daß — soweit Daten vorhanden sind — im Durchschnitt auf eine Arbeiterfamilie pro Tag nicht ganz 251 Gramm, also ein halbes Pfund Fleisch kamen, sicher nicht vom besten, und dies in Haushaltungen, deren Einkommen weit über dem durchschnittlichen der Nürnberger Arbeiter stand.

Um einen tieferen Einblick in die Arbeiterverhältnisse zu gewinnen, hat der Gewerbeaufsichtsbeamte des 3. Bezirks in Württemberg eine Anzahl Personen über ihr Haushaltungsbudget befragt, aus dem sich der Gesamtverbrauch, sowie die Wohnungs- und Nahrungsverhältnisse am besten ersehen lassen. Der Beamte berichtet darüber im Jahresbericht für 1898 wie folgt (Soz. Pr. VIII. 844):

1. Ein verheirateter Flaschner (Fabrikarbeiter aus Biberach) mit Frau und 5 Kindern, wovon das älteste 12 Jahre alt ist, hat eine Wohnung mit 3 Zimmern, einen wöchentlichen Verdienst von 19.20 M., wozu er noch als Diener einer Kasse in der Woche 1.05 M. erhält, zusammen 20.25 M.; Jahresverdienst bei ununterbrochener Beschäftigung 1053 M. Davon werden wöchentlich verausgabt: für Hauszins 3.40 M., Speisen und Getränke 11 M., Kleider und Schuhe 1.50 M., Brennmaterialien 1.10 M., Verschiedenes 3.50 M., davon allein 1.71 M. für freiwillige Krankenversicherung, Schulgeld und Steuern. Das Defizit von 25 Pf. soll durch zeitweise Einschränkung obiger Ausgaben oder durch Überzeitarbeit gedeckt werden.

Wie nähren sie sich?? Nehmen wir von dem Betrag für Speisen und Getränke 1 Mark für Getränke weg, so trifft für Speisen auf den Kopf der Familie per Woche 1.43 M., per Tag

$20\frac{3}{7}$ Pfennige. Zehn Mark per Woche sind für zwei Personen wenig genug und hier sollen sieben davon leben! Und was alles gehört außer Nahrung, Kleidung, Obdach und Brennmaterialien noch zum Leben eines heutigen Menschen! Dafür haben die sieben zusammen 1.79 M. per Woche. Man betrachte das Budget genau und überlege sich die einzelnen Posten und das Ganze, so wird man einen Begriff bekommen, was Elend und Entbehrung eines ordentlichen, fleißigen Arbeiters heißt und wie leichtfertig die Nationalökonomen vorgehen, wenn sie den notwendigen Unterhalt bei den Arbeitern im Durchschnitt als selbstverständlich voraussetzen oder gar schmunzelnd von der heutigen befriedigenden Lage der Arbeiterklasse sprechen und von den ungeheuren Fortschritten, die „wir" gemacht haben.

2. Ein verheirateter Zementarbeiter aus Ulm mit Frau und zwei noch schulpflichtigen Kindern hat eine Wohnung von zwei Zimmern, wovon das eine an einen Schlafgänger mit der Einschränkung abgegeben ist, daß der Knabe mit diesem im selben Zimmer schlafen darf. Der Mann verdient per Woche durchschnittlich 17 M., die Frau als Monatsfrau mit täglich $2\frac{1}{2}$stündiger Beschäftigung 2.25 M., zusammen 19.25 M., Jahresverdienst bei ununterbrochener Beschäftigung 1001 M. Es werden wöchentlich verausgabt: für Hauszins 3.85 M., für Speisen und Getränke 14 M., für Kleider und Schuhe 2.88 M., für Brennmaterialien 1.15 M., für Wäsche, freiwillige Krankenversicherung, Vereinsbeiträge u. s. w. 58 Pf. Das Defizit wurde gedeckt aus Überstunden des Mannes und aus den Einnahmen für die Schlafstelle.

Nehmen wir 2 M. für Getränke an, so kommt für Nahrung auf den Kopf der Familie der ganz ungenügende Betrag von 43 Pf. Schulpflichtige Kinder essen soviel wie Erwachsene, wenn sie es bekommen können.

Ohne die Nebenbeschäftigung der Frau könnte die Familie offenbar gar nicht auskommen.

Auch hier ist der letzte Posten besonders charakteristisch. Für allerlei nicht voll spezifizierte Bedürfnisse wendet die Familie per Woche 58 Pf. auf! Das Wohnungsverhältnis ist erbärmlich.

3. Ein verheirateter Instrumentenmacher aus Ulm mit Frau und 5 Kindern, wovon eines erwachsen, hat eine Wohnung mit 2 Zimmern nebst Kammer und Zubehör. Er verdient wöchentlich 27 M., die Frau näht zu Hause für eine Hutfabrik und verdient wöchentlich 2 M. Gesamteinkommen 29 M., Jahreseinkommen

bei ununterbrochener Beschäftigung 1508 M. Davon werden wöchentlich verausgabt: für Hauszins 3.85 M., für Speisen und Getränke 15 M., für Kleider und Schuhe 3.85 M., Brennmaterialien 96 Pf., Verschiedenes 2.88 M. Es ergibt sich ein wöchentlicher Überschuß von 2.46 M. Rechnet man für „Speisen" allein 13 M., so kommen per Tag auf den Kopf der Familie $26\frac{1}{2}$ Pf.! Rechnet man 14 M., so kommen auf den Kopf per Tag $28\frac{1}{2}$ Pf. Rechnet man zu den 14 Mk. auch noch den „Überschuß" von 2.46 M. hinzu, so trifft für Nahrung auf den Kopf per Tag $33\frac{4}{7}$ Pf. Man versuche sich damit zu ernähren! Man frage einen Physiologen von Verstand, ob damit das nötige Eiweiß etc. beschafft werden kann. Man beurteile danach den „Überschuß"! Der ist in der Tat „vom Munde" und von der Gesundheit abgespart. Welche Kraft der Entsagung muß in solchen Menschen immerfort wirksam sein!

4. Ein Zigarrenmacher aus Heidenheim mit Frau und 6 Kindern, von denen 5 verdienen, hat einschließlich des Verdienstes der Kinder eine wöchentliche Gesamteinnahme von 40—50 M. (sie schwankt wegen der Akkordarbeit). Jahresverdienst bei ununterbrochener Beschäftigung 2080—2600 M. Die Wohnung besteht aus 3 Zimmern, Küche, Holzraum, dazu Garten. Wöchentlich werden verausgabt: für Hauszins 3.20 M., für Speisen und Getränke 20 M., für Kleider und Schuhe 5 M., Brennmaterialien 2 M., Verschiedenes 5 M., z. B. Taschen- und Sonntagsgeld. Die hier verzeichneten Ausgaben machen zusammen 35.20 M.

Der Fall ist ein ganz außerordentlicher. Acht Personen, von denen sechs verdienen! Sie leben offenbar mit unheimlicher Sparsamkeit. Für die Wohnung geben sie absolut weniger aus, als alle früheren. Die Mieten mögen allerdings billiger sein als in Ulm und Biberach.

Rechnen wir für Getränke 4 M. per Woche ab, so kommt auf den Kopf per Tag für Nahrung $28\frac{4}{7}$ Pf. Bei 40 M. per Woche ersparen sie zusammen 4.80 M. Würden sie das zur Nahrung schlagen, so kämen per Tag auf den Kopf $37\frac{1}{7}$ Pf., immer noch erbärmlich und sicher ungenügend. Bei 50 M. Wochenverdienst kämen auf die Person für Nahrung täglich 55 Pf., was selbst nach der Rechnung des schweizerischen Fabrikinspektors Schuler (55 Ct.) nicht zu viel wäre, da wir es hier — mit einer einzigen Ausnahme — mit herangewachsenen, arbeitenden Leuten, wahrscheinlich mit gar keinem ganz kleinen Kinde zu tun haben. Wie

diese und alle Vorhergehenden sich das Jahr durch mit Kleidern und Schuhen behelfen, ist bei den dafür ausgesetzten Beträgen schwer zu denken.

5. Ein verheirateter Taglöhner einer großen Textilfabrik in Heidenheim mit Frau und 6 Kindern, von denen keines verdient, hat einen wöchentlichen Verdienst von 13.20 M., ein eigenes Häuschen, auf welchem eine Schuld von 1800 M. zu $4^1/_2$ % zu verzinsen ist. Jahresverdienst bei ununterbrochener Beschäftigung 686.40 M. Wöchentlich werden verausgabt: Für Hauszins (Zins von 1800 M. zu $4^1/_2$ %) 85 Pf.[1]), Speisen und Getränke 13.30 M., Brennmaterialien 75 Pf., Verschiedenes 30 Pf. Die Ausgaben für Kleider werden als dem Einkommen entsprechend berechnet, das Defizit soll durch Überzeitarbeit, wozu die Fabrik reiche Gelegenheit bietet, ferner durch Aufnahme von Mietsleuten gedeckt werden.

Das sind die Angaben eines verschämten Hausarmen, der keinen klaren Einblick in sein Elend gestatten will.

Diese Ausgaben betragen, wenn man den Hauszins rektifiziert, schon 15.90 M. Der ganze Verdienst ist kleiner als die einzige Ausgabe für Speisen und Getränke. Was man mit 30 Pf. per Woche anfangen will, wenn damit alle Bedürfnisse außer Wohnung, Nahrung und Heizung gedeckt werden sollen, ist unfindbar. Wenn der Mann sich und seine Familie seinem Einkommen gemäß kleiden will, so müssen die Leute nicht nur nackt gehen, sondern auch einige Stücke ihrer Haut verkaufen. Hätten ihm Überarbeit und Mietsleute schon etwas eingetragen, so hätte er das ja angeben können. Wahrscheinlich ermöglicht nur private Wohltätigkeit seine Existenz.

Eine leidige Tatsache ist überdies, so fährt der Beamte in seinem Berichte fort, „daß mit Schulden belastete Arbeiterfamilien von dem ihnen bei Bäcker, Metzger und sonstigen Geschäftsleuten für den Anfang eröffneten Kredit einen ausgiebigen Gebrauch machen, um schließlich, wenn das nicht mehr geht, den Platz zu verlassen oder dem Gerichtsvollzieher oder der öffentlichen Unterstützung anheimzufallen“.

Durchbrennen und Bettelpfennig! Dazwischen hat also der „hochentwickelte“ Arbeiter am Schluß des 19. Jahrhunderts, in welchem sich der Volksreichtum ungeheuer vermehrte, in dem in den letzten Dezennien mit Riesenschritten voraneilenden Deutschland zur Zeit eines glänzenden Geschäftsgangs die Wahl. Da darf man sich nicht wundern, wenn die Nationalökonomen mit Leichtigkeit beweisen, daß der Arbeiter ungeheure Fortschritte machte, viel größere sogar als der Kapitalist. Besser kann es ihm niemals gegangen sein. Denkt man an die in unserer Wirtschaft immer wiederkehrenden Zeiten der Arbeitslosigkeit, der sinkenden Löhne und steigenden Lebensmittelpreise, sowie an allerlei Unglücksfälle, die in den Arbeiterfamilien häufig genug vorkommen, so erscheint das moderne Arbeiterglück in immer schönerem Lichte.

[1]) Der Zins macht 1.55 M., nicht 85 Pf.

„Einen Einblick in das Erwerbsleben der Hausindustriellen, wie es im Oberland von Württemberg noch anzutreffen ist, gewährt folgendes Bild: In Mengen, Oberamt Sulgau und Umgegend, werden für schweizerische Firmen Gardinen in der Hausindustrie verfertigt. Eine 35jährige Heimarbeiterin aus einem eine Stunde entfernten Ort hat 3 Kinder und einen 70jährigen Vater so gut wie ausschließlich zu versorgen. Außer der Besorgung der Haushaltung bleiben der Frau 8 Stunden für die Heimarbeit, in welcher Zeit sie normal 30 Pf. (!), und wenn es besonders lohnende Arbeit ist, 40 Pf. verdienen kann. Diese in Gegenwart des Geschäftsleiters der dortigen Gardinenstickerei (Ablieferungsstelle) gemachten Angaben sind von diesem unwidersprochen geblieben.“

Bei diesen erschütternden Bildern aus dem Leben moderner Arbeiter erinnert man sich unwillkürlich des wunderlichen Ausspruchs des bekannten „Arbeiterfreundes“ Prof. Victor Böhmert: „Die Armut rührt weit öfter von zu großer Konsumtion, als von zu geringer Produktion her“ (Zeitschrift des sächs. statist. Bureau's, 1876. III. und IV. S. 284). Der Satz ist vielleicht richtig, wenn man ihn so auslegt: die Arbeiter produzieren reichlich genug, so daß niemand arm zu sein brauchte; aber die Nicht-Arbeiter konsumieren soviel, daß die Arbeiter nichts zu beißen haben. Der große Nationalökonom und Philanthrop Böhmert freilich dürfte der Meinung sein, daß das Einkommen der Arbeiter deswegen so erbärmlich ist, weil sie — zu üppig leben, was nun allerdings so tief gedacht ist, daß ein gewöhnlicher Sterblicher nicht mitkommen kann. An derselben Stelle findet es übrigens Böhmert notwendig, diejenigen zu beruhigen, die da glauben sollten, daß der Fabriklohn im allgemeinen „zu hoch“ sei[1]) und die Arbeiter zu übermäßiger Konsumtion verführe. Nur für die jungen Leute treffe

[1]) Im Jahre 1876! Man sieht, daß es schon vor einem Vierteljahrhundert gelehrte Leute in Deutschland gab, die mit der Lage der Arbeiter außer-

das zu. Glückliche junge Leute! Sie werden das Hungern bald erlernen, wenn sie töricht genug sind, sich zu verheiraten.

Vergleichende Zusammenstellung der Existenz-Minima.

	Wenn man den Nahrungsbedarf berechnet zu 62 Prozent des Gesamtbedarfs, so beträgt dieser per Jahr für eine Familie von 5 Personen in Franken	à Person	50 Prozent	à Person
Nach dem Anschlag der statist. Kommission des schweiz. Arbeiterbundes	2178	436	2701	540
nach Schuler	1618	324	2007	401
nach Nieuwenhuis (1719 Fr. nach seiner eigenen Berechnung, wobei die Nahrung mit $68\frac{1}{2}$ % des Gesamtbedarfs angenommen ist)	1892	378	2346	469
nach Wörishoffer	1612	322	1999	400

Die beiden Beamten kommen sich also außerordentlich nahe. Die Sozialisten weichen erheblich von einander ab, und es ist wohl begreiflich, daß ein Parteikomitee von Interessenten geneigt ist, die Anforderungen am höchsten zu spannen. Daß Schuler gar minimale Ziffern aufstellt, haben wir gesehen. Wörishoffer geht noch ein wenig tiefer, doch wohl nur scheinbar. Denn die Lebensmittelpreise sind im allgemeinen in der Schweiz höher als in Baden. Ich glaube immerhin, daß man das richtige, knappe Existenzminimum nicht überschreitet, wenn man es zwischen Wörishoffer und Nieuwenhuis verlegt. Vergleichen wir damit das Einkommen unserer Arbeiter, wobei wir die elendsten, die sächsischen Landarbeiter, weglassen:

Verglichene Jahreseinkommen.

	Personen	Fr.	à Person Fr.
Zimmermann in Leipzig	3	1481	494
Mannheim 1.	6	1386	231
„ 2.	8	2643	330
„ 3.	6	1044	174
Schweizer Packer	3	1654	551
Württemberg 1.	7	1305	186
„ 2.	4	1241	310
„ 3.	7	1870	267
„ 4.	8	2901	363
„ 5.	8	850	106

ordentlich zufrieden waren, und mag daraus auch heute schließen, was diese Zufriedenheit wert ist.

Berechnet man den Gesamtbedarf einer heutigen Arbeiterfamilie auf Grundlage der entschieden falschen Annahme, daß die Nahrung 62 % des Bedarfs ausmache, so stehen 4 von den 10 Arbeiterfamilien über dem Existenzminimum, das Wörishoffer aufgestellt, 6 darunter, 5 sehr tief darunter. Nach Nieuwenhuis stehen nur zwei darüber.

Berechnet man die Nahrung zu 50 % des Gesamtbedarfs, was nicht bloß richtiger, sondern im allgemeinen sogar immer noch zu viel ist, so stehen nach Wörishoffer und Nieuwenhuis nur zwei über dem Minimum. Die günstigsten Fälle sind natürlich die, wo die Familie sehr klein, die Arbeit hoch qualifiziert oder die Zahl der Erwerbenden unter den Familienmitgliedern groß ist. Fälle der letzteren Art gehören eigentlich gar nicht hieher.

Ein Arbeiter mit einer Durchschnittsfamilie von 4—5 Köpfen kann nach unseren Daten, wenn er allein verdient, sei es auch 52 Wochen im Jahr, absolut nicht auskommen, er steht tief unter dem Minimum. Und dabei muß man bedenken, daß unsere Einkommensansätze entschieden zu hoch sind, eben weil sie ununterbrochene Beschäftigung durch's ganze Jahr voraussetzen, und unsere Normalbedarfsansätze im allgemeinen entschieden zu niedrig, weil heutzutage kaum irgend eine Arbeiterfamilie auch nur 50 Prozent ihres Lohnes bloß für die Nahrung ausgeben darf. Der Umstand, daß mit der Zahl der Kinder der Durchschnittsbedarf per Kopf etwas abnimmt, dürfte diesen Fehler kaum ausgleichen.

Ich gebe im folgenden noch die Skizze des Haushalts eines Seidenwebers in einem großen Industriedorfe des Kantons Zürich. Die vollkommen detaillierten, mit peinlichster Genauigkeit gemachten Aufzeichnungen des Mannes über alle seine Ausgaben und Einnahmen im Jahre 1900 lagen mir im Original vor. Die Eintragungen sind Tag für Tag in größter Ordnung gemacht, kein Wort, keine Ziffer ist gestrichen, die Summen am Ende der Monate stimmen vollkommen, kaum ein Verstoß gegen die Orthographie kommt vor. Wir haben es also mit einem wohlgeschulten und daher auch bildungsbedürftigen Manne zu tun. Er hatte 1900 5 Kinder (jetzt 6), das älteste 5 Jahre alt, und war noch nicht 6 Jahre verheiratet, die Familie zählte also 7 Köpfe. Das Ehepaar ist offenbar sehr ordentlich und sucht auf allerlei Weise seinen Erwerb zu mehren. Daß der Mann im Sommer und Herbst auch etwas vom landesüblichen Durst verspürt und während dieser Zeit für Getränke mehr ausgibt, als bei seinen Verhältnissen gerade

nötig wäre, ist — wenigstens für jeden durchschnittlichen Schweizer — wohl begreiflich. In den übrigen Jahreszeiten hält er sich in sehr bescheidenen Grenzen und verbraucht — nebenbei bemerkt — keinen Centime für Tabak und Zigarren und Schnaps. Die Leute leben nicht wie gewisse Proletarier; die Kartoffeln spielen im Haushalt fast gar keine Rolle, Kaffee wurde im ganzen Jahr kein Kilo gekauft, Surrogate allerdings bedeutend mehr, aber doch nicht viel. Die Hauptnahrung ist Milch und Brot, sodann Reis und Reismehl. Hierzu kommt Fleisch, besonders in Wurstform (im Januar und Oktober, wo allem Anschein nach kein Kostgänger mitaß, für 8.86 Fr. resp. für 7.83 Fr.), sodann etwas Eier, Butter, Schmalz, Käse, sehr wenig, kaum nennenswert, Zucker, Salz, Obst, Mehl, Kuchen („Wähen"), Zwiebeln, Honig, Thee, Chokolade. Der Mann ist, wenigstens zeitweilig, Mitglied eines Vereins (vermutlich eines Gewerkvereins) und kauft öfter kleine Broschüren, auch einmal ein billiges Buch, er abonniert auch auf eine billige Zeitung, manchen Monat auf zwei. In Bezug auf Kleidung wird offenbar äußerst sparsam verfahren. Zu Heizung und Beleuchtung wird Gas, Petroleum, Spiritus, fast kein Holz, ein Minimum von Kohle verwendet, woraus man schließen möchte, daß es mit der Zimmerheizung sehr schwach bestellt sei.

Stand der Einnahmen.

	Lohneinkommen des Mannes. Fr.	Gesamteinnahmen. Fr.
Januar . .	68.—	100.92
Februar . .	69.—	118.90
März . . .	148.—	186.20
April . . .	84.—	119.30
Mai . . .	92.—	128.30
Juni . . .	100.—	158.10
Juli . . .	94.60	125.70
August . .	82.—	115.60
September .	144.—	176.50
Oktober . .	96.50	108.10
November .	90.85	107.80
Dezember .	122.10	149.95
	1191.05	1595.37

Die Einnahmen über den Lohn hinaus sind vor allem Kostgelder und Mietzinse. Acht Monate im Jahre finden wir Kostgelder verzeichnet, in sehr ungleichen Beträgen, von 2—48 Fr.

Die höchsten Beträge sind vermutlich teilweise Nachzahlungen. Die Gesamtsumme der Kostgelder ist 138.30 Fr. Für Zimmervermietung werden im ganzen Jahre 131.50 Fr. eingenommen. Dazu kommen dann kleine Geschenke von nächsten Verwandten, einige von der Frau verdiente Beträge für Waschen, es werden einige Einrichtungsstücke verkauft u. s. w. u. s. w. — lauter ganz kleine Posten. Auch ein paar Anlehen finden sich darunter.

Die Ausgaben betragen für

	Nahrung	Getränk	Wohnung	Heizung u. Beleucht.	Kleider u. Schuhe	Verein u. Lektüre	Verschied.[1])	Summe
im Januar . .	33.03	5.88	34.—	4.40	—.—	12.35	6.24	95.90
„ Februar .	45.63	4.59	31.—	9.93	—.60	2.60	19.34	113.69
„ März . .	63.59	6.70	38.—	19.41	13.90	10.60	23.22	175.42
„ April . .	64.53	2.40	28.—	1.26	—.80	22.60	19.35	138.94
„ Mai . . .	60.10	4.55	24.—	9.88	7.65	—.60	12.90	119.68
„ Juni . .	83.39	14.05	20.—	7.31	10.99	10.60	16.15	162.49
„ Juli . .	63.81	17,84	20.—	2.72	12.70	6.55	14.08	137.70
„ August .	50.10	13.55	27.—	3.67	—.—	—.70	16.87	111.89
„ September	92.70	11.05	24.—	12.14	—.—	5.76	18.85	164.50
„ Oktober .	44.09	11.35	23.—	7.55	8.35	—.—	13.25	107.59
„ November	52.16	5.30	16.—	8.95	6.10	2.10	2.70	93.31
„ Dezember	66.43	7.35	20.—	10.25	24.63	3.60	20.39	152.65
Summe	719.56	104.61	305.—	97.47	85.72	78.06	183.34	=1573.76

Die Verteilung auf die einzelnen Monate entspricht selbstverständlich nicht genau dem Bedarf der einzelnen Monate. Größere Posten werden, wie das bei so kleinen Haushaltungen wohl nicht anders geht, unregelmäßig bezahlt, bei bedrängter Lage schuldig geblieben, bei besseren Einnahmen abgezahlt.

Der Bedarf oder Verbrauch der Familie würde nach obigen Zahlen zu groß erscheinen. Sie beköstigt und beherbergt auch Nicht-Zugehörige. Genau läßt sich infolgedessen der eigene Verbrauch nicht ermitteln, man kann nur von der gesamten Nahrungsausgabe das Kostgeld, von der gesamten Wohnungsausgabe den von den Abmietern bezahlten Zins abziehen. Dadurch wird der Verbrauch der Familie aber etwas zu klein, denn sie hat mit dem

[1]) Die Rubrik „Verschiedenes" mußte relativ groß ausfallen. Es kommen eine Menge ganz disparater Ausgaben vor, für die man nicht eigene Rubriken aufstellen konnte, z. B. Ratenzahlungen für eine Wanduhr, Rückzahlung kleiner Anlehen, Spielzeug für Kinder zu Weihnachten, ein paar Inserate, kleine Eisenbahnfahrten u. dgl. mehr.

Vermieten ein wenig Profit gemacht. Doch ist dieser Profit sicher nicht groß und vielleicht gar nicht vorhanden, denn es sind ziemlich sichere Anzeichen da, daß Kostgelder und Zimmerzinse zum Teil schuldig geblieben sind. Zudem ist der einzige wirklich in Betracht kommende Kostgänger ein Bruder des Hausvaters. Machen wir also die betreffenden Abzüge, so bleiben für Nahrung noch 581.26 Fr., für Wohnung 173.50 Fr., im ganzen 1303.96 Fr. Bedenkt man in Bezug auf die Nahrung, daß für die Ernährung von 5 Kindern doch allermindestens 5 Liter Milch per Tag gerechnet werden müssen (Proletarier-Kinder haben seltsamerweise, wenigstens im Anfang ihres Lebens, fast dieselbe Nahrung nötig, wie königliche Prinzen) und daß, den Liter zu 20 Ct. gerechnet, das im Jahr 365 Fr. ausmacht, so bleiben für die Ernährung von Mann und Frau gerade noch 216.26 Fr. übrig. Entweder müssen also die Kinder hungern oder die Eltern, oder, was das Wahrscheinlichste ist, die ganze Familie. Auch wenn 100 Fr. mehr für Nahrung ausgegeben würden, wäre es noch viel zu wenig. Wenn also der Mann für Getränk gar nichts ausgäbe, so wäre er doch noch erbärmlich ernährt. Wer will es da einem geplagten Menschen verargen, wenn er im Sommer sich am Bier ergötzt und im Herbst am Birnenmost und Sauser (Weinmost)? Noch dazu ließ er sich sein Bier zum größten Teil in Kisten zu 20 Flaschen in's Haus bringen, sodaß wohl auch die Frau sich daran erquickte.

Es bleibt noch übrig, das quantitative Verhältnis der einzelnen Ausgabenkategorien zu der Ausgabensumme festzustellen. Es betrug die Ausgabe in Prozenten

	der Totalsumme	nach Abzug der Kostgelder u. Zimmerzinse
für Nahrung	45.7	44.6
„ Getränk	6.6	8.0
„ Wohnung	19.4	13.3
„ Heizung und Beleuchtung	6.2	7.5
„ Kleider und Schuhe	5.4	6.6
„ Verein und Lektüre	5.0	5.9
„ Verschiedenes	11.7	14.1
	100.0	100.0

Der Totalsumme der Ausgaben im Betrag von 1573 Fr. 76 Ct. steht eine Totalsumme der Einnahmen von 1595 Fr. 37 Ct. gegenüber. Es ergibt sich also ein Überschuß von 21 Fr. 61 Ct. Soviel betragen ungefähr die Geschenke, die der Mann von seinem Vater, seiner Schwester und einem Paten bekam, und die kleinen Beträge, die er von Zeit zu Zeit „der Bubenkasse“, wahrscheinlich kleine Patengeschenke enthaltend, entnahm. Ob dieser Überschuß ein wirklicher ist, ist recht zweifelhaft. In den letzten drei Monaten ist nämlich kein „Kostgeld“ mehr unter den Einnahmen verzeichnet und die Zimmerzinse sind sehr zusammengeschrumpft. Daneben sehen wir, daß die Ausgabe für Wohnung in den letzten drei Monaten bedeutend kleiner geworden. Sie betrug nur 59 Fr., dagegen im ersten Quartal 103 Fr., im zweiten 72 Fr., im dritten 71 Fr. Vermutlich blieb man einen Teil des Zinses, der in gar ungleichen Beträgen nach jedem Zahltag (c. alle 14 Tage) entrichtet wird, schuldig.

Vergleichen wir die Ausgaben der Familie nach Abzug der Kostgelder und Mietzinse mit dem Lohneinkommen des Mannes, so ergibt sich, da diese Ausgaben 1303 Fr. 96 Ct. betragen, das Lohneinkommen dagegen nur 1191 Fr. 05 Ct., ein Defizit von 112 Fr. 91 Ct., obwohl der Mann das ganze Jahr ohne Unterbrechung beschäftigt war.

Vom Lohn allein konnte also die Familie nicht leben.

Endlich machen wir darauf aufmerksam, daß selbst bei einer solchen Arbeiterfamilie mit 5 kleinen Kindern, die außer der Nahrung fast nichts brauchen, nur 44½ Prozent der Ausgaben auf Nahrung entfallen.

Würde man die Nahrung mit Engel auf 62 Prozent veranschlagen, so betrüge der Gesamtbedarf 937 Fr. statt 1304 Fr. Man nehme dem Manne noch 367 Fr. weg, was soll dann aus der Familie werden?

§ 85. Neuere Lohndaten.

Zur weiteren Orientierung in der Sache, die allem Anschein nach recht notwendig ist, wollen wir eine Reihe von Lohnangaben und anderes für die Lage der großen Masse Charakteristische aus dem letzten Dezennium bringen, die wir zufällig im Lauf der Jahre sammelten. Es ist auf jeden Fall nützlich, wenn die herrschende, gebildete und wohlhabende Klasse sich die Lage der dienenden möglichst klar vorzustellen vermag; sie wird daraus Nutzen für ihre Moral ziehen können, und ein moralischer Fortschritt ist sogar mehr wert als ein technischer, selbst wenn der letztere, um mich der Sprache eines bekannten deutschen Nationalökonomen zu be-

dienen, die Produkte der 5 Weltteile auf „unserem“ Frühstückstisch versammeln sollte. Denn unser Frühstückstisch ist unter keinen Umständen wichtig, die Moral aber unter allen.

Paul Göhre (Drei Monate Fabrikarbeiter etc., Leipzig 1891), teilt u. a. folgendes mit:

Die Fabrik, in der er arbeitete, beschäftigte ca. 500 Männer. Mit 120—150, meist der Abteilung des Werkzeugmaschinenbaues angehörig, kam er in engere Verbindung. Er rechnet diese Arbeiter selbst zu den „verhältnismäßig bestgestellten, konsumtionskräftigsten unter der gesamten sächsischen Arbeiterschaft“.

Trotzdem findet er nur einen Durchschnittsverdienst von ca. 80 Mark im Monat. Viele Männer standen sich bedeutend schlechter. „Ich selbst bekam als Neuling und Handarbeiter 20 Pf. Lohn für die Stunde, den gewöhnlichen Anfangslohn. . . . . Das machte bei mir täglich, mit Ausnahme des Montags und Sonnabends, wo eine Stunde weniger gearbeitet wurde, 2.13 M., an den beiden genannten Tagen 1.93 M., in der ganzen Woche genau 12.78 M. Davon gingen stets fast 2 M. ab an Krankenkassenbeiträgen, Strafgeldern für Verspätungen und Arbeitsversäumnisse, sodaß ich selten mehr als 11 M. Verdienst auf die Woche herausbekam“ (per Jahr 572 M. = 709 Fr.). Der Verfasser meint, daß bei diesen Arbeitern, die zu den bestgestellten in Sachsen gehören sollen, von dauernder Not nicht die Rede sein könne, aber — „der Betrag des jährlichen Durchschnittseinkommens von 800—900 Mark gestattet bei den heutigen hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen eben gerade, daß ein Arbeiter mit einer nicht allzu zahlreichen Familie ohne schwere (!) Nahrungssorgen leben kann. . . . Im allgemeinen muß das Urteil dahin zusammengefaßt werden, daß auch bei dem angegebenen Durchschnittsverdienste die Lebensführung für eine Arbeiterfamilie nur in den allerbescheidensten, sagen wir beschränkten Verhältnissen möglich war“ — eine hübsche Umschreibung für Hungerleiden.

Der Fabrikinspektor für Schwarzburg-Rudolstadt gibt in seinem Jahresberichte für 1891 folgende Lohnstatistik:

Branche	Arbeitszeit Stunden	Lohn M.	[1]) Jahresverdienst bei 300 Arbeitstagen M.	oder Fr.
Eisensteinbergbau . .	9	2.5	750	930
Kohlengruben	10	2.6—2.9	780—870	987—1079
Kupferschiefer . . .	8	2.6	780	987
Saline	8—9	1.25—1.5	375—450	465—558
Schieferbrüche . . .	10—12			
Erwachsene Arbeiter		2.1	630	781
Vorarbeiter		2.5—2.75	750—825	930—1023
Frauen		1.35	405	502
jugendliche Arbeiter		0.7—1.1	210—330	260—409
Griffelschieferarbeiter .	10	1.75	525	651
Ziegeleien	10—11	Vorarb. bis 3.0	900	1116
Porzellanfabriken . .	10			
jugendliche Arbeiter		Mxm. 1.5—2.0	450—600	558—744
ausgelernte „		2.5—3.0	750—900	930—1116
Frauen		1.5—2.0	450—600	558—744
„ (Massenart.)		1.3—1.6	390—480	484—595
Glashütten	10			
Auszieher (höchst qualifiziert)		4.0—6.5	1200—1950	1488—2418
ältere Arbeiter im Akkord		2.5—3.0	750—900	930—1116
Taglöhner		1.7	510	632
Thermometermacher .	10—11	2.0	600	744
Metallverarbeitung . .		2.2—2.4	660—720	818—893
Maschinenfabriken und Eisengießereien .	11			
Schmiede		2.0—3.0	600—900	744—1116
Schlosser und Dreher		2.5—4.0	750—1200	930—1488
Gießer		3.0—4.0	900—1200	1116—1488
Pianoforte- u. Klavierfabriken	10	Durchschn. 2.75	825	1023
Bleiweißfabriken . . .	9—10	„ 2.3	690	855
Zündholzarbeiter . .		2.0	600	744
Frauen		1.0	300	372
jugendliche Arbeiter		0.7	210	260
Kinder		0.25	75	93
Spinnereien	10—11			
Meister		2.5—4.0	750—1200	930—1488
Männer		2.0	600	744
Frauen		0.9—1.0	270—300	335—372

[1]) Diese Rubrik ist von uns beigefügt.

Branche	Arbeitszeit Stunden	Lohn M.	[1]) Jahresverdienst bei 300 Arbeitstagen M.	oder Fr.
Schlauch-, Gurtwebereien u. Seilereien	10—11			
Weber		2.0—2.75	600—825	774—1023
Spinner		1.5—2.0	450—600	558—744
jugendl. Arbeiter		0.8—1.1	240—330	297—409
Mädchen		0.75	225	279
Gerberei	11			
Gesellen		2.5	750	930
gewöhnl. Arbeiter		1.7—2.0	510—600	632—744
jugendliche		1.0—1.5	300—450	372—558
Holzstofffabriken	10—11			
Männer		Durchschn. 2.0[2])	600	744
Frauen		1.0—1.3	300—390	372—484
jugendl. Arbeiter		1.0	300	372
Holzindustrie	10—11			
Männer		2.0—2.5	600—750	744—930
gelernte Arbeiter		3.0[3])	900	1116
Kinder unt. 14 Jahren		Maxm. 0.8	240	297
Perlmutterarbeiter	10	1.5—2.0	450—600	558—744
Zigarrenarbeiter		1.2—1.8	360[4])—540	446—670
„ weibl.		1.2—1.3	360—390	446—484
Wickelmacherinnen		0.7—0.9	210—270	260—335
Zuckerfabrik	10			
Männer		Durchschn. 1.6	480	595
Frauen		„ 0.9	270	335
Brauereien		„ 2.5[5])	750	930
Filzhutfabrik	9			
Männer		2.5—4.0	750—1200	930—1488
Frauen		1.0—1.5	300—450	372—558
Strohhutfabrik Männer	11	2.0—2.3	600—690	744—855
Frauen	11	1.1	330	409
Druckereien	10			
Meister		4.0—5.0	1200—1500	1488—1860
Setzer		3.0—4.0	900—1200	1116—1488
Drucker		3.0	900	1116
Frauen		1.5	450	558

[1]) Diese Rubrik ist von uns beigefügt.
[2]) seltener 2.5, es kommt aber auch 3 M. vor.
[3]) in Akkord bis 4, Vergolder bis 5 Mk.
[4]) Dazu wöchentlich 21—30 St. Zigarren.
[5]) dazu 4 Liter Bier täglich.

Der Fabrikinspektor bemerkt zu diesen traurigen Zahlen.

„Auffallend erscheint mir, daß seit 12 Jahren eine Steigerung der Löhne nicht deutlicher zu erkennen ist. Man wird wohl annehmen dürfen, daß die verzeichneten Löhne dem Durchschnitt in Deutschland entsprechen. Die Lebensmittel im Thüringer Walde sind teurer als im freien Lande, weil Brotkorn, Kolonialwaren u. dgl. herangeschafft werden müssen und man zufrieden ist, wenn die Lieblingsspeise (!) der Bewohner, die Kartoffel, in ausreichender Menge geerntet wird. Auch das Brennmaterial ist nicht so billig, als man anzunehmen pflegt. Trotzdem glaube ich, daß der Verdienst für eine ordentliche und sparsame Familie leidlich ausreicht; treten indessen Krankheiten und Teuerung ein, wie im letzten Jahr, dann mag es einem Familienvater recht sauer werden, in Ehren durchzukommen" etc. Man wird zugestehen, daß selbst in diesem Ausspruch noch ein Übermaß von Optimismus steckt. Wörishoffer's Existenzminimum wird nur von zweien der angeführten Arbeiter-Kategorien erreicht und überschritten, und auch von diesen nicht durchwegs. Die Untergrenze ihres Lohnes liegt noch um 100 M. darunter.

Diese Glücklichen sind eventuell die Auszieher in den Glashütten, welche die Rohre ziehen und die Geschicklichkeit besitzen, den jedesmal vorgeschriebenen äußeren und inneren Durchmesser zu treffen, und die „Meister" in den Druckereien (Soz.-pol. Centr.-Bl. I. 408).

Die unendliche Mehrzahl der Arbeiter steht abgrundtief unter dem Minimum.

Nach den Berechnungen des Fabrikinspektors Dr. Swiatlowsky war der Durchschnittslohn, vermutlich der Arbeiter in den der Inspektion unterworfenen Unternehmungen, in Polen im Jahre 1891:

für Männer per Monat 17 Rubel (34—36 M.).
„ Frauen „ „ $9^3/_4$ „
„ Kinder „ „ $4^1/_2$ „

in Zuckerfabriken noch niedriger, obwohl hier die Arbeit nur fünf Monate im Jahr dauert. Der Gesundheitszustand der Arbeiter ist darnach. „Blasse Gesichter der Weber und Spinner geben den besten Beweis, daß die Löhne zu niedrig sind, um eine genügende Ernährung zu ermöglichen." Die Wohnungszustände sind oft die entsetzlichsten. Im Durchschnitt entfallen auf ein Zimmer 5 Köpfe

und das System der Aftermieten ist sehr gebräuchlich. In Rußland sind die Zustände noch viel schlechter (Sophie Daszinska in Braun's Archiv, V. Bd. 2. Heft).

In Bremen betrug nach dem Jahresbericht des Fabrikinspektors für 1891 der durchschnittliche ortsübliche Tagelohn eines erwachsenen männlichen Arbeiters 2.75 M. „Hieraus darf geschlossen werden, daß auch die Löhne im Rückgang begriffen sind (früher rechnete man offenbar 3 M., also Jahresverdienst 900! — der Citant). Dagegen sind die Ausgaben noch weiter gestiegen. Brot und Fleisch und besonders die Kartoffeln, die fast den doppelten Preis gegen früher kosteten, sind nicht allein teurer geworden, sondern auch von schlechterer Beschaffenheit. Die Wohnungsmieten haben den hohen Stand der letzten Jahre annähernd behauptet . . . . Nach meinen eingehenden Erkundigungen muß der gewöhnliche Arbeiter im allgemeinen annähernd $^1/_5$ bis $^1/_4$ seines Jahreseinkommens für Wohnung aufwenden“ (Soz.-pol. Centr.-Bl. I. 457). Wie sollte da selbst ein so schlecht bezahlter Mensch 62 Prozent seines Einkommens für Nahrung ausgeben können?

T. W. Teifen untersucht in den „Deutschen Worten“ 1894 die Verhältnisse der Arbeiter in Österreich und kommt S. 71 auf die Frage des Existenzminimums. Der Staat nimmt ein Jahreseinkommen von 600 Gulden (ungefähr wie Wörishoffer, doch niedriger; das Gesetz wollte mit dieser Summe wohl nicht den notwendigen Bedarf einer Arbeiterfamilie feststellen, aber bei den heutigen Preisen dürfen wir ihn mit Recht als solchen annehmen) als Existenzminimum in der Besteuerung an. Teifen geht davon aus und fragt sich: Ist der Mehrzahl der Arbeiter dieses Existenzminimum gesichert, wenn sie das ganze Jahr ununterbrochen arbeiten? Er beantwortet die Frage mit den Daten, welche die Ministerien des Innern und der Finanzen, sowie verschiedene Handelskammern publiziert haben. Anläßlich der Durchführung des Krankenversicherungs-Gesetzes wurden in der ganzen Monarchie die bezirksüblichen Löhne von den politischen Behörden ermittelt, und man entschied sich hierbei für folgende Lohnkategorien: Vorarbeiter, männliche und weibliche erwachsene, und männliche und weibliche jugendliche Arbeiter.

Folgende Resultate ergaben sich:

Es erhielten Vorarbeiter in:	den üblichen Lohn von:	d. i. ein Jahresverdienst von:
64 Bezirken (13.9 Proz.)	höchstens 60 Kr.	höchstens 180 Gulden
229 „ (49.7 „)	über 60—100 „	über 180—300 „
152 „ (32.9 „)	„ 100—150 „	„ 300—450 „
16 „ (3.5 „)	„ 150—200 „	„ 450—600 „

Also selbst von den Vorarbeitern erreicht nur ein verschwindend kleiner Teil, wenn überhaupt einer, das Existenzminimum. In 63,6 % der Bezirke sinkt der Jahresverdienst auf die Hälfte, ja unter ein Drittel desselben, trotz der Annahme von 300 Arbeitstagen im Jahre.

Erwachsene männl. Arbeiter erhielten in:	den üblichen Lohn von:	d. i. ein Jahresverdienst von:
192 Bezirken (34,2 Proz.)	höchstens 50 Kr.	höchstens 150 Gulden
362 „ (64.4 „)	über 50—100 „	über 150—300 „
8 „ (1.4 „)	„ 100 „	„ 300 „

In fast 99 Prozent der Bezirke übersteigt also der Jahresverdienst der gewöhnlichen Arbeiter 300 Gulden nicht. Mehr als ein Drittel der bezirksüblichen Löhne beträgt höchstens 150 Gulden jährlich, ein Viertel des Existenzminimums.

Jugendliche männl. Arbeiter erhielten in:	den üblichen Lohn von:	d. i. ein Jahresverdienst von:
309 Bezirken (51.9 Proz.)	höchstens 30 Kr.	höchstens 90 Gulden
176 „ (29.5 „)	über 30—40 „	über 90—120 „
87 „ (14.6 „)	„ 40—50 „	„ 120—150 „
24 „ (4.0 „)	„ 50 „	„ 150 „

Erwachs. Arbeiterinnen erhielten in:	den üblichen Lohn von:	d. i. ein Jahresverdienst von:
116 Bezirken (21.6 Proz.)	höchstens 30 Kr.	höchstens 90 Gulden
420 „ (78.4 „)	über 30—50 „	über 90—150 „

Jugendliche Arbeiterinnen in:	den üblichen Lohn von:	d. i. ein Jahresverdienst von:
173 Bezirken (30.9 Proz.)	höchstens 20 Kr.	höchstens 60 Gulden
387 „ (69,1 „)	über 20—30 „	über 60—90 „

Also nur einige Vorarbeiter erreichen hiernach das Existenzminimum. Individuelle Ausnahmen mögen ja auch bei anderen Arbeitern vorkommen.

Durchschnittlich muß entweder die Familie ganz klein, womöglich ohne Kinder sein, oder es müssen mehrere Familienglieder verdienen, oder es müssen anderweitige Zuschüsse vorhanden sein, oder endlich — und das wird wohl ein recht häufiger Fall sein — man muß sich in Schmutz und Elend durchhungern.

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Minden enthält eine Übersicht über die durchschnittliche Höhe der Arbeitslöhne im Jahre 1891. Die Taglöhne der erwachsenen industriellen Arbeiter schwanken zwischen 1 und 2.25 M., sie bleiben in 3 Ämtern unter 1.50 M. (1 M., 1.20 M., 1.30 M.), erreichen in 9 Ämtern bezw. Städten 1.50 M., und übersteigen in 5 Ämtern bezw. Städten diesen Satz (1.75 M., 1.80 M., 2 M., 2.25 M.). Die Taglöhne der erwachsenen industriellen Arbeiterinnen schwankten zwischen 75 Pf. und 1.25 M.; sie betrugen aber nur in einem Amte und in einer Stadt 1.25 M. Die Taglöhne der jugendlichen industriellen Arbeiter schwanken zwischen 50 Pf. und 1.50 M., die der jugendlichen Arbeiterinnen zwischen 40 Pf. und 1 M.

Die Löhne der erwachsenen landwirtschaftlichen Arbeiter betrugen zwischen 1.20 M. und 2 M., die der Arbeiterinnen zwischen 80 Pf. und 1.20 M., die der jugendlichen Arbeiter 50 Pf. bis 1.33 M., die der jugendlichen Arbeiterinnen 50 Pf. bis 1 M.

In Italien stiegen im Jahre 1891 die Lohnsätze (die wir nicht im Detail anführen wollen) ein wenig bei den Arbeitern in den Schwefelgruben Siziliens, doch erreichten sie noch nicht das Niveau wieder, auf dem sie bereits 1871 standen. Sie fingen nur an, sich von dem furchtbaren Tiefstande, den sie Mitte der achtziger Jahre erreicht hatten, langsam zu erheben. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Arbeitslöhne sich auf dem Niveau gehalten haben oder auf und unter das Niveau zurückgeworfen wurden, das sie ungefähr Mitte der achtziger Jahre erreicht hatten. Seitdem waren aber die Preise der wichtigsten Lebensmittel, Weizenbrot, Fleisch, Mais, Reis nicht unbeträchtlich gestiegen (Soz.-polit. Centr.-Bl. II. 213).

Aus dem amtlichen Bericht über die Bergwerksindustrie und Bergverwaltung Preußens im Jahre 1891 entnehmen wir über die Einkommensverhältnisse der Arbeiter in den preußischen Staatsbergwerken folgendes. Der von einem Arbeiter der gesamten Belegschaft durchschnittlich erzielte reine Jahresverdienst betrug beim Steinkohlenbergbau in Oberschlesien 693 M., in Niederschlesien 759 M., im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1086 M., bei den Saarbrücker Staatswerken 1137 M. und im Aachener Bezirk 948 M., ferner beim Braunkohlenbergbau im Halleschen Oberbergwerksbezirk 750 M., beim Kupferschieferbergbau daselbst 913 M., beim Steinsalzbergbau 1046 M., beim rechtsrheinischen Erzbergbau (außer Siegen-Nassau) 649 M., beim linksrheinischen 642 M., im Oberharz 610 M. und in Siegen-Nassau 648 M. Dabei waren die Löhne im allgemeinen gegen das Vorjahr gestiegen. Der Berichterstatter des Soz.-pol. Centr.-Bl. (II 226) bemerkt, daß die im amtlichen Bericht gegebene Statistik in keiner Weise den elementarsten Anforderungen einer wissenschaftlich brauchbaren Nachweisung entspreche, aber das eine jedenfalls erkennen lasse, „daß auch bei den Staatsarbeitern die Löhne einen durchaus proletarischen Charakter tragen“.

Anfangs Februar 1892 veröffentlichte eine Anzahl von St. Gallischen Stickereiarbeitern in der „Ostschweiz“ folgende Zahlen, „die ein grelles Licht auf die elenden Verhältnisse in den Stickereikreisen werfen: Ein Sticker, der im Tag 2000 Stiche macht — was nach den Gewährsleuten der „Ostschweiz“ nur bei guter Ware möglich ist —, nimmt im Jahr 900 Fr. ein. Davon geht der Fädlerlohn ab, mindestens 8 Fr. in der Woche, und der Nachstickerlohn, 120 Fr., also sind abzuziehen im ganzen 536 Fr. Somit bleiben dem Sticker 364 Fr. zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie. Ein lediger Sticker hat für die Woche mindestens 10 Fr. an Kost und Wohnung zu bezahlen, also im Jahr 520 Fr. Er hat somit für 16 Wochen nichts in der Tasche und dürfte eigentlich nur $36^1/_2$ Wochen im Jahre leben. Die billigste Familienwohnung um St. Gallen herum kostet 240 Fr. Somit bleiben dem Sticker für Lebensmittel, Kleider, Schuhe u. s. w. 124 Fr. für sich und seine Familie. Zu wenig zum Leben, zu wenig selbst zum Sterben. Eine Menge dieser armen Leute hat Arbeit gesucht und gefunden bei den Dammbauten am Rheine; aber auch da verdienen nur die wenigsten den höchsten Lohn von 2.50 Fr. (!); die Mehrzahl bleibt auf dem Minimallohne von 1.70 Fr. Denn die Stickerei macht den Körper nicht geeignet zum Sandschaufeln und Karrenstoßen. Oft, wenn das Wetter gar zu schlecht ist, muß zudem die Arbeit am Damm eingestellt werden, und dann verdienen die Armen gar nichts“ (Neue Zürcher Zeitung vom 8. Febr. 1892). Natürlich war das eine Zeit der Depression in der Stickerei, aber

solche Zeiten kommen immer wieder, und in den besten Konjunkturen verdienen die Leute doch nicht mehr, als sie, um gesund und bei Kräften zu bleiben, verbrauchen sollten.

Man sieht, welches Glück einer Gegend widerfährt, wenn sie sich in großem Maßstab auf einen bestimmten Industriezweig einrichtet. Dies geschieht meist bei günstigem Geschäftsgang. Da sind die Löhne gut, daraufhin werden eine Menge Familien gegründet, die sonst nicht möglich gewesen wären, und nur auf den einen Nahrungszweig angewiesen sind, der von Zeit zu Zeit fast ganz verdorrt.

Das Konsistorium der Provinz Schlesien hatte bei den Kreissynoden eine Umfrage über Umfang, Ursache und Bekämpfung der Sozialdemokratie veranstaltet. In dem auf Grund der eingelaufenen Mitteilungen ergangenen Bescheide (1892) heißt es: „Alle Kreissynoden stimmen wesentlich darin überein, daß fast allerorten in Stadt und Land eine bedenkliche Unzufriedenheit weit verbreitet sei, und daß der Wunsch und das Begehren, es müsse in den sozialen Verhältnissen vieles anders und besser werden, weithin die Gemüter beherrscht. Wenn freilich die Lohnverhältnisse in einigen Gegenden derartig sind, daß auch die angestrengteste Arbeit nicht völlig im Stande ist, die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zu erwerben; wenn vielfach die Arbeitsverhältnisse so gestaltet sind, daß den Eltern eine einigermaßen genügende Pflege und Beaufsichtigung der Kinder unmöglich wird; wenn die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung ein gedeihliches Familienleben nicht zulassen und die notwendige Erholung, namentlich die Sonntagsruhe, entbehrt wird, so erscheint jene Unzufriedenheit erklärlich. Verschärft mag sie oftmals dadurch werden, daß manche der Besitzenden, statt sich als verantwortliche Haushalter zu wissen, den Besitz nur ansehen als das Mittel zu üppigstem und zügellosestem Lebensgenuß und in der Arbeit und dem Arbeiter nur das Werkzeug zur Beschaffung jener Mittel erblicken. Da kann Mißgunst, Neid und Haß nicht ausbleiben, und aus vielen Synodalverhandlungen tönt uns die Klage entgegen, daß dieser Riß gefährlich zu werden beginne“ (S. p. C. Bl. I. 144).

Nach der „Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke für das Jahr 1892“, herausgegeben vom oberschlesischen Berg- und hüttenmännischen Verein, Kattowitz 1893, betrug im Jahre 1892 in den Steinkohlengruben der durchschnittliche Jahreslohn für männliche Arbeiter über 16 Jahren 792 M., unter 16 Jahren 278 M., für Weiber 251 M. Zahl der Arbeiter 54819.

Die Löhne waren gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Doch wird ihre Höhe in den letzten Jahren durch „eine ganz ungewöhnliche Lohnsteigerung“ erklärt. Im Jahre 1887 verdiente ein erwachsener männlicher Arbeiter im Durchschnitt 585 M. Die Verteuerung des Produkts, die seitdem eingetreten, hatte sich aber viel rascher vollzogen als die Steigerung des Arbeitslohns. Während das Produktquantum ungefähr im Verhältnis zur Vermehrung der Arbeiter stieg, hatte sich der Geldwert der Produktion seit 1886 mehr als verdoppelt. Die Preissteigerung vollzog sich vornehmlich in den Jahren 1889—91. Der Anteil der gesamten Arbeitslöhne an dem Geldwert der Produktion bezifferte sich

1889 auf 47.67 %
1890 „ 45.18 %
1891 „ 43.53 %

In den Eisengruben betrug der durchschnittliche Jahreslohn für Männer 529 M., in den Zink- und Bleierzgruben für erwachsene Männer 679 M. (er war fortwährend gestiegen, viel rascher aber die Preise der Produkte), für jugendliche Arbeiter 229 M., für Arbeiterinnen 248 M. Im Jahre 1887 machten die sämtlichen Arbeitslöhne 64 Prozent des Produktwertes aus, im Jahre 1892 trotz erheblicher Lohnsteigerung 38 Prozent.

Jahresverdienst im Hochofenbetrieb für erwachsene Männer 881 M. (bedeutend gestiegen), in den Eisengießereien 755 M., in den Walzwerken 790, im Zinkhüttenbetrieb und in der Zinkblechfabrikation für Männer über 16 Jahren 832 M., unter 16 Jahren 288 M., für Weiber 316 M. (Werner Sombart im S. p. C.Bl. II. 525 f.).

Der Oberpräsident von Potsdam hat 1892 nach Anhörung des Magistrats von Berlin den ortsüblichen Taglohn für gewöhnliche Tagarbeiter auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes für die Zeit vom 1. Januar 1893 folgendermaßen festgesetzt:

1. für männliche Personen über 16 Jahren 2.70 M.
2. „ weibliche „ „ 16 „ 1.50 „
3. „ männliche „ unter 16 „ 1.30 „
4. „ weibliche „ „ 16 „ 1.00 „

Der Satz für die männlichen Arbeiter über 16 Jahren ist um 30 Pf. erhöht worden, die übrigen blieben unverändert (ib. I. 447).

solche Zeiten kommen immer wieder, und in den besten Konjunkturen verdienen die Leute doch nicht mehr, als sie, um gesund und bei Kräften zu bleiben, verbrauchen sollten.

Man sieht, welches Glück einer Gegend widerfährt, wenn sie sich in großem Maßstab auf einen bestimmten Industriezweig einrichtet. Dies geschicht meist bei günstigem Geschäftsgang. Da sind die Löhne gut, daraufhin werden eine Menge Familien gegründet, die sonst nicht möglich gewesen wären, und nur auf den einen Nahrungszweig angewiesen sind, der von Zeit zu Zeit fast ganz verdorrt.

Das Konsistorium der Provinz Schlesien hatte bei den Kreissynoden eine Umfrage über Umfang, Ursache und Bekämpfung der Sozialdemokratie veranstaltet. In dem auf Grund der eingelaufenen Mitteilungen ergangenen Bescheide (1892) heißt es: „Alle Kreissynoden stimmen wesentlich darin überein, daß fast allerorten in Stadt und Land eine bedenkliche Unzufriedenheit weit verbreitet sei, und daß der Wunsch und das Begehren, es müsse in den sozialen Verhältnissen vieles anders und besser werden, weithin die Gemüter beherrscht. Wenn freilich die Lohnverhältnisse in einigen Gegenden derartig sind, daß auch die angestrengteste Arbeit nicht völlig im Stande ist, die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zu erwerben; wenn vielfach die Arbeitsverhältnisse so gestaltet sind, daß den Eltern eine einigermaßen genügende Pflege und Beaufsichtigung der Kinder unmöglich wird; wenn die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung ein gedeihliches Familienleben nicht zulassen und die notwendige Erholung, namentlich die Sonntagsruhe, entbehrt wird, so erscheint jene Unzufriedenheit erklärlich. Verschärft mag sie oftmals dadurch werden, daß manche der Besitzenden, statt sich als verantwortliche Haushalter zu wissen, den Besitz nur ansehen als das Mittel zu üppigstem und zügellosestem Lebensgenuß und in der Arbeit und dem Arbeiter nur das Werkzeug zur Beschaffung jener Mittel erblicken. Da kann Mißgunst, Neid und Haß nicht ausbleiben, und aus vielen Synodalverhandlungen tönt uns die Klage entgegen, daß dieser Riß gefährlich zu werden beginne“ (S. p. C. Bl. I. 144).

Nach der „Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke für das Jahr 1892“, herausgegeben vom oberschlesischen Berg- und hüttenmännischen Verein, Kattowitz 1893, betrug im Jahre 1892 in den Steinkohlengruben der durchschnittliche Jahreslohn für männliche Arbeiter über 16 Jahren 792 M., unter 16 Jahren 278 M., für Weiber 251 M. Zahl der Arbeiter 54819.

Die Löhne waren gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Doch wird ihre Höhe in den letzten Jahren durch „eine ganz ungewöhnliche Lohnsteigerung“ erklärt. Im Jahre 1887 verdiente ein erwachsener männlicher Arbeiter im Durchschnitt 585 M. Die Verteuerung des Produkts, die seitdem eingetreten, hatte sich aber viel rascher vollzogen als die Steigerung des Arbeitslohns. Während das Produktquantum ungefähr im Verhältnis zur Vermehrung der Arbeiter stieg, hatte sich der Geldwert der Produktion seit 1886 mehr als verdoppelt. Die Preissteigerung vollzog sich vornehmlich in den Jahren 1889—91. Der Anteil der gesamten Arbeitslöhne an dem Geldwert der Produktion bezifferte sich

1889 auf 47.67 %
1890 „ 45.18 %
1891 „ 43.53 %

In den Eisengruben betrug der durchschnittliche Jahreslohn für Männer 529 M., in den Zink- und Bleierzgruben für erwachsene Männer 679 M. (er war fortwährend gestiegen, viel rascher aber die Preise der Produkte), für jugendliche Arbeiter 229 M., für Arbeiterinnen 248 M. Im Jahre 1887 machten die sämtlichen Arbeitslöhne 64 Prozent des Produktwertes aus, im Jahre 1892 trotz erheblicher Lohnsteigerung 38 Prozent.

Jahresverdienst im Hochofenbetrieb für erwachsene Männer 881 M. (bedeutend gestiegen), in den Eisengießereien 755 M., in den Walzwerken 790, im Zinkhüttenbetrieb und in der Zinkblechfabrikation für Männer über 16 Jahren 832 M., unter 16 Jahren 288 M., für Weiber 316 M. (Werner Sombart im S. p. C.Bl. II. 525 f.).

Der Oberpräsident von Potsdam hat 1892 nach Anhörung des Magistrats von Berlin den ortsüblichen Taglohn für gewöhnliche Tagarbeiter auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes für die Zeit vom 1. Januar 1893 folgendermaßen festgesetzt:

1. für männliche Personen über 16 Jahren 2.70 M.
2. „ weibliche „ „ 16 „ 1.50 „
3. „ männliche „ unter 16 „ 1.30 „
4. „ weibliche „ „ 16 „ 1.00 „

Der Satz für die männlichen Arbeiter über 16 Jahren ist um 30 Pf. erhöht worden, die übrigen blieben unverändert (ib. I. 447).

Die ortsüblichen Taglöhne in der Stadt Hannover wurden vom Regierungs-Präsidenten 1892 festgesetzt wie folgt: männliche Arbeiter über 16 Jahren 2.40 M., weibliche über 16 Jahren 1.50 M., männliche unter 16 Jahren 1.20 M., weibliche 1 M. (ib. I. 457).

Für Breslau wurde zur selben Zeit der ortsübliche Tagelohn erwachsener männlicher Arbeiter festgesetzt mit 2 M., für München mit 2.30 M., die höchsten Sätze verzeichnen die Stadt Hamburg, der Stadtkreis Altona, Geestemünde, sowie Teile des Kreises Kehdingen mit 3 M., während die niedrigsten mit 0.90 M. auf dem platten Lande der Kreise Leobschütz und Lublinitz im Regierungsbezirk Oppeln Geltung haben (ib. II. 177).

In den Berichten für 1892 der bayrischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren teilt der Beamte für Oberbayern eine bemerkenswerte Zusammenstellung über die Löhne in seinem Bezirk in den Jahren 1884 bezw. 1892 mit. Auf Grund amtlicher Feststellungen, welche für die Ausführung der Krankenversicherung stattfanden, gibt der Inspektor folgende Übersicht, die nach ihm „für einen sehr beträchtlichen Teil der Arbeiterbevölkerung“ gilt; es betrugen die ortsüblichen Tagelöhne in Mark

	für erwachsene Arbeiter						für jugendliche Arbeiter					
	männliche			weibliche			männliche			weibliche		
	von	bis	Mittel	von	bis	Mittel	von	bis	Mittel	von	bis	Mittel
A. in den Städten												
1884	1.50	2.30	1.78	1.—	1.50	1.32	0.80	1.10	0.92	0.70	1.—	0.80
1892	1.50	2.30	1.83	1.—	1.50	1.32	0.80	1.10	0.92	0.60	1.—	0.80
B. in den Bezirksämtern 1884	1.30	2.—	1.61	1.—	1.50	1.23	0.60	1.20	0.91	0.50	1.—	0.72
1892	1.30	2.—	1.64	1.—	1.80	1.26	0.60	1.20	0.91	0.50	1.—	0.73

Wenn der Beamte hierzu bemerkt, diese Zusammenstellung lasse darauf schließen, daß bei dieser Arbeiterkategorie eine wesentliche Erhöhung der Lohnsätze seit 1884 nicht eingetreten sei, so kann man aus dieser Bemerkung nur entnehmen, daß die Urteile der Beamten in Arbeiterangelegenheiten jedenfalls nicht in pessimistischem Sinn gefaßt sind (ib. 370).

Der österreichisch-ungarische General-Konsul in Venedig hebt in seinem Jahresbericht für 1892 hervor, daß die oberitalienischen Lohnsätze in den Baumwollspinnereien der Industrie „günstig“ seien. Wie dies zu verstehen ist, erhellt aus den Angaben dieses Gewährs-

mannes, wonach eine Spinnerei, die auf die Durchschnitts-Garnnummer 24 eingerichtet ist, Tagelöhne von 1.15—1.25 Lire sowohl an erwachsene als an jugendliche Arbeiter zahlt. Etablissements, die für gröbere Gespinnste, für No. 10, eingerichtet sind, zahlen 1.35—1.45 L. durchschnittlich per Tag. Dabei genießen die italienischen Spinnereien das Recht des ununterbrochenen 24stünd. Betriebs u. speziell die Grobspinnereien nützen diesen Vorteil in weitestem Maße aus (ib. II. 478).

Über die Lage der Wiener Schuhmacher berichtet Herkner in den „Deutschen Worten“ 1892, 7. und 8. Heft. Am 28. Oktober 1891 tagte in Wien eine Versammlung arbeitsloser Schuhmacher. Ungefähr 3000 Personen waren erschienen und boten nach dem übereinstimmenden Berichte aller Augenzeugen einen Entsetzen erregenden und tieferschütternden Anblick menschlichen Elends dar. Haarsträubende Einzelheiten kamen zu Tage. Ein Geselle berichtete, daß er allerdings in Arbeit stehe, jedoch in 9 Tagen nur 4 Fl. 20 Kr. verdient habe. Davon gehe ab 1 Fl. 70 Kr. für Zins (Wohnung), 70 Kr. für Brennmaterial, 20 Kr. für Licht, 20 Kr. für Zubehör, so bleiben zum Leben 1 Fl. 40 Kr. für 9 Tage u. s. w. Herkner kennzeichnet die Situation mit den Worten: „Der Kampf zwischen dem handwerksmäßigen Kleinbetriebe und dem kapitalistischen Betriebe des Verlagssystems ist zu Gunsten des letzteren bereits entschieden. Das Handwerk, vom Kapitalismus zersetzt und aufgelöst, ist auf der ganzen Linie unterlegen. Der Verleger triumphiert. Noch zeigt sich ein stärkerer Gegner, der Fabrikbesitzer, erst in weiter Ferne.“ Ein anmutiger Weg der Kultur! Der Größere dreht jeweilen dem Kleineren den Hals um. Der „Heimarbeiter“ dieses neuen Verlagssystems kann im Durchschnitt auf nicht mehr als 4 Fl. Lohn per Woche rechnen, wenn er, was fast nie vorkommt, das ganze Jahr beschäftigt ist.

Lohnstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse für ihre Mitglieder pro 15. August 1892:

Wochenverdienst		männliche		weibliche	
Lohnklasse I. über 21 M.		14 323 =	22.85 %	106 =	0.57 %
II. 19½—21 „		6 387 =	10.19 „	61 =	0.33 „
III. 15—19½ „		17 838 =	28.46 „	374 =	2.02 „
IV. 12—15 „		9 183 =	14.65 „	819 =	4.42 „
V. 9—12 „		6 331 =	10.10 „	5 975 =	32.28 „
VI. 6—9 „		1 420 =	2.27 „	9 885 =	53.40 „
VII. bis zu 6 „		7 172 =	11.45 „	1 284 =	6.94 „
VIII. Kinder „		19 =	0.03 „	7 =	0.04 „
		62 673 =	100.00 %	18 511 =	100.00 %

Die Erwachsenen reichen nach der Veröffentlichung nur bis Klasse V bei den männlichen, bis Klasse VI bei den weiblichen Versicherten.

Die Lage der männlichen Arbeiter ist hiernach recht elend, die der weiblichen schauderhaft. Der größte Prozentsatz der Männer verdient 15—19½ M. in der Woche, weitere 25 % noch weniger, also volle 53 % bleiben mit ihrem Wochenlohn, zum Teil weit unter 20 M. „Bekanntlich kann kaum ein Arbeiter jemals auf fortdauernd sicheren und gleichen Verdienst im Jahre rechnen; für die Mehrzahl müßte also in dem Wochenverdienst auch der Unterhalt für beschäftigungslose Zeiten stecken. Er reicht aber in der festgestellten Höhe eben nur aus, um den notdürftigsten (!) Lebensunterhalt zu decken“ (ib. II. 382f.).

Wie viele von all diesen Arbeitern mögen wohl das Existenzminimum Wörishoffer's erreicht haben?

Der Arbeiter F. J. Ehrhart veröffentlichte 1892 eine Broschüre über die Zustände in der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen am Rhein. Die Fabrik beschäftigte ca. 3500 Personen. Sie wurde 1865 mit einem Aktienkapital von 16½ Mill. Mark gegründet. Die Aktien standen 1892 auf ca. 280, also fast auf dem dreifachen des Nennwerts, die Dividende schwankte zwischen 12 und 25 %. Dazu kolossale Abschreibungen und starke Einlagen in den ordentlichen Reservefonds und noch so starke „für außerordentliche Reserven“.

Der durchschnittliche Taglohn betrug nach Ehrhart 2.50 M., der Jahresverdienst also 750 M. Aus der Zuschrift eines Arbeiters an die „Mannheimer Volksstimme“ geht hervor, daß derselbe bei einer wöchentlichen Brutto-Arbeitszeit von 100½ Stunden 17½ M. Lohn erhielt, wovon 1½ % für Krankengeld, 15 Pf. für Invalidenversicherung abgehen, so daß ein Netto-Verdienst von 16.53 M. resultierte (die Rechnung stimmt nicht). Die Netto-Arbeitszeit beträgt nach E. 12 Stunden mindestens.

Im Jahre 1889 waren in der Anilinfabrik 3430 Arbeiter beschäftigt. Davon traten in ärztliche Behandlung 4209, d. h. mehrere waren öfters im Jahre krank. Die Zahl der Krankheitsfälle stieg pro 100 Arbeiter regelmäßig, von rund 70 in 1880—85 auf rund 122 in 1889. Die Zahl der Krankheitstage per Kopf stieg ebenso regelmäßig, in den obigen Perioden von 4.97 auf 9.79. Ähnlich verhielt es sich mit den Unfällen und Verletzungen; sie waren sehr zahlreich und nahmen zu. Die Tuberkulose bildete den Hauptanteil an der Erkrankungsziffer und auch an der Mortalität. 41 Prozent der Verstorbenen fielen ihr zum Opfer, während für die Städte der oberrheinischen Niederung mit über 15000 Einwohnern ca. 15 Prozent den Durchschnitt bilden (ib. II. 55).

Vielleicht hat der Arbeiter Ehrhart etwas schwarz gefärbt? Man kann ziemlich viel Weiß darunter mischen, es gibt noch immer ein sehr dunkles Grau. Fungieren diese armen Teufel in unserer „gleichberechtigten“ Gesellschaft als Zweck oder lediglich als Mittel für fremde Zwecke? Die „Freiheit“ solcher Leute ist bis auf weiteres eine schöne Kulturlüge, sie sind in den Augen ihrer Herren viel wertloser als Sklaven.

Nach einer Veröffentlichung des Breslauer Magistrats über die Durchschnittstaglöhne der Mitglieder der Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen gehörte das Gros der erwachsenen männlichen Arbeiter den drei Lohnklassen zwischen 1.50 M. und 3 M. an. Eine ganze Reihe von Gewerben hat Durchschnittslöhne in allen drei Lohnklassen, schwankt also mit den Durchschnittslöhnen erwachsener männlicher Arbeiter zwischen 1.50 und 3 M. Das sind folgende Gewerbe: Buchbinder, Buchdrucker, Dachdecker, Drechsler, Fabrikarbeiter, Gewerbegehilfen, Juweliere, Pfefferküchler, Stuckateure, Steinmetzen, Tuchmacher, Uhrmacher, Zimmerer.

Auch in der zweiten Lohnklasse (1—1.49 M.) fand sich eine ganze Reihe von Durchschnittslöhnen erwachsener männlicher Arbeiter. „In den lichten Höhen der obersten Lohnklasse mit einem Durchschnittslohn von mehr als 3 M. (!) sind nur noch ganz wenig Auserwählte versammelt. Es ragen hinein mit ihren ersten Lohnstufen die Buchbinder, Fabrikarbeiter, Juweliere und Steindrucker“ (ib. II. 212f.).

Die Löhne der Frauen und der jungen Leute kann man sich hiernach leicht vorstellen.

Eine Kommission des im November 1893 in Berlin abgehaltenen Deutschen Tabakarbeiter-Kongresses stellte die Berichte der einzelnen Delegierten über die soziale Lage der Tabakarbeiter zusammen und publizierte sie Anfang 1894 unter dem Titel: Die soziale Lage der Tabakarbeiter Deutschlands, zusammengestellt nach den Ergebnissen des Kongresses der Tabakarbeiter.

Die Erhebungen erstreckten sich auf 94371 Personen in 440 Orten, die auf dem Kongreß vertreten waren. Davon waren 36546 männliche Erwachsene, 45929 weibliche und 11896 jugendliche Arbeiter. Die auf dem Kongreß vertretenen Arbeiter gehören

im allgemeinen zu den besser gestellten. Die Löhne der Männer und Frauen sind nicht wesentlich verschieden, die starke Konkurrenz des weiblichen Elements hat nämlich das Einkommen der Männer bereits so ziemlich auf das Niveau der Frauenlöhne herabgedrückt. Auch die Einführung der Heimarbeit drückte natürlich die Löhne. Hier gab es keine Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder und keine Organisation, und die Löhne konnten deshalb so weit heruntergedrückt werden, daß die Arbeiter nicht bloß gezwungen waren, ihre eigenen Kinder, sondern, als Zwischenunternehmer, auch fremde Kinder, denen sie einen Wochenlohn von 1—1.30 M. bezahlten, auszubeuten. Der eigene Besitz, den eine große Zahl der Tabakarbeiter hat, die landwirtschaftliche Nebenarbeit, wurde unter solchen Umständen ein weiteres Mittel zur Herabsetzung der Löhne.

Der Durchschnittswochenlohn beträgt bei 10 bis 11 stündiger, in kleineren Orten auch häufig 12 stündiger Arbeitszeit (in Fabriken offenbar) 10—12 M. für den männlichen und weiblichen Zigarrenmacher. Höhere Löhne kommen nur in den größeren Städten vor, so in Mannheim 14 M., in München bis 15 M., ebenso in Berlin und Hamburg. In Norddeutschland gravitiert der Lohn mehr um 12, in Süddeutschland mehr um 10 M. herum.

Für Wickelmacher und -macherinnen sind 10 M. schon ein Maximum, wir finden hier Löhne bis 3.50 M. herunter. 6 M. sind schon ein guter Durchschnittslohn. Die Aristokraten unter diesen Arbeitern sind die Sortierer. In Baden bringen sie es allerdings meist nur auf 10—12 M., in Schwetzingen und Bruchsal auf 12—14, in Württemberg auf 16—18, selbst 20 M. Die Sortiererinnen erhalten aber in Bayern und Württemberg nur 8—10 M. Etwas günstiger liegen die Verhältnisse in Norddeutschland. Löhne bis 20 M. finden sich bei Sortierern nicht gar so selten und ca. 16 M. scheint der Durchschnitt zu sein. Aber die Sortierer bilden eine geringe Zahl unter sämtlichen Arbeitern. Auf 12—15 Tabakarbeiter kommt ein Sortierer. „Das Zigarrenarbeiterelend reicht an das sprichwörtliche Weberelend beinahe heran. Von dem Verdienst des Mannes allein kann die Familie unmöglich existieren, überall muß deshalb die Frau an der Arbeit mit teilnehmen, in den Landorten wird zur Landwirtschaft als Nebenbeschäftigung Zuflucht genommen, in den Städten suchen die Zigarrenarbeiter Nebenarbeit der verschiedensten Art, zumeist greifen sie aber auf die selbständige Fabrikation von Zigarren nach Feierabend zurück, die sie

dann an kleine Restaurateure, Krämer und Budiker absetzen. In allen Berichten wird auseinandergesetzt, daß in Familien mit großem Kinderreichtum der Verdienst nicht eine Woche ausbleiben darf, da sonst große Not eintritt. Wo durch irgend welche Verhältnisse nur ein Verdiener ist, da ist auch grenzenloses Elend vorhanden.“ Man denke an Ricardo's ehernes Lohngesetz. Was war doch dieser „Cyniker“, dieser „finstere Scholastiker der Nationalökonomie“ mit seinem „System der Zwietracht“, das „auf Erzeugung der Klassenfeindschaft hinausläuft“ (letzteres nach Carey) für ein optimistischer Phantast, wenn er meinte, der Lohn eines Arbeiters müsse regelmäßig so hoch sein, daß er und seine Familie davon leben können. Er ist im Gegenteil regelmäßig nicht so hoch.

Die Lebensweise unserer Tabakarbeiter wurde von einzelnen Delegierten höchst drastisch geschildert: „Während der eine offenherzig gesteht, daß ein Familienvater, wenn er im Winter nicht frieren und auch im Sommer seine Kartoffeln gekocht haben will, sich das nötige Holz des Nachts aus der Heide stehlen muß, räumt der andere ein, daß sie nur krankes Vieh kaufen könnten, wenn sie einmal Braten essen wollen . . . in verschiedenen Fällen wären auch schon Katzen verzehrt worden, Hundefleisch dagegen in großer Menge; trotzdem (?) würde auch dieser Leckerbissen mit der Zeit seltener und durch die große Nachfrage teurer, so sei das Pferdefleisch jetzt schon auf 30 Pf. das Pfund gestiegen.“ Die Nahrung besteht deshalb hauptsächlich aus Kartoffeln mit Hering, Buttermilch oder Leinöl, Gemüsen aller Art, Weißkohl, Kohl- und Mohrrüben, Wasserrüben, grünen Bohnen, ja selbst die Blätter der Futterrübe werden im Herbst eingemacht und dienen dann in Westfalen, besonders aber auch in Schlesien und Sachsen, als die hauptsächliche Mittagskost. Zum Fetten wird Öl, Talg und bei besonders Begüterten Margarine verwandt (ib. III. 294, das Referat ist von H. Lux). Man sieht, daß für solche Leute selbst die Brotpreise, mit welchen ältere und auch neuere Nationalökonomen so viel hantieren, von keiner oder geringer Bedeutung sind. Bis zum Brot reicht ihre Kaufkraft kaum.

Der „Konfektionär“, das Organ der Unternehmer und Händler in der Konfektionsindustrie, hebt (1894) hervor, daß in der Berliner Konfektion Millionenvermögen entstanden seien und daß durch das Aufblühen dieser Industrie in dem Stadtteil um dem Hausvogteiplatz herum, dem Sitz der Damenmäntelkonfektion, Häuser, die vor 25

Jahren 50000 bis 60000 Thaler kosteten, heute (1894) nach den Erträgnissen, die sie bringen, „kaum unter 1 Million weggegeben werden". Die Konfektionsbranche, der das zu danken sei, sei auch in Bezug auf städtische und staatliche Steuerzahlung der leistungsfähigste aller Berliner Industriezweige.

In Bezug auf Lohnzahlung hingegen scheint sie ganz leistungsunfähig zu sein.

Wir teilen folgendes über die Lage der Arbeiter in der Herrenkleiderkonfektion mit.

Der Zwischenmeister, der Röcke, Paletots und andere kompliziertere Sachen arbeitet, beschäftigt meistens nur 1 bis 5 Gesellen, die je nach der Saison und der zu leistenden Arbeit bei freier Kost und Wohnung einen Wochenlohn von 2—6 M. erhalten. Die Kost ist durchweg auf das dürftigste bemessen. Die Arbeitszeit ist in der Saison sehr lang, 14 bis 16 Stunden sind die Regel. Als Schlafraum der Arbeiter wird meist die Werkstelle benutzt.

In der Joppen-, Hosen- und Westenbranche arbeiten bei einem Zwischenmeister 5—20 Arbeiterinnen, 1 Stepperin und 1 Bügler. Das Bügeln erfordert bedeutende Kraft; das Bügeleisen, mit dem der Arbeiter ununterbrochen hantieren muß, wiegt 20—24 Pfund, dazu die heiße Luft, der ungesunde Dunst der Stoffe. Der Bügler bekommt 18—24 M. per Woche, die Stepperin 7—12 M., bei flottem Geschäftsgang bis zu 15 M. Die Arbeit ist besonders gesundheitsschädlich.

Die Arbeiterinnen erhalten an Lohn für Hosen, für die der Zwischenmeister 40—50 Pf. bekommt, 15—20 Pf. in der Werkstelle, 20—25, wenn sie außer dem Hause arbeiten; für Hosen, für die der Zwischenmeister 70—90 Pf. erhält, bekommen sie in der Werkstelle 30—35, außer dem Hause 35—40 Pf.

Eine tüchtige Arbeiterin bringt täglich bei 15stündiger Arbeitszeit 5 Hosen zu 20 Pf. fertig. Bei Hosen zum Macherlohn von 35—40 Pf. bringt sie in derselben Arbeitszeit höchstens 4 Stück fertig. Von diesem Lohne gehen noch ab: für Werkstattarbeiterinnen das Nähgarn, welches per Hose $2^1/_2$—3 Pf. kostet. Die Heimarbeiterinnen müssen außerdem noch das Maschinengarn stellen, per Hose mindestens 5 Pf.

Die Heimarbeiterinnen müssen die Steppereien selbst machen und bringen daher bedeutend weniger Stücke fertig.

Eine tüchtige Werkstattarbeiterin verdient also bei 15stündiger elender, erbärmlicher Arbeit 85 Pf. bis 1,48 M. (Maximum). Wieviel die Heimarbeiterinnen verdienen, kann man nicht sicher berechnen.

Nach dem amtlichen statistischen Jahrbuch von Berlin betrug 1897 der durchschnittliche Jahresverdienst von Schneiderinnen 457 M., Wäschenäherinnen 486, Knopflochhandarbeiterinnen 354, Knopflochmaschinenarbeiterinnen 700, Hutstepperinnen 456, Mamsells in der Pelzbranche 580, Handschuhe- und Hosenträgerarbeiterinnen 354, Schuhstepperinnen 654 M. „Besser ist es seither nicht geworden. Die trockenen Zahlen sprechen, ja schreien," bemerkt hierzu (Februar 1901) die erste Nummer der „Heimarbeiterin" (ib. X. 515).

Und diese Unglücklichen müssen in einer glänzenden, prunkenden, modernen Großstadt leben. Gab es in vergangenen Jahrhunderten jemals eine solche Barbarei? Und das alles mit dem Hauptresultat, daß einige Hausbesitzer, ohne eine Hand zu rühren, ihr Vermögen im Laufe von 25 Jahren verzwanzigfacht fanden.

In Breslau betrug 1894, mit Berücksichtigung von 7—8 arbeitslosen Wochen, der durchschnittliche Wochenlohn einer

tüchtigen Arbeiterin	6.—	bis 6.50	M.
mittleren „	4.50	„ 5.—	„
ungeübten „	3.—	„ 3.50	„

Die täglichen Ausgaben einer Arbeiterin bestanden bei besserer Lebensweise (!) in Kaffebrühe mit Semmel für 10 Pf. als erstes Frühstück, das zweite bestand in der übrig gebliebenen Semmel vom Kaffee, das Mittagessen aus Suppe und Gemüse (25 Pf.), das Vesperbrot aus Kaffeebrühe mit Semmel (10 Pf.), das Abendessen aus warmer Wurst für 5 Pf. (!), Brot für 5 Pf. und Bier für 5 Pf. (!), im ganzen 15 Pf. Die tägliche Ausgabe für Nahrung macht also 60 Pf.

Elender kann man doch nicht leben! Das heißt schon langsam verhungern. Man denke nun an die 55 Cts. (44 Pf.) des Fabrikinspektors Schuler und frage sich, ob der nach ihm berechnete Normalbedarf einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie zu hoch angesetzt ist? Man mag dabei immer noch den Umstand, daß kleine Kinder weniger brauchen als erwachsene Männer, berücksichtigen. Männer brauchen auch mehr als — Breslauer Näherinnen.

Eine solche gibt also für Lebensmittel wöchentlich 4.20 M. aus, für Wohnung 1 M. (! welche Wohnung für 1 M.?!). Es verbleiben mithin der besten Arbeiterin für alle sonstigen Bedürfnisse wöchentlich noch 80 Pf. bis 1.30 M. „Welches entsetzliche Elend liegt in diesen Zahlen. Ein großer Teil lebt tatsächlich nur bei

Zichorienbrühe und Brot. Die Berliner Verhältnisse decken sich damit vollständig.“ Genug! Wer sich weiter informieren will, der lese den Aufsatz von Johannes Timm in S. p. C. Bl. IV No. 9 und 11, dem wir obige Daten entnahmen.

In den ersten 90er Jahren sprach man viel von einem landwirtschaftlichen Notstand im östlichen England. Nach einem sehr bemerkenswerten Aufsatz von Richard Heath im Septemberheft 1893 der Contemporary Review bemerkte man in jenen Gegenden äußerlich keine Symptome des Rückgangs, alles deutete auf soliden Reichtum der vornehmen Grundbesitzer und der begüterten Pächter. Die Rente des ländlichen Bodens war daselbst nach offiziellen Ausweisen von 1873—91 ungefähr um 1 Mill. Lstr. gestiegen, obschon das Jahr 1873 anerkanntermaßen ein besonders günstiges war, in dem die Renten ihren damaligen Höhepunkt erreichten. Das für Kornbau bestimmte Land war in den Jahren 1882—92 allerdings um ein Drittel geringer als in der vorhergehenden Dekade, aber die Zahl der Rinder stieg um 28%, die der Schafe um 17%.

Dagegen verminderte sich erheblich die Zahl der kleinen Pächter und Landarbeiter. Die Stellen, aus denen die kleinen Pächter verdrängt wurden, schlug man zu großen Grundkomplexen zusammen und verpachtete sie an reiche Leute, die sie durch Verwalter bewirtschaften ließen.

Noch stärker wurden die Landarbeiter verdrängt. Ihre Zahl nahm von 1871—81 um über 14000 Köpfe ab.

Der Durchschnittswochenlohn für Landarbeit, d. h. wirklich geleistete — verhindert schlechtes Wetter die Arbeit, so pflegt der Unternehmer auch nichts zu bezahlen — betrug 12 resp. 11 sh. und, den höheren Herbstlohn mit hineingerechnet, etwa 14 sh. Weiber und Kinder verdienten natürlich weniger. Die harte Arbeit beginnt am frühesten Morgen und in vielen Fällen muß der Arbeiter sehr weite Wege bis zum Gutshof zurücklegen (ib. III. 20).

Vergleichsweise gut bezahlt sind die französischen Tabakarbeiter. Die Tabakindustrie ist bekanntlich Staatsmonopol und der Staat scheint seine Arbeiter im ganzen ziemlich nobel zu behandeln. Die Arbeiterschaft ist zum größten Teil gewerkschaftlich organisiert in 25 lokalen Vereinigungen, die sich seit 1891 zu einem Landesverband mit dem Sitze in Paris zusammengeschlossen haben. Ihre Mitgliederzahl stieg auf über 11000, somit ¾ des

Gesamtpersonals der Arbeiterschaft, das 1895 aus 1399 männlichen und 13982 weiblichen Personen bestand. Die Männer haben offenbar fast nur höhere Stellen inne. Die Einkommensverhältnisse waren wie folgt:

	Zahl der Arbeiter		Mittlere Jahreslöhne	
	männliche	weibliche	männl. Arb. Fr.	weibl. Arb. Fr.
Altersstufe unter 20 Jahr	12	130	621.86	864.60
„ 21—30 „	168	2221	1417.30	793.—
„ 31—40 „	540	5318	1413.03	800.—
„ 41—50 „	407	3970	1524.—	811.40
„ 51—55 „	110	1276	1484.—	783.67
„ 56—60 „	90	771	1492.50	751.78
„ 61—65 „	67	293	1515.49	830.26
„ über 65 „	5	3	1598.76	1019.58
	1399	13982	1492.—	802.—

Trotz aller relativ günstigen Verhältnisse bezieht doch keine der Altersstufen das Existenzminimum Wörishoffer's, das doch für Deutschland gelten soll, während man nach allgemeiner Ansicht in Frankreich besser zu leben gewohnt ist.

Von 1891/92—1895/96 stieg der Jahreslohn der württembergischen Staatseisenbahnarbeiter von 770 auf 822 M., während er 1893/94 schon auf 854 M. stand. Bei den gelernten Arbeitern der Werkstättenverwaltung beliefen sich 1895/96 die Löhne auf etwa 1100 M., bei den ungelernten auf etwa 800, während sie bei der allgemeinen Verwaltung und der Bahnverwaltung gar nur 700 bezw. 637 M. betrugen.

Nach den Angaben der süddeutschen Textil-Genossenschaft stiegen die Löhne ihrer Arbeiter von 527 M. im Jahre 1887 auf 585 M. im Jahre 1896.

In der bedeutenden Möbel- und Holzwaren-Industrie Württembergs war nach Angabe der Berufsgenossenschaft 1894—96 eine Lohnsteigerung von 243 resp. 244 auf 246.7 Pfennige wahrnehmbar (!). Die Steinbrucharbeiter „erzielten“ 1896 250.7, die Brauereiarbeiter 296 Pfennige. Dagegen (!) wuchs innerhalb der langen Periode 1868—96 der Lohn der Tabakarbeiter nur von 433 auf 449.8 M. pro Jahr. Die Salinen- und Salzarbeiter hatten relativ hohe (!) aber stark schwankende Löhne von 702 auf 894 M., ebenso

die Arbeiter in Zuckerfabriken, Brauereien und Großtöpfereien. Die Löhne der Glasarbeiter sanken beständig, die der Schornsteinfeger sind exorbitant niedrige. „Am besten stehen sich innerhalb dieses durchaus unerfreulichen Ziffernbildes die Arbeiter an den Straßen- und Privatbahnen mit 800 bezw. 1100 M. Jahresverdienst, dessen Durchschnittssätze durch Einstellung von niedriger entlohnten Gelegenheitsarbeitern herabgedrückt werden.“

„Innerhalb einiger besser entlohnten Industrien vermehrte sich 1891—95 die Zahl der Vollarbeiter (d. h. der an 300 Tagen Beschäftigten) von 61654 auf 69442, ihr Jahreslohn von 686 auf 708 M.“ Und das soll gegenüber allen früheren Lohnangaben „eine erhebliche Steigerung“ bedeuten. Die Preise der Lebensmittel sollen „im ganzen gefallen“ sein, dagegen hatten die Mietpreise angezogen (Soziale Praxis VIII. 1122f., aus einer Arbeit von Dr. H. Losch in den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde, Jahrgang 1897). Von den gefallenen Preisen der Lebensmittel „im ganzen“ weiß leider außerhalb der „Wissenschaft“ kein Mensch etwas. Immer wieder hört man, sogar offiziell, daß die Beamten-, Offiziers- und Lehrergehalte erhöht werden müßten, weil sie den neueren Preisverhältnissen nicht mehr entsprächen. Wenn das Leben im ganzen wirklich billiger geworden wäre, dann sollte man die Gehalte der Beamten doch eher herabsetzen. Aber die zunehmende Billigkeit scheint nur so lange angenommen zu werden, als man von gewöhnlichen armen Leuten spricht. Das ist auch eine von den vielen süßen und komfortablen Kulturlügen. „Aber der Zucker ist doch billiger geworden! Aber das Petroleum ist doch billiger geworden!“ Ja, mein Freund, zeitweilig wenigstens, aber der Mensch lebt nicht von Zucker und Petroleum allein. Und im allgemeinen wird das Leben immer teurer, wie jeder weiß, der 40—50 Jahre den Rummel mit angesehen hat.

In deutschen Zündholzfabriken, die 61.9% weibliche Arbeiter aufweisen, betrug nach den Berichten der preußischen Gewerbeinspektoren 1897 der Durchschnittslohn der Männer 2.05 M., der Frauen 1.21 M. (Soz. Prax. X. 176). Nach den Berichten der hessischen Fabrikinspektion für 1898 verdienten die Arbeiter in Buchdruckereien 18—28 M. wöchentlich, die Arbeiterinnen bei gleicher Arbeitszeit nur 6—12 M., männliche Steindrucker 12—40 M., weibliche 5—11 M. Die höchsten Löhne werden aber nur von technisch hervorragenden, künstlerisch tätigen Arbeitern verdient.

In Posamentfabriken betrug der Wochenlohn der männlichen Arbeiter 15—28 M., der weiblichen 4—12 M. In Porzellanmalereien beträgt der Durchschnittslohn für Männer 20 M., für Frauen 6—8 M.

Hier haben wir lauter hochqualifizierte Arbeit; Löhne, die über das Existenzminimum des gewöhnlichen Arbeiters hinausgehen, beziehen aber auch in diesen Branchen doch nur wenige hervorragende Arbeiter, die sicherlich ohne größeres Einkommen auch die schwierigen Arbeiten nicht leisten könnten. Die Mehrzahl der Arbeiter bleibt auch in diesen Beschäftigungen sicher unter dem gemeinen Existenzminimum.

Nach den Angaben des Hochbauamtes und anderer Verwaltungen sind in den Münchener Jahresübersichten (V. 1898) die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Münchens Ende 1898 zusammengestellt. Die meisten Arbeiter stehen im Tag- oder Stundenlohn, doch gibt es auch genug Akkordarbeit. Man hat den Eindruck, daß die Stadt ihre Arbeiter mit Wohlwollen behandelt. Die Einkommensverhältnisse derselben dürfen daher wohl als vergleichsweise günstige angesehen werden. Die Stadt vergütet Nachtarbeit mit 50% Zuschlag. Die Sonntagsarbeit in Betrieben, wo sie üblich ist, dauert bis 4 Uhr und wird doch als voller Tag bezahlt. Für Arbeiten außerhalb des Burgfriedens wird per Mann und Tag 1 M. zugelegt u. s. w. — Das Jahreseinkommen läßt sich aus den Tabellen nach unten nicht sicher fixieren, da vorübergehend beschäftigte Arbeiter in die Übersicht aufgenommen sind, es schwankt im ganzen Durchschnitt von 297—1788 M., für die Mehrzahl der Arbeiter dürfte 900—1100 M. der Durchschnitt sein (ib. IX. 36).

Es gab in London im Jahre 1899 1014 städtische und private Volksschulen mit einem Durchschnittsbesuch von 616373 Kindern. In 621 Schulen sind unterernährte Kinder gefunden worden, und zwar waren von insgesamt 450000 Kindern 55050 oder 12.2% unterernährt. Wahrscheinlich sind aber diese Zahlen noch zu niedrig gegriffen, und in strengen Wintern, während großen Streiks u. s. w. wachsen sie beträchtlich (ib. IX. 193).

Auf dem zehnten evangelisch-sozialen Kongreß in Kiel (Mai 1899) sagte der Vorsitzende, Landesökonomierath Nobbe, in seiner

einleitenden Ansprache u. a.: Es sei nicht zu leugnen, daß das gewerbliche Leben in Deutschland blühe, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse besser geworden. Doch solle man die Sachlage nicht überschätzen. Wenn man erwäge, daß 70 Prozent aller deutschen Hausstände von den Kommunalabgaben befreit seien, weil ihr jährliches Einkommen weniger als 900 M. betrage, wenn man die Überfüllung der Wohnungen und Schlafstellen mit ihren sittlichen und gesundheitlichen Gefahren in den Großstädten und das Leerstehen der Wohnungen auf dem Lande in Betracht ziehe, dann stehe es fest, daß noch eine Riesenarbeit zu tun sei (ib. VIII. 945).

Nach den „Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums" von 1899 schwankt der Lohn für Gedingslöhner in den (staatlichen) Tabakfabriken zwischen ca. 11 Gulden und 3 Gulden. Er ist am höchsten in Wien (11.05 fl. für männliche, 6.09 fl. für weibliche Arbeiter); am niedrigsten für männliche Arbeiter in Monasterzyska (2.97 fl.), für weibliche in Jogielnika (2.43 fl.). Gearbeitet wird durchschnittlich 300 Tage im Jahr. Nehmen wir volle 52 Wochen an, so verdient der bestbezahlte Arbeiter (in dem sehr teuren Wien) höchstens 1200 Fr., der schlechtestbezahlte (männliche) etwa 325 Fr. Männliche erwachsene Taglöhner verdienen aber, mit einzelnen Ausnahmen, in der Tabakfabrik mehr, als dem ortsüblichen Lohn entsprechen würde. Der ortsübliche Lohn wird in der Hauptsache dem Lohn des gewöhnlichen Taglöhners entsprechen und in der Regel von den Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter beeinflußt sein (ib. IX. 322). — Die Löhne der Tabakarbeiter geben also ein Bild von den Einkommensverhältnissen einer ungemein zahlreichen Arbeiterklasse in Österreich, und dieses Bild ist recht traurig.

Im Osten Österreichs gibt es übrigens ortsübliche Wochenlöhne für Männer bis herab auf 1.20 fl., für Frauen bis 0.90 fl., für Jugendliche bis 0.72 fl. (ib. 323).

Dem Berichte des Deputierten de la Porte über das französische Marinebudget 1900 sind folgende Daten über Arbeitslöhne entnommen, die sich auf die in den Häfen und den einzelnen Marine-Etablissements beschäftigten Arbeiter (Tischler, Eisenarbeiter aller Art, Anstreicher, Maschinisten u. s. w.) beziehen. Es sind dies insgesamt 16220 ständig beschäftigte und 9316 temporär beschäftigte Arbeiter, zusammen 25536. Die Löhne, die seit 1898 keine nennenswerte Steigerung, oft sogar einen kleinen Rückgang aufweisen, stellen sich für die **oberste** Kategorie (Contre-maîtres) auf rund 5 Fr. täglich, für Arbeiter auf 3—3$^1/_2$ Fr., für Lehrlinge auf 65—80 Ct. und für Tagelöhner auf 2$^1/_2$—3 Fr. Alle Arbeiter zusammengenommen, ergibt sich folgender Lohndurchschnitt für die wichtigsten Plätze pro Tag: Cherbourg 2.60, Brest 2.86, Lorient 3.14, Rochefort 3.47, Toulon 3.29, Indret 4.70, Guérigny 3, Ruelle 4.35 Fr.

Unter dem Titel „Die Lage der Arbeiter und Taglöhner der badischen Staatsbahn" gab der I. Vorstand des „Verbandes badischer Eisenbahnbediensteter" (christlicher Gewerkverein) anfangs 1900 eine kleine Schrift heraus, deren Inhalt sich auf eingehende Erhebungen stützt, die der Verband in der Weise bewerkstelligte, daß er an fast sämtliche ständige Arbeiter-Taglöhner des badischen Staatsbahnbereichs ca. 4000 Fragebogen versandte, die zum größeren Teil beantwortet zurückkamen. In der Schrift werden im einzelnen die Verhältnisse der Streckenarbeiter, Ablöser, Rangierer, Bremser, Güterarbeiter, Gepäckarbeiter, Bureaudiener und Pförtner, Magazinarbeiter, Maschinenhausarbeiter, Wagenrapporteure, Werkstättenarbeiter, Wagenreiniger und Stationsarbeiter dargestellt. Es ergibt sich, daß die Eisenbahnarbeiter in allen Kategorien durchgehends einen harten, anstrengenden und verantwortungsvollen Dienst haben, daß sowohl die Dienst- wie auch die Lohnverhältnisse bei gleichen Kategorien und Leistungen sehr verschieden geregelt sind, kurz viel vom Belieben der Vorsteher, Werkmeister etc. abhängt, was zu unbegründeten Ungleichheiten, zu Unzufriedenheit und Mißgunst unter den Arbeitern führt.

„Die Lohnerhöhungen der einzelnen älteren Arbeiter stehen durchgehends nicht im richtigen Verhältnis zu den gesteigerten Mietpreisen und Lebensbedürfnissen, eine genügende Fürsorge für das Alter fehlt vollständig."

Die Löhne schwanken sowohl unter den verschiedenen Kategorien, wie in jeder einzelnen Kategorie selber, ziemlich stark, wie man im folgenden sieht.

Kategorie	Taglohn			Gesamt-Jahreseinkommen			
	mindester	höchster	durchschnittlich	mindester	höchster	durchschnittlich	
1. Streckenarbeiter . .	2.00	3.60	2.51	500	900	627	
2. Ablöser	2.40	3.20	2.72	790	1056	897	
3. Rangierer	2.40	3.20	2.96	875	1168	1080	
4. Bremser	2.10	2.70	2.33	766	985	850	336 Fahrgebühren
						1186	
5. Güterarbeiter . . .	2.20	4.00	2.71	803	1460	989	
6. Gepäckarbeiter . .	2.20	3.10	2.74	803	1131	1000	
7. Bureaudiener (Pförtner)	2.20	3.10	2.65	803	1131	967	
8. Magazinarbeiter . .	2.40	3.00	2.70	876	1095	985	
9. Maschinenhaus-arbeiter	2.40	3.00	2.68	876	1095	978	
10. Wagenrapporteure	2.40	3.00	2.82	876	1095	1029	
11. Werkstättenarbeiter	2.40	4.20	2.98	744	1302	923	
Dieselben im Akkord	2.40	5.74	3.10	744	1779	961	
12. Hilfswagenwärter .	2.50	2.80	2.62	912	1022	956	336 Fahrgebühren
						1292	
13. Wagenreiniger . .	2.30	2.70	2.40	899	985	875	
14. Stationsarbeiter . .	2.10	3.10	2.60	766	1131	949	

„Demnach bewegt sich das Durchschnittseinkommen der verschiedenen Kategorien zwischen 627 und 1080 M.; zieht man daraus nochmals den Durchschnitt, wie es die Schrift tut, so ergibt sich für den badischen Eisenbahnarbeiter ein Durchschnittseinkommen von 938 M. Die Broschüre zeigt an der Hand zweier Ausgabe-Budgets (Stadt und Land), daß das Einkommen unzureichend ist“ (Dr. Retzbach, ib. IX. 556f.).

Alle Durchschnittseinkommen bleiben weit unter Wörishoffer's Existenzminimum. Und selbst von den „höchsten Einkommen“, die nach den Zahlenverhältnissen offenbar nicht oft erreicht werden, übersteigen nur drei jenes Minimum, eins davon nur um 2 M. im Jahre, die anderen aber charakterisieren sich durch ihr Verhältnis zum Durchschnittseinkommen als reine Raritäten, die nicht in Betracht kommen bei der Frage nach der sozialen Lage irgend einer, sei es auch einer dünnen, Arbeiterschichte.

Herr Ernst Noack, Vorstand des Arbeitgeberverbandes für

das Baugewerbe in Dresden, macht im November 1901 in der S. Pr. (XI. 174ff.) Mitteilungen über die Einkommensverhältnisse der Bauarbeiter in Dresden.

Der durchschnittliche Verdienst pro Jahr, unter der Voraussetzung, daß der betreffende Arbeiter das ganze Jahr voll beschäftigt war, betrug

im Jahre	Maurer	Zimmerer	Bauhandarbeiter (?)
	M.	M.	M.
1891	1000	1000	780
1892	1050	1050	800
1893	1050	1050	800
1894	1100	1100	820
1895	1150	1150	830
1896	1150	1150	850
1897	1150	1150	880
1898	1200	1200	930
1899	1250	1250	980
1900	1250	1250	980

Für eine eigene Familienwohnung in Dresden muß der Arbeiter nicht unter 250 M. bezahlen, oft mehr. Zieht man diese Ausgabe vom Verdienst ab, so bleiben dem Maurer oder Zimmerer 1000 M. oder für den Tag 2.74 M., dem Bauarbeiter nur 730 M., pro Tag 2 M. — im Jahre 1900, beim höchsten Lohn. Der Verheiratete muß hiervon durchschnittlich 4—5 Köpfe ernähren und kleiden, Steuern und Werkzeuge und Schulden bezahlen u. s. w. Dazu kommen bei den meisten unfreiwillige Arbeitspausen, durch die der Jahreslohn noch um durchschnittlich 15 Prozent vermindert wird. Dann stellt sich der Jahresverdienst wie folgt:

	Maurer	Zimmerer	Bauhandarbeiter
	M.	M.	M.
	1060	1060	850 [1]
ab Miete	250	250	250
Rest	810	810	600

Auf den Tag berechnet, bleiben also für alle anderen Bedürfnisse beim Maurer und Zimmerer 2.21 M., beim Arbeiter 1.64 M. Daraus zieht Herr Noack den allerdings unzweifelhaften Schluß, daß der den Bauarbeitern jetzt gezahlte Lohn „keinesfalls zu hoch“ sei. „Wenn die Frau nicht mitverdienen hilft — und das ge-

[1] Die Zahlen der ersten Reihe sind, genau gerechnet: 1062,5 und 833.

schieht, wenn es geschieht, meist auf Kosten des Familienwohlseins und der Kindererziehung — dann wird es eben manchmal sehr schwer reichen“. „Daß der Lohn, den die Arbeiter des Baugewerbes in Dresden beziehen, zur Befriedigung übertriebener Bedürfnisse, auch in den besseren Fällen, nichts übrig läßt, wird durch obige Darlegungen wohl bewiesen sein, daher ist auch der Lohn, den die Arbeiter des Baugewerbes in Dresden erhalten, kein ungerechter, sondern ein gerechter Lohn!“ Mit welch köstlicher Naivität wird hier der deutsche Unternehmerstandpunkt von einem wohlwollenden Manne dieses Standes, der zur Verteidigung der Arbeiter sogar Artikel in die „Soziale Praxis“ schreibt, präzisiert! Ein gerechter Lohn ist nur derjenige, der dem Arbeiter für Luxusbedürfnisse nichts übrig läßt, mit dem der Arbeiter, wenn nicht die Frau dazu verdient, „manchmal sehr schwer“ auskommt!

1.64 M. bis 2.21 M. für alle Bedürfnisse, außer der Wohnung! Möge der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Dresden seine Herren Kollegen ersuchen, einmal 8 Tage lang mit diesen Summen auszukommen.

Und das war zur Zeit eines glänzenden Geschäftsganges. Von nun an geht es in Deutschland und anderswo wieder abwärts.

Der „Reichsanzeiger“ brachte eine Nachweisung über die in den Hauptbergbaubezirken Preußens im ersten Vierteljahr 1901 verdienten Bergarbeiterlöhne. Daraus folgendes:

Die gesamte Belegschaft war beim Steinkohlenbergbau in allen Bezirken größer als im vierten Quartal 1900; sie betrug 388865 gegen 380012 im vierten Quartal und 361361 im Jahresmittel 1900. Die auf einen Arbeiter entfallenden Schichten sind im Oberamtsbezirk Dortmund von 79 auf 74 zurückgegangen, in den Bergwerken bei Aachen von 77 auf 76. In Niederschlesien sind sie auf 75, bei Saarbrücken auf 73 verblieben, in Oberschlesien von 69 auf 70 gestiegen. Im Bezirk Dortmund ist der verdiente reine Lohn von 77.3 auf 72.6 Millionen Mark gesunken. Der auf einen Arbeiter und eine Schicht entfallende Lohn ist in allen Bezirken zurückgegangen, am meisten in Niederschlesien um 12 Pf., dann im Bezirk Dortmund um 8 Pf., bei Aachen um 7, in Oberschlesien und bei Saarbrücken um 3 Pf. Der auf einen Arbeiter entfallende reine Lohn sank im Bezirk Dortmund gegen das letzte Quartal 1900 von 333 auf 308 M., bei Aachen von 302 auf 292, bei Saarbrücken von 263 auf 261, in Niederschlesien von 234 auf 223, in Oberschlesien stieg er von 219 auf 222 M.

Im Braunkohlenbergbau des Bezirks Halle stieg die Arbeiterzahl von 34456 auf 35540. Die Zahl der Schichten per Arbeiter fiel von 76 auf 75, der durchschnittliche Schichtlohn von 3.13 auf 3.04 M. und der gesamte Lohn von 238 auf 229 M. Im Salzbergbau stieg er von 291 auf 293 M.

Im Erzbergbau ist der Schichtlohn bei ziemlich unverändert gebliebener Arbeiterzahl meist erheblich gesunken, so in Mansfeld um 18, im gesamten rechtsrheinischen Betrieb um 11 Pf., nur im Oberharz stieg er um 2 Pf. Der auf den Arbeiter entfallende reine Lohn ist um 4—15 M. zurückgegangen (ib. X. 965).

Man sieht hieraus zugleich, daß im letzten Quartal 1900 nur der Lohn im Steinkohlenbau des Bezirks Dortmund dem Existenzminimum entsprach, sonst kein Lohn in beiden Quartalen. Manche stehen tief darunter. Andererseits zeigt sich wieder die typische Tatsache, daß ein Rückgang in der Konjunktur sofort den Arbeitern kräftig spürbar wird, beim Aufschwung aber mit der Lohnsteigerung hübsch gewartet wird, so lange, als man ihr entgehen kann.

Alle Berichte der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten stimmen darin überein, daß das Jahr 1901 infolge der wirtschaftlichen Krisis, die sich übrigens über die Grenzen dieses Jahres hinaus erstreckte, für die Arbeiter ein sehr ungünstiges gewesen ist. Die Arbeitsgelegenheit war vielfach knapp, Arbeitsverkürzungen, Feierschichten, Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen waren an der Tagesordnung. Die Lebenshaltung der Arbeiter wurde an verschiedenen Stellen, namentlich in Berlin und im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, stark herabgedrückt, zumal fast durchgängig ein Steigen der Lebensmittelpreise zu verzeichnen war. Wohl noch in keinem Jahre sind so wenig Gesuche um Bewilligung von Überzeitarbeit bei den Behörden gestellt worden.

Auch der Streiks waren weit weniger, die meisten waren Abwehrstreiks und endeten mit einem Mißerfolg. Vielfach wurde die Arbeit erwachsener Männer durch die billigere Arbeit der Jugendlichen und Frauen ersetzt, besonders auch in Berlin, wo man Arbeiterinnen selbst in der Schraubenfabrikation, an Metall- und Papierpressen und an Schmelzkesseln für Bleikomposition, wo Bilderrahmen und dergleichen gegossen werden, tätig sehen kann. Selbst im Steinmetzgewerbe werden Frauen beim Polieren von Marmor, Granit und anderen Gesteinen angetroffen. Auch krasse Beispiele von Kinderausbeutung führen die Berichte auf (ib. XI.

1082). Ganz dasselbe berichten die Beamten des Königreichs Sachsen (ib. 1108).

Nach dem Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten in Bayern für 1901 ist die Ernährung und gleichzeitig die gesamte Lebenshaltung bei einem großen Teil der Arbeiterbevölkerung unter der Ungunst der Erwerbsverhältnisse zurückgegangen, womit auch die aus einigen Orten (Oberbayern, Pfalz) berichtete Steigerung des Pferdefleischverbrauchs übereinstimmt (XI. 543).

In England betrug 1901 die Reduktion der Löhne für 901820 Personen 1570320 Mark per Woche und im Durchschnitt 1.75 M. per Kopf. Im Kohlenbergbau hatten die Arbeiter eine Lohnreduktion von 1.60 M. auf sich zu nehmen, in den Erzgruben sogar von 6.60 M., in der Eisen- und Stahlindustrie von 5.75 M. (ib. XI. 509). Im Jahre 1900 gab es zur Abwehr von Lohnreduktionen 46 Streiks, im Jahre 1901 dagegen 98. Die Streiks für Lohnerhöhung nahmen ab von 268 auf 164 (ib. 490).

In London wurde am 5. Juli 1902 das Krönungsmahl der Armen abgehalten. Über eine halbe Million Arme wurden auf Kosten des Königs gespeist. Der Hauptgrundsatz für die Auswahl der Einzuladenden war (nach den ausführlichen Mitteilungen des Londoner Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung), daß die Leute arm sein mußten. Arbeitsscheue und notorische Taugenichtse sollten ausgeschlossen werden und es wurde der Typus des „verdienstvollen" Armen als Grundsatz für die Eigenschaft des Königsgastes aufgestellt. Gemeint waren vermutlich in der Hauptsache Arbeiter mit schlechtem, unauskömmlichem Lohne, sodann Witwen und andere Personen, die Armenunterstützung erhielten. Alle aber mußten seit dem 1. Mai in demselben Viertel ihren Wohnsitz gehabt haben. Die ganz Elenden, die rastlos von einem Viertel in's andere Arbeit suchend wandern oder die bereits im Armenhause gestrandet sind, waren also nicht gemeint. Die Aufgabe, die Gäste auszuwählen, war im wesentlichen der auch sonst mit der Armenpflege wohl betrauten Pfarrgeistlichkeit und besonderen Kommissären zugefallen. Der Berichterstatter machte die Beobachtung, daß die Männer viel befangener waren als die Frauen: „Sie empfanden lebendiger, offenbar schärfer als die Frauen, daß sie sich hier mit dem amtlichen Merkmal der Armut befanden". — Unter solchen Umständen bedeutet die halbe Million (samt ihren nicht geladenen Kindern) selbst in einer so großen Stadt wie London immerhin einen so jämmerlichen Zustand der Massen, daß auch das 20. Jahrhundert bisher keinen Grund hat, sich seiner sozialen Zustände und Fortschritte zu rühmen. Es ist die Frage, ob in irgend einer vorkapitalistischen Zeit, genauer zu irgend einer Zeit vor der modernen maschinellen Großindustrie, ein englischer König eine solche Quote der Londoner Bevölkerung hätte zum „Krönungsmahl der Armen" einladen können, ob ein solcher Prozentsatz der erwachsenen Männer Londons „mit dem amtlichen Merkmal der Armut" sich eingefunden hätte, besonders wenn man bedenkt, daß der ungeheuere, unterste Bodensatz des Elends und der Verkommenheit in der kapitalistischen Weltkapitale gar nicht geladen war. Ein Gegenstand zum Nachdenken!

Gegenüber solchen Erscheinungen, mitten im gepriesenen England, kann Alfred Grotjahn (Über Wandlung der Volksernährung, 1902) Glauben finden, wenn er sagt, daß die Tendenz zur Unterernährung sich vergrößert, daß Veränderungen stattfinden, die im Interesse der Volksgesundheit und -Kraft bedauerlich sind, daß allgemeine Schwäche, Blutarmut, Nervosität, Disposition zu allerhand Krankheiten zunehmen müssen, weil die Ernährungsweise so häufig bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen schlecht sein muß.

Sogar in der amerikanischen Landwirtschaft sind, wie Dr. Ch. Spahr in seinem Buch „The American Working People" nachweist, die Löhne neuerdings gesunken. Beispielsweise mußten die Farmer in Arkansas früher Löhne von 18—20 $ im Monat zahlen, während sie jetzt einen guten Arbeiter schon für 10 $ bekommen. In den Baumwolleplantagen des Black Bell fielen die Löhne in den letzten Jahren von 75 Cents pro Tag auf 30—40 Cents, wozu noch als Naturalbezüge $3^1/_2$ Pfund Speck und $^1/_4$ Metze Mehl pro Woche kommen. Für Tage, wo man des Wetters wegen nicht arbeiten kann, wird der Lohn abgezogen. In Nord-Georgia sind 8 $ im Monat schon als ein guter Lohn für einen weißen Arbeiter zu betrachten; die nebenbei verabreichte Naturalverpflegung ist auf nicht mehr als 5 $ im Monat einzuschätzen. — Das würde im Jahre, wenn die Arbeit immer gleich fortgeht, ungefähr 780 Fr. ausmachen. Allerdings wird von Spahr behauptet, daß die Lebensweise bedeutend billiger sei als in den Industriebezirken, ja daß die Hälfte des Lohnes, der in den Städten[1]) gezahlt wird, auf dem Lande ausreichen würde, um damit aus-

[1]) In New-York stiegen von 1897—1901 nach dem Bericht des dortigen Arbeitsamtes die Löhne um 16 Prozent, die Preise im Großhandel um 26 Prozent, die Kosten des Jahresverbrauchs (von 1898—1902) per Kopf um 39

1092). Ganz dasselbe berichten die Beamten des Königreichs Sachsen (ib. 1108).

Nach dem Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten in Bayern für 1901 ist die Ernährung und gleichzeitig die gesamte Lebenshaltung bei einem großen Teil der Arbeiterbevölkerung unter der Ungunst der Erwerbsverhältnisse zurückgegangen, womit auch die aus einigen Orten (Oberbayern, Pfalz) berichtete Steigerung des Pferdefleischverbrauchs übereinstimmt (XI. 543).

In England betrug 1901 die Reduktion der Löhne für 901820 Personen 1570320 Mark per Woche und im Durchschnitt 1.75 M. per Kopf. Im Kohlenbergbau hatten die Arbeiter eine Lohnreduktion von 1.60 M. auf sich zu nehmen, in den Erzgruben sogar von 6.00 M., in der Eisen- und Stahlindustrie von 5.75 M. (ib. XI. 500). Im Jahre 1900 gab es zur Abwehr von Lohnreduktionen 46 Streiks, im Jahre 1901 dagegen 98. Die Streiks für Lohnerhöhung nahmen ab von 268 auf 164 (ib. 490).

In London wurde am 5. Juli 1902 das Krönungsmahl der Armen abgehalten. Über eine halbe Million Arme wurden auf Kosten des Königs gespeist. Der Hauptgrundsatz für die Auswahl der Einzuladenden war (nach den ausführlichen Mitteilungen des Londoner Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung), daß die Leute arm sein mußten. Arbeitsscheue und notorische Taugenichtse sollten ausgeschlossen werden und es wurde der Typus des „verdienstvollen“ Armen als Grundsatz für die Eigenschaft des Königsgastes aufgestellt. Gemeint waren vermutlich in der Hauptsache Arbeiter mit schlechtem, unauskömmlichem Lohne, sodann Witwen und andere Personen, die Armenunterstützung erhielten. Alle aber mußten seit dem 1. Mai in demselben Viertel ihren Wohnsitz gehabt haben. Die ganz Elenden, die rastlos von einem Viertel ins andere Arbeit suchend wandern oder die bereits im Armenhause gestrandet sind, waren also nicht gemeint. Die Aufgabe, die Gäste auszuwählen, war im wesentlichen der auch sonst mit der Armenpflege wohl betrauten Pfarrgeistlichkeit und besonderen Kommissären zugefallen. Der Berichterstatter machte die Beobachtung, daß die Männer viel befangener waren als die Frauen: „Sie empfanden lebendiger, offenbar schärfer als die Frauen, daß sie sich hier mit dem amtlichen Merkmal der Armut befanden“. — Unter solchen Umständen bedeutet die halbe Million (samt ihren nicht geladenen Kindern) selbst in einer so großen Stadt wie London immerhin einen so jämmerlichen Zustand

der Massen, daß auch das 20. Jahrhundert bisher keinen Grund hat, sich seiner sozialen Zustände und Fortschritte zu rühmen. Es ist die Frage, ob in irgend einer vorkapitalistischen Zeit, genauer zu irgend einer Zeit vor der modernen maschinellen Großindustrie, ein englischer König eine solche Quote der Londoner Bevölkerung hätte zum „Krönungsmahl der Armen“ einladen können, ob ein solcher Prozentsatz der erwachsenen Männer Londons „mit dem amtlichen Merkmal der Armut“ sich eingefunden hätte, besonders wenn man bedenkt, daß der ungeheuere, unterste Bodensatz des Elends und der Verkommenheit in der kapitalistischen Weltkapitale gar nicht geladen war. Ein Gegenstand zum Nachdenken!

Gegenüber solchen Erscheinungen, mitten im gepriesenen England, kann Alfred Grotjahn (Über Wandlung der Volksernährung, 1902) Glauben finden, wenn er sagt, daß die Tendenz zur Unterernährung sich vergrößert, daß Veränderungen stattfinden, die im Interesse der Volksgesundheit und -Kraft bedauerlich sind, daß allgemeine Schwäche, Blutarmut, Nervosität, Disposition zu allerhand Krankheiten zunehmen müssen, weil die Ernährungsweise so häufig bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen schlecht sein muß.

Sogar in der amerikanischen Landwirtschaft sind, wie Dr. Ch. Spahr in seinem Buch „The American Working People“ nachweist, die Löhne neuerdings gesunken. Beispielsweise mußten die Farmer in Arkansas früher Löhne von 18—20 $ im Monat zahlen, während sie jetzt einen guten Arbeiter schon für 10 $ bekommen. In den Baumwolleplantagen des Black Bell fielen die Löhne in den letzten Jahren von 75 Cents pro Tag auf 30—40 Cents, wozu noch als Naturalbezüge $3\frac{1}{2}$ Pfund Speck und $\frac{1}{4}$ Metze Mehl pro Woche kommen. Für Tage, wo man des Wetters wegen nicht arbeiten kann, wird der Lohn abgezogen. In Nord-Georgia sind 8 $ im Monat schon als ein guter Lohn für einen weißen Arbeiter zu betrachten; die nebenbei verabreichte Naturalverpflegung ist auf nicht mehr als 5 $ im Monat einzuschätzen. — Das würde im Jahre, wenn die Arbeit immer gleich fortgeht, ungefähr 780 Fr. ausmachen. Allerdings wird von Spahr behauptet, daß die Lebensweise bedeutend billiger sei als in den Industriebezirken, ja daß die Hälfte des Lohnes, der in den Städten[1]) gezahlt wird, auf dem Lande ausreichen würde, um damit aus-

[1]) In New-York stiegen von 1897—1901 nach dem Bericht des dortigen Arbeitsamtes die Löhne um 16 Prozent, die Preise im Großhandel um 26 Prozent, die Kosten des Jahresverbrauchs (von 1898—1902) per Kopf um 39

kömmlich zu leben. Daraus wird gefolgert, daß die Existenzverhältnisse in der amerikanischen Landwirtschaft nicht als ungünstig zu bezeichnen seien (ib. X. 335).

Es ist den Nationalökonomen längst bekannt, daß die Löhne in Amerika im allgemeinen beträchtlich höher sind als in Europa und man ist auch über den Grund dieser Erscheinung so ziemlich einig. In dem Maße, wie sich der koloniale Charakter des Landes allmählich verliert, wird auch das Exzeptionelle in der Stellung seiner Arbeiter verschwinden, wenn nicht von unten herauf kräftige Remeduren geschaffen werden, und wenn die Arbeiter oder irgendwelche Kategorien derselben dann noch fortdauernd höhere Löhne beziehen als in anderen Ländern, so wird das vermutlich nur davon kommen, daß sie — eben durch ihre frühere exzeptionelle Lage — eine höhere Leistungsfähigkeit erlangten, die nun, wenn sie, zu Gunsten auch der Besitzenden, erhalten werden soll, auch höhere Löhne bedingt.

Breitet sich der Imperialismus weiter aus, wie in den letzten Jahren, streben diese „Republikaner“ und „Demokraten“ nach Ruhm und Eroberung, gelingt es, die Augen der Masse durch Erfolge in der auswärtigen Politik zu blenden, dann wird das amerikanische Arbeiterglück, soweit es noch besteht, rasch in die Brüche gehen und die Freiheit auch.

Im übrigen möchte ich mir die Bemerkung erlauben, daß amerikanische Schriftsteller, wenn sie für weitere, auch ausländische Leserkreise die sozialen Verhältnisse von „our country“ schildern und beurteilen, offenbar nicht ungern ein wenig schön färben, sogar ein bischen prahlen.

So ist es sicher geflunkert, wenn Spahr behauptet, daß ein Arbeiter auf dem Lande mit 780 Fr. oder noch weniger recht auskömmlich leben kann. Und soll er in amerikanischen Städten auskömmlich leben, wenn er, wie man nach Spahr annehmen muß, nicht einmal das Doppelte dieser Summe bezieht?

John Graham Brooks machte 1892 im Soz.pol. Centr.-Blatt (I. 15 f.) Mitteilungen über die Lage der Arbeiter in Brockton in Massachusetts. Die herrschende Industrie ist das „Schuhgewerbe“. Der Durchschnittssatz des täglichen Lohnes beträgt $1.62\frac{1}{2}$ Dollar, das sind ungefähr 8.60 Fr.

Prozent, der Preis der Brotstoffe um 48 Prozent, des Fleisches um **100** Prozent, „Diverses“ (d. h. alles außer Nahrung, Kleidung und Metallartikel) um **109** Prozent (Soz. Pr. XI. 1126).

Im Durchschnitt umfaßt die jährliche Arbeitszeit eine Dauer von zehn Monaten.

Fleisch und Wohnungen sind (nach Brooks) im Laufe der letzten Dezennien teurer geworden. Aber die Wohnungen sind weit besser als früher und die Arbeiter genießen reichlich das beste Fleisch. Viele Wohnräume sind fast elegant ausgestattet. Ein Piano oder ein Badezimmer gehören durchaus nicht mehr zu den Seltenheiten. Der Verfasser spricht von Wohnungen von 4—5 oder 6 Zimmern, und es müssen nach dem Kontext damit Arbeiterwohnungen gemeint sein. Hunderte von Arbeitern befinden sich in völlig sicherem Besitz ihres Hauses und Grundstücks und ein Arbeiter von durchschnittlicher Geschicklichkeit kann nach der Meinung des Verfassers bei gewöhnlicher Umsicht und Klugheit ein hübsches Haus mit Grundstück in 15 Jahren erwerben und bezahlen, ohne sich und seiner Familie viele berechtige Annehmlichkeiten zu versagen.

Ein geräumiges und prächtiges Theater verdankt seine Existenz hauptsächlich den Arbeitern und ihren Familien u. s. w. Beschäftigungslose sind vorhanden, doch nicht in großer Zahl. Indessen bringen die wechselnden Konjunkturen Zeiten, in denen 10 und selbst 15 Prozent der Arbeiter untätig sind. Auch Streiks haben stattgefunden und zwar in beträchtlichem Umfange — mitten in diesem Schusterparadiese, wo eine Arbeiterfamilie mit einem Jahreseinkommen von 2580 Fr. (wenn man 300 Arbeitstage rechnet, was nach obigem zu viel ist) Wohnungen von 4—5 Zimmern mieten, das beste Fleisch reichlich essen, ein Piano und sogar ein Haus kaufen und häufig in's Theater gehen kann! Soviel kann man sich hier in dem alten Europa mit 5000 und 6000 Fr. nicht gönnen, man muß mit einem solchen Einkommen, auch wenn man kein Haus kauft, noch immer auf gar „viele berechtigte Annehmlichkeiten“ verzichten. Es scheint hiernach in Amerika alles fabelhaft billig zu sein. Fleisch und Wohnungen haben früher, bevor die Preise stiegen, offenbar fast gar nichts gekostet in our country, dessen riesige modernste Panzerschiffe im Kampf (?) mit alten, morschen, spanischen Holzkähnen den ruhmvollsten Seesieg erkämpften, den die Weltgeschichte bisher erlebt hat — nach den authentischen Aussprüchen amerikanischer Schriftsteller und Staatsmänner.

Es gibt allerdings auch andere Amerikaner, die kühn die unangenehmsten Wahrheiten sagen, z. B. der treffliche, hochbegabte

Morrison J. Swift (Advent of Empire, Imperialism and Liberty, A League of Justice, zahlreiche prächtige Artikel in seiner Zeitschrift Public Ownership Review u. s. w.).

Eine Korrespondenz der „Neuen Zürcher Zeitung“, datiert aus New-York, den 27. Dezember 1901, abgedruckt am 20. Jan. 1902, stellt die sozialwirtschaftlichen Verhältnisse folgendermaßen dar: „Seit einigen Jahren ist nun ohne Aufhören von dem großen wirtschaftlichen Aufschwung der Vereinigten Staaten geredet und die damit verbundene Wohlfahrt des Volks gepriesen worden, und auch Präsident Roosevelt hat den Hymnus von dem beispiellosen Gedeihen der Republik in seiner Botschaft angestimmt. Schließlich läßt sich die Wohlfahrt auch nicht leugnen, da sie ziffermäßig bewiesen worden ist, und da Zahlen nicht lügen, wenn sie richtig gesetzt werden. Aber es zeigt sich bei näherem Hinsehen, daß es mit der Wohlfahrt doch ein eigenes Ding ist, daß sie sehr einseitig ist. Präsident Roosevelt sagt in seiner Botschaft wörtlich: ‚Es ist nicht wahr, daß die Reichen reicher, die Armen ärmer geworden sind‘. Man fragt sich aber doch verwundert, woher die große Zahl der Millionäre gekommen ist. Vor 30 Jahren gab es auch schon einige Millionäre in den Vereinigten Staaten, aber ihre Zahl war sehr gering im Vergleich zu der Gegenwart, und eine, zwei oder drei Millionen galten damals noch als etwas ganz anderes, als in der Gegenwart, wo die Hundertmillionenvermögen gar nicht mehr vereinzelt sind. Der Millionärstand ist üppig in's Kraut geschossen. Die Reichen sind in den Vereinigten Staaten viel reicher geworden und werden es von Jahr zu Jahr noch mehr. Wie unbedeutend waren die Vermögen eines Jay Gould, eines Carnegie, eines Rockefeller und wie diese Leute alle heißen, vor 30 Jahren gegen die heutigen Reichtümer der Familien.

Mit dem Ärmerwerden ist es aber eine andere Sache. Das hat eine ganz bestimmte Grenze. Denn wenn der Mensch nichts mehr besitzt, kann er nicht mehr ärmer werden, während dem Reichwerden keine Grenzen gesteckt sind. Übrigens spricht der Präsident nur von Reichen und Armen. Beide Klassen bilden weder die einzigen, noch die besten staatserhaltenden Elemente in den Vereinigten Staaten, sondern es gibt noch einen gesunden Mittelstand. Diesem Mittelstande ist aber durch die modernen amerikanischen Geschäftsbetriebe der Lebensnerv unterbunden. Das Handwerk hat nur noch in seltenen Fällen einen goldenen Boden, die Selbständigkeit des kleinen Mannes wird stetig unsicherer, das Heer der abhängigen Arbeiter schwillt mächtig an, und mit der Abhängigkeit des Arbeiters wächst auch die Unsicherheit seiner Existenz; das Zurückgehen so vieler, die früher in behaglichen Verhältnissen lebten, in die abhängige und weniger sichere Stellung des Arbeiters bedeutet nichts anderes, als ein Ärmerwerden des Mittelstandes. Das kleine Geschäft rentiert nicht mehr wie vor 30 Jahren.

Wenn der Präsident Roosevelt im Verlauf seiner Botschaft weiter verkündet, daß die Löhne höher sind, als sie jemals waren, so gilt das nur für einen Prozentsatz und nicht einmal für einen großen. Einige Löhne mögen wohl gestiegen sein, aber im ganzen sind sie niedriger als vor Jahren, oder wo der Verdienst derselbe ist, da muß jetzt ganz anders gearbeitet werden, als es früher notwendig war. Es gilt eine viel intensivere Ausnutzung von Zeit und Kraft, um sich über Wasser zu halten, und trotzdem gelingt es nicht immer. Der Arbeitsstatistiker des Staates Illinois hat neulich bekannt gegeben, daß der Durchschnitts-Jahreslohn weiblicher Arbeiter in den Fabriken und Läden dieses Staates nur 76 Dollars beträgt. Das wäre ein Wochenverdienst von kaum anderthalb Dollar. Und wenn der Tagesverdienst in den sog. Sweat Shops in New-York und Chicago für Frauen, welche Kleider machen, 26 Cents beträgt, kann doch von keinen hohen Löhnen die Rede sein, nicht einmal von menschenwürdigen.

Amerika mit seinem ungeheuren Bodenreichtum, der zum Teil noch gar nicht erschlossen ist, mit seiner für das große Gebiet geringen Bevölkerung muß ja gedeihen. Es wäre unnatürlich, wenn es nicht so wäre. Die Wohlfahrt ist auch da, aber sie kommt nicht der Menge der Einwohner zu gute, sie ist einseitig.“ — Der Korrespondent ist vielleicht ein Pessimist, jedenfalls aber findet auch der Pessimist im heutigen Amerika Stoff genug für seine Weltschätzung.

§ 86. Wohnung.

Über die Bedeutung der Wohnung für das physische, geistige und moralische [1]) Leben des Menschen und über das Wohnungselend der modernen Arbeiterklasse ist in den letzten Dezennien unendlich

[1]) Aus einem Berichte des Comité de patronage der belgischen Kantone Mons, Leus und eines Teils des Kantons Pâturages teilt „La Flandre liberale“

viel geschrieben worden. Könnte der Arbeiter gute, gesunde, genügende Wohnungen bezahlen, so würde er sie vermutlich auch haben. Sein Lohn reicht im allgemeinen hierzu offenbar nicht aus, und wenn eine gesunde Wohnung mit ausreichendem Luftraum in unserer Zeit, wo wir etwas von Hygiene verstehen, zum notwendigen Lebensunterhalt, zum Existenzminimum gehört, so hat der Arbeiter, der sie sich nicht verschaffen kann, offenbar nicht den notwendigen Lebensunterhalt und sein Einkommen steht unter dem Existenzminimum.

Der Pedell einer schweizerischen Universität hatte seine Amtswohnung unter der Erde und war infolge der Beschaffenheit und Lage derselben samt seiner Familie fortwährend krank, starb dann auch sehr vorzeitig, vermutlich an den Folgen dieser bösen Einflüsse. Eines Tags — so erzählte er mir selbst — wandte er sich mit Darlegung seines Wohnungselends an den derzeitigen Rektor und bat ihn um Hilfe. „Sie erheben wohl den Anspruch," sagte ihm dieser, ein berühmter Mediziner, „zu wohnen wie ein Professor?" „Ich mache keinen Anspruch auf eine gleich schöne und große Wohnung, wohl aber ganz entschieden auf eine ebenso gesunde," antwortete ihm mit vollstem Recht der kleine Schweizermann, der seine Stelle trefflich versah. Jeder Arbeiter kann, wie ich glaube, dasselbe zu seinem Arbeitgeber sagen, wenn es wahr und ein Gesetz unserer Wirtschaft ist, daß der Arbeiter regelmäßig mit seinem Lohn den notwendigen Unterhalt müsse bestreiten können.

Ich will nun hier, wie bei den Löhnen, nur einige Daten aus den letzten Dezennien bringen, wobei hier wie dort die ersten Jahre stärker vertreten sind als die letzten, aus dem einfachen Grunde, weil die Zeitschrift, der ich sie größtenteils entnehme, zu der Zeit, als ihr Herausgeber ein Sozialist war (Dr. Heinrich Braun), die Schattenseiten unseres sozialen Lebens deutlicher und unumwundener hervorhob als später.

im Frühjahr 1892 folgende Daten mit. Auf den kleinen Ort Masnuy-St. Jean, der kaum 1500 Einwohner hat, kommen 255 Arbeiterwohnungen. In 70 derselben schlafen wegen Raummangels junge Burschen und Mädchen im gleichen Raume. In Maisières ist dies in 65 von 192 Arbeiterwohnungen der Fall, in Flénu in 50 von 500, in 10 derselben schlafen Burschen und Mädchen im gleichen Bett. In dem kleinen Flecken Nouvelles, der kaum 64 Arbeiterwohnungen zählt, wurde in 4 Fällen das gleiche konstatiert und in Mons hatte man in 21 Familien das Zusammenschlafen von Burschen und Mädchen in mannbarem Alter angetroffen.

„Gleichzeitig verdrängt die Erbauung hoher Mietkasernen in den großen Städten immer mehr die früher übliche niedrigere Bauweise, so daß gerade die neuesten Quartiere vielfach am dichtesten bevölkert sind; so waren hier in Frankfurt a. M. von den 1882/83 entstandenen Wohnhausbauten 21,7 % vierstöckig, 1890/91 dagegen 56,48 %. Von 100 bewohnten Gebäuden waren vier- und mehrstöckig:

in Frankfurt a. M.	1875	5.1	dagegen	1890	11.7
„ Berlin	1864	15.2	„	1885	42.4
„ Breslau	1880	20.4	„	1890	37.1
„ München	1885	11.7	„	1890	15.3

Schon Zeiträume von 5—15 Jahren zeigen also sehr erhebliche Verschiebungen zum schlimmern, und in Berlin, wo ein größerer Zeitraum zu überblicken ist, erscheint die Verhältnisziffer der hohen Mietkasernen fast verdreifacht. Nach alledem kann man sich bei den offen zu Tage liegenden Mißständen dieser großen Herbergen in der Tat des Gedankens nicht erwehren, daß es höchste Zeit ist, dieser ungesunden Entwicklung kräftige Riegel vorzuschieben" (F. Adickes, Oberbürgermeister in Frankfurt a. M., in No. 1, I. Jahrgang der „Blätter für soziale Praxis").

Diese „ungesunde Entwicklung" ist aber nichts als die normale Entfaltung der freien kapitalistischen Interessen, eine natürliche Konsequenz des individuellen Strebens nach möglichst hohem Profit, das durch keine soziale Macht, welche das Gemeinwohl vertritt, gehemmt wird.

Aus Professor Carl Bücher's ausgezeichneter „Wohnungs-Enquête in der Stadt Basel" (Basel 1891) teilen wir nur folgendes mit: In dieser reichen und sehr gut und solid verwalteten Stadt wird eine erhebliche Anzahl von Zimmern benutzt, welche von so geringen Dimensionen sind, daß Menschen überhaupt nicht in denselben wohnen sollten — wahre Löcher. Und wie dieser Löcher-Styl in neuerer Zeit Fortschritte macht, sieht man beiläufig aus folgender Zusammenstellung. Auf je 100 Zimmer kamen

	im Stadtquartier	im neueren Steinenquartier
solche mit 1 Fenster	64.2	77.5
„ „ 2 Fenstern	31.4	20.2
„ „ 3 und mehr Fenstern	4.4	2.3

Über ein Drittel der untersuchten Wohnungen bot (und bietet) ihren Inhabern nicht den Mindestwohnraum und mehr als der zwanzigste Teil nicht einmal den Mindestschlafraum. Dieser ist auf 10 Kubikmeter taxiert, jener auf 20 (S. 126 ff.).

Im ganzen lebten im Februar 1889 in Wohnungen,

	Einwohner	%
welche nicht einmal den Mindestschlafraum hatten	4 283	7.3
„ den Mindestschlafraum, nicht aber den Mindestwohnraum boten	20 622	35.2
„ mäßigen Wohnraum gestatteten	22 258	38.0
„ reichlichen Wohnraum boten	11 436	19.5 (S. 131)

Eine ungefähre Schätzung ergibt, daß über 15000 Menschen — mehr als ein Viertel der Bevölkerung der untersuchten Wohnungen — der für einen gesundheitfördernden Verlauf des Atmungsprozesses erforderlichen Luftmenge entbehrten (139).

In einer Straße Kleinbasels, in welcher man großes Elend nicht vermuten würde, fand sich bei der Enquête ein überfülltes Familienzimmer zu ebener Erde nach dem Hofe, in welchem ein Ehepaar und 4 Kinder schliefen. Auf den Kopf kamen 7 Kubikmeter Schlafraum. Aber die Familie hatte 7 Kinder. Die Schlafstellen der 3 übrigen fand man in einer dumpfen, feuchten Stube des Hinterhauses, an deren einziges Fenster die hohe Scheidemauer eines Nachbargebäudes so nahe herangerückt ist, daß man sie mit der Hand erreichen zu können meint.

Zwei Häuser weiter wohnte ein Zimmergeselle nebst Frau und 5 Kindern in einer Mansarde von 19.3 m^3 Rauminhalt; das ergibt auf den Kopf 2.8 m^3 Schlaf- und Wohnraum. Im nächstfolgenden Hause fand man unter dem Dach einen fensterlosen Bretterverschlag mit den Schlafstellen zweier Kinder. Auf den Kopf kamen 1.95 m^3!

„Es ist vielleicht nur der Abhaltung der Enquête während des Winters zu verdanken, daß nicht ähnliche Schlafräume in größerer Zahl entdeckt worden sind. Aber wenn auch der zuletzt angeführte Fall vereinzelt dasteht, so ist es nicht so mit den anderen. Es ließe sich eine ganz ansehnliche Zahl von Häusern mit kleinen Wohnungen namhaft machen, in denen ähnliche Verhältnisse sich finden". (142 f.)

Nachdem Bücher über das Halten von Pflegekindern, Zimmermietern, Kost- und Schlafgängern das statistische Material beigebracht, bemerkt er zum Schluß dieses Kapitels (180): „Man braucht diese Dinge nur anzudeuten, um sofort zu erkennen, daß gerade an dieser Stelle die städtische Wohnungsfrage eine tiefernste sittliche Bedeutung gewinnt. Sie schafft in dem Kostkinder- und Schlafgängerhaushalt des Arbeiters einen ganz neuen Familientypus, dem etwas Ähnliches aus der Geschichte kaum an die Seite gestellt werden kann (!). Ihm gegenüber steht der Haushalt der Eltern mit verkostgeldeten Kindern, welcher sich auf die Fabrikarbeit beider Ehegatten gründet. Es ist eine trümmerhafte Art von Familie, auf welche man das alte Wort anwenden könnte, daß jedes Gemeinwesen die Grundlage, auf der es entstanden ist, möglichst lange zu erhalten sucht."

Auch die Wohnungsenquête der Stadt Bern von 1897, deren Resultate im Frühling 1899 veröffentlicht wurden, zeigt schlimme Zustände, sehr hohe Mietpreise und eine außergewöhnliche Bewohnungsdichtigkeit. Der durchschnittliche Preis eines Zimmers ist 172 Fr. Der relative Mietpreis ist im allgemeinen um so kleiner, je mehr Zimmer die Wohnung enthält und um so höher, je ungünstiger die Wohnverhältnisse sind. Auf 2203 Wohnungen von 1 Zimmer kommen 6326 Bewohner, also auf 1 Zimmer 2.9 Bewohner, auf 2803 Wohnungen zu 2 Zimmern kommen 12041 Bewohner, also auf 1 Zimmer 2,1 Bewohner.

Die Zahl der Schlafgänger, welche die Wohnverhältnisse der arbeitenden Klassen Berlins kennzeichnet, hat von 59087 im Jahre 1880 auf 84687 im Jahre 1885 und auf 95365 im Jahre 1890 zugenommen. Während der Anteil der Schlafgänger für ganz Berlin 60.8 pro Tausend der Wohnbevölkerung betrug, bezifferte er sich in der westlichen Luisenstadt, einem Arbeiterquartier mit sehr hoher Behausungsziffer, auf 88, im westlichen Stralauer Viertel, ebenfalls Arbeiterquartier, auf 81. „So lange die Arbeiterfamilien durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen sind, ihre Wohnung mit Fremden zu teilen und diese nötigt, mit solch jämmerlicher Behausung sich zu begnügen, läßt sich eine Reform nicht durchsetzen" (S. p. C. Bl. I. 56).

In seiner Schrift „Was nun? zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland" (1889) sagt Dr. Otto Hammann, ein Todfeind der Sozialdemokratie, der dies Buch wesentlich schrieb, um das Sozialistengesetz zu rechtfertigen — er wollte ein dauernderes und noch schärferes Gesetz, das auch die politischen Feinde der Monarchie treffen sollte —: „Für die proletarische Zersetzung der Gesellschaft in den Großstädten liefert u. a. die Wohnungsstatistik traurige Belege. In Berlin stiegen von 1875—81 die Wohnungen

im Entresol	um 240	oder . . .	6.6 %
„ Erdgeschoß . . .	„ 4166	„ . . .	12.5 „
„ 1. Stock	„ 5958	„ . . .	13.5 „
„ 2. „	„ 6537	„ . . .	15.1 „
„ 3. „	„ 8413	„ . . .	22.1 „
„ 4. „	„ 10585	„ . . .	52.8 „

Die Dachwohnungen erfuhren eine Zunahme von 74.6 %, die im 5. Stock gelegenen Wohnungen waren fast auf das Sechsfache gestiegen.

Ferner ergibt sich, daß, je geringer die Wohnung, um so dichter die Bevölkerung, um so höher die Sterblichkeit ist, und daß mit der Ärmlichkeit der Wohnungswechsel mit seinen unproduktiven Umzugskosten — dreimal umgezogen, so schlimm als einmal abgebrannt — zunimmt.

Im Jahre 1881 wurden in Berlin 254272 Wohnungen beobachtet, von ihnen hatten zu Ostern die Mieter gewechselt: Wohnungen mit über 10 heizbaren Zimmern 12 % und allmählich steigend bis mit 4 heizbaren Zimmern 25, mit 3 28, mit 2 33, mit 1 40, mit 0 47 %.

Umgekehrt zeigen dieselben Klassen bei Beobachtung der Wohnungen, welche seit 10 Jahren den Mieter nicht gewechselt hatten, ein Herabsinken von 27 auf 4 %. Dieses Nomadentum gehört zu den schlimmsten Seiten der großstädtischen Wohnungsnot, weil mit ihm auch die Gesinnung zu leicht zu einer vagabundischen wird" (S. 100f.).

Wir bringen dies Zitat des Verfassers wegen, obwohl die Daten hinter unseren sonstigen zurückliegen. Der Charakter der Erscheinungen hat sich ja auch wohl seither nicht geändert.

Von 82818 Wohnungen in München hatten nach der Zählung vom November 1890 465 gar keine heizbaren Zimmer, 27696 bestanden nur aus einem heizbaren Zimmer (mit oder ohne Nebenräume), 22726 davon hatten keine gesonderte Küche. Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern gab es 20758.

Zimmerzahl	Mietpreise in Mark 1885	1890
1	50—200	50—250
2	100—300	150—400
3	250—600	300—700
4	450—800	500—900
5	500—900	500—1500
6	700—2000	900—2000
7	1000—2000	1200—2000.

In dem kurzen Zeitraum von 5 Jahren sind also die Wohnungen schon erheblich teurer geworden. Damit wächst von selbst all das Elend, das mit schlechten Wohnungen zusammenhängt (S.p. C. Bl. I. 268).

Prof. Schmoller teilte in einem Vortrag mit, daß die Wohnungen, welche nur aus einem Zimmer bestanden, von der Gesamtzahl der Wohnungen betrugen: In Frankfurt a. M. 23 Prozent, in Hamburg 28, in Berlin 49, in Dresden 55, in Breslau 62, in Chemnitz sogar 70 Prozent (Emanuel Wurm: Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, 1892, S. 49).

Die „Soziale Praxis" (X. 202, November 1900) teilt — wie wir hier gleich anführen wollen — mit, daß in Berlin zweizimmerige Wohnungen 370—380 M. kosten, doch sei das nur ein Durchschnittsbetrag, der Preis steigt auch auf mehr als 600 M. Hiernach „leuchtet ein, daß auch die kleinen Wohnungen Berlins bereits eine Miethöhe erreicht haben, die die zweizimmerigen Wohnungen — doch wahrlich das Mindeste, was eine Familie haben sollte [1]) — für die Mehrheit der Arbeiterbevölkerung unerschwinglich macht, verschlingt sie doch $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ des Einkommens eines Arbeiters." — Rund 724000 Einwohner Berlins hausen in 200000 einräumigen Wohnungen, ja in 27000 dieser „Wohnungen" leben 160000 Menschen, in jedem Raum 6 und mehr.

Bei der Aufnahme Ende Oktober 1900 fand man in Berlin und Vororten u. a. 36537 Wohnungen von einem heizbaren Zimmer ohne unheizbare Räume und ohne Küche mit bis zu 16 Bewohnern; 248552 Wohnungen von einem heizbaren Zimmer mit oder ohne unheizbare Räume oder Küche u. s. w. (ib. XII. 212).

Man ziehe einmal vom Arbeitereinkommen $\frac{1}{3}$ oder noch mehr für die Wohnung ab, und man wird ermessen können, in welcher Lage ein solcher Mensch sich befindet.

Bei der Zählung im Jahre 1885 ergab sich, daß dem Arbeiter durchschnittlich jeder Raum 156 M. kostete, gegen 149 im Jahre 1880. In den meisten Arbeitervierteln überstieg aber der Mietpreis den Durchschnitt ganz beträchtlich. So kostete in Moabit 1885 ein Zimmer 178, in der nördlichen Rosenthaler Vorstadt 167, in der südlichen 194, in der östlichen Louisenvorstadt 192. Der ortsübliche Tagelohn für Berlin wurde damals auf 2.40 M. veranschlagt, betrug also bei 300 Arbeitstagen (selten!)

[1]) Wir nennen das notwendigen Unterhalt, Existenzminimum.

720 M. im Jahre. So erforderte schon damals eine hygienisch und sozial ganz ungenügende Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses den 4.—3. Teil des Gesamteinkommens verheirateter Arbeiter (Adolf Braun im S.p. Centr.Bl. II. 171).

Nach den Untersuchungen von Dr. Hans Heß (Die Wohnungsverhältnisse der Nürnberger Arbeiterbevölkerung, 1893) wohnt ein sehr großer Teil der Bevölkerung Nürnbergs erbärmlich. Hier wie überall wächst mit der Kleinheit der Wohnung die Wohndichtigkeit, der Mietpreis (enorm!) und der Mangel an allen hygienischen Vorkehrungen.

Auf Veranlassung des Staatsministeriums wurde u. a. der Magistrat von Bayreuth gefragt, ob es notwendig sei, in dieser Stadt aus Mitteln der Versicherungsanstalt Arbeiterwohnungen zu bauen. Der Magistrat erklärte einstimmig (1893), daß das Bedürfnis nach Arbeiterwohnungen sehr dringend sei. Der Redakteur der Bayreuther Abendzeitung sah einige Arbeiterwohnungen an und fand schreckliche Zustände. — In den meisten Fällen hielten die Arbeiter, wenn sie so glücklich waren, zwei Stuben mieten zu können, noch einen Kostgänger (wohl in Aftermiete).

Die verheirateten Gewerbsgehilfen erklärten in einer Zuschrift an das Bayreuther Tagblatt, daß manchen Entsetzen erfassen würde, wenn er die Wohnungen der Arbeiter sähe; und doch müsse der Arbeiter noch froh sein, in einem solchen Loche mit seiner Familie kampieren zu dürfen (ib. II. 326).

Eine höchst lehrreiche Darstellung der allmäligen Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse bremischer Arbeiter gibt der Jahresbericht für 1896 der Fabrikinspektion für Bremen. Nach ihr kennt der ältere bremische Arbeiter keine Arbeiterkasernen. In seinem kleinen einstöckigen Häuschen wohnt er allein und hat sich auch mehr den Sinn für ein freundliches Heim bewahrt, den er dadurch betätigt, daß er an Sonn- und Feiertagen sich damit beschäftigt, demselben innen und außen einen freundlichen Anstrich zu geben. Diesen Eindruck machen auch noch heute nicht nur einzelne Wohnungen, sondern ganze Straßen. Unmerklich scheint hierin eine Änderung einzutreten; zweistöckige Häuser (Keller, Erdgeschoß und Stockwerk), in denen fünf Parteien wohnen, deren Mitglieder sich auf etwa 40(!) Personen belaufen, von denen etwa 15 Kinder und 15 Einlogierer sind, trifft man nicht selten. In einer Straße wurden 25 solcher Häuser von 95 Familien bewohnt, die aus 222 Erwachsenen und 169 Kindern bestanden und bei denen 112 Personen einlogiert waren. Es ist gar nicht selten, daß Familien von 4—6 Personen sich auf ein Zimmer beschränken, das dann als Wohn-, Schlaf- und Eßzimmer dient, und die übrigen Räume vermieten. Welcher Zustand herrscht, wenn eine Krankheit ausbricht, kann man sich denken. Für Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kabinet und Küche werden 200—250 M. bezahlt. Würde ein Arbeiter den Wohnungsaufwand allein tragen bei dem ortsüblichen Lohn von 3 M. per Tag, so müßte er, vorausgesetzt, daß er immer Beschäftigung hat, allein 22 bis 28% seines Einkommens hiefür verwenden (Soz. Prax. VI. 765f.).

Über die entsetzlichen Wohnungsverhältnisse ärmerer Leute in Stettin gab 1897 Oberinspektor Lieber, Geschäftsführer des Vereins „Arbeiterheim“, auf Grundlage genauer eigener Nachforschungen in seiner Schrift „Ein Gang durch Jammer und Not“ eingehende schreckenerregende Aufschlüsse. Die Details hier mitzuteilen, ist unmöglich.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer interpellierte im Oktober 1899 das Zentrum die Regierung, ob sie bereit sei, „dem in größeren Städten und Fabrikorten hervortretenden und jährlich sich steigernden Mangel an gesunder und billiger Wohnung“ entgegenzutreten.

Veranlassung zu dieser Interpellation war eine Enquête der katholischen organisierten Arbeiterschaft über die Wohnungsverhältnisse in München. Die Stadtbehörden hatten der Kosten wegen eine solche Untersuchung abgelehnt und dieselbe für überflüssig erklärt, da der Mangel an kleinen Wohnungen und das Steigen der Mietpreise offenkundig sei.

Die Enquête der Arbeiter ergab, was der Verein für Sozialpolitik für alle deutschen Großstädte, was Sonderuntersuchungen später für eine ganze Reihe deutscher Städte festgestellt hatten, nämlich, daß auch in München ein wahres Wohnungselend für die Minderbemittelten vorliegt. Während der Zuwachs der unselbständig Erwerbsfähigen von 1885—95 67.2% betrug, nahm die Zahl der Wohnungen ohne heizbares und mit 1 oder 2 heizbaren Zimmern nur um 55.4% zu. — Daraus folgt ein schreckliches Steigen der Preise und daraus eine schreckliche Verschlechterung der Wohnverhältnisse.

Von den 1351 Wohnungen mit 6551 Bewohnern, auf die sich die Enquête erstreckte, waren bei Anrechnung von 20 m³ Luftraums auf die Person 600 (44.4%) Wohnungen, bei Anrechnung von

15 m^3 343 Wohnungen, ja bei Annahme von nur 10 m^3 Luftraum immer noch 82 Wohnungen mit 508 Bewohnern überfüllt. Zieht man die Zahl der Personen in Betracht, so wohnen mehr als die Hälfte, 51.3 %, in überfüllten Räumen.

Der Zustand der Wohnungen ist vielfach schlecht. Ungeziefer verschiedener Art ist nicht selten, ebenso Gestank. Vielfach ist Mangel an Aborten. Die Mietzinse sind gestiegen. In 320 von 566 Fällen beträgt der Mietzins mehr als $1/6$ des Einkommens, ja er nimmt $1/4$, $1/3$ bis $1/2$ in Anspruch. Aftermieter zahlen noch mehr. Sie müssen den Mietern die Erschwingung der hohen Mietkosten ermöglichen und vermehren natürlich das Wohnungselend, die Wohnungsdichtigkeit. In Aftermieter-Wohnungen mit 4 Inwohnern mangelt es bereits in 34 Fällen an Betten, und unter den Wohnungen mit 9 Inwohnern ist überhaupt keine mehr, die soviel Betten wie Einwohner zeigt. Sechs, sieben, acht, sogar neun Personen schlafen in 3 Betten. Auch in Wohnungen ohne Aftermieter kommen ähnliche Fälle vor.

Der Kubikmeter Luftraum steigt auch in München, wie überall, im Preise, je kleiner und armseliger die Wohnung. Dabei üben manche Hausbesitzer, die zugleich Gewerbetreibende (Kolonialhändler u. s. w.) sind, eine Art Trucksystem auf ihre Mieter aus und erhöhen dadurch noch den hohen Mietpreis. „Kein Wunder, daß im Münchener Osten, dem ärmsten Viertel, die Sterblichkeitsziffer 35, im Westen 32, dagegen in der Ludwigstadt nur 22 und in der Altstadt und Maxstadt nur 19 bezw. 17 beträgt“ (ib. IX. 98f.). Man sieht, daß der Kapitalismus zwar immer mehr Arbeiter braucht und auch durch seine Nachfrage in's Leben ruft, aber kein genügendes, ihm eigentümliches (Profit-)Interesse hat, sie auch mit den nötigen Wohnungen zu versehen.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt München über die Wohnungszählung vom 1. Dezember 1900 verminderte sich seit 1895 die Zahl der Wohnungen im Preise bis 150 M. um 4570, d. i. mehr als 24 Prozent, die Wohnungen für 151—200 M. nahmen nur um 65 (= 0.6 %) zu, hingegen die für 201—300 M. um 10481, d. i. um 75 Prozent. Die kleinen Wohnungen sind also beträchtlich im Preise gestiegen und darum noch mehr überfüllt. Das Statistische Amt stellt ausdrücklich fest daß die geringe Besserung, von der man 1895 sprechen konnte, seither wieder rückgängig geworden sei.

Die Überfüllung der Arbeiterwohnungen kann, wie die „Verwaltungsrechenschaft der Großen Bürgermeisterei der Provinzialhauptstadt Mainz 1898/99“ sich ausdrückt, nur endgiltig beseitigt werden durch „Beschaffung und Errichtung (?) neuer gesunder und dabei billiger Mietwohnungen“, was ganz gut gesagt, aber auf dem kapitalistischen Wege einfach undenkbar ist. Dieselbe „Rechenschaft“ erklärt es als „Tatsache, daß die Mietpreise im allgemeinen die Tendenz haben, mit den Löhnen zu steigen“ (ib. 773). Ohne Zweifel, aber recht traurig. Denn mit den steigenden Mietpreisen steigt die Grundrente, mit dieser der Bodenwert, und zwar rings herum, auch wo noch keine Häuser stehen, und mit dem Bodenwert steigen dann wieder von vornherein die Mietpreise der Wohnungen in den Neubauten — eine Schraube ohne Ende, welche glückliche Spekulanten und Besitzer höher und höher hebt, und die armen Leute tiefer und tiefer in den Sumpf des Elends hineinpreßt.

In Mannheim wurde anläßlich der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 auch eine Haus- und Wohnungzählung vom Stadtrat veranstaltet. Es zeigte sich darnach, daß seit der letzten Zählung (1895) in der Altstadt prozentual gestiegen waren: die Zahl der bewohnten Grundstücke um 25.39 %, der Wohnungen um 29.94 %, der Wohnräume um 18.77 %, der Einwohner um 31.78 %. In der Schwetzingervorstadt haben die Wohnräume um 54.56 %, die Bewohner um 61.42 %, im Lindenhof erstere um 200.57 %, letztere um 207.32 %, in der Neckarvorstadt erstere um 83.84 %, letztere um 82.57 % zugenommen.

Die Wohndichtigkeit zeigte in allen Stadtteilen, mit Ausnahme der östlichen Stadterweiterung, eine steigende Tendenz.

1895 kamen auf einen Wohnraum 1.43 Bewohner, 1900 sind es 1.59. An erster Stelle steht die Neckarvorstadt mit 2.18 Bewohnern pro Zimmer. Die Steigerung der Wohndichtigkeit in den letzten fünf Jahren beträgt 11.12 %. „Betrachtet man die Dichtigkeit von mehr als zwei Personen auf den Wohnraum als eine zu große, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß ca. 60 % der Bevölkerung Mannheims in guten (?), ca. 40 % in schlechten Wohnungsverhältnissen leben.“ — Das Wichtigste ist, daß sich die Wohndichtigkeit vergrößert hat (XI. 574).

Bei der anfangs 1902 veranstalteten Wohnungsenquête der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin zeigte es sich, daß das in den letzten Jahren von den Baugenossenschaften angeordnete Mindest-

maß von 12.18 qm Bodenfläche für 11.16 % der männlichen und 13.14 % der weiblichen Kranken nicht vorhanden war, sondern nur 10 qm.

Als das Mindestmaß von Luft in Kasernen und Gefängnissen gelten 22—30 cbm für den Kopf. Dieses Mindestmaß steht 64.78 % der kontrollierten männlichen und 63.52 % der kontrollierten weiblichen Patienten — im ganzen wurden die Wohnungsverhältnisse von 1850 Patienten ermittelt — nicht zur Verfügung. In einer ganzen Reihe von Fällen kamen nicht mehr als 6, ja mehrfach nicht einmal 3 cbm Luft auf den Kranken. In derartig überfüllten Räumen hausen kranke Menschen und zwar 45 % Lungen- und Kehlkopfkranke. Von all diesen Lungenkranken hatten nicht ganz 6 % einen Schlafraum zur alleinigen Verfügung, vielmehr wird er in beinahe 24 % der Fälle mit noch einer, in etwa $31^3/_4$ % mit zwei, in $16^1/_3$ % mit drei, in $14^1/_3$ % mit vier, in beinahe 3 % mit fünf, in $3^1/_4$ % mit sechs, in mehr als $1^1/_2$ % mit sieben und mehr Personen geteilt! 927 Untersuchungen der Klosetverhältnisse ergaben, daß in 35.94 % der Fälle noch nicht einmal für je 15 (!) Personen ein Kloset vorhanden war. 99 weiblichen und 101 männlichen Patienten stand kein Bett zur alleinigen Verfügung und doch waren 28 weibliche und 32 männliche Personen davon lungenkrank. — Dabei ist zu bedenken, daß das alles doch Leute sind, die noch nicht der öffentlichen Armenpflege verfallen sind (XI. 876).

Nach einem Vortrage von Dr. Franz Kantorowicz bezahlen die Arbeiter in Posen durchschnittlich 25—30 Prozent ihres Einkommens für Wohnungsmiete. Nach den Ergebnissen der Posener Wohnungsstatistik vom Jahre 1901 wohnen ungefähr 22000 Menschen in Wohnungen, die pro Zimmer mit durchschnittlich 7 Personen belegt sind; davon wohnte über die Hälfte in Dach- und Kellerwohnungen, die $^1/_{10}$ % (?) aller Wohnungen betragen. 10—12 M. für eine Keller- oder Dachstube und 15 M. für ein einzelnes Zimmer seien die alltäglich gezahlten Preise, und dabei müßten die Mieter sich noch in eine drückende Abhängigkeit vom Vermieter begeben (ib. 971 f.)

§ 87. Frauenarbeit.

Neben das Wohnungselend, als Beweis der positiven Verschlechterung der Lage der Arbeiter in unserer Zeit, setzen wir, als eben solchen Beweis, die moderne Frauenarbeit[1]).

Was diese im Kapitalismus, in der Profitwirtschaft, für einen Ursprung, Sinn und Zweck hat, das hat schon vor 66 Jahren der Chemiker und Fabrikphilosoph Andrew Ure, ein begeisterter Anhänger und Bewunderer dieses wirtschaftlichen Systems, in seiner wahrhaft kindlichen Naivität, die stets nur das „mechanische System" und niemals die Menschen sieht, welche dasselbe in Bewegung setzen und von ihm gelegentlich zermalmt werden, mit voller Klarheit ausgesprochen (Philosophy of Manufactures, 1835): „Das beständige Ziel und die Tendenz jeder Verbesserung der Maschine ist die gänzliche Abschaffung der menschlichen Arbeit oder die Verminderung ihrer Kosten (!) dadurch, daß die Arbeit von Weibern und Kindern an die Stelle der Männerarbeit gesetzt wird, oder gewöhnliche Taglöhner die Stelle von geschickten Handarbeitern einnehmen. Nach dem automatischen Plan wird die geschickte Handarbeit progressive aufgehoben und wird endgiltig durch einfache Aufseher über die Maschine ersetzt werden". Sodann erzählt er, daß die mit Dampfkraft betriebene Spinnmaschine fast nur Kinder und junge Leute zur Bedienung braucht und daß ein Fabrikant infolgedessen nach seiner eigenen Angabe wöchentlich 50 £ an Arbeitslohn ersparen konnte.

Eine wunderbare Weltanschauung steckt in diesen Worten. Alle Verbesserung der Wirtschaft besteht darin, daß die Arbeiter immer weniger, die Eigentümer der Produktionsmittel immer mehr bekommen vom ganzen Produkt. Käme man von heute auf morgen dazu, die Maschinen ohne Menschenarbeit herzustellen und laufen zu lassen, und könnte man alle Produkte mit solchen Maschinen anfertigen, so wäre von morgen an die ganze Arbeiterklasse ohne alles Einkommen und das höchste Ziel der Entwicklung, die denkbar vollkommenste Wirtschaft wäre erreicht. Man brauchte dann etwa nur noch, wo nötig, alle Gesetze und Ver-

[1]) Auch die Kinderausbeutung, ein rechtes Wahrzeichen des Arbeiterelends, hat, trotz aller Schutzgesetze, noch Platz genug in unserer Gesellschaft. Man lese z. B. den Bericht von Agahd in Soz. Prax. XI. 404 ff. über die Kinderarbeit in Chemnitz und die Mitteilungen der Handels- und Gewerbekammer Sonneberg (ib. 409 f.).

ordnungen über Armenpflege abzuschaffen, automobile und automatische Kanonen an der rechten Stelle zu haben, um die Arbeiter, wenn sie etwa eine Hungerrevolution machen sollten, für die Verletzung der Rechtsordnung zu bestrafen — und das kapitalistische Eldorado wäre fertig.

„Herr L., der den Gang der neuen Ideen verfolgt, hat uns neulich erst klar bewiesen, daß das Mitleid in neuerer Zeit von der Wissenschaft verboten sei, und daß man in England bereits begonnen habe, nach dieser Regel zu verfahren, denn dort treibe man Nationalökonomie" (Dostojewski in „Raskolnikow").

Man läßt also die Frauen im allgemeinen bloß deshalb arbeiten, weil sie es, wie die Kinder, billiger tun. Mithin muß, ceteris paribus, nach dem einfachen Gesetz der Konkurrenz, durch die Zunahme der Frauenarbeit der Arbeitslohn überhaupt gedrückt oder — unter sehr günstigen Umständen — im Steigen gehemmt werden. Nun nimmt aber in unserem Wirtschaftssystem die Frauenarbeit nicht bloß absolut sondern auch relativ immerfort zu. Die Konsequenzen ergeben sich von selbst, wenn sie auch zeitweilig durch günstige Konjunkturen verhüllt werden.

So betrug z. B. in der sächsischen Fabrikindustrie nach dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeinspektoren für 1892 die Zahl der

	1888	1892
männlichen erwachsenen Arbeiter . .	191 434	221 083
weiblichen „ „ . .	92 134	110 222.

Die Zahl der Männer ist also um rund $15^1/_2$ Prozent gestiegen, die der Frauen um $19^3/_5$ Prozent. Ein Berichterstatter in dem selbstverständlich kapitalistisch gedachten Handelsteil der Neuen Zürcher Zeitung (22. Juni 1893) meint dazu, unter dem verstärkten Heranziehen der Frauen müsse zwar die Hauswirtschaft des Mannes leiden, aber offenbar sei dem gemeinsamen Haushalt durch das Mittel größeren Verdienstes besser gedient, wenn die Frau die Fabrik besuche, als den Haushalt selbst besorge. „Als ein Rückschritt ist die Entwicklung deshalb kaum zu bezeichnen. Sie zeigt bloß, was auch vordem jedem Kenner der Verhältnisse klar war, daß das Einkommen des männlichen Fabrikarbeiters nicht ausreicht, um bei irgend größeren Ansprüchen den ehelichen Haushalt zu bestreiten, und die Möglichkeit eines Verdienstes für die Frau von derselben benutzt werden muß". Hier ist also kurzweg als altbekannt und selbstverständlich vorausgesetzt, daß der echt moderne Arbeiter des Kapitalismus, der Fabrikarbeiter, nicht den notwendigen Unterhalt verdient, daß also das moderne Lohngesetz lautet: Der Arbeiter kann mit seinem Lohne eine Durchschnittsfamilie nicht ernähren.

Die „irgend größeren Ansprüche" sind schon mit der Verheiratung gegeben und wachsen mit jedem Kinde. Daß die Frau besser Geld verdient, als den Haushalt selbst besorgt, ist nur eine Phrase zur Verhüllung der Tatsache, daß, wenn die Frau in die Fabrik geht, Niemand da ist, um den Haushalt und die Kinder zu besorgen.

Auch der treffliche Wörishoffer bestätigt ausdrücklich die traurige Ursache der zunehmenden Frauenarbeit. „Die Gründe für die Fabrikbeschäftigung verheirateter Frauen sind im wesentlichen keine andern als diejenigen für die Beschäftigung der Arbeiterinnen überhaupt in den Fabriken. Sie liegen in der Unzulänglichkeit des Verdienstes des Familienhaupts für die notwendigen Bedürfnisse der Familie. — Wo eine solche Beschäftigung nicht nötig ist, wird sie jetzt schon vermieden. Wo sie aber durch die wirtschaftliche Lage der Arbeiterfamilie geboten ist, könnte sie nicht ohne tiefgehende Erschütterung dieser Lage untersagt werden" (Jahresbericht für Baden 1899).

Und ein Artikel von Agahd in der Soz. Prax. IX. 147 ff. sagt: Die Verwendung von Ehefrauen in den Fabriken nimmt fortwährend zu. In Baden, wo man genaues Material hat, ist von 1892 bis 1898 die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen von 10 159 auf 14 198 gestiegen. Namentlich ist ein starkes Anwachsen in den letzten Jahren eingetreten. Geh. Medizinalrat Dr. Schwarz-Köln hält jede verheiratete Frau, die neben ihrer Hausarbeit noch in der Fabrik beschäftigt wird, für überlastet und nebst ihrer Nachkommenschaft gesundheitlich im höchsten Grade gefährdet. Martin führt an, daß die hohen Zahlen der Säuglingssterblichkeit in Sachsen fast ausnahmslos auf die Städte der Textilindustrie fallen.

Die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung gestattet aber die Entfernung der Ehefrauen aus der Fabrik nicht; wahrscheinlich würde die nächste Folge eine Vermehrung der Hausindustrie sein mit stärkerer Verwendung der Kinderarbeit. „Die Mutter muß nach und nach den Kindern wiedergegeben werden. Heute wird sie ihnen mehr und mehr entzogen."

Ist das auch Fortschritt und Besserung der Lage? Was für eine Stellung hat der Kapitalismus als solcher, wenn er in seinem System konsequent ist, zu dieser Frage? Nur die: gibt die Verwendung von Frauen im Arbeitsprozeß mehr Profit oder nicht? Wenn sie mehr Profit gibt, so muß er seiner eigenen Natur gemäß dafür sein.

Auch die offiziellsten Quellen konstatieren die Armut als ausschlaggebenden Grund der zunehmenden Frauenarbeit. Die Zahl der im Jahre 1899 in den Fabriken des deutschen Reichsgebiets beschäftigten verheirateten, geschiedenen, verwitweten Frauen betrug 229334. Dazu kamen noch 1063, die im Bergwerksbetrieb über Tage in Preußen tätig waren (insgesamt waren von weiblichen Personen 1899 in Fabriken beschäftigt 899983). „Wie die Aufsichtsbeamten durchweg feststellen," heißt es in der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Zusammenstellung des betreffenden Materials, „lag die Veranlassung in der großen Mehrzahl der Fälle in der eigenen Not der Arbeiterin oder in der Notlage ihrer Angehörigen," nämlich die Veranlassung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. „Daß das durchschnittliche Einkommen mancher Klassen von (männlichen) Arbeitern zur Unterhaltung einer auch nur mäßig großen Familie nicht genügt, wird in dem Berichte vielfach hervorgehoben." Daher müssen auch die Frauen verdienen. In den Kreisen der besser bezahlten, höher qualifizierten Arbeiter wird die Fabrikarbeit der Frau sogar als anstößig, als eine Schande betrachtet! (ib. X. 714f.)

Sie wollen also von dieser Art von „Emanzipation" nichts wissen. —

Nach dem Jahresbericht der kgl. sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1900 nimmt relativ die Frauenarbeit auf Kosten der Männerarbeit stetig zu, die billigeren Arbeitskräfte verdrängen mehr und mehr die teuereren. Im Jahre 1898 gab es in Sachsen 147516 Fabrikarbeiterinnen, im Jahre 1899 151736, im Jahre 1900 157060.

Man betrachte für ganz Deutschland folgende Zahlen:

Beschäftigt waren

	in Kleinbetrieben		in Großbetrieben	
Jahr	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1875	3453000	706000	2010000	410000
1882	3487000	989000	2368000	517000
Zuwachs	1.0 %	40.2 %	17.8 %	26.1 %.

Nach der Berufszählung von 1895 ergaben sich folgende Veränderungen:

	Überhaupt 1882	Erwerbstätige 1895	Zunahme in %
männliche	14025262	16533741	17.9
weibliche	4961228	6379942	28.6

Nimmt man bloß die in den Hauptbetrieben der Gewerbe beschäftigten Personen, so erscheinen (nach E. R. May, Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, 1900) folgende Verhältnisse:

	1882	1895	Zunahme in %
männliche	5950848	7929944	33.3
weibliche	1508378	2339325	55.1.

Sollen vielleicht die Ehefrauen in den Fabriken arbeiten? und sollen daher, konsequenterweise, die jungen Mädchen in den Fabriken für die Ehe vorgebildet werden? ist also m. a. W. die Zunahme der industriellen Frauenarbeit ein Fortschritt im Sinne der Menschheit? geht die Entwicklung zur höheren Kultur diesen Weg? stimmen also die Tendenzen der Profitmacherkunst mit den Zielen der Geschichte überein in dem Sinne, daß die Gewinnsucht der Unternehmer, welche die moderne Frauenarbeit erzeugte, als Hebel der Kultur funktioniert?

Gewisse, weitverbreitete radikale Theorien behaupten das, wenn sie auch gegen die „heutige Ausbeutung" der Frauen in den Fabriken eifern. Insbesondere sozialdemokratische Theoretiker gehören hieher und Marx und Engels sind hier wie sonst ihre Anreger, Vorbilder und Meister. Sie wollen die Frauen von den Männern ökonomisch unabhängig machen und glauben sie dadurch wirklich zu „befreien". Daher soll die Frau selbst ihren Unterhalt erwerben, und dann kann sie natürlich weder einen Haushalt führen, noch ihre Kinder pflegen, dafür aber jeden Augenblick ihren jeweiligen Mann verlassen, wenn er ihr nicht mehr gefällt. Und ebenso „frei" ist selbstverständlich in dieser Beziehung auch der Mann. Man muß mithin der Frau den Haushalt und die Kinderpflege abnehmen, und, da die dazu gehörigen Arbeiten doch irgendwie geleistet werden müssen, so überläßt man sie der „Gesellschaft", das heißt m. a. W.: es gibt keine Familie mehr, sondern nur noch Geschlechtsliebe, die man gern als „Liebe" überhaupt bezeichnet, da die anderen Sorten nicht so vergnüglich sind und stark nach Opfern

und Pflichten schmecken. Also die „Liebe" wird nicht abgeschafft, aber sie wird „frei", es ist Liebe von heute auf morgen allerdings, aber um so feuriger, da sie je nach Bedarf immer frisch angefacht wird an neuen Gegenständen. Das ist nun „die höhere Form" der Familie oder Ehe, wie man ein solches pläsierliches Leben zu nennen pflegt, in welchem die stets wechselnde individuelle Laune und Begierde den Ausschlag gibt und alle Regeln, alle Grundsätze, d. h. alle Beschränkungen durch sogenannte Moral, die dem „Sich-Ausleben" des Individuums im Wege stehen, vollkommen überflüssig sind und wegfallen. Den vollendetsten Ausdruck findet diese Lebensauffassung aber nicht bei den Sozialisten, d. h. den Theoretikern und Utopisten der Sozialdemokratie — die großen Massen der Arbeiter kommen da gar nicht in Betracht — sondern bei den sog. „Modernen", die — ob mit Recht oder Unrecht, wollen wir nicht entscheiden — gerne an Stirner und Nietzsche anknüpfen. Jedenfalls haben der sublimste Individualismus und der radikalste Sozialismus blutverwandtschaftliche Beziehungen, sie wurzeln beide in dem optimistischen und materialistischen Alt-Liberalismus.

Was Marx und Engels über die Frauenarbeit denken, wollen wir aus einigen wichtigen Stellen ihrer Werke uns deutlich zu machen suchen. Der Grundakkord ihrer Überzeugungen mag wohl immer derselbe gewesen sein, die Melodie, die sie darauf setzen, wechselt mehr oder weniger, was ja bei einem längeren Lebenslauf im 19. Jahrhundert, noch dazu bei Männern, die neben viel Wissenschaft doch auch viel demagogische Politik trieben, sehr begreiflich ist. Ihre Epigonen variierten selbstverständlich zumeist die mißtönenden demagogischen Melodien.

Fr. Engels weist in der „Lage" (2. Auflage, S. 145f.) die Verdrängung der männlichen erwachsenen Arbeiter durch Frauen (Kinder und junge Personen), vor allem in der Textilindustrie, zahlenmäßig nach. Aus der Frauenarbeit folgt nach ihm „notwendig jene Umkehrung der bestehenden sozialen Ordnung, die eben, weil sie eine gezwungene ist, für die Arbeiter die verderblichsten Folgen hat. Die Arbeit der Weiber löst vor allen Dingen die Familie gänzlich auf; denn wenn die Frau den Tag über 12—13 Stunden in der Fabrik zubringt und der Mann ebendaselbst oder an einem andern Orte arbeitet, was soll da aus den Kindern werden?" Und nochmals S. 147: „Die Beschäftigung der Frau in der Fabrik löst die Familie notwendig gänzlich auf und diese Auflösung hat in

dem heutigem (!) Zustande der Gesellschaft, der auf der Familie beruht, die demoralisierendsten Folgen, sowohl für die Eheleute wie für die Kinder. Eine Mutter, die nicht die Zeit hat, sich um ihr Kind zu bekümmern, ihm während der ersten Jahre die gewöhnlichsten Liebesdienste zu erweisen, eine Mutter, die ihr Kind kaum zu sehen bekommt, kann diesem Kinde keine Mutter sein, sie muß notwendig gleichgiltig dagegen werden, es ohne Liebe, ohne Fürsorge behandeln wie ein ganz fremdes Kind." Und die Kinder sind für die Familie ganz verdorben, können sich später, wenn sie selbst eine gründen, nie darin heimisch fühlen und müssen daher zur ohnehin schon allgemeinen Untergrabung der Familie bei den Arbeitern beitragen. Und so wirkt auch die Arbeit der Kinder, sie emanzipieren sich oft schon mit 14 oder 15 Jahren.

Oft wird durch die Arbeit der Frau die Familie nicht ganz aufgelöst, sondern auf den Kopf gestellt. Die Frau ernährt die Familie, der Mann muß den Haushalt führen und die Kinder pflegen. Das nennt Engels eine „tatsächliche Kastration", über welche die Arbeiter gerechte Entrüstung empfinden. Es ist „eine Umkehrung aller Verhältnisse der Familie, während doch die übrigen gesellschaftlichen Verhältnisse dieselben bleiben".

In diesen Gedankengängen ist nichts, was nicht auch jeder konservative Denker unterschreiben könnte, mit Ausnahme der Bemerkung, daß die Umkehrung der bestehenden Ordnung verderblich wirkt, weil sie eine gezwungene ist, und sodann des letztzitierten Satzes. Man möchte daraus schließen: wenn die Frauen freiwillig in den Fabriken arbeiteten und wenn auch die übrigen gesellschaftlichen Verhältnisse umgekehrt wären, so wäre alles in Ordnung. Ich will nicht sagen, daß Engels genau das meint, aber er hat eine Türe offen gelassen, durch welche man möglicherweise zu einem ganz anderen Urteile über Frauenarbeit und Auflösung der Familie gelangen kann. Es wird ja auch betont, daß in dem „heutigen" Zustand der Gesellschaft diese Auflösung demoralisierende Folgen hat, weil derselbe auf der Familie beruht, womit doch angedeutet ist, daß die Sache in einer anderen Gesellschaftsordnung, die offenbar nicht mehr auf der Familie beruhen würde, sich anders verhalten würde.

Nun bringt er einen geradezu rührenden, eines großen Dichters würdigen Brief, in welchem ein Arbeiter schildert, wie so ein armer Kamerad alle Hausarbeit verrichten muß, während seine bedauernswerte Frau in der Fabrik sich erbärmlich abrackert, und bemerkt dazu: „Kann man sich einen verrückteren, unsinnigeren

Zustand denken, als den in diesem Brief geschilderten? Und doch ist dieser Zustand, der den Mann entmannt (!) und dem Weibe seine Weiblichkeit nimmt, ohne im Stande zu sein, dem Manne wirkliche Weiblichkeit und dem Weibe wirkliche Männlichkeit zu geben, dieser beide Geschlechter und in ihnen die Menschheit auf's schändlichste entwürdigende Zustand die letzte Folge unserer hochgelobten Zivilisation“ etc. (S. 149). Das ist ganz vortrefflich gesagt, aber es scheint doch offenbar von der Voraussetzung auszugehen, daß Haushalt und Kinderpflege Frauensache ist, und der Erwerb Männersache, jedenfalls nicht die Sache verheirateter Frauen.

Aber nun kommt wieder ein seltsamer Nachsatz, der abermals — Türen offen läßt. Wir müssen, sagt Engels, entweder an der Menschheit und ihren Bestrebungen verzweifeln oder zugeben, daß sie bisher ihr Glück auf falschem Wege gesucht hat, daß „eine so totale Umkehrung der Stellung der Geschlechter nur daher kommen kann, daß die Geschlechter von Anfang an falsch gegeneinander gestellt worden sind.“ Diese neueste vom Fabriksystem hervorgerufene Herrschaft der Frau über den Mann sei unmenschlich, aber ebenso unmenschlich sei auch die ursprüngliche Herrschaft des Mannes über die Frau (S. 150).

Da haben wir also, mit ungeheurer Übertreibung der wirklichen Verhältnisse, den Grundgedanken: wer das Geld verdient, der herrscht — um es in modernen Worten zu sagen. Ist also die „Herrschaft“ an sich falsch — eine seltsame Idee, denn sie heißt so viel, als: die Wirklichkeit, die reale Welt ist falsch — so darf entweder niemand Geld verdienen oder es müssen es beide, Mann und Weib. Dann entsteht aber eben die Frage: wer soll häusliche Arbeit verrichten? Und die Antwort kann kaum anders lauten als so: alles, was man jetzt darunter versteht, muß zu einem besonderen Beruf werden, der sein Einkommen bringt wie andere Berufe. Dies ist aber nur möglich, wenn auch der Haushalt samt der Kinderpflege im großen betrieben wird, also nicht mehr an die Familie anknüpft. Engels zieht diese Konsequenzen zunächst nicht ausdrücklich, aber was anderes soll man sich denken, wenn er (ib.) sagt, die Gütergemeinschaft der Familie — die darin besteht, daß die ganze Familie vom Erwerb einzelner Mitglieder lebt — sei „keine wahre, vernünftige, weil Ein Familienglied noch auf den größeren Betrag der Einlage pocht“? Da gibt es nur zwei Auswege: entweder beide Ehegatten müssen gleichviel erwerben, und dann ist die „heutige“ Familie aufgelöst; oder der familiäre Kommunismus wird verdrängt durch einen allgemeinen, gesellschaftlichen, der „Haushalt“ und Kinderpflege von sich aus, also im großen und ganzen organisiert und besorgt, und dann ist die „heutige“ Familie natürlich auch aufgelöst und vernichtet. Aber eines ist nach Engels jedenfalls klar: wenn man die wirklichen, gegenwärtigen, „heutigen“ Verhältnisse betrachtet, so ist die Frauenarbeit ein Greuel und eine Barbarei. Und nicht bloß die Arbeit verheirateter Frauen, sondern auch der Mädchen, die später in die Ehe treten. Sie lernen keine häuslichen Arbeiten, sagt Engels, können mit Kindern nicht umgehen und taugen dann in keiner Weise zu Ehefrauen (150 ff.).

Und noch schlimmer sind die moralischen Folgen der weiblichen Fabrikarbeit. Die Mädchen werden total verdorben.

Auch die physischen Wirkungen auf den weiblichen Körper werden als höchst fatal geschildert (163 ff.).

Das „Kommunistische Manifest“ spricht nicht von der Frauenarbeit, wohl aber scheint es Aufschluß geben zu wollen über das Verhältnis des von den beiden Autoren vertretenen Kommunismus zur Ehe und Familie. Etwas ganz Bestimmtes erfahren wir aber auch hier nicht. „Die gegenwärtige, die bürgerliche Familie“, die auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb beruht, soll wegfallen. Aber soll die Ehe fortbestehen?

Das Manifest nimmt an, daß man den Kommunisten die Absicht zuschreibe, die Weibergemeinschaft einzuführen. Wollen sie das oder nicht? Die Verfasser kneifen aus, indem sie in einer so furchtbar ernsten Sache sich mit einem abgeschmackten Witze, einer Aufschneiderei und einer Verleumdung durchhelfen, eine Jugendeselei, die nur mit den besonderen Zeitverhältnissen und Umgebungen, in denen sie vollführt wurde, entschuldigt werden kann. Der Witz besteht in der tollen Insinuation: Die Bourgeoisie höre etwas von gemeinschaftlicher Ausbeutung der Produktionsinstrumente, und da sie in ihren Frauen nur Produktionsinstrumente sehe (früher heißt es, sie habe das Familienverhältnis auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt!), so meine sie, die Kommunisten wollten auch die Frauen nach demselben System der Gemeinschaftlichkeit behandeln.

Die Aufschneiderei, und zwar eine ungeheuerliche, besteht in der Behauptung, daß die Prostitution aus den jetzigen Produktionsverhältnissen hervorgehe, während sie Jahrtausende alt ist.

Die Verleumdung endlich liegt in dem Ausspruch, daß „unsere Bourgeois“ ein Hauptvergnügen daran finden, ihre Ehefrauen wechsel-

seitig zu verführen („Gewiß, diese englischen Bourgeois sind gute Ehemänner und Familienmitglieder“ — Engels in der „Lage“ S. 278) und daß die bürgerliche Ehe die Gemeinschaft der Ehefrauen, mithin durchschnittlich jede Frau eine Ehebrecherin sei.

Was aber eigentlich aus der Ehe werden soll, erfahren wir nicht. Die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente soll aufgehoben werden. — Das ist eine leere Phrase. „Man könnte den Kommunisten höchstens vorwerfen, daß sie an Stelle einer heuchlerisch versteckten eine offizielle, offenherzige Weibergemeinschaft einführen wollten.“ Wollten sie das wirklich? Das wird durch den Kontext unklar und ist doch auch zu unwahrscheinlich.

Es wird also nur denjenigen, an welche das Manifest sich wendet, die Ehe verekelt und eine frivole Möglichkeit freier, ungebundener Geschlechtsgemeinschaft von fern gezeigt, das ist alles.

Ebenso unklar ist die Frage behandelt, was mit den Kindern zu geschehen habe.

„An die Stelle der häuslichen Erziehung“ soll „die gesellschaftliche“ gesetzt werden.

Kinder müssen vor allem ernährt, reingehalten, bewacht und gepflegt werden. Soll das die Gesellschaft tun? Das würde etwa heißen: die Schwangere geht in eine öffentliche Anstalt, bringt das Kind zur Welt und geht dann, wenn sie wieder bei Kraft ist, ohne Kind ihrer Wege.

Und sollen Eltern ihre Kinder überhaupt nicht mehr erziehen, nicht erzieherisch auf sie einwirken? Dann muß man sich vorstellen, daß sie mit den Kindern gar nicht zusammenwohnen. Dann braucht man allerdings weder Ehe noch Familie, sondern nur „süße Triebe“ und muß voraussetzen, daß es auch in einer solchen Gesellschaft, wo jeder systematisch bloß seinen Gelüsten nachgeht und zarte, dauernde Bande und Rechte zwischen Mensch und Mensch offiziell nicht existieren, immer noch genügend Leute gibt, die sich freiwillig der armen Neugeborenen und der heranwachsenden Jugend als Pfleger und Erzieher in den gesellschaftlichen Gebär- und Zuchtanstalten annehmen, was etwas unwahrscheinlich ist. —

Im „Kapital“ (I. 506) spricht sich Marx im Grunde genommen ebenso wie Engels in der „Lage“ aus, nur daß er deutlicher die heutigen Greuel als den Anfang einer Entwicklung zu höheren Ehe- und Familienformen hinstellt, aber ebenfalls ohne zu sagen, worin dieses Höhere eigentlich bestehen soll.

„So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden (?) Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter. Es ist natürlich ebenso albern, die christlich germanische Form der Familie für absolut zu halten als die altrömische Form, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen umgekehrt zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß.“

Was ist hier gesagt? Was in der Gegenwart ein Greuel ist, wird in der Zukunft, welche Marx im Auge hat und von der er uns leider gar nichts mitteilt, etwas Herrliches. Leichter kann man sich die Sache wahrlich nicht machen.

Keiner soll über den andern herrschen. Die Abhängigkeit hat eine ökonomische Grundlage. Wer also unabhängig sein soll, der muß auf eigene Faust seinen Unterhalt erwerben.

Die arbeitenden Frauen und Kinder sind in dieser glücklichen Lage. Dies ist heute schon der Fall, aber das ist furchtbar und ekelhaft. Aber dann, wenn der Marxismus herrscht, wird eine höhere Ehe- und Familienform daraus. — Übrigens ist die „entscheidende Rolle“ der Kinder im Produktionsprozeß heute schon durch die Fabrikgesetzgebung in den meisten Staaten hinweggefallen, damit eine der Voraussetzungen der höheren Familie. Vielleicht folgen allmählich die verheirateten Frauen nach und mit ihnen dieses Marxistische Entwicklungsgesetz, das aus Pestquellen des Verderbs und der Sklaverei humane Entwicklung fließen läßt.

Immerhin kann man bei dieser Stelle von Marx an den Fortbestand der Familie und ihres gesonderten Haushalts denken, nur

etwa mit der Modifikation, daß es jedermann, dem Manne, der Frau und den Kindern, jederzeit freisteht, sich davonzumachen, wenn ihnen die Sache nicht mehr gefällt. Von den kleinsten Kindern, die dauernde, anstrengende, liebevolle und pflichtgetreue Pflege brauchen, und doch nicht in die Fabrik gehen können, ja sogar die Mütter hindern, dorthin zu gehen, schweigen die radikalen Freiheitstheorien regelmäßig. Diese kleinen, bedürftigen, ganz abhängigen und „unfreien“ Wesen passen nicht in's System. Sie fordern eine gewisse Moral und in dieser liegt Beschränkung.

Auch Engels scheint in seinem „Ursprung der Familie etc.“ diese nicht einfach auflösen zu wollen, sondern mit der jederzeitig leichten Lösbarkeit der Ehe sich zu begnügen.

Die „Befreiung“ der Frau wird erst möglich, wenn diese an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maße in Anspruch nimmt. Dies ist erst möglich geworden durch die moderne Industrie, die Massen von Frauenarbeit verlangt (!) und die auch die private Hausarbeit mehr und mehr in eine öffentliche Industrie aufzulösen strebt (S. 126).

Warum die Industrie Frauenarbeit verlangt, wissen wir. Engels hat es früher („Lage“) auch gewußt. Jetzt tut er, als ob die innere Natur und Wesenheit dieser Industrie die Ursache der zunehmenden Frauenarbeit wäre. Und was den Haushalt anbelangt, so ist es absoluter Unsinn, daß derselbe der Frau heute weniger bedürfe, als früher. Woher sonst der Jammer über den Dienstbotenmangel? Daß auch die Frau des Mittelstands im Haushalt infolge einer verkehrten Erziehung und verkommener Sitten oft wenig leistet, das gebe ich zu. Aber dann müssen eben Dienstboten an die Stelle treten, oder es entsteht ein erbärmlicher Zustand.

Auch der Proletarierhaushalt könnte um vieles besser sein, wenn tüchtige Frauen da wären, die sich ihm auch widmen könnten.

Und die Kinder? fragen wir aber- und abermals und fragte einst auch Engels. Strebt auch in Bezug auf sie die private Hausarbeit sich in öffentliche Industrie aufzulösen?

Es ist sehr gut, wenn noch gar manche Mühe durch bessere Organisation des Konsums den Hausfrauen abgenommen wird. Sie werden noch immer genug zu tun haben; heute sind sie, wenn sie ihre Aufgabe ernst nehmen, sehr überlastet.

Worin übrigens Engels die „Befreiung“ der Frau und ihre „Gleichstellung“ mit dem Manne (S. 126) findet, das sagt er uns S. 42f. Hier wird behauptet, die heutige Proletarierehe sei über die Monogamie hinaus, worin wohl die „höhere Form“ zu suchen ist. Durch die Fabrikarbeit der Frau sei nämlich in der Proletarierwohnung dem letzten Rest der Männerherrschaft der Boden entzogen und die Frau habe das Recht der Ehetrennung tatsächlich wiedererhalten. Wenn man sich nicht vertragen könne, gehe man lieber auseinander.

Trotz aller ihrer Verdienste auf anderen Gebieten muß man offen sagen: Über Ehe und Familie bringen Marx und Engels nur verdrehtes, abgeschmacktes Zeug vor, wie es nicht anders möglich ist, wenn man ein durchaus sittliches Problem in ein ökonomisches auflösen will.

Übrigens haben diese ungesunden und unklaren Theorien im wirklichen Leben kaum irgend einen Erfolg gehabt. Der Arbeiter lebt nicht in einer nebulosen Zukunft, sondern in einer sehr reellen Gegenwart und keiner von diesen geplagten Leuten wird wünschen, seine Frau in die Fabrik zu schicken, und jeder wird sehr zufrieden sein, wenn er soviel verdient, daß sie zu Hause bleiben und sog. „weibliche“ Geschäfte besorgen kann. Und jede richtige Arbeiterfrau wird glücklich sein, wenn ihr gestattet ist, ihre Sorge lediglich dem Haushalt und den Kindern zuzuwenden, und keine wird eine Sehnsucht nach der Fabrik empfinden. Sind beide Ehegatten anständige Menschen, so wird dann alles in bester Ordnung sein. Ist der Mann ein Taugenichts oder Lümmel, oder ist die Frau eine Gans oder Dirne, so hilft sicherlich auch die „ökonomische Selbständigkeit“ beider zu keinem Glück, dann mögen sie vor einander davonlaufen, wie es heutzutage in den meisten Kulturländern gesetzlich möglich ist. Da liegt nicht an der Institution, und nicht auf dem wirtschaftlichen Gebiete der Fehler, sondern an den Menschen. Für die Kinder ist möglichst feste Ordnung des Ehewesens das Beste, und einzig der Kinder wegen ist die Ehe da, was die Radikalen und Modernen, welche die Ehe als eine Vergnügungsanstalt für Erwachsene zu betrachten scheinen, ganz vergessen. Gäbe es keine Kinder, dann brauchte man wahrlich keine Ehe, dann könnte man dem — Vieh freien Lauf lassen, dann könnte es sich flott „ausleben“. Für die Kinder aber muß dauernd gesorgt werden, und darum muß das Ehewesen ernst und fest gestaltet sein, und darum hat die verheiratete Frau recht viel

mit dem Haushalt und der Kinderpflege zu tun und darum ist eine wirtschaftliche Gestaltung, welche die Frau dem Hause entzieht und die Mädchen zum Haushalt unfähig macht, eine Abscheulichkeit, ein Widerspruch mit den vitalen Interessen der Menschheit.

Man spricht immer von Entwicklung und tut, als ob alles in der Welt sich ändern könnte und müßte, und nichts Beständiges da wäre. Aber hat man denn das geringste Recht, anzunehmen, daß die Menschen jemals anders als durch die Geburt seitens der Frau zur Welt kommen werden? wo steckt denn da die Entwicklung? und hat man auch nur das geringste Recht, anzunehmen, daß jemals regelmäßig und allgemein sich jemand Anderes ernsthaft der Kinder annehmen und sie liebevoll pflegen werde, als die Mutter?

Es ist so töricht, die ganze Vergangenheit zu negieren, um mit einer Zukunft zu prahlen, von der man nicht die geringste Vorstellung hat!

In der Gegenwart ist die Frauenarbeit in den Fabriken etc. ein Greuel, wie Marx und Engels betonen, und die Zunahme der Frauenarbeit ist als eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse anzusehen.

§ 88. Arbeitslosigkeit.

Sehen wir uns die Lage von einer andern Seite an, fragen wir: hat der Arbeiter samt seiner Familie nur in der Zeit, wo er beschäftigt ist, Unterhalt nötig oder bietet ihm unsere gegenwärtige Wirtschaftsordnung mehr oder weniger Garantie für dauernde Beschäftigung als frühere Wirtschaftsstufen? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Die „Freiheit", d. h. die Auflösung aller dauernden persönlichen Zugehörigkeit und Gebundenheit, an deren Stelle der beliebige, von Tag zu Tag schließbare Vertrag trat, der, wie das kommunistische Manifest im Anschluß an ein bekanntes Wort Carlyle's sagt, kein anderes Band übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung", stellt den Arbeiter ganz auf sich, eine Grundlage, auf der er für sich gar nicht stehen kann, sie macht ihn gänzlich von den Interessen des Kapitals und der aus denselben sich ergebenden Nachfrage abhängig, also quasi von einem Zufall, von einer Tatsache, die vom Willen des Arbeiters gänzlich unabhängig ist, und über die selbst der

Unternehmer als Vertreter der Besitzesinteressen nicht im geringsten Herr ist. Wäre nun faktisch der Bedarf an Arbeitern jetzt regelmäßiger, dauernder, zuverlässiger als ehedem, so könnte man sich bei dem „Zufall" beruhigen. Aber das Gegenteil ist der Fall und zwar auf Grundlage der innersten Natur unserer kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer freien Jagd nach dem Profit. Es gibt keinen Zweig der modernen Industrie und kein Land mit einigermaßen modernen Wirtschaftsverhältnissen, wo nicht von Zeit zu Zeit eine mehr oder weniger anhaltende Arbeitslosigkeit für große Massen von Arbeitern einträte.

Länder mit den glänzendsten Wirtschaftsergebnissen, mit den raschesten und intensivsten Fortschritten auf materiellem Gebiete, sind solchen schweren Kalamitäten ebenso unterworfen, wie zurückgebliebene Gebiete, die erst seit kurzem und höchst allmählich in das Fahrwasser der modernen Wirtschaft hineingeraten sind und darin hübsch langsam fortsegeln.

In der Nummer der „Sozialen Praxis" vom 19. Juni 1902 lesen wir, daß die Lage der Arbeitslosen in der Kolonie Victoria immer ernstere Formen annimmt und daß der Regierung zahlreiche Petitionen um Errichtung von Arbeitsnachweisstellen in den wichtigsten Ortschaften zugegangen sind. Man fordert Einleitung größerer Notstandsarbeiten, welche jedoch nach Ansicht der Kolonialregierung durch die Finanzlage nicht gestattet werden.

Im Staate Massachusetts, in welchem das oben beschriebene Schuster-Paradies liegt, veranstaltete man während des Winters 1893/94 eine eingehende Erhebung über die Arbeitslosigkeit. Es geschah eine Umfrage von Haus zu Haus, die sich wesentlich auf die Zahl der Monate erstreckte, während welcher im Verlauf des Jahres der Erhebung jeder Arbeiter beschäftigungslos gewesen war. Die allgemeinen Resultate sind folgende: 29.50% aller Arbeiter überhaupt waren zeitweilig ohne Beschäftigung. Bei 2.40% aller Arbeiter war die Dauer der Arbeitslosigkeit je ein Monat, bei 5.85% je zwei, bei 5.13% je drei, bei 5.81% je vier, bei 1.99% je fünf, bei 5.24% je sechs Monate. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt Boston betrug nur 18.40%, so daß auf die übrigen Teile des Staates ein um so höherer Satz entfällt. Im Winter 1893/94 verschaffte in Boston ein Notstandskomité 11000 Personen Verdienst (S. p. C. Bl. IV. 142f.).

Man stelle sich vor, es handle sich nicht um gemeine Arbeiter, sondern um hohe, reich besoldete Beamte und von diesen sollten

einmal 29½% zeitweilig keinen Gehalt bekommen, 18% 3—6 Monate lang: was wäre das für ein Elend, in welche schreckliche Verlegenheiten, in welche bittere und peinliche Situation würden diese Familien kommen! Man wird sagen: sie können auf eine solche Situation nicht gefaßt sein, der Arbeiter aber kann es, er kann aus der Erfahrung wissen, daß solche Zeiten kommen. Aber wenn sie auch für hohe Beamten hie und da kämen, würde damit ihre Lage nicht schrecklich verschlechtert? Und wenn sie infolge der Unsicherheit gezwungen wären, von ihrem Gehalt für die gehaltlose Zeit erheblich zu sparen, wären sie dann, obwohl ihr Einkommen das Vielfache des Arbeitereinkommens beträgt, nicht dennoch in einer beständigen Notlage?

Man kann dagegen nicht sagen: die hohen Beamten sind an einen gewissen Luxus gewöhnt, der für standesgemäß gehalten wird, und die Arbeiter an — die Not. Jedenfalls kann man das gegen unsere Auffassung nicht einwenden, denn damit gibt man eben das zu, was wir beweisen wollen: die Not. —

Zur selben Zeit gab Mr. Gompers, der Präsident der American Federation of Labour, die Anzahl der Arbeitslosen in der nordamerikanischen Union auf 3 Millionen an, dabei seien die Mitglieder der Trade Unions nicht in Rechnung gezogen. Broadstreets Journal stellte als Resultat der von 119 Städten eingesandten Nachweisungen das Vorhandensein von mehr als 800000 Arbeitslosen fest, denen die Unterhaltung von 1956000 Angehörigen obliege (ib. III. 187).

In welcher früheren Periode der Geschichte kommen solche Erscheinungen vor, die sich noch dazu in unserer Zeit ziemlich häufig wiederholen? und noch dazu in Ländern, die den Reichtum in rasendem Tempo entwickeln!

Deutschland gehört, wenn auch nicht im selben Grade, auch zu diesen Ländern, aber mitten in seinem ökonomischen Siegeslaufe der letzten Dezennien gab es schon mehrmals Hungerpausen. Die neueste begann im Jahre 1901.

Die „Soziale Praxis" brachte im ersten Halbjahr 1901 folgende Artikel: Die Arbeitslosigkeit in Krefeld (No. 4), Die Arbeitslosigkeit der Textilindustrie in Aachen (5), Die Arbeitslosigkeit in Karlsruhe (8), Notstandsarbeiten in deutschen Städten (Elberfeld, Barmen, Mannheim, in No. 11), Betriebseinschränkungen, Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen in Deutschland (No. 15), Zur Beschäftigung der Arbeitslosen in Darmstadt (15), Staatliche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Bayern (22), Die jetzige Lage des Arbeitsmarktes und die Notwendigkeit einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung in Deutschland (24 und 25).

Ferner andere Länder betreffend:

Die Arbeitslosigkeit in Australien (10), in Zürich (11), Notstandsarbeiten in Frankreich (1899, 11), Große Arbeitslosigkeit in Dänemark (17), Schutz für die Arbeitslosen in der Schweiz (18), Arbeitslosenunterstützung in der böhmischen Glasindustrie (19), Werkstätte für Arbeitslose in Gent (19), Arbeitslosigkeit in Ungarn (12, 14, 21).

Von No. 25 an verschwindet die Arbeitslosigkeit für einige Zeit gänzlich aus den Spalten der Zeitschrift. Der Grund ist mir unbekannt.

In No. 24 schreibt Erich Eyck in Berlin:

„Die für unsere momentane wirtschaftliche Lage entscheidende Tatsache hält man sich vor Augen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach den Mitteilungen des ‚Arbeitsmarkts' bei den an diese Zeitschrift berichtenden Arbeitsnachweisen im Januar dieses Jahres[1]) auf 100 offene Stellen 165.8 Arbeitsuchende kamen, während es im vergangenen Jahre nur 126.2 waren — Ziffern, denen die pro Dezember durchaus parallel laufen. Das sind nun zwar keine Zahlen, aus denen man absolut die Lage des Arbeitsmarkts erkennen kann, wie etwa die Temperatur aus den Zahlen des Thermometers. Wohl aber geben sie, miteinander verglichen, einen unzweideutigen Ausdruck dafür, daß der Arbeitsmarkt eine höchst bedenkliche Tendenz zur Verschlechterung zeigt. Sie sind ja nicht der einzige Anhaltspunkt für diese Erkenntnis: aus allen Börsenberichten, den Äußerungen der Handelskammern, den Berichten der Direktoren in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften klingt es übereinstimmend heraus. Der Himmel, der noch vor kurzem in ungetrübtem Sonnenglanz zu erstrahlen schien,

[1]) Seither ist es viel schlimmer geworden. — Dr. Otto Richter, Beamter am städtischen Amte der Stadt Berlin, stellte mit Hilfe der Gewerkschaften fest, daß am 1. November 1901 93000 Personen teils ganz ohne Arbeit, teils nur wenige Stunden zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt waren, 72116 männliche und 20884 weibliche (Schweiz. Blätter f. W. u. Soz. Pol. IX. S. 732). — Im September dieses Jahres erlitten nach der Labour Gazette 172800 Arbeiter eine durchschnittliche Kürzung des Wochenlohns von ca. 10 d., im August 103419 Arbeiter eine Reduktion des Wochenlohns um durchschnittlich 2 sh. 4 d. (ib.)

zeigt sich von düsteren Wolken behangen. Und derjenige, der den industriellen Niedergang stets zuerst am eigenen Leibe zu spüren bekommt, ist der Arbeiter. So drängen sich denn auch die Nachrichten über die Entlassungen ganzer Scharen von Arbeitern seitens der großen Unternehmungen."

Wenn man neben Deutschland Ungarn setzt, so stellt man zwei disparate Dinge zusammen, aber das moderne Phänomen einer weitverbreiteten Arbeitslosigkeit ist ihnen gemeinsam.

Im staatlichen Arbeitsvermittlungsbureau zu Budapest waren Ende 1900 7000 Stellungsuchende angemeldet, dem gegenüber standen 6 Stellenangebote. Die hauptstädtische Polizei hatte 14000 Bettler und Vagabunden konstatiert und teilweise in ihre Gemeinden abgeschoben. Im Dezember 1900 wird aus Budapest berichtet: Nachdem in den letzten Wochen bereits ca. 20000 Beschäftigungslose die Stadt verlassen haben, wird die Zahl der Arbeitslosen noch immer auf rund 25000 veranschlagt. Schon 1899 ließ der Handelsminister in 5 Komitaten Notstandsarbeiten vornehmen, 1900 wurde von ihm neuer Kredit verlangt zu Notstandsarbeiten in Oberungarn. Am 15. Februar 1900 fand in Budapest ein Demonstrationszug von Arbeitslosen statt, dabei kam es zu Unruhen, Fenster und Läden wurden zertrümmert, das Arbeitsvermittlungsamt gestürmt, in den Straßen fanden ernste Kämpfe mit der Polizei statt u. s. w.

Und vor noch nicht 10 Jahren veröffentlichte Prof. Herkner im S. p. Centr. Bl. (7. März 1892) einen längeren Aufsatz über „Arbeitslosigkeit", der mit den Worten beginnt: „An der Spree und an der Donau haben hungernde, arbeitslose Proletarier durch Massenaufzüge die Berücksichtigung ihrer Not und ihres Elends von Seiten maßgebender Faktoren zu erzwingen versucht. Es ist ein immer schmerzlicheres Stöhnen und Klagen, das Winter für Winter aus den Kreisen der Arbeiter über den zunehmenden Arbeitsmangel dringt" u. s. w. (im Original ist nichts gesperrt gedruckt).

Und vor noch nicht 9 Jahren (ib. 26. Dezember 1892) beginnt Dr. Max Quarck einen Artikel über „Notstands-Aktionen" mit den Worten: „Wieder steht die Gesellschaft allenthalben vor einem erschrecklichen Notstand der arbeitenden aber jetzt beschäftigungslosen Bevölkerung".

Vor noch nicht 8 Jahren (ib. 18. Dezember 1893) brachten die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin einen Antrag

bei der Stadtverordneten-Versammlung ein, der mit folgenden Worten begann:

„Um der in immer wachsendem Umfange hervortretenden Arbeitslosigkeit und dem sich hieraus ergebenden Notstande der Arbeiter durch Beschaffung von Arbeit nach Möglichkeit zu steuern, ersucht" etc. und Ende Januar 1894 (ib. III. No. 18) beginnt Dr. Max Quarck einen Artikel „Notstand und Sozialdemokratie" mit den Worten: „Hat es irgend einen vernünftigen Zweck, jetzt, wo wir im Notstand mitten drin sind, sich um Zahlen über den Umfang desselben zu streiten?"

In dieser kurzen Periode von 1892—1901 liegt kein Jahr, in welchem es nicht irgendwo, auf größeren oder kleineren Gebieten oder Plätzen, für viele oder einzelne Branchen Notstände gab, in Deutschland, in Frankreich, in Österreich-Ungarn, in England, in Nordamerika, in Holland, in der Schweiz[1]), in Belgien, sogar in Neu-Süd-Wales, und wiederum: in der Stickerei, in der Tabakindustrie, im Zimmerergewerbe, im Buchdruckergewerbe, in der Lithographie, im Braugewerbe, im Kanalbau, im „Kleingewerbe", im Bäckergewerbe, in der Textilindustrie einzelner Städte und Gebiete.

Wenn nun auch da und dort für irgend einen Teil der Arbeiterklasse die Löhne in den besten Zeiten des Aufschwungs — meinetwegen sogar in normalen Durchschnittszeiten — über das von uns akzeptierte allgemeine Existenzminimum hinausgehen sollten, sogar in dem Maße und Sinne, daß der betreffende Arbeiter wirklich und dauernd zu leisten vermöchte, was er leistet, auch wenn sein Einkommen kleiner wäre, so macht das Plus doch sicherlich niemals so viel aus, daß solche Arbeiter, auch wenn sie es bis auf den letzten Heller sparten, in den Zeiten der Arbeitslosigkeit davon erträglich leben könnten.

§ 89. Noch einige Anzeichen.

Man darf sich also durch einige Jahre der Prosperität — und wie bescheiden ist der Teil, der davon den Arbeitern zukommt! —

[1]) In der trefflichen Schrift des schweizerischen Arbeitersekretärs H. Greulich „Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis" (Zürich 1901) wird, nachdem Zeiten akuter Arbeitslosigkeit (1879/81) geschildert worden, aus den Berichten über Handel und Industrie der Schweiz (jährlich erstattet vom Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins) und der Fabrikinspektoren der Nachweis erbracht, daß es jedes Jahr von 1882—1900 in einzelnen (oft zahlreichen) Zweigen der Produktion mehr oder weniger Arbeitslose gab (S. 32 ff.).

nicht über die allgemeine Natur des Lohnes täuschen lassen. Alsbald kommen wieder Zeiten, wo der Arbeiter ohne Ressourcen der Konjunktur unterliegt. Auch von den Unternehmern unterliegen ihr gar manche, aber als Klasse haben sie doch eine ganz andere Stellung.

Wenn zeitweilig der Fleischkonsum zurückgeht: wen trifft das? Die Direktion des Nürnberger Schlachthofes z. B. konstatierte eine starke Abnahme des Fleischkonsums von 1888—92. Trotz Zunahme der Bevölkerung um 30000 Seelen wurde im Jahre 1892 nicht mehr, sondern weniger Vieh geschlachtet als im Jahre 1888. Auf Grund der Durchschnittszahl des Gewichtes der geschlachteten Tiere läßt sich für 1888 per Kopf der Bevölkerung noch ein Fleischkonsum von 157.5 Pfund feststellen. Im Jahre 1890 sank der Konsum auf 132.1 im Jahre 1891 auf 127.2, im Jahre 1892 gar auf 120.3 Pfund.

Oder wenn der Konsum von Pferdefleisch zunimmt? In Paris wurde die erste Pferdefleischerei am 9. Juli 1866 eröffnet, bis 31. Dezember desselben Jahres wurden 902 Pferde geschlachtet, im Jahre 1869 2758, im Jahre 1872 5732, im Jahre 1877 10619 Stück. Im Januar 1874 gab es in Paris 48 Pferdemetzgereien, im Jan. 1889 deren 132, im Jahre 1891 194, in welchen 21231 Pferde, 61 Maulesel und 275 Esel geschlachtet wurden. Dabei stieg das Pferdefleisch infolge der zunehmenden Nachfrage in Frankreich (ebenso wie anderswo, z. B. in Deutschland) beständig im Preise und wurde so für viele Arbeiter ein Luxusgegenstand. In Brüssel wurden schon im Jahre 1883 900 Pferde verzehrt, in Berlin im Jahre 1884 137700 kg Pferdefleisch, im Jahre 1888 bereits 171100 kg (Statist. Jahrbuch der Stadt Berlin XV. Jahrg. S. 226).

Margarine und Pferdefleisch, das ist der Luxus, den wir aus unseren „unerschöpflichen Hilfsquellen" auf den Tisch gar mancher Arbeiter fördern. Erinnern wir uns an den Rat, den der sehr humane schweizerische Fabrikinspektor Schuler den schweizerischen Arbeitern gibt: sich an's Pferdefleisch zu halten, da das andere für sie zu teuer sei.

Ein gewisser Pessimismus und Skeptizismus gegenüber den Siegeshymnen auf die sozialen Fortschritte unserer Zeit ist also doch wohl noch immer erlaubt und keineswegs ein Beweis von Radikalismus und Umsturztendenzen. Sagte doch, wie Karl Jentsch in seinem Buche „Weder Kommunismus noch Kapitalismus" mitteilt, ein Graf von Königsmark in der pommerschen ökonomischen

Gesellschaft anläßlich einer Diskussion über die „Zuchtlosigkeit und den Kontraktbruch" der Arbeiter: aus Gefängnis mache sich der Arbeiter nichts, da er ja im Gefängnis besser lebe, als zu Hause. Selbst aus einer Zuchthausstrafe machten sich die Arbeiter nichts, da sie dadurch dem Militärdienst entgingen. Nur die Prügelstrafe könne helfen, denn Ehrgefühl hätten die Leute ja doch nicht.

Das sind allerdings nicht Arbeiter überhaupt, sondern nur ostelbische, von erlauchten Adelsgeschlechtern seit vielen Jahrhunderten unbeschränkt beherrschte und herangezogene Arbeiter, welche noch immer des alten Erziehungsmittels, der Prügel, bedürfen, wie der Graf behauptet. Aber, was speziell ihre Nahrung anbetrifft, so dürfte diese wohl nicht schlechter sein, als die gar vieler Arbeiter in ganz Deutschland herum. Weitere Nutzanwendungen überlassen wir dem denkenden Leser.

Daß der Ausspruch des Grafen nicht bloß für pommersche Arbeiter gilt, erfahren wir in recht authentischer Weise, trotz der behutsamen Form, aus einem parlamentarischen Schriftstück. Der „Entwurf eines Gesetzes über Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzes, des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Gesetzes vom 5. April 1888 betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen" (die sog. Lex Heinze gegen die Prostitution) sagt, nachdem er sich über die Unwirksamkeit kurzer Freiheitsstrafen ausgesprochen, wörtlich folgendes: „Namentlich gilt dies (nämlich die Unwirksamkeit), wenn diese Freiheitsentziehung, wie es jetzt tatsächlich meist der Fall ist, mit Unterkommen, Nahrung und Pflege von einer so genügenden Beschaffenheit verbunden ist, wie sie die ärmsten Klassen des Volkes in der Freiheit sich nicht immer verschaffen können".

§ 90. Notwendiger Unterhalt, Arbeitszeit und Leistung.

Gegen diejenigen, welche behaupten, der gewöhnliche Arbeiter, d. h. alle Handarbeiter, die nicht exzeptionelle Talente und Geschicklichkeit besitzen, bekomme in seinem Lohne durchschnittlich den notwendigen Unterhalt, aber nicht mehr, ließe sich einwenden, daß der Lohn in verschiedenen Branchen und Ländern ja bekanntlich nicht gleich sei. Wenn nun die geringst Bezahlten doch schon den notwendigen Unterhalt bekämen, so müßten alle höher Entlohnten mehr bekommen, so daß also hiernach in ganzen und

zahlreichen Branchen und Ländern der Lohn aller Arbeiter über jenem niedrigsten Niveau stünde.

Und gegen unsere Behauptung, daß große Massen von Arbeitern, ja die überwiegende Mehrzahl derselben nicht den notwendigen Unterhalt, ja sogar beträchtlich weniger bekommen, könnte vielleicht eingewendet werden, daß dann diese großen Massen ja gar nicht leben könnten, und daß ihre bloße Existenz schon ein Beweis gegen jene Behauptung sei.

Wir wollen den ersten Einwurf in kurzem hier zu prüfen und zu widerlegen suchen, den zweiten bei Betrachtung der Arbeiter-Mortalität. Wir dürfen vor allem daran erinnern, was wir früher über die Relativität des Begriffs „notwendiger Unterhalt" schon gesagt haben. „Wohnung und Kleidung", sagt Torrens in seinem Essay on the external corn trade S. 86, „welche in dem einen Lande unentbehrlich sind, können gar wohl in einem andern ganz unnötig sein; ein Arbeiter in Hindostan kann seine Arbeit mit voller Kraft vollführen, obwohl er als natürlichen Arbeitslohn nur so viel Bedeckung empfängt, als in Rußland nicht genügen würde, um ihn vor dem Tode zu bewahren. Selbst in Ländern, welche unter einem Klima liegen, verursachen verschiedene Lebensgewohnheiten öfters ebenso bedeutende Veränderungen im natürlichen Preis der Arbeit, als die natürlichen Ursachen." Das genüge, um die früher aufgestellten Gesichtspunkte zur Beurteilung des notwendigen Unterhalts zu rekapitulieren.

Aber selbst wenn man von der Einwirkung des Klimas, der Rasse, der geschichtlichen Entwicklung u. s. w. absieht, ist der notwendige Unterhalt nicht eine ein für allemal bestimmte Quantität von Unterhaltsmitteln aller Art, die für alle Arten von Arbeit und für alle Leistungen innerhalb der gleichen Arbeitsart gleichmäßig festgestellt werden könnte. Sondern man muß unter notwendigem Unterhalt ein solches (Real-)Einkommen verstehen, welches dem Arbeiter zufließen muß, damit er das, was von ihm gefordert wird, nach Art und Maß auch wirklich und zwar auf die Dauer leisten könne, so daß die Leistung, wenn der Lohn abnähme, auch entsprechend oder gar mehr als entsprechend verschlechtert würde.

Nun ist aber vollkommen sicher, daß verschiedenartige Leistungen für den Arbeiter ein verschiedenes Einkommen bedingen oder mit anderen Worten: der notwendige Unterhalt richtet sich nach der Qualität der Leistung.

Und ebenso klar ist es, daß auch in derselben Art der Arbeit das Einkommen sich im allgemeinen, in der Regel, abstufen muß nach dem Maße dessen, was der Arbeiter wirklich leistet, oder m. a. W.: der notwendige Unterhalt richtet sich nach der Quantität der in gleichen Zeiträumen geleisteten Arbeit.

Weitläufige Beweise für diese beiden Sätze sind wohl überflüssig. Was den ersten betrifft, so brauchen wir nur einen hochqualifizierten Geistesarbeiter mit dem niedrigsten Handarbeiter zu vergleichen, um das Wesentliche der Sache uns deutlich zu machen. Der erstere braucht eine hohe Spannkraft des Intellekts, Freiheit von erbärmlichen Sorgen, Umgang mit gebildeten und also zumeist gut situierten Leuten, Anregungen mannigfacher Art, vielerlei nur mit Geld zu beschaffende Bildungsmittel, möglichst vollkommene Ruhe um seine Arbeitstätte, gelegentliche Reisen zu Belehrung und Erholung.

Sein „Lohn" mag im Vergleich mit dem gemeiner Handarbeiter sehr hoch sein, dennoch wird er im Durchschnitt nicht ausreichen, um alle Bedingungen vollkommener Leistungsfähigkeit zu beschaffen. Solche „Arbeiter" sind trotz des absolut hohen Lohnes häufig in sehr bedrängten Verhältnissen, auch in staatlichen Anstellungen, wenn sie nicht eigenes Vermögen besitzen oder erheiratet haben oder durch allerlei nicht immer unbedenkliche und für ihren Beruf förderliche Nebenverdienste sich aufhelfen.

Der gemeine, niedrige Handarbeiter hingegen, der mit seinem Kopfe fast gar nichts zu tun hat, kann, ohne daß seine Leistungsfähigkeit leidet, fast wie ein Tier leben. Er muß ordentliches, bekömmliches Futter in genügender Masse haben, reine Luft, ein gesundes Loch zum Schlafen und die nötige Bedeckung gegen die Kälte und Witterung. Ist er ein moderner Staatsbürger, der Lesen und Schreiben lernen mußte und in öffentlichen Angelegenheiten mitsprechen soll, so muß er allerdings noch etwas mehr haben, aber von dieser Relativität des notwendigen Unterhalts wollen wir hier gar nicht sprechen, sondern nur vom Verhältnis dieses Begriffs zur Arbeitsleistung. In dem Maße, wie von jedem, auch dem niedrigsten Arbeiter, geistige Tätigkeit, also Bildung gefordert wird, muß auch das Maß des notwendigen Unterhalts steigen. Es gibt auch innerhalb des Bereichs der sogenannten körperlichen Arbeit alle möglichen Grade und Unterschiede der intellektuellen Leistung und wir dürfen wohl annehmen, daß regelmäßig der Intellekt besseres und feineres Futter im weitesten Sinne fordert, als die Muskeln. Wenn also gelernte, höher qualifizierte, künstliche, feine, oder über-

haupt nervenverzehrende[1]) Arbeit besser bezahlt wird, als gemeine, so ist damit keineswegs gesagt, daß, wenn letztere den notwendigen Unterhalt bekommt (was ja meist nicht der Fall ist), jene mehr als diesen bekomme.

Und ebenso ist es doch wohl selbstverständlich, daß der Arbeiter, der hier oder jetzt in gleicher Zeit mehr leistet, mehr Kraft verausgabt, als dort oder früher, auch mehr Ersatz braucht für diese Kraft, daß die höhere Energie, der frischere Mut, der zu intensiverer Arbeit gehört, regelmäßig und auf die Dauer nur durch ein größeres Einkommen, eine reichlichere Konsumtion, eine den größeren Leistungen entsprechende Lebensweise aufrecht erhalten werden kann.

So ist es also sehr wohl möglich, daß die Löhne in verschiedenen Branchen und Ländern außerordentlich ungleich sein können, und daß dennoch auch die höchsten Löhne das Maß des notwendigen Unterhalts nicht überschreiten, d. h. daß der Arbeiter nirgends mehr bekommt, als daß er die geforderte Qualität und geleistete Quantität von Arbeit auch wirklich und auf die Dauer liefern kann.

[1]) „Die nationale Arbeit zerfällt in verschiedene Arten gewerblicher Arbeit. Unter ihnen strengt die eine mehr die Muskeln, die andere mehr die Nerven an; setzt die eine eine andere Lebensweise voraus als die andere. Beispielsweise: der Goldarbeiter muß an einem anderen Tisch und in einem teureren Rock sitzen resp. arbeiten, als der ländliche Taglöhner; kein Juwelier würde ihm Sachen zu Arbeit nach Hause geben können, wenn sein Lohn ihm nicht jene Anschaffung gestattete. Schwerlich würde er auch bei seiner sitzenden Lebensweise nur Speck und Brot vertragen, wovon sich der ländliche Arbeiter einen großen Teil des Jahres am liebsten nährt“ (Rodbertus, Zwei verschollene staatsw. Abhandlungen, S. 38). „Aus einer Menge von Mißerfolgen haben sich die Genossenschaften auf dem Wege der Phantasie eine Art Einblick in das Leben des Kopfarbeiters angeeignet. Die Erfahrung hat sie gelehrt, daß die Verantwortung und das unausgesetzte Sorgen des Geistes des Unternehmers einen reicheren persönlichen Aufwand erfordert als den, dessen der Handarbeiter mit seiner regelmäßigen Arbeit und seiner ungestörten Ruhe bedarf. Sie behaupten jetzt nicht mehr, daß der Gehalt ihres Dieners (Beamten) in keinem Falle mehr betragen dürfe als den Durchschnittsverdienst seiner Herren — was die die ersten Arbeitergenossenschaften beherrschende allgemeine Theorie war — ein Grundsatz, der sich als ebenso unlogisch als verderblich erwiesen hat. Denn das anerkannte Ziel der Arbeitergenossenschaft war, den Aufwand des Arbeiters bis zu dem, was die Leistungsfähigkeit heischte, in die Höhe zu treiben: die Arbeiter hätten daher die ersten sein sollen, die falsche Sparsamkeit untüchtiger Leistungen zu erkennen“ (Mrs. Sidney Webb, Die britische Genossenschaftsbewegung, S. 188).

Der Gedanke ist ja sehr naheliegend, daß der Unternehmer, der die niedrigsten Hungerlöhne zahlt, den größten Profit machen muß, die Unternehmer selbst waren wohl stets von dieser Überzeugung durchdrungen und suchten die Löhne auf das Minimum herabzudrücken.

Aber die Verhältnisse erwiesen sich schließlich stärker als die Unternehmer und die Natur der Dinge noch stärker, als die wechselnden Verhältnisse. Das Profit-Ideal des Unternehmers wäre: den Arbeiter täglich 24 Stunden schaffen zu lassen und ihm gar keinen Lohn zu zahlen. Das wäre aber nur möglich bei der Leistung Null. Dem Unternehmer kommt es aber doch wesentlich auf die Leistung an, denn nur die Produkte bilden den Reichtum und nur in ihnen liegt der Profit. Die Frage ist also: bei welcher Arbeitszeit zwischen 24 und 0 Stunden und bei welchem Lohn zwischen 0 und X Franken oder Mark etc. ist diejenige Leistung zu erzielen, welche den Unternehmern den höchsten Profit, die größte Rente ihres Kapitals liefert? Nur die Erfahrung kann sie nach und nach beantworten und es liegt sehr nahe, daß die Antwort für jeden Zeitpunkt und für jede Arbeitsart verschieden ausfallen wird. Unter allen Umständen aber ist sicher, daß der Unternehmer, und zwar mit sehr viel Aussicht auf Erfolg, sich wehren wird, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn so regulieren zu lassen, daß sein Profit — versteht sich, auf die Zeiteinheit, also auf das Jahr berechnet — dadurch vermindert würde. Er ist bis jetzt stets der Mächtige gewesen, und wenn wir sehen, daß irgendwo die Arbeitszeit verkürzt oder der Lohn dauernd erhöht wurde, so können wir mit denkbar größter Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Leistung des Arbeiters mindestens diesen Vorteilen entsprechend, wahrscheinlich mehr als entsprechend gewachsen sei, daß also die kürzere Arbeitszeit und der höhere Lohn nur die absolute Voraussetzung einer höheren Leistungsfähigkeit sei, daß also der „besser gestellte“ Arbeiter nur diejenige Behandlungsweise erfahren hat, welche die notwendige Bedingung des größeren Vorteils des Unternehmers war, daß also sein höheres Einkommen kein Luxus war, sondern eben nur der „notwendige Unterhalt“ in Bezug auf seine dadurch ermöglichte und garantierte neue Leistung. — Ausnahmen können in Bezug auf einzelne Branchen vorkommen, das ist ohne weiteres zuzugeben, und sie können für diese Branchen sehr fatal sein. Es wachsen z. B. die Anforderungen an den Industriearbeiter und seine Leistungsfähigkeit ganz erheblich. Dann

muß auch der Lohn wachsen. Nun wenden sich die tüchtigeren Landarbeiter in Massen der Industrie zu. Jetzt tritt in der Landwirtschaft das Gesetz der Konkurrenz in eine für die Unternehmer sehr fatale Wirksamkeit. Die Qualität der Landarbeiter ist verschlechtert, damit auch die Leistungsfähigkeit, und dennoch sollen jetzt höhere Löhne bezahlt werden als früher. Das ist vielleicht ein sehr realer Fall. —

Im allgemeinen kann man, innerhalb eines bestimmten sozialwirtschaftlichen Typus, sicher behaupten: höhere Löhne sind nur eine Bedingung und ein Beweis höherer Leistung.

In diesem Sinne behauptet schon M'Culloch (Encyclopaedia britannica, Supplement, Artikel Nationalökonomie), daß der Arbeitslohn, der in verschiedenen Produktionszweigen verdient wird, wenn man alles gehörig in Anschlag bringen will (Lernarbeit u. s. w.), sich vollkommen gleich sei.

Den Gedanken, daß ein guter Lohn für den Unternehmer vorteilhaft sei, weil der Arbeiter infolge desselben mehr leiste, spricht eigentlich schon Adam Smith (I. S. 113) ziemlich deutlich aus. Wir haben die Stelle oben zitiert. Was er da sagt, ist sicherlich vom Standpunkt des Unternehmers aus erwogen, in dem Sinne nämlich, daß hoher Lohn für den Unternehmer keineswegs Verluste bedeute, sondern vielmehr billige Arbeit.

Und bald nach ihm sagt James Anderson, dem man die Entdeckung der Differential-Grundrenten-Theorie zuschreibt, in seinen Observations on the means of exciting a spirit of national industry etc. 1777 S. 350f. mit viel größerer Deutlichkeit: Scheinbar sei der Preis der Arbeit allerdings in armen Ländern mit billigen Bodenprodukten niedriger, tatsächlich sei er aber da höher als in anderen Ländern. Es handle sich ja nicht darum, was der Arbeiter per Tag bekomme, sondern was eine bestimmte Leistung den Unternehmer koste; und in diesem Sinne sei eben die Arbeit fast immer in reichen Ländern billiger als in armen. Nach dem Tag (der Zeit) gerechnet, sei die Arbeit in Schottland viel niedriger im Preise als in England, nach dem Stück gerechnet sei sie im allgemeinen in England billiger.

„Wahr ist“, bemerkt Rodbertus (Briefe etc. von R. Meyer, S. 206f.), „daß der Lohn der Arbeit in England zu jeder Zeit höher stand, als in den übrigen Ländern des Kontinents. Über die Ursache davon sind in den 30er Jahren in Frankreich sehr eingehende Erhebungen gemacht worden. Die größten Fabrikbesitzer

und Unternehmer Frankreichs, die in England und Frankreich zugleich arbeiten ließen, stimmten alle darin überein, daß die Leistung des englischen Arbeiters soviel größer sei. Der Abgeordnete der Handelskammer von Elboeuf, Graudin, sagt: ‚Der französische Arbeiter hat nicht die Beharrlichkeit wie der englische, auch sind unsere Arbeiter nicht so sehr an eine und dieselbe Arbeit[1]) gewöhnt wie die englischen; sie haben daher (!) mehr allgemeine Kenntnisse als diese; allein in den einzelnen Zweigen bringen sie es nicht zu solcher Vollkommenheit. Die englischen Fabrikanten brauchen daher weniger Leute, zahlen ihnen aber mehr als wir!‘ Dies ward auch von Engländern bestätigt, die in Frankreich lange Jahre hatten arbeiten lassen. In Frankreich werde mehr nach Zeit, in England mehr nach Leistung gelohnt (Zeit, Leistung, Einkommen der Arbeit! — es muß das als ein dreieiniges Ding aufgefaßt werden).

Der höhere Lohn stößt also das ‚eherne Gesetz‘ nicht um. Muskelkraft ist eben auch nur physikalische Kraft und steht unter denselben Gesetzen der Kraft und der Bewegung, die beim Verbrennen einer Kohle gelten.

Setzen Sie also: Leistung = verwendete Arbeitskraft
und: Lohn = Kraftersatz,
so ist: größere Leistung = höherer Lohn.“

Der Kapitalismus, das wirtschaftliche System der Profitmacherkunst im großen und à outrance, sucht in den ersten Zeiten seiner freien Entfaltung, wo die Profite (des Vortrabs!) am höchsten und allerdings, durch die tolle Gier darnach, auch die Krisen am häufigsten waren, die Arbeitszeit und die Intensität der Arbeit zugleich zu steigern und dazu noch, wenn irgend möglich den Lohn herabzusetzen. Dies war nur möglich gegenüber einer vollkommen atomisierten Arbeiterklasse, deren einzelne Atome (Individuen), ohne Einsicht und Aussicht, lediglich vom Hunger getrieben, sich zu beliebiger Ausbeutung um jeden Preis verkauften. Und auch da nicht lange. Denn das System zerstörte den Gegenstand der Ausbeutung physisch und moralisch. Es mußte irgendwie Remedur geschaffen werden, bevor die Arbeiterklasse durch Verelendung unheilbar verkommen war. Die Remedur konnte ausgehen von den Unternehmern, von den Arbeitern selbst oder vom Staate. Sie ging vom Staate aus, und das war sehr begreiflich.

[1]) Hohe Arbeitsteilung! hochentwickelter Kapitalismus!

Der einzelne Unternehmer konnte sehr wohl einsehen, daß es so nicht immer fortgehen konnte, daß man daran war, die Goldminen des Volksreichtums durch Raubbau zu zerstören, aber er konnte, mitten in der Konkurrenz mit der weit überwiegenden Zahl der Einsichtslosen, kaum wagen, für sich allein einen besseren Modus einzuführen, der ja möglicher, und sogar wahrscheinlicher Weise ihm zunächst Verlust brachte, vielleicht den Ruin, wenn er den Markt für seine Ware verlor. Ohne sichere Garantie für sofortigen Erfolg, die ihm ja nicht geboten war, konnte er sich kaum berufen fühlen, durch kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne der Welt auf eigenes Risiko ein gutes Beispiel zu geben, das ihm vielleicht die Existenz kostete. Ausnahmen waren möglich (Owen!). Sicherer war es, mitzumachen und an den sicheren, eigenen Profit des Augenblicks, nicht an die Lebensbedingungen der zukünftigen Volkswirtschaft zu denken.

Die durch die neue Wirtschaft verelendeten Schichten der Arbeiterschaft selbst waren aber bei endloser Arbeitszeit, schlechten Hungerlöhnen und häufigen Krisen faktisch nicht in der Lage, durch Vereinigung und Organisation sich selbst den Weg zur Rettung zu bahnen. Man konnte von ihnen weder die erforderliche Einsicht, noch die nötige Energie erwarten. Eine solche Lage erzeugt Wut, Verzweiflung, Stumpfsinn, Betäubung, aber nicht zweckmäßiges Handeln im großen.

So blieb nur der Staat als Retter. Mochten die maßgebenden Faktoren in ihm auch mit großer Verachtung auf die armseligen Massen des Proletariats herabblicken, mochten sie eine Zeit lang, geblendet vom Glanz des wachsenden Reichtums der neuen Wirtschaftsweise, gar nichts von dem dunklen Elend wahrnehmen, das seinen Hintergrund bildete: schließlich mußte die Zunahme der Armut, der Verbrechen, der Mortalität dennoch ihre Aufmerksamkeit erregen und zu dem Gedanken führen, daß das Wohl der Herrschenden doch die dauernde Leistungsfähigkeit der Dienenden voraussetze, daß die schönsten Paläste, in Fiebersümpfe gebaut, sowohl unsicher als auch ungesund seien, daß zwischen Hoch und Niedrig doch insoweit eine gewisse Solidarität der Interessen bestehe, als die Hohen ohne die Niedrigen nicht leben können und mithin auch diese leben lassen müssen.

Und so griff der Staat ein und rettete zunächst wenigstens die kleinsten Kinder und schützte die Frauen ein wenig und dadurch auch die Männer, in jenen Arbeitszweigen, wo es am dringendsten

nötig war; denn alle hatte der Kapitalismus ja nicht umgewälzt.

Und durch die bloße Abkürzung der Arbeitszeit hob er die Moral, den Mut und auch wohl den Lohn der Arbeiter und nun konnten sie daran denken, durch Koalition sich selbst weiter zu helfen. Und nun war für einsichtige Unternehmer da und dort das Beispiel gegeben, der Beweis geliefert, daß kürzere Arbeitszeit und besserer Lohn durchaus nicht notwendig mit Einbuße an Profit verbunden sei, sondern sogar zu ihrem Vorteile ausschlagen könne, und nun konnten nach und nach Einzelne dem Drängen der koalierten Arbeiter in günstigen Momenten nachgeben und dabei neue, günstige Erfahrungen machen, und endlich konnte mancher aus eigener Initiative vorgehen und ebenfalls seine Rechnung dabei finden.

Selbstverständlich ist das Geschäftsinteresse für den Unternehmer stets maßgebend. Das ist mit seiner Stellung im Konkurrenzkampf, ja mit dem Begriff der Unternehmung und des Kapitalismus selbst schon gegeben. Ein Gegensatz zwischen seinen Interessen und denen der Arbeiter existiert auf alle Fälle, so lange es eine Unternehmung gibt. Der Unternehmer will möglichst viel Einkommen, und die Arbeiter auch. Aber dieser Gegensatz stellt sich nicht so, daß das Unternehmereinkommen am höchsten ist, wenn die Arbeiter am meisten hungern und am längsten arbeiten; sondern nur so, daß der Unternehmer am besten steht, wenn der Arbeiter für eine bestimmte Leistung am wenigsten bekommt, wenn vom Wert des von ihm geschaffenen Produkts möglichst wenig auf seinen Lohn, möglichst viel auf die Rente des Unternehmers fällt. Und dies kann der Fall sein, wenn der Lohn des Arbeiters per Tag oder Stunde hoch und die Zahl der täglich angesetzten Arbeitsstunden gering ist — selbstverständlich innerhalb gewisser Grenzen, die durch die Erfahrung für jede Zeit und Branche und jeden Ort und jede besondere Arbeiterschaft (nach Rasse, Nationalität, Bildung u. s. w.) besonders gefunden werden müssen.

Daß man eine Ahnung hat von dieser Relativität des „hohen“ und „niedrigen“ Lohns gegenüber dem höchsten Profit, ist schon ein Fortschritt. Daß man auf dem Wege zum Aufsuchen jener richtigen Grenze, bis zu welcher die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter parallel laufen, von Seite der Unternehmer vorsichtig ist, ist selbstverständlich.

Auch der Staat übte hier immer und überall die äußerste

Vorsicht. Er ist ja bis auf den heutigen Tag wesentlich die organisierte Macht der Besitzenden und vertritt mithin deren Interessen, nur nicht notwendig mit der Kurzsichtigkeit des einzelnen Profitmachers, der für 100 Prozent im Augenblick die ganze Zukunft seines Volkes opfert oder wenigstens aus den Augen verliert.

„Was heute z. B. im Staate Massachusetts, bis jüngst dem freiesten Staate der nordamerikanischen Republik, als Staatsschranke der Arbeit von Kindern unter 12 Jahren proklamiert ist, war in England noch Mitte des 17. Jahrhunderts der normale Arbeitstag vollblütiger Handwerker, robuster Ackerknechte und riesenhafter Grobschmiede“ (Marx I. 261 f.).

Dazu muß man bedenken, daß mit dem Fortschritt des Maschinenwesens die Geschwindigkeit und damit die Intensität der Arbeit zunimmt, so daß eine kürzere Arbeitszeit mehr Arbeit, mehr Kraftverausgabung bedeutet, als früher eine längere (ib. 417 ff.). Die Maschinenarbeit greift das Nervensystem auf's äußerste an, unterdrückt das vielseitige Spiel der Muskeln und konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst ein freihändlerischer Optimist, wie Molinari bemerkt: Un homme s'use plus vite en surveillant quinze heures par jour l'évolution uniforme d'un mécanisme, qu'en exerçant dans le même espace de temps sa force physique etc. (432).

Wird die Arbeit intensiver, so muß die Arbeitszeit kürzer werden oder der Lohn steigen oder beides, wenn die intensivere Leistung fortdauern soll. Wenn also der Kapitalismus seine Anforderungen an die Arbeit steigert, so muß er schließlich, wenn er die Arbeitskraft, seine Profitquelle, nicht zerstören will, auch für gleiche Arbeitszeit mehr zahlen! Dieses Plus ist eben notwendig für die Erhaltung der Arbeitskraft, also nicht mehr als ihr notwendiger Unterhalt. Das Ehepaar Webb bezeichnet in der Soz. Praxis vom 6. März 1902 als Hauptproblem sogar der Gewerkvereine dies: „wie in jedem Gewerbe all die technischen Bedingungen angestrengter Arbeit zur Vereinigung der denkbar größten Produktion und des stärksten Antriebs zur Verbesserung in den Arbeitsmethoden mit der Erhaltung und allmäligen Verbesserung der Lebenshaltung der Handarbeiter in Einklang zu bringen sind“.

Wenn Marx ganz apodiktisch behauptet: die Verlängerung des Arbeitstages steigere den Profit, selbst wenn die Überzeit bezahlt, und bis zu einer gewissen Grenze, selbst wenn sie höher bezahlt werde, als die normalen Arbeitsstunden, — so ist das einer von

den vielen Irrtümern, die in der Sozialwissenschaft so leicht aus der Deduktion aus bloßen abstrakten „Gesetzen“ (hier aus dem Wertgesetz) ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit entspringen.

Der Profit besteht doch schließlich aus Arbeitsprodukten, nicht aus Arbeitszeit. Nun müssen wir doch unbedingt zugeben, daß es schließlich einen Punkt geben muß, über welchen hinaus eine Verlängerung der Arbeitszeit die Masse des täglichen Produkts absolut verringern muß, weil die übermäßige Arbeitszeit die Arbeitskraft vermindert und endlich sogar zerstört. Bei 24stündiger Arbeitszeit wäre das Tagesprodukt gar bald = Null.

Und ganz ebenso verhält es sich mit dem Lohne. Bei Null Lohn ist das Produkt alsbald = Null. Das liegt freilich nicht im Wertgesetz, aber in der menschlichen Natur, welche mehr Realität hat und entscheidender ist als das Wertgesetz.

Hieraus folgt von selbst, daß möglicherweise bei niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit die Arbeit dem Unternehmer teuer zu stehen kommen und ihm kleine Profite abwerfen, und daß die Arbeit bei hohen Löhnen und kürzerer Arbeitszeit vergleichsweise billig sein und hohe Profite einbringen kann. Und daß dies in der Tat nicht bloße Möglichkeiten sind, daß vielmehr, wenigstens in unserer gegenwärtigen Produktionsweise, hohe Löhne und kurze Arbeitszeit (alles relativ genommen, also innerhalb derselben Produktionsweise verglichen mit anderen Verhältnissen) billige Arbeit bedeuten, dafür liegen uns aus den letzten Zeiten eine Menge Tatsachen und Zeugnisse vor, von denen wir hier einige anführen wollen.

Brassey, der Sohn des großen englischen Eisenbahnbauers, selbst ein großer Industrieller, sagt: Der Preis der Ausführung einer Arbeit kann nicht nach den Tageslöhnen der Arbeiter geschätzt werden. Die Arbeit kann teuer sein bei niedrigen Löhnen und billig bei hohen. Er bemerkt, daß sein Vater, der eine ganz unvergleichliche Erfahrung besaß, zu sagen pflegte: der Preis der Handarbeit oder m. a. W. der Koeffizient, den man erhält, wenn man die jeden Tag geleistete Arbeit durch den täglichen Lohn dividiert, ist in allen Ländern ungefähr derselbe. Siemens bestätigt diese Ansicht (Yves Guyot, Science économique, S. 287).

Damit würde stimmen, was Max Quarck (Die Arbeiterschutzgesetzgebung im Deutschen Reich, 1886) mitteilt: „In einer vor kurzem ausgegebenen Statistik des Zentralverbands der deutschen Tischlervereine wird das Gesetz ganz evident, daß bei Verlängerung des Arbeitstages der Arbeitspreis, d. h. zunächst der Preis der

Arbeitsstunde sinkt, und schließlich auch der Gesamtpreis der Wochenarbeit, d. h. der Tag- und Wochenlohn" (S. 61).

Gerhart v. Schulze-Gävernitz weist (Zum sozialen Frieden, 1890) nach, daß kürzeste Arbeitszeit, höchstes Arbeitereinkommen und billigster Preis der Arbeitsleistung regelmäßig zusammentreffen.

Der durchschnittliche Lohn des Baumwollwebers ist per Tag

	auf Pence reduziert
in der Schweiz . .	$22^1/_2$—25
„ Deutschland . .	24
„ England . .	33
„ Amerika . .	40—56

In der Schweiz kommt ein Weber auf 2—3 Webstühle, in Deutschland ungefähr ebenso, in England auf 3—4, in Amerika auf 6—8.

England macht seinen Nachteil gegenüber Amerika zum Teil durch schnelleren Gang der Maschinen wieder gut.

Ein Weber produziert per Woche

		Kosten der Arbeit für 1 Yard
in der Schweiz und in Deutschland . .	466 Yards	0.303 d
„ England	709 „	0.275 „
„ Amerika	1200 „	0.2 „

Victor Delahaye berechnet den Wert der durchschnittlichen Jahresproduktion

des französischen Arbeiters auf	3342 fr.
„ Pariser „ „	6123 „
„ nordamerikan. „ „	10194 „

Der erste arbeite (es handelt sich etwa um die 70er Jahre) per Tag 12, der zweite 11, der dritte 9 Stunden, und ähnlich wie das Produkt verhalten sich die Löhne (II. Bd. S. 264ff.).

Daß Qualität der Leistung und tägliche Arbeitszeit notwendig in umgekehrtem Verhältnisse zueinander stehen, indem eine vorzügliche Leistung kurze Arbeitszeit geradezu voraussetzt, betont Thorold Rogers (l. c. S. 415). Die Güte der Arbeit in früherer Zeit stehe außer Frage; und ihre hohe Vollendung sei der beste Beweis dafür, daß der Arbeitstag damals nicht zu lang war. Tatsächlich betrug er in England während des 14. und 15. Jahrhunderts 8 Stunden, „natürlich durch Pausen unterbrochen". Und als das Gesetz der Elisabeth und die Erlasse der Quartalgerichte einen 12stündigen Arbeitstag für das ganze Jahr festsetzten, gewährte man noch $2^1/_2$ Stunden Pause und der Tag hatte durchschnittlich

$9^1/_2$ Arbeitsstunden. Doch die Arbeiter leisteten heftigen Widerstand und die Arbeitgeber bestanden nicht auf dem Gesetze. Man umging es, und so blieb die hohe Qualität der Leistung noch fortbestehen.

In Übereinstimmung hiermit weist Bourdeau (Les forces de l'industrie) für unsere Zeit nach, daß der Übergang zu höherer Technik eine höher qualifizierte, eine intensivere Arbeitsleistung, mehr Geistes- und Nervenkraft erfordert und daher eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Wenn wir also in neuerer Zeit in manchen Branchen eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem oder selbst steigendem Lohn, oder ein Steigen des Lohns bei gleichgebliebener Arbeitszeit wahrnehmen, so können wir regelmäßig annehmen, daß die Leistung des Arbeiters mindestens entsprechend gestiegen ist pro Zeiteinheit.

Im Jahre 1874 führte der Staat Massachusetts ein Zehnstundengesetz ein, obwohl seine Textilfabriken der scharfen Konkurrenz Lancashire's und benachbarter Unionsstaaten, wo unbeschränkte Arbeitszeit herrschte, ausgesetzt waren. Natürlich wurde der Ruin der Industrie prophezeit. Man ordnete eine Untersuchung an, deren Ergebnis Carrol D. Wright, der Leiter des Bureau's für Arbeitsstatistik von Massachusetts, folgendermaßen zusammenfaßt: „Es ist demnach außer Frage, daß Massachusetts mit 10 Stunden genau ebensoviel pro Mann oder Stuhl produziert, wie die anderen Staaten mit 11 oder mehr Stunden, jedesmal die gleichen Kategorien miteinander verglichen, und daß die Löhne hier ebenso hoch[1]), wenn nicht höher sind als in den Staaten, wo in den Fabriken länger gearbeitet wird". Die Löhne der Arbeiter in Massachusetts sind von durchschnittlich 199.4 Doll. bei wöchentlich 70 Arbeitsstunden im Jahre 1850 stetig gestiegen bis auf durchschnittlich 258.9 Doll. bei wöchentlich 60 Stunden im Jahre 1880 („Neue Zeit", 1890—91, No. 37, wo noch weitere Beispiele). Zahlreiche Beispiele von der günstigen Wirkung einer Reduktion des Arbeitstages auf die Produktion, d. h. die Leistung der Arbeiter findet man in The Eight Hours Day by Sidney Webb and Harold Cox, Chapter IV., London (1891).

[1]) „Den organisierten Arbeitern ist — schon lange klar, daß kürzere Arbeitszeit und höherer Lohn wie Ursache und Wirkung zusammengehören, ebenso wie lange Arbeitszeit und niedrige Löhne" (H. Greulich im 8. Jahresbericht des schweizerischen Arbeiter-Sekretariats S. 145).

Der deutsche Tischlerverband machte 1891 statistische Erhebungen, denen wir folgende wichtige Tabelle entnehmen:

Zahl der Arbeiter	Durchschnittszahl der Arbeitsstunden pro Woche	Durchschnittslohn pro Stunde Pf.	Durchschnittslohn pro Woche M.
7305	56.43	38.1	21.48
19979	59.82	32.2	19.29
6416	62.48	28.2	17.65
7871	65.29	24.8	16.16
1293	68.59	21.7	14.91

Je kürzer die Arbeitszeit, desto höher der Lohn, was selbstverständlich im allgemeinen nur möglich ist, wenn die Leistung mit der Abnahme der Arbeitszeit zunimmt.

Der höchste Tag- und Wochenlohn der Zimmerleute in Deutschland wird dort gezahlt, wo die Arbeitszeit am kürzesten ist, wie folgende Daten, die sich auf 180 Orte beziehen, zeigen:

19.361 Zimmerer arbeiten bis 60 Stunden und erhalten 23.10 M. Wochenlohn
10.135 „ „ „ 66 „ „ „ 18.11 „ „
529 „ „ „ 72 „ „ „ 16.56 „ „
5 „ „ „ 78 „ „ „ 14.82 „ „

(S. p. C. Bl. II. 360, aus „Der Zimmerer“ 1892, No. 40.)

Die beiden letzten Reihen sind wohl Ausnahmsfälle, aber die ersten sind wichtig genug.

In der Publikation des deutschen Holzarbeiterverbandes: „Die Lage der deutschen Holzarbeiter. Ergebnis statistischer Erhebungen für das Jahr 1893, veranstaltet vom deutschen Holzarbeiterverband“ (Stuttgart 1895) steht folgende wichtige Zusammenstellung:

Arbeiter	bei Wochenstunden	pro Woche M.	pro Stunde Pf.
256	55	21.48	39.1
2086	56.5—57	22.59	39.1
1317	57.5—58	23.98	40.5
631	58.5—59	19.64	33.5
5512	59.5—60	19.20	32.0
1856	60.5—61	19.65	32.2
1346	61.5—62	17.35	27.7
632	62.5—63	15.57	25.0
500	63.5—64	15.34	24.2
304	64.5—65	16.54	25.2
832	65.5—66	14.07	22.6
123	66.5—67	14.48	21.7
20	67.5—68	13.84	20.5
34	70	12.51	17.9

„Auch hier bestätigt sich also die alte Erfahrung, daß der Verdienst um so niedriger ist, je länger die Wochenarbeitszeit dauert“ (S. Pr. IV. 286).

Romero, damals mexikanischer Minister in den Vereinigten Staaten, schilderte im Januarheft 1891 der North American Review die erbärmlichen Lohnverhältnisse Mexiko's. Den niedrigen Löhnen entspreche auch die Leistung.

Der Tagelohn des mexikanischen Arbeiters sei ein Viertel des nordamerikanischen, zugleich betragen die Großhandelspreise in Mexiko das Doppelte der in New-York notierten. Ein nordamerikanischer Maurer lege in 9 Stunden 2500 Ziegel, ein mexikanischer in 11 Stunden nur 500. Ein amerikanischer Weber bediene 8, ein mexikanischer nur 2 Stühle. Als Ursache dieser geringen Leistungsfähigkeit werden die schlechtere Ernährung und Bezahlung, die Ausnutzung der Arbeiter bis zur Erschöpfung (! also höchste Arbeitsqual und geringste Leistung), die schlechtere Erziehung etc. geltend gemacht (Soz. pol. C. Bl. I. 37).

Betrachtet man obige Angaben über Leistungen und Löhne, so wird man zugeben, daß die Arbeit der halb verhungerten und erschöpften Mexikaner teurer zu stehen kommt, als die der wohlgenährten und geschonten Nordamerikaner. Diese legen für einen 4mal höheren Lohn 5mal soviel Ziegel als jene, und wenn sie auch nur 4mal soviel Stühle bedienen, so bedienen sie doch sicher ihre 8 Stühle besser, als die Mexikaner ihre zwei.

Prof. Max Huber (Zürich) erklärte jüngst (Dezember 1902) in einem Vortrag für die Kaufmännische Gesellschaft auf Grund eigener Beobachtungen: der überaus schlecht bezahlte chinesische Fabrikarbeiter sei keineswegs billig im Vergleich zum europäischen, denn seine Leistungsfähigkeit sei in stärkerem Maße geringer, als die Löhne niedriger seien (nach Zeitungsberichten).

Im Oktober 1894 berichtet die Soz. Prax. (IV. No. 2), daß die Bewegung zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit in England durch einen praktischen und sehr erfolgreichen Versuch der Firma Mather and Platt auf den Salford-Eisenwerken, einer der größten und angesehensten Maschinenfabriken Manchesters, mit der 48stündigen Wochenarbeit einen tüchtigen Schritt vorwärts gemacht habe. Nachdem die Firma, welche 1200 Arbeiter beschäftigt, 6 Jahre früher die bis dahin 54 Stunden umfassende Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt und dabei die Erfahrung gemacht hatte, daß sich das Arbeitsquantum nicht verringert,

sondern erhöht hatte, entschloß sie sich anfangs 1893 dazu, es mit einer Herabsetzung um 5 weitere Arbeitsstunden unter Beibehaltung der bisherigen Löhne zu versuchen. Über diesen Versuch und seine mit wissenschaftlicher Genauigkeit festgestellten Ergebnisse hat das Parlamentsmitglied William Mather, Mitinhaber der Fabrik, u. a. folgendes publiziert.

Der Versuch wurde veranstaltet auf Grundlage einer Verständigung mit den Arbeitern unter Vermittlung des Gewerkvereinsvorstandes der Maschinenbauer. Es wurde beschlossen, die Verkürzung der Arbeitszeit morgens eintreten zu lassen, weil da am wenigsten geleistet wird, und die 48 Stunden wurden so über die Woche verteilt: die tägliche Arbeit sollte erst um $^3/_4$8 Uhr beginnen, an den ersten 5 Wochentagen bis 1 Uhr, und nachmittags von 2—$^1/_2$6 Uhr dauern, also 8$^3/_4$ Stunden, am Samstag sollte die Arbeit um 12 Uhr enden und der Nachmittag ganz frei sein. Überstunden sollten vermieden und dafür im Bedarfsfall mehr Arbeiter eingestellt werden. Der Versuch wurde auf ein Jahr gemacht, beim Mißlingen sollte der frühere Zustand hergestellt werden. Aber er gelang vollständig. Das Produktionsquantum war sogar etwas größer als im Durchschnitt der letzten 6 Jahre bei 53 Arbeitsstunden, während der Umsatzwert infolge etwas gesunkener Preise derselbe war. Die Arbeitslöhne waren um 0,4 Prozent des Umsatzwertes gestiegen, aber diese Mehrbelastung wurde durch erhebliche Ersparnisse an Brennmaterial, Licht, Schmieröl u. s. w. vollständig ausgeglichen. Man befürchtete, die Akkordarbeiter würden erhebliche Lohneinbuße erleiden, da diese, wie man meinte, ohnehin schon ihr Möglichstes leisten. Während aber die Verkürzung der Arbeitszeit rund 10 Prozent betrug, blieben die Gesamtlöhne nur im ersten Drittel um 0.78 Prozent hinter dem Durchschnitt der letzten 6 Jahre zurück, obwohl die einzelnen Lohnsätze im Laufe dieser Zeit etwas ermäßigt waren. Dieses günstige Ergebnis, welches die dauernde Einführung der 48 Stundenwoche zur Folge hatte, erklärt der Bericht damit, daß die Arbeiter besser ausgeruht, mit einem im Familienkreise eingenommenen ordentlichen Frühstück im Leibe zur Arbeit kommen und mit größerer Frische und Arbeitsfreudigkeit ihre Obliegenheiten erfüllen. Die beiden Morgenstunden vor dem Frühstück sind nach der Ansicht des Berichts nicht bloß fast wertlos, „ihre Wirkung auf das physische und geistige Wohlbefinden des Arbeiters bedeutet vielmehr geradezu eine Herabminderung der Kraft,

Frische und Arbeitslust des Arbeiters, die doch den ganzen Tag anhalten soll“. Ferner werden die Überstunden als eine „Selbsttäuschung sowohl der Arbeiter als auch der Arbeitgeber“ bezeichnet. Sie schwächen den Arbeiter für seine gewöhnliche Arbeit und sind den Preis nicht wert, den der Arbeitgeber dafür bezahlt.

In der Schrift selbst wie auch in einer Reihe ihr beigegebener Gutachten von Meistern wird besonders die moralische Wirkung der verkürzten Arbeitszeit auf die Arbeiter hervorgehoben. Pünktlichkeit und Pflichteifer nahmen zu, der Verlust an Arbeitszeit durch Zuspätkommen u. s. w. reduzierte sich von 2.6% der Gesamtarbeitszeit auf 0.6%, wodurch allein der 5. Teil der Verkürzung eingebracht wurde. Ebenso stieg die Mäßigkeit und Nüchternheit, Reizmittel während der Arbeit waren durch das zu Hause genossene Frühstück überflüssig geworden. Die jungen Leute waren geweckter, folgsamer u. s. w.

Mitte 1894 wurde in der Papierfabrik des Fürsten Paskjewitsch zu Dobrodusch, Gouv. Mohilew, statt des bisherigen zwölfstündigen ein achtstündiger Arbeitstag eingeführt.

Da in diesen Fabriken Tag und Nacht ununterbrochen fortgearbeitet wird, so teilte man nun die Arbeiter in 3, statt wie bisher in 2 Schichten. Das Experiment sollte, um die Wirkung des Vorbildes für andere Fabriken nicht abzuschwächen, ohne irgendwelche materielle Opfer seitens der Fabrik durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke mußte man eine derartige Arbeitergruppierung einführen, daß dieselbe Arbeiterzahl, welche früher die ganze Arbeit in zwei zwölfstündigen Schichten verrichtete, nunmehr dieselbe in drei achtstündigen Schichten leistete. Doch mußte man die Arbeiterzahl um 8% vermehren, von 178 auf 193 Mann.

Die durchschnittliche Einnahme der Arbeiter blieb, nach dem ersten Bericht des Direktors Stulginsky, welcher die Ergebnisse einer fünfmonatlichen Erfahrung zusammenfaßte, bei der neuen Arbeitsordnung fast dieselbe wie früher, sie verdienten in 8 Arbeitsstunden per Monat bloß um 50 Kopeken (1 M.) weniger als früher in 12 Stunden. Dazu hatten sie noch jeden dritten Sonntag frei. Da man jetzt weniger Vorarbeiter und Aufseher brauchte, so vermehrten sich die Produktionskosten der Fabrik bloß um 30 Rubel monatlich, was nicht einmal 1 Prozent der gesamten Lohnsumme bildet und weniger als $^1/_3$ Kopeken auf 16 kg Papier ausmacht.

Der Unternehmung kostete also die Reform fast gar nichts, die wohltuende Wirkung auf die Arbeiter zeigte sich schon nach kurzer Zeit (S. Pr. IV. 361 ff.).

Ein Jahr darauf berichtet derselbe Stulginsky an die „Gesellschaft für Beförderung von Industrie und Handel“, welche an verschiedene russische Unternehmer die Anfrage richtete, wie sie sich event. zu einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit stellen würden, er könne nach $1^1/_2$ Jahren der Erfahrung sein früheres günstiges Urteil nur bestätigen. „Ich kann auf Grund meiner Erfahrung durchaus nicht denjenigen zustimmen, welche meinen, die Verkürzung der Arbeitszeit werde eine Vermehrung des Wirtshausbesuchs und die Zunahme der Immoralität zur Folge haben. Ganz im Gegenteil. . . . Die Folge (der so plötzlichen und bedeutenden Verkürzung der Arbeitszeit) war, daß die Arbeiter sich nicht nur nicht mehr dem Trunke ergaben, sondern daß die einzige Schnapsbude am Orte eingegangen ist und an deren Stelle ein Theehaus, in dem nur mäßige Quantitäten von Bier und Branntwein verabfolgt werden, errichtet wurde[1]). Blaumontagen hat fast gänzlich aufgehört. Die älteren Leute widmen sich in den freien Stunden mit Vorliebe der Bearbeitung ihres Stückchen Landes, das sie früher verpachteten, die jüngeren lesen gerne. Es entstand am Orte ein Orchester- und Gesangverein, dem 36 Fabrikarbeiter angehören. Den vom Ortsgeistlichen geleiteten Vorträgen wohnen immer 400—500 Arbeiter bei. Diese Erscheinungen waren früher bei der zwölfstündigen Arbeit unmöglich, denn für den gänzlich erschöpften Arbeiter gibt es nur eine Erholung: den Alkoholgenuß, der ihm in schneller Weise die Lebensenergie aufmuntert.“ (S. Pr. V. 540). Stulginsky verwaltete die Fabrik damals schon 20 Jahre und kannte also seine Leute.

Einen sehr interessanten Nachweis, wie die Verkürzung der Arbeitszeit dem Unternehmer günstig sein kann, gibt Arthur Faber, Leiter der k. k. priv. Heinrichsthaler Bobbinet- und Spitzenfabrik in Lettowitz (Mähren) im Bericht der Handelskammer Brünn für 1893: „Seit Jahren läßt unsere Wiener Niederlage in der saison morte für einige Webstühle verschiedener Qualität die Arbeitszeit reduzieren. In diesem Jahre machte uns der Vorstand

[1]) Dasselbe bemerkt in einem Artikel über den Achtstundentag in Australien Dr. Emil Löw (V. 860). Der Spirituosenkonsum in den Kolonien hat sich wesentlich verringert und die größere Muße wird vornehmlich dazu benutzt, ein höheres Bildungs-Niveau zu erreichen.

des Garnmagazins darauf aufmerksam, daß trotz dieser Maßregel stets dieselbe Menge Garn ausgesetzt werden müsse. Eine genaue Untersuchung bestätigte zu unserer nicht geringen Überraschung, daß die beabsichtigte Mindererzeugung in der Tat illusorisch war. Es ergab sich, daß die von der Reduktion betroffenen Weber bei effektiv $7^2/_{10}$stündiger Arbeitszeit (nominell achtstündiger) durchschnittlich 18.2 Kreuzer, dagegen in der vorausgegangenen Zeitperiode, welche einen gleichen Zeitraum von einem halben Jahre umfaßte, bei effektiv $9^1/_2$stündiger (nominell elfstündiger) Arbeitszeit nur 14.73 Kreuzer per Stunde verdient hatten. Die Reduktion der täglichen Arbeitszeit um $24^1/_2$ Prozent war durch einen Mehrverdienst von $23^1/_2$ Prozent nahezu ausgeglichen. Dieser Mehrverdienst bedeutet aber, da nach dem Stück entlohnt wird, eine entsprechende Mehrproduktion. Die Qualität derselben unterschied sich nicht im mindesten von jener der geringeren Produktion(!).

Eine Reihe vorher wenig beachteter Umstände zog nunmehr unsere Aufmerksamkeit auf sich. Zur Zeit der „Arbeitsreduktion“ ist eine viel größere Emsigkeit der betreffenden Weber wahrnehmbar. Nicht nur bei Stillständen der Webstühle zeigt sie sich in rascherem Fadenanknüpfen, sondern auch beim Gang der Stühle in erhöhter Aufmerksamkeit, wodurch längere Stillstände vermieden werden.

Die Weber verlassen während der „Arbeitsreduktion“ die Stühle überdies äußerst selten; nie sieht man sie dann plaudern oder auf Gängen herumstehen. Die Schicht wird bis zur letzten Minute ausgenützt, der Nachmann kommt schon früher, um sich zur Arbeit vorzubereiten. Nun wurde es uns allerdings verständlich, warum trotz der bei Vorhang-Webstühlen geringen Veranlassung zu Stillständen . . . . . sowie trotz des unveränderten Ganges der Webstühle nur durch angespanntere Tätigkeit der Weber eine Steigerung der Produktion um $23^1/_2$ Prozent pro Stunde resp. Zeiteinheit ermöglicht und die beabsichtigte Einschränkung illusorisch werden konnte.

Die kürzere Arbeitszeit zwingt den Arbeiter, seine Kräfte mehr zusammenzunehmen; sie allein ermöglicht ihm aber auch, dies zu tun. . . . . . . Wir reduzierten infolge dieser Erfahrungen einstweilen probeweise die Arbeitszeit sämtlicher Weber auf die sonst nur in der saison morte gebräuchliche Stundenzahl, was für uns eine nicht unbedeutende Ersparnis an Betriebskosten, für die Leute aber außer mehr Mußestunden auch kürzere Nachtarbeit, also direkte Ruhestunden mit sich bringt.“

In der statistischen Gesellschaft zu Manchester hielt 1894 Herr Merttens einen Vortrag über die Arbeitszeit und die Kosten der Arbeit in der Baumwollindustrie Englands und anderer Länder. Er meinte u. a., die gegenwärtige Generation könne sich kaum eine Vorstellung machen von der rücksichtslosen und grausamen Ausbeutung der Arbeiter, die im Anfang des 19. Jahrhunderts in der englischen Baumwollindustrie herrschte. Es sei nun aber eine höchst bemerkenswerte Tatsache, daß trotz der durchgängigen Besserung der Arbeitsverhältnisse, trotz der Reduktion der Arbeitszeit, trotz der Erhöhung der Löhne, die seit 1847 platzgegriffen habe, die Textilindustrie einen außerordentlichen Aufschwung gewonnen habe.

1844 seien in der englischen Spinnerei $19^1/_2$ Mill. Spindeln in Betrieb gewesen, an denen 190000 Arbeiter mit einem wöchentlichen Durchschnittslohne von 11 sh. (!) tätig waren. Die Arbeitskosten hätten auf das Pfund Garn $2^3/_4$ Pence betragen. 1891 wurden 45 Mill. Spindeln von 220000 Arbeitern mit einem wöchentlichen Durchschnittslohn von 19 sh. (erbärmlich noch immer!) bedient, und dennoch (!) seien die Arbeitskosten für das Pfund Garn auf $1^6/_{10}$ Pence gesunken. Die Ausfuhr von Garn sei während desselben Zeitraums von 145190000 Pfund auf 228362000 Pfund gestiegen; dennoch (!) arbeiteten die Arbeiter jetzt den Tag um $3^1/_2$ Stunden weniger.

Ebenso stand es mit der Weberei. Die Kosten der Verwebung von Garn betrugen noch im Jahre 1874 0.62 Pence per Pfund, jetzt nur 0.38 Pence. Die gewaltige Zunahme der Produktionskraft schreibt er dem Zusammenwirken verschiedener Ursachen zu: dem Druck der Konkurrenz, der Erhöhung der Löhne, der Verkürzung der Arbeitszeit und der Verbesserung des Geistes- und Körperzustands der Arbeiter (was keine besonders geistreiche Klassifikation der „Ursachen" ist). In Deutschland sei die Arbeitszeit viel länger und die Löhne viel niedriger als in England, und dennoch (!) seien die Produktionskosten auf das Pfund gesponnenen Garns dort etwas höher. Die Produktionskosten auf das Spinnen von Garn seien etwa um $^1/_7$ billiger in England als in Deutschland, die Webekosten etwa um $^1/_9$. Die Preisdifferenz beim Betrieb eines Webstuhls betrage zu Gunsten Englands gegenüber Frankreich im ganzen jährlich 12 £ 18 sh. 4 d.; dennoch (!) seien in Frankreich die Löhne niedriger und die Arbeitszeit länger als in England.

Eine vergleichende Tabelle der Arbeitslöhne und Arbeitszeiten

sowie der zu einer gleichen Leistung erforderlichen Stundenzahl in verschiedenen Ländern ergibt folgendes Bild:

	Durchschnittlicher Tagelohn in Cents	Gegenwärtige tägliche Arbeitszeit	Stundenzahl erforderlich zu gleichen Leistungen
Deutschland	48—60	11	$15^3/_4$—$19^3/_4$
Schweiz	54	11	18
Frankreich	54	12	$19^1/_4$
westliches Böhmen .	36	$12^1/_2$	30
östliches „ .	26	$12^1/_2$	$41^1/_4$
England	86	9	9

Merttens zog aus all diesen Tatsachen den Schluß, daß kürzere Arbeitszeit nicht nur dem Wohle der Arbeiter, sondern auch der Produktion förderlich sei; er erklärt sich deshalb mit aller Entschiedenheit für den achtstündigen Arbeitstag und spendet den Trade-Unions hohes Lob, deren energischer Politik es zu danken sei, daß die englischen Arbeiter heute den anderen europäischen Arbeitern so sehr überlegen sind (S. p. Centr. Bl. III. S. 369).

Der Fabrikbesitzer Heinrich Freese teilt (ib. 605ff.) folgendes mit: Die Arbeitszeit in seinen Fabriken war früher völlig ungeregelt. Die Fabrikordnung setzte sie auf $9^1/_2$ Stunden fest. Tatsächlich betrug sie in der toten Zeit für einzelne Werkstellen oft nur $7^1/_2$ Stunden, im Sommer oft genug bis zu 14 Stunden. An Feiertagen wurde stets gearbeitet. Auch Nachtarbeit kam vor. Es hieß, daß es nicht anders ginge. 1884 wurde die Nachtarbeit für Jalousiearbeiter abgeschafft, 1888 versuchsweise die Sonntagsarbeit. Zwei Jahre später wurde der Neunstundentag eingeführt. Das Wichtige daran war der Ausschluß aller Überstunden und Feiertagsarbeit. Das Ergebnis war, daß die Arbeiter auch ohne Feiertags- und Überstundenarbeit dasselbe verdienten wie vorher und sich mit Eintritt des Fabrikschlusses frei wußten.

Im Herbst 1891 beschloß man einen Versuch mit dem Achtstundentag. Die Arbeiter übernahmen dabei den größten Teil des Risikos, denn in dem Betrieb überwiegt die Akkordarbeit. Der Versuch glückte für beide Teile. Es zeigte sich im Durchschnitt beim Achtstundentag ein Mehrverdienst gegenüber dem ehemaligen 9, $9^1/_2$ und $9^1/_1$—14stündigen Arbeitstage, obwohl einzelne Klassen der Arbeiter in den Jahren 1892 und 1893 (unter dem Achtstundentag) erhebliche Einbuße an Lohn erlitten, deren Grund jedoch in Veränderungen der Branche, nicht der Arbeitszeit lag.

J. Heidler, Eisenwerk-Direktor in Böhmen, erklärt in einer

an Prof. v. Philippovich gerichteten und von diesem im „Handelsmuseum“ vom 8. November 1894 veröffentlichten Zuschrift, daß die (in seinen Eisenwerken seit 1892 eingeführte) achtstündige Arbeitszeit in gewissen Industrien nicht bloß für die Arbeiter, sondern auch für die Besitzer vorteilhaft sei.

Auch in diesen Eisenwerken bestand früher kontinuierlicher Betrieb mit zwölfstündigen Schichten. Statt deren führte man achtstündige ein. „Es handelt sich nun darum, ob der Arbeiter in der achtstündigen Schicht gerade so viel leisten kann, wie früher in zwölfstündiger; denn nur dann kann er, ohne daß der Akkordlohn erhöht werden müßte, denselben oder besseren Verdienst erreichen wie früher bei zwölfstündiger Arbeit“. Das sei nach seinen Erfahrungen erreichbar. Er habe im Feinblechbetriebe in Schnidelwald seit 1892 die achtstündige Schicht eingeführt und „heute bereits“ verdienen die Arbeiter ebensoviel, ja sogar mehr als in zwölf Stunden, bei ungeändertem Akkordlohn.

Für den Fabrikanten verteuert sich also des Lohnes wegen das Produkt nicht. Dagegen nimmt der relative Kohlenverbrauch, sowie der Verbrauch an Schmiere, Putz- und Beleuchtungsmaterial wesentlich ab, wodurch das Produkt billiger wird. Eine weitere Verbilligung ergibt sich aus dem Titel „allgemeine spezielle Regie“ durch die erhöhte Produktion des Industriales, da die Leistung um mindestens 50% steigt. Endlich erhöht sich durch die größere Arbeitslust und Aufmerksamkeit die Qualität des Produkts. Nach einer weiteren Mitteilung Heidlers hatte im Mai 1892, welcher für die Produktion in zwölfstündiger Schicht sehr günstig war, eine gewisse Arbeitergruppe in solcher Schicht per Kopf durchschnittlich 1.70 fl. verdient, während dieselbe identische Arbeitergruppe im Juni 1894 in achtstündiger Schicht per Kopf 1.84 fl. verdiente. Dagegen stellten sich die Gesamtlöhne pro Gewichtseinheit einer bestimmten Blechgattung im Mai 1892 auf 1.26 fl., im Juni 1894 auf 1.06 fl. Der Gewinn der Unternehmung war also noch größer als der der Arbeiter (ib. IV. 91 ff.).

Im Bericht der österreichischen Gewerbeinspektoren für 1894 spricht der Aufsichtsbeamte des 13. Bezirks (Brünn) von einer Seidenweberei und Kotzenfabrik seines Sprengels, in denen die Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden herabgesetzt wurde; trotzdem wird nach den übereinstimmenden Aussagen der Fabrikleiter jetzt „ebensoviel und besser gearbeitet als vordem“. Der Reichenberger Inspektor spricht über die Steigerung der Arbeitsintensität

in den Textilfabriken während der letzten Jahre. Die Zahl der Umdrehungen des Selfaktors ist in den Baumwollspinnereien binnen wenigen Jahren von 6000—8000 pro Minute auf 10000—11000 und darüber gestiegen, also um mindestens 50%. Trotzdem sind nicht mehr Arbeiter eingestellt worden als früher. Wo eine Vermehrung der Tourenzahl nicht möglich war, wies man dem Arbeiter, statt wie bisher zwei, drei Stühle zur Bedienung zu oder man trachtete, wie bei der Papierfabrikation, die Stillstände der Maschine möglichst zu restringieren.

Auf diese Weise ist die Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden, welche durch die österreichische Gewerbenovelle bewirkt wurde, bei weitem ausgeglichen worden; ja sie hat, nach Menzel, durch ihren Ansporn zur Verbesserung des Produktionsprozesses das „geradezu beispiellose Emporblühen“ der Industrie bewirkt, deren Niedergang prophezeit worden war. Menzel fordert daher eine weitere gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit. Auch bei Unternehmern findet man diese Ansicht und entsprechende Versuche, die gelangen (ib. 739).

Im Jahre 1893 hatte die Lodzer Fabrik von Scheubler & Co. einen elfstündigen Arbeitstag festgesetzt, ohne Lohnreduktion. Der Versuch gelang so glänzend, daß schon im selben Jahre vier andere Lodzer Fabriken dieselbe Neuerung einführten. Die Lodzer Filiale der Gesellschaft zur Förderung der russischen Industrie erklärt in dem Relationsschreiben zu dem von ihr ausgearbeiteten Projekt einer gesetzlichen Normierung der Arbeitszeit: „In Ländern, wo der Arbeitstag minder lang ist, produzieren die Arbeiter mehr als dort, wo allzulange gearbeitet wird, und in demselben Lande übertreffen die über mehr Rastzeit verfügenden Arbeiter an Arbeitskraft solche Arbeiter, die in dieser Beziehung schlechter gestellt sind“. Das Lodzer Projekt führt reichhaltiges Material an, um nachzuweisen, daß russische und polnische Arbeiter, gleich den Ausländern, bedeutend intensiver und besser arbeiten könnten, wenn sie in günstigere Lebensverhältnisse versetzt würden (Leo von Buch, Intensität der Arbeit, 1896, S. 88).

Im Berichte für 1895 bemerkt der Beamte des zweiten württembergischen Bezirks (Schwarzwald-Kreis) u. a., daß eine Uhrenfabrik sogar in den ersten Wochen nach der Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden „eine Zunahme des Akkordverdienstes festgestellt“ hat. In Speyer verkürzten die großen Bierbrauereien ihre zwölfstündige Arbeitszeit auf Betreiben ihrer

Arbeiter um $1-1^1/_2$ Stunden; daraufhin erhöhte sich der Verdienst pro Kopf von 800 auf 1000—1100 M. jährlich (S. Pr. V. 854).

In den Steinkohlengruben der Rossitzer Bergbaugesellschaft ergab sich, nach einem eingehenden Referat des Zentraldirektors Rittler, in welchem drei Perioden (1882—84, 1886—88 und 1891—93) verglichen werden, daß trotz ungünstiger Verhältnisse bei einer Abkürzung der Arbeitszeit um $2^1/_2$ Stunden die Arbeitsleistung und damit sowohl die Gesamtförderung als auch der Tagesverdienst des Arbeiters gestiegen ist. Der Zentraldirektor bemerkt hierzu, „daß die Ausnutzung der menschlichen Kraft bei einer schweren, die Muskelkräfte stark in Anspruch nehmenden Arbeit nur für eine gewisse Zeitdauer möglich ist. Über diese Zeit tritt Erschlaffung ein, welche Erholung, somit die hiefür notwendige Zeit erfordert". Er fügt hinzu: „Nach den bisher hier gemachten Erfahrungen wäre man zu der Annahme berechtigt, daß auch bei Einführung der reinen achtstündigen Arbeitszeit kein nennenswerter Rückschritt in der Leistung eintreten dürfte" (ib. 714).

Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Erfurt bemerkt in den Berichten für 1896: „Wo im Bezirk neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist, hat sie sich in jeder Beziehung bewährt, so daß ihre weitere Ausdehnung dringend wünschenswert ist. Im allgemeinen kann man sagen: je kleiner der Betrieb, desto länger die Arbeitszeit". „Die Erfahrungen", heißt es ebenda, „welche über die Arbeitsleistungen in verkürzter Arbeitszeit gemacht sind, werden überwiegend als günstige geschildert. Die Leistungsfähigkeit der Betriebe ist durchgehends hierdurch nicht nachteilig beeinflußt worden. Vielfach ist sogar die Produktion gesteigert worden und dadurch der Verdienst der Arbeiter gewachsen. In Betrieben, wo der bisherige Lohn trotz Herabsetzung der Arbeitszeit beibehalten wurde, kam die beobachtete größere Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Arbeiter in der besseren Beschaffenheit der Waren und in der geringeren Kostspieligkeit der Unterhaltung der Arbeitsmaschinen (dem Arbeitgeber) zu gute".

In dem Bericht von Halberstadt heißt es: „Die Arbeiter einer Maschinenfabrik und Eisengießerei, die jetzt 14 Stunden arbeiten, um die Bestellungen zu bewältigen, behaupten, in zehn Stunden die gleiche Arbeit leisten zu können. Sie würden dies gern tun, wenn ihnen dieselben Stücklöhne wie bisher gewährleistet würden. Daß diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern den wirklichen Verhältnissen entspricht, beweisen ähnliche Äußerungen von einigen der bedeutendsten Arbeitgeber." Der Beamte für Mittelfranken stellte nach der Ermäßigung der Arbeitszeit in verschiedenen Betrieben Erhebungen darüber an, ob eine Abnahme der Leistungsfähigkeit gegen früher wahrgenommen worden sei: „Diese Frage wurde stets sowohl seitens der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer verneint." — „Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeitsleistung bei kürzerer Arbeitsdauer im Vergleich zur längeren eher gesteigert als vermindert wird" (Württemberg) ib. VII., 352 ff.).

Im badischen Bericht pro 1897 wird mitgeteilt, daß in der Uhrenindustrie schon wenige Wochen nach Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit die Akkordarbeiter 7—8% mehr verdienten als früher. Bei Besichtigung dieser Betriebe falle gegenüber anderen Betrieben die intensivere und mit angespannter Aufmerksamkeit verrichtete Tätigkeit der Arbeiter auf. Von einer großen Uhrenbestandteilefabrik in Triberg wird hervorgehoben, daß seit Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit nicht nur gleichviel, sondern mehr geleistet werde, als früher in elf Stunden (507).

John Rae (Der Achtstunden-Arbeitstag, deutsch von Julian Borchardt 1897) weist die außerordentlich günstigen Wirkungen der kurzen Arbeitszeit auf den Arbeiter, die auch dem Unternehmer zu gute kommen, nach. Dieselben Leute, die bei langer Arbeitszeit faul, mürrisch, unwissend, stumpfsinnig, dem Trunk ergeben, roh und von elender Gesundheit waren, sind jetzt, nachdem sie sich einige Jahre hindurch der Abkürzung der Arbeitszeit erfreut haben, willig, energisch, munter, intelligent, eifrige Leser, mäßig, häuslich, gesittet, gesund und kräftig.

Natürlich gehören auch erträgliche Löhne zur Entwicklung der besseren Eigenschaften des Menschen. Aber endlose Arbeitszeit und Hungerlöhne gehören naturwüchsig zusammen, weil jene die Leistungsfähigkeit tief herabsetzt.

Nach der von den Stuttgarter Gewerkschaften veranstalteten Statistik der Stuttgarter Arbeiterverhältnisse (1900) zeigte es sich, daß im allgemeinen der Lohn umso niedriger ist, je länger die Arbeitszeit, was am deutlichsten wird, wenn man den Wochenverdienst in Stundenlohn umrechnet. Dann verdient der Arbeiter bei 48stündiger Arbeitszeit 55 Pf. Stundenlohn, bei 51stündiger 50 Pf. u. s. w. bis herab zu 19 Pf. bei 96stündiger Arbeitszeit (ib. X. 761).

Bei einem Jahresfest der Arbeiter des Riesenetablissements

Themse-Eisenwerk- und Schiffsbau-Gesellschaft hielt dessen Direktor Hills eine Ansprache, in welcher er u. a. bemerkte: Die Arbeiter erhielten durch Gewinnbeteiligung von 1892—98 inkl. 42519 Lstr. an Arbeiter-Dividende. Daneben bezogen sie die höchsten Löhne, die in dieser Branche bezahlt werden und außerdem hätten sie seit 1894 den Achtstundentag. Während die Löhne sich 1893 auf 99066 Lstr. beliefen, hätten sie 1898 242336 Lstr. betragen, in 7 Jahren sei also die Summe der Löhne um 145 Prozent gestiegen, was ein bemerkenswertes Zeugnis für den Achtstundentag sei und beweise, daß die achtstündige Arbeit sich bezahlt mache. Er habe die Kosten jeder Tonne der 5 englischen Kriegschiffe, die vor Einführung des Achtstundentags gebaut wurden, und ebenso der beiden japanischen Schlachtschiffe und des englischen Kreuzers, die er nach Einführung des Achtstundentags gebaut habe, berechnet, und da habe er gefunden, daß die letzteren Schiffe 17—18 Prozent per Tonne weniger (!) gekostet hätten als die ersteren. . . . . . Der Achtstundentag habe allen nur Segen gebracht. Er sei gut für die Arbeiter, gut für die Arbeit und gut für die Aktionäre (VIII. 535).

Ein Brünner Fabrikant, namens Pisko, sagt in der Brünner Sonntagszeitung (1899): Die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit hat nicht die mindeste Veränderung in der Leistungsfähigkeit meines Werkes hervorgerufen. Ich hege die volle Überzeugung, daß ich diese Veränderung ohne jedes Opfer durchgeführt habe; die scheinbar verlorene Arbeitsstunde wurde durch die intensivere Arbeit der besser ausgeruhten und gestärkten Hilfskräfte völlig hereingebracht. Lange Arbeitszeit befördert nur den Hang zum Trödeln. Ich halte es mit dem englischen System der kurzen, nicht mit dem osteuropäischen System der langen Arbeitszeit, denn die einzige Methode, unsere Arbeiter auf die Höhe der englischen zu bringen, besteht darin, sie allmählich an die volle Ausnutzung kurzer Arbeitszeit zu gewöhnen. Es ist dies eine industrielle Erziehungsfrage; wird sie richtig angepackt, so werden wir ohne jeden Schaden für die Produktion späterhin auch noch kürzere Arbeitszeiten erreichen können. Die Entwicklung der Textilindustrie wird uns das nicht nur möglich machen, sie wird uns das sogar aufdrängen. Denn die Einführung der modernen, schnellgehenden Maschinen mutet dem Arbeiter ein früher ganz unbekanntes Maß von Aufmerksamkeit und Spannkraft zu, so zwar, daß unter dem bisherigen System die volle Ausnutzung der neuen

Maschinen direkt ausgeschlossen ist. Und der Erhaltung von alten, längst überwundenen Maschinen zu Liebe die Arbeiter länger arbeiten zu lassen, wäre das widersinnigste Vorgehen, dessen man sich auch als Geschäftsmann schuldig machen könnte. Je mehr und intensiver, aber nicht — je länger wir arbeiten, desto vorteilhafter für die ganze Industrie. — — —

Abgesehen davon, daß die Leistungsfähigkeit meiner Fabrik sich nicht verringert hat, habe ich, seit ich diese erste Morgenstunde aufgelassen habe, eine fast zehnprozentige Ersparnis an Kohle und Schmiermaterial und eine solche von über 20 Prozent beim Beleuchtungskonto zu verzeichnen (ib. 875f.).

Herr J. Spiro, Teilhaber der Krumauer Papierfabrik, also ein Großindustrieller, sagte in einem Vortrage (im Industrieklub in Wien 1901), der in den „Mitteilungen des Verbandes der Papierindustrie“ abgedruckt ist: Die Arbeitskräfte in Amerika zeichnen sich durch besondere Geschicklichkeit, Intelligenz, Ausdauer und Ehrgeiz aus. Trotz (?) der hohen Löhne, die ja für den Wohlstand des Landes ein wahres Glück sind, stellt sich der Arbeitslohn für die Einheit fertiger Waren niedriger als bei uns. Dadurch, daß die Arbeiter viel verdienen, sind sie auch in der Lage, viel ausgeben zu können, was gleichbedeutend ist mit großem Inlandsverbrauch und entsprechender Massenfabrikation . . . . Meine Erfahrung hat mich gelehrt, daß die sogenannten billigen Arbeitskräfte immer die teuersten sind.

Im März und April 1902 wurde in einer Schappespinnerei in Frankreich nach einer Mitteilung des „Bulletin de l'office du Travail“, welches den Ort nicht nennt, die tägliche Arbeitszeit der 550 Arbeiter von 11 auf $9^1/_2$ Std. herabgesetzt und die Wirkung dieser erheblichen Verminderung der Arbeitszeit auf die Produktion beobachtet. Es ergab sich, daß die Arbeitsleistung in der ersten Woche nach der Reduktion der Arbeitszeit zwar merklich geringer war, in den folgenden Wochen sich aber dergestalt steigerte, daß das Durchschnittsergebnis schon nach einem Monat dasselbe war, wie bei der früheren elfstündigen Arbeitszeit. Die Intensität der Leistungen hat die Reduktion der Zeit vollständig aufgewogen (S. Pr. XI. 1077).

Ein hervorragender Eisenbahn- und Wasserleitungs-Erbauer in Australien, C. J. Wentworth Cookson, veröffentlichte 1902 in der Londoner Monatsschrift „Empire Review“ unter dem Titel „Eine Anregung und eine Warnung“ die Ergebnisse einer mehr als 20jährigen Erfahrung hinsichtlich des Verhältnisses von Arbeits-

leistung und Arbeitszeit. Das Hauptergebnis ist, daß die denkbar wohlfeilste Arbeitskraft ein gut bezahlter Achtstundenarbeiter sei. Niemand, der sein Brot mit schwerer, körperlicher Arbeit verdiene, könne länger als acht Stunden täglich seine volle Leistungsfähigkeit entfalten; die noch viel verbreitete Ansicht, daß man besser fahre, wenn man für zehnstündige Arbeit z. B. 5 Shill. bezahlt, als wenn man den gleichen Betrag für 8 Stunden auslegt, sei sehr irrig. Natürlich müsse dann während der 8 Stunden mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet werden. In den britischen Kolonien Australiens herrsche der Achtstundentag bei einem Stundenlohn von 1 Shill. und dabei kämen meist die Unternehmer weit besser voran als in England, wo im allgemeinen noch 10 Stunden gearbeitet und nur ein halber Shilling pro Stunde gezahlt werde. Nicht aus Menschenfreundlichkeit also, sondern aus vernünftigem Eigennutz sollte man den Achtstundentag einführen. Ein langer Arbeitstag schädige nicht nur die Gesundheit und das Familienleben des Arbeiters, sondern auch — und in noch höherem Grade — die Interessen der Fabrikanten. — Auch die von Unmäßigkeit im Trinken herrührende Unzulänglichkeit der Arbeitsleistung hängt nach der Ansicht Cookson's mit der Länge des in Europa üblichen Arbeitstages zusammen. Der Großstadtarbeiter, der um 6 Uhr in seiner Fabrik sein soll, muß oft zwischen 4 und 5 Uhr aufstehen und ohne Frühstück fortgehen. Da er gewöhnlich bis 6 Uhr arbeitet, „sieht er die Sonne selten sein Heim bescheinen". In Australien ist er bis 8 Uhr morgens frei, er arbeitet bloß von 8—12 und von 1—5 Uhr, so daß ihm viel freie Zeit verbleibt. Man braucht ihm während dieser, damit er sittlich und leiblich gehoben werde, nur Gelegenheit zu gesunder Erholung zu bieten. Dann steigen Frohsinn und Arbeitslust, die Sehnsucht nach geistigen Getränken aber sinkt beträchtlich (XI. 890).

A. Sartorius von Waltershausen, ein ethischer Nationalökonom, meint (Der moderne Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika, 1890): Die Abkürzung der Arbeitszeit berge allerdings „eine soziale und politische Gefahr in sich. Wer die Lebensgeschichte solcher Anarchisten wie Reinsdorf, Lieske, Stellmacher verfolgt, wird finden, daß sie zu der Vorbereitung ihrer verbrecherischen Tätigkeit erst dann geschritten sind, als sie über höhere Löhne und freie Zeit verfügen konnten" (S. 275). — Nach dieser Logik müsste man u. a. den Königen und Kaisern eine möglichst geringe Civilliste aussetzen, weil Louis Napoleon erst

zum Staatsstreich schritt, als die seinige erhöht worden war. Man müßte schließlich überhaupt alles, was der Mensch tun oder erreichen kann, verbieten oder bedenklich finden, weil einige von denen, die irgend etwas Beliebiges getan oder erreicht haben, unzweifelhaft Verbrecher geworden sind.

Seite 312 teilt derselbe Schriftsteller mit, daß Louis Lingg, einer der zum Tode verurteilten Chicagoer Anarchisten, in der Gefängniszelle folgendes erzählt habe: „In Chicago hatte ich Gelegenheit, die amerikanische Freiheit von der ökonomischen Seite kennen zu lernen; denn ich mußte 3 Monate herumlaufen, ehe ich Arbeit fand. Während dessen begriff ich immer mehr, daß es notwendig sei, daß die Arbeiter außer ihrem Werkzeug zum Arbeiten ein solches auch zum Schutz ihres Rechtes zum Leben anzuschaffen haben. Ich fand Gleichgesinnte und in deren Auftrag machte ich Experimente mit verschiedenen Waffen." Der Mann ist also jedenfalls nicht durch ein zu üppiges Leben (hohen Lohn und kurze Arbeitszeit) zum Anarchisten geworden, sondern durch eigene Not und den Anblick fremder, und das scheint mir, bei intelligenteren Leuten von einer gewissen Gemütsart, der natürlichere Weg zur Gewalttat, als das Wohlleben; denn sonst müßten dickbäuchige Spießbürger, die von ihren Renten fett werden und gar nichts tun, ganz besonders zu anarchistischen Attentaten geneigt sein. Oder sollte die Natur oder Vorsehung die Welt so eingerichtet haben, daß ein behaglicheres Dasein nur für Kapitalisten und Arbeitgeber nützlich und ersprießlich ist, für Arbeiter hingegen schädlich? daß erstere ohne Schaden sogar faulenzen und schlemmen können, wie es so vielfach geschieht, während letztere schon durch eine etwas mäßigere Arbeitszeit und ein über die dringendsten Bedürfnisse hinausreichendes Einkommen (denn mehr haben sie nie!) zum Verbrechen angereizt werden? O du parteiische Natur und Vorsehung!

Doch meint Sartorius selbst, die Gefahr anarchistischer Ideen sei „kein unbedingt entscheidender Grund für den Staat, die Arbeitszeit nicht insoweit zu beschränken, als es für das physische Wohl des Arbeiters (auf ein geistiges scheint der Verfasser zu verzichten) erforderlich ist". Doch solle man die Arbeitszeit der Erwachsenen heute nur dann abkürzen, wenn gleichzeitig wirksame Maßregeln getroffen werden können, die eine Staat-erhaltende Gesinnung der Arbeiter zu garantieren vermögen (S. 275). Die Hauptsache ist, daß man die Arbeiterklasse trennt, einen Teil,

wenn wir recht verstehen, für den heutigen Staat resp. die Interessen der oberen Klassen gewinnt, um ihn gegen den anderen ausspielen zu können (ebenda und S. 17). „Die Überschwemmung eines wilden Gebirgsstroms beseitigt man, wenn man denselben teilt und ihm verschiedene Wege anweist.“ — Ehrlich und aufrichtig ist diese Wissenschaft gewiß, aber „voraussetzungslos“ dürfte sie ebensowenig sein wie die katholische Geschichte des Professors Spahn, womit indessen kein Vorwurf verbunden sein soll. Es ist der aristokratische Standpunkt, der das „Volk“, umsomehr die bloßen Arbeiter, als Mittel zum Zweck, als Material für seine Bedürfnisse und Konstruktionen ansieht und behandelt.

Übrigens ist bei den meisten (oder allen?) „Ethikern“ der Nationalökonomie der Arbeiter als ein Ding hingestellt, über dessen Schicksal „man“, d. h. der Professor oder das Deutsche Reich oder sonst irgend jemand, nur zu verfügen hat, allenfalls mit einem gewissen Wohlwollen, aber jedenfalls ohne das Ding zu Rate zu ziehen.

Wenn billige Arbeitskräfte die teuersten sind und wenn niedrige Löhne ganz allgemein mit langer Arbeitszeit zusammentreffen, so haben offenbar die Unternehmer der Länder mit kurzer Arbeitszeit und hohen Löhnen die vorteilhafteste Position, d. h. den höchsten Profit. Wir sehen denn auch in allen angeführten Beispielen, daß die Unternehmer nie zu Schaden kamen, vielmehr aus der Abkürzung der Arbeitszeit, mit welcher ein Steigen des Lohneinkommens der Arbeiter auf die Dauer Hand in Hand geht, positiven Gewinn ziehen. A. Brentano zeigt u. a. für eine längere Periode ganz deutlich, wie in England mit dem Steigen der Jahresverdienste der Arbeiter, deren Arbeitszeit fortwährend abnahm, eine Verminderung der Arbeitskosten per Maßeinheit des Produkts Hand in Hand geht.

	Garnerzeugung per 1 Arbeiter in Pfund	Kosten der Arbeit per Pfund Garn	Durchschnittl. Jahresverdienst der Arbeiter
1844—46	 2754	2.3 d	28 £ 12 sh
1859—61	 3671	2.1 „	32 „ 10 „
1880—82	 5520	1.9 „	44 „ 4 „

(Über das Verhältnis von Arbeitslohn u. Arbeitszeit zur Arbeitsleistung, 2. Aufl. 1893, S. 44.)

Auch die Löhne der letzten Periode sind, nebenbei gesagt, noch erbärmlich genug für das teuere England, auch wenn man

in Betracht zieht, daß es „durchschnittliche“ Löhne sind, nicht bloß die der erwachsenen Männer.

Vergleicht man englische Löhne mit russischen oder heutige Löhne mit denen der 30er oder 40er Jahre, so wird man, besonders bei Außerachtlassung der Lebensmittelpreise, aber auch zum Teil mit Berücksichtigung derselben, bedeutende Unterschiede finden. Zieht man aber die Leistungen in Betracht, auf welche doch alles ankommt, so werden diese Unterschiede verschwinden oder sich sogar umgekehrt gestalten. Diese Leistungen sind aber, wie die Geschichte der Arbeit und die Statistik beweist, handgreiflich in innigstem Kausalzusammenhang mit Lohn und Arbeitszeit. Wenn höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit die Leistung faktisch billiger machen, so kann doch niemand behaupten, daß hier der Arbeiter mehr bekommt, als notwendig ist, damit seine Arbeit — billig sei. Für gleiche Leistungen bekommt er weniger, als der schlechtbezahlte Arbeiter mit endloser Arbeitszeit. Daß es ihm trotzdem besser geht als diesem, ist sicher, aber jedenfalls gewinnt er nicht auf Kosten des Kapitals und mithin aus Verdienst des Kapitals, das unter diesem neuen Regime selbst mehr — verdient. Der Grund liegt lediglich in der Beschaffenheit der menschlichen Natur, auf die man endlich sich besonnen hat. — Selbstverständlich kann man im konkreten Falle, in einem bestimmten Lande und einer bestimmten Branche, nicht ganz beliebig die Leistungsfähigkeit der Arbeiter entsprechend steigern, wenn man den Lohn erhöht oder die Arbeitszeit herabsetzt. Doch es besteht offenbar keine Gefahr, daß der Staat [1]) oder die Unternehmer selbst auf diesem Gebiete mit idealistischer

[1]) Auf Grundlage eines Gesetzes von 1896 (und seiner Erweiterungen im J. 1900) wurde in dem Arbeiterparadies Victoria ein gesetzlicher Mindestlohn in vielen Gewerben vorgeschrieben. Diese Löhne waren beträchtlich höher als die Beträge, die viele Arbeiter vordem erhalten hatten, doch scheint diese Tatsache weder den Umfang der Industrie noch den Unternehmergewinn berührt zu haben. Es trat keine Verringerung der Beschäftigung in den betreffenden Gewerben ein, im Gegenteil, der zahlenmäßige Stand war größer geworden. Auch war nicht nachzuweisen, daß die Preise in die Höhe gegangen waren und Unternehmer erklärten, es sei dies nicht der Fall gewesen. Auch waren die Arbeitgeber selbst mit dem Resultat keineswegs unzufrieden. Als sie sich gezwungen sahen, allen ihren Arbeitern einen Normallohn zu zahlen, trugen sie eben dafür Sorge, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen: sie wählten ihre Arbeiter sorgfältiger aus, hielten sie stets voll beschäftigt, führten neue Arbeitsmethoden und Maschinen ein und machten in jeder Weise die Industrie leistungsfähiger (S. u. B. Webb in Soz. Pr. XI. 636).

Waghalsigkeit vorgehen. Die geringste dauernde Verminderung des Profits würde genügen, um einen solchen faux pas zu redressieren und es ist also nicht im mindesten wahrscheinlich, daß innerhalb des kapitalistischen Systems der Arbeiter seine Lage derart verbessere, daß man mit Recht sagen könnte, auch eine Verminderung seines Einkommens würde seine Leistung auf die Dauer nicht beeinträchtigen, er bekomme also mehr als den (in Anbetracht seiner Leistung und mit Bezug auf dieselbe) notwendigen Unterhalt. Immer nur bis an diese allerdings elastische Grenze gehen seine und der Unternehmer Interessen parallel. Eine Steigerung des Lohnes auf Kosten des Profits kann innerhalb des kapitalistischen Systems im allgemeinen (von einzelnen unglücklichen und wehrlosen Branchen oder Unternehmerkategorien abgesehen) nicht eintreten, so lange der Besitz seine natürliche Macht behält. Verliert er sie, so ist es mit dem System zu Ende. Nur ein anderes wirtschaftliches System, welches gar nicht auf Profit eingerichtet ist, wie das konsumgenossenschaftliche, kennt keine andere Schranke des Arbeitseinkommens, als die Produktivkraft der Arbeit.

Daß übrigens ein Steigen des Geldlohns, auch bei gleichbleibendem Geldwert, sogar faktisch ein Fallen sein kann, wenn die Intensität der Arbeit gestiegen ist, hat schon Marx (I. S. 555) sehr deutlich ausgesprochen. Auch Unternehmer verstehen das. In mehreren großen Werkzeug- und Maschinenfabriken in Cincinnati ist ein Prämiensystem in Kraft, dessen wichtigste Bestimmung lautet: Führt ein Arbeiter die ihm zugewiesene Arbeit in kürzerer als der vorgeschriebenen Zeit aus, so erhält er als Zuschlag zu seinem regulären Lohn für jede ersparte Arbeitsstunde die Hälfte des auf diese Zeit entfallenden Lohnes. — Dieses „System“ wollen die Arbeitgeber verbreiten! (Soz. Prax. XI. 1101).

§ 91. Mortalität. — Lebenskraft.

Man sagt seit Ricardo immer wieder: Der Arbeiter muß regelmäßig den notwendigen Unterhalt haben. Sinkt sein Lohn unter diesen, so tritt größere Sterblichkeit ein, besonders bei den Kindern u. s. w. Größere Sterblichkeit, was heißt das? Größer als die bisherige? größer als die gewöhnliche, durchschnittliche Arbeitersterblichkeit? Wenn also die Mortalität der Arbeiter ihr gewöhnliches Maß nicht überschreitet: ist das ein Beweis, daß sie

dann den notwendigen Unterhalt bekommen? Nehmen wir einmal an, die gewöhnliche Arbeiter-Mortalität sei 4 von 100 per Jahr, die gewöhnliche Mortalität der anderen Klassen 2 vom 100 per Jahr: haben dann die Arbeiter den notwendigen Unterhalt? Mit anderen Worten: ist die Gesundheit ein Luxusgegenstand? oder: soll man das, was dazu gehört, um die menschliche Kraft und Gesundheit zu erhalten, zum Luxus rechnen, und nicht zum notwendigen Unterhalt? Wer diese Fragen bejaht und für die Arbeiter nur den notwendigen Unterhalt fordert, der erklärt damit, daß der Arbeiter durch seinen Beruf ganz normal und selbstverständlich zum vorzeitigen Tode bestimmt sei (nach dem jeweiligen gesellschaftlichen Maßstabe, der ja auch beständig wechselt) und daß nur die oberen Klassen auf eine längere Lebensdauer Anspruch haben. Wer aber so etwas behauptet, der hat gar kein Maß mehr für das, was er den notwendigen Unterhalt nennt. Wenn man die Berechtigung einer höheren Mortalität und kürzeren Lebensdauer der Arbeiter schon prinzipiell anerkennt, dann kann jeder Unterhalt als notwendiger, d. h. ausreichender angesehen werden, dann ist jeder Lohn genügend und gerecht. Es kommt gar nicht darauf an, ob vom 100 der Arbeiter jährlich 4 oder 5 oder 6 oder 10 oder mehr sterben, das ist eben ihre Mortalität, und damit Punktum. Ich glaube, daß hiermit die deductio ad absurdum gegeben und daß mithin diese Anschauungsweise als falsch erwiesen ist.

Gesundheit ist kein Luxusgegenstand und der Arbeiter, dessen Lebensverhältnisse so gestaltet sind, daß er notwendig im Durchschnitt früher sterben muß als die „besser situierten“ Klassen, bekommt eben nicht den „notwendigen Unterhalt“.

Es muß verschiedene Stände geben, sagt man. Wir wollen dem zustimmen. Aber müssen deshalb die unteren zum vorzeitigen Tode verurteilt sein?

Wenn es nun aber Arbeiten gibt, die der menschlichen Gesundheit schädlich sind und dennoch zum Wohl des Ganzen vorgenommen werden müssen? — Wir sprechen, notabene, hier von wirtschaftlichen Arbeiten, die berufsmäßig geleistet werden, nicht etwa von außerordentlichen Gefahren oder Anstrengungen, welche von einzelnen Individuen aller Klassen gelegentlich bestanden resp. ertragen werden müssen. Und da können wir wohl bei dem heutigen Stande der Technik und Hygiene getrost behaupten, daß jede Arbeitsart ohne irgend nennenswerten Schaden für die Gesundheit sein könne, wenn nur die Arbeitsbedingungen darnach sind. Der

menschliche Organismus überwindet gar wohl die Folgen der hier und heute noch in Betracht kommenden schädlichen Einflüsse, wenn er ihnen nicht zulang ausgesetzt ist und wenn der Arbeiter Gelegenheit und Mittel hat, sich richtig zu erholen. Es müßte also bei schädlichen Beschäftigungen die tägliche Arbeitszeit entsprechend kurz sein, oder es müßten von Zeit zu Zeit Ferien stattfinden, und der Lohn so bemessen sein, daß die äußeren Mittel der Erholung, des Kraftersatzes zu beschaffen wären. Man darf da noch lange nicht an Badereisen, Universitätsferien und Geheimratseinkünfte denken. Die Erholungsbedürftigkeit der oberen Klassen wird oft nur durch die Folgen eines zu üppigen Lebens erzeugt. Doch sicher gibt es auch in ihnen heutzutage eine Menge überarbeiteter Männer, die ohne ausreichende Ferien und Erfrischung ihre Arbeiten nicht fortsetzen könnten. Jedermann anerkennt ihnen gegenüber das Recht und die Notwendigkeit der Ausspannung und man findet es ganz in der Ordnung, daß z. B. der Staat durch entsprechende Gehalte die nötigen Mittel dazu beschafft, obwohl in diesen Kreisen durchschnittlich nicht die Arbeit allein, sondern auch das Vergnügen, welches die Nachtruhe verkürzt, die „Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten“, die hauptsächlich in der Teilnahme an üppigen Gelagen und Saufereien besteht, die Übermüdung herbeigeführt hat. Aber wie leichten Sinnes geht der besser Situierte so oft über die Frage weg, wenn es sich nur um Leben und Gesundheit armer Teufel handelt.

So gesteht z. B. Karl Käger (Die Sachsengängerei, 1890) gern zu, daß es eine Einseitigkeit sei, zu glauben, nur geistige Arbeiter empfänden ein Bedürfnis nach zeitweiliger Ausspannung und Erholung, und nur die Natur der geistigen Arbeit rechtfertige es, daß einem solchen Bedürfnis Befriedigung gewährt werde. Und so wäre denn dem körperlichen, insbesondere dem industriellen Arbeiter „eine kleine Ferienzeit recht von Herzen zu gönnen“, wenn es „mit den Forderungen der Technik und unserer Kultur“ vereinbar wäre. Nun, es steht zu erwarten, daß sich, sowie die Abkürzung der Arbeitszeit heute schon, künftig auch die Arbeiterferien selbst mit einer Kommerzienrat-Kultur, d. h. mit dem höchsten Profit-Interesse vereinbarlich erweisen werden. Anfänge dieses Beweises sind schon da, besonders in England.

Aber soweit brauchen wir noch nicht zu denken. Guter Lohn und eine der Branche entsprechende Arbeitszeit würden allein schon mächtig wirken, selbst in den schlimmsten Beschäftigungen, wenn man dabei auch die sanitären Einrichtungen trifft, die von der Wissenschaft geboten und gefordert werden.

In der Münchener medizinischen Wochenschrift besprach im März 1895 der Hygieniker Wollner die Gesundheitszustände in den durch Schönlank's Buch[1]) bekannt gewordenen Fürther Spiegelbelegen auf Grund neuester Erhebungen. Seit $1^1/_2$ Jahren kam kein Fall von Quecksilbervergiftung mehr vor, obwohl meist Arbeiter beschäftigt waren, die schon seit längerer Zeit in den Belegen arbeiteten. Nach Wollner liegt die Ursache des plötzlichen Verschwindens der Erkrankungsfälle nur zum Teil in den seit 1885 eingeführten sanitären Vorschriften. Genaue Untersuchungen zeigten, daß die größte Zahl der Erkrankungen an Merkurialismus in den früheren Jahren aus den großen Betrieben stammten, welche für den Export arbeiteten. Die sanitären Einrichtungen waren in diesen Betrieben durchaus nicht schlechter als in anderen, im Gegenteil, sie waren sogar die besten; aber die Arbeiter daselbst waren die schlechtest bezahlten, herabgekommenen Individuen, die das Bestreben hatten, durch möglichst lange Arbeit ein hinlängliches Auskommen zu finden. Diese großen Fabriken arbeiten jetzt nicht mehr mit Quecksilber, sondern mit Silber, während in kleineren Werkstätten, wo oft nur 1—2 Arbeiter angestellt sind, noch immer mit Quecksilber gearbeitet wird. In diesen ist aber die Arbeit pressant, die Arbeitszeit 6 Stunden pro Tag, dabei die Bezahlung relativ gut. Die Arbeiter sind also im Stande, bei geringerer Arbeitszeit sich besser zu nähren. So ist, nach Wollner, auf Grundlage dieser Erfahrungen „doch wohl ohne Zwang der Rückschluß erlaubt, daß von allen Maßregeln zum Schutze der Arbeiter keine mehr Beachtung verdient, als kurze Arbeitszeit und gute Bezahlung. Damit soll nicht gesagt sein, daß die anderen Vorschriften überflüssig sind, aber es ist doch zweifelhaft, ob sie einen großen Erfolg haben werden ohne kurze und gut bezahlte Arbeit“ (S. Pr. IV. 332).

Bis jetzt gilt aber leider noch in unserer ökonomischen Welt zum größten Teil der bekannte Ausspruch J. Stuart Mill's, wonach sich das „Ergebnis der Arbeit fast im umgekehrten Verhältnis zur Arbeit verteilt, sodaß die größten Anteile am gesellschaftlichen Einkommen denen zufallen, welche überhaupt nie ge-

[1]) Zuerst veröffentlicht in der „Neuen Zeit“ 1887 unter dem Titel: Die Fürther Quecksilber-Spiegelbelegen und ihre Arbeiter. Wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen.

arbeitet haben, die nächstgrößten denen, deren Arbeit beinahe nur nominell ist, und so weiter herunter, indem die Vergütung in gleichem Verhältnis zusammenschrumpft, wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit nicht mit Gewißheit darauf rechnen kann, selbst nur den notwendigsten Lebensbedarf zu erwerben."

Daß die unteren, also die „arbeitenden Klassen" rascher wegsterben, ist eine Tatsache, die man nicht mehr zu beweisen braucht, sondern höchstens durch beliebige statistische Untersuchungen illustrieren kann. Wir wollen beispielsweise einige Daten vorführen, um dem mit solchen Erscheinungen Unbekannten einen beiläufigen Maßstab zu bieten für die Verschiedenheit der Lebensloose der Klassen unserer Gesellschaft. Wir wollen uns dabei auf die Kindersterblichkeit und andere bezeichnende Daten über Kinder beschränken. Denn die Sterblichkeit der Arbeiterkinder ist wohl der konzentrierteste Ausdruck der in diesen Kreisen, verglichen mit den besitzenden, herrschenden Not. Hier kommt das Wohnungselend zum vollen Ausdruck, hier sieht man die Folgen der Frauenarbeit, welche anstatt auf die Kinderpflege auf den Erwerb gerichtet werden muß, hier tritt speziell die Wirkung des ungenügenden Einkommens am schroffsten zu Tage. Wenn ein Arbeiter nicht soviel hat, um eine Familie ordentlich ernähren zu können, so folgt daraus noch nicht notwendig, daß er, der Mann und Herr im Hause, Mangel leidet. Er kann sich vielleicht ordentlich nähren, er kann möglicherweise sogar einen gewissen proletarischen Luxus treiben, indem er Geld für Getränke, Tabak u. dgl. ausgibt, während seine Familie nicht das Notwendigste hat. Aus diesem Arbeiterluxus zu schließen, daß der Lohn über den notwendigen Unterhalt hinausgehe, ist eine der großen Leichtfertigkeiten, welche die Vertreter der Besitzesinteressen sich oft zu schulden kommen lassen. Unter 100 Arbeitern hat kaum einer soviel, um sich vernünftigerweise und ohne Schaden für seine Familie auch nur die mindeste Luxusausgabe gestatten zu können. Daß arme Teufel dennoch nicht selten im Verhältnis zu ihren Mitteln, also sehr relativ genommen, eine gewisse „Verschwendung" betreiben, liegt teils in den allgemeinen Mängeln (dem Egoismus) der menschlichen Natur, teils in dem Elend selbst, welches auf höchst natürliche Weise den Leichtsinn und die Gedankenlosigkeit erzeugt, beim Durchschnittsmenschen. Wunderbare, wahrhaft verehrungswürdige Ausnahmen höchster Opferwilligkeit

und Entsagung sind nicht ganz selten, jedenfalls bei den Ärmsten viel häufiger, als bei den Reichsten.

Paul Göhre (Drei Monate Fabrikarbeiter, 1891) findet auch in seinen Beobachtungen die oft gemachte Wahrnehmuug bestätigt, daß das niedrigste, kaum das physiologische Existenz-Minimum deckende Einkommen ein planloses von der Hand in den Mund leben erzeugt, und daß die Verzweiflung an der Möglichkeit, dauernd eine erträgliche Existenz einzurichten, den Arbeiter unterster Lohnstufe dazu treibt, seinen kümmerlichen Sold für eine kurze Betäubung hinzugeben. In diesem Sinne sagt schon Fr. Engels: „Alle Lockungen, alle möglichen Versuchungen vereinigen sich, um die Arbeiter zur Trunksucht zu bringen. Der Branntwein ist ihnen fast die einzige Freudenquelle, und alles vereinigt sich, um sie ihnen recht nahe zu legen. Der Arbeiter kommt müde und erschlafft von seiner Arbeit heim; er findet eine Wohnung ohne alle Wohnlichkeit" etc. („Lage" S. 105).

Daß aber nicht nur bei den oberen Klassen, sondern auch bei den Arbeitern Leichtsinn, Genußsucht und Egoismus eine Rolle spielen, die an sich nicht notwendig wäre, wenn sie auch bei armen, ungebildeten Leuten entschuldbarer ist, als bei denen, welche die „beste Erziehung" genossen, ist doch unzweifelhaft.

In der Generalversammlung der Berliner Aktienbrauerei „Böhmisches Brauhaus" machte der Direktor Knoblauch 1890 folgende interessante Mitteilung:

Im September 1889 sei seitens der sozialdemokratischen Partei eine Sperre über das Bier der Brauerei verhängt worden, weil der Ökonom der Brauerei ihr den Saal zu Versammlungen verweigerte. Die Wirkung sei eine empfindliche gewesen, indem während dieser Zeit ein Minderabsatz von 100 Tonnen (30000 Glas Bier) pro Tag zu verzeichnen gewesen sei. Der Londoner „Sozialdemokrat" vom 15. Februar 1890, der dies unter der Spitzmarke „Ein Ehrenzeugnis für die Arbeiterschaft Berlins" mitteilt, bemerkt dazu: „Hut ab vor einer Arbeiterschaft, die denen, die sie ächten zu dürfen vermeinen, in so empfindlicher Weise zu erkennen gibt, daß sie es mit selbstbewußten Männern zu tun haben." 30000 Glas Bier pro Tag von einer einzigen Brauerei ist allerdings eine ganz erhebliche Parteileistung. Aber zum Hutabziehen fordert sie nicht auf. Denn man kann überzeugt sein, daß diese Leistung auf Kosten des Wohls und der dringendsten Bedürfnisse der Arbeiter selbst und ihrer Familien vor sich ging. Man möchte

— nebenbei — auch meinen: wenn in diesem Fall die Sperre gegen die Brauerei ein Ehrenzeugnis für die Arbeiter war und sie als selbstbewußte Männer zeigte, so müßte man noch viel eher die „Mannhaftigkeit" der Unternehmer anerkennen und loben, welche die Anhänger einer Partei, die sie als Ausbeuter und Blutsauger bezeichnet und prinzipiell auf ihre Vernichtung ausgeht, grundsätzlich „aussperren". Oder gilt nicht das gleiche Recht und die gleiche Logik für alle, nach demokratischen Grundsätzen?

Wir geben also zu, daß bei dem allgemeinen Vorhandensein einer hohen Moral, Selbstüberwindung und Weisheit auf Seiten der erwachsenen Männer die durchschnittliche Lage der Arbeiterfamilien, also auch der Arbeiterkinder etwas besser wäre, indem das an und für sich ungenügende Einkommen nicht auch noch zum Teil verschleudert würde. Allein man kann den Arbeitern wohl nicht das speziell zum Vorwurf machen, was auch die anderen Klassen treiben, und was bei jenen gerade durch ihre erbärmliche Lage und die daraus sich ergebende Gedankenlosigkeit und Unvorsichtigkeit wesentlich gefördert wird. Immerhin liegt eine Besserung dieser Mängel wie auch der aus der mangelhaften hauswirtschaftlichen Erziehung der Arbeiterfrauen hervorgehenden Unzukömmlichkeiten auch innerhalb unseres kapitalistischen Systems im Bereich der Möglichkeit, und ihre Anfänge, besonders die Anfänge der Erkenntnis, daß hier Mängel vorliegen und daß die Arbeiter selbst zu deren Bekämpfung berufen und verpflichtet seien, sind bereits vielfach sichtbar. Sehr lange ist es noch nicht her, daß sozialdemokratische Parteiführer und Schriftsteller, ähnlich wie die Pfaffen einer herrschsüchtigen Kirche, jeden Grad und jede Form der Unmoral innerhalb der Arbeiterklasse ohne weiteres mit der „Klassenlage" entschuldigten und rechtfertigten, ja faunisch dazu schmunzelten, während sie sich über die „herkömmliche Philistermoral" lustig machten. Das ist jetzt viel besser geworden, sehr zum Nutzen der Arbeiter, aber noch lange nicht ganz gut.

Nach A. Wolff (Untersuchungen über die Kindersterblichkeit. Erfurt 1874) starben von 1000 Geborenen vor dem Ausgang von

	1 Monat	3 Monaten	6 Monaten	1 Jahr
in der Arbeiterklasse . . .	84	154	214	305
im Mittelstand	45	80	118	173

(Entnommen aus Harald Westergaard: Die Lehre von der Mortalität und Morbilität. Jena 1882.)

Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen" pro 1890 starben Kinder

im Alter von Jahren	bei den Arbeitern %	beim Mittelstand %
0—1	30.5	17.3
1—2	11.5	5.5
3—5	13.6	6.5
6—10	6.8	3.8
11—14	2.5	1.1
	64.9	34.2

Die belgische Regierung veranstaltete 1897 eine Erhebung über die Sterblichkeit der Kinder von Arbeiterinnen in einer der größten Flachsspinnereien von Gent. Von 293 Arbeiterinnen, die befragt wurden, waren 106 im Alter von 17—20 Jahren, 154 im Alter von 20—30 Jahren, 30—40 Jahre zählten 25 Arbeiterinnen, mehr als 40 nur 8 (!). 134 von ihnen hatten insgesamt 368 Kinder geboren. Gestorben waren davon 228, d. i. 62 Prozent, am Leben geblieben 140. Von den gestorbenen hatten 172 nur ein Alter bis zu sechs Monaten erreicht, ein einziges hatte das fünfte Lebensjahr überschritten. Von je drei Kindern, die von den Flachsspinnerinnen dieser Genter Fabrik geboren werden, wird also ungefähr eines über fünf Jahre alt (Soz. Prax. VII. 332). Sollte eine solche Bevölkerung numerisch intakt fortbestehen, so müßte, wenn alle Frauen heirateten, jede allermindestens sechs Kinder gebären, in der Tat erheblich mehr, da die Sterblichkeit mit dem vollendeten fünften Lebensjahr nicht aufhören wird. Das sind gewiß Ausnahmsverhältnisse, aber man sieht, welche herrliche Blüten unsere Wirtschaft hie und da treibt. Annäherungen an dieses Genter Ideal kommen ohne Zweifel nicht selten vor.

Nach Biedert (Die Kindersterblichkeit und die sozialökonomischen Verhältnisse, 1897) starben in Erfurt von 100 Kindern bei

	Unehelichen	Arbeitern	Mittelstand	durchschnittl.
0—1 Jahre alt	35.7	30.5	17.3	24.4
1—2 „ „	5.5	11.5	5 5	7.6
3—5 „ „	4.2	13.6	6.5	8.7
6—10 „ „	2.1	6.8	3.8	4.5
11—14 „ „	0.3	2.5	1.1	1.5

In ganz Preußen hatten 1880/88 die Almosenempfänger 421.5, das Gesinde 331.9, Taglöhner 251.2, Gehilfen 228.4, die Selb-

ständigen 215, Privatbeamte 211, öffentliche Beamte 203.1 Tote unter 1000 im ersten Jahr Lebenden. (So steht es zu lesen in der Soz. Prax. VII, 86, eine Kuriosität, von der man kaum glauben kann, daß sie im 19. Jahrhundert entstanden ist. Es erinnert an die österreichischen Volkszählungen des 18. Jahrhunderts, wo die Menschen eingeteilt werden in „Seelen“ und Juden.)

Landsberger, der das Wachstum von 104 Kindern während der Dauer der Schulpflicht individuell verfolgte (die Zahl schmolz allerdings auf 37 zusammen), fand, daß die Durchschnittsgröße der Kinder aus der armen Klasse beim Beginn des schulpflichtigen Alters 106.1 cm betrug, die der Kinder aus wohlhabenden Ständen aber 108.9 cm. Zwei Jahre später waren die ersteren bis zu dem Durchschnitt 116.7 und die letzteren bis 119.6 gewachsen.

Nach Roberts hatten die von ihm untersuchten Kinder aus den wohlhabenden Klassen im Alter von 10 Jahren eine mittlere Größe von 135.7, Arbeiterkinder dagegen nur eine solche von 128.3 cm und bei 15jährigen waren die entsprechenden Zahlen 161.3 und 153.8 cm (was umsomehr sagen will, da die einigermaßen schwächlichen bei den Armen in den ersten Lebensjahren massenhaft wegsterben, während sie bei den Wohlhabenden durch sorgsame Pflege zumeist erhalten werden).

Auch Pagliani hat in der Provinz Turin ähnliche Unterschiede konstatiert. Er fand z. B. in folgenden Altersklassen die Körpergröße bei Kindern der wohlhabenden und der armen Klasse in Centimetern:

	Knaben		Mädchen	
Altersjahr	wohlhabend	arm	wohlhabend	arm
11	133.6	128.5	133.5	130.0
12	137.0	132.5	139.4	135.2
13	142.5	138.6	146.4	138.5
14	150.6	140.0	152.1	144.5
15	157.2	148.6	154 3	145.0
16	163.8	151.2	155.3	—
17	164.0	151.4	155.3	—

(Prof. Lexis im Handwörterb. d. Staatswiss. I. Aufl. Anthropologie u. Anthropometrie.)

In den Volksschulen von Leipzig-Gohlis wurden an 2870 Kindern Messungen vorgenommen, deren Ergebnisse Prof. Hasse im 1889er Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig mitteilte.

Die Durchschnittsgröße der Kinder betrug in Centimetern

	Jahr: 6–7	8–9	10–11	12–13	14–15
bei Knaben Wohlhabender	110.9	120.5	130.9	139.2	148.3
„ „ Armer	109.6	118.6	128.0	137.8	144.3
„ Mädchen Wohlhabender	111.0	120.5	130.2	142.0	150.6
„ „ Armer	108.7	116.4	128.1	138.4	147.7

Nach Bowditsch (Boston):

	6–7	8–9	10–11	12–13	14–15
bei Knaben Wohlhabender	112.1	122.2	132.5	142.1	153.8
„ „ Armer	111.2	121.2	131.0	139.4	150.7
„ Mädchen Wohlhabender	112.1	121.8	131.3	142.7	153.2
„ „ Armer	109.9	120.6	130.3	141.5	152.1

(S. „Neue Zeit“, 1892—93, No. 27.)

§ 92. Relativer Fortschritt. — Herrenmoral.

Wie in Arbeitszeit und Arbeitslohn in neuerer Zeit vielfach, wenn auch lange nicht allgemein, eine Besserung eingetreten ist, so auch — sicherlich als Folge davon — eine Besserung in den Mortalitätsverhältnissen. Die Sterblichkeit im allgemeinen ist seit etlichen Dezennien zurückgegangen, zugleich mit der Geburtenziffer, ohne Zweifel trifft dies auch bei den arbeitenden Klassen, besonders in ihren oberen Schichten zu. Aber unzweifelhaft hat die Mortalität der „besser Situierten“ sehr viel stärker abgenommen als die der unteren Klassen. Der mittelalterliche Ritter lebte und starb wie der Bauer. Das Leben des Handwerksgesellen war kaum gefährdeter als das des Zunftmeisters. Man vergleiche dagegen den heutigen Fabrikanten und seine Arbeiter. Und da naturnotwendig, wie einst von Scheel und vor ihm Lassalle sagte, jede Klasse ihr Los an dem der anderen mißt, da auf dem sozialen Gebiete und seinen Wertschätzungen der Natur der Dinge nach alles relativ ist und sein muß, so kann man mit vollem Rechte sagen: es geht dem modernen Arbeiter schlechter als seinen Vorgängern in verflossenen Zeiten. Man kann keinen Anspruch machen auf das, was niemand hat und kann; man entbehrt nicht Genüsse, die allen versagt sind, man empört sich nicht gegen ein Schicksal, das allen gemeinsam ist. Heute wird sozusagen niemand 100 Jahre alt, und 70 gilt schon als ziemlich hoch. Wenn die Mitglieder der besitzenden Klasse durchschnittlich die 100 erreichten und die Arbeiter nur die 70, so würden diese sich wohl beklagen, und mit Recht, wenn der Abstand der Lebensdauer beider Klassen nunmehr noch größer

wäre, als unter anderen Wirtschaftssystemen früherer Zeiten. Eine Klasse, die relative Rückschritte macht, kann man unmöglich mit den absoluten Fortschritten trösten.

Ja wenn man die unteren Schichten der heutigen Arbeiterklasse in's Auge faßt — und sie haben einen beträchtlichen Umfang —, wenn man an die beständig vorhandene und von Zeit zu Zeit furchtbar anschwellende Arbeitslosigkeit und das grausige damit verbundene Elend denkt, so findet man fast nicht den Mut, so im allgemeinen auch nur von absoluten Fortschritten im großen, typischen Verlauf der Entwicklung zu sprechen. Man könnte ebenso richtig behaupten, daß sich die Lage der Arbeiter (breiter Schichten dieser Klasse) mit der Zunahme der Produktivkraft der Arbeit, also der Kultur, des Reichtums, verschlechtert habe. So lange die Arbeit so wenig produktiv ist, daß der Herr auch arbeitet, wie bei Homer, geht es dem Sklaven sehr gut. Er ist beinahe ein Genosse des Herrn. Zur Zeit des Aristoteles war er schon tief herabgekommen und zwischen ihm und seinem Herrn eine gewaltige Kluft. Man vergleiche das Los des hörigen Bauern im 14. und im 17. oder 18. Jahrhundert — ein schrecklicher Rückgang. Der gegenwärtige Vertreter des einstigen Sklaven und Hörigen, der freie Arbeiter, kann oft selbst zum elendsten Lohn nicht einmal Arbeit finden, er muß um Arbeit betteln und verhungern, wenn ihm nicht die Armenpflege beispringt.

Odysseus konnte auf Ithaka unmöglich Millionär werden. Was man hier produzieren konnte, waren Gegenstände des eigenen Bedarfs, welche nicht beliebig angehäuft werden konnten, sondern entweder dem Verbrauch oder gar nicht dienten.

In der Geldwirtschaft hat aber der „Erwerb“ keine Grenzen, Beschränkung aller Ausgaben macht immer reicher, und der Reichtum beruht auf dem Profit und wächst mit ihm. Dazu ist dieser Reichtum, der wesentlich in Forderungsrechten gegenüber anderen besteht (der moderne Millionär hat oft keine tausend Franken bar in der Hand), vom Schicksal Anderer, Unzähliger, von den stets wechselnden Komplikationen des gesamten wirtschaftlichen Lebens sämtlicher Kulturvölker der fünf Kontinente abhängig und kann bei aller Klugheit, Sorgfalt, Wachsamkeit seines Besitzers leicht sich in Dunst auflösen. Dies spornt den in solcher Wirtschaft erst sich höher entwickelnden Erwerbstrieb in's Ungemessene, umso schärfer, da ja jeder nicht bloß für seinen eigenen Bedarf, sondern auch für die Existenzsicherheit seiner Nachkommen soviel als möglich sorgen

möchte. Wer also in solcher Wirtschaft „Herr“ ist, der wird seine Macht, so gut er kann, und jedenfalls viel intensiver ausnützen, als sein Vorgänger in der Zeit, wo man durch wirtschaftlichen Erwerb nicht reich werden konnte und durch Produktion für den eigenen Bedarf von wirtschaftlichen Konjunkturen unabhängig, also soweit seiner Existenz viel sicherer war.

Die wirtschaftliche Moral des Unternehmers muß daher anders sein, als die des Feudalherrn u. s. w., und wenn unter ihm die Lage des Arbeiters sich verbessern soll, so ist das nur möglich, sofern Erfahrung und Einsicht ihn dazu geführt haben, in der Besserstellung des Arbeiters seinen eigenen ökonomischen Vorteil zu sehen — von seltenen Ausnahmen, die vielleicht vorkommen, abgesehen.

„Voilà l'intérêt personnel en action, dans le régime actuel; et où donc, je le demande, le sentiment du devoir trouvera-t-il sa place entre celui qui écrase et celui qui est écrasé?“ (Louis Blanc, Organisation du travail, 5[me] édit., Paris 1848, p. 137.)

L. Blanc war ein Sozialist, vielleicht auch ein Demagoge; Robert v. Mohl war keines von beiden und doch beurteilt er die moderne Volkswirtschaft und ihre vom Staat und den Organisationen der Arbeiter noch nicht gezügelte Unternehmermoral nicht milder. „Das sich selbst überlassene, lediglich durch das selbstische Gesetz der Mitwerbung geleitete Fabrikwesen hat für alle Völker, und zwar für die vorgerücktesten am meisten, in nicht ganz zwei Menschenaltern einen Zustand heraufbeschworen, welcher unheilschwanger mehr und mehr die ganze Gestaltung des geselligen Lebens und alle Gesittung bedroht.“ Die Arbeiter werden unmenschlich behandelt oder „richtiger gesagt, keines Blickes gewürdigt“, nur als werterzeugende Kraft betrachtet u. s. w. (Geschichte und Literatur d. Staatswiss. III. 305f.).

Im ersten, allgemeinen, einleitenden Bericht der österreichischen Gewerbeinspektoren heißt es: „Es kann und soll nicht geleugnet werden, daß die Gewerbeinspektoren einzelne Fabriken vorfanden, deren Besitzer mit der menschlichen Arbeit Raubbau treiben, die, jedes sittlichen Gefühls bar, dieselbe minderwertiger als ihre Maschinen ansehen und demgemäß behandeln, Konjunkturen unter äußerster Anspannung von Menschen und Maschinen ausnützen und die Sorge für die verbrauchten oder in ihrem Kern getroffenen Arbeiter, deren niedrige Löhne den Gedanken an Amortisierung der Arbeits-

kraft wie Lohn erscheinen lassen[1]), gleichmütig der Gesellschaft oder dem Staate anheimstellen. — Abgenützte Maschinen, überarbeitete Menschen, eine bis zum äußersten getriebene Ausnutzung des Raumes, ein Durcheinander von Transmissionen, Schmutz in Gängen, an Wänden, am Boden, elende Luft, — barscher Ton, unfreundliche, sich bis zur Roheit steigernde Behandlung der Arbeiter, Schelt- und Drohworte, ... geben ein getreues Bild des auf rücksichtsloses Verdienen ausgehenden Besitzers." Und das in dem „gemütlichen" Österreich!

Ein köstliches Stück Herrenmoral, diesmal in Gestalt komischer Heuchelei, liegt in der folgenden landwirtschaftlichen Komödie, die in Schlesien im Jahre 1892 aufgeführt wurde.

Ein „Verband zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse" wurde am 19. November für Schlesien von Gutsbesitzern und Landwirten dieser Provinz in Breslau gegründet. Es wurde offen gesagt, die Anregung, die Sache in die Hand zu nehmen und die vorbereitenden Schritte zu tun, habe der Vorstand des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Schlesien durch einen in der diesjährigen Sitzung des Zentralvereins angenommenen Antrag erhalten, der dahin ging, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und geeignet erscheinenden Mitteln die Vereinigung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber der Provinz zu einem festgefügten Verbande „zur Bekämpfung des Kontraktbruchs der Arbeitnehmer" herbeizuführen.

Der § 1 der Statuten, die nach kurzer Debatte angenommen wurden, erklärt, daß dieser „Verband zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse" den Zweck verfolge, das Recht und die ehrliche Arbeit seiner Mitglieder zu schützen und ihnen in ihren Bestrebungen zur Besserung der Lage ihrer Arbeiter zu helfen. Zur Erreichung dieser Zwecke unternimmt es der Verband: a) seine Mitglieder zu schützen gegen den dolosen Kontraktbruch ländlicher Arbeiter, b) seine Mitglieder zu unterstützen durch den Nachweis von Arbeitern und durch Überwachung der Makler und Agenten, c) seinen Mitgliedern zu helfen bei den Einrichtungen zum Wohle ihrer braven Arbeiter. „Das nennt man heutzutage," sagt der Korrespondent, „Verbesserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse" (S. p. C. Bl. II. 103f.)

Neuestens betont Dr. Alfred Klee (Die Landarbeiter in Nieder-

[1]) Welche Löhne lassen das nicht?

und Mittelschlesien und der Südhälfte der Mark Brandenburg, Tübingen 1902), daß das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Grundbesitzer und Landarbeiter fast durchweg geschwunden sei; die Herrschaften haben meist nur ein Interesse daran, daß die Arbeit gemacht wird, sie sind weit mehr auf ihre Rechte als auf irgend welche sozialen Pflichten bedacht. Namentlich über den Ton der Gutsbeamten den Arbeitern gegenüber wird geklagt: „Roh und grob", „barsch", „brutal", „fluchendes Benehmen" u. s. w.[1]). Unsittliche Beziehungen zwischen Gutsbeamten und Arbeiterinnen werden in größerem Umfang konstatiert. Auch bei den Bauern zeigen sich auflösende Tendenzen. Die Bauern, und besonders ihre Frauen, trachten immer mehr darnach, zwischen sich und ihrem Gesinde, auch den kleineren Besitzern, eine schärfere Grenze zu ziehen und sich eine den Gutsherrschaften ähnliche Stellung zu geben. Die Dienstboten und kleinen Besitzer beschweren sich vielfach über den „zunehmenden Hochmut" der Bauern (S. 144ff.; meist wörtlich citiert). — Was hilft solchen sozialen Tendenzen gegenüber alle von oben herab kommandierte „Sozialreform"!

Das Direktorium des Zentralverbands deutscher Industrieller richtete am 24. Februar 1893 eine Eingabe an den Reichskanzler, welche eine Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung anstrebte und für die Bestrafung des Kontraktbruchs industrieller Arbeiter eintrat. Zwar seien in den letzten Ausständen der Bergarbeiter einige der ärgsten Schürer der Unzufriedenheit schließlich „verhaftet und an der Fortsetzung ihrer unheilvollen Tätigkeit zeitweilig verhindert worden; indes geschahen diese Verhaftungen auf Grund von Delikten, die mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung in keinem Zusammenhang standen, teils erwiesen sie sich als unhaltbar; unzweifelhaft aber ist, daß es nach dem geltenden Recht unmöglich war, jene Hetzer und Agitatoren frühzeitig genug unschädlich zu machen, um dadurch der ganzen Bewegung die Spitze abzubrechen" (ib. 296). Es wird also hier — zum wievielten Male seit 100 Jahren? — der Staat ganz direkt und schamlos aufgefordert, seine Gewalt einseitig im Interesse der Unternehmer zu

[1]) Der (alte) deutsche Bergarbeiterverband nahm auf seiner 13. Generalversammlung (Essen 1902) einstimmig eine Resolution an, die mit folgenden Worten beginnt: „Die Generalversammlung vernimmt mit Entrüstung, wie unwürdig noch immer die Arbeiter in den deutschen Bergrevieren behandelt werden. Sie protestiert entschieden gegen diese Brutalitäten, ebenso gegen die rigorosen Lohnabzüge und Bestrafungen" (XI. 921).

gebrauchen, seine Gesetze lediglich diesem Interesse gemäß zu formulieren.

Im Soz. pol. Zentralblatt II. No. 11 war folgendes zu lesen: Die Berliner Töpfer verlangen seit Jahren von den Bauunternehmern, daß sie die Fenster in den Neubauten, in denen die Töpfer beschäftigt werden, verglasen lassen. Da kurze Zeit nach Beginn der Töpferarbeiten in den Neubauten doch die Fenster verglast werden müssen, so entsteht den Unternehmern durch früheres Einsetzen der Scheiben höchstens dadurch eine Ausgabe, daß einige Scheiben zerbrochen werden können. Und deswegen werden die im Bau beschäftigten Arbeiter, wie Maler, Stuckateure und Töpfer, der Zugluft mit ihren verderblichen Folgen ausgesetzt. Gelenkrheumatismus, Luftröhren- und Lungenkatarrhe folgen daraus, daß der Unternehmer die Kosten einiger zerbrochener Fensterscheiben nicht riskieren will.

Noch etwas. Die Unternehmer pflegen zum Austrocknen der Räume Koaksfeuer in offenen Körben aufzustellen. In diesen Räumen, welche mit den den brennenden Koaks entströmenden giftigen Gasen erfüllt sind, müssen dann Maler, Töpfer und Stuckarbeiter ihre Arbeit verrichten. Man hat schon seit Jahren polizeiliche Vorschriften erlassen, durch welche der Gefahr der Vergiftung durch Kohlenoxydgas vorgebeugt werden soll. Dieser Gefahr sind die Arbeiter in erheblichem Maße ausgesetzt. Eine große Zahl von Erkrankungen ist unter ihnen durch die giftigen Dünste entstanden. Es sind sogar Fälle vorgekommen, daß Arbeiter bewußtlos zusammenbrachen. Mit Recht fordern die Arbeiter, daß zum Austrocknen geschlossene Öfen mit Abzugsröhren verwendet werden. — Auch das mußte erst erzwungen werden.

„Es bestehen oft Kartelle unter den gleichartigen Betrieben, und der Arbeiter, welcher den Haftpflichtprozeß gewagt hat, ist vertraglich geächtet.“ (Denkschrift über die Einführung einer schweizerischen Unfallversicherung. Von Nationalrat L. Forrer. IV. § 12.) — Eine kolossale Niederträchtigkeit! —

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hatte den Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund um eine zehnprozentige Erhöhung der Löhne ersucht. Dieser versicherte (1897), die Feststellung der Löhne entziehe sich der Kompetenz des Vereins, darüber müsse der einzelne (!) Arbeiter mit der einzelnen (!) Grubenverwaltung verhandeln. Wenn daher der Eine oder der Andere (!) auf einer Kohlenzeche eine Erhöhung seines Lohnes beanspruchen zu dürfen glaube, so werde sich derselbe zweckmäßig (!) direkt an diese selbst wenden und könne er daselbst wie bisher der wohlwollendsten Erwägung seiner Ansprüche versichert sein. — Genau ebenso ablehnend zu jeglicher Verhandlung mit der organisierten Gesamtheit der Arbeiter verhielt sich im selben Jahre die Organisation der Schuhwarenfabrikanten von Offenbach a. Rh. und Umgebung, als ihre ca. 1400 Arbeiter regelrecht wegen nicht bewilligter Forderungen (Neunstundentag und Fourniturenlieferung) gekündigt hatten. In der Antwort der 7 Firmen heißt es, „daß über alle Fragen, die das Geschäft betreffen, sie mögen einen Namen haben wie sie wollen, nur von jeder einzelnen Firma für sich mit deren eigenen Arbeitern ohne Zuziehung einer außerhalb des Geschäfts stehenden Persönlichkeit verhandelt werden kann“ (S. Pr. VI. 612f.). Also: die Organisation (der Unternehmer) will nichts von der Organisation (der Arbeiter) wissen. Sie sagt: wenn die Karpfen mit den Hechten kämpfen wollen, so muß es im Zweikampf geschehen — natürlich von Rechtswegen, aus moralischen Gründen.

Ein Musterbild namenloser Unverfrorenheit bietet der Verband der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine in Deutschland. Da seine Gesinnungen besonders für die Arbeiterklasse von großer praktischer Bedeutung sind, so mögen folgende Mitteilungen hier Platz finden.

Der Verbandstag vom August 1898 beschloß, den Vereinen eine Reihe von Normen als Grundlage für einen möglichst einheitlichen Mietvertrag zu empfehlen, die der Rechtsanwalt Dr. Raatz-Berlin ausgearbeitet hatte. Darin werden vierteljährliche oder monatliche Vorausbezahlung, Verzicht des Mieters auf das Recht der Aufrechnung der ihm gegen den Vermieter erwachsenden Forderungen mit Mietzinsforderungen des Vermieters, Kündigungsrecht des Vermieters bei Nichtzahlung eines Mietzinsteiles binnen bestimmter Tage oder bei Verstößen gegen die Hausordnung, Verminderung bezw. Aufhebung der Gewährleistungspflicht des Vermieters bezüglich vorhandener Mängel, Verschärfung der Haftung des Mieters, Verpflichtung beider Ehegatten für den Mietvertrag, Vertragsstrafen (bis zur Höhe des Mietzinses für $^5/_4$ Jahre nach Aufkündigung durch den Vermieter ohne Innehaltung der Kündigungspflicht) und ähnliche Bestimmungen festgesetzt, die dem Mieter so ziemlich jedes Recht, dem Vermieter jede Pflicht abnehmen. —

Der Verbandstag erklärte, er könne nicht anerkennen, daß, von vereinzelten Fällen abgesehen, eine Wohnungsnot in den Städten bestehe. Weiß-Breslau bestritt die Notwendigkeit des Baues von Arbeiterwohnungen. Ebenso Dr. Baumert-Spandau. Es werde dadurch der Zuzug der landwirtschaftlichen Arbeiter in die großen Städte vermehrt und somit steigere der Bau von Arbeiterwohnungen die Wohnungsnot. Kanzleirat Jähne-Leipzig tadelte es, daß es seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts Mode geworden sei, mit dem „kleinen Mann" zu liebäugeln u. s. w. Man schämt sich ordentlich, wenn man den Geist erwägt, aus dem diese Anschauungen und Bestrebungen hervorgehen (ib. VII. 1165).

Der Jahresbericht des Verbandstags vom August 1901 stellt das Vermietergeschäft „gegenwärtig" als recht unlohnend und den Hausbesitz als sorgenvoll und wenig angenehm dar. Die preußischen Ministerialerlasse zur Behebung der Wohnungsnot laufen nach Ansicht der Hausbesitzer auf die Vernichtung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung hinaus. Denn zu nichts anderem könne es führen, wenn den Gemeinden die Vergrößerung und Erhaltung des kommunalen Grundbesitzes empfohlen werde, während sich unser heutiges Staats- und Gesellschaftsleben gerade umgekehrt auf den privaten Grundbesitz (und Wohnungswucher?) aufbaut. Ebenso zu verwerfen sei die Unterstützung und Begünstigung der Baugenossenschaften, die von den Hausbesitzern lediglich als eine ungesetzliche (!) Konkurrenz empfunden würden u. s. w.

Im Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona für 1899 wird gegen den Reichstag polemisiert, dessen Sozialpolitik im letzten Jahre „unter dem Zeichen der einseitigen Berücksichtigung, Hervorhebung und Befürwortung der Arbeiterinteressen" gestanden habe. Über die beantragte Einführung von Fabrikausschüssen, obligatorischen Einigungsämtern, Arbeiterkammern u. s. w. wird folgendermaßen geurteilt: „Wenn es wohl auch einstweilen nicht befürchtet zu werden braucht, daß solche sozialpolitische Auswüchse Gesetz werden, so zeigt es sich doch deutlich, daß das Erwerbs- und Gewerbsleben von diesem Reichstag Heil und Hilfe nicht erwarten darf, sondern auf Selbsthilfe bedacht sein muß." — Es sei Pflicht der Arbeitgeber, sich zusammenzuschließen und immer fester zu organisieren, um den zu erwartenden Streikbewegungen die Spitze bieten zu können. Dabei suchen die Berichte über verschiedene Lohnbewegungen, die für die

Arbeiter Erfolge brachten, die Sache so darzustellen, als ob die Arbeiter ihre Erfolge einzig und allein dem noblen Entgegenkommen der Arbeitgeber zu verdanken gehabt hätten. Eine so billige Forderung wie die Mitbetätigung der Arbeiter am Arbeitsnachweis wird kurz abgefertigt: „Daß bei der bekannten und wohlbegründeten Haltung des Verbandes der Eisenindustrie die Mitbetätigung am Arbeitsnachweise abgelehnt werden mußte, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung." Der Arbeitsnachweis wird als Machtmittel angesehen, wie es die Konferenz der Arbeitgeber-Nachweise vom 5. September 1898 schon getan, auf welcher die geplanten Arbeitgeber-Arbeitsnachweise als ein weiteres Bollwerk gegen den Ansturm der von der Sozialdemokratie verhetzten Arbeiterschaft, als Sporn und Erziehungsmittel der Arbeiter erklärt wurden, mit dem hübschen Nachsatz, daß diese erzieherische Wirkung aber nur dann eintreten könne, wenn der Arbeitsnachweis im Stande wäre, einen gewissen Druck auf die Arbeitsuchenden auszuüben, was er nur in den Händen der Arbeitgeber leisten könne (VII 1322f.).

Gegen den unparteiischen kommunalen Arbeitsnachweis wendet der Hamburger Bericht sich folgendermaßen:

„Einmal fing man erst relativ spät damit an, energisch für die Ausbreitung der Arbeitgeber-Nachweise einzutreten, andererseits erkannte man nicht früh genug, daß die mit so unschuldiger Miene auftretenden unparteiischen Arbeitsnachweise auf Umwegen gerade das zu erreichen im Begriff sind, was die Gewerkschaften auf direktem Wege erlangen wollten, nämlich die Abhängigkeit des Arbeitgebers von fremden Faktoren, nur noch mit dem erschwerenden Moment, daß die staatlich oder durch die Kommune subventionierten Arbeitsnachweise auch noch zu einer neuen Aufsichtsbehörde für die Arbeitgeber auszuwachsen drohen."

Die Herren wollen also frei und unabhängig sein, der Staat soll sich nicht in ihre Angelegenheiten mischen, sie vor allem nicht beaufsichtigen. Dagegen beklagen sie sich in demselben Bericht über die Ablehnung der sog. Zuchthausvorlage (!): „Wenn sich angesichts des mangelnden Verständnisses des Reichstages für die Bedürfnisse des gewerblichen Lebens und die Bedingungen, von denen ein weiteres Aufblühen von Industrie und Gewerbe abhängt, unwiderstehlich die Frage: ‚Was nun?' aufdrängt, so gibt es dafür nur eine Antwort: Organisation des Unternehmertums zu straffer, entschlossener Abwehr jedes terroristischen Übergriffs seitens der

gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Organisation". — „Jede, auch die gesetzlichste wirksame Durchführung des Koalitionsrechts der Arbeiter ist in den Augen dieses Unternehmerverbandes verdammenswerter ‚Terrorismus', während jeder Terrorismus der Unternehmer ihnen gerechtfertigte Notwehr ist", so schließt der Korrespondent der Soz. Pr. (IX. 370f.). Es ist der alte Sklavenhalterstandpunkt mitten in der kapitalistischen Profitwirtschaft, wo er, wenn man ihn gewähren ließe, am unheilvollsten wirken müßte.

§ 93. Zusammenfassende Schlußbetrachtungen über den Lohn.

Nach all diesen Erörterungen ist wohl kaum zweifelhaft, wie sich das quantitative Verhältnis von Lohn und Rente im Lauf der Entwicklung gestalten muß.

Die bloße Bewegung des Geldlohns ist wohl für eine längere Zeit ziemlich leicht zu konstatieren, aber ganz irrelevant. Das Geld ist für alle, die es nicht bloß vergraben wollen, lediglich eine Anweisung auf gesellschaftliche Produkte, also nicht an sich von Bedeutung, sondern nur durch das, was man jeweilen dafür bekommen kann. Wenn man zu irgend einer früheren Zeit mit 600 Fr. per Jahr gut und bequem leben konnte, und heute mit 2000 darben muß, so ist es nur irreführend und gefährlich, immer wieder auf solche Quantitätsveränderungen hinzuweisen, als ob das Einkommen des Arbeiters damit erläutert würde, als ob die größere Zahl von Franken an sich irgend etwas bedeutete. „Den höheren Löhnen stehen erheblich höhere Preise der Lebensmittel und der Wohnungen gegenüber" (Herkner, Die Arbeiterfrage, 3. Aufl., S. 218).

Der Sachlohn, die Masse der Produkte verschiedener Art (in Stück, Pfund, Liter, Meter etc. ausgedrückt), die sich der Arbeiter mit seinem Lohne kaufen kann, bedeutet allerdings etwas, aber entscheidend ist auch er noch lange nicht, selbst nicht bei der Frage, ob sich seine Lage wirklich absolut verbessert hat. Es läßt sich der Fall denken, daß der Arbeiter mehr Produkte kaufen kann als ehedem, aber dennoch keineswegs angenehmer, sorgenloser, sicherer, bequemer, heiterer u. s. w. lebt als früher, soweit das alles von dem Arbeitsverhältnis abhängt. Niemand wird es wagen, eine fortlaufende regelmäßige Vermehrung des Arbeitereinkommens oder gar des Lebensglückes oder Lebensgenusses der

Arbeiter zu behaupten. Wir mögen wohl zugeben, daß in den letzten Dezennien wenigstens einige Schichten der Arbeiterklasse mehr Einkommen hatten, als in den unmittelbar vorhergehenden Dezennien, aber, soweit man der Geschichtsforschung auf diesem Gebiet glauben kann, gab es schon viel bessere Zeiten für die Arbeiter und ist die jetzige Besserstellung nur zu konstatieren bei einem Vergleich mit einer ganz besonders schlimmen Zeit. Auch betrifft sie ja keineswegs und bei weitem nicht alle Schichten der Arbeiterklasse, es ist vielmehr fraglich, ob es überhaupt jemals zuvor solche Hungerlöhne gab, wie sie jetzt an gar viele Arbeiter und besonders Arbeiterinnen gezahlt werden.

So ist es auch mit der Arbeitszeit. Die bloße Abkürzung der Arbeitszeit, auch bei gleichbleibender oder sogar steigender Leistung, ist ein physischer, moralischer und intellektueller Vorteil für den Arbeiter. Die menschliche Natur ist einmal so beschaffen, daß sie in vielen, vielleicht allen Arbeitszweigen einer größeren Anstrengung, die nur acht Stunden dauert, besser gewachsen ist, als einer geringeren, die aber zwölf oder noch mehr Stunden anhält, selbstverständlich innerhalb gewisser Grenzen der Intensität. Ebenso wird man in gar manchen Tätigkeitsgebieten in zehn Monaten mehr leisten, wenn darauf zwei Monate Ferien kommen, als in zwölf Monaten ohne Ferien. Also auch bei gleichem Lohn und gleicher Leistung ist die Abkürzung der Arbeitszeit ein Vorteil für den Arbeiter. Und sie ist in den letzten Dezennien vielen Arbeitern zu teil geworden, wenn man von der Arbeitszeit der unmittelbar vorhergehenden Dezennien ausgeht. Aber es gab Zeiten mit kürzeren Arbeitstagen und dazu mit geringerer Intensität der Arbeit. Man hat sich also von der tiefsten Stufe wieder einigermaßen erhoben, aber es besteht kein Grund, sonderlich stolz auf die Art und das Maß dieses Fortschritts zu sein, dagegen hätte man allen Anlaß, sich der überaus elenden Zustände eines großen Teils des neunzehnten Jahrhunderts zu schämen.

Daß die spezifisch „moderne" Arbeit in den maschinellen Großbetrieben „angenehmer" sei, als einst die Arbeit im alten, echten Handwerk war, wird wohl niemand behaupten wollen. Wer nicht schon an den Aufenthalt in einer solchen Fabrik gewöhnt ist, der kann es fast nicht begreifen, wie menschliche Wesen es darin längere Zeit aushalten können. Man vergleiche den Lokomotivführer und Heizer (und gar erst den Heizer im Dampfschiff)

mit dem Postillon oder Fuhrmann und Hausknecht und frage sich, wessen Geschäft, menschlich gemessen, angenehmer sei.

Als z. B. über den Brenner noch keine Eisenbahn ging und die Waren auf großen Lastwagen mit 6—8 riesenstarken, bestgepflegten und -geschonten Pferden befördert wurden, da fungierten als Fuhrleute hauptsächlich Söhne wohlhabender Wirte. Die Gasthöfe, in denen sie einkehrten, führten regelmäßig den besten Wein und die beste Küche und die feinsten Bissen wurden für die „Fuhrleute“ reserviert. Der Hausknecht hatte dabei eine sehr einträgliche und man möchte sagen angesehene Stellung, denn man mußte ihm die kostbaren Pferde anvertrauen und ihn durch reichliche Trinkgelder und Naturalspenden bei guter Laune erhalten. Meist wurde er später selbst Wirt oder sonst selbständiger Geschäftsmann. — Man denke an den unsterblichen Fuhrmann Barkis in Dickens' Copperfield. Er strengt sich gar wenig an und hinterläßt ein hübsches Vermögen. Und unsere Lokomotivführer und Heizer? Sie müssen dreimal soviel leisten und zwar unangenehmste, schmutzigste, ungesundeste und gefährlichste Arbeit, und bringen es zu gar nichts.

Ist endlich die Lage des modernen Arbeiters — was die Hauptsache wäre — sorgenloser, sicherer geworden? Sie hängt nur zu oft nicht bloß von der Willkür einiger wenigen großen Herren und ihrer Stellvertreter im Arbeitsprozeß ab, in deren Händen sich sein Gewerbe für einen weiten Umkreis konzentriert findet und die unter einander Abmachungen treffen können und auch wirklich treffen über die Personen, die sie von der Arbeit ausschließen wollen, sondern auch von der für alle gleich unbeherrschbaren Konjunktur eines die Welt umfassenden Marktes. In letzter Linie ist es die außerordentliche Produktionsfähigkeit der modernen Wirtschaft, die ihm notwendig von Zeit zu Zeit alle Arbeit und allen Lohn wegnimmt. Wir wissen sogar, daß die Arbeitslosigkeit einer nie ganz unerheblichen Menschenzahl eine ständige, normale Begleiterscheinung unserer Wirtschaftsweise geworden ist.

Das Facit ist also, daß der Kapitalismus als Wirtschaftsform einen wirklichen Fortschritt in der Lage der Arbeiterklasse, diese im ganzen genommen, keineswegs hervorbrachte, ja für die große Masse der Arbeiter — abgesehen von den obersten Schichten, die aber in früheren Zeiten sicher nicht, wie jetzt, ihr Leben lang Lohnarbeiter geblieben, sondern zu wirtschaftlicher Selbständigkeit und vermutlich zu recht behaglichen und angesehenen Lebensstellungen emporgestiegen wären — alles in allem eine Verschlechterung herbeigeführt hat, wenn auch das tiefe Elend, das er zunächst in weiten Schichten verbreitete, allmälig sich milderte durch Intervention des Staates und besonders durch die eigenen Anstrengungen der Arbeiter selbst, die schließlich sogar viele Unternehmer zur Überzeugung führten, daß der schlechtest gehaltene, meist gequälte Arbeiter nicht der billigste und für sie vorteilhafteste sei.

Eine andere Frage lautet: Steigt der Anteil des Arbeiters an seinem, oder besser der Anteil der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Produkt? können die Arbeiter mit ihrem Lohne eine größere Quote ihres Produkts kaufen? bezieht also die Arbeiterklasse einen wachsenden oder abnehmenden oder gleichbleibenden Teil des gesamten Einkommens der Gesellschaft? Ihr Anteil würde gleich bleiben, wenn mit der Produktivkraft der Arbeit ganz gleichmäßig auch das Arbeitereinkommen stiege und fiele, dieses also sich vollkommen oder doch wesentlich nach jener richtete. Allein die Produktivkraft der Arbeit ist nie und nimmer der Bestimmungsgrund des Lohnes. Das würde voraussetzen, daß die besitzende Klasse mit der arbeitenden auf gleich und gleich ein Kompagniegeschäft betriebe, in welchem die Interessen beider durchaus parallel liefen oder mit gleichen Kräften gewahrt würden. Die Geschichte der Gesellschaft zeigt aber ein ganz anderes Verhältnis. Der Besitz herrscht, die Arbeit dient. Der Besitz betrachtet und behandelt die Arbeit als sein Werkzeug, als ein Mittel für seine Zwecke, die er selbständig setzt. Die arbeitende Klasse entsteht als solche ursprünglich durch Unterwerfung, durch Gewalt, Krieg, Menschenraub u. dgl. Solange die Verhältnisse von solcher Art sind, daß man den Arbeiter in Besitz nehmen, zum Eigentumsobjekt machen muß, wenn man ihn überhaupt haben will, gilt er als Sache, auch rechtlich, wie die Haustiere — woraus allerdings nicht folgt, daß auch wir ihn einfach als Sache zu betrachten haben.

Sobald man infolge der Arbeitsteilung und des durch dieselbe erzeugten Verkehrs dies nicht mehr nötig hat, läßt man ihn als „freien“ Menschen dem Rechte nach gelten, weil es jetzt unvorteilhaft wäre, ihn dauernd in das Wirtschaftsinventar aufzunehmen. Jetzt will man ihn je nach Umständen und Bedarf ausnützen. Dazu gehört der freie Vertrag, also der freie, vertragsfähige Arbeiter, ein Rechtssubjekt. Die wirkliche Sachlage aber wird dadurch

zunächst nicht wesentlich geändert. Der Arbeiter war früher von einem bestimmten Herrn abhängig, jetzt ist er es von beliebigen, unbestimmten, die ihn etwa anstellen wollen, von denen aber keiner verpflichtet ist, ihn anzustellen, und keiner auch nur veranlaßt, für ihn zu sorgen, wenn er es nötig hat. Es war doch wohl nirgends und zu keiner Zeit der Brauch, daß alte oder kranke Sklaven einfach getötet oder hilflos verlassen wurden, oder daß man es so mit Sklaven machte, für die es zur Zeit wenig oder nichts zu tun gab. Der freie Arbeiter kann, wie wir wissen, sehr leicht, auch bei angestrengtestem Suchen, keinen Herrn finden, der ihn für seine Zwecke und Bedürfnisse brauchen kann, und die Zwecke und Bedürfnisse des Arbeiters selbst kommen gar nicht in Betracht. Niemand erhält im Gebiete des freien Arbeitsvertrags bloß deshalb Arbeit, weil er von ihr leben muß, sondern nur, wenn seine Arbeit einen Gewinn für einen Andern, der dann zeitweilig sein Herr wird, abzuwerfen verspricht. Also zu einem Kompagnie-Geschäft ist das Verhältnis seinem Ursprung und seiner ganzen sozialen Natur nach nicht eingerichtet und wir können getrost sagen: der bloße Erfolg der Arbeit für sich selbst ist niemals ein Bestimmungsgrund des Lohnes, außer in dem Sinne, daß es überhaupt keinen Lohn gibt, wenn die Arbeit für den Herrn keinen Erfolg bringt resp. in Aussicht stellt, sowie niemals eine besondere Arbeiterklasse hätte entstehen können, wenn nicht eine Herrenklasse von deren Arbeit hätte leben oder besser als früher leben können.

Kann ein größerer Erfolg für den Herrn nur dadurch erreicht werden, daß man den Lohn erhöht, so wird man ihn, soweit Erfahrung und Erkenntnis reicht, gerade so viel erhöhen, als zu diesem Zweck notwendig ist, nicht nach dem Maße oder auf Grund des Erfolgs, sondern nach dem Bedarf der menschlichen Natur bei einer bestimmten Leistung.

Die Fortschritte der Produktivkraft der Arbeit aber beruhen im wesentlichen auf der geistigen Arbeit der Menschheit oder eines erheblichen Teils derselben, der einzelne Besitzer wie der einzelne Arbeiter hat dazu regelmäßig nichts Eruierbares beigetragen und von diesem Gesichtspunkt aus hätten wohl beide Sorten von Menschen ein gleiches durchschnittliches Anrecht auf ihre wirtschaftlichen Erfolge. Wenn aber das Einkommen der Gesellschaft im ganzen (die Masse der Güter aller Art) durch solche Fortschritte auch plötzlich um das Vielfache stiege, so würde in der

Privateigentums-Gesellschaft an und für sich dem Arbeiter daraus auch nicht einmal mit absoluter Notwendigkeit irgend eine kleine absolute Vermehrung seines Einkommens (Sachlohnes) resultieren müssen, wenn er die Arbeit in der neuen Form beim alten Lohn ebenso leisten könnte, wie er sie in der alten Form leistete. Nur wenn seine gegenwärtige Leistung bedingt wäre durch einen z. B. vierfachen Lohn, und seine Herren hätten auch bei diesem noch einen Vorteil, eine größere Rente als früher, dann müßte er ihn erhalten. Ein solches Verhältnis aber, wo der Lohn ebenso wie die Rente oder gar noch stärker steigen müßte, kommt in der Wirklichkeit gar nicht vor, auch kein ähnliches. Sogar das entgegengesetzte kann eintreten, daß nämlich die neue Methode der Arbeit weniger Anstrengung in jedem Sinne, mithin auch weniger Lohn erfordert (Frauen- und Kinderarbeit, statt Männerarbeit), und die Folgen sind selbstverständlich.

Mag also auch der kapitalistische Lohn zu gewissen Zeiten, im Verhältnis zu anderen, absolut gestiegen sein: bloß deswegen, weil die Produktivkraft der Arbeit zunahm, ist er sicher niemals gestiegen. Ihre Zunahme kann irgendwie durch Mittelglieder und Nebenwirkungen, z. B. durch Steigerung der Nachfrage nach Arbeitern infolge wachsender Profit-Aussichten oder durch erhöhte Ansprüche an den Arbeiter, durch gesteigerte Intensität der Arbeit, irgend ein Steigen der Löhne veranlaßt haben, aber nie stieg bloß darum das Einkommen der Arbeiterklasse, weil das Einkommen der Gesellschaft stieg. Am ehesten könnte so etwas noch in Kolonien, wenigstens scheinbar, zutreffen. Und doch verwahrt sich gerade ein amerikanischer Schriftsteller ganz im allgemeinen gegen eine solche Auffassung: „Ich meine nicht, daß die Lage derselben (nämlich der untersten Klasse) nirgends oder in nichts besser geworden sei, sondern daß nirgends eine Besserung stattgefunden hat, welche auf die vermehrte Produktivkraft zurückgeführt (!) werden könnte. Ich meine, daß der Einfluß des sog. materiellen Fortschritts in keiner Weise dazu beiträgt, die Lage der untersten Klasse in den wesentlichen Erfordernissen eines gesunden, glücklichen Lebens zu verbessern; ja noch mehr, ich glaube, daß derselbe dahin zielt, die Lage derselben zu verschlimmern (!)“ (Henry George, Fortschritt und Armut, deutsch von Gütschow, S. 6f.). „An dem fortschreitenden Gange neuer Ansiedlungen zu den Verhältnissen älterer Gemeinwesen kann man klar sehen, daß der materielle Fortschritt nicht allein der

Armut nicht abhilft, sondern sie vielmehr erzeugt" (S. 7, ibid.). Damit stimmt, was derselbe Schriftsteller in seinem Buche „Schutz oder Freihandel" (deutsch von Stöpel), behauptet: „Trotz alles unseres Schutzes ist die Lage der arbeitenden Klassen in den Vereinigten Staaten langsam, aber stetig auf diejenige der schlecht bezahlten Arbeit Europa's gesunken" (S. 191). „Allerdings hat in manchen Orten und in manchen Beschäftigungen die Lage der Arbeit sich gehoben. Aber nicht allein ist diese Hebung nirgends der Zunahme der Produktivkraft entsprechend; sie ist auch offenbar nicht ihr zu verdanken. Sie besteht nur da, wo sie durch Koalitionen der Arbeiter und durch gesetzliche Einmischung erlangt wurde" (S. 227, ibid.).

Warum hält man jetzt den Zuzug fremder Arbeiter in Amerika durch allerlei künstliche Gewaltmittel auf? Früher suchte man sie anzulocken. Weil die Arbeiterklasse, trotzdem „der Reichtum der Nation" in den Vereinigten Staaten beispiellos gestiegen ist, in Gefahr steht, an Lebenshaltung tief zu sinken, bis in's Elend, und weil man wohl fühlen mag, daß eine große demokratische Republik, die im Fall großer revolutionärer Erschütterungen wohl nicht durch ausländische Hilfe auf den Beinen erhalten werden könnte, mit einem ungeheuren verelendeten Proletariat ein Ding der Unmöglichkeit ist, selbst wenn dieses Proletariat sich eine Zeitlang durch imperialistisches Opium betäuben läßt. Dieses Medikament macht niemand gesund, wohl aber manchen verrückt und dann erst recht gefährlich, besonders bei Ausübung politischer Rechte.

Wenn also die Produktivkraft der Arbeit steigt und der Lohn jedenfalls nicht ebenmäßig mit ihr, so muß durchschnittlich von jedem einzelnen Produkt und vom ganzen gesellschaftlichen Einkommen ein wachsender Teil dem Besitz, ein abnehmender der Arbeit zufallen. Die Quote der Rente steigt, die Quote des Lohnes fällt[1]).

[1]) „Je weiter wir historisch zurückgehen, desto mehr Arbeit, desto weniger Kapitalzins (einschließlich Grundrente und Unternehmergewinn) steckt im Wert der begehrten Produkte" (G. Schmoller in Soz. Prax. XI. 831). Das besagt nichts anderes, als daß ein immer größerer Teil des produzierten Reichtums dem Besitz zufällt, ein immer kleinerer der Arbeit. Was Schmoller wie eine Begründung beifügt, können wir allerdings nicht ganz begreifen. Er sagt: Das Kapital sei „unter den wertbestimmenden Produktionselementen erheblich" gewachsen gegenüber der Arbeit. Produziert nach Schmoller's Ansicht wirklich das Kapital Wert, ebenso wie die Arbeit? Heute noch sei in der Landwirtschaft etc. die Arbeit das „überwiegende Element; sie schrumpfte in den großen kapital- und maschinengesättigten Stapelindustrien am meisten zusammen". Wer produziert denn in diesen neuen Wert? Doch wohl nur die in ihnen angewendete Arbeit. Die Verteilung des neuen Wertes geht allerdings nach dem Gesetz der gleichen Profitrate vor sich — ungefähr. Aber für den Unternehmer ist der ausgelegte Lohn doch genau ebenso Kapital, das seinen Durchschnittsprofit verlangt, wie der ausgelegte Preis der Maschinen. Der Unternehmer wendet in der Landwirtschaft wie in den Stapelindustrien — abgesehen von seiner eigenen Arbeit — absolut nichts als Kapital auf. Daß er in der Landwirtschaft einen relativ größeren Teil seines Kapitals für Arbeitslöhne ausgibt, in der Stapelindustrie einen relativ kleineren, mag sehr richtig sein. Aber deswegen steigt sicher nicht in letzterer der Profit (die gesamte Rente ist gemeint) im Verhältnis zum Gesamtkapital. Jene Tatsache hat lediglich in der fortschreitenden Differenzierung der Unternehmungen ihren Grund. Wenn der Bauer selbst seine Schafe schert und die Wolle wäscht und spinnt und färbt und webt und zu Kleidern verarbeitet, so hat er fast nur Arbeit aufgewendet. Wenn aber der Färber die gesponnene, der Weber die gesponnene und gefärbte, der Konfektionär die gesponnene, gefärbte und gewebte Wolle kaufen muß, so ist es klar, daß jeder folgende schon für gleichviel Arbeitsstoff immer mehr Kapital auslegen muß. Und so ist es auch mit den Arbeitsmitteln. Man verwendet nur deswegen in einer bestimmten Unternehmung weniger Kapital für Arbeitslohn, weil alle mögliche Vorarbeit schon in anderen Unternehmungen gemacht wurde. Stellen wir uns den gesellschaftlichen Produktionsprozeß als solchen vor, nicht als Erwerbsgeschäft, so ist darin von Menschen nie etwas anderes aufgewendet worden als Arbeit, heute ganz ebenso wie vor zehntausend Jahren.

Als Maßstab des Einkommens kann hier nur die Arbeit dienen, die die gesamten Güter erzeugt, jeder andere Maßstab versagt. Die relative Menge derjenigen Arbeiter und Arbeitsstunden, welche den Bedürfnissen der Besitzenden gewidmet werden, resp. in welchen für die Bedürfnisse der Besitzenden geschafft wird, nimmt zu. Die relative Menge der Arbeiter und Arbeitsstunden, die für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse verwendet werden, nimmt ab. Darüber kann ein ernstlicher Streit gar nicht stattfinden, sonst müßte man annehmen, daß zu der Zeit, wo die Arbeit so wenig entwickelt und erfolgreich war, daß sie kaum mehr hervorbrachte, als der Arbeiter selbst zum Leben notwendig brauchte, die Rente am höchsten, also der Teil des Produkts, der dem Herrn zukam, am größten war und daß dieser Teil seither fort und fort abgenommen habe — eine vollkommene Absurdität.

Nimmt man, wie Ricardo, an, daß die Produktivität derjenigen Arbeit, welche die wichtigsten Unterhaltsmittel der Arbeiter erzeugt, im großen und ganzen fortwährend sinkt (Gesetz des abnehmenden Bodenertrags), dann ist es allerdings

möglich, daß der Anteil der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Einkommen, dieses in Arbeit geschätzt, fortwährend zunimmt, ohne daß diese Klasse einen Vorteil davon hat. Aber diese Annahme hat sich bis jetzt als falsch erwiesen. Wir sehen, daß die Zahl derjenigen, welche sich mit der Erzeugung der gewöhnlichen Lebensmittel beschäftigen, im Verhältnis zur ganzen Menschenzahl, die damit ernährt wird, seit lange abgenommen hat. Relativ teurer können die Lebensmittel deshalb doch geworden sein, indem die industrielle Arbeit an Produktivität noch mehr zunahm, als die agrikole. Und einzelne Zweige der Urproduktion, besonders diejenigen, die noch immer wesentlich in Okkupation bestehen, wie Jagd und Fischerei, können sehr wohl unproduktiver geworden sein und ihre Produkte können wegen der Steigerung der Nachfrage, der das Angebot nicht zu folgen vermochte, Raritätenpreise erlangt haben und so der Arbeiterklasse ganz unzugänglich geworden sein. Der Geldpreis auch der gewöhnlichsten Bodenprodukte kann natürlich trotz der zunehmenden Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit gar wohl auf das Mehrfache steigen, durch relative Entwertung des Geldes.

XII. Bewegung des Profits.

§ 94. Zins und Profit bei Ad. Smith.

Eine andere Frage ist die, ob die Kapitalrente, am Kapital gemessen, also in Prozenten seines Geldwerts ausgedrückt, gewachsen oder gleichgeblieben sei, oder abgenommen habe. Die meisten Nationalökonomen seit Ad. Smith sind der Ansicht, daß nach dieser Messung die Höhe des Kapitalgewinns im allgemeinen, im großen und ganzen beständig abnehme, was allerdings auf sehr verschiedene Weise begründet wird.

Ad. Smith geht, wie wir schon bemerkt haben, von der Idee aus, daß Zins und Profit (in seinem Sinne heißt Profit die ganze Kapitalrente) sich stets gleichmäßig verändern. Den Profit kann man nicht feststellen, wohl aber den Zins. Der Zins geht aber fortwährend zurück, mithin auch der Profit (II. 83f. und öfter). Wie unzutreffend all das in dieser Allgemeinheit ist, haben wir an anderer Stelle überzeugend, wie wir hoffen, nachgewiesen. Der Wucherzins war einst hoch, aber er ist es auch jetzt noch und wir könnten leicht Beispiele aus der Gegenwart nachweisen, die über alle altrömischen Wucherzinse weit hinausgehen dürften. Aber man darf doch nicht Wucherzinse mit Unternehmerprofiten identifizieren. Auch das ist vielleicht zuzugeben, daß die Handelsprofite in längstvergangenen Zeiten, als die Welt noch tief in der Naturalwirtschaft steckte, als der Handel selbst noch gar wenig entwickelt war, in einem gewissen Sinne wenigstens, nämlich per Stück Ware, höher waren als heute im allgemeinen. Man muß aber auf zwei Dinge aufmerksam machen. Erstens ist es, trotz des hohen Profitzuschlags auf die einzelne Ware, durchaus fraglich, ob in jenen Zeiten der Kaufmann im allgemeinen jährlich von seinem gesamten Kapital — als Einheit betrachtet — mehr Rente zog als heute. Wollte man aus dem Profitzuschlag mit Sicherheit auf die Kapital-Jahresrente schließen, so müßte mindestens vorausgesetzt

werden: erstens daß der einstige Kaufmann mit gleicher Sicherheit in jeder Beziehung, insbesondere mit gleichem Staats- und Rechtsschutz wie der heutige, operierte, und zweitens, daß er sein Kapital per Jahr ebenso oft umsetzte wie der heutige. Wer kann aber das behaupten? Land- und Seehandel waren unendlich viel größeren Gefahren aller Art ausgesetzt als in unseren Zeiten und der Umsatz des Kapitals ging unendlich viel langsamer vor sich, was wohl keines Beweises bedarf.

Zweitens ist zu bemerken, daß der Handel einst sich hauptsächlich mit Gegenständen des hohen Luxus, mit Kostbarkeiten, Raritäten, Produkten fremder Länder, deren Herstellungsweise am Verkaufsorte unbekannt war, beschäftigte, und daß in dieser Art von Handel auch heute noch kolossale Profitaufschläge vorkommen. Man denke, um ein extremes Beispiel aufzuführen, nur etwa an das Raffael'sche Bild, welches jüngst für $2^1/_2$ Millionen Mark an einen amerikanischen Nabob verkauft wurde. Solche exzeptionelle Geschäfte kann man doch nicht ohne weiteres mit einem Handel vergleichen, der die gemeinsten Bedürfnisse der ungeheuren Masse herbeischafft.

Zudem machte zur Zeit vorherrschender Naturalwirtschaft der stets als kapitalistische Unternehmung betriebene Handel seine hohen Profite auf Kosten der nicht kapitalistisch und nicht als Unternehmung betriebenen anderen Produktionszweige (resp. ihrer Herren, nicht der Arbeiter), wie etwa hie und da noch in unseren Tagen ein Antiquitätenhändler in abgelegenen Gegenden den unwissenden Leuten ihre aus alten Zeiten stammenden Kunstwerke abschwindelt, um sie in den Städten zu den höchsten Preisen zu verkaufen. Daher wurde der Kaufmann in aller Welt und von den ersten Geistern der Nationen als Lügner und Schwindler stigmatisiert. Der Kaufmann nahm also den anderen Ständen die Rente aller Produkte, die er in den beginnenden Warenverkehr hineinzog, so vollständig als möglich weg und behielt sie für sich allein.

Als die kapitalistische Produktion allgemeiner wurde, als auch Urproduzenten und Industrielle aller Art ganz regelmäßig für den Markt produzierten und darum kapitalistisch zu rechnen begannen, da mußte der Kaufmann die Rente immer mehr mit jenen teilen, da mußte sich diese für alle Kapitalien ausgleichen und konnte deshalb für das kaufmännische zurückgehen, wenn sie auch für das Kapital im ganzen stieg. Dieser Prozeß der Ausgleichung ist

bis heute noch nicht vollendet, noch immer tragen im Verkehr diejenigen, die nicht im strengeren Sinne des Wortes produzieren, sondern zwischen Produzent und Konsument vermitteln, die Kaufleute, den Sieg davon und machen im ganzen überdurchschnittliche Profite, schöpfen von der Sozialwirtschaft den Rahm ab. Jedenfalls kann aber hiernach aus dem Sinken des kaufmännischen Profits, selbst wenn dies bei richtiger Rechnung (per Jahr und Gesamtkapital) bewiesen wäre, was es tatsächlich nicht ist, nicht auf das Sinken der Kapitalrente im ganzen der gesellschaftlichen Wirtschaft geschlossen werden. Dieser Profit war stets zum Teil ein Gaunerprofit und solcher kommt auch heute noch in hohen Sätzen vor, wenn er auch relativ, im Verhältnis zum ganzen Handelsverkehr, kolossal abgenommen hat.

Ad. Smith hat bei seinen Beweisen für den abnehmenden Gewinnsatz ohne Zweifel ganz wesentlich nur den Handel im Sinn und die faktische Monopolstellung, welche ehemals Kaufleute im einzelnen Fall an dem Orte ihres jeweiligen Geschäftsbetriebs (zumeist im Umherziehen) leicht einnehmen konnten. Darum sagt er immer wieder: mit der Zunahme des Kapitals, also der Konkurrenz, nimmt der Gewinn ab. Der Zins kann damit gar wohl abnehmen, wenn viele Leute ihr Kapital den Unternehmern anbieten müssen, weil sie selbst nicht Unternehmer werden können oder wollen. Aber daraus ist noch lange nichts sicheres auf die Kapitalrente als Ganzes zu schließen. Auch der Gewinn des Kaufmanns kann gar wohl abnehmen, wenn er nicht mehr vermöge einer Monopolstellung die ganze übrige Bevölkerung ausbeuten kann. Wenn aber diese Bevölkerung im ganzen arm ist, so ist es sehr wohl möglich, daß selbst die Gaunerkünste des Monopolisten keinen hohen Gewinn aus derselben herausschlagen können. Im übrigen aber könnte die Kapitalrente im ganzen, nicht bloß die kaufmännische, bei im wesentlichen gleichbleibenden Betriebsverhältnissen der Produktion doch sicher nur dauernd abnehmen, wenn der Arbeitslohn dauernd stiege, was jahrhundertelang entschieden nicht der Fall ist (im Altertum so wenig wie in der Zeit der allmählichen Entwicklung des Warenverkehrs seit dem 14. Jahrhundert bis in unsere Tage) oder wenn etwa der Staat, ohne entsprechendes für die Wirtschaft zu leisten, einen wachsenden Teil des Einkommens der besitzenden Klassen für sich in Anspruch nähme, was wir auch wohl nicht annehmen dürfen.

Übrigens rechnet Ad. Smith in dieser ganzen Frage augen-

scheinlich falsch. Wenn ein Mann Waren, die ihn 1000 Fr. kosteten, einmal im Jahre umsetzt und auf jedes Stück 30 Prozent aufschlägt, so hat er (wir wollen eine ganz einfache Rechnung machen) einen Erlös von 1300 und einen Gewinn von 300 auf sein Kapital. Setzt er dieselben Waren zehnmal um und schlägt jedesmal nur 10 Prozent drauf, so hat er einen Erlös von 11000 Franken und auf sein Kapital einen Gewinn von 1000 Fr., also 100 Prozent. Niemand wird wohl bezweifeln, daß im letzteren Fall seine Kapitalrente größer war als im ersten. Ad. Smith aber rechnet offenbar nicht so, er bemißt den Profit nach dem Aufschlag auf das einzelne Stück und nennt diesen Aufschlag (ungefähr! wir brauchen ja zur Erläuterung keine genaue Rechnung) oder vielmehr sein Verhältnis zu den Gestehungskosten der Ware, auf die Zahleneinheit reduziert, den Gewinnsatz. So sagt er (I. 124) — wir müssen seine Lehre hier noch einmal kritisch beleuchten —: Der Gewinnsatz in der großen Stadt sei niedriger als in der Landstadt, wegen der Konkurrenz. — Es ist wohl möglich, wenn auch nicht notwendig, besonders in unserer Zeit, wo das moderne Transportwesen auch Kleinstädten und Dörfern zur Verfügung steht, daß manche Ware in der Kleinstadt oder im Dorfe etwas teurer verkauft wird als in der Großstadt, auch bei gleichen Ankaufspreisen, weil sonst, bei dem langsamen Umsatz und der Notwendigkeit, dennoch immer alles Mögliche auf Lager zu halten, die Rente des kaufmännischen Betriebskapitals dort gar zu gering ausfiele. Aber das beweist doch nicht, daß die Konkurrenz den Profit, nämlich die Kapitalrente, oder gar den bloßen Unternehmergewinn im deutschen Sinne des Wortes drückt. — In einer lebhaften Stadt, fährt er fort, findet man zu wenig Arbeiter und muß daher den Lohn erhöhen, also sinkt der „Kapitalgewinn“. Auf dem Lande hingegen fehlt es oft an Kapital, alle Leute zu beschäftigen, und so sinkt der Lohn, und der „Kapitalgewinn“ steigt (ib. 125). In den Städten sind in Geschäften aller Art große Kapitalien angelegt und eine Menge reicher Konkurrenten. — Wie töricht müßten da für eine wirtschaftliche Betrachtung die Kapitalisten zu Ad. Smith's Zeiten gewesen sein, wenn sie sich nicht auf dem Lande niedergelassen hätten! Bei kleinem Gewinn zahlen sie die Arbeiter hoch und reißen sich um sie, bei großem zahlen sie die Leute schlecht und stellen viele derselben überhaupt nicht an. Das hat alles nur einen Sinn, wenn man unter Kapitalgewinn den Profit am einzelnen Stück versteht. Wie falsch sonst die Ansicht wäre: wenn wenig Kapital da ist, stehen die Preise hoch und darum auch die Profite — sieht man sofort ein, wenn man, was ja wohl erlaubt ist, annimmt, die Unternehmer verkaufen alle ihre Waren einander, sie seien das ganze Publikum. Dann hätten wir quasi eine Schaar von Banditen, die sich alle untereinander ausrauben und auf diese Art sämtlich gute Geschäfte machen. Gute Geschäfte können alle Unternehmer nur machen, wenn sie von dem ganzen Produkt den Arbeitern möglichst wenig geben. Ob sie dann zu hohen oder niedrigen Preisen verkaufen, das hängt vom Wert des Geldes ab. Sie können in der Geldform nicht mehr unter sich verteilen, als die ganze Masse der Produkte, welche den Arbeitern entzogen sind.

Smith nimmt wirklich an (S. 124 z. B.), daß der Reichtum eines Landes in raschem Tempo zunehmen, der Lohn dabei steigen und der Gewinn fallen kann. Aber woher stammt denn die Zunahme des Reichtums, wenn nicht aus dem Gewinn? aus welcher Quelle schöpft das Kapital sein Wachstum, wenn nicht aus dem Gewinn? Daß unter günstigen Umständen immer mehr Menschen rasch Vermögen erwerben, die oder deren Nachkommen dann keine Geschäfte mehr betreiben, sondern vom Zins leben wollen, und daß deshalb der Zins, selbst bei steigendem Gewinn, fällt, scheint näher zu liegen. Und doch schließt Ad. Smith lediglich aus dem fallenden Zinsfuß auf den fallenden Gewinn.

Zudem muß man stets bedenken, daß der Zinsfuß nicht bloß durch die Kapitalnachfrage der Geschäftsleute, der produktiven Unternehmungen, sondern durch den ganzen Leihkapital-Bedarf, also auch für unproduktiven Verbrauch (Staat, Gemeinden, Verschwender, Notleidende etc.), bestimmt wird. Schon darum kann der Zinsfuß bei niedrigem Geschäftsgewinn möglicherweise hoch, und bei hohem niedrig sein. Man denke sich einmal den allerdings nur in Gedanken möglichen Fall, daß alle politischen Körperschaften plötzlich ihre gesamten Schulden bar zurückzahlten und keine mehr machten: was würde da mit dem Zinsfuß geschehen?

Wie Profit am Stück und Kapitalrente von Ad. Smith beliebig verwechselt wird, zeigt, im Zusammenhalt mit dem früheren Zitat vom hohen Gewinn im Landstädtchen, folgender Satz auf's deutlichste: „Obwohl der Kapitalgewinn — in der Hauptstadt gewöhnlich geringer ist als in kleinen Städten oder Flecken, so wird doch in der ersteren aus kleinen Anfängen oft ein großes Ver-

mögen erworben, was in letzteren fast nie der Fall" (I. 157f.). In kleinen Orten, selbst wenn der Gewinnsatz sehr hoch sei, könne doch die Summe des Gewinns und folglich auch des jährlich zurückgelegten Kapitals nie sehr groß sein, wegen der Beschränktheit des Marktes (und dabei haben wir früher gehört, daß gerade in großen Städten eine Menge großer Kapitalien einander Konkurrenz machen!). Die Summe des Gewinns richte sich nach der Ausdehnung des Geschäfts und die Summe des jährlich zurückgelegten Kapitals nach dem Betrage des Gewinns (I. 158). Also dort, wo die Konkurrenz den Gewinn drückt, tragen die Kapitalien die größten Gewinne, wird aus einem kleinen Kapital am ehesten ein großes, obwohl, wie er früher (S. 129) bemerkt, ein großes Kapital mit geringem Gewinn in der Regel schneller wächst, als ein kleines Kapital mit großem Gewinn.

Obwohl hier absolut nichts gemeint sein kann, als der sehr irrelevante Profit am Stück, so schließt doch Ad. Smith aus seinen seltsamen Prämissen (fallender Zinsfuß, Groß- und Kleinstadt u. s. w.), daß auf der höchsten Stufe des Reichtums, den ein Land erreichen kann, wahrscheinlich sowohl der Arbeitslohn wie der Kapitalgewinn sehr niedrig sein müßte, letzteres, weil die Konkurrenz unter den Kapitalisten sehr groß wäre (ib. 131). Vermutlich wären, wenn wir Smith's Ideen richtig auffassen, dann alle Waren äußerst billig und Geld in Fülle da, sie zu kaufen, und hochentwickelte Arbeitskräfte in Menge vorhanden, um immer noch mehr zu produzieren, und doch könnten die Leute die Waren nicht kaufen, weil die Kapitalisten fast keine Rente und die Arbeiter fast keinen Lohn bezögen. Allerdings eine schreckliche Sorte von Reichtum! Nur ist schwer zu begreifen, wie, bei stets fallender Rente, das Kapital so ruhig und beständig fort anwachsen sollte. Glaubte Ad. Smith, daß ein einmal geborenes Kapital von nun an unsterblich fortlebe und mithin die Summe des vorhandenen definitiv um seinen Betrag vermehre? Aber die Privatvermögen leben zumeist nicht lange, zerfließen zumeist ziemlich rasch in nichts und müssen immer wieder auf's neue entstehen, und zwar aus der Kapitalrente. Je fortgeschrittener der Zustand, desto langsamer müßten sie nach Ad. Smith entstehen.

§ 95. Abnehmender Bodenertrag bei Ricardo.

Wir wissen, wie nach Ricardo wegen der zunehmenden Unproduktivität der landwirtschaftlichen Arbeit der Wertanteil der

Grundbesitzer und Arbeiter am ganzen gesellschaftlichen Einkommen wächst, der Wertanteil der Kapitalisten (Unternehmer und Leihkapitalisten) mithin fällt. Der Profitsatz des Kapitals aber, womit er wirklich die Kapitalrente in unserem Sinne meint, sinkt nach ihm noch mehr als jene Quote vom Gesamteinkommen (S. 89, 94, 95). Denn das Kapital des Pächters besteht großenteils aus Roherzeugnissen und steigt daher im Werte. Also verteilt sich eine geringere Gewinnsumme auf ein größeres Kapital und es sinkt mithin der Satz aus doppeltem Grunde (S. 89).

Beim Industriellen ist's ebenso. Steigt nämlich der Lohn, so muß der Unternehmer sein Kapital vergrößern, um dasselbe Geschäft fortführen zu können. Das Produkt (von gleichviel Arbeit) hat aber immer denselben Wert. Von diesem muß er nun den Arbeitern mehr als früher abgeben und der Rest verteilt sich auf ein größeres Kapital (ib.).

Woher nimmt er das größere Kapital, besonders bei abnehmendem Gewinn? Wir wissen es nicht. Hat er aber kein größeres Kapital, so geht seine Produktion zurück, mit ihr die Bevölkerung, mit ihr die Landwirtschaft und die Grundrente samt dem Lohn, und man ist wieder am selben Fleck, wie vor dem Steigen des Arbeitslohns und kommt dem Anschein nach von diesem Fleck nie dauernd weg, wird immer wieder auf denselben zurückgeführt. Der einzige Ausweg wäre wohl steigende Produktivität der industriellen Arbeit mit folgender Wirkung: die relative Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter müßte immer zu-, die der industriellen immer abnehmen. In Wirklichkeit ist aber, trotz der enorm zunehmenden Produktivität der industriellen Arbeit, das Umgekehrte eingetreten.

„Das natürliche Streben des Gewinnstes ist demnach zu sinken", wegen des abnehmenden Bodenertrags und steigenden Arbeitslohns (92). Dem wirken von Zeit zu Zeit entgegen: Verbesserungen im Maschinenwesen, welche mit der Hervorbringung der (Arbeiter-)Bedürfnisse zusammenhängen und Entdeckungen in der Landwirtschaftslehre, welche uns in den Stand setzen, den Preis des ersten Bedürfnisses der Arbeiter herabzusetzen (ib.).

Doch gibt es eine Grenze für das Steigen des Preises der Bedürfnisse und des Lohnes der Arbeiter: Das Kapital muß soviel Gewinn geben, daß es sich vermehren kann. Sonst gibt es keine steigende Nachfrage nach Arbeitern, also keine Zunahme der Be-

völkerung (ib.). Die Lust zur Kapitalansammlung nimmt aber mit jeder Verringerung des Gewinns ab (94).

Das Kapital aller Kulturnationen ist seit Ricardo's Tagen rasch und enorm gewachsen, ebenso die Menschenzahl. Es kann also, als Quote des Einkommenswerts, der Profit nicht ab-, der Lohn nicht zugenommen haben. Es müssen also die Gegenwirkungen, die „von Zeit zu Zeit" das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags außer Aktivität setzen, im 19. Jahrhundert nicht von Zeit zu Zeit, sondern fort und fort gewirkt haben. Auch der Außenhandel wird von Ricardo als Gegentendenz angeführt. Beziehe man durch denselben billigere Lebensmittel, als man selbst erzeugen könne, so steige der Gewinn. Jedenfalls kann nach alledem weder die Profitquote noch der Profitsatz (Kapitalrente im Verhältnis zum Kapital) gefallen sein. Verbesserungen im Maschinenwesen im Sinne Ricardo's, Fortschritte der Landwirtschaft, relativ billige Nahrungsmittel durch den Außenhandel, alles das, was nach ihm dem Fallen der Kapitalrente, des Gewinnsatzes, entgegenwirkt, haben wir seit lange in reichlichem Maßstabe. Landwirtschaftliche Grundrente und Arbeitslohn müßten hiernach zurückgegangen sein, nicht der Profit. Dieser muß im Gegenteil gestiegen sein. Denn der eigentliche Kern der Ricardo'schen Lehre ist dieser: Wohl macht jede Steigerung der Produktivität der Arbeit das Leben genußreicher, aber nur die Steigerung der Produktivität derjenigen Arbeit, welche Unterhaltsmittel der Arbeiter erzeugt, erhöht den Gewinnsatz. Die Genüsse können natürlich auch vermehrt werden durch steigende Produktivität in irgend einer Branche. Der produzierte „Wert" im Ricardo'schen Sinn wird aber dadurch nicht vermehrt, kann nie vermehrt werden außer durch mehr Arbeit, der Gewinnsatz bleibt also gleich, wenn die gewöhnlichen Unterhaltsmittel nicht mit weniger Arbeit hergestellt werden; doch das Wohlleben wächst (104 und f.). Aber „jede Verringerung des Arbeitslohns steigert den Gewinnst" als Wertquote des Gesamteinkommens, und muß auch, nach obigen Ausführungen Ricardo's, die Höhe der Kapitalrente im Verhältnis zum Kapital steigern. Eine Verringerung des Arbeitslohns kann aber nach Ricardo's Auffassung kaum jemals darin bestehen, daß der Arbeiter weniger Unterhaltsmittel erhält. Denn er bekommt regelmäßig nur die absolut landesüblich notwendigen. Sondern sie besteht darin, daß zur Erzeugung dieser Unterhaltsmittel weniger Arbeit aufgewendet werden muß als früher. Und das ist doch wohl unzweifelhaft der Fall. Es handelt sich

hier keineswegs darum, daß die Produktivität der Arbeit, welche die Arbeiterbedürfnisse herstellt, etwa um ebenso viel müßte zugenommen haben, wie in irgend welchen beliebigen Industriezweigen, speziell daß die landwirtschaftliche Arbeit genau so große oder ähnliche Fortschritte hätte machen müssen wie die industrielle, sondern nur daß sie absolute Fortschritte gemacht hat. In Geld bemessen mögen also (bei abnehmendem Geldwert) die Bodenprodukte im Preise sehr gestiegen, die Industrieprodukte sehr gefallen sein und der Arbeiter einen beträchtlich höheren Lohn bekommen: so bekommt er doch weniger von dem ganzen produzierten Wert, wenn gleichviel Arbeit jetzt mehr von seinen Nahrungsmitteln hervorbringt, als früher. Und das ist wirklich der Fall und Ricardo hat vollkommen recht, zu sagen, der Arbeitslohn sei unter diesen Voraussetzungen gefallen, auch wenn sich der Arbeiter von mancherlei Artikeln mehr anschaffen kann als früher. Das ist ein wahrhaft menschlicher Maßstab, von dem als unmenschlich (inhuman) verschrieenen Ricardo angewendet. Wenn, sagt er, durch produktivere Arbeit das Gesamterzeugnis verdoppelt wird und dabei sowohl Lohn als Gewinn und Grundrente sich verdoppeln, so stehen alle drei nach wie vor im gleichen Verhältnis zueinander. „Wenn dagegen der Arbeitslohn nicht an der ganzen Vergrößerung des Erzeugnisses Anteil genommen, wenn derselbe, anstatt sich zu verdoppeln, bloß um die Hälfte zugenommen hat, wenn die Rente ebenso, anstatt sich zu verdoppeln, nur um drei Vierteile gewachsen und der Rest der Zunahme zum Gewinn geschlagen wäre, alsdann würde, glaube ich, man mit Recht sagen können, daß Rente und Arbeitslohn gesunken seien, während der Gewinnst stieg. Denn, hätten wir einen unveränderlichen Grund- und Richtmaßstab für den Tauschwert dieses Erzeugnisses, so würden wir finden, daß der Arbeiterklasse und den Grundherrn ein geringerer, der Kapitalistenklasse aber ein größerer Tauschwert zugefallen sei als zuvor", obgleich die Masse des Arbeitslohns und der Rente beträchtlich gewachsen sein mag (S. 37). Wie nimmt sich das Jubelgeschrei gewisser „ethischer" Nationalökonomen über eine kleine Verbesserung des absoluten Arbeitereinkommens schal und blöd aus gegenüber diesem großen, rein ökonomischen Maßstab des wirtschaftlichen Fortschritts, den der liberale „Cyniker" Ricardo, der „finstere Scholastiker" der Nationalökonomie, hier aufstellt und anwendet! Wenn wir den einzig allgemein menschlichen und überall anwendbaren Maßstab

des Wertes in der Arbeit finden, so bekommen in der Tat im obigen Falle die Arbeiter und Grundbesitzer absolut weniger als zuvor. Die Arbeit ist doch alles, was zur Erzeugung des gesellschaftlichen Einkommens aufgewendet wurde. Es liegt mithin in einer solchen Veränderung der Verteilung eine ganz entschiedene Verkürzung und Herabdrückung der beiden anderen Klassen durch die Kapitalisten, resp. durch die Organisation der Wirtschaft, welche zu solchen Resultaten führt, auch beim größten Respekt vor dem Privateigentum; denn Privateigentümer sind auch die Grundbesitzer. Unter den angenommenen Umständen würden die Güter auf die Hälfte ihres früheren Wertes, und wenn das Geld in seinem Tauschwert sich nicht verändert hätte, ebenso auf die Hälfte ihres früheren Preises gesunken sein.

„Der Arbeiter empfängt nur dann einen wirklich hohen Preis für seine Arbeit, wenn er mit seinem Lohne das Erzeugnis eines großen Teils seiner Arbeit eintauschen kann“ (S. 244, Note). Daß Ricardo, wie Simon Patten (The interpretation of Ricardo in Quarterly Journal of Economics for April 1893) meint, im Gegensatz zu Smith und Malthus einen hohen Kapitalgewinn für den wahren Maßstab des gesellschaftlichen Fortschritts hielt, ist sicher ein Irrtum. Er sagt z. B. S. 105: Fortschritte der Arbeitsteilung, Erfindungen von Maschinen etc., Verbesserungen im Transportwesen sind allen nützlich, verschaffen ihnen mehr (billigere) Güter, aber sie haben keine Wirkungen auf den Profit. Hingegen steigert jede Verringerung des Arbeitslohns den Gewinnst, bringt aber keine Wirkung auf den Preis der Güter hervor. Das Erste ist allen Klassen vorteilhaft, denn alle sind Konsumenten; das letztere nützt bloß einer Klasse. Ebenso erklärt er wiederholt (z. B. S. 291), „daß aus Auflagen auf Bedürfnisse, weil sie den Arbeitslohn erhöhen und den Gewinnsatz erniedrigen, kein besonderer Nachteil (!) hervorgeht“. Fortschreitende Produktivkraft der Arbeit auf allen Gebieten muß er doch wohl wünschen und wenn damit steigender Profit infolge der Gestaltung unserer Wirtschaft Hand in Hand geht, so muß er diesen freilich mit in den Kauf nehmen. Wenn Patten nur dies gemeint hat, hat er recht.

Der Smith'sche Gedanke, daß Kapitalansammlungen dauernd den Kapitalgewinn erniedrigen müßten, findet selbstverständlich bei Ricardo keinen Platz (s. S. 256). „Könnte man die Bedürfnismittel des Arbeiters beständig mit derselben Leichtigkeit vermehren,

so könnte es keine dauerhafte Veränderung im Gewinnst- oder Lohnsatze (als Wertquoten selbstverständlich, aber gewiß ebenso im Verhältnis zur Erwerbsgrundlage — d. Cit.) geben, zu was für einem Betrage auch immer Kapital angesammelt werden möchte“ (ib.). Und später (S. 263f.) betont er abermals, „daß, ein wie großer Überfluß an Kapital auch entstehen mag, es dennoch keine angemessene Ursache vom Sinken des Gewinnes gibt, als ein Steigen des Arbeitslohnes“ (als Quote, infolge abnehmender Produktivität gewisser Produktionszweige).

Dagegen kann nach ihm der Arbeitslohn abnehmen, während das Renteneinkommen jeder Art wächst, indem „dieselbe Ursache, welche das reine Einkommen des Landes (gemeint ist alles Renteneinkommen) erhöhen mag, gleichzeitig die Bevölkerung vermehren und die Lage des Arbeiters verschlechtern kann“. Diese Wirkung kann hervorgebracht werden durch die Anwendung von Maschinen, überhaupt durch Vermehrung des stehenden Kapitals, also durch fortschreitende Produktivität der Arbeit (S. 358ff.). Durch die Einführung der Maschinen „wird notwendigerweise eine Abnahme der Nachfrage nach Arbeit eintreten, die Bevölkerung überschüssig werden und die Lage der arbeitenden Klassen Verkümmerung und Verarmung sein“ (S. 360). Doch kann diese Folge durch rascheres Wachstum des Kapitals mehr oder weniger verhindert oder wieder ausgeglichen werden. Jedenfalls können die Maschinen dem Arbeiter schaden, die steigende Produktivität der Arbeit verschlimmert durch Überflüssigmachung von Arbeitern die Lage der Klasse. Die Interessen von Kapital und Arbeit gehen hier auseinander und soweit haben die Arbeiter recht, wenn sie die Maschinen den eigenen Interessen verderblich erachten. Diese können bewirken, daß das „Roheinkommen“, von dem die Arbeiter leben (nach Ricardo), vermindert wird, während das Reineinkommen (die gesamte Rente) dem Werte nach gleichbleibt, aber mehr Güter, Brauchbarkeiten, „Reichtum“ enthält oder umfaßt (S. 362). Es werden nämlich weniger Arbeiter angestellt, um gleichviel Produkt zu erzielen, also sinkt der Wert des Gesamtprodukts, von dem jedoch die Kapitalisten (resp. Unternehmer) eine gleiche Menge (Wert) bekommen.

Indessen werden Maschinen nicht plötzlich allgemein angewendet und meist neu erspartes Kapital darin angelegt, nicht altes seiner früheren Verwendung entzogen (365). Die Nachfrage nach Arbeit nimmt immerhin im ganzen zu mit der Zunahme des Kapitals,

jedoch nicht im Verhältnis dieser Zunahme. „Das Verhältnis wird notwendigerweise ein abnehmendes sein", weil relativ das stehende Kapital immer größer wird (366).

Immerhin zeigt Ricardo hier in mannigfacher, nicht weiter darzulegender Weise, wie das Profitmachen menschenmörderisch werden kann und scheint gar nicht gleichgiltig gegen diese Wirkung.

§ 96. Mehrwerts- und Profitrate bei Marx.

Die Lehre von Marx ist wesentlich die, daß die Quote der Kapitalrente zu-, die Höhe derselben abnimmt, d. h. daß der Profit im englischen Sinne (also mit Inbegriff des Zinses) einen immer größeren, der Lohn einen immer kleineren Teil des (Arbeits-)Wertes des gesamten gesellschaftlichen Einkommens ausmacht, oder — in seiner Sprache zu reden — daß die Mehrwertsrate (das Verhältnis der unbezahlten zur bezahlten Arbeit, des vom Arbeiter täglich geschaffenen Wertes, der dem Unternehmer zufällt, zu dem dem Arbeiter zufallenden, oder das Verhältnis der täglichen Arbeitszeit, in welcher der Arbeiter lediglich für den Unternehmer schafft, zu derjenigen Arbeitszeit, innerhalb welcher er den Wert seines eigenen Lohnes hervorbringt) mit der Produktivität der Arbeit zunimmt, während die Profitrate (das Verhältnis des Profits zum Kapital, natürlich in Tauschwert veranschlagt) abnimmt.

Der Wert der Arbeitsstoffe und Arbeitsmittel (nach Marx des konstanten Kapitals), welche auf den einzelnen Arbeiter fallen, nimmt nämlich mit steigender Produktivität der Arbeit zu, der vom Arbeiter neugeschaffene Wert hingegen nimmt (wie bei Ricardo) nicht zu. Obwohl nun der Arbeiter von diesem neugeschaffenen Wert (der seinen Lohn, das variable Kapital, ersetzt und die Rente für den Unternehmer, Leihkapitalisten und Grundbesitzer erzeugt — s. Kapital III. 1. S. 221) immer weniger, einen immer kleineren Teil bekommt, so fällt doch die (absolut) gewachsene Rente (größere Mehrwertrate) auf ein noch stärker gewachsenes Kapital (im ganzen) und wird daher im Verhältnis zu diesem (als Profitrate) kleiner.

Die letztere Behauptung ist für den Beweis des Marx'schen Gesetzes wesentlich, aber sie selbst ist unbeweisbar und sogar unwahrscheinlich. Wenn infolge der fortgeschrittenen Produktivkraft der Arbeit die Rente um 100 Prozent gewachsen ist, muß da das konstante Kapital auch um 100 oder sogar um mehr Prozent

gewachsen sein? Also z. B.: das Tagesprodukt eines Arbeiters sei = 10. Davon bekommt er 8, der Unternehmer 2. Nun steigt die Produktivkraft der Arbeit so, daß der Arbeiter von seinem Tagesprodukt nur mehr 6 bekommt (dies 6 kann für ihn gleichviel Unterhaltsmittel bedeuten, wie früher das 8, aber auch beliebig mehr) und der Unternehmer 4, so ist die Rente des Unternehmers (als Repräsentant des Besitzes) um 100 Prozent gestiegen. Wer will nun beweisen, daß, um dies zu ermöglichen, das Gesamtkapital des Unternehmers — notabene dem Werte nach — um 100 oder mehr Prozent gestiegen sein müsse? Das variable Kapital hat abgenommen, es ist im Verhältnis von 8 : 6 dem Werte nach gefallen, also um 25 Prozent. Die Menge des konstanten Kapitals, in Produkten ausgedrückt, ist sicher gestiegen. Denn produktivere Arbeit, das heißt von selbst Mehrverbrauch von Material aller Art in gleicher Zeit. Die Arbeitsmittel mögen kostbarer geworden sein. Man muß aber, da es sich um eine Durchschnittsprofitrate handelt, auch mit dem Steigen der Durchschnittsproduktivität rechnen und nicht mit exzeptionellen Fortschritten einzelner Branchen, welche auf die Durchschnittsprofitrate sehr wenig Einfluß haben können. Man muß also annehmen, daß nicht bloß in dem Metier, welches aus einem bestimmten Rohstoff ein fertiges Produkt macht, die Produktivkraft der Arbeit um ein bestimmtes Maß gestiegen sei sondern in allen Metiers, also auch in denen, welche den Rohstoff und das neue Werkzeug hervorgebracht haben. Wenn in unserem Fall der Arbeiter nach wie vor gleichviel an Unterhaltsmitteln für den gesunkenen Lohn (= Wertanteil an seinem Produkt) bekommen soll, so muß die Produktivkraft um 25 Prozent gestiegen sein, also, bei gleichbleibendem Geldwert, müssen alle Produkte, auch die Rohstoffe und Arbeitsmittel, um $^1/_4$ im Preis gefallen sein. Mithin kann die Masse der Stoffe, welche ein Arbeiter verwendet, um 125 Prozent zugenommen haben, und eine entsprechende Veränderung mit den Arbeitsmitteln vor sich gegangen sein, dann muß immer noch die Profitrate nicht nur nicht gefallen, sondern sogar gestiegen sein, weil das Gesamtkapital dem Werte nach weniger als um 100 Prozent zunahm, wegen der Verminderung seines variablen Bestandteils. Lassen wir die Masse der Stoffe weniger zunehmen, so bleibt umsomehr Spielraum für die Wertzunahme des Arbeitsmittels. Der Wert des variablen Kapitals im Verhältnis zum konstanten und zum ganzen ist hier kolossal zurückgegangen, und dennoch die Profitrate gestiegen.

Ich glaube nicht, daß das ein übertriebenes Beispiel ist, wenn man an die Gesamtheit der Produktionszweige denkt und den Durchschnitt des Fortschritts der Produktivkraft nimmt. Denken wir an ein Kanoe, das mit Steinwerkzeugen aus einem großen Baum gemacht wurde, den man vorher mit dem Steinbeil fällen mußte. Ist es denn ausgemacht, daß, in Arbeitszeit gemessen, dieses Kanoe im Verhältnis zu den (ebenfalls in Arbeitszeit angesetzten) Unterhaltsmitteln der zwei Leute, welche mit demselben auf den Fischfang ausgehen, einen geringeren Wert hat, als ein wohlausgerüstetes modernes Fischerboot im Verhältnis zum Unterhalt der 10 oder 20 oder 30 Männer, die es benützen?

Das mag vielleicht ein extremes Beispiel sein, aber es deutet doch darauf hin, daß man sich keine übertriebenen Vorstellungen machen dürfe von der Verschiebung des Verhältnisses zwischen dem Werte des konstanten und dem des variablen Kapitals. Es gibt gewiß eine Menge Beschäftigungen, in denen heute der Arbeitsapparat wohl umfangreicher, aber dem Werte nach nicht größer ist als ehedem, sondern sogar kleiner. Absolut sicher messen läßt sich das für die Gesamtheit der produktiven Beschäftigungen nicht, wie es doch nötig wäre, um eine solche reine Quantitätenfrage sicher zu entscheiden.

Aber wenn die Verbesserung der Arbeitsmittel in dieser Frage eine so wichtige und entscheidende Rolle spielen würde, wie diese Theorien der abnehmenden Profitrate annehmen: wie kolossal müßte von 1750 bis 1900 die Profitrate gefallen sein!

„Um die Mitte des vorigen (18.) Jahrhunderts war der Zinsfuß 3 Prozent und wir können[1]) daraus schließen, daß der Kapitalgewinn ein ähnlicher war. . . . Seit dieser Zeit[2]) hat sich das Kapital des Landes unzweifelhaft riesig vermehrt und seine Kultur hat sich bedeutend ausgedehnt. Während der letzten 20 Jahre [gemeint ist die Zeit von 1797—1817) aber haben wir den Geldzins auf etwa 6 Prozent stehen sehen, und die Gewinne waren dementsprechend“ (Malthus S. 542f.). Und in unserer Zeit sehen wir abermals so glänzende Reichtümer aus Profiten erwachsen, daß wir von der Höhe derselben uns leicht einen Begriff machen können.

Auch Marx kennt gar mancherlei Gründe, aus denen bei

[1]) nach Smith natürlich —

[2]) bei einem relativ ganz ungeheuren Fortschritt der Produktivität der Arbeit!

steigender Produktivkraft der Arbeit nicht nur die Mehrwertsrate, sondern auch die Profitrate wachsen kann.

Durch die Fortschritte der Produktivität der Arbeit in einem Industriezweig werden in anderen, die dessen Produkte als Produktionsmittel verwenden, die Kosten der letzteren vermindert. Damit vermindert sich der Wert des konstanten Kapitals und damit erhöht sich die Profitrate. „Das Charakteristische dieser Art der Ökonomie des konstanten Kapitals, die aus der fortschreitenden Entwicklung der Industrie hervorgeht (!), ist, daß hier das Steigen der Profitrate in einem Industriezweig geschuldet wird der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in einem andern“ (III. 1. S. 55f.). Die fortschreitende Entwicklung der Industrie ist aber doch nicht der Ausnahms- sondern der Normalfall und dann liefern sich alle Produktionszweige gegenseitig immer billigere (in Arbeit bemessen!) Produktionsmittel.

„Eine andere Steigerung der Profitrate entspringt, nicht aus der Ökonomie der Arbeit, wodurch das konstante Kapital produziert wird, sondern aus der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals selbst. Durch die Konzentration der Arbeiter und ihre Kooperation auf großem Maßstab wird konstantes Kapital gespart. Dieselben Gebäude, Heiz- und Beleuchtungsvorrichtungen u. s. w., kosten verhältnismäßig weniger für große als für kleine Produktionsstufen. Dasselbe gilt von der Kraft- und Arbeitsmaschinerie. Obgleich ihr Wert absolut steigt, fällt er relativ, im Verhältnis zur steigenden Ausdehnung der Produktion und zur Größe des variablen Kapitals (!) oder der Masse der Arbeitskraft, die in Bewegung gesetzt wird“ (ib. S. 56).

Auch das ist doch der Normalfall der modernen Wirtschaft, daß die Unternehmungen durchschnittlich wachsen! Vorausgesetzt ist hier überall (s. S. 52), daß die Masse und Rate des Mehrwerts gegeben sind. Aber es ist kein allgemeiner Grund für eine Abnahme dieser Größen und im zweiten Fall steigt sogar nach Marx die Mehrwertsrate, wie wir eben hörten.

Im 14. Kapitel desselben Bandes werden sodann eine Reihe von Tatsachen angeführt, welche dem Sinken der Profitrate entgegenwirken: 1. Erhöhung des Exploitationsgrades der Arbeit durch Verlängerung des Arbeitstags und Intensifikation der Arbeit, letztere z. B. durch beschleunigte Geschwindigkeit der Maschinerie, ferner durch vermehrte Weiber- und Kinderarbeit und durch Förderung des relativen Mehrwerts mittels bloßer Verbesserung der Methoden,

wie in der Agrikultur, bei unveränderter Größe des angewandten Kapitals. Sodann durch Befreiung der Produktivkraft der Arbeit von Verkehrshemmungen, Einschränkungen, Fesseln aller Art, ohne daß das Verhältnis des variablen zum konstanten Kapital dadurch berührt wird. Durch Erfindungen u. dgl., bevor sie allgemein angewendet werden. Sie erhöhen zwar nur temporär in einzelnen Produktionszweigen den Mehrwert, aber es kommen immer wieder neue.

Alle diese Tatsachen, die als Gegentendenzen wirken, erneuern sich aber immerfort. Die Arbeitszeit nimmt allerdings im ganzen ab, doch in der modernen Heimarbeit, die an Ausdehnung vorläufig fortwährend gewinnt, ist sie fast grenzenlos. Und wo die Arbeitszeit abnimmt, nimmt die Intensität der Arbeit mindestens entsprechend, wahrscheinlich mehr als entsprechend zu. Kinder werden zwar jetzt weniger angewendet als vor 30 oder 60 Jahren, aber sicherlich mehr als in den Zeiten des alten Handwerks, wo, nach dieser Theorie, die Profitrate viel höher hätte sein müssen als jetzt. Und wie die Zahl der arbeitenden und elend bezahlten Frauen fortwährend zunimmt, weiß jeder.

Verbesserungen der Methoden und Änderungen im Wertverhältnis der beiden Kapitalteile sind ebenfalls keine Ausnahmsfälle und noch allgemeiner sind die „Befreiungen der Produktivkraft der Arbeit“ von Fesseln aller Art. Erfindungen waren nie häufiger und nie so durch Patente u. s. w. geschützt, wie in unserer Zeit.

2. Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert. — Dies wurde seit dem Sieg des Kapitalismus, der modernen Wirtschaft, in einem Maße und mit einem Erfolg betrieben, wie nie zuvor. Wenn das, wie Marx sagt, „eine der bedeutendsten Ursachen“ ist, „die die Tendenz zum Fall der Profitrate aufhalten“, dann ist dieser Fall jedenfalls sehr wirksam verhindert.

3. Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals. „In einzelnen Fällen kann sogar die Masse der Elemente des konstanten Kapitals zunehmen, während sein Wert gleich bleibt oder sogar fällt“ (S. 217). — Davon war schon früher die Rede. Auch „die mit der Entwicklung der Industrie gegebene Entwertung des vorhandenen Kapitals“ ist „eine der beständig wirkenden Ursachen, welche den Fall der Profitrate aufhalten“ (217).

4. Die relative Übervölkerung, daher billige Arbeit. Darum führt man in manchen Industrien keine Maschinen ein und es entstehen neue Produktionszweige mit viel Arbeit und wenig

konstantem Kapital, d. h. die moderne Entwicklung wird durch die billigen Arbeitskräfte aufgehalten, das variable Kapital ist relativ groß, der Arbeitslohn sehr niedrig, die Mehrwertsrate sehr hoch. Die Tendenz der gleichen Profitrate hält aber das Fallen derselben in allen Produktionszweigen auf.

Die relative Übervölkerung ist aber „unzertrennlich von der, und wird beschleunigt durch die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die sich in der Abnahme der Profitrate ausdrückt“ (217).

5. Der auswärtige Handel, sofern er die Elemente des konstanten Kapitals und die Lebensmittel verwohlfeilert. Das steigert die Profitrate und senkt den Wert des konstanten Kapitals. „Er wirkt überhaupt in diesem Sinn, indem er erlaubt, die Stufenleiter der Produktion zu erweitern. Damit beschleunigt er einerseits die Akkumulation, andrerseits aber auch das Sinken des variablen Kapitals gegen das konstante und damit den Fall der Profitrate“ (218). Wie etwas „überhaupt“ auf das Steigen und „andrerseits“ auf das Fallen der Profitrate wirken kann, ist nicht ganz klar. Sollen diese entgegengesetzten Wirkungen zeitlich aufeinander folgen? Aber das Steigen der Profitrate ist doch nicht auf eine Weise begründet, daß auch das Gegenteil aus der Begründung hervorgehen könnte. — Jedenfalls nimmt der auswärtige Handel ganz allgemein zu und wir haben also auch hier eine konstant wirkende Ursache.

Zudem können, wie Marx hervorhebt, Kapitalien im auswärtigen Handel eine höhere Profitrate geben, welche dann auf die einheimische zurückwirkt, den Fall derselben aufhält und — beschleunigt.

„Und so hat sich denn im allgemeinen gezeigt, daß dieselben Ursachen, die das Fallen der allgemeinen Profitrate hervorbringen, Gegenwirkungen hervorrufen, die diesen Fall hemmen, verlangsamen und teilweise paralysieren. . . . . So wirkt das Gesetz nur als Tendenz, dessen Wirkung nur unter bestimmten Umständen und im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt“ (220).

Was Marx über die Zunahme des Aktienkapitals als eine dem Fallen der Profitrate entgegenwirkende Ursache sagt, scheint wirklich nur aus der Luft gegriffen, weshalb wohl auch von ihm darauf „nicht tiefer eingegangen werden kann“ (221).

Das Aktienkapital wirft nach ihm keinen Profit, sondern „nur große oder kleine Zinsen, sogenannte Dividenden“ ab. Daher geht es nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate ein, da es

eine geringere als die Durchschnittsprofitrate abwirft. „Theoretisch betrachtet kann man sie einrechnen und erhält dann eine geringere Profitrate als die scheinbar existierende.“ Darüber ist nun nicht viel zu sagen. Wenn man die 12 Prozent (letzte!) Dividende der Chamer-Milchaktien, die $12^1/_2$ Prozent der Aluminium-Gesellschaft Neuhausen, die 30 Prozent der Unfallversicherungsgesellschaft Zürich, die 800 Prozent des Konsumvereins Zürich Zins nennen will, so mag man das tun und die betreffenden Aktionäre als Wucherer verfolgen.

Die Grubengesellschaft von Lens, gegründet 1855 mit einem Emissionskapital von 3 Millionen, zerlegt in 3000 Aktien zu 1000 Fr., von welchen jedoch nur 300 Fr. eingezahlt wurden, da die Reinerträgnisse von vornherein jede weitere Einzahlung unnötig machten, zahlte nach ihrer 1893 bekannt gegebenen Abrechnung eine Dividende von 1000 Fr. Am 31. Dezember 1892 waren die Aktien zu 28000 Fr. notiert. Die Aktien der Grubengesellschaft von Marles, ausgegeben 1852 zu 1500 Fr., notierten Ende 1892 18495 Fr., die letzte Dividende betrug 875,65 Fr. Die Aktien der Grubengesellschaft von Bully-Grenay, ausgegeben 1851 zu 1000 Fr., notierten Ende 1892 pro Sechstel-Aktie, in welche sie später zerlegt wurden, 3150 Fr., d. i. 18900 Fr. per ganze Aktie; die letzte Dividende betrug 125 Fr. per Sechstel-Aktie, d. i. 750 Fr. per Aktie von 1000 Fr. Die Aktien der Grubengesellschaft von Courrières, ursprünglich, nämlich 1853, mit 350 Fr., notierten Ende Dezember 1892 nicht weniger als 44510 Fr. Die Aktien der Grubengesellschaft von Dourges, ausgegeben 1855 zu 1000 Fr., notierten Ende 1892 8035 Fr., die Dividende betrug 375 Fr., also $37^1/_2$ Prozent. Die Aktien der Grubengesellschaft von Carvin, ausgegeben 1857 zu 500 Fr., notierten Ende 1892 1400 Fr., während die Dividende 90 Fr. betrug. Die Aktien der Grubengesellschaft von Drocourt, ausgegeben 1878 zu 1000 Fr., notierten Ende 1892 4900 Fr. Die Aktien der Grubengesellschaft von Liévin, ausgegeben 1862 zu 1000 Fr., notierten Ende 1892 11900 Fr., die Dividende betrug 400 Fr. (S.p. Centr.-Bl. II. 628). — Solche Profite sind wahrlich nicht geeignet, die allgemeine Profitrate zu erniedrigen, wenn man sie bei Ausmessung derselben mit in Betracht zieht. Ein großer, der weitaus größte Teil dieser Profite würde, wenn Betrieb und Eigentum getrennt wären, natürlich dem Eigentum als Grundrente zufallen, woraus man ersehen kann, wie weit die Rechnungen über den

Stand und die Bewegungen der Profitrate in ihren Resultaten differieren müssen, jenachdem man die Grundrente als einen Bestandteil des Profits ansieht oder nicht.

Sollten, was ja keineswegs bewiesen ist, die Aktienunternehmungen durchschnittlich weniger Gewinn abwerfen, als andere, so wäre das unschwer schon damit zu erklären, daß Beamte in der Regel weniger sparsam und sorgfältig wirtschaften als Unternehmer auf eigene Rechnung und daß ein Teil des Gewinns nicht als solcher in der Dividende erscheint, sondern in der Form von Tantièmen, Reservefonds u. s. w. zu anderer Verwendung und Verrechnung kommt. Würde also infolge der Einreihung der Dividenden die allgemeine Profitrate sinken, so wäre dies Sinken, soweit es nur durch die bezeichneten Umstände herbeigeführt würde, nur ein scheinbares und „theoretisch betrachtet“ irrelevant. Wollte man aber bei Feststellung der allgemeinen Profitrate von den Aktiengesellschaften absehen (wie Marx auch später, S. 424, wieder will), so würde hier eine gar mächtige Gegentendenz gegen das Fallen der Profitrate geschaffen (vorausgesetzt, daß die Aktienunternehmungen geringeren Gewinn abwürfen), indem die Aktienunternehmungen immer zahlreicher und größer werden und gerade bei ihnen zu allermeist das konstante Kapital gegenüber dem variablen ein enormes Übergewicht hat.

Wir hörten eben von Marx, daß der Fall der Profitrate nur im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt. Wo sind nun diese langen Perioden und die Beweise oder Wahrscheinlichkeiten, daß in denselben die Profitrate erheblich abgenommen hat? Wenn man nicht, nach Smith, aus dem durch Wucher und hohes Risiko bestimmten Zinsfuß alter Zeiten auf eine entsprechend hohe Profitrate schließen und wenn man nicht die Prellereien ehemaliger, in der Welt herumziehender Kaufleute mit den normalen Vorgängen innerhalb einer hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaft identifizieren will — in Afrika und China u. s. w. machen auch heute noch europäische und amerikanische Kaufleute durch Schwindeleien aller Art enorme Profite, aber die allgemeine Profitrate in diesen Ländern dürfte trotzdem oder eben deswegen ganz erheblich tiefer stehen —, so haben wir überhaupt für lange Perioden gar keine vergleichbaren Daten, gar keine Möglichkeit des Vergleichs, aus dem einfachen aber höchst triftigen Grunde, weil es in keiner früheren Periode eine allgemeine Profitrate gab. Es gab so lange keine, als nicht alle möglichen Produktionszweige als

streng kapitalistische Unternehmungen betrieben wurden. Die kaufmännischen Geschäfte wurden allein seit alten Zeiten kapitalistisch betrieben, aber ihre ganz exzeptionelle Prell-Rate war doch nichts weniger als eine allgemeine Profitrate (das anerkennt auch Marx, ib. S. 292f. Vergleiche auch III. 2. S. 334, wo er die sehr hohe Profitrate im Mittelalter (?) hauptsächlich aus der „am flachen Lande verübten Prellerei" hervorgehen läßt). Wenn es also auch nachgewiesen werden könnte, daß in den zuerst kapitalistisch betriebenen Geschäftszweigen die Profitrate höher war, als die jetzige allgemeine, so ist damit für den Fall der allgemeinen Profitrate noch gar nichts bewiesen. Und wenn selbst bei einem ganzen kapitalistisch wirtschaftenden Volke, welches mit anderen noch nicht auf dieselbe Wirtschaftsstufe gelangten Völkern in einen für sich sehr vorteilhaften (Prell-)Verkehr stand, der Profit allmählich in dem Maße sank, als auch diese anderen Völker den Kapitalismus bei sich entwickelten, so ist das immer noch kein Beweis für die sinkende Tendenz der allgemeinen Profitrate, so wenig wie unser heutiger höchst profitabler Verkehr mit Afrika u. s. w. ein Beweis für eine steigende Tendenz der Profitrate in dem von Marx festgestellten Sinn ist, daß nämlich die Profitrate mit der Zunahme der Produktivkraft der Arbeit im großen und ganzen fallen müsse.

Es ist nicht ohne Interesse, zu vernehmen, daß gerade ein amerikanischer Schriftsteller eine von den Anschauungen der meisten Nationalökonomen über die Bewegung der verschiedenen Einkommenszweige gänzlich abweichende aufstellt. Die Vereinigten Staaten sind seit langer Zeit in einem so hohen Grade kapitalistisch, wie kaum ein anderes Land. W. H. Stuart faßt in Public Ownership Review (Dezember 1898, S. 86) seine Ansicht dahin zusammen, daß Grundrente und Bodenpreis überall, ausgenommen in den hauptsächlichsten Gewerbszentren, rasch fallen, nicht bloß in Amerika, sondern auch in Europa. Die Tendenz der Konzentration des Reichtums sei, die Rente und den Bodenwert, den Geldzins und den Arbeitslohn zu vermindern. Löhne und Zinsen steigen nicht, indem die Rente fällt, wie H. George behauptete. Sie sinken alle drei zusammen. Das einzige, was immerfort steigt, ist der Kapitalgewinn in der monopolisierten Industrie (d. h. bei ihm in den Unternehmungen jeder Branche).

Übrigens sagt selbst Fr. Engels, im Widerspruch mit mancher prononcierten Stelle bei Marx: „Das Hauptmittel der Verkürzung der Produktionszeit ist die Steigerung der Produktivität der Arbeit, was man gewöhnlich den Fortschritt der Industrie nennt. Wird dadurch gleichzeitig nicht eine bedeutende (!) Verstärkung der gesamten Kapitalauslage durch Anlage kostspieliger (!) Maschinerie u. s. w. und damit eine Senkung der auf das Gesamtkapital zu berechnenden Profitrate bewirkt, so muß diese letztere steigen. Und dies ist entschieden der Fall bei vielen der neuesten Fortschritte der Metallurgie und chemischen Industrie" (III. 1. S. 45; im Original keine gesperrte Schrift). S. 32 ib. sagt dagegen Marx: Der Normalfall der modernen Industrie sei steigende Produktivität der Arbeit, notwendig verbunden mit dem gleichzeitig eintretenden Fall der Profitrate.

Nach Engels tendiert ferner alles, was die Produktions- und Zirkulationszeit verkürzt, auf steigende Profitrate. Die Produktionszeit wird hauptsächlich verkürzt durch steigende Produktivität der Arbeit, die Zirkulationszeit durch verbesserte Kommunikation. „Und hierin haben die letzten 50 Jahre eine Revolution gebracht, die sich nur mit der industriellen Revolution der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vergleichen läßt." — „Die beiden großen Krisenherde von 1825—1857, Amerika und Indien, sind durch diese Umwälzung der Verkehrsmittel den europäischen Industrieländern um 70—90% näher gerückt und haben damit einen großen Teil ihrer Explosionsfähigkeit verloren. Die Umschlagszeit des gesamten Welthandels ist in demselben Maß verkürzt und die Aktionsfähigkeit des darin beteiligten Kapitals um mehr als das doppelte oder dreifache gesteigert worden. Daß dies nicht ohne Wirkung auf die Profitrate geblieben, versteht sich von selbst" (ib.).

Was für einen Wert gegenüber solchen Erwägungen und gegenüber der einfachsten Beobachtung Robert Giffen's (Essays in Finance, London 1882/86) kniffige Beweisführung, daß in den letzten 50 Jahren die Vermehrung des Volkseinkommens fast nur der Arbeiterklasse zugute gekommen sei, haben kann, mag jeder beurteilen. Nach Mrs. Webb (Brit. Genoss. Bew., deutsch S. 204) schreiben die Statistiker von den 1300 Mill. £ des englischen Nationaleinkommens der lohnarbeitenden Klasse höchstens 500 Millionen zu.

R. E. May versucht in der Soz. Praxis (VI. 700ff.) den Nachweis, daß in unserer Zeit in Deutschland der Profit gestiegen ist und zwar viel stärker als der Lohn (siehe auch sein Buch: Die wirtschaftliche Entwicklung, Januar 1897, S. 141ff.).

Was für Profite heutzutage Unternehmer, mindestens gelegentlich, machen, kann man aus folgendem ersehen. Das Department of Labour erhob im Jahre 1897 die Lohnverhältnisse der in mehreren großen Städten von den Stadtverwaltungen resp. den Regierungen direkt beschäftigten Arbeiter und der Arbeiter gleicher Kategorien, welche durch Unternehmer beschäftigt waren. Es ergab sich, daß die direkte Beschäftigung trotz der hohen Löhne und der kurzen Arbeitszeit überall von Ersparnissen für Stadt und Staat begleitet waren. So haben sich die Kosten der Straßenbespritzung in Boston von 460 auf 277 Doll. per Meile ermäßigt, obwohl der Stundenlohn der städtischen Arbeiter 22½, der der privaten Arbeiter 15—18 Cents beträgt (ib. 706). Der Lohn stieg also um 25—50%, die Kosten hätten ungefähr ebensoviel steigen müssen, ohne den Profit der Unternehmer, statt dessen sind sie um ca. 40 Prozent gefallen. Man kann sich ungefähr vorstellen, welche Profitrate die Unternehmer in die Tasche steckten.

Ende Januar 1902 brachte die „Frankfurter Zeitung" folgende interessante Notiz:

Frankfurt, 28. Januar. Zum Kapitel des Kohlenwuchers erhalten wir aus einer benachbarten Stadt einen Beitrag, der wirklich wert erscheint, mitgeteilt zu werden. Dort ist eine Baufirma in Zahlungsschwierigkeiten geraten, die noch einen Lieferungsvertrag mit einer auswärtigen Kohlengroßhandlung über eine Restlieferung von 3802 Zentnern laufen hatte. Nun erhielt der Vertreter des Gläubigerausschusses von der Lieferantin ein Schreiben, worin diese sich mit der Auflösung des Vertrags einverstanden erklärte, wenn ihr der entgehende Gewinn sofort bar ausgezahlt würde. Sie stellte dabei folgende Berechnung auf:

Es betrug

der Verkaufspreis für je 200 Ctr. . . .	M. 220.—
„ Gestehungspreis „ „ 200 „ . . .	„ 135.50
mithin der Verdienst für je 200 Ctr. . . .	M. 84.50
oder für die noch zu liefernden 3802 Ctr.	M. 1606.35.

Wir bemerken hierzu, daß uns die Rechnung im Original vorgelegt worden ist. Der Gewinn der Großhandlung an den Kohlen beträgt hiernach über 60 Prozent (genauer 62⅓%)". Eine Frage der „höheren" Mathematik wäre es, wie viel Prozent das in dieser Kohlengroßhandlung angelegte Kapital

im Jahre einträgt. Die kühnsten Wucherkünste, die direkt und auf lange in's Zuchthaus führen, bringen es kaum je zu solchen Prozenten, wie dieser ehrsame, bürgerliche, wohl-protokollierte Handel, dessen Profit am Stück im Anfang des 20. Jahrhunderts sich wohl vergleichen lassen dürfte mit den allerkühnsten Hausierererfolgen der fernsten Vergangenheit.

Ich glaube, daß jeder, der in unserer Zeit im allgemeinen niedrige Profite, auch nur am Stück, oder gar eine niedrige Gesamtrente des Kapitals per Jahr gemessen und endlich gar ein fortwährendes Sinken der Kapitalrente annimmt, mit sich selbst und mit den einfachsten Tatsachen unseres modernen Wirtschaftslebens und der Geschichte in krassen Widerspruch gerät. Man sehe!

„Sowie die Scheidung von Lohnarbeiter und Unternehmer besteht, wird ersterer immer mehr in den Zustand des Elends, d. h. einer gegenüber der gesellschaftlichen Produktion relativ (!) ungünstigen Konsumtion gedrückt werden müssen. Und da gleichzeitig die Leistung desselben einen stets wachsenden Ertrag liefert, werden auf der andern Seite Unternehmerluxus und Überkapitalisierung notwendig immer höher steigen. Insbesondere die Kapitalisierung wird in übermäßiger Weise erfolgen müssen und allmählich das Moment des Luxus, was dessen Bedeutung für die Gesellschaft betrifft, in den Hintergrund drängen" (Otto Wittelshöfer, Untersuchungen über das Kapital, 1890, S. 259). Das alles ist unzweifelhaft richtig. Wie aber der Verfasser an anderer Stelle, z. B. S. 48, behaupten kann, „daß dem Kapital die gesetzmäßige Tendenz innewohnt, sich in seiner Bewertung gleichmäßig mit dem Steigen der Kultur zu verringern", scheint weniger begreiflich. Wenn die Profitrate fällt, wie soll man da zur „Überkapitalisierung" gelangen? Man kann doch nur den Profit kapitalisieren, also je weniger Profit, desto weniger Kapitalisierung. Oder herrscht etwa mit dem Steigen der Kultur auch die gesetzmäßige Tendenz der Verwandlung der Kapitalisten in lauter Säulenheilige? Der Luxus nimmt nicht ab, sondern steigt rapid, aber die Kapitalrente steigt noch mehr, daher auch die Kapitalisierung oder, wie man das gerne nennt, „der Reichtum der Nationen".

Ich weiß wohl, wie man obigen Widerspruch zwischen einer niedrigen Profitrate und einem raschen Wachstum des Kapitals zu erklären sucht. Man sagt: von der Rente eines großen Kapitals kann bei niedriger Profitrate absolut und wohl auch relativ mehr in Kapital verwandelt (zurückgelegt, gespart) werden als von der

Rente eines kleinen bei hoher Profitrate. Auch Marx spricht sich in diesem Sinn aus (z. B. III. 1. 227).

Dagegen ist folgendes zu sagen. Sofern es sich, wie in unserm Fall, um die allgemeine Profitrate handelt, muß man an das gesamte Kapital einer Nation oder der modernen Gesellschaft denken. Dieses gesamte Kapital zerfällt in unzählige Einzelkapitalien, die durchaus nicht alle groß, sondern von denen die weitüberwiegende Mehrzahl sehr klein ist. Auf die einzelnen Besitzer dieser Kapitalien kommt es an, wieviel sie von ihrer Rente kapitalisieren können. Die große Masse der kleinen und mittleren können aber bei niedriger Profitrate sicher nur wenig kapitalisieren. Es mag z. B. eine große Aktiengesellschaft bei niedriger Profitrate wohl fünf Millionen Reingewinn machen, wenn die einzelne Aktie auf 100 des Kurswertes nur 3 oder 4 einträgt, so können eine Menge Aktionäre sicherlich nur sehr kleine Ersparnisse machen.

Und dann fragen wir in Bezug auf die großen Vermögen mit ungeheuren Renten, von denen sehr viel kapitalisiert werden kann: wie sind sie denn entstanden? Einmal waren sie doch klein und kleine Kapitalien können bei niedriger Profitrate doch nicht leicht und jedenfalls nur sehr langsam wachsen. Dennoch sehen wir gerade in unserer Zeit wahre Riesenvermögen aus kleinen Anfängen ziemlich rasch hervorwachsen, und — wenn man dies für das Ganze als Argument nicht gelten lassen will — das gesamte Vermögen ganzer Völker immerfort und seit Dezennien ganz außerordentlich rasch zunehmen. Wir brauchen hier nicht weit in der Statistik herumzusuchen, jedes beliebige Beispiel genügt, wenn es nur von einem Volke genommen ist, das modern-kapitalistisch wirtschaftet, also mit sehr viel und immer zunehmendem „konstantem“ Kapital. Unter dieser Voraussetzung zeigt sich überall dieselbe Erscheinung. Das Steuerkapital (das zur Besteuerung herangezogene Vermögen — und das ist das gesamte Privatvermögen) des Kantons Zürich betrug

	fr.		fr.
1870 . . .	627.902.100	1888 . . .	915.681.700
1875 . . .	733.304.800	1890 . . .	902.438.700
1880 . . .	814.960.600	1895 . . .	1.025.732.400
1885 . . .	874.345.600	1896 . . .	1.098.192.750.

Die Bevölkerung

1870	284.047
1880	316 074
1888	337.183.

Von 1870—1888 wuchs

die Bevölkerung um . . . . . . 18 %,
das Steuerkapital um . . . . . 45 %.

Ohne allen Zweifel sind diesem Kanton, der von fremden Ansässigen wimmelt, viel mehr Arbeiter als Kapitalisten zugezogen. Woher stammt das übermäßige Wachstum des Vermögens, wenn nicht aus dem Profit? Dabei ist zu erwägen, daß, da die Veranlagung der Vermögenssteuer wesentlich auf dem Steuerbekenntnis beruht, Unmassen von Vermögen der Besteuerung entzogen werden und daß die Leichtigkeit der Defraudation mit der Größe des Vermögens progressiv wächst. In Wirklichkeit muß daher das Vermögen viel rascher zugenommen haben, als wir aus der Steuerstatistik ersehen können. „Die rasche Zunahme des Kapitals ist gleich einer raschen Zunahme des Profits“, schrieb einst Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (1849, Artikel „Lohnarbeit und Kapital“). Nichts kann gewisser sein. Und wir fragen nur: wann wurden geschickte, glückliche Unternehmer, die rechten Repräsentanten dieser Klasse, rascher reich, auch wenn sie mit den kleinsten Mitteln anfingen, in unserer Zeit oder in irgend einer vergangenen? wann wurden denn durchschnittliche Unternehmer, die es zu einer normalen Durchschnittskundschaft brachten, rascher wohlhabend, einst oder jetzt? wann ist denn das Vermögen im ganzen rascher und regelmäßiger gewachsen, vor 100, 200, 500, 1000, 3000 Jahren oder in unserer Zeit? Und unser Vermögen wächst doch wesentlich aus dem Profit. Die übergroßen Vermögen, die aus bloßem Zins noch beträchtlich zu wachsen vermögen, sind jedenfalls nicht aus dem Zins, sondern aus dem Profit entstanden. Und zu raschem Wachstum des Vermögens gehört ein hoher Profit, wenn auch nicht am einzelnen Stück Ware, so doch per 100 Kapital im Jahre. Ich glaube nicht, daß jemand über die richtige Beantwortung obiger Fragen ernsthaft im Zweifel sein kann.

Es ist ja möglich, daß in irgendwelchen veralteten, verkommenen, nicht mehr zeitgemäßen Schichten des Unternehmertums früher bessere Geschäfte gemacht wurden. Dies behauptet man

z. B. von einem gewissen Krämertum, das von den großen Warenhäusern und Konsumvereinen gedrückt, d. h. um die Kundschaft gebracht wird. Aber derartige Vorkommnisse kann man doch nicht verwenden zum Beweis des Rückgangs der Profitrate, so wenig wie das Elend der Handweber nach Einführung des mechanischen Webstuhls. Was nicht in die moderne Wirtschaft paßt, kann auch an den Früchten dieser Wirtschaft keinen Teil haben. Wer keine Kundschaft hat, kann allerdings im Gebiet des Kapitalismus keine Rente erwerben. Der Detailhändler aber mit genügender Kundschaft kommt heute schneller vorwärts als ehedem, erwirbt rascher Vermögen, muß also wohl schöne Profite machen.

Und woher stammt denn die ganz enorm steigende Grundrente in den Städten und Industrieorten? Sie ist zum großen Teil nichts als von den Grundbesitzern den Unternehmern abgenommener Profit. Die Unternehmer können hohe Grundrente bezahlen oder den Boden zu hohen Preisen kaufen, weil sie mit ihrem Kapital im Geschäft hohe Profite machen. Müssen sie dem Grundbesitzer sehr viel abgeben, so müssen sie offenbar noch viel mehr erwerben — im Durchschnitt. Und nun fragen wir: wo gab es denn in älteren Zeiten jemals solche Bodenwerte wie heute? und zu welcher früheren Zeit wuchsen die Wohnbodenwerte rascher als jetzt?

Marx meint: „Auch die Rate der Grundrente hat fallende Tendenz, obgleich die absolute Masse wächst[1]) und sie auch proportionell wachsen mag gegen den industriellen Profit.“

Von der landwirtschaftlichen Grundrente sprechen wir nicht. Sie ist für Spezialitäten, Produkte, deren Preis vom Reichtum der oberen Klassen abhängt, sicher sehr stark gestiegen und kann für Massenprodukte zeitweilig auf- und abgehen infolge Veränderungen im internationalen Verkehr und Transportwesen. Es können Massen von neuem guten Boden mit dem altkultivierten in Wettbewerb treten und ihm seine Rente, zeitweilig wenigstens, ganz wegnehmen. Aber wie steht es dort, wo das Kapital hauptsächlich seine Wohnsitze aufschlägt und seine Profite macht? Ist vielleicht in den mittelalterlichen Städten die Grundrente hoch gewesen und rasch gestiegen? In unseren Städten und Industrieorten und an den Stellen, wo der moderne Profit verausgabt wird, in Ver-

[1]) Auch Carey ist dieser Ansicht (s. Lehrbuch d. V.-Wirtsch. und Sozialwiss., deutsch von Adler, S. 537). Die historische Begründung ist ganz unhaltbar.

gnügungs-, Bade-, Kurorten ist das in überschwänglicher Weise eingetreten.

Ich glaube nicht, daß dies für den modernen Menschen eines Beweises bedarf. Man kann höchstens Beispiele zur Illustration anführen. Hier ist eins.

Dr. Paul Voigt (Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten, Jena 1901) gibt den Wert des Baugrundes am Kurfürstendamm bis zur Ringbahn für 1860 mit 100000 M. an, für 1898 mit 50 Millionen. Das ist das 500fache. Ist vielleicht irgendwo der Arbeitslohn während dieser Zeit in gleichem Maße gestiegen, möchten wir Herrn Giffen fragen? — Die gesamte Wertzunahme des Grund und Bodens in den Berliner Vororten von 1887—1898 berechnet Voigt auf rund eine Milliarde Mark.

„Man schlage dazu“, bemerkt Dr. von Mangoldt in seinem Referate in der Soz. Prax. (X. 748), „in Gedanken die wahrscheinlich noch weit größeren Summen, welche in Berlin selbst in den letzten anderthalb Menschenaltern auf diese Weise gewonnen worden sind; man vergegenwärtige sich weiter, daß der gleiche Prozeß der Grundrentenbildung, wenn auch in abgeschwächtem Maße, sich in Nord und Süd, in Ost und West unseres Vaterlands in dutzenden von großen Städten und hunderten, ja tausenden von kleinen Orten bis herunter zum kleinsten Industriedorfe abgespielt hat und noch immer weiter abspielt — und man wird ungefähr einen Begriff bekommen von den Riesensummen, um die es sich hier handelt.“ Und daneben häufte der Profit noch ein ungeheures Kapital an, und vor allem „konstantes“. Ein kurioser Erfolg, wenn man annimmt, daß die Profitrate seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden beständig abnahm und, nach der Theorie, seit 150 Jahren massenhafter Entdeckungen und Erfindungen, welche die Produktivität der Arbeit mächtig förderten, ganz besonders stark hätte abnehmen müssen. Und gerade in dieser Periode stieg der Reichtum der Unternehmerklasse so rasch und ungeheuer wie nie zuvor. Die Unternehmer als Klasse würden nach jener Theorie offenbar ihren eigenen Interessen direkt entgegenarbeiten, wenn sie durch bessere Produktionsmittel den Arbeitsprozeß fruchtbarer gestalten. Vom Einzelnen könnte man sich wohl leicht vorstellen, daß er in seinem Betrieb mit gutem Bedacht und Erfolg die Produktivität der Arbeit steigerte, indem er dann eine Zeitlang, bis die bessere Methode allgemeiner geworden, Extraprofit einzuheimsen in der Lage wäre. Aber indem er dies Glück genießt, schadet er doch den Profiten

aller Konkurrenten, die er zwingt, etwas billiger zu verkaufen als bisher, wie wir es oben in der Lehre vom Preise dargestellt haben. Gelingt es ihm, infolge seiner temporären Ausnahmestellung mehr Kapital anzuhäufen, so können seine Konkurrenten dafür weniger „ersparen“ und die rasche Steigerung des Unternehmerreichtums im ganzen dürfte auf solche Weise nicht zu erklären sein.

Ich glaube, die ganze Beweisführung von Marx in dieser Frage beruht auf einer falschen Anwendung seiner Werttheorie, nämlich auf einer Anwendung derselben in einem Falle und einer Weise, wo und wie sie nach der Natur der Dinge nicht verwendbar ist. Nach dieser Werttheorie können und müssen alle Waren im Lauf der Entwicklung durch die steigende Produktivität der Arbeit immer mehr an Wert verlieren. Marx sagt geradezu: sie werden „wohlfeiler“ (z. B. III. 1. S. 220).

Von einem ganz berechtigten, allgemeinen, wahrhaft menschlichen Standpunkt aus ist das vollkommen richtig, was schon Adam Smith wußte. Wenn der Mensch (der abstrakte) auf jegliches Produkt weniger Arbeit als früher verwenden muß, so ist ihm (in abstrakto, abgesehen von der Stellung des Einzelnen im Verkehr) jedes Produkt leichter zugänglich, also weniger wert. Allein das hat mit dem Tauschwert und absonderlich mit dem Geldpreis der Waren, auf welch letzteren man gewöhnlich Ausdrücke wie wohlfeiler und teuerer bezieht, gar nichts zu tun, sofern wir in Bezug auf den Geldpreis annehmen, daß auch das Geld jetzt weniger Herstellungsarbeit kostet als früher, was ja unzweifelhaft richtig ist, weniger um der verbesserten Technik halber als wegen der überaus reichen neueren Naturquellen.

Wenn früher zehn Arbeiter in einer Woche von irgend einem Produkt 100 Stück fertig brachten und von einem andern 50 Stück, so vertauschten sich, wenn wir die Werttheorie, wie es der Einfachheit halber wohl gestattet ist, als vollgültige Preistheorie annehmen, die 100 gegen die 50, oder zwei gegen eins. Und wenn jetzt zehn Arbeiter in der einen Branche per Woche 1000 Stück fertig bringen und in der andern 500, so vertauschen sich die 1000 gegen die 500, also nach wie vor zwei gegen eins. Und ebenso wird der Geldpreis jedes Stücks ganz gleich geblieben sein, wenn die Arbeit der Geldproduktion ebenso an Produktivität zugenommen hat, wie die der Produktion gewöhnlicher Waren. Der (Arbeits-) Wert ist also per Stück von 1 auf $^1/_{10}$ gefallen, der Tauschwert und Geldpreis aber ist ganz gleich geblieben. Die Güter sind,

gegeneinander gehalten und gemessen, wie es im Tauschverkehr geschieht, nicht „teuerer“ und nicht „wohlfeiler“ geworden. Der Unternehmer aber, der früher vom ersten Wochenprodukt den Arbeitern 50 Stück (in Geldform) als Lohn geben mußte und vom zweiten Wochenprodukt 25, behielt von jenem (vom konstanten Kapital und seinem Ersatz sehen wir ab und denken nur an den von den zehn Arbeitern neu geschaffenen Wert) 50 und von diesen 25 als Rente. Wenn er nun aber den Arbeitern nach der gewaltigen Erhöhung der Produktivkraft ebenfalls nur 50 und 25 Stück (d. h. gleichviel Geld oder auch etwas mehr) als Lohn gibt, so behält er nun als Rente 950 und 475 (oder auch etwas weniger). Nun sind nach der Werttheorie die 1000 und 500 Stück genau soviel wert wie ehemals die 100 und 50. Der Tauschwert von 1000 und 500 ist aber faktisch genau zehnmal so groß, als der von 100 und 50. Man kann für die 1000 Stück der Waren jetzt genau zehnmal soviel Maßeinheiten jeder anderen Ware, Gold und Silber mit inbegriffen, haben, als früher für die 100 Stück. Die Masse des Profits ist also um 900 und 450 gestiegen. Die Wertmasse hingegen beträgt in beiden Fällen gleichviel, sagen wir 100. Der Unternehmer bekam im ersten Fall 50 an Wert, im letzten (nach gestiegener Produktivität) 95. Sollte die Profitrate auch nur gleich bleiben, so müßte nach der (richtigen) Tauschwertrechnung das Kapital der Unternehmung auf das 19fache steigen, nach der Wertrechnung bloß um 90 Prozent. Ersteres ist ganz unwahrscheinlich, letzteres mehr als wahrscheinlich. Wenn das Kapital aber nicht um das 19fache gewachsen ist, so ist die Profitrate gestiegen, nach der Tauschwertrechnung. Wenn es bloß um mehr als $^9/_{10}$ gewachsen ist, so ist die Profitrate gefallen, nach der Wertrechnung.

Übrigens sagt Marx selbst (III. 1. 207): „Mit Ausnahme einzelner Fälle (z. B. wenn die Produktivkraft der Arbeit gleichmäßig alle Elemente des konstanten wie des variablen Kapitals verwohlfeilert) wird die Profitrate sinken“. Also bei allgemeiner Erhöhung der Produktivkraft (nur das kann gemeint sein, gleich groß braucht die Erhöhung in den verschiedenen Branchen keineswegs zu sein, damit alle Elemente des konstanten und variablen Kapitals „verwohlfeilert“ werden — selbst das „allgemein“ ist nicht streng zu nehmen) fällt die Profitrate nicht, kann ohne Zweifel auch steigen. Allein die allgemeine Zunahme der Produktivität ist nicht, wie Marx die Sache darzustellen scheint, ein

beliebig zu ignorierender Ausnahmsfall, ein beliebiges, nicht weiter zu beachtendes Beispiel, sondern für die Theorie gerade der typische und giltige Normalfall. Natürlich steigt nicht immerfort in jeder einzelnen Geschäftsbranche die Produktivkraft gerade der spezifischen Arbeit, die gerade in dieser geleistet wird. Aber diese spezifische Arbeit der einzelnen Branche ist meist nur ein kleiner Teil der gesamten Arbeit, welche zur Herstellung des nach ihr genannten Produkts (z. B. Hemden, Nägel, Zwieback) und all seiner Produktionsmittel, die überall in mannigfaltigster Weise in Betracht kommenden Transportmittel mit inbegriffen, wirklich und notwendig aufgewendet werden mußte. So hängt jede Branche mit allen möglichen anderen zusammen und ihrem Produkt kommen die Fortschritte der Produktivität der Arbeit in allen möglichen Branchen zugute. Hiernach hätte also Marx eigentlich zu dem Schlusse kommen müssen, daß die Profitrate in einer wirtschaftlich fortschreitenden Zeit nicht fallen, wohl aber steigen kann. Daß es Umstände gibt, wo sie fallen kann, wer wollte das leugnen?! Aber ein „Gesetz“ aufzustellen, wonach in ganz primitiven, stagnierenden, armseligen Verhältnissen mit ganz unentwickelter Technik die Profitrate am höchsten gewesen und seither mit jedem Fortschritt gefallen, also in unserer industriellen Zauberwelt mit ihren Zehntausenden von Millionären und Dutzenden von Milliardären auf den tiefsten Punkt gekommen sei, wer wollte das ernstlich auf sich nehmen?

Daß man in der hier erörterten Frage mit dem Maßstab des Arbeitswertes, Wert schlechthin genannt, nicht völlig ausreicht, fühlte sicherlich auch Marx, wie aus folgender seltsamen und sogar widerspruchsvollen Stelle nach meiner Ansicht zu ersehen ist: „Aber indirekt trägt die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit bei zur Vermehrung des vorhandenen Kapitalwerts (!), indem sie die Masse und Mannigfaltigkeit der Gebrauchswerte (!) vermehrt, worin sich derselbe Tauschwert (!) darstellt und die das materielle Substrat, die sachlichen Elemente des Kapitals bilden, die stofflichen Gegenstände, woraus das konstante Kapital direkt und das variable wenigstens indirekt besteht. Mit demselben Kapital und derselben Arbeit werden mehr Dinge (!) geschaffen, die in Kapital verwandelt werden können, abgesehen von ihrem Tauschwert. Dinge, die dazu dienen können, zusätzliche Arbeit einzusaugen, also auch zusätzliche Mehrarbeit, und so zusätzliches Kapital zu bilden. Die Masse Arbeit, die das Kapital kommandieren

kann, hängt nicht ab von seinem Wert (!), sondern von der Masse der Roh- und Hilfsstoffe, der Maschinerie und Elemente des fixen Kapitals, der Lebensmittel, woraus es zusammengesetzt ist, was immer deren Wert sei. Indem damit die Masse der angewandten Arbeit, also auch Mehrarbeit, wächst, wächst auch der Wert (!) des reproduzierten Kapitals und der ihm neu zugesetzte Surpluswert (!)“ (ib. S. 230).

Man nehme hier das Wort „Wert“ und das synonym gebrauchte Wort „Tauschwert“ immer im gleichen Sinn, so kommt die heilloseste Konfusion und der größte Widerspruch heraus. Und das kommt eben davon her, daß hier der Marx'sche Wertbegriff keine Anwendbarkeit hat, denn es handelt sich um das quantitative Tauschverhältnis der wirklichen, leibhaftigen Produkte untereinander, welches durch ein gleichmäßiges Steigen oder Fallen ihres (Arbeits-)Wertes gar nicht berührt wird.

Schließlich geben wir folgendes zur Erwägung. Wenn die Profite verschiedener Zeiten richtig verglichen werden sollen, so kann zur Berechnung der Höhe derselben doch vernünftigerweise nur das Kapital hergenommen werden, welches je nach den besonderen Verhältnissen jeder Zeit durchschnittlich notwendig aufgewendet werden mußte, um, wie Ricardo sagt, die Ware hervor und auf den Markt zu bringen. Was bloß aufgewendet wird, um Käufer anzulocken, kann nicht ernstlich in Betracht kommen, es gehört unter die faux frais, unter die vom sozialwirtschaftlichen Standpunkt unnütz aufgewendeten, hinausgeworfenen Kosten, mögen diese vom Käufer oder Verkäufer getragen werden. Eine Klasse von Leuten, die von solchem Aufwand lebt, und mag sie sich auch noch so geschäftig geberden und selbst noch so viel Geist, Witz, Erfindungsgabe und dazu materielle Arbeit aufwenden, gehört dennoch unter die unproduktiven Verzehrer und bezieht ihr Einkommen, mag dies auch die Form des Lohnes annehmen, doch faktisch, vom gesellschaftlichen Gesichtspunkte aus, aus der Rente, also von denjenigen Klassen, in deren Hände das gesellschaftliche Renteneinkommen fällt, ebenso wie etwa die Grundbesitzer in Vergnügungsorten, wo die in den Geschäften gemachten Profite zum Teil verausgabt werden, wenn auch auf ganz andere Weise, auf Grundlage ganz anderer Verträge und Gegenleistungen.

Ich erinnere hier nur an einen Teil des modernen Reklamewesens, von dem man in älteren Zeiten kaum eine Ahnung hatte, an die Handelsreisenden und die Annoncen. Der größte Teil des

Aufwands für diese beiden Reklame-Arten ist vom gesellschaftlichen Standpunkt hinausgeworfen, indem er keineswegs notwendig ist, um die Ware überhaupt in die Hand des Konsumenten resp. Käufers zu bringen, sondern nur den Zweck hat, die Ware der Firma A, B, C etc. an den Mann zu bringen, nicht den Absatz überhaupt zu vermehren, sondern nur den Absatz des Einzelnen. In diesem Sinne bezeichnet schon Marlo (Weltökonomie, II. S. 23) die Handelsreisenden als unproduktive Arbeiter, da niemand ihretwegen mehr kaufe, sondern höchstens von einem andern als sonst, und Uhlenhorst (Kaufmann oder Schmarotzer, 1896, S. 41) sagt mit einigem Recht: „Was liegt denn in den ganzen neumodischen Annoncen anderes als das Geheul: kauft mir meinen Kram ab!"

Wieviel aber in der ganzen zivilisierten Welt heutzutage für solche Reklamemittel ausgegeben wird und welche riesige Zunahme diese Ausgaben gemacht haben und fortwährend machen, das weiß, wenn auch nicht ziffermäßig, jeder Mitlebende.

Nach den Publikationen über die Ergebnisse des ersten Jahres der einheitlichen Patenttaxe in der Schweiz (1893) entfiel auf je 130 Einwohner ein Handelsreisender. 48 Prozent sämtlicher Reisenden handelten in Nahrungs- und Genußmitteln, die man sich doch wohl auch ohne Reisende leicht verschaffen könnte. Im Jahre 1900 zählte man 26837 Reisende, es entfiel einer au 124 Einwohner — ein schöner Fortschritt in sieben Jahren. Im Jahre 1901 waren es 27349! Also Zuwachs in einem Jahre 1,9 Prozent! Rechnet man den Aufwand für einen Reisenden alles in allem — sehr gering geschätzt — auf 4000 Fr. per Jahr, so kosteten 1901 alle zusammen 109396000 Fr. Soviel beiläufig wird in einem so kleinen Lande von den Geschäftsleuten aufgewendet, um sich gegenseitig die Kundschaft streitig zu machen! Und das ist bloß ein Weg der Reklame, alle anderen mit ihren Kosten laufen daneben her.

Die „Revendication", das Organ der Ligue syndicale pour la défense des intérêts du travail, de l'industrie et du commerce, berichtet in den 80er Jahren, daß der Pariser Bon Marché jährlich drei Kataloge, jeden in einer Million Exemplare, herausgebe, deren Kosten sich auf $1^3/_4$ Mill. Franken belaufen. Für andere Reklamemittel, wie Verteilung von Bildern, Verkauf von Reklame-Taschenbüchern unter dem Kostenpreis, werden 345000 Fr. berechnet. Jede der zwei großen jährlichen Expositionen soll nach Angaben

des Gründers selbst 100000 Fr. erfordern. Dazu kommen noch $2^1/_2$ Millionen Franken für Inserate und andere Lockmittel für die 45 Warenabteilungen.

Die Anglo-Swiss Condensed Milk Co. hat nach den Angaben der „Neuen Basler Handelszeitung" vom 29. März 1894 im Jahre 1892 für Annoncen ausgegeben 303031 Fr., im Jahre 1893 346206 Fr.

Es wird niemand verlangen, daß man diese Liste weiter führe, und es kann niemand verlangen, daß die Ausgaben für Reklame auch nur für eine Stadt, geschweige für ein Land oder gar für sämtliche kapitalistischen Unternehmungen genau festgestellt werden. Sie belaufen sich jedenfalls jährlich auf Milliarden. Die Geschäftsleute, welche diese Milliarden ausgeben, rechnen sie natürlich zu ihren Kosten. Die Preise der Waren werden aber doch nicht durch beliebige Reklamekosten bestimmt, durch den Aufwand, den die einzelnen Unternehmer machen, um möglichst viel Ware zu verkaufen. Die Sache ist vielmehr so, daß der Profit am einzelnen Warenpreise, wie dieser in unserer Gesellschaft durch die Produktions- und Verkehrsverhältnisse sich feststellt, groß und verlockend genug ist, um einen gewaltigen Extra-Aufwand ökonomisch sehr wohl zu rechtfertigen und zu begründen, wenn dieser den Erfolg hat oder verspricht, daß der Unternehmer mehr Ware verkauft. Nun mag gar wohl die Wahrheit, und sogar die Einsicht in dieselbe, bestehen, daß wegen der Reklame im ganzen nicht mehr von allen Arten von Waren verkauft werden kann, als ohne Reklame. Der Einzelne denkt eben nur an sich und meint, es sei genug, wenn es nur ihm gelinge, mehr Ware zu verkaufen und den Profit also öfter zu machen. Die fehlende Wirkung im ganzen ist ihm gleichgiltig, er braucht nicht die Nachfrage überhaupt zu vermehren, es genügt, wenn nur seine eigene Kundschaft wächst. Die der andern mag wohl und gern abnehmen. Und einer, der mit irgend welchem Erfolg Reklame macht, nötigt eben dadurch alle seine Konkurrenten, sein Beispiel zu befolgen. Wir können daher wohl sagen, daß die Ausgaben für Reklame in allen ihren sehr mannigfaltigen Formen ein Teil der Kapitalrente, des Profits sind, den der Unternehmer opfert, in der Hoffnung, durch eine Vermehrung der Kundschaft dennoch mehr Profit zu machen. Man muß also, bei einem richtigen Vergleich der Gegenwart mit der Vergangenheit, die durchschnittlichen Reklamekosten zum durchschnittlichen Profit (die Reklame-Rate zur Profitrate) hinzurechnen.

Der Bericht für den Ende Mai 1902 abgehaltenen englischen Genossenschaftskongreß weist bei einem Kapital von 22 Mill. Pfund und einer Verkaufssumme von 52.76 Mill. Pfund einen „Gewinn“ (sit venia verbo!) von 8.26 Mill. nach. Dieser macht also vom Kapital rund 37½ Proz. (Profitrate), von der Verkaufssumme rund 15⅔ Proz. (Aufschlag auf die Ware über alle Kosten hinaus). Die Genossenschaften müssen alles aufwenden, was nötig ist, um die Ware in die Hand des Konsumenten zu bringen. Sie verkaufen zu Marktpreisen und bezahlen ihre Angestellten gut. Daraus kann man erschließen, wie hoch auch heute noch (oder gerade heute) die Profite sein müssen, per 100 Kapital jährlich und per Stück, mag man nun die (bei den Genossenschaften fast wegfallenden) Reklame-Aufwendungen zu den Kosten oder zur Rente rechnen.

END OF
TITLE

END OF
REEL

PLEASE
REWIND